



ÖSTERREICHISCHES ROTES KREUZ

Aus Liebe zum Menschen.

ACCORD

Austrian Centre for Country of Origin
& Asylum Research and Documentation

Afghanistan: Entwicklung der wirtschaftlichen Situation, der Versorgungs- und Sicherheitslage in Herat, Mazar-e Sharif (Provinz Balkh) und Kabul 2010-2018

7. Dezember 2018



Bundesministerium
Inneres



ACCORD wird vom Bundesministerium für Inneres, dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds und UNHCR kofinanziert.

Afghanistan:

Entwicklung der wirtschaftlichen Situation, der Versorgungs- und Sicherheitslage
in Herat, Mazar-e Sharif (Provinz Balkh) und Kabul 2010-2018

7. Dezember 2018

Das vorliegende Dokument beruht auf einer zeitlich begrenzten Recherche in öffentlich zugänglichen Dokumenten, die ACCORD derzeit zur Verfügung stehen sowie gegebenenfalls auf Expertenauskünften, und wurde in Übereinstimmung mit den Standards von ACCORD und den *Common EU Guidelines for processing Country of Origin Information (COI)* erstellt.

Diese Antwort stellt keine Meinung zum Inhalt eines Ansuchens um Asyl oder anderen internationalen Schutz dar. Alle Übersetzungen stellen Arbeitsübersetzungen dar, für die keine Gewähr übernommen werden kann.

Wir empfehlen, die verwendeten Materialien im Original durchzusehen. Originaldokumente, die nicht kostenfrei oder online abrufbar sind, können bei ACCORD eingesehen oder angefordert werden.

© Österreichisches Rotes Kreuz/ACCORD

Dieses Dokument ist in elektronischer Form auf www.ecoi.net verfügbar.

Österreichisches Rotes Kreuz/ACCORD
Wiedner Hauptstraße 32
A- 1040 Wien

Telefon: +43 1 58 900 – 582
E-Mail: accord@roteskreuz.at
Web: <http://www.roteskreuz.at/accord>

INHALTSVERZEICHNIS

Vorbemerkung.....	4
1 Bevölkerungsentwicklung und –zusammensetzung	5
1.1 Anzahl der Einwohner.....	5
1.1.1 Herat	5
1.1.2 Mazar-e Sharif	6
1.1.3 Kabul	6
1.2 Binnenvertriebene (IDPs)	7
1.2.1 Herat	8
1.2.2 Mazar-e Sharif	12
1.2.3 Kabul	14
1.3 RückkehrerInnen (Iran, Pakistan).....	16
1.3.1 Herat	18
1.3.2 Mazar-e Sharif	19
1.3.3 Kabul	21
1.4 Segregation bestimmter Gruppen	23
1.4.1 Herat	24
1.4.2 Mazar-e Sharif	24
1.4.3 Kabul	25
2 Entwicklung der wirtschaftlichen Situation und Versorgungslage, insbesondere von IDPs und RückkehrerInnen seit 2010.....	26
2.1 <i>Nahrungsmittelsicherheit und Trinkwasser</i>	26
2.1.1 Herat	34
2.1.2 Mazar-e Sharif	40
2.1.3 Kabul	46
2.2 Wohnen	52
2.2.1 Herat	62
2.2.2 Mazar-e Sharif	72
2.2.3 Kabul	76
2.3 Hygienische Bedingungen & Verbreitung von Krankheiten	81
2.3.1 Herat	85
2.3.2 Mazar-e Sharif	90
2.3.3 Kabul	92
2.4 Gesundheitsversorgung.....	96
2.4.1 Herat	97
2.4.2 Mazar-e Sharif	106
2.4.3 Kabul	113
2.5 Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktzugang.....	123
2.5.1 Herat	131
2.5.2 Mazar-e Sharif	139
2.5.3 Kabul	145
2.6 Strukturfördernde Projekte staatlicher und nicht-staatlicher Organisationen	151

2.7	Durchschnittsverdienst und Kosten für Lebensunterhalt.....	158
2.7.1	Herat	163
2.7.2	Mazar-e Sharif	164
2.7.3	Kabul	165
2.8	Ausbildungszugang für Kinder.....	167
2.8.1	Herat	170
2.8.2	Mazar-e Sharif	174
2.8.3	Kabul	178
2.9	Umweltbedingungen	182
2.9.1	Herat	183
2.9.2	Mazar-e Sharif	183
2.9.3	Kabul	184
2.10	Schattenwirtschaft und Drogenhandel	184
3	Entwicklung der Sicherheitslage.....	189
3.1	Sicherheitsrelevante Vorfälle, Anschläge und Opferzahlen	189
3.1.1	Herat	199
3.1.2	Mazar-e Sharif (Provinz Balkh).....	204
3.1.3	Kabul	209
3.2	Militärische Operationen und Präsenz regierungsfeindlicher Gruppen	215
3.2.1	Provinz Herat	219
3.2.2	Provinz Balkh	222
3.2.3	Kabul.....	225
3.3	Kriminalität und Polizeipräsenz in unterschiedlichen (insbesondere in von IDPs und RückkehrerInnen bewohnten) Stadtteilen	228
3.3.1	Herat	232
3.3.2	Mazar-e Sharif	235
3.3.3	Kabul.....	239
3.4	Gewalttägige Konflikte innerhalb und zwischen sozialen Gruppen; Übergriffe auf religiöse Minderheiten, IDPs und RückkehrerInnen	241
3.4.1	Herat	250
3.4.2	Mazar-e Sharif	252
3.4.3	Kabul.....	253
	Quellen	256

Vorbemerkung

Der vorliegende Bericht versucht die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation, der Versorgungs- und Sicherheitslage in Herat, Mazar-e Sharif (Provinz Balkh) und Kabul von 2010 bis zum aktuellen Zeitpunkt abzubilden. Dabei wurde ein besonderer Fokus auf die am stärksten vulnerablen Bevölkerungsgruppen, allen voran Binnenvertriebene und RückkehrerInnen, gelegt.

Während das erste Kapitel einen Einblick in die Bevölkerungsentwicklung und deren Zusammensetzung gibt, behandelt das zweite Kapitel sozioökonomische Themen und das dritte Kapitel die Sicherheitslage. Die Unterabschnitte der Kapitel 2 und 3 werden jeweils durch Informationen eingeleitet, die sich nicht exklusiv einer der behandelten Städte zuordnen lassen. Hierbei geht es häufig um generelle Entwicklungen, die urbane Bevölkerung Afghanistans oder um mehrere Städte gleichermaßen.

Bezüglich der im Bericht verwendeten Grafiken, Tabellen und Karten sei darauf hingewiesen, dass diese im Kontext der (soweit möglich) mitgelieferten Begleitinformationen zu interpretieren und nicht davon gesondert zu betrachten sind. Ein verantwortungsvoller Umgang mit den im Bericht angeführten Zahlen wird insbesondere im Hinblick auf die zahlreichen methodologischen Besonderheiten der unterschiedlichen Quellen nahegelegt.

1 Bevölkerungsentwicklung und –zusammensetzung

1.1 Anzahl der Einwohner

In einem 2015 veröffentlichten Bericht zur Lage afghanischer Städte (State of Afghan Cities, SoAC) führt die afghanische Regierung an, dass die Schwankungen zwischen den Bevölkerungsschätzungen der afghanischen Statistikbehörde (Central Statistics Organization, CSO), der Gemeinden und der SoAC weitgehend auf Unterschiede in der geografischen Fläche, die für die Definition des Stadtgebiets verwendet werden, zurückzuführen seien. Grundsätzlich verwende die CSO eine kleinere Fläche für Städte als die aktualisierten Gemeindegrenzen. Die Gemeindezahlen würden jedoch nicht auf einer genauen Felduntersuchung basieren und dürften Überschätzungen sein. Dennoch würden die SoAC-Schätzungen immer zwischen den CSO-Werten (immer niedriger) und den Gemeindezahlen (immer höher) liegen. So sei im Jahr 2014/15 (entspricht dem Sonnenjahr 1393 nach dem afghanischen Kalender) für Herat-Stadt die Bevölkerungsschätzung der CSO bei 463.300 gelegen, während die Gemeinden die Bevölkerung auf 1.000.000 schätzten und die SoAC-Schätzung von 673.425 bis 808.110 Einwohnern ausgegangen sei. Im Fall von Mazar-e Sharif habe die CSO 390.900 als Wert für 2014/15 angegeben, die Gemeinden hätten 700.000 angeführt und die SoAC sei von 577.700 bis 693.000 Einwohnern ausgegangen:

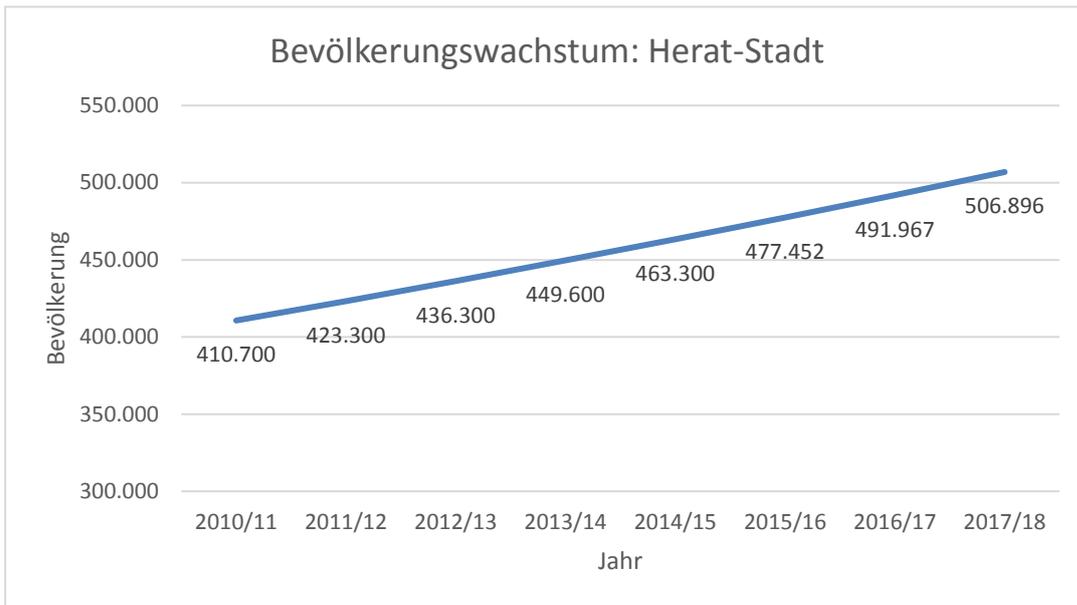
„The variation between CSO [Central Statistics Organization], Municipality and SoAC 2014/15 estimates can largely be attributed to differences in the geographic area used to define the ‘urban/city areas’. Principally, CSO uses a smaller area for cities than the recently updated municipal boundaries. Municipality figures however were not based on any thorough field survey and are likely to be over-estimates. Nevertheless, SoAC estimates fall between the CSO figures (always lower) and Municipality figures (always higher).“
(Government of the Islamic Republic of Afghanistan, 2015, S. 11)

Provincial Capital	Province	Province Population (CSO)	Provincial Capital Population Estimates			
			CSO (2014/15)	Municipality	SoAC 2014/15	
					Low (7.5 per Dwelling)	High (9 per Dwelling)
Kabul	Kabul	4,227,200	3,543,700	4,000,000	2,970,713	3,564,855
Herat	Herat	1,852,800	463,300	1,000,000	673,425	808,110
Mazar-i-Sharif	Balkh	1,298,300	390,900	700,000	577,500	693,000

(Government of the Islamic Republic of Afghanistan, 2015, S. 12)

1.1.1 Herat

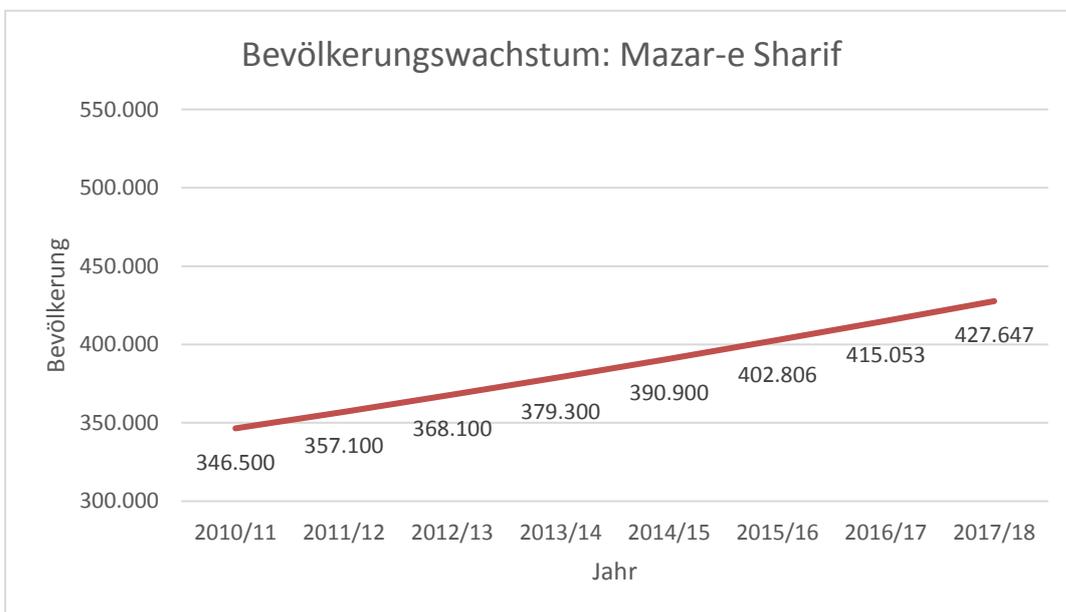
Laut der afghanischen Statistikbehörde (Central Statistics Organization, CSO) sei die geschätzte Bevölkerung („estimated population“) in Herat-Stadt von rund 410.700 im Jahr 2010/11 auf 506.896 im Jahr 2017/18 angewachsen. (CSO, 2010/11; CSO, 2017/18)



(Basierend auf Daten von CSO, 2010/11; CSO, 2011/12; CSO, 2012/13; CSO, 2013/14; CSO, 2014/15; CSO, 2015/16; CSO, 2016/17; CSO, 2017/18)

1.1.2 Mazar-e Sharif

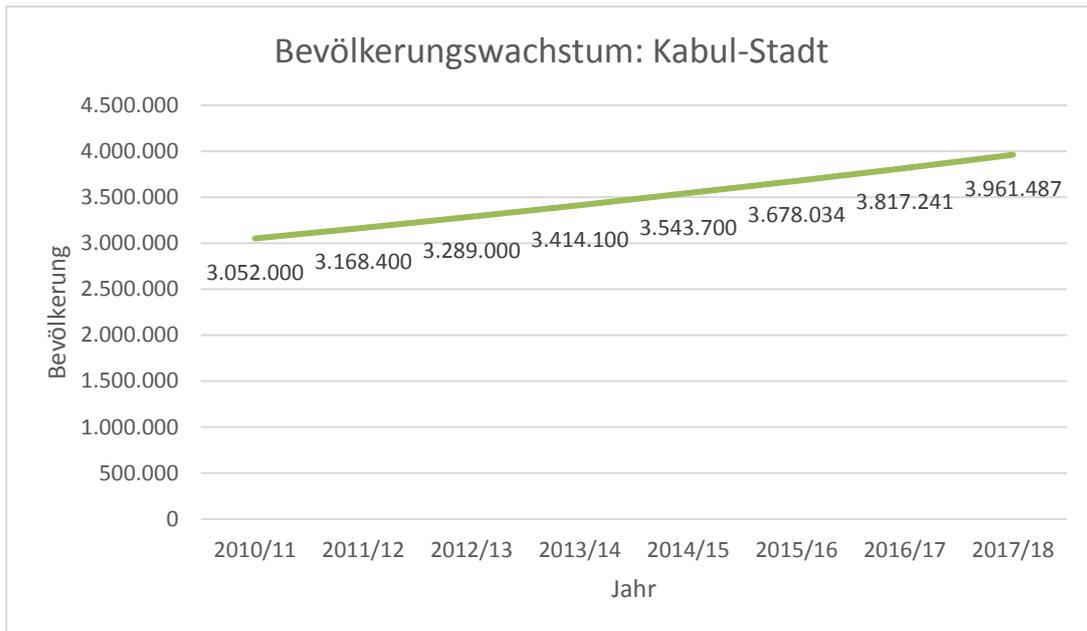
Laut der afghanischen Statistikbehörde (Central Statistics Organization, CSO) sei die geschätzte Bevölkerung („estimated population“) in Mazar-e Sharif von rund 346.500 im Jahr 2010/11 auf 427.647 im Jahr 2017/18 angewachsen. (CSO, 2010/11; CSO, 2017/18)



(Basierend auf Daten von CSO, 2010/11; CSO, 2011/12; CSO, 2012/13; CSO, 2013/14; CSO, 2014/15; CSO, 2015/16; CSO, 2016/17; CSO, 2017/18)

1.1.3 Kabul

Laut der afghanischen Statistikbehörde (Central Statistics Organization, CSO) ist die geschätzte Bevölkerung („estimated population“) in Kabul-Stadt von rund 3.052.000 im Jahr 2010/11 auf 3.961.487 im Jahr 2017/18 angewachsen. (CSO, 2010/11; CSO, 2017/18)



(Basierend auf Daten von CSO, 2010/11; CSO, 2011/12; CSO, 2012/13; CSO, 2013/14; CSO, 2014/15; CSO, 2015/16, CSO, 2016/17; CSO, 2017/18)

In einem 2016 von Samuel Hall, einem unabhängigen auf sozioökonomische Befragungen spezialisierten Think Tank, verfassten Bericht zu binnenvertriebenen Jugendlichen in der Stadt Kabul wird angeführt, dass die Bevölkerung der Stadt Kabul innerhalb von nur sechs Jahren von 1,5 Millionen im Jahr 2001 auf 4,5 Millionen im Jahr 2007 und zum Berichtszeitpunkt (2016) auf geschätzte 5 Millionen Menschen angestiegen sei. Kabul gelte als eine der am schnellsten wachsenden Städte der Region. Über 40 Prozent der Bevölkerung seien unter 15 Jahre und fast zwei Drittel unter 25 Jahre alt. Der Anteil der jungen Bevölkerung sei deutlich größer als jener älterer Bevölkerungsgruppen:

„In only six years, Kabul city experienced a three - fold population increase from 1.5 million in 2001 to 4.5 million in 2007, growing to an estimated 5 million people today. It has been termed ‘one of the fastest growing cities in the region. ’ [...] Over 40% of the population is under 15 and almost two thirds under 25, leading to a youth bulge, a situation where the proportion of young people is significantly larger than older age groups.” (Samuel Hall, 2016, S. 7)

1.2 Binnenvertriebene (IDPs)

Das Internal Displacement Monitoring Center (IDMC) wurde als Teil des Norwegischen Flüchtlingsrates (Norwegian Refugee Council, NRC) gegründet und stellt eine unabhängige Quelle für Daten und Analysen über Binnenvertriebene dar. Auf seiner Webseite schreibt das IDMC, dass die Datenlandschaft in Afghanistan eine der schwierigsten weltweit darstelle. Ein Out-of-Camp-Kontext in Verbindung mit einer volatilen Binnenvertriebenenpopulation, politischen Spannungen, Unsicherheit und einem schrumpfenden Raum für humanitäre Aktivitäten mache die Erhebung und Analyse von Daten zu einer frustrierenden Aufgabe für Akteure im In- und Ausland. Es gebe keine formalisierten Binnenvertriebenenlager im Land. Stattdessen würden sich Binnenvertriebene in informellen lagerähnlichen Settings oder bei Familie und Freunden aufhalten, ihre Lebensbedingungen würden sich aufgrund von

unsicheren Lebensumständen und Spannungen mit den Gastgebergemeinden häufig ändern. Auch Flüchtlinge, die aus dem Ausland wie beispielsweise aus Pakistan und dem Iran zurückkehren würden, seien schwer nachzuverfolgen und könnten bei der Rückkehr in ihr Herkunftsland unterschiedliche Lebensbedingungen vorfinden. Dies könne dazu führen, dass ihr Binnenvertriebenen-Status schwer zu bestimmen sei. Der operative Kontext sei für humanitäre Organisationen schwierig, was zu Problemen bei der Beschaffung von Daten über Binnenvertreibungen führe. Aufgrund der sich verschlechternden Sicherheitsbedingungen seien viele humanitäre Organisationen von abgelegenen Gebieten, in denen offene Konflikte auftreten würden, in regionale Zentren gesiedelt, weg von dort, wo derzeit viele Binnenvertriebene leben würden. Die Zusammensetzung der in den verschiedenen Regionen vertretenen Organisationen habe sich im Laufe der Zeit verändert, so dass unterschiedliche Methoden zur Erhebung von Daten über Binnenvertriebene verwendet worden seien, was Vergleiche über die Jahre hinweg schwierig mache:

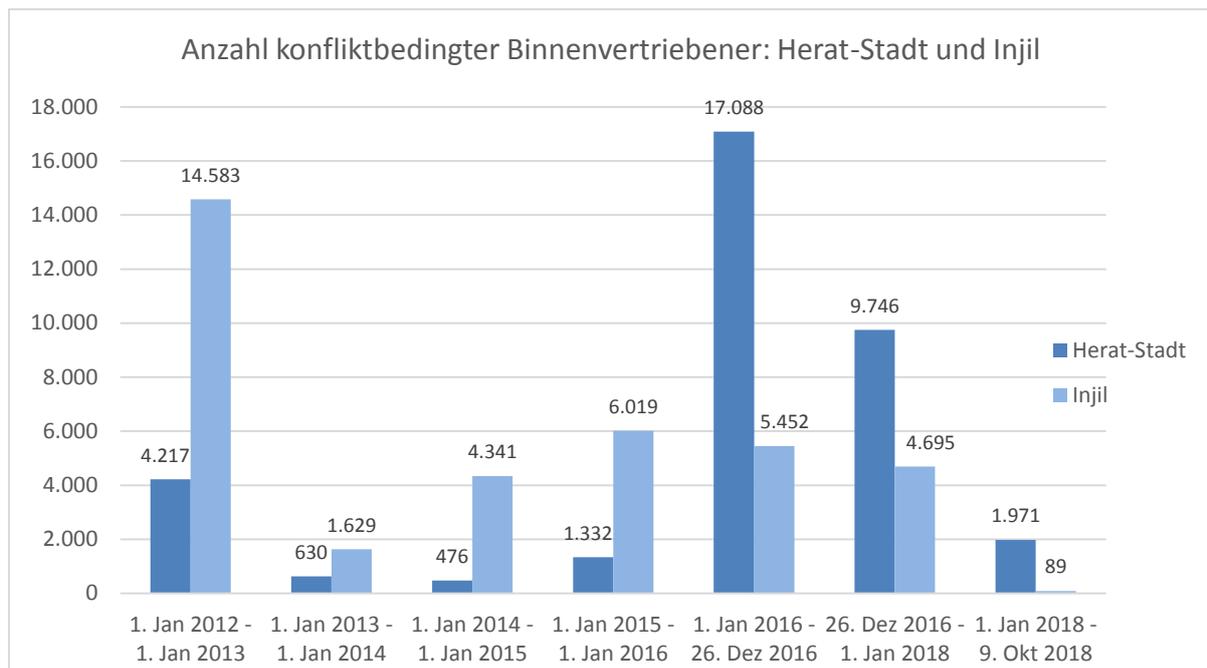
„The data landscape in Afghanistan is one of the most challenging worldwide. An out-of-camp context coupled with a volatile IDP population, political tension, insecurity and a shrinking humanitarian space makes data collection and analysis a daunting exercise for actors on the ground and abroad. There are no formalized IDP camps in the country. Instead, IDPs stay in informal camp-like settings, or with family and friends, and often change living arrangements due to insecure livelihoods and tensions with host communities. Refugees returning from abroad such as from Pakistan and Iran are also difficult to track, and may experience a range of different living conditions upon return to their country of origin. This can make their IDP status difficult to determine.

The operating context is difficult for humanitarian organizations, which translates into a difficulty in obtaining data on internal displacement. Due to worsening security conditions, many humanitarian organizations have moved away from remote areas where active conflict is occurring, and base their activities in regional hubs, away from where many IDPs currently live. The mix of organizations present in different regions has changed over time, which means that different methodologies for collecting data on IDPs have been used, making year-on-year comparisons difficult.” (IDMC, ohne Datum)

1.2.1 Herat

Humanitarian Response, eine spezialisierte Serviceplattform des Amts für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, UN OCHA), stellt eine interaktive Karte der konfliktinduzierten Vertreibung in Afghanistan zur Verfügung, die auf Datenmaterial von UN OCHA basiert. Diesen Daten zufolge seien im Zeitraum von 1. Jänner 2012 bis 9. Oktober 2018 insgesamt 72.268 vom Konflikt innerstaatlich Vertriebene in Herat-Stadt und im angrenzenden Distrikt Injil angekommen. (Humanitarian Response, 22. November 2018)

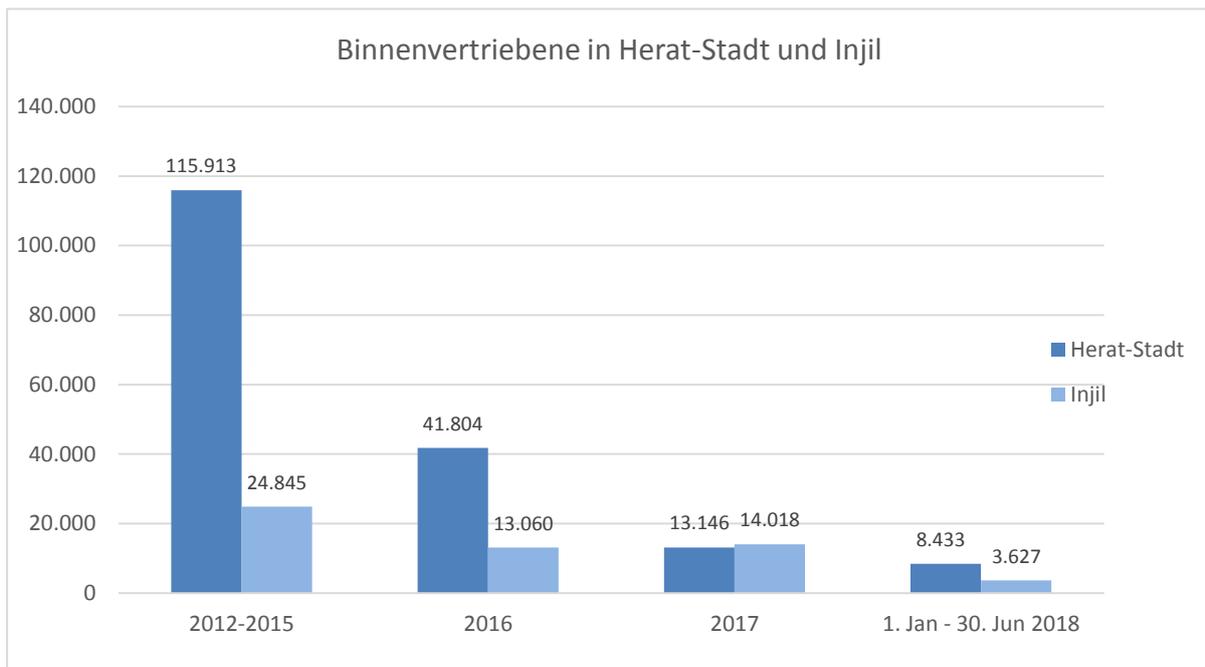
Die folgende Grafik zeigt die Anzahl der konfliktbedingten Binnenvertriebenen in Herat-Stadt und Injil im Verlauf der Jahre 2012 bis Oktober 2018:



(Basierend auf Daten von Humanitarian Response, 22. November 2018)

Für die Jahre 2016 bis 2018 sind außerdem separate Datensets von UN OCHA verfügbar. Laut diesen weichen die Zahlen für Herat-Stadt im Jahr 2016 (16.871 Binnenvertriebene) sowie die Zahlen für Herat-Stadt (8.843 Binnenvertriebene) und Injil (4.653 Binnenvertriebenen) im Jahr 2017 von den oben dargestellten ab. (UN OCHA, 4. Juni 2017; UN OCHA, 19. Februar 2018)

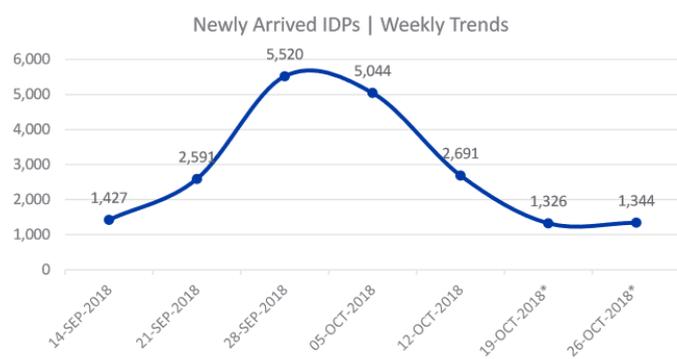
Im Rahmen ihrer Displacement Tracking Matrix (DTM) veröffentlicht die Internationale Organisation für Migration (IOM) ein Datenset zur Anzahl aller (nicht nur konfliktbedingten) ankommenden Binnenvertriebenen, unterteilt in Provinzen und Distrikte. Den IOM-Daten zufolge sind zwischen 2012 und Juni 2018 insgesamt 234.846 Binnenvertriebene nach Herat-Stadt und in den angrenzenden Distrikt Injil gekommen (IOM, 26. September 2018a). Die folgende Grafik zeigt die Anzahl der ankommenden Binnenvertriebenen in Herat-Stadt und Injil im Verlauf der Jahre 2012 bis Juni 2018:



(Basierend auf Daten von IOM, 26. September 2018a)

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) schreibt in ihrem Lagebericht zur Dürre zu Herat im Zeitraum von 9. September bis 26. Oktober, dass im Rahmen ihrer Displacement Tracking Matrix der Zustrom an dürrebedingten Binnenvertriebenen in Herat-Stadt beobachtet werde. Nachdem der Zustrom an neu eingetroffenen Binnenvertriebenen in den Wochen vom 28. September und 5. Oktober ihren Höhepunkt erreicht habe, habe es vom 5. bis zum 19. Oktober einen Rückgang um 74% gegeben. Danach sei der Zustrom mit durchschnittlich 287 Familien pro Woche stabil und relativ niedrig geblieben:

„After inflows of newly-arrived IDPs peaked in the weeks of 28 September and 5 October, there was a 74% decrease from 5 to 19 October, after which flows have remained at a stable, relatively low rate of 287 families per week on average.“ (IOM, 9. September -26. Oktober 2018, S. 1)



(IOM, 9. September-26. Oktober 2018, S. 1)

In einem Gespräch zur Lage in Herat-Stadt führt UNHCR im November 2018 an, dass sich zum Zeitpunkt des Gesprächs rund 21.000 von der Dürre betroffene Familien, hauptsächlich aus den Provinzen Badghis und Ghor, in 10 Siedlungen in der Nähe von Herat-Stadt angesiedelt hätten. Die überwiegende Mehrheit dieser Siedlungen befinde sich im Osten der Stadt. (UNHCR, 26. November 2018b)

Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (European Asylum Support Office, EASO), eine Agentur der Europäischen Union zur Umsetzung der praktischen Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten im Asylbereich, veröffentlicht im August 2017 einen Bericht zu den sozioökonomischen Schlüsselindikatoren, zu staatlichem Schutz und Mobilität in den Städten Kabul, Mazar-e Sharif und Herat. Zur Situation von Binnenvertriebenen und Rückkehrenden in Herat-Stadt führt das EASO eine Studie von Samuel Hall aus dem Jahr 2014 an, wonach es Rückkehrenden in Herat-Stadt, hauptsächlich aus dem Iran, viel besser ergehe als Rückkehrenden in anderen Großstädten Afghanistans. Allerdings seien Binnenvertriebene in Herat-Stadt deutlich gefährdeter und weniger resistent gegen Rückschläge als Binnenvertriebene in anderen Großstädten. Innerhalb der Gruppe der Binnenvertriebenen ergehe es denjenigen, die kürzlich vertrieben wurden, deutlich schlechter. Laut einer Evaluierung von Binnenvertriebenen in drei informellen Siedlungen in Herat im April 2015 seien die meisten der Binnenvertriebenen zum ersten Mal vertrieben worden, hätten einen landwirtschaftlichen Hintergrund und seien aufgrund von Lebensunterhaltungsmöglichkeiten und humanitärer Hilfe nach Herat gekommen. Dennoch habe die Mehrheit berichtet, dass sie nicht genügend Geld und Ressourcen habe, um Lebensmittel und andere grundlegende Haushaltsgüter zu kaufen. Die Binnenvertriebenen hätten Schwierigkeiten beim Zugang zu Grundbedürfnissen wie Unterkunft, Wasser, sanitäre Einrichtungen und Bildung. Alle Binnenvertriebenen an diesen Standorten seien mit prekären Lebensbedingungen konfrontiert. Die unabhängige afghanische Nachrichtenagentur Pajhwok Afghan News habe im Jänner 2017 berichtet, dass die jüngsten Kämpfe in den Nachbarprovinzen und in Kunduz weitere Zehntausende nach Herat getrieben hätten. Viele von ihnen hätten im Winter 2017 humanitäre Hilfe von Wohltätigkeitsorganisationen benötigt. Einige von ihnen hätten in Zelten, in der Nähe einer Müllhalde, gelebt. EASO führt weiters an, dass einem im Mai 2016 von Amnesty International (AI) veröffentlichten Bericht zufolge die Binnenvertriebenen in den Lagern Shaidayee und Maslakh in Herat im Vergleich zu den IDP-Siedlungen in Mazar-e Sharif und Kabul unter geringfügig besseren Bedingungen leben würden. Die Bedingungen seien jedoch immer noch nicht adäquat. Die Provinzregierung habe damit begonnen, Land an langfristige Vertriebene zu verteilen, sei dabei aber mit vielen Hindernissen konfrontiert gewesen, insbesondere dem Mangel an Aufzeichnungen unter den Binnenvertriebenen:

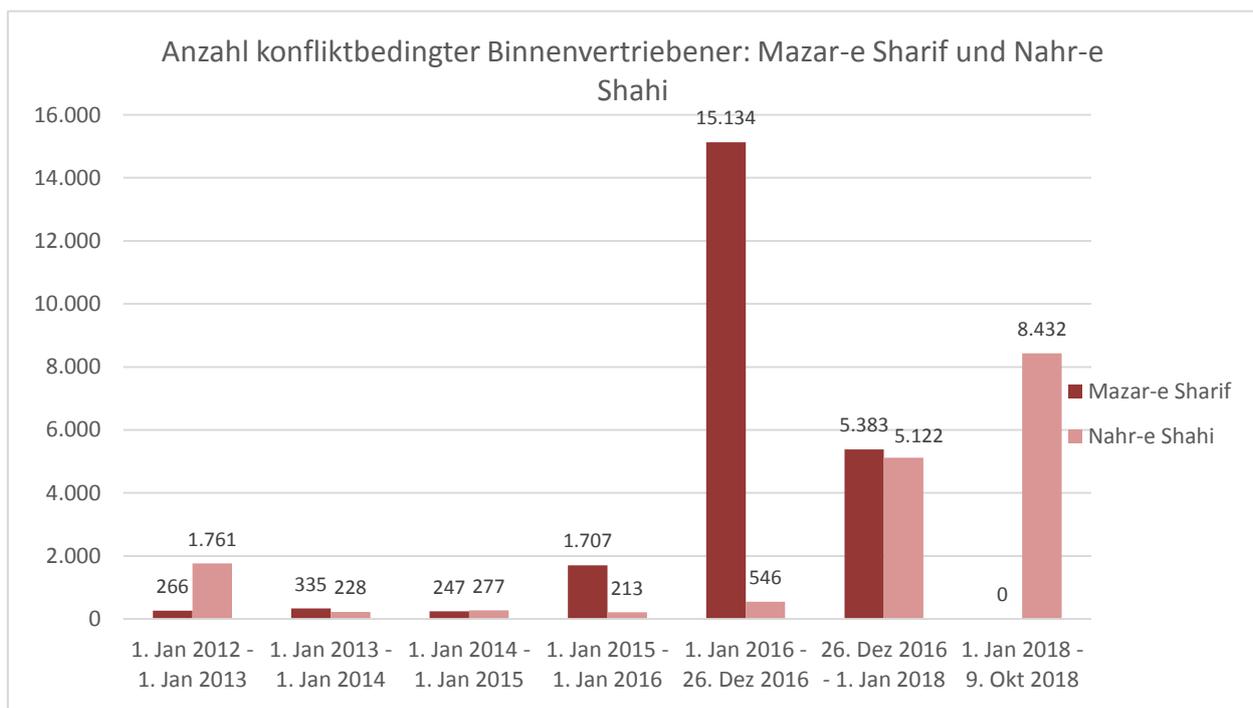
„Returnees in Herat, mainly from Iran, fared much better than returnees in other big cities of Afghanistan. However, IDPs were remarkably more vulnerable and less resilient to shocks than IDPs in other major cities. Within the group of IDPs, those who were displaced recently fare significantly worse. An April 2015 assessment of the IDPs in three informal settlements in Herat found that most IDPs were first-time displaced, had an agricultural background and came to Herat because of livelihood opportunities and humanitarian assistance. Nevertheless, the majority reported having insufficient money and resources to purchase food and other basic household items. The IDPs faced difficulties accessing basic needs such as shelter, water, sanitation and education. All IDPs in these sites faced precarious living conditions. Recent fighting in neighbouring provinces and in Kunduz has displaced tens of thousands more to Herat. Many were found to be in need of humanitarian assistance by charity organisations in the winter of 2017. Some of them live in tents, near a garbage dump. Still, compared to IDP settlements in Mazar-e Sharif and Kabul, IDPs lived, according to Amnesty International (AI), in marginally better conditions

in Shaidayee and Maslakh camps in Herat. However conditions were still not adequate. The provincial government has started distributing land to protracted IDPs but faced many hurdles in doing so, particularly the lack of documentation among IDPs.” (EASO, August 2017, S. 41)

1.2.2 Mazar-e Sharif

Humanitarian Response, eine spezialisierte Serviceplattform des Amts für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, UN OCHA), stellt eine interaktive Karte der konfliktinduzierten Vertreibung in Afghanistan zur Verfügung, die auf Datenmaterial von UN OCHA basiert. Diesen Daten zufolge seien im Zeitraum von 1. Jänner 2012 bis 9. Oktober 2018 insgesamt 39.651 vom Konflikt innerstaatlich Vertriebene in Mazar-e Sharif und im angrenzenden Distrikt Nahr-e Shahi angekommen. (Humanitarian Response, 22. November 2018)

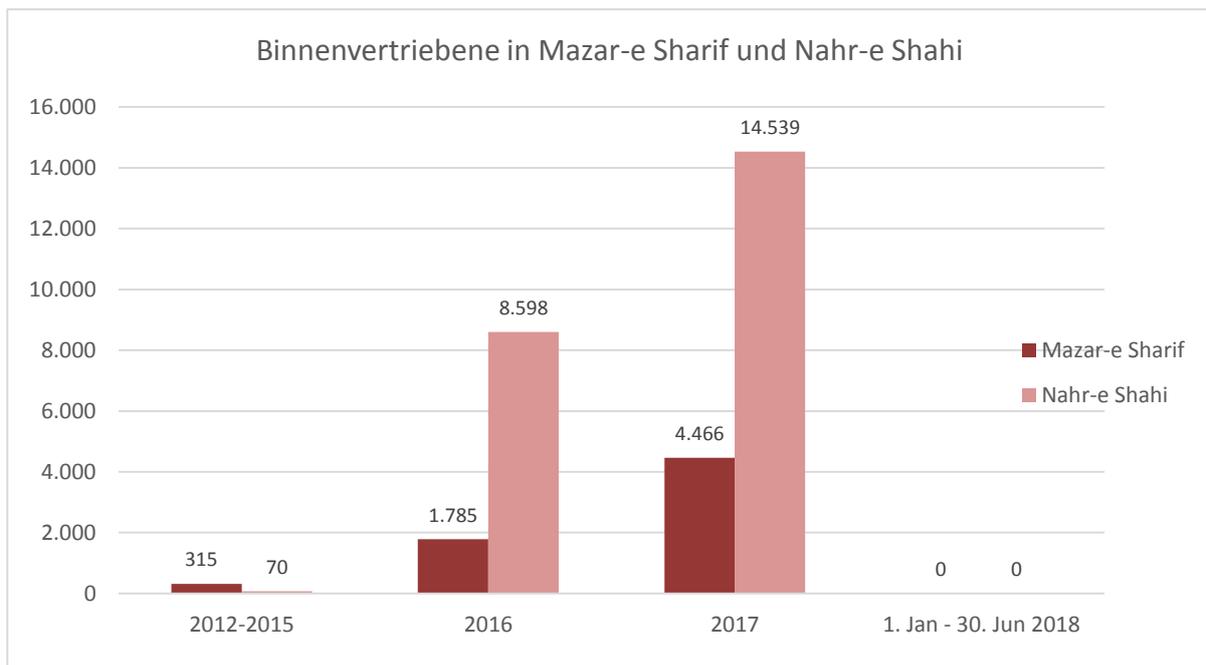
Die folgende Grafik zeigt die Anzahl der konfliktbedingten Binnenvertriebenen in Mazar-e Sharif und Nahr-e Shahi im Verlauf der Jahre. Für die Jahre 2016 bis 2018 sind außerdem separate Datensets von UN OCHA verfügbar. Laut diesen weichen die Zahlen für Nahr-e Shahi im Jahr 2017 (5.031 Binnenvertriebene) von den in der Grafik dargestellten ab.



(Basierend auf Daten von Humanitarian Response, 22. November 2018)

Im Rahmen ihrer Displacement Tracking Matrix (DTM) veröffentlicht die Internationale Organisation für Migration (IOM) ein Datenset zur Anzahl der ankommenden Binnenvertriebenen, unterteilt in Provinzen und Distrikte. Den IOM-Daten zufolge sind zwischen 2012 und Juni 2018 insgesamt 29.773 Binnenvertriebene nach Mazar-e Sharif und in den angrenzenden Distrikt Nahr-e Shahi gekommen. (IOM, 26. September 2018a)

Die folgende Grafik zeigt die Anzahl der ankommenden Binnenvertriebenen in Mazar-e Sharif und Nahr-e Shahi im Verlauf der Jahre 2012 bis Juni 2018:



(Basierend auf Daten von IOM, 26. September 2018a)

Das EASO bezieht sich in seinem oben genannten Bericht zu sozioökonomischen Schlüsselindikatoren in Kabul, Mazar-e Sharif und Herat unter anderem auf Daten der afghanischen Statistikbehörde (CSO) vom Jänner 2015 und führt an, dass 38% der Einwohner Mazar-e Sharifs MigrantInnen seien. Die meisten von ihnen würden aus anderen afghanischen Provinzen stammen. Lediglich 17 Prozent der MigrantInnen seien Rückkehrende aus dem Ausland. Das EASO führt in seinem Bericht weiters eine E-Mail-Auskunft von UNHCR vom März 2017 an, wonach die Provinz Balkh seit Anfang des Jahres 2015 19.764 konfliktbedingte Binnenvertriebene aufgenommen habe: 2.509 im Jahr 2015 und 17.227 im Jahr 2016, von denen die meisten im städtischen und semi-urbanen Bereich Mazar-e Sharifs registriert worden seien. Die zunehmende Zahl der in der Provinz Balkh registrierten Binnenvertriebenen sei ein Indikator für die sich verschlechternde Sicherheitslage in einer Vielzahl von Provinzen im Norden und Nordosten. Summiert man die Zahlen der konfliktbedingten Vertreibung und die Anzahl der Rückkehrenden, seien in der Provinz Balkh, hauptsächlich in Mazar-e Sharif, in den letzten zwei Jahren rund 26.000 Personen angekommen. UNHCR habe 2017 weiters erklärt, dass trotz der im Vergleich zu anderen Provinzen breiter aufgestellten Grundversorgung die Aufnahmefähigkeit der Provinz Balkh im Verhältnis zu den Ressourcen, die bei den Kommunalbehörden und den humanitären und entwicklungspolitischen Akteuren zur Verfügung stehen würden, weiterhin überbeansprucht seien. Fragile Sozialdienste und eine angeschlagene Wirtschaft würden Binnenvertriebenen und Rückkehrenden wenige Möglichkeiten zur (Wieder-)Integration in den städtischen Kontext von Mazar-e Sharif bieten. Einige Binnenvertriebene seien gezwungen, an ihren Herkunftsort zurückzukehren, weil sie sich die Miet- und Lebenshaltungskosten in Mazar-e Sharif nicht mehr leisten könnten, obwohl die meisten von ihnen aus unsicheren Gebieten stammen würden:

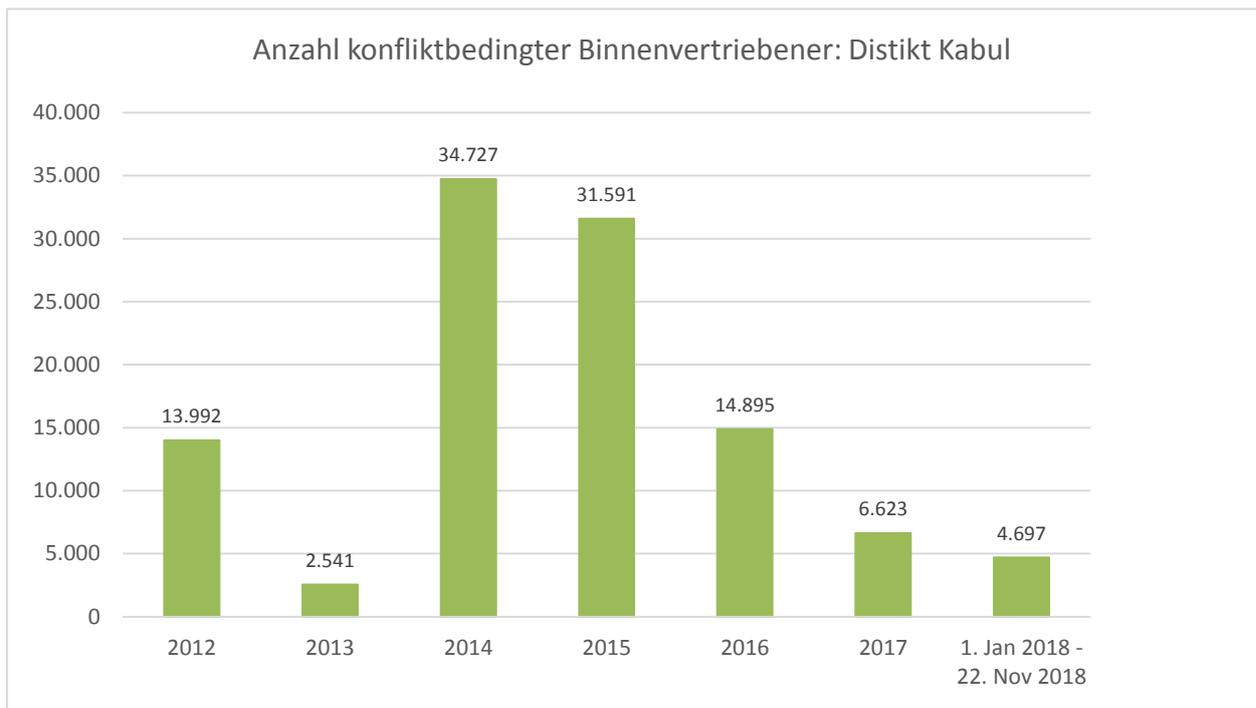
„According to a January 2015 survey, about 38% of Mazar-e Sharif population are migrants. Most of them descend from other Afghan provinces. Only 17% of migrants are returnees from abroad. According to UNHCR: ‘Balkh Province has received 19,764 conflict induced IDPs since early 2015: 2,509 in 2015 and 17,227 in 2016, most of whom identified in Mazar-e Sharif urban and semi-urban area. The increasing number of IDPs recorded in Balkh Province is an indicator of the deteriorating security situation in a large number of provinces in the North and North east [...] Summing the movement of conflict induce displaced with the number of returns, Balkh Province, mostly Mazar-e Sharif, has received approximately 26,000 persons in the last two years.’” (EASO, August 2017, S. 18)

„UNHCR stated in 2017: ‘Balkh Province, mostly Mazar-I-Sharif city, has received approximately 26,000 persons [IDPs and returnees] in the last two years. Despite providing a wider range of basic services compared to other provinces, the absorption capacity of Balkh remains far stretched in proportion to the resources available with the municipal authorities and the humanitarian and development actors. Fragile social services and an ailing economy allow little opportunities for IDPs and returnees to (re)integrate in the urban context of Mazar-I-Sharif. [...] Some IDPs were forced to return to place of origin because they could no longer afford the rent and living expenses in Mazar [although] most of them come from unsecure areas’.” (EASO, August 2017, S. 42)

1.2.3 *Kabul*

Humanitarian Response, eine spezialisierte Serviceplattform des Amts für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, UN OCHA), stellt eine interaktive Karte der konfliktinduzierten Vertreibung in Afghanistan zur Verfügung, die auf Datenmaterial von UN OCHA basiert. Diesen Daten zufolge seien im Zeitraum vom 1. Jänner 2012 bis 22. November 2018 rund 100.000 vom Konflikt innerstaatlich Vertriebene im Distrikt Kabul angekommen. (Humanitarian Response, 22. November 2018)

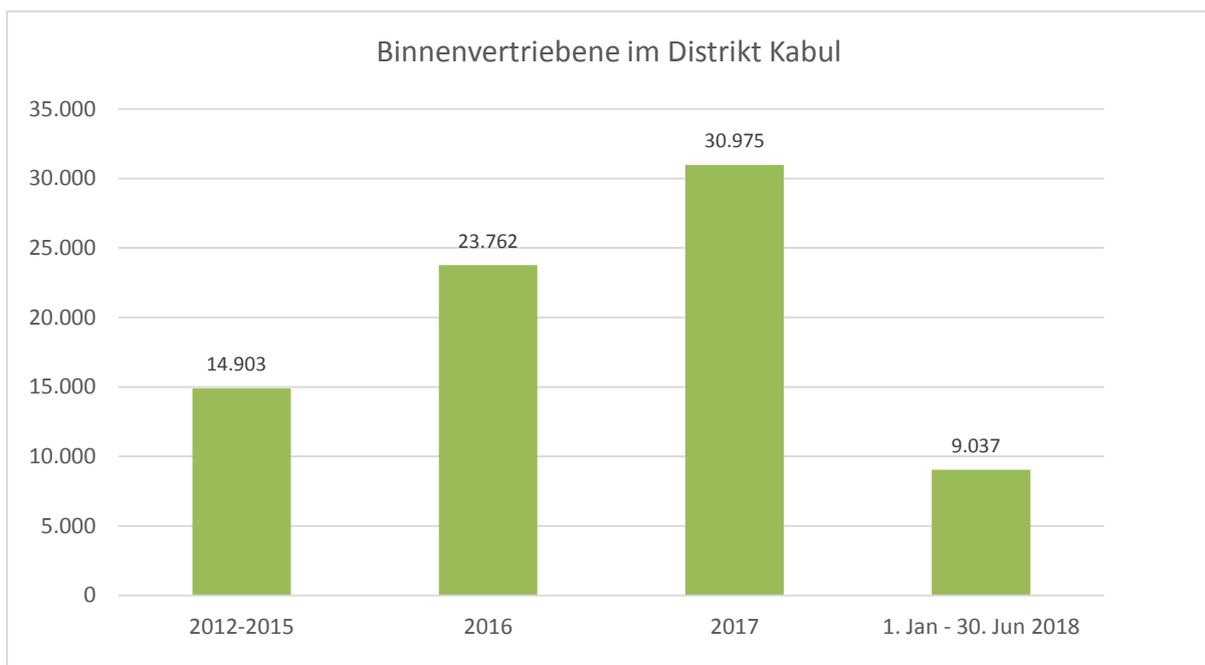
Die folgende Grafik zeigt die Anzahl der konfliktbedingten Binnenvertriebenen in Mazar-e Sharif und Nahr-e Shahi im Verlauf der Jahre. Für die Jahre 2016 bis 2018 sind außerdem separate Datensets von UN OCHA verfügbar. Diese Zahlen stimmen mit den in der Grafik dargestellten überein:



(Basierend auf Daten von Humanitarian Response, 22. November 2018)

Im Rahmen ihrer Displacement Tracking Matrix (DTM) veröffentlicht die Internationale Organisation für Migration (IOM) ein Datenset zur Anzahl der ankommenden Binnenvertriebenen, unterteilt in Provinzen und Distrikte. Den IOM-Daten zufolge seien zwischen 2012 und Juni 2018 insgesamt 78.677 Binnenvertriebene in den Distrikt Kabul gekommen. (IOM, 26. September 2018a)

Die folgende Grafik zeigt die Anzahl der ankommenden Binnenvertriebenen im Distrikt Kabul im Verlauf der Jahre 2012 bis Juni 2018:



(Basierend auf Daten von IOM, 26. September 2018a)

EASO nimmt in seinem Bericht zu sozioökonomischen Schlüsselindikatoren in den Städten Mazar-e Sharif, Herat und Kabul Bezug auf den 2015 veröffentlichten Bericht zur Lage afghanischer Städte (State of Afghan Cities, SoAC) und auf Samuel Halls 2014 veröffentlichten Bericht zur urbanen Armut. EASO führt an, dass Kabul einen überproportionalen Anteil an Haushalten mit Migrationshintergrund aufgenommen habe. Alle Kategorien von MigrantInnen, Binnenvertriebene, Rückkehrende und WirtschaftsmigrantInnen, hätten einen erheblichen Nachteil hinsichtlich ihrer Widerstandsfähigkeit. Besonders im ersten Jahr seien Binnenvertriebene sehr anfällig. Häufig würden ihnen Ausweispapiere fehlen, was ihren Zugang zu Grundrechten wie Justiz, Bildung, formaler Beschäftigung oder dem formellen Wohnungsmarkt erschwere:

„Kabul has absorbed a disproportionate share of the households with a migration history. All subcategories of migrants – IDPs, returnees and economic migrants – have a considerable disadvantage when it comes to resilience. Particularly in the first year, IDPs are very vulnerable. They often lack identification documents, which hampers their access to basic rights such as justice, education, formal employment or formal housing market.“
(EASO, August 2017, S. 40-41)

1.3 RückkehrerInnen (Iran, Pakistan)

In einem weiteren Datenset der IOM Displacement Tracking Matrix werden die Termini „undocumented returnee“ und „documented returnee“ definiert. Demnach seien undokumentierte Rückkehrende afghanische StaatsbürgerInnen, die nach mindestens sechs Monaten in Pakistan oder im Iran spontan nach Afghanistan zurückkehren würden ohne eine freiwillige Rückkehr („voluntary return“) beantragt zu haben. Diese Definition sei unabhängig davon, ob die Rückkehrenden sich bei UNHCR oder den zuständigen nationalen Behörden als Flüchtling registriert hätten. Im Gegensatz dazu beziehe sich der Begriff der dokumentierten Rückkehrenden auf afghanische StaatsbürgerInnen, die nach mindestens sechs Monaten in Pakistan oder im Iran nach Afghanistan zurückkehren, als Flüchtlinge registriert seien und ihre freiwillige Rückkehr bei UNHCR und zuständigen nationalen Behörden beantragt hätten:

„Undocumented Returnees: Afghan Nationals that have returned to the Islamic Republic of Afghanistan after having spent at least 6 months in Pakistan or Iran and have never requested voluntary return, but have come back spontaneously regardless if they were or were not registered with UNHCR and relevant national authorities as refugees.

Documented Returnees: Afghan Nationals that have returned to the Islamic Republic of Afghanistan after having spent at least 6 months in Pakistan or Iran and were registered refugees, and have requested voluntary return with UNHCR and relevant national authorities.“ (IOM, 26. September 2018b)

Bezugnehmend auf den Rückkehrprozess führt das UNO-Flüchtlingshochkommissariat (UN High Commissioner for Refugees, UNHCR) in einem Update zur freiwilligen Rückführung vom Juli 2018 an, dass Flüchtlinge, die nach Afghanistan zurückkehren wollen, in den UNHCR-Zentren für freiwillige Rückkehr (Voluntary Repatriation Centres, VRCs) in den Asylländern eine Voluntary Repatriation Form (VRF) ausfüllen können. In Pakistan befindet sich jeweils in Peshawar und in Quetta ein derartiges Zentrum. Die Rückführungen aus dem Iran würden

durch alle UNHCR-Büros, einschließlich des VRC in Soleimankhani, ermöglicht. Allen Rückkehrenden würde ein Mehrzweck-Bargeldzuschuss (durchschnittlich 200 USD pro Person) in vier Annahmestellen gewährt. Die UNHCR-Geldzuwendungen für die rückkehrenden Flüchtlinge würden darauf abzielen, unmittelbare Schutzrisiken und -schwachstellen bei der Rückkehr nach Afghanistan zu verhindern, zu verringern bzw. auf diese zu reagieren. Der Bargeldzuschuss sei ein wichtiges Schutzinstrument, das den Rückkehrenden die Möglichkeit gebe, ihre unmittelbaren humanitären Bedürfnisse sowie die Transportkosten zu decken:

„UNHCR’s Voluntary Repatriation Centres (VRCs) in the countries of asylum are processing refugees wanting to return to Afghanistan and issue a Voluntary Repatriation Form (VRF) for each family. Two VRCs are located in Pakistan: Azakhel in Peshawar (KPK) and Baleli in Quetta (Baluchistan). Repatriation from Iran is facilitated through all UNHCR Offices, including the VRC in Soleimankhani. [...]

All returnees are provided with multi-purpose cash grant (an average of USD 200 per person) at 4 Encashment centers. UNHCR’s repatriation cash grants to refugee returnees are intended to prevent, reduce, and respond to immediate protection risks and vulnerabilities upon return to Afghanistan. The cash grant is a key protection tool that provides returnees with the means to meet their immediate humanitarian needs, as well as transportation costs.” (UNHCR, Juli 2018, S. 2)

In einem von NRC, IDMC und Samuel Hall im Jänner 2018 veröffentlichten Bericht über Binnenvertreibung in Afghanistan wird einleitend angeführt, dass die Flüchtlinge von gestern die Binnenvertriebenen von heute seien. Die Afghanen würden eine der größten und am längsten vertriebenen Flüchtlingsgruppen der Welt darstellen. Mehr als drei Millionen Afghanen, viele von ihnen inzwischen Flüchtlinge der zweiten und dritten Generation, würden im benachbarten Iran und Pakistan leben. Beide Länder hätten in letzter Zeit versucht, die Rückkehr der Afghanen zu forcieren. Die jüngsten regionalen politischen Spannungen hätten dazu geführt, dass man erwarte, dass das Tempo der Rückkehr und Rückführung beschleunigt werde. Die angewandten Methoden hätten nicht immer den Grundsätzen der Freiwilligkeit entsprochen und würden Zwang und Abschiebung umfassen. Viele tausend sekundär vertriebene Familien, die „Returnee-IDPs“, hätten kaum eine andere Wahl, als die enorme und wachsende Zahl informeller und unzureichender Siedlungen zu bewohnen, die heute das Stadtbild des Landes prägen würden:

„Yesterday’s Refugees, Today’s IDPs: Afghans also constitute one of the largest and longest-displaced refugee groups in the world. More than three million Afghans, many of them now second and third generation refugees, live in neighbouring Iran and Pakistan. The position of both countries has latterly been to promote their return and recent regional political tensions have served to raise the expectation that the pace of return and repatriation will be accelerated. The methods deployed have not always been in line with principles of voluntariness, and include coercion and deportation. As a result, an annual average of more than 300,000 people have been returning each year since 2012 - often only to leave the country again or to live in internal displacement. Many thousands of secondarily displaced ‘returnee-IDPs’ families have been left with little choice but to

occupy the vast and growing number of informal and sub-standard settlements that today pepper the country's urban landscape." (NRC/IDMC/Samuel Hall, 24. Jänner 2018, S. 9)

1.3.1 Herat

Den Daten von IOM zufolge sind zwischen 2012 und Juni 2018 insgesamt 18.559 undokumentierte und 14.437 dokumentierte Rückkehrende aus Pakistan und dem Iran sowie 1.404 Rückkehrende aus anderen Ländern im Distrikt Herat-Stadt und dem umliegenden Distrikt Injil angekommen. (IOM, 26. September 2018a)

Die folgende Tabelle zeigt die Anzahl der Rückkehrenden in Herat-Stadt und Injil im Verlauf der Jahre:

	Zeitraum	Herat-Stadt	Injil	Gesamt
Undokumentierte Rückkehrende aus Pakistan und dem Iran	2012-2015	4190	1663	5853
	2016	5377	994	6371
	2017	4123	672	4795
	1. Jan - 30. Jun 2018	1505	35	1540
Dokumentierte Rückkehrende aus Pakistan und dem Iran	2012-2015	2966	2569	5535
	2016	3374	1246	4620
	2017	1813	838	2651
	1. Jan - 30. Jun 2018	1484	147	1631
Rückkehrende aus anderen Ländern	2012-2015	1404	0	1404
	2016	0	0	0
	2017	0	0	0
	1. Jan - 30. Jun 2018	0	0	0
Gesamt	2012 - 30. Jun 2018	26236	8164	34400

(Basierend auf Daten von IOM, 26. September 2018a)

Laut den veröffentlichten Daten von UNHCR sind zwischen 2013 und dem 28. Oktober 2018 insgesamt 7.183 Menschen im Zuge der „Voluntary Repatriation“ von UNHCR nach Herat-Stadt und in den Distrikt Injil zurückgekehrt. (UNHCR, 8. November 2017; UNHCR, 2. Jänner 2018a; UNHCR, 2. Jänner 2018b; UNHCR, 2. Jänner 2018c; UNHCR, 12. September 2018; UNHCR, 29. Oktober 2018)

Die folgende Tabelle zeigt die Anzahl der von bei UNHCR als freiwillig gemeldeten Rückkehrenden im Zeitverlauf:

		Herat-Stadt	Injil
2013	Iran	1544	193
	Pakistan	105	33
	Andere Länder	8	0
	Gesamt	1657	226
2014	Iran	773	100
	Pakistan	77	31
	Andere Länder	7	0
	Gesamt	857	131
2015	Iran	685	20
	Pakistan	512	74
	Andere Länder	1	0
	Gesamt	1198	94
2016	Iran	282	0
	Pakistan	2	220
	Andere Länder	1225	5
	Gesamt	1509	225
2017	Iran	84	0
	Pakistan	498	23
	Andere Länder	6	0
	Gesamt	588	23
1. Jan - 28. Okt 2018	Iran	527	0
	Pakistan	144	4
	Andere Länder	0	0
	Gesamt	671	4
Gesamt		6480	703

(Basierend auf Daten von UNHCR, 8. November 2017; UNHCR, 2. Jänner 2018a; UNHCR, 2. Jänner 2018b; UNHCR, 2. Jänner 2018c; UNHCR, 12. September 2018; UNHCR, 29. Oktober 2018)

1.3.2 Mazar-e Sharif

Den Daten von IOM zufolge sind zwischen 2012 und Juni 2018 insgesamt 23.105 undokumentierte und 6.093 dokumentierte Rückkehrende aus Pakistan und dem Iran sowie 1.823 Rückkehrende aus anderen Ländern im Distrikt Mazar-e Sharif und dem umliegenden Distrikt Nahr-e Shahi angekommen. (IOM, 26. September 2018a)

Die folgende Tabelle zeigt die Anzahl der Rückkehrenden in Mazar-e Sharif und Nahr-e Shahi im Verlauf der Jahre:

	Zeitraum	Mazar-e Sharif	Nahr-e Shahi	Gesamt
Undokumentierte Rückkehrende aus Pakistan und dem Iran	2012-2015	876	6819	7695
	2016	2008	6750	8758
	2017	1734	4918	6652
	1. Jan - 30. Jun 2018	0	0	0
Dokumentierte Rückkehrende aus Pakistan und dem Iran	2012-2015	1193	585	1778
	2016	161	1295	1456
	2017	441	2418	2859
	1. Jan - 30. Jun 2018	0	0	0
Rückkehrende aus anderen Ländern	2012-2015	0	81	81
	2016	40	235	275
	2017	399	1068	1467
	1. Jan - 30. Jun 2018	0	0	0
Gesamt	2012 - 30. Jun 2018	6852	24169	31021

(Basierend auf Daten von IOM, 26. September 2018a)

Laut den veröffentlichten Daten von UNHCR sind zwischen 2013 und dem 28. Oktober 2018 insgesamt 11.730 Menschen im Zuge der „Voluntary Repatriation“ von UNHCR nach Mazar-e Sharif und in den Distrikt Nahr-e Shahi zurückgekehrt (UNHCR, 8. November 2017; UNHCR, 2. Jänner 2018a; UNHCR, 2. Jänner 2018b; UNHCR, 2. Jänner 2018c; UNHCR, 12. September 2018; UNHCR, 29. Oktober 2018).

Die folgende Tabelle zeigt die Anzahl der von bei UNHCR als freiwillig gemeldeten Rückkehrenden im Zeitverlauf:

		Mazar-e Sharif	Nahr-e Shahi
2013	Iran	542	0
	Pakistan	415	24
	Andere Länder	18	0
	Gesamt	975	24
2014	Iran	363	0
	Pakistan	244	20
	Andere Länder	6	0
	Gesamt	613	20
2015	Iran	204	0
	Pakistan	1268	42
	Andere Länder	4	0
	Gesamt	1476	42
2016	Iran	92	0
	Pakistan	6665	162
	Andere Länder	0	0
	Gesamt	6757	162
2017	Iran	32	0
	Pakistan	1294	1
	Andere Länder	0	0
	Gesamt	1326	1
1. Jan - 28. Okt 2018	Iran	70	0
	Pakistan	224	23
	Andere Länder	17	0
	Gesamt	311	23
Gesamt		11458	272

(Basierend auf Daten von UNHCR, 8. November 2017; UNHCR, 2. Jänner 2018a; UNHCR, 2. Jänner 2018b; UNHCR, 2. Jänner 2018c; UNHCR, 12. September 2018; UNHCR, 29. Oktober 2018)

1.3.3 Kabul

Den Daten von IOM zufolge seien zwischen 2012 und Juni 2018 insgesamt 24.215 undokumentierte und 40.691 dokumentierte Rückkehrende aus Pakistan und dem Iran sowie 64.906 Rückkehrende aus anderen Ländern im Distrikt Kabul angekommen. (IOM, 26. September 2018a)

Die folgende Tabelle zeigt die Anzahl der RückkehrerInnen im Distrikt Kabul im Verlauf der Jahre:

Kabul		
Undokumentierte Rückkehrende aus Pakistan und dem Iran	2012-2015	5015
	2016	9676
	2017	7991
	1. Jan - 30. Jun 2018	1533
Dokumentierte Rückkehrende aus Pakistan und dem Iran	2012-2015	6223
	2016	11339
	2017	19706
	1. Jan - 30. Jun 2018	3423
Rückkehrende aus anderen Ländern	2012-2015	11238
	2016	21015
	2017	27697
	1. Jan - 30. Jun 2018	4956
Gesamt	2012 - 30. Jun 2018	129812

(Basierend auf Daten von IOM, 26. September 2018a)

Laut den veröffentlichten Daten von UNHCR seien zwischen 2013 und dem 28. Oktober 2018 insgesamt 74.694 Menschen im Zuge der „Voluntary Repatriation“ von UNHCR in den Distrikt Kabul zurückgekehrt. (UNHCR, 8. November 2017; UNHCR, 2. Jänner 2018a; UNHCR, 2. Jänner 2018b; UNHCR, 2. Jänner 2018c; UNHCR, 12. September 2018; UNHCR, 29. Oktober 2018)

Die folgende Tabelle zeigt die Anzahl der von bei UNHCR als freiwillig gemeldeten RückkehrerInnen im Zeitverlauf:

Kabul		
2013	Iran	2988
	Pakistan	2655
	Andere Länder	77
	Gesamt	5720
2014	Iran	1748
	Pakistan	922
	Andere Länder	166
	Gesamt	2836
2015	Iran	1051
	Pakistan	5054
	Andere Länder	120
	Gesamt	6225
2016	Iran	1229
	Pakistan	49298
	Andere Länder	148
	Gesamt	50675
2017	Iran	749
	Pakistan	8344
	Andere Länder	145
	Gesamt	9238
1. Jan - 28. Okt 2018	Iran	592
	Pakistan	1523
	Andere Länder	100
	Gesamt	2215
Gesamt		74694

(Basierend auf Daten von UNHCR, 8. November 2017; UNHCR, 2. Jänner 2018a; UNHCR, 2. Jänner 2018b; UNHCR, 2. Jänner 2018c; UNHCR, 12. September 2018; UNHCR, 29. Oktober 2018)

1.4 Segregation bestimmter Gruppen

Friederike Stahlmann vom Max-Planck-Institut ethnologische Forschung schreibt zum Mangel an angemessenen Unterkünften für afghanische Rückkehrende und Binnenvertriebene und den slumähnlichen Zuständen in den afghanischen Großstädten in ihrem Afghanistan-Gutachten vom März 2018:

„Inzwischen ist auch deutlich, dass der Zuzug von Rückkehrern genauso wie die kriegs- und katastrophenbedingte Binnenmigration in die Städte überwiegend dauerhaft ist. So gaben in 2016 je 70% der kriegs- und 90% der katastrophenbedingten Binnenvertriebenen an, nicht mit einer Rückkehr in ihre Herkunftsorte zu rechnen. (Poncin/FAO 01.09.2016: 61) [...] Es ist somit nicht überraschend, dass nach dem Hauptproblem der Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung schon 2011 das größte Problem der in Städte Geflohener war, angemessene Unterkünfte zu finden. (World Bank/UNHCR May 2011: 31) Die Konsequenz

dieses immensen Zuzugs in die Städte Kabul, Herat und Mazar-e Sharif und Jalalabad (Amnesty International 31.05.2016: 19) war daher die Entstehung großer, dauerhafter Slums, als die diese provisorischen, temporären, informellen, oder irregulären Unterkünfte nach UN-Habitat Definition gelten. Als Slums werden Unterkünfte beschrieben, die nicht die Standards angemessener Unterkunft nach Definition des auch von Afghanistan ratifizierten ICESCR erfüllen. Zu diesen Standards gehören Bewohnbarkeit, Finanzierbarkeit, Zugänglichkeit, Infrastruktur wie Schulen und Krankenhäuser, Strom, Trinkwasser und sanitäre Anlagen, kulturelle Angemessenheit und Rechtssicherheit. Entsprechend dieser Definition haben schon 2013/14 73,8% der städtischen Bevölkerung in Slums gelebt, und 2016 war der Anteil auf 86% der Behausungen angestiegen. (Poncin/FAO 01.09.2016: 58)“ (Stahlmann, 28. März 2018, S. 247)

1.4.1 Herat

Bezugnehmend auf einen vom Analysten Jolyon Leslie im März 2015 verfassten Bericht des United States Institute of Peace (USIP), einer parteienunabhängige US-Bundeseinrichtung mit Sitz in Washington, D.C., und einen 2014 vom Think Tank Samuel Hall veröffentlichten Bericht zur urbanen Armut, führt das EASO an, dass das Maß an ethnischer Segregation in Herat ausgeprägt sei. Neben den Rückkehrenden habe Herat immer noch eine starke Basis an lokalen Ansässigen, die noch nie migriert seien, und im Vergleich zu anderen Städten einen kleinen Anteil an Binnenvertriebenen. Das sei teilweise darauf zurückzuführen, dass sich die größten Binnenvertriebenen-Siedlungen außerhalb der Stadtgrenzen befinden würden:

„The degree of ethnic segregation in Herat is, according to analyst Jolyon Leslie, ‘pronounced’. Besides returnees, Herat still has a strong base of local residents, people who never migrated and, compared to other large cities, a fairly small share of IDPs. This is partly due to the fact that the biggest IDP settlements are outside the city limits.“ (EASO, August 2017, S. 17-18)

1.4.2 Mazar-e Sharif

In einem 2013 von der unabhängigen Forschungseinrichtung Afghanistan Research and Evaluation Unit (AREU) veröffentlichten Bericht wird zur Provinz Balkh angeführt, dass laut Angaben der afghanischen Statistikbehörde (CSO) etwas mehr als ein Drittel der Bevölkerung der Provinz Balkh in städtischen Gebieten lebe, davon die überwiegende Mehrheit (82 Prozent) in Mazar-e Sharif. Balkh sei ethnisch heterogen, wobei Tadschiken die größte Gruppe bilden würden, gefolgt von Paschtunen, Usbeken, Hazara, Turkmenen und Arabern. Wie auch in anderen Gebieten Afghanistans seien die Siedlungen in der Regel entlang ethnischer Trennlinien organisiert. Die städtischen Gebiete würden hier jedoch eine Ausnahme bilden:

„According to the CSO [Central Statistics Organization], just over one-third of the province’s population lives in urban areas, of which the vast majority (82 percent) live in Mazar. Balkh is ethnically heterogeneous, with Tajiks making up the largest group, followed by Pashtuns, Uzbeks, Hazaras, Turkmen and Arabs. As elsewhere in Afghanistan, with the partial exception of the urban areas, settlements tend to be organised along ethnic lines.“ (AREU, 2013, S. 22)

Die afghanische Public Policy Research Organization (APPRO) führt in einem 2016 veröffentlichten Bericht an, dass Mazar-e Sharif als das Provinzzentrum von Balkh über eine vielfältige ethnische und sprachliche Bevölkerung verfüge:

„As the provincial center, Mazar – e Sharif has a diverse ethnic and linguistic population.“
(APPRO, 2016, S. 22)

In einem Gespräch im November 2018 führt UNHCR bezugnehmend auf die Lebensräume der Binnenvertriebenen in Mazar-e Sharif an, dass es rund um Mazar-e Sharif viele Ansiedlungen von Binnenvertriebenen („IDP sites“) gebe. In diesen Gemeinde-ähnlichen Orten, die meist etwa zehn Minuten vom Zentrum Mazar-e Sharifs entfernt liegen würden, würden Hunderte von Familien in Zelten ohne Wasser und Strom und ohne andere soziale Dienstleistungen leben. Vertriebene und Rückkehrende würden sich meist in den unterentwickelten Vorstadtteilen der Stadt ansiedeln. Es gebe viele Orte, an denen sich Vertriebene und Rückkehrende in Gemeinschaften zusammengeschlossen hätten. (UNHCR, 26. November 2018a)

1.4.3 *Kabul*

Unter Bezugnahme auf eine E-Mail-Auskunft des unabhängigen Think Tank Samuel Hall vom März 2017, auf Information der unabhängigen afghanischen Nachrichtenagentur Pajhwok Afghan News und auf einen Bericht der afghanische Public Policy Research Organization (APPRO) vom Oktober 2012 schreibt EASO im August 2017, dass Kabul ursprünglich für 500.000 Menschen ausgelegt worden sei, nun würde die Stadt zu 75 Prozent aus informellen Siedlungen bestehen. Kabul sei ethnisch vielfältig mit Gemeinschaften fast aller Ethnien. Paschtunen, Tadschiken, Hazara, Usbeken, Turkmenen, Balutschen, Sikhs und Hindus würden in Kabul leben, wobei keine der Gruppe eindeutig dominiere. Da die Menschen dazu neigen würden, in Gebiete zu ziehen, in denen auch ihre Familie lebe, oder in bestimmte Stadtteile, in denen Menschen mit der gleichen ethnischen Zugehörigkeit wohnen, würden verschiedene Stadtteile mit verschiedenen ethnischen Gruppen assoziiert:

„Kabul is a city initially built for 500,000 people, with currently 75% of informal settlements.
[...]

Kabul is an ethnically diverse city with communities of almost all ethnicities. Pashtuns, Tajiks, Hazaras, Uzbeks, Turkmen, Baluchs, Sikhs and Hindus all reside there with no group clearly dominating. As people tend to move to areas where they already have family, or into particular districts as part of a larger group with the same ethnicity, different neighbourhoods have become associated with different ethnic groups.“ (EASO, August 2017, S. 17)

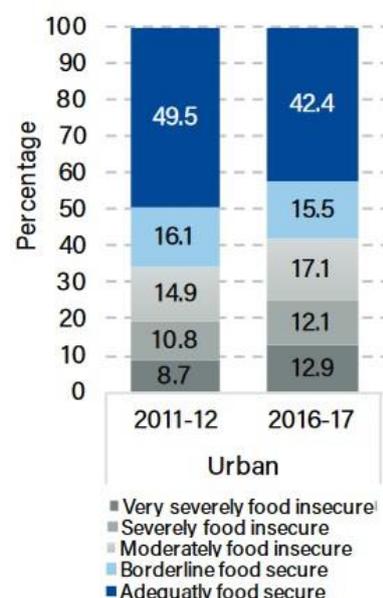
2 Entwicklung der wirtschaftlichen Situation und Versorgungslage, insbesondere von IDPs und RückkehrerInnen seit 2010

2.1 Nahrungsmittelsicherheit und Trinkwasser

Die afghanische Statistikbehörde (Central Statistics Organization, CSO) veröffentlicht im Mai 2018 die Ergebnisse ihrer Erhebung zu den Lebensbedingungen in Afghanistan im afghanischen Jahr 2016/17. Bezugnehmend auf eine Erhebung aus dem afghanischen Jahr 2011/12 stellt die CSO fest, dass die Ernährungsunsicherheit insgesamt von 30,1 Prozent im Jahr 2011/12 auf 44,6 Prozent im Jahr 2016/17 angestiegen sei, was einem Zuwachs von 14,5 Prozentpunkten entspreche. Auf nationaler Ebene sei in allen Kategorien der Ernährungsunsicherheit (sehr stark, stark und mäßig) ein Anstieg um fast 5 Prozentpunkte zu beobachten. Die Ernährungsunsicherheit nehme in allen Bevölkerungsgruppen zu, wobei der höchste Anstieg in den ländlichen Gebieten (17,2 Prozentpunkte), gefolgt von den städtischen Gebieten (7,7 Prozentpunkte) und der geringste bei den Kutschis (6,7 Prozentpunkte) zu verzeichnen sei. In der städtischen Bevölkerung sei der stärkste Anstieg in der sehr stark ernährungsunsicheren Gruppe (4,1 Prozentpunkte) zu verzeichnen:

„Overall, food insecurity increased from 30.1 percent in 2011-12 to 44.6 percent in 2016-17, an increase of 14.5 percentage points. Increases of almost 5 percentage points can be observed in each level of food insecurity (very severely, severely and moderately) at national level. There is increase in food insecurity in all residence population groups, with the highest increase observed in rural areas (17.2 percentage points), followed by urban areas (7.7 percentage points), and the least among the Kuchi (6.7 percentage points). The rural population also experienced the largest increases in food insecurity in every level of food insecurity (5.4, 5.8 and 6.9 percentage points in very severe, severe and moderately food insecure, respectively). In the urban population, the highest increase occurred in the very severely food insecure group (4.1 percentage points), whereas the Kuchis had the highest increase in the severely food insecure category (2.5 percentage points) followed by moderately (2.3 percentage points) and least in very severely food insecure population.“
(CSO, Mai 2018, S. 121)

In Form eines Diagrammes stellt die CSO zudem detailliert dar, wie sich die Ernährungsunsicherheit in der urbanen Bevölkerung Afghanistans entwickelt habe. So sei die Gruppe der ausreichend Ernährungssicheren von 49,5 Prozent im Jahr 2011/12 auf 42,4 und die der grenzwertig Ernährungssicheren von 16,1 auf 15,5 Prozent gesunken, während die Gruppe der mäßig von Ernährungsunsicherheit Betroffenen von 14,9 auf 17,1 Prozent, die Gruppe der stark Betroffenen von 10,8 auf 12,1 Prozent und die Gruppe der sehr stark Betroffenen von 8,7 Prozent im Jahr 2011/12 auf 12,9 Prozent im Jahr 2016/17 angewachsen sei:



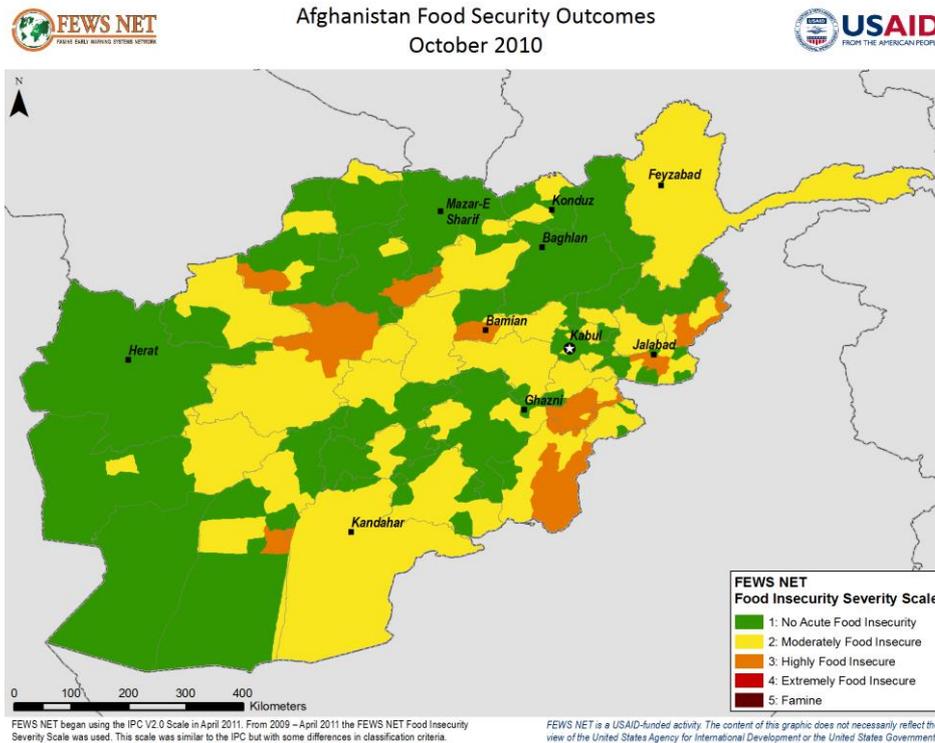
(CSO, Mai 2018, S. 122)

FEWS NET (Famine Early Warning System Network), ein Netzwerk aus Analysten, das in über 35 Ländern tätig ist und fortlaufend Daten und Karten über die aktuelle Ernährungssicherheit in Afghanistan veröffentlicht, arbeitet seit März 2011 mit der aktualisierten Version einer ernährungssicherheitsbezogenen Klassifizierung, der sogenannten Integrated Food Security Phase Classification (IPC) Version 2.0 (FEWS NET, ohne Datum (a)). Die Klassifizierung setzt sich aus fünf Phasen von Ernährungsunsicherheit zusammen, die von minimal (Phase 1) über angespannt (Phase 2) und krisenhaft (Phase 3) bis hin zu einem Notfall (Phase 4) und einer Hungersnot (Phase 5) reichen. Während bei Phase 1 mehr als vier von fünf Haushalten in der Lage seien, den Bedarf an Grundnahrungsmitteln und nicht nahrungsbezogenen Gütern zu decken ohne atypische, nicht nachhaltige Strategien für den Zugang zu Nahrung und Einkommen anzuwenden, habe in Phase 2 bereits mindestens jeder fünfte Haushalt trotz humanitärer Hilfe nur einen gerade noch angemessenen Lebensmittelverbrauch und sei nicht in der Lage sich wesentliche nicht nahrungsbezogenen Güter zu leisten ohne irreversible Bewältigungsstrategien anzuwenden. In Phase 3 weise trotz humanitärer Hilfe mindestens jeder fünfte Haushalt Lücken im Nahrungsmittelkonsum mit hoher oder überdurchschnittlicher akuter Unterernährung auf oder sei nur geringfügig unter der Voraussetzung eines vorzeitigen Abbaus jener Güter, die die Lebensgrundlagen schaffen, in der Lage, den Mindestnahrungsmittelbedarf zu decken, was zu Lücken im Nahrungsmittelkonsum führe. Phase 4 sei davon gekennzeichnet, dass trotz humanitärer Hilfe mindestens jeder fünfte Haushalt mit großen Lücken im Nahrungsmittelkonsum zu kämpfen habe, die zu sehr hoher akuter Unterernährung und erhöhter Sterblichkeit führen würden, oder zu einem sehr starken Verlust jener Güter, die die Lebensgrundlagen schaffen, was in naher Zukunft zu Lücken im Nahrungsmittelkonsum führe. Phase 5 bedeute, dass trotz humanitärer Hilfe mindestens jeder fünfte Haushalt einen extremen Mangel an Nahrung und anderen Grundbedürfnissen, bei denen Hunger, Tod und Not offensichtlich sind, aufweise:

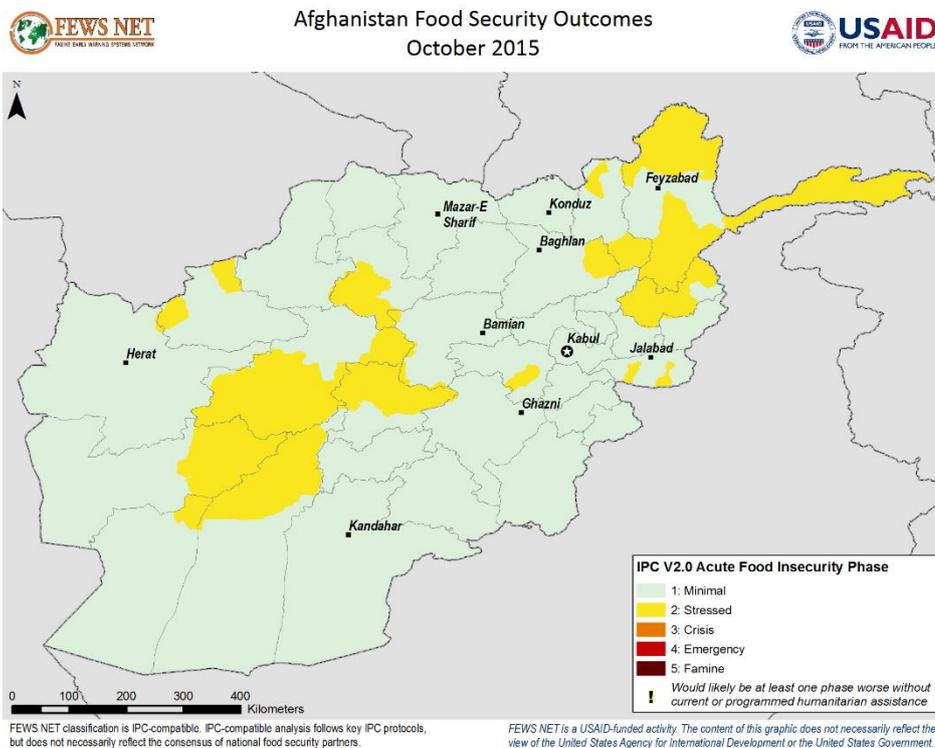
PHASE 1 Minimal	More than four in five households (HHs) are able to meet essential food and nonfood needs without engaging in atypical, unsustainable strategies to access food and income.
PHASE 2 Stressed	Even with any humanitarian assistance at least one in five HHs in the area have the following or worse: Minimally adequate food consumption but are unable to afford some essential non food expenditures without engaging in irreversible coping strategies.
PHASE 3 Crisis	Even with any humanitarian assistance at least one in five HHs in the area have the following or worse: · Food consumption gaps with high or above usual acute malnutrition OR · Are marginally able to meet minimum food needs only with accelerated depletion of livelihood assets that will lead to food consumption gaps.
PHASE 4 Emergency	Even with any humanitarian assistance at least one in five HHs in the area have the following or worse: · Large food consumption gaps resulting in very high acute malnutrition and excess mortality OR · Extreme loss of livelihood assets that will lead to food consumption gaps in the short term.
PHASE 5 Famine	Even with any humanitarian assistance at least one in five HHs in the area have an extreme lack of food and other basic needs where starvation, death, and destitution are evident. Evidence for all three criteria (food consumption, acute malnutrition, and mortality) is required to classify Famine.

(FEWS NET, ohne Datum (b))

FEWS NET stellt auf seiner Webseite Karten zur Ernährungssicherheit für Afghanistan zur Verfügung, die bis Juli 2009 zurückreichen. Im Folgenden finden sich die Karten für Oktober 2010, Oktober 2015, die aktuelle Karte für Oktober 2018 und eine Prognose für den Zeitraum von Oktober 2018 bis Jänner 2019:

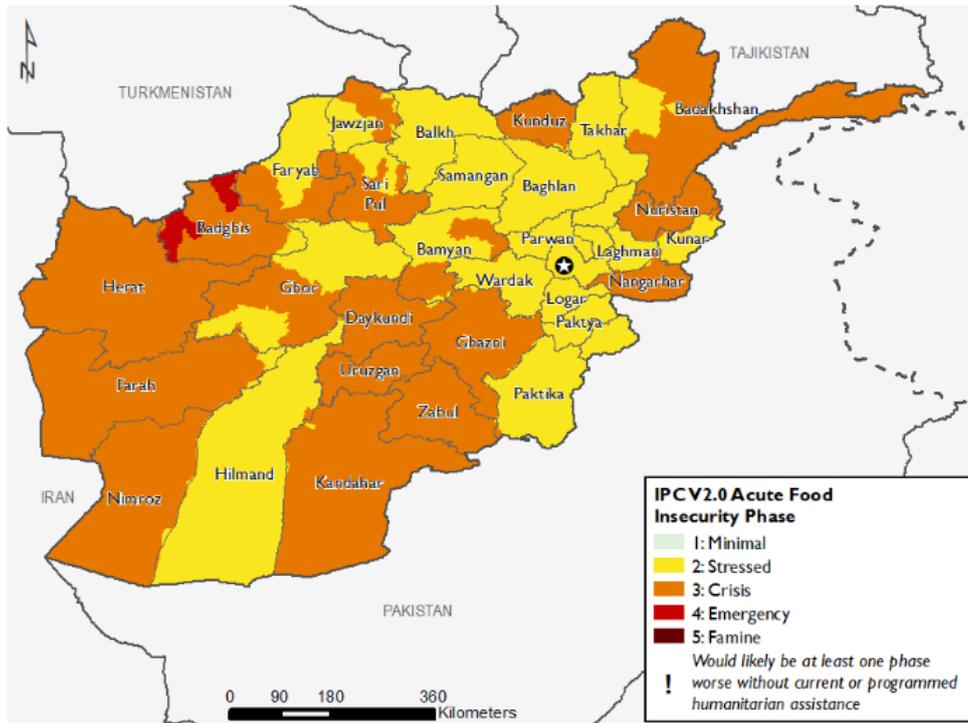


(FEWS NET, ohne Datum (a))



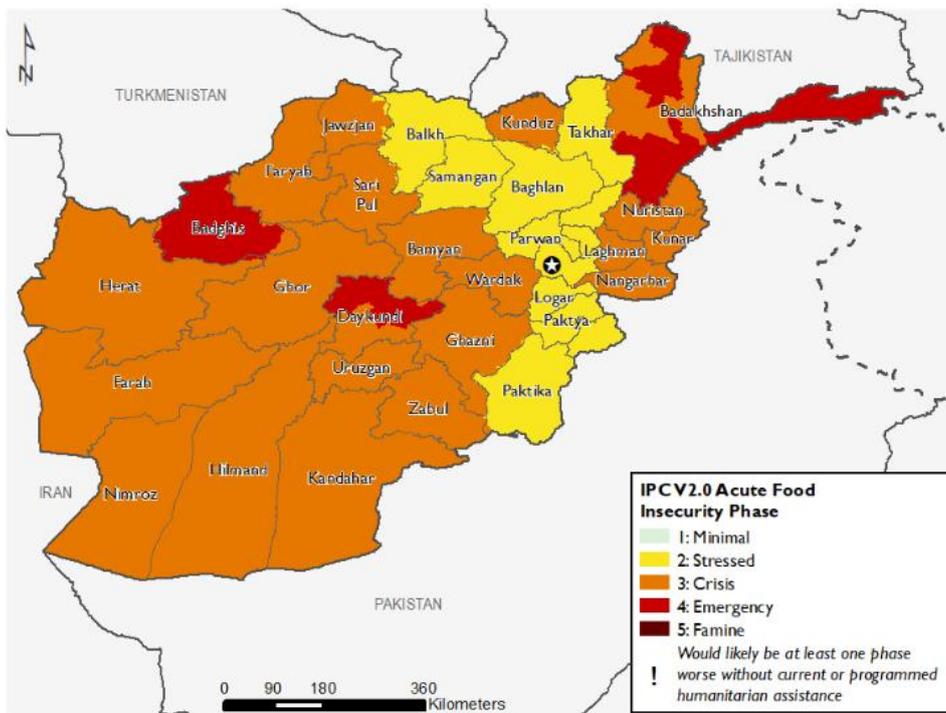
(FEWS NET, ohne Datum (a))

Current food security outcomes, October 2018



(FEWS NET, 16. November 2018)

Projected food security outcomes, October 2018 to January 2019



(FEWS NET, 16. November 2018)

FEWS NET schreibt im September 2018 zudem, dass die Auswirkungen der Lebensmittelkrise in ganz Afghanistan präsent seien, da die Kaufkraft sinke, die normale Lebensgrundlage durch

Konflikte gestört werde und der Ertrag der regenwassergespeisten Grundnahrungsmittel schlecht sei und zu einem im Vergleich zu den letzten Jahren erhöhten Bedarf an Unterstützung im Ernährungsbereich führe. Insbesondere in nördlichen, nordöstlichen und nordwestlichen Gebieten dürften arme Haushalte, die von der wassergespeisten Weizenproduktion abhängig seien, bis zur Frühjahrsernte im nächsten Jahr Schwierigkeiten haben, den Konsumbedarf zu decken. Die am stärksten betroffenen Haushalte würden wahrscheinlich die nach der ernährungssicherheitsbezogenen Klassifizierung (Integrated Food Security Phase Classification, IPC) als Notsituation („Emergency“) bezeichnete Phase 4 von 5 erleben, da mit Beginn des Winters große Nahrungsmitteldefizite auftreten würden:

„Crisis (IPC Phase 3) outcomes are present throughout Afghanistan due to declining purchasing power, disruption of normal livelihoods due to conflict, and poor rainfed staple performance and will contribute to the increased food assistance needs as compared to recent years. Poor households dependent on rainfed wheat production, particularly in northern, northeastern, and northwestern areas, are expected to experience difficulty meeting consumption requirements until next year’s spring harvest. The worst-affected households will likely experience Emergency (IPC Phase 4) as large food deficits emerge with the onset of winter in.“ (FEWS NET, September 2018)

Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (European Asylum Support Office, EASO) veröffentlicht im Juni 2018 einen auf verfügbaren Herkunftsländerinformationen basierenden Leitfaden zu Afghanistan („Country Guidance“). Zur Ernährungssicherheit in den Städten Kabul, Herat und Mazar-e Sharif wird angeführt, dass es generell keine Nahrungsmittelknappheit gebe. Die wichtigste Variable bezüglich des Zugangs zu Nahrungsmitteln seien die zur Verfügung stehenden Mittel, was im Fall von Vertriebenen ein Problem darstellen könne. Bezogen auf den Zugang zu Wasser schreibt das EASO, dass der Zugang zu Trinkwasser in Kabul, Herat und Mazar-e Sharif oft eine Herausforderung sei. In Mazar-e Sharif und Herat hätten die meisten Menschen jedoch Zugang zu verbesserten Wasserquellen und sanitären Einrichtungen:

„Food security: In general, there are no food shortages in the three cities. The main variable in access to food are the means of subsistence available to the applicant, which in the case of displaced persons can be a particular concern.“ (EASO, Juni 2018, S. 104)

„Hygiene: Access to potable water is often a challenge, especially in the slums and IDP settlements in Kabul. In Mazar-e Sharif and Herat, most people do have access to improved sources of water as well as improved sanitation facilities.“ (EASO, Juni 2018, S. 104)

Im Rahmen der Erhebung zu den Lebensbedingungen in Afghanistan (Afghan Living Conditions Survey, ALCS) würden Wasserquellen, die vor äußeren Verunreinigungen geschützt seien, wie zum Beispiel eine Handpumpe (privat oder öffentlich), gebohrte Brunnen oder geschütztes Quell- und Leitungswasser (privat oder öffentlich) als verbesserte Trinkwasserquellen definiert. Laut der ALCS-Erhebung, die von der afghanischen Statistikbehörde (CSO) 2013/14 durchgeführt wurde, habe sich der Zugang zu verbesserten Trinkwasserquellen im Vergleich zu einer Evaluierung (National Risk and Vulnerability Assessment) 2011/12 deutlich von 46 auf fast 65 Prozent und im Vergleich zu einer Evaluierung 2007/08 von 27 auf 65 Prozent erhöht:

„ALCS [Afghan Living Conditions Survey] defines as improved drinking water source, a source that is protected from outside contamination, such as a hand pump (private or public), bored wells, protected spring and piped water (private or municipal). [...]

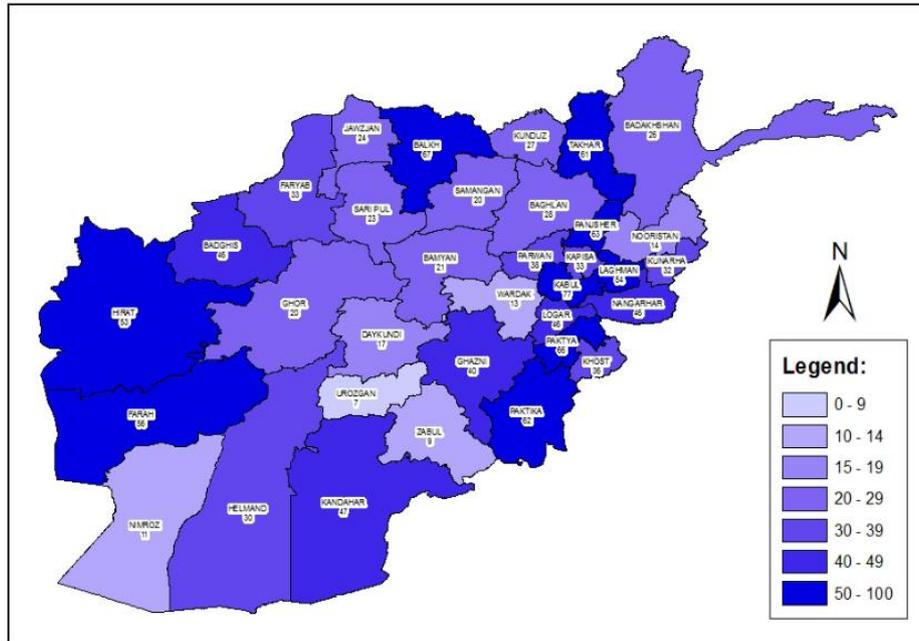
The ALCS 2013-14 recorded that access to improved drinking water sources has increased significantly in comparison to the NRVA [National Risk and Vulnerability Assessment] 2011-12, from 46 to almost 65 percent and in comparison to the NRVA 2007-08 from 27 to 65 percent.” (CSO, 2016a, S. 172)

In der 2016/17 durchgeführten Erhebung zu den Lebensbedingungen in Afghanistan wird erwähnt, dass mit neu entwickelten Kategorien für die Überwachung der Trinkwasserversorgung („sicher verwaltet“, „grundlegend“, „begrenzt“, „nicht verbessert“ und „keine Versorgung“) gearbeitet worden sei. Dieser Kategorisierung folgend hätten nur 36 Prozent der afghanischen Bevölkerung Zugang zu sicher verwalteter Trinkwasserversorgung, mit großen Unterschieden zwischen den Bevölkerungsgruppen. Die Menschen, die in ländlichen Gebieten leben oder der Kutschi-Bevölkerung angehören würden, hätten im Vergleich zur städtischen Bevölkerung (75,3 Prozent) deutlich weniger - 25,1 bzw. 3,9 Prozent – Zugang zu sicher verwalteten Trinkwasserdienstleistungen. Unter Berücksichtigung der Wasserkontamination würden diese Werte weiter sinken und die Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen dürften sich erhöhen:

„As mentioned above, the ALCS 2016-17 reports on the SDG indicator 6.1.1 (Proportion of population using safely managed drinking water services), applying the newly developed categories for monitoring drinking water services: safely managed, basic, limited, unimproved, no service. Table 10.6 shows that overall only 36.0 percent of the Afghan population is using safely managed drinking water services, with huge disparities among population groups. People that live in rural areas and the Kuchi population have much less facilities – 25.1 and 3.9 percent, respectively – compared to the urban population (75.3 percent), for access to safely managed drinking water services. If water contamination is considered, these levels will reduce further and disparities among population groups will probably increase.” (CSO, Mai 2018, S. 216)

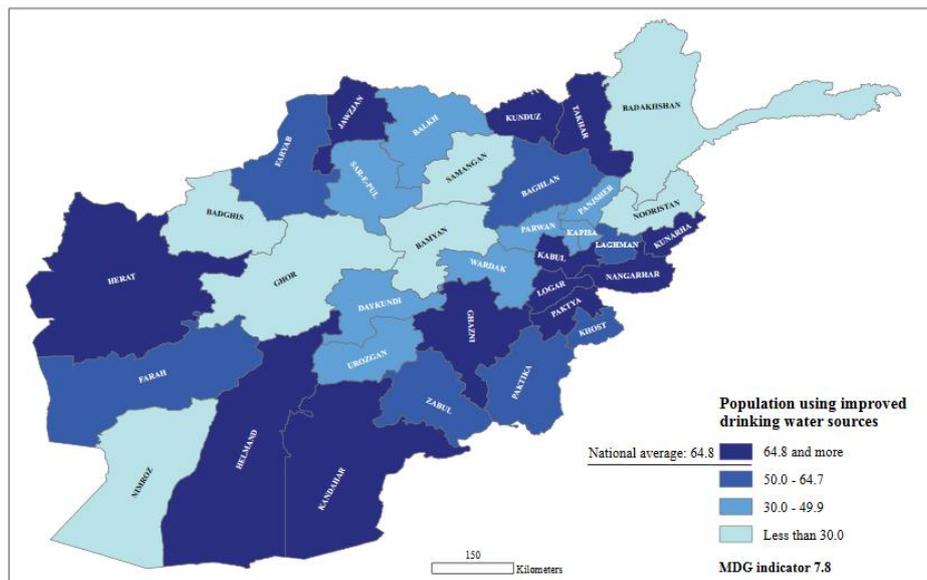
Die folgenden Grafiken aus den Berichten der CSO zeigen den Prozentsatz der Bevölkerung mit Zugang zu verbesserten Trinkwasserquellen auf Provinzebene im Jahr 2011/12, 2013/14 beziehungsweise 2016/17:

Prozentueller Anteil der Bevölkerung, der 2011/12 verbesserte Trinkwasserquellen nutzt:



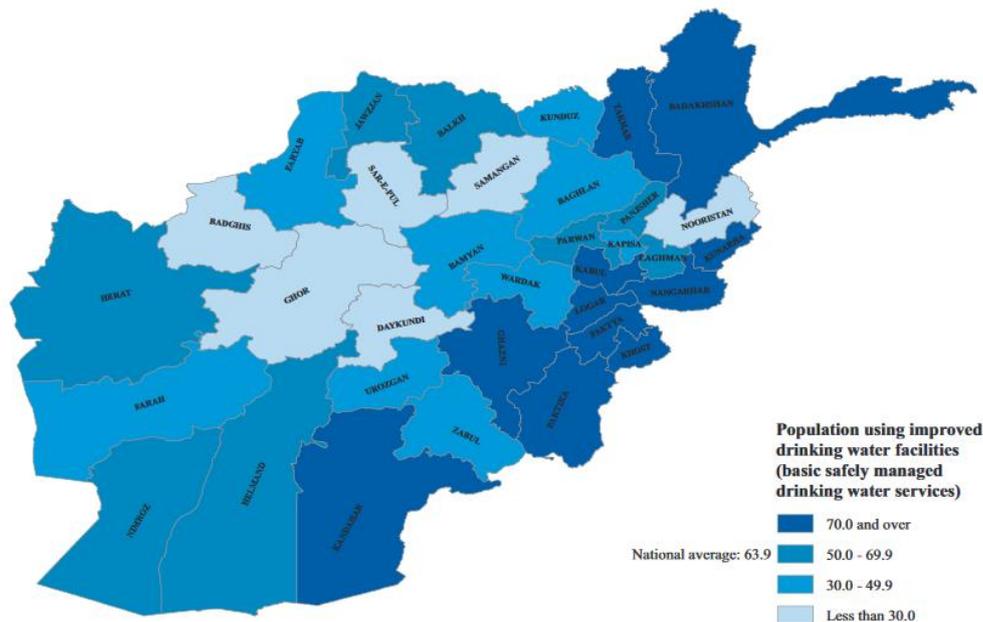
(CSO, 2014, S. 100)

Prozentueller Anteil der Bevölkerung, der 2013/14 verbesserte Trinkwasserquellen nutzt:



(CSO, 2016a, S. 174)

Prozentueller Anteil der Bevölkerung, der 2016/17 verbesserte Trinkwasserquellen nutzt:



(CSO, Mai 2018, S. 219)

Bezugnehmend auf Quellen aus dem Jahr 2017 führt Friederike Stahlmann in ihrem Afghanistan-Gutachten vom März 2018 zur Trinkwasserversorgung von Binnenvertriebenen unter anderem in Kabul, Herat und Mazar-e Sharif an:

„Die Hälfte der Binnenvertriebenen sind zudem auf öffentliche Brunnen angewiesen, weshalb sie in der Regel weite Strecken zurücklegen müssen. (UNOCHA December 2017: 32) Auch hier gilt, dass je schlechter die Unterkunft ist, desto größer werden die Entfernungen, was in der Folge auch mit langen Wartezeiten einhergeht. Von den Haushalten, die mehr als 20 Minuten laufen müssen um eine Wasserquelle zu erreichen, wohnen 44% in improvisierten Behausungen oder Zelten. (UNOCHA December 2017: 23) Viele dieser Brunnen haben jedoch keine Trinkwasserqualität und das Grundwasserniveau sinkt in vielen Gegenden immer weiter ab, weshalb vorhandene Brunnen zunehmend trocken fallen. (EASO August 2017: 60, Karimi/Pajhwok 24.01.2017, World Bank/UNHCR May 2011: 34) In manchen Siedlungen wird Trinkwasser auch in Tankwägen geliefert, muss dann aber bezahlt werden und ist mitunter auch rationiert. (Amnesty International 31.05.2017: 34, EASO August 2017: 63, World Bank/UNHCR May 2011: 34)“ (Stahlmann, 28. März 2018, S. 248-249)

In seinen im August 2018 veröffentlichten Richtlinien zur Feststellung des internationalen Schutzbedarfs von Asylsuchenden aus Afghanistan führt das UNO-Flüchtlingshochkommissariat (UN High Commissioner for Refugees, UNHCR) an:

„Außerdem herrscht [...] in den nördlichen und westlichen Teilen Afghanistans die seit Jahrzehnten schlimmste Dürre, weshalb die Landwirtschaft als Folge des kumulativen Effekt jahrelanger geringer Niederschlagsmengen zusammenbricht. Am schlimmsten

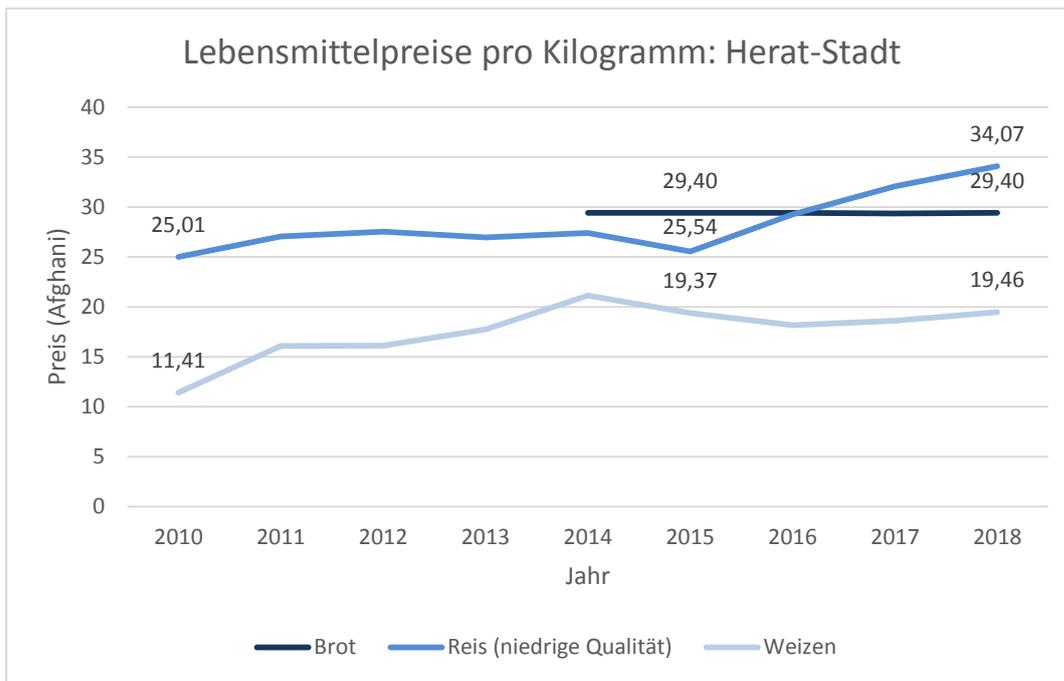
betroffen sind die Provinzen Balkh, Ghor, Faryab, Badghis, Herat und Jowzjan.“ (UNHCR, 30. August 2018, S. 125-126)

In einem Artikel der Internationalen Organisation für Migration (IOM) vom Mai 2018 erklärt der Leiter der IOM-Afghanistan Delegation, dass man aufgrund des Schnee- und Regenmangels des vergangenen Winters im Sommer 2018 mit einer Dürre konfrontiert sein könnte. In diesem Fall sei es nicht schwer vorstellbar, dass die bereits jetzt am stärksten Gefährdeten, die Rückkehrenden und Binnenvertriebenen, auch von der Dürre am stärksten betroffen sein würden. Diese könnten es sich oft nicht leisten, sich an Orten mit Zugang zu lebensnotwendigen Gütern wie Wasser niederzulassen, sondern würden sich in Randgebieten ansiedeln, weil sie nirgendwo sonst hingehen könnten:

„‘Given that the past winter brought very little snow and rain, we may well face a drought this summer. In this event, it isn’t hard to imagine that those who will be most adversely affected are those who are already the most vulnerable: the returnees and IDPs. They often can’t afford to settle in places that have access to basic necessities, such as water, but rather settle in marginal areas, because they have nowhere else to go,’ he added.“ (IOM, 8. Mai 2018)

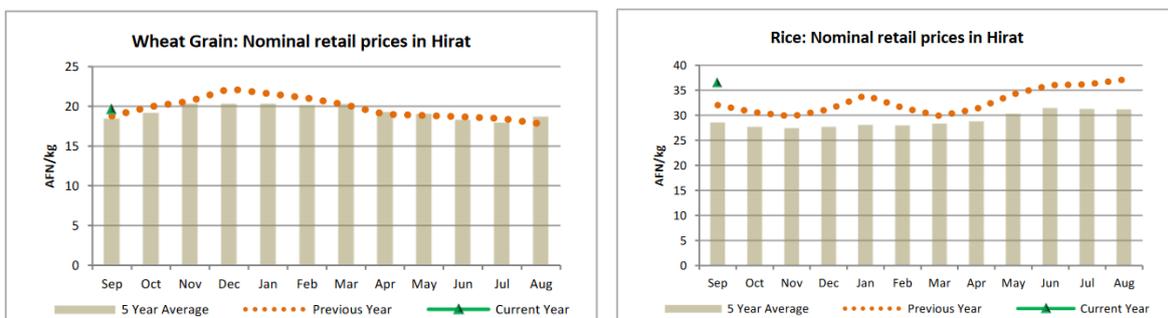
2.1.1 Herat

Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (World Food Programme, WFP) veröffentlicht über Humanitarian Response, eine spezialisierte Serviceplattform des Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, UN OCHA) im November 2018 einen Datensatz zu den Nahrungsmittelpreisen in Afghanistan. Der Datensatz enthält unter anderem die monatlichen Verkaufspreise von Brot (Jänner 2014 bis September 2018), Reis niedriger Qualität (Jänner 2007 bis September 2018) und Weizen (Jänner 2003 bis September 2018). Den Daten folgend sei in Herat-Stadt der Jahresdurchschnittspreis für Brot konstant bei rund 29,4 Afghani/Kilogramm gelegen, während der Jahresdurchschnittspreis für Reis niedriger Qualität von 25,01 Afghani/Kilogramm im Jahr 2010 auf 34,07 Afghani/Kilogramm im bisherigen Jahr 2018 gestiegen sei. Der Jahresdurchschnittspreis für Weizen sei 2010 bei 11,41 Afghani/Kilogramm gelegen und bis 2018 auf 19,46 Afghani/Kilogramm gestiegen. (WFP, 18. November 2018) Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der durchschnittlichen Verkaufspreise von Brot, Reis und Weizen im Verlauf der Jahre von Jänner 2010 bis September 2018:



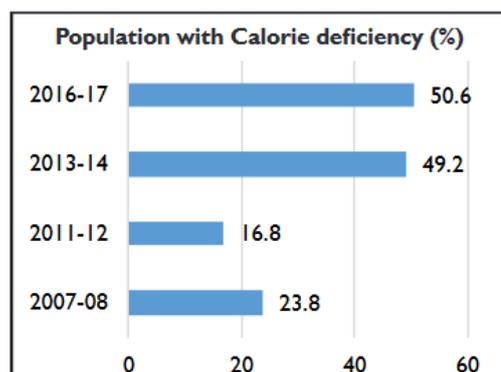
(Basierend auf Daten von WFP, 18. November 2018)

FEWS NET (Famine Early Warning System Network) veröffentlichte im Oktober 2018 ein Informationsblatt zu den Lebensmittelpreisen in Afghanistan. Die folgenden Grafiken zeigen die monatliche Preisentwicklung von Weizenkörnern und Reis in Herat-Stadt. Es finden sich darin Angaben zum 5-Jahres-Durchschnitt sowie zum Vorjahr und zum aktuellen Jahr:



(FEWS NET, Oktober 2018)

Laut den 2018 von der afghanischen Statistikbehörde (NSIA, früher CSO) veröffentlichten Provinz-Profilen sei der Anteil der Bevölkerung der Provinz Herat, deren tägliche Kalorienzufuhr unter dem Minimum von 2100 Kalorien liege, seit 2011/12 stark angestiegen und im Jahr 2016/17 bei 50,6 Prozent gelegen. (NSIA, 2018, S. 71-72)



(NSIA, 2018, S. 71-72)

In einer im Mai 2011 von der Weltbank und UNHCR veröffentlichten Studie zu Binnenvertriebenen im urbanen Umfeld werden zwei lokale Anführer aus der Binnenvertriebenen-Siedlung Shaidayee und Naw Abad in Herat zitiert. Laut dem lokalen Anführer in Shaidayee hätten die Menschen früher einen guten Zugang zu Wasser gehabt, aber es reiche nicht mehr aus, da einige der Pumpen trocken seien. Es seien jetzt etwa zwanzig bis dreißig Familien, die sich eine Pumpe teilen. Insgesamt gebe es in der Siedlung dreißig Pumpen für 1.500 oder mehr Familien. Kinder, die zum Wasserholen geschickt würden, würden oft an den Pumpen um das Wasser kämpfen. Der lokale Anführer in Naw Abad habe angegeben, dass es nicht genug Wasser gebe, nur eine Handpumpe für ein paar Familien. In einigen Gebieten von Naw Abad hätten die Menschen Brunnen auf ihrem Grundstück. Andere Häuser würden vom Rohrleitungssystem profitieren; aber diejenigen, die nicht genug Geld hätten, können es sich nicht leisten, 5.000 Afghani pro Monat an die Regierung für das Wasser zu zahlen. Die länger ansässigen Bewohner würden also Zugang zu Wasser in ihren Behausungen haben, während Binnenvertriebene nicht von Brunnen oder dem Leitungssystem profitieren würden und nach draußen gehen müssten, um eine Handpumpe zu benutzen. Es gebe hier eine klare Unterscheidung zwischen diesen Gruppen und ihren Rechten:

„‘We used to have a good access to water, but it is no longer sufficient as a few of the pumps have gone dry. We are now about 20 - 30 families to use 1 pump. There might be altogether here 30 pumps for 1,500 or more families. Children, who are sent to get water, often fight over water at the pumps.’ Barakatullah, Local leader, Shaidayee, Herat

‘There is not enough water: only one hand pump for a few families. In some areas of Nawabad they have wells within their compound. Other homes benefited from pipe system; but those who do not have enough money, like us, cannot afford to pay 5000 Afghanis a month to the government for this water. So longer - term residents have access to water within their homes – either pipe or well – they have benefited from the planning of the government there. But IDPs do not benefit from this and have to go outside to use a hand pump. There is a clear divide between our groups and our rights.’ Gul Ahmad Khan, Local leader, Nawabad, Herat” (The World Bank/UNHCR, Mai 2011, S. 34)

In einem 2014 von Samuel Hall, einem unabhängigen auf sozioökonomische Befragungen spezialisierten Think Tank, verfassten Bericht zur urbanen Armut in Afghanistan wird angeführt, dass Herat in Bezug auf Leitungswasser verglichen mit anderen afghanischen Großstädten von einer besseren Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen profitiere:

„For piped water as well, Herat benefits from a better provision of public services” (Samuel Hall, 2014, S. 49)

Im selben Bericht wird angeführt, dass bezogen auf den Nahrungsmittelverbrauch Herat und Mazar-e Sharif im Vergleich zu den anderen Großstädten Kabul, Kandahar und Jalalabad am schlechtesten abschneiden würden. In Herat würden 25 Prozent aller Haushalte schlechte Werte hinsichtlich des Nahrungsmittelverbrauchs verzeichnen. Herat würde bei einer Vielzahl von Indikatoren zur Ernährungssicherheit, vom FCS (Food Consumption Score) über das HFIAS (Household Food Insecurity Access Scale) bis hin zum CSI (Coping Strategy Index), durchwegs schlecht abschneiden, da 14 Prozent der befragten Haushalte sehr oder extrem schwerwiegende Bewältigungsstrategien anwenden würden. Dies deute darauf hin, dass

billigere Lebensmittel, die den städtischen Armen beim Zugang zu Nahrungsmitteln helfen könnten, das hohe Armutsniveau in Herat nicht ausgleichen würden. Im Kontext wirtschaftlichen Abschwungs gefährde niedrige Widerstandsfähigkeit die städtische Bevölkerung besonders stark: Insbesondere in Herat und Mazar-e Sharif hätte eine Vielzahl der im Mai und Juni 2014 Befragten eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation in den 12 Monaten zuvor gemeldet. Als eines der wichtigsten wirtschaftlichen Probleme, mit denen sie in den vergangenen 12 Monaten zu kämpfen hatten, seien die hohen Lebensmittelpreise genannt worden. Höhere Vulnerabilität und Ernährungsunsicherheit würden zu einer deutlich geringeren Widerstandsfähigkeit der Binnenvertriebenenhaushalte führen. Die Binnenvertriebenen seien in Herat und Jalalabad klar und in Kabul und Kandahar in geringerem Maße benachteiligt:

„Herat and Mazar-e-Sharif show the poorest levels of food consumption while both Kandahar and Jalalabad have the highest proportion of households who appear to enjoy relative nutritional stability“ (Samuel Hall, 2014, S. 30)

„Mazar-e-Sharif and Herat present the higher proportions of households with poor food consumption with respectively 31% and 25% of households reporting poor levels of food consumption in both these cities.“ (Samuel Hall, 2014, S. 39)

„Herat on the other hand fares consistently poorly on a variety of food security indicators, from the FSC to the HFIAS and the CSI, as 14% of households surveyed there presented very or extremely severe profiles in terms of coping strategies. This suggests that the high level of poverty in Herat is not compensated for by cheaper food items that could help the urban poor in accessing food“ (Samuel Hall, 2014, S. 45)

„Low levels of resilience put urban population at particular risk in a context of economic drawdown: 60% of households have reported a deterioration of their economic situations over the past 12 months, particularly in Herat and Mazar-e-Sharif. 74.5% noted high food prices as one of the key economic issues they have had to struggle with over the past 12 months.“ (Samuel Hall, 2014, S. 9)

„Higher levels of vulnerability and food insecurity translate into significantly lower levels of resilience of IDP households. IDPs were at a clear disadvantage in Herat and Jalalabad, Kabul and Kandahar to a lesser extent.“ (Samuel Hall, 2014, S. 54)

Die afghanische Public Policy Research Organization (APPRO) veröffentlicht im April 2016 einen Bericht zu den zivilen, sozialen und ökonomischen Rechten in Afghanistan. Bezugnehmend auf Herat wird geschätzt, dass rund 30 Prozent der Bevölkerung der Provinz Herat kürzlich in Lebensmittelunsicherheit gelebt habe. Die Armen würden betteln oder auf der Suche nach Speiseresten Müll sammeln. Es gebe jedoch das Bestreben unter den Gemeinschaftsmitgliedern, denen zu helfen, die in Not seien. Es seien keine Todesfälle durch Hunger gemeldet worden. Einige internationale NGOs würden Nahrungsmittelsoforthilfe leisten. Sie würden Kochutensilien, Weizen und andere Zutaten für Bedürftige zur Verfügung stellen. Allerdings seien die Nahrungsmittelsoforthilfe und andere Programme in den zwei bis drei Jahren zuvor zurückgegangen. Infolgedessen sei die Zahl der lebensmittelunsicheren

Menschen in den Jahren zuvor gestiegen. Die Moscheen würden nur bei besonderen Anlässen Nahrungsmittelforthilfe für Bedürftige leisten:

„An estimated 30% of the population in Herat province has been recently food insecure. The poor take to begging or garbage collecting for scraps. However, there is a significant spirit among community members to help those who are food insecure or in need. There are no reported cases of death due to hunger. [...]

Some international NGOs provide food assistance. They provide cooking utensils, wheat and other ingredients to those in need. However, food assistance and other programs have been declining in the last 2-3 years. As a result, the number of food insecure people has been going up in the last few years. The mosques do not provide food assistance to the needy, except on special occasions.” (APPRO, April 2016, S. 51)

Im Oktober 2016 wird in einem Bericht zur Lage in Binnenvertriebenensiedlungen in Herat von UN Habitat und UNHCR angeführt, dass die überwiegende Mehrheit der Binnenvertriebenen in Lebensmittelunsicherheit lebe, im Falle von Naw Abad, einem Camp rund zwei Kilometer vom Zentrum von Herat-Stadt entfernt, und Karizak, einem Camp sechs Kilometer von Herat-Stadt entfernt, sind nahezu 100 Prozent der Haushalte stark lebensmittelunsicher. Die anteilig niedrigste Ernährungsunsicherheit sei in Minaret, ebenfalls rund zwei Kilometer vom Zentrum von Herat-Stadt entfernt, beobachtet worden, hier würden 74 Prozent der Bewohner in starker Nahrungsunsicherheit leben:

„The overwhelming majority of IDPs are food insecure, in the case of Naw Abad and Karizak, virtually 100% of households are severely food insecure. Proportionally the lowest food insecurity was observed in Minaret, with 74% of the population severely food insecure.” (UN Habitat/UNHCR, Oktober 2016, S. 6)

Der norwegische Flüchtlingsrat (Norwegian Refugee Council, NRC), eine unabhängige, humanitäre, gemeinnützige Nichtregierungsorganisation (NGO), die Flüchtlingen und intern Vertriebenen auf der ganzen Welt Unterstützung und Schutz bietet, berichtet im September 2018, dass Herat für rund 60.000 Menschen, die aufgrund der Dürre aus ihren Häusern vertrieben worden seien, zum nächst gelegenen Zufluchtsort geworden sei. Auch der Konflikt habe viele dazu veranlasst, aus ihren Häusern in den verhältnismäßig sicheren Teil der Provinz zu fliehen. Die Kombination von Dürre und Konflikt habe zehntausende Familien mittellos gemacht. Sie würden in prekären Verhältnissen leben und weder eine langfristige Perspektive noch die Mittel dafür haben, Stabilität wiederzuerlangen. Trotz der rasch bereitgestellten Hilfe würden Trinkwasser, Lebensmittel und medizinische Versorgung fehlen. Die sengende Hitze würde die Ausdauer der Menschen in den Siedlungen der Binnenvertriebenen auf die Probe stellen. Viele Menschen würden an Dehydrierung leiden, wofür Kinder und ältere Binnenvertriebene besonders anfällig seien. Da es nur wenige Wasserressourcen gebe, sei Trinkwasser ein begehrtes Gut in den Siedlungen:

„Herat has become the closest refuge for about 60,000 people, who have been displaced from their homes due to the drought. Conflict has also prompted many to flee their homes to the relative safety of province. Over 1700 civilians were killed in Afghanistan during the first half of 2018, according to the UN Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA). It is the

highest recorded number, compared to the same periods for the past decade. The combination of drought and conflict has made tens of thousands of families destitute. They live amid precarity and with few long term prospects or means of regaining stability. [...]

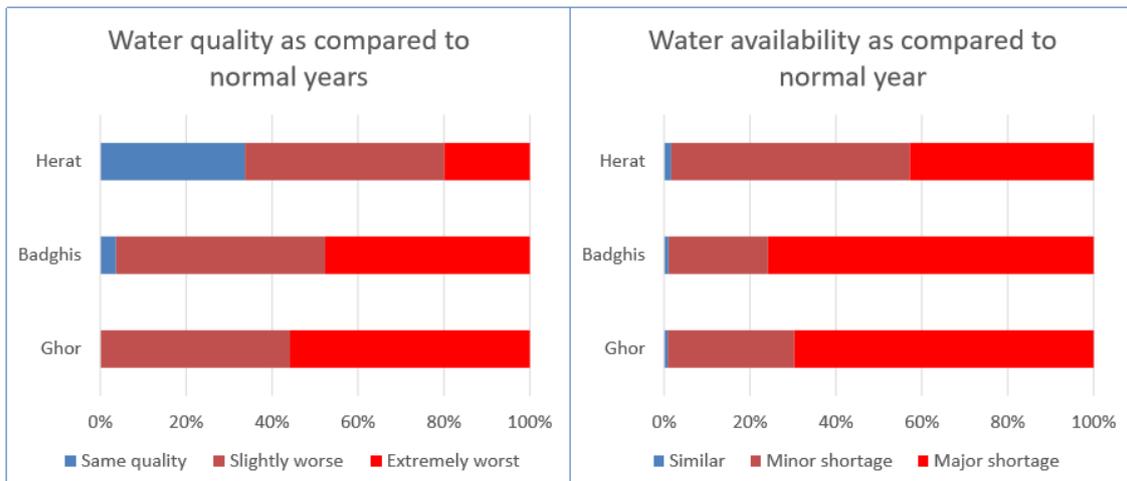
Despite the rapidly deployed assistance, drinking water, food and medical supplies are falling short. The blazing temperatures are testing the endurance of those who are in the IDP settlements. Many people are suffering from dehydration, with children and older IDPs particularly susceptible. With few water resources around, drinking water is a prized commodity in the settlements.” (NRC, 7. September 2018)

Im September 2018 berichtet UN OCHA in seinem zweiten Lagebericht zur Dürre in Afghanistan von einem „Community Engagement Workshop“ der humanitären Partnerorganisationen in Herat-Stadt, der am 12. und 13. September stattgefunden habe und den mehr als 350 Männer („male focal points“) aus allen informellen Siedlungen der Stadt besucht hätten. Die größte Sorge der Vertriebenen sei die Verfügbarkeit von Lebensmitteln: Sowohl die Familien, die seit ihrer Ankunft in Herat-Stadt Bargeld für Lebensmittel erhalten hätten, als auch jene, die ein bis zwei Nahrungsmittelrationen in Form von Naturalien bekommen hätten, hätten berichtet, dass ihnen die Lebensmittel ausgegangen seien. Mit dem wenigen Geld, das sie verdienen würden, ernähren sie sich von Brot und Tee, da sie nicht in der Lage seien, Obst, Gemüse oder Fleisch zu kaufen. Viele der Familien, die Bargeld erhalten hätten, um Lebensmittel zu kaufen, hätten mit dem Geld Schulden abbezahlt, es für Gesundheitsleistungen verwendet oder damit Material für ihre provisorischen Unterkünfte gekauft, so dass sie nicht in der Lage gewesen seien, genügend Lebensmittel zu kaufen. Den Gesprächen zufolge seien die meisten vertriebenen Familien mit der Menge und Regelmäßigkeit des Trinkwassers in den informellen Siedlungen und den erhaltenen Hygienesets zufrieden:

„On 12 and 13 September 2018, humanitarian partners in Hirat City held a Community Engagement Workshop with more than 350 male focal points from all informal sites in the city. Their biggest concern is availability of food: both the families who received cash for food or one or two in-kind food rations since they arrived in Hirat City, report that they have ran out of food. The majority of them has not been able to find livelihood opportunities, other than sending children to work, beg or collect trash and women to clean or wash clothes for households in the city. With the little money they make, they maintain a diet of bread and tea as they are unable to buy fruit, vegetables or meat. Many of the families who received cash to buy food, paid debts or for health services, or bought material for their makeshift shelters, leaving them unable to buy sufficient food. According to the discussions, most displaced families are satisfied with the amount and regularity of drinking water on the sites and the hygiene kits they received.” (UN OCHA, 16. September 2018, S. 5)

Qaswar Abbas, der Delegierte für das Katastrophenmanagement bei der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften (International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies, IFRC) übermittelte in einer E-Mail-Auskunft vom 4. Oktober 2018 vorläufige Ergebnisse einer Erhebung von UN OCHA, dem Afghanischen Roten Halbmond (Afghan Red Crescent Society, ARCS), dem IFRC und weiteren Partnerorganisationen vom

August 2018. Darunter befindet sich eine Grafik, die Informationen zur Wasserqualität und Wasserverfügbarkeit in Herat im Vergleich mit normalen Jahren beinhaltet:



(Abbas, 4. Oktober 2018)

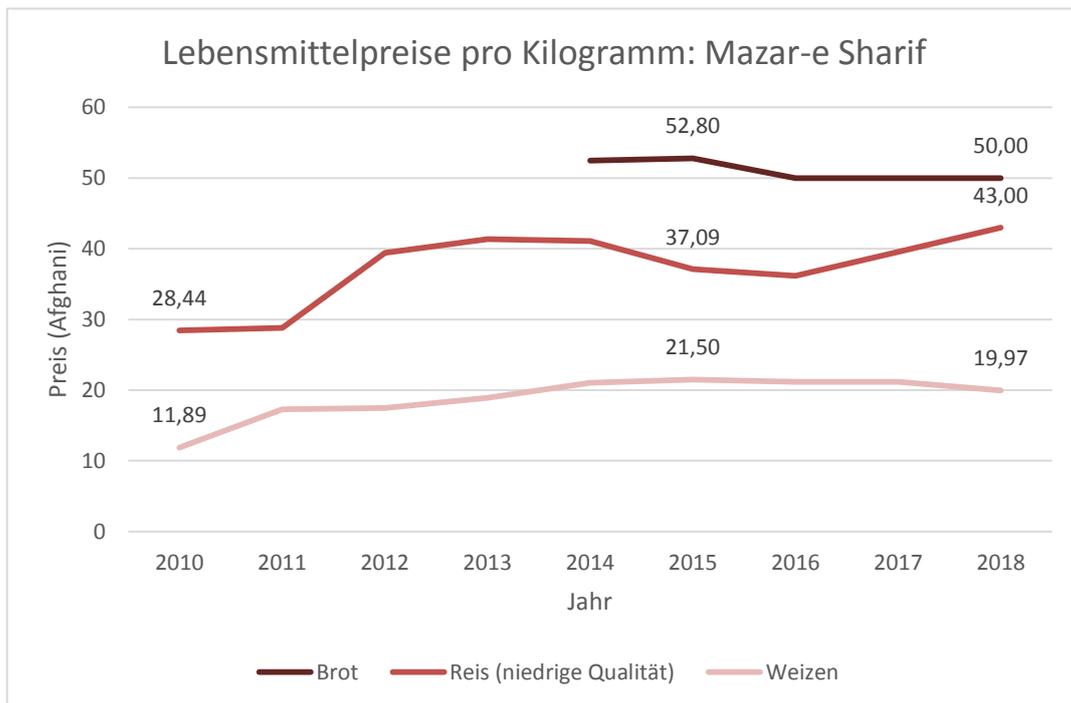
In einem Artikel, der im November 2018 auf Devdiscourse, einer Online-Plattform für „development news across the globe“, veröffentlicht wurde, wird über die Dürre und ihre Auswirkungen auf Herat-Stadt berichtet. Laut einem Zitat des Gouverneurs von Herat, Asif Rahimi, werde die Trinkwasserversorgung im nächsten Jahr zu einem Problem werden, wenn sich die Situation nicht bessere:

„‘Drinking water will be a problem next year if the situation does not improve’, said Herat governor Mohammad Asif Rahimi.” (Devdiscourse, 9. November 2018)

2.1.2 Mazar-e Sharif

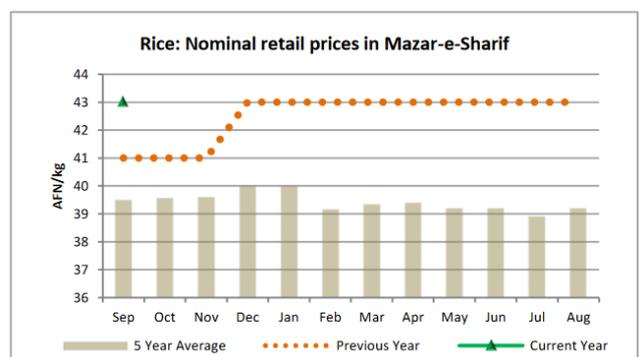
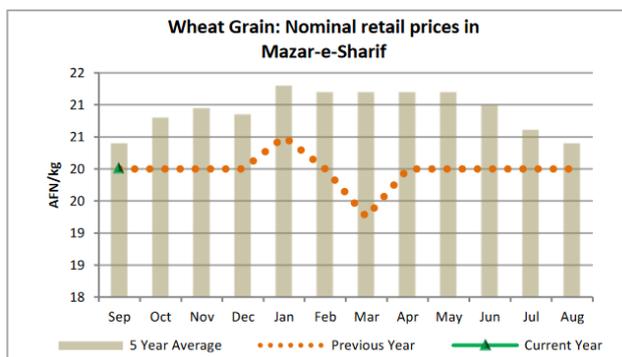
Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (World Food Programme, WFP) veröffentlicht über Humanitarian Response im November 2018 einen Datensatz zu den Nahrungsmittelpreisen in Afghanistan. Der Datensatz enthält unter anderem die monatlichen Verkaufspreise von Brot (Jänner 2014 bis September 2018), Reis niedriger Qualität (Jänner 2007 bis September 2018) und Weizen (Jänner 2003 bis September 2018). Den Daten zufolge sei in Mazar-e Sharif der Jahresdurchschnittspreis für Brot 2014 bei 52,24 Afghani/Kilogramm gelegen und bis 2018 auf 50 Afghani/Kilogramm gesunken, während der Jahresdurchschnittspreis für Reis niedriger Qualität von 28,44 Afghani/Kilogramm im Jahr 2010 auf 43 Afghani/Kilogramm im vorläufigen Jahr 2018 gestiegen sei. Der Jahresdurchschnittspreis für Weizen sei 2010 bei 11,89 Afghani/Kilogramm gelegen und bis 2018 auf 19,97 Afghani/Kilogramm gestiegen. (WFP, 18. November 2018)

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der durchschnittlichen Verkaufspreise von Brot, Reis und Weizen im Verlauf der Jahre von Jänner 2010 bis September 2018:



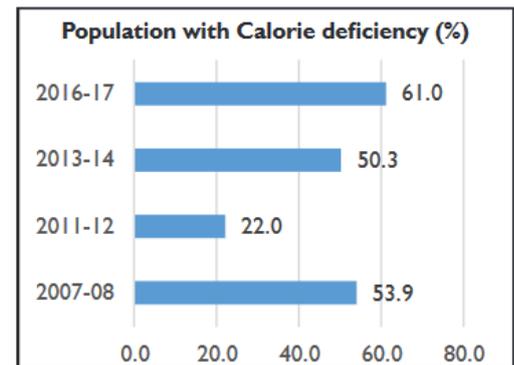
(Basierend auf Daten von WFP, 18. November 2018)

FEWS NET (Famine Early Warning System Network) veröffentlicht im Oktober 2018 ein Informationsblatt zu den Lebensmittelpreisen in Afghanistan. Die folgenden Grafiken zeigen die monatliche Preisentwicklung von Weizenkörnern und Reis in Mazar-e Sharif. Es finden sich darin Angaben zum 5-Jahres-Durchschnitt sowie zum Vorjahr und zum aktuellen Jahr:



(FEWS NET, Oktober 2018)

Laut den 2018 von der afghanischen Statistikbehörde (NSIA, früher CSO) veröffentlichten Provinz-Profilen sei der Anteil der Bevölkerung der Provinz Balkh, deren tägliche Kalorienzufuhr unter dem Minimum von 2100 Kalorien liege, seit 2011/12 stark angestiegen und im Jahr 2016/17 bei 61 Prozent gelegen. (NSIA, 2018, S. 49-50)



(NSIA, 2018, S. 49-50)

In einem 2014 von Samuel Hall, einem unabhängigen auf sozioökonomische Befragungen spezialisierten Think Tank, verfassten Bericht zur urbanen Armut in Afghanistan wird angeführt, dass Herat und Mazar-e Sharif bezogen auf den Nahrungsmittelverbrauch im Vergleich zu den anderen Großstädten Kabul, Kandahar und Jalalabad am schlechtesten abschneiden würden. In Mazar-e Sharif würden 31% aller Haushalte schlechte Werte hinsichtlich des Nahrungsmittelverbrauchs verzeichnen. Im Kontext wirtschaftlichen Abschwungs gefährde niedrige Widerstandsfähigkeiten die städtische Bevölkerung besonders stark: Insbesondere in Herat und Mazar-e Sharif hätte eine Vielzahl der im Mai und Juni 2014 Befragten eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation in den 12 Monaten zuvor gemeldet. Als eines der wichtigsten wirtschaftlichen Probleme, mit denen sie in den vergangenen 12 Monaten zu kämpfen hatten, seien die hohen Lebensmittelpreise genannt worden. Bezugnehmend auf die Ernährungsvielfalt würden sich Unterschiede zwischen den untersuchten Großstädten zeigen. Mazar-e Sharif würde dabei im Vergleich deutlich schlechter abschneiden:

„Herat and Mazar-e-Sharif show the poorest levels of food consumption while both Kandahar and Jalalabad have the highest proportion of households who appear to enjoy relative nutritional stability“ (Samuel Hall, 2014, S. 30)

„Mazar-e-Sharif and Herat present the higher proportions of households with poor food consumption with respectively 31% and 25% of households reporting poor levels of food consumption in both these cities.“ (Samuel Hall, 2014, S. 39)

„Low levels of resilience put urban population at particular risk in a context of economic drawdown: 60% of households have reported a deterioration of their economic situations over the past 12 months, particularly in Herat and Mazar-e-Sharif. 74.5% noted high food prices as one of the key economic issues they have had to struggle with over the past 12 months.“ (Samuel Hall, 2014, S. 9)

„Looking at dietary diversity unveils differences between the cities, with households in Kandahar reporting a more diversified diet and Mazar-e-Sharif a significantly less satisfying profile in terms of dietary diversity.“ (Samuel Hall, 2014, S. 30)

Die afghanische Public Policy Research Organization (APPRO) veröffentlicht im April 2016 einen Bericht zu den zivilen, sozialen und ökonomischen Rechten in Afghanistan. Bezugnehmend auf

die Provinz Balkh wird angeführt, dass in den letzten zwei bis drei Jahren immer mehr Menschen zu betteln begonnen hätten. Die Regierung würde nur denjenigen helfen, die zu Opfern von Naturkatastrophen oder Konflikten geworden seien. Ein paar wohlhabendere Händler und Kaufleute würden Geld oder Lebensmittel für die Schwächsten bereitstellen:

„Increasing numbers of people have taken to begging in last 2 - 3 years, standing around funeral processions, for example, and asking for money. The only assistance provided by the government is for those who are victims of natural disasters or conflict. There is some help from wealthier traders and merchants who provide money or foodstuff for the most vulnerable.” (APPRO, April 2016, S. 27)

Im Rahmen ihrer Displacement Tracking Matrix veröffentlicht die Internationale Organisation für Migration (IOM) im Juni 2017 einen Bericht, in dem unter anderem die Lage von Binnenvertriebenen und Rückkehrenden in der Provinz Balkh untersucht wurde. In Balkhs größter Stadt Mazar-e Sharif deckte das in Betrieb befindliche Leitungswassersystem den Bedarf von 31 Prozent der Bevölkerung, das entspreche 22.388 Familien und 156.716 Personen. Die Wasserversorgungsabteilung von Mazar-e Sharif habe im Juni 2017 ein von der Weltbank und dem deutschen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziertes Projekt durchgeführt, das auf den Ausbau und die Verbesserung des Versorgungsnetzes abziele. Binnenvertriebene und Rückkehrende, die Häuser innerhalb der Stadt mieten würden, hätten Zugang zu Trinkwasser, während dies in den abgelegenen Stadtteilen und Vororten sowie in den umliegenden Dörfern mit begrenzten Wasserressourcen der Brunnen im Sommer (Almetrak, Sarab, Qarabaye und Bakhtar im Bezirk Keshendeh) nicht der Fall sei. Der Großteil der Bevölkerung Mazars verwende Pumpen und Brunnen, die in den Innenhöfen der Häuser gegraben würden. In Kaldar und Shortepa seien die Flüsse die wichtigsten Wasserquellen. In einigen Dörfern würden die Menschen Esel und Ochsen benutzen, um Wasser zu holen, da die Quellen weit weg seien:

„In Balkh’s largest city, Mazar-e-Sharif, the piped-water system in operation covers the needs of 31% of the population, i.e. 22,388 families (156,716 individuals). The Mazar-e-Sharif Water Supply Department currently implements a project aiming at the expansion and improvement of the supply network funded by the World Bank and the German Federal Ministry for Economic Cooperation and Development. Therefore, the IDPs and Returnees who rent houses within the city have access to drinking water, while this is not the case in the city’s remote districts and outskirts and in the surrounding villages where the wells’ water resources are limited during the summer (Almetrak, Sarab, Qarabaye, and Bakhtar in Keshendeh district). The larger part of the Mazar’s population uses pumps and wells dug in houses’ inner yards. In Kaldar and Shortepa the rivers are the essential water sources. In certain villages people use donkeys and oxen to fetch water as the sources are far away.” (IOM, Juni 2017, S. 25)

Das Norwegian Refugee Council (NRC) veröffentlicht im Juli 2018 gemeinsam mit dem Welternährungsprogramm (WFP) Ergebnisse einer Erhebung zur Marktbeobachtung in neun der von der Dürre betroffenen nördlichen Provinzen Afghanistans (Badghis, Faryab, Sar-e Pul, Jawzjan, Balkh, Takhar, Ghor, Kundus und Badakhshan). Basierend auf den Ergebnissen der Erhebung soll dargestellt werden, wie sich die Lebensmittelpreise, das Angebot und die

Handelsrouten in diesen von der Dürre betroffenen Gebieten in den nächsten sechs Monaten entwickeln. Im Juli 2018 gaben NRC und WFP an, dass das Angebot an Weizenmehl (von dem ein Großteil aus Usbekistan importiert werde) in den untersuchten Provinzen relativ stabil geblieben sei, sich aber unter anderem in der Provinz Balkh etwas verringert habe. Das Angebot an Weizenkörnern und Reis (beide würden zu einem großen Teil lokal in den untersuchten Provinzen produziert) sei jedoch stärker zurückgegangen, insbesondere in Sar-e Pul, Jawzjan und Balkh für Reis sowie in Badghis und Jawzjan für Weizenkörner:

„Food Supply: Supply of wheat flour (much of which is imported from Uzbekistan) has remained relatively stable across the assessed provinces, though it has decreased somewhat in some districts of Badghis, Ghor, Jawzjan and Balkh. Supply of wheat grains and rice, however (both of which are in large part locally produced in the assessed provinces) has decreased more significantly, especially in Sari Pul, Jawzjan and Balkh (for rice) and Badghis and Jawzjan (for wheat grains).“ (NRC/WFP, Juli 2018, S. 2)

Dieselbe Quelle berichtet bezugnehmend auf die Lebensmittelpreise in den neun untersuchten Provinzen, dass die höchsten Preise für Grundnahrungsmittel für den Markt der Provinz Sar-e Pul gemeldet worden seien, gefolgt von Faizabad, Cheghcharan, Taloqan, Mazar, Maimana, Kundus-Stadt, Sheberghan und Qala-e-Naw. Die höheren Preise in der Stadt Sar-e-Pul seien im Vergleich zum Vorjahr auf die geringere lokale Nahrungsmittelproduktion, das geringere Nahrungsangebot, Wechselkursschwankungen gegenüber dem US-Dollar und höhere Transportkosten zurückzuführen. Die Befragten hätten dieselben Gründe für die hohen Lebensmittelpreise in allen anderen untersuchten Provinzmärkten angeführt:

„Food Prices: The highest staple food prices among all the 9 provincial centres was reported for Sar-e-pul provincial market followed by Faizabad, Cheghcharan, Taloqan, Mazar, Maimana, Kunduz Center, Sheberghan and Qala-e-Naw provincial centre markets. The prices in Sar-e-Pul city are higher compared to last year due to decreased local food production, decreased food supply, volatility of exchange rate against US dollar and higher transportation costs. The respondents reported the same reasons for high food prices in all the other provincial markets.“ (NRC/WFP, Juli 2018, S. 4)

In einem im September 2018 veröffentlichten Artikel der unabhängigen afghanischen Nachrichtenagentur Pajhwok Afghan News (PAN) wird berichtet, dass Bewohner mancher Distrikte der Provinz Balkh mit Wassermangel konfrontiert seien. Ein Vertreter der Organisation für Einheit und Entwicklung (Unity and Development Organization, UDO) habe mitgeteilt, dass sich die Bewohner und Beamten unter anderem im an Mazar-e Sharif angrenzenden Distrikt Nahr-e Shahi über Wasserknappheit beschwerten. Einige BewohnerInnen hätten keinen Zugang zu Trinkwasser. Laut einem Vertreter des Landwirtschaftsressorts seien wirksame Schritte in die Wege geleitet worden, um das Wasserproblem in den Griff zu bekommen. Wasserbrunnen und Kanäle seien in den Distrikten angelegt worden. Der Vertreter habe eingeräumt, dass die von ihnen geleistete Arbeit nicht ausreiche um das Problem zu lösen und weitere Anstrengungen erforderlich seien. Weiters versuche man, Dämme zu bauen, um den Verlust von Wasser zu stoppen:

„The Unity and Development Organisation (UDO) said on Wednesday residents of some districts of northern Balkh province have been faced with a shortage of water.

UDO representative Aminullah Moazam told Pajhwok Afghan News after a joint meeting with officials and residents of some districts the objective was to encourage the people to express views on the issues they faced. He added the residents and officials of Balkh, Nahar Shahi, Marmal, Khelm, and Khas Balkh districts complained of water scarcity. Some residents had no access to drinking water, he continued. [...]

But Abdul Ghani Faqiryar, a representative of the Agriculture Department, said effective steps had been taken to address the water issue. Water wells and canals had been dug up in the districts to resolve the issue, he added. Faqiryar acknowledged the work they had done was not enough to resolve the problem and there was the need for more efforts. He said the department was trying to create small dams to stop the wastage of water." (PAN, 5. September 2018)

Die englischsprachige pakistanische Tageszeitung The Express Tribune berichtet im August 2018 von Ghulam Abbas, einem Bauern, der nach dem Ausfall seiner Weizenernte und dem Austrocknen seiner Brunnen seine Tiere verkauft und sich Tausenden von anderen Bauern angeschlossen habe, die in die Städte zogen, da die schlimmste Dürre Afghanistans seit Menschengedenken das vom Krieg zerrüttete Land verwüste. Wie Hunderte von Bauernfamilien im Dorf Charkint in der normalerweise fruchtbaren nördlichen Provinz Balkh sei der 45-jährige Abbas mit 11 Familienmitgliedern in die Provinzhauptstadt Mazar-e-Sharif gezogen, um Arbeit zu finden. Abbas, der seit mehr als drei Jahrzehnten Bauer sei, habe der französischen Presseagentur (AFP) erklärt, dass er sich an keine derart schwere Dürre wie diese erinnern könne:

„MAZAR-I-SHARIF: After his wheat crop failed and wells dried up, Ghulam Abbas sold his animals and joined thousands of other farmers migrating to cities as Afghanistan's worst drought in living memory ravages the war-torn country. [...]

Like hundreds of farming families in Charkint village in the normally fertile northern province of Balkh, Abbas, 45, has moved with 11 family members to the provincial capital Mazar-i-Sharif to find work. 'I don't remember a drought as severe as this year's,' Abbas, who has been a farmer for more than three decades, told AFP [Agence France-Press]." (The Express Tribune, 12. August 2018)

William Carter, der Programmleiter für Afghanistan beim Norwegischen Flüchtlingsrat (NRC), einer unabhängigen, humanitären, gemeinnützigen Nichtregierungsorganisation, die Flüchtlingen und Binnenvertriebenen auf der ganzen Welt Unterstützung und Schutz bietet, erklärte in einer E-Mail-Auskunft vom 4. Oktober 2018, dass NRC noch keine signifikante dürrebedingte Vertreibung bzw. Zwangsmigration nach Mazar-e Sharif festgestellt habe. Carter merkte jedoch an, dass das NRC-Programm zur Bewältigung der Auswirkungen der Dürre ihren Fokus nicht auf Balkh bzw. Mazar-e Sharif habe und er deshalb nur bedingt über Informationen dazu verfüge. Der ernährungssicherheitsbezogenen Klassifizierung (Integrated Food Security Phase Classification, IPC) folgend sei die Provinz Balkh mit ihrer Hauptstadt Mazar-e Sharif allerdings wie auch die umliegenden Provinzen mit Stufe 3 bewertet worden. Dies bedeute, dass die Ernährungssicherheit krisenhaft sei und sich in der rauen/kalten Wintersaison wahrscheinlich weiter zuspitzen werde:

„We have not yet detected significant displacement/forced migration due to the drought into Mazar-e Sharif. However, Balkh Province (in which Mazar-e Sharif city is located), and all the provinces surrounding it are evaluated to be at IPC Phase III, i.e. crisis levels of food insecurity, and this will likely continue to worsen through the harsh/cold winter season.“
(Carter, 4. Oktober 2018)

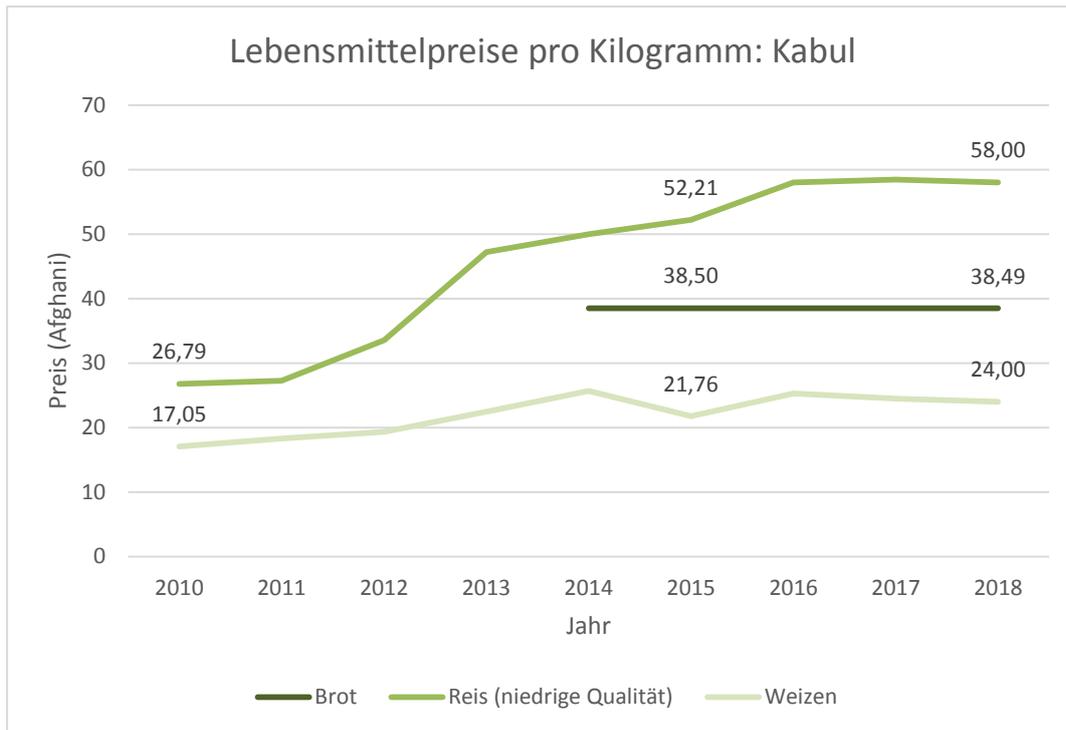
In einem im November 2018 geführten Gespräch ergänzt Carter auf die Frage, ob Vertriebene, Rückkehrende und generell mittellose Menschen in Mazar-e Sharif Zugang zu Lebensmitteln und Trinkwasser hätten, dass es seines Wissens nach in Mazar-e Sharif keine Ernährungssicherungsprogramme für längerfristig Vertriebene gebe. Es gebe in Mazar-e Sharif keine Wasserlieferungen mit Lastwagen („water trucking“), allerdings hätten die Menschen meist Zugang zu Wasser aus Bohrlöchern, was keine sichere Quelle für Trinkwasser sei. Die Wege zu den Bohrlöchern könnten zudem recht lang sein. Zugang zu Trink- und Badewasser sei aber generell gegeben. (Carter, 14. November 2018)

In einem Gespräch zur Lage in Mazar-e Sharif führt UNHCR im November 2018 an, dass es für neu ankommende Binnenvertriebene eine Art Ernährungssicherungssystem gebe. Abhängig von der konkreten Situation dauere es jedoch manchmal Wochen oder sogar Monate bis Soforthilfe geleistet werde. Abgesehen von UNHCRs Programm für Personen mit besonderen Bedürfnissen („Persons with Specific Needs“, PSN) gebe es von anderen Organisationen kein generelles Programm als Reaktion auf die Bedürfnisse der am meisten vulnerablen RückkehrerInnen. Im Fall von Naturkatastrophen gebe es auch staatliche Hilfe. Sowohl Rückkehrer als auch aus Europa Abgeschobene würden häufig Geld als Unterstützung zur Integration erhalten. In der Regel gebe es aber keine weiterführenden Hilfsprogramme („follow-up assistance programmes“). Die gewährte Hilfe sollte für die ersten 2 oder 3 Monate nach der Ankunft in Afghanistan reichen. (UNHCR, 26. November 2018a)

2.1.3 Kabul

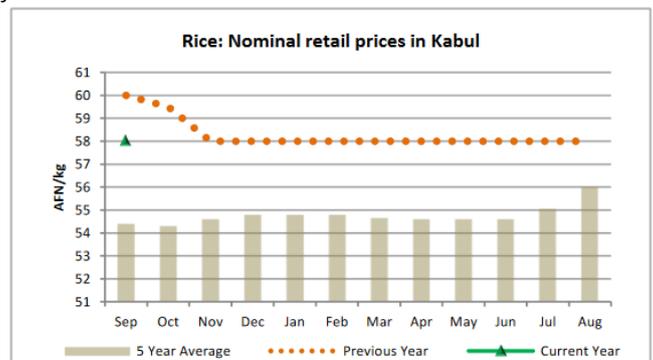
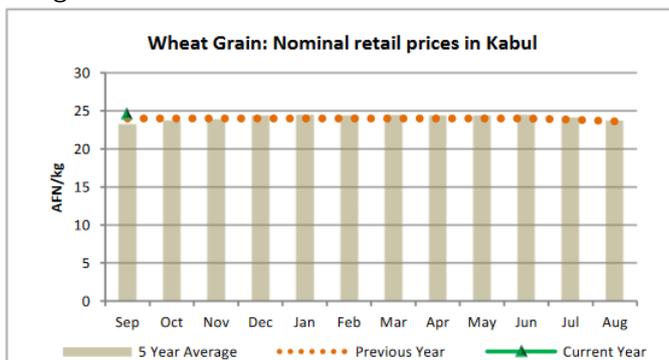
Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (World Food Programme, WFP) veröffentlicht über Humanitarian Response im November 2018 einen Datensatz zu den Nahrungsmittelpreisen in Afghanistan. Der Datensatz enthält unter anderem die monatlichen Verkaufspreise von Brot (Jänner 2014 bis September 2018), Reis niedriger Qualität (Jänner 2007 bis September 2018) und Weizen (Jänner 2003 bis September 2018). Den Daten zufolge sei in Kabul-Stadt der Jahresdurchschnittspreis für Brot zwischen 2014 und 2017 konstant bei 38,5 Afghani/Kilogramm gelegen und 2018 minimal auf 38,49 Afghani/Kilogramm gesunken, während der Jahresdurchschnittspreis für Reis niedriger Qualität von 26,79 Afghani/Kilogramm im Jahr 2010 auf 58,00 Afghani/Kilogramm im laufenden Jahr 2018 gestiegen sei. Der Jahresdurchschnittspreis für Weizen sei 2010 bei 17,05 Afghani/Kilogramm gelegen und bis 2018 auf 24,00 Afghani/Kilogramm gestiegen. (WFP, 18. November 2018)

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der durchschnittlichen Verkaufspreise von Brot, Reis und Weizen im Verlauf der Jahre von Jänner 2010 bis September 2018:



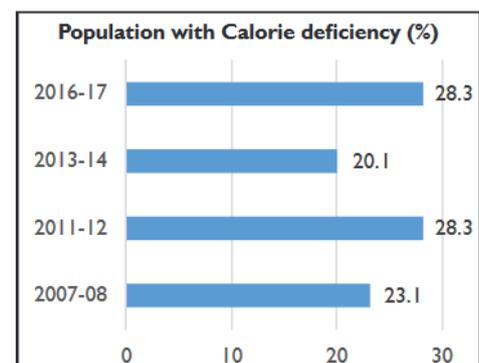
(Basierend auf Daten von WFP, 18. November 2018)

FEWS NET (Famine Early Warning System Network) veröffentlicht im Oktober 2018 ein Informationsblatt zu den Lebensmittelpreisen in Afghanistan. Die folgenden Grafiken zeigen die monatliche Preisentwicklung von Weizenkörnern und Reis in Kabul. Es finden sich darin Angaben zum 5-Jahres-Durchschnitt sowie zum Vorjahr und zum aktuellen Jahr:



(FEWS NET, Oktober 2018)

Laut den 2018 von der afghanischen Statistikbehörde (NSIA, früher CSO) veröffentlichten Provinz-Profilen sei der Anteil der Bevölkerung der Provinz Kabul, deren tägliche Kalorienzufuhr unter dem Minimum von 2100 Kalorien liege, von 28,3 Prozent im Jahr 2011/12 auf 20,1 Prozent im Jahr 2013/14 gesunken, allerdings im Jahr 2016/17 wiederum auf 28,3 Prozent angestiegen. (NSIA, 2018, S. 9-10)



(NSIA, 2018, S. 9-10)

In Rahmen der im Mai 2011 von der Weltbank und UNHCR veröffentlichten Studie seien Binnenvertriebene in informellen Siedlungen rund um die Städte Kabul, Kandahar und Herat befragt worden. Die Ergebnisse der Studie würden zeigen, dass die Ernährungssicherheit von Binnenvertriebenen viel schlechter sei als die von armen urbanen Haushalten, obwohl Haushalte der armen urbanen Bevölkerung eine ähnliche Anfälligkeit bezüglich Preisschocks aufweisen würden. Nur 7 Prozent der Binnenvertriebenen würden berichten, dass sie nie Probleme dabei hätten, den Nahrungsmittelbedarf des Haushaltes zu decken, verglichen mit 37 Prozent der städtischen Armen. Darüber hinaus seien 14 Prozent der Binnenvertriebenen meist lebensmittelunsicher, was bedeute, dass sie den Nahrungsbedarf mehrmals im Monat nicht decken könnten. Dieser Prozentsatz betrage bei städtischen Armen nur drei Prozent:

„Despite similar vulnerability to price shocks, the food security of IDPs is much worse than that of urban poor households from the NRVA sample. Focusing only on extreme outcomes, only 7 percent of IDPs report to have never had problems in satisfying household’s food needs compared to 37 percent of urban poor. In addition, 14 percent of IDPs are mostly food insecure i.e. cannot satisfy food needs several times every month versus three percent of urban poor.” (The World Bank/UNHCR, Mai 2011, S. 36)

In einem 2014 von Samuel Hall, einem unabhängigen auf sozioökonomische Befragungen spezialisierten Think Tank, verfassten Bericht zur urbanen Armut in Afghanistan wird angeführt, dass zwischen den untersuchten Städten (Kabul, Herat, Mazar-e Sharif, Kandahar, Jalalabad) bezüglich Armut und Ernährungssicherheit nur geringe Unterschiede bestehen würden. Eine Ausnahme würde die Stadt Kabul darstellen, die in diesem Bereich etwas besser abschneide. Im Rahmen eines Interviews mit einem Informanten in Kabul sei Samuel Hall mitgeteilt worden, dass die Vielfalt an verfügbaren Lebensmitteln in städtischen Gebieten zwar höher sei, die Rate an nahrungsmittelunsicheren Menschen aber dennoch auch höher sei. Der Grund dafür sei, dass städtische Haushalte nicht nur für Lebensmittel bezahlen müssten, sondern für Miete und Strom. Was die Nahrungsmittelmenge betreffe, die den Haushalten in der Stadt zur Verfügung stehe, so seien die städtischen Haushalte tatsächlich schlechter aufgestellt. Der Bewältigungsstrategieindex würde bestätigen, dass die Schwierigkeiten beim Zugang zu Nahrungsmitteln dazu führen würden, dass städtische Haushalte häufig auf negative Bewältigungsstrategien angewiesen seien. Haushalte in Mazar-e Sharif und Kabul seien diesbezüglich nur geringfügig auf schädliche Bewältigungsstrategien angewiesen. Kabul würde bei drei von fünf Resilienz-Indikatoren, bei Anpassungsfähigkeit, Zugang zu Nahrungsmitteln und Grundversorgung, etwas besser abschneiden als die anderen vier untersuchten Städte:

„Only tenuous differences exist between cities as poverty and food insecurity are widespread, with the exception of the population Kabul that fares slightly better.” (Samuel Hall, 2014, S. 30)

„‘Even if the diversity of food available is higher in urban areas, the rate of food insecurity is also higher. Because in the city, you have to pay for a lot of other things, not only food items. Households have to pay for their rent, for electricity... So in terms of the quantity of food that households are able to access in the city, urban households are actually worse-off.’ KII [Key Informant Interview] – WFP, Kabul [...]

The coping strategy index confirms that the difficulty of accessing food means that urban households have to rely frequently on negative coping strategies. The FSAC considers that a score above 15 is severe to extremely severe (above 30). A majority of urban households scored below 7, meaning that they can be considered as having a minimal reliance on detrimental coping strategies, which was particularly the case in Mazar-e-Sharif and Kabul." (Samuel Hall, 2014, S. 44)

„Kabul fares slightly better on three of the five dimensions of resilience: adaptive capacity; food access and basic services." (Samuel Hall, 2014, S. 46)

Die afghanische Public Policy Research Organization (APPRO) veröffentlicht im April 2016 einen Bericht zu den zivilen, sozialen und ökonomischen Rechten in Afghanistan. Bezugnehmend auf Kabul wird berichtet, dass arme Menschen oft von ihren Nachbarn, die Lebensmittel und Kleidung spenden, unterstützt würden. In manchen Stadtteilen würden Nachbarschaftsvertreter („neighbourhood representatives“) Familien, die von Lebensmittelunsicherheit betroffen seien, zur Unterstützung an Wohltätigkeitsorganisationen verweisen. Lebensmittelspenden würden auch durch wohlhabende Einzelpersonen wie Immobilienbesitzer und Kaufleute erfolgen:

„Poor people are often helped by their neighbours who donate food and clothing. In some neighbourhoods the neighbourhood representatives (wakil-e gozars) identifies food insecure families and refers them to charity organizations for assistance. Some charity organizations issue cards to the referees who can then use the cards to receive food assistance. Some wealthy individuals such as property owners and merchants also make significant food donations for the needy. The foodstuffs provided are typically rice, flour, beans, and cooking oil. Non-food assistance includes blankets, clothing, and winter fuel. There is no government help available for the food insecure. Also, mosques do not provide food assistance." (APPRO, April 2016, S. 60)

In einem im Mai 2016 von Amnesty International (AI) veröffentlichten Bericht, der auf Besuchen von Binnenvertriebenen-Siedlungen in Herat-Stadt, Kabul und Mazar-e Sharif basiert, wird auf ein Zitat eines Gemeindeführers im Camp Chaman-e-Babrak in Kabul verwiesen. Diesem zufolge sei Nahrung im Camp ein Luxus, den sich niemand leisten könne. Man lebe meist von Brot oder verdorbenem Gemüse vom Markt. Das letzte Mal habe man vor dem vorangegangenen Winter Nahrungsmittelhilfe erhalten, so der Gemeindeführer im November 2015:

„'Food is a luxury here, no one can afford it. We mostly live off bread or spoiled vegetables from the market. The last time we received food assistance was ahead of last winter when we got three sacks of wheat.' Raz Muhammad, a community leader in the Chaman-e-Babrak camp in Kabul, speaking in November 2015" (AI, 31. Mai 2016, S. 37)

Laut einem vom Analysten Fabrizio Foschini verfassten Bericht des United States Institute of Peace (USIP) würde Kabul einen besseren Arbeitsmarkt bieten, dieser würde jedoch in erster Linie auf gelegentlichen und unzuverlässigen Arbeitsmöglichkeiten basieren. Die Lebenserhaltungskosten, insbesondere die Wohnkosten, aber auch einige Lebensmittel, seien

in Kabul deutlich höher als in anderen Provinzen. Die Lebensmittelkosten könnten bis zu 50 Prozent der Haushaltsausgaben ausmachen:

„Kabul may offer a better job market, if primarily in terms of occasional and unreliable job opportunities, but the cost of living there—housing in particular, but also some food items—is also significantly higher than in other provinces. Food expenses can make up half of household expenditure, and rent one-third.” (USIP, 2017, S. 34)

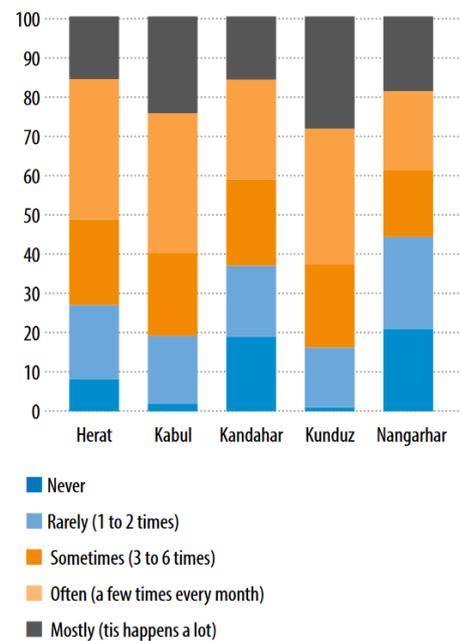
Im Rahmen ihrer Displacement Tracking Matrix veröffentlicht die Internationale Organisation für Migration (IOM) im Juni 2017 einen Bericht, in dem unter anderem die Lage von Binnenvertriebenen und Rückkehrenden in der Provinz Kabul untersucht wurde. Dem Bericht zufolge würde das derzeit betriebene Rohrleitungssystem in der Stadt Kabul den Bedarf von weniger als 20 Prozent der Bevölkerung, die im Jahr 2017/18 3.961.487 Menschen umfasst habe, decken. Nur jene Rückkehrende und Binnenvertriebene, die sich das Mieten einer an das System angeschlossenen Immobilie leisten könnten, hätten Zugang zu einer Versorgung mit fließendem Wasser. Die meisten würden Wasser aus Brunnen oder Pumpen, wo sich im Sommer lange Warteschlangen bilden würden, beziehen. Der Kauf aus einem Wassertank sei ebenfalls eine Option, allerdings für Binnenvertriebene und Rückkehrende eine teure. Der Preis für ein 200-Liter-Fass würde 50 AFN (umgerechnet 0,74 USD) betragen:

„In Kabul city, the currently operating piped-water system covers the needs of less than 20% of the population that would number 3,961,487 people in 2017-2018 period. Only Returnees/IDPs who could afford to rent a property connected to the system have access to a running water supply. The majority get water from wells or pumps where huge lines of people waiting can be observed during the summer. To buy from a water tank is also an option although an expensive one for IDPs/Returnees as the price for a 200 litre barrel would amount to 50 AFN (US\$ 0.74).” (IOM, Juni 2017, S. 26)

In einem von NRC, IDMC und Samuel Hall im Jänner 2018 veröffentlichten Bericht über Binnenvertreibung in Afghanistan, der auf Daten aus den Provinzen Herat, Kabul, Kandahar, Kunduz und Nangarhar basiert und sich unter anderem auf die Distrikthauptstädte konzentriert, wird angeführt, dass es scheinbar keinen Zusammenhang zwischen der Zahl an Menschen, die Hilfe erhalten würden, und denen, die um den Zugang zu Nahrung und Wasser kämpfen müssten, gebe. 47 Prozent der Befragten in Kabul hätten angegeben, Soforthilfe erhalten zu haben, dennoch hätten 83 Prozent angeführt, dass der Zugang zu Nahrung und Wasser eine große Herausforderung darstelle. Laut einer Grafik derselben Quelle sei der Anteil der Befragten, die angegeben hätten, dass es häufig bzw. Großteiles ein Problem sei, den Nahrungsmittelbedarf des eigenen Haushaltes zu decken, im Vergleich zu den anderen untersuchten Städten verhältnismäßig hoch gewesen:

„There does not appear to be a correlation between the number of people who receive assistance and those who struggle to access food and water. Forty-seven per cent of respondents in Kabul said they had received emergency assistance, but 83 per cent still said access to food and water was a major challenge.“ (NRC/IDMC/Samuel Hall, 24. Jänner 2018, S. 27)

Figure 8: How often in the last year did your household have problems satisfying its food needs



(NRC/IDMC/Samuel Hall, 24. Jänner 2018)

In einem Artikel vom August 2018 berichtet das Afghanistan Analysts Network (AAN), eine unabhängige gemeinnützige Forschungsorganisation mit Hauptsitz in Kabul, die Analysen zu politischen Themen in Afghanistan erstellt, über Wasserknappheit in Kabul. Angesichts der zunehmenden Wasserknappheit und Umweltverschmutzung würden immer mehr Einwohner in der Stadt Kabul darum kämpfen, genügend sauberes Wasser für ihre Haushalte zu erhalten. Viele seien gezwungen, sich an die expandierenden privaten Wasserversorgungsunternehmen zu wenden: entweder indem sie Wasser aus Wassertankwagen bezahlen, Wasser von lokalen privaten Wasserversorgungsunternehmen beziehen oder durch den Kauf von abgefülltem Mineralwasser. Wieder andere müssten Transportkosten auf sich nehmen, um Wasser aus öffentlichen Wasserleitungen zu holen oder für Reinigungsgeräte bezahlen, um das verunreinigte Wasser aus ihren Brunnen zu filtern. Es werde erwartet, dass das private Geschäft mit dem Wasser angesichts des sich verändernden Wasserkontextes des Landes infolge des Klimawandels, des Bevölkerungswachstums und der Nachlässigkeit der Regierung in Bezug auf Prävention und Regulierung weiter expandieren werde:

„Given growing water scarcity and pollution, increasing numbers of residents in Kabul city are struggling to provide enough safe water for their households. Many are forced to turn to the expanding private water business for their needs: either by paying for water from mobile water tankers, subscribing to local private water supply companies or buying bottled ‘mineral water.’ Others incur travel costs to get water from public taps or pay for purifiers to filter contaminated water from their wells. The mushrooming private water business is expected to expand even further given the country’s changing water context as a result of climate change, population growth and government negligence in terms of prevention and regulation.“ (AAN, 30. August 2018)

2.2 Wohnen

Friederike Stahlmann vom Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung führt in einer E-Mail-Auskunft vom November 2018 aus, inwiefern die Lage afghanischer Großstädte bezüglich der allgemeinen Entwicklungen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt vergleichbar seien:

„Großstädte wie Mazar-e Sharif, Herat und Kabul sind bezüglich der allgemeinen Entwicklungen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt insofern vergleichbar, als der Zugang zu existenziellen Ressourcen wie Obdach und Arbeit grundsätzlich hochgradig umkämpft ist. Auch die Mechanismen der Kontrolle von Ressourcen unterscheiden sich nicht grundsätzlich von einem Ort zum nächsten. Der Kampf um Ressourcen wird so nicht nur durch Machtmissbrauch geprägt, sondern auch durch finanziellen und sozialen Ausschluss geführt – wobei aus Sicht der lokalen Gemeinschaften und Nachbarschaften Zuziehende grundsätzlich Konkurrenten darstellen und soziale Netzwerke versuchen vorhandene Ressourcen intern zu bündeln und nach außen zu verteidigen.

Selbst wenn sich in einer der Großstädte spontan punktuell Ressourcen auftäten, wie etwa durch Infrastrukturprojekte, die Einkommensmöglichkeiten generieren, ist somit davon auszugehen, dass dieses Angebot von der ansässigen Bevölkerung entsprechend der lokalen Machtverhältnisse innerhalb kürzester Zeit absorbiert würde.

Binnenmigration als Strategie der Existenzsicherung würde somit voraussetzen, dass die Betroffenen Zugang zu unterstützungsfähigen und -willigen Netzwerke am Zielort haben. Dieser Zugang wird umso bedeutsamer, desto ungesicherter die Lebensumstände sind. Das betrifft nicht nur die notwendige Arbeitsteilung im Alltag, sondern insbesondere die solidarische Absicherung im Umgang mit Krisen wie Krankheit, Arbeitslosigkeit oder gewaltsamen Übergriffen.“ (Stahlmann, 27. November 2018)

Die afghanische Statistikbehörde (CSO) führt in ihrer Erhebung zu den Lebensbedingungen in Afghanistan (Afghan Living Conditions Survey, ALCS bzw. National Risk and Vulnerability Assessment, NRVA) aus dem Jahr 2011/12 an, dass Überbelegung eine Manifestation der Ungleichheit im Wohnungswesen und auch eine versteckte Form der Obdachlosigkeit sei. Die CSO nimmt in ihrem Bericht Bezug auf eine Definition von UN-Habitat, wonach Überbelegung bedeute, dass mehr als drei Personen in einem Raum leben würden. Zu den Folgen von Überbelegung würden ein erhöhtes Risiko für Krankheitsübertragung für ein breites Spektrum an Atemwegserkrankungen, einschließlich Lungenentzündung, Tuberkulose und vielen Allergien, und negative soziale Verhaltensweisen, wie häusliche Gewalt und Kindesmissbrauch, sowie negative Ergebnisse im Bereich Bildung und Kindesentwicklung gehören. Die Erhebung von 2011/12 habe gezeigt, dass 37 Prozent aller Haushalte in Afghanistan in derart überfüllten Wohnungen leben würden. Überbelegung, die Beständigkeit von Wohnungen sowie der Zugang zu sauberem Trinkwasser und verbesserten sanitären Einrichtungen seien vier Kriterien, die bestimmen würden, ob ein städtischer Haushalt als Slumhaushalt definiert werde. Dieser Definition zufolge liege der Prozentsatz der in Slumhaushalten lebenden städtischen Bevölkerung 2011/12 bei 87 Prozent, was 5,3 Millionen Menschen entspreche:

„Overcrowding is a manifestation of housing inequality and is also a hidden form of homelessness. UN-Habitat defines overcrowding as dwellings with more than three persons per room (UN-Habitat 2007). The effects of overcrowding include an increased risk of disease transmission for a wide range of respiratory diseases, including pneumonia, tuberculosis and many allergies and negative social behaviours, such as domestic violence and child abuse, and negative outcomes of education and child development. NRVA 2011-12 shows that 37 percent of all households in Afghanistan live in such overcrowded dwellings. For Kuchi households, the share is even 70 percent. Overcrowding and durability of dwellings, together with access to safe drinking water and improved sanitation, are four criteria that determine if an urban household is defined as a slum household. The MDG indicator 7.10 for environmental sustainability that is based on this definition is the percentage of urban population that lives in slum households. In the NRVA 2011-12 a percentage of 87 percent was found for this indicator, which represents 5.3 million people.“ (CSO, 2014, S. 97)

Laut einer Tabelle im selben Bericht sei die durchschnittliche Anzahl der Personen, die gemeinsam in einem Raum leben, 2011/12 im städtischen Gebiet bei 3,0 gelegen. (CSO, 2014, S. 98)

Den Ergebnissen der Erhebung zu den Lebensbedingungen in Afghanistan 2013/14 zufolge sei die durchschnittliche Anzahl der Personen, die in einem Raum leben würden, im städtischen Bereich mit durchschnittlich drei Personen pro Raum im Vergleich zu 2011/12 konstant geblieben. Insgesamt würden 43 Prozent der afghanischen Bevölkerung in überfülltem Wohnraum leben. Der Prozentsatz der städtischen Bevölkerung, die in Slums leben würden, sei 2013/14 leicht auf 5,0 Millionen gesunken, dies entspreche nun 74 Prozent:

„At national level, the average number of persons per room is around 3, similar to what was reported for the 2011-12 NRVA survey. Urban and rural areas have the same share, while for the Kuchi population, the rate is still around 5 persons per room. Overall, 43 percent of the Afghan population lives in overcrowded housing conditions. [...]

Based on the 2013-2014 ALCS, it is estimated that the slum population living in urban areas is about 5.0 million people. The NRVA 2011-12 concluded providing similar figures, about 5.3 million people, showing a limited decrease in absolute numbers. However, the percentage of urban population living in slums has reduced about 13 percentage points from 87 to 74 percent, showing an overall considerable progress in living conditions in urban areas, and an important achievement in terms of the MDG target, even if Afghanistan remains the country in the region with the highest proportion of slums dwellers.“ (CSO, 2016a, S. 171-172)

Laut einem Diagramm, das im Bericht zur Erhebung der Lebensbedingungen in Afghanistan 2016/17 veröffentlicht wurde, liege der Prozentsatz der urbanen Bevölkerung, die in von Überbelegung charakterisiertem Wohnraum leben würden, bei 42,7 Prozent (CSO, Mai 2018, S. 213). Laut demselben Bericht werde der tatsächliche Anteil der in städtischen Slums lebenden Menschen auf etwa 5,0 Millionen Menschen geschätzt, was 72,4 Prozent der gesamten städtischen Bevölkerung entspreche. Die Erhebung aus dem Jahr 2013/14 habe

ähnliche Zahlen in absoluten Zahlen geliefert. UN-Schätzungen hätten jedoch einen Prozentsatz angeführt, der im gleichen Bezugszeitraum fast 10 Prozentpunkte niedriger gewesen sei:

„ALCS 2016-17 provides the opportunity to identify slum households. The actual proportion of people living in urban slums is measured in the ALCS 2016-17 by a proxy represented by the urban population living in households with at least one of the characteristics listed above in relation to adequate housing, except for the security of tenure characteristic. It is internationally recommended not to include this component in the present stage of development of this SDG indicator. ALCS 2016-17 estimated that the slum population living in urban areas is about 5.0 million people, which 72.4 percent of the total urban population. The ALCS 2013-14 provided similar figures in terms of absolute numbers, even though UN estimates indicated a proportion of the urban population almost 10 percentage points lower in the same reference period.” (CSO, Mai 2018, S. 214)

Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (European Asylum Support Office, EASO) veröffentlicht im Juni 2018 einen auf verfügbaren Herkunftsländerinformationen basierenden Leitfaden zu Afghanistan („Country Guidance“). Bezugnehmend auf das Wohnungswesen und Unterbringungen in den Städten Kabul, Herat und Mazar-e Sharif konstatiert EASO, dass Wohnraum und Unterkünfte zur Verfügung stehen würden. Die Mehrheit der städtischen Unterbringungen könne als Slum eingestuft werden. Der Zugang zu angemessenem Wohnraum sei für die Mehrheit der städtischen Afghanen eine Herausforderung. Die hohe Zahl der Vertriebenen und der plötzliche Anstieg der Rückkehrenden in der zweiten Jahreshälfte 2016 hätten die bereits überstrapazierten Aufnahmekapazitäten der Städte zusätzlich belastet. Vertriebene Menschen würden meist in Binnenvertriebenen-Siedlungen leben und würden daher den Bedarf an Wohnraum als Hauptbedürfnis anführen. Die Städte würden auch günstige Unterbringungsmöglichkeiten in sogenannten „Teehäusern“ bieten. Obwohl die Situation im Zusammenhang mit der Ansiedlung in den drei Städten mit gewissen Schwierigkeiten verbunden sei, könne dennoch davon ausgegangen werden, dass alleinstehende erwachsene Männer und verheiratete Paare ohne Kinder in der Lage seien, sich eine Unterkunft zu sichern:

„Housing and shelter: Housing and shelter are available. The majority of urban houses can be classified as slums. Access to adequate housing is a challenge for the majority of urban Afghans. [...] The high number of displaced people and the sudden spike in returns in the second half of 2016 has put an extra burden on the already overstretched absorption capacity of the cities. Displaced people mostly end up living in IDP-settlements and therefore indicate shelter as their primary need. The cities also provide the option of cheap lodging in ‘tea houses’.” (EASO, Juni 2018, S. 104)

„Although the situation related to settling in the three cities entails certain hardships, it can still be concluded that such applicants [single adult men and married couples without children] are able to ensure their basic subsistence, shelter and hygiene, taking into account the fact that their individual circumstances do not pose additional vulnerabilities.” (EASO, Juni 2018, S. 106)

In einem im April 2017 von UNHCR veröffentlichten Dokument des Protection Clusters Afghanistan wird angeführt, dass der enorme Anstieg an RückkehrerInnen zu einer extremen

Belastung der bereits überlasteten Aufnahmekapazitäten in den wichtigsten Provinz- und Distriktzentren Afghanistans führe, da sich viele Afghanen den zahllosen Binnenvertriebenen angeschlossen hätten, die aufgrund des sich verschärfenden Konflikts nicht in ihre Herkunftsgebiete zurückkehren könnten. Bezugnehmend auf sekundäre Vertreibung und das Fehlen von Lösungen für die Vertriebenen in den Städten wird berichtet, dass 70% der Binnenvertriebenen in städtischen Gebieten wie Kabul, Herat, Mazar-e Sharif und Jalalabad leben würden. Angesichts begrenzter Beschäftigungsmöglichkeiten, fehlender sozialer Schutznetzwerke und schlechter Unterbringungsbedingungen sind Vertriebene nicht nur in ihrem täglichen Leben mit erhöhten Schutzrisiken konfrontiert, sondern würden auch mit weiterer Vertreibung konfrontiert und zu negativen Bewältigungsstrategien wie Kinderarbeit, Frühehen, der Verringerung der Menge und Qualität von Lebensmitteln usw. gezwungen. Humanitäre Akteure würden nur begrenzt über Ressourcen verfügen, um Interventionen in dem Maße durchzuführen, wie es der städtische Kontext erfordern würde:

„Severe strains on existing absorption capacity and infrastructure: The enormous surge in returns resulted in extreme stress on the already overstretched absorption capacity in Afghanistan’s main provincial and district centres, as many Afghans joined the legions of IDPs unable to return to their areas of origin due to the worsening conflict.

Secondary displacement and lack of solutions for the urban displacement: 70% of IDPs reside in urban areas, like Kabul, Herat, Mazar-i-Sharif and Jalalabad. With limited job opportunities, no social protection nets and poor shelter conditions, displaced people not only face increased protection risks in their daily life, but are also forced into secondary displacement and negative coping strategies, like child labour, early marriage, reducing quantity and quality of food etc. Humanitarian actors have limited resources to conduct interventions at the scale that urban context requires.” (UNHCR, April 2017, S. 2)

In seinen im August 2018 veröffentlichten Richtlinien zur Feststellung des internationalen Schutzbedarfs von Asylsuchenden aus Afghanistan führt das UNO-Flüchtlingshochkommissariat (UN High Commissioner for Refugees, UNHCR) an:

„Als Teil eines allgemeinen Trends anhaltender, rasanter Verstädterung Afghanistans, enden viele Binnenvertriebene in großen urbanen Zentren mit beschränkten Aufnahmekapazitäten, in denen der Zugang zu Grundversorgung ein großes Problem darstellt. Das Fehlen einer effizienten Städtepolitik und wirksamer Regelwerke sowie eine schwache und ineffektive Regierungsführung haben Berichten zufolge zu einem Anstieg der Armut und Ungleichheit in städtischen Gebieten geführt. Ein großer Anteil der städtischen Haushalte mit mittlerem und niedrigem Einkommen befindet sich Berichten zufolge in informellen Siedlungen in schlechter Lage und mit mangelnder Anbindung an Versorgungsdienste. Laut der Umfrage zu den Lebensbedingungen in Afghanistan für 2016/2017 leben 72,4 Prozent der städtischen Bevölkerung Afghanistans in Slums, informellen Siedlungen oder anderweitig unter unzumutbaren Wohnverhältnissen.²²⁹ Armut ist unter den städtischen Haushalten Berichten zufolge weit verbreitet. Aus Berichten geht ferner hervor, dass sich die wirtschaftliche Situation städtischer Haushalte in den vergangenen Jahren erheblich verschlechtert hat.

Aufgrund des Mangels an ausreichendem Grund und Boden und leistbaren Unterkünften in städtischen Gebieten sind Personen, die seit kurzem oder schon lange Binnenvertriebene sind, häufig gezwungen, in informellen Siedlungen ohne angemessenen Lebensstandard und mit beschränktem Zugang zu Wasser und Sanitäreinrichtungen zu leben. Durch das veraltete Bodenrecht und mangelnde Wohnsicherheit sind Binnenvertriebene und andere Bewohner informeller Siedlungen der ständigen Gefahr von Räumung und erneuter Vertreibung ausgesetzt. Berichten zufolge kommt erschwerend Landraub („Land grabbing“) hinzu, auch von Land, das für zurückkehrende Flüchtlinge oder Binnenvertriebene vorgesehen ist.“ (UNHCR, 30. August 2018, S. 39-40)

In den Länderinformationsblättern zu Afghanistan, die für das deutsche Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) verfasst werden, finden sich für die Jahre 2010 bis 2014 konkrete Informationen zu den durchschnittlichen Mietkosten für eine Dreizimmerwohnung in den Städten Kabul, Herat und Mazar-e Sharif. So seien die Mietkosten für Herat-Stadt in diesem Zeitraum konstant zwischen 200 und 250 USD und die für Mazar-e Sharif konstant zwischen 150 und 200 USD gelegen. Die Mietkosten für eine Dreizimmerwohnung in Kabul seien für 2010 mit 200 bis 500 USD beziffert worden und zwischen 2011 und 2014 konstant bei 300 bis 500 USD gelegen (IOM, 2010, S. 12; IOM, 2011, S. 14; IOM, 2012, S. 14; IOM, 2013, S. 16; IOM, 2014, S. 16). In den Länderinformationsblättern für die Jahre 2015 bis 2017 wird angeführt, dass die Mietkosten zwischen 400 und 600 USD betragen würden. (IOM, 2015, S. 2; IOM, 2016, S. 2; IOM, 2017, S. 8) Im Länderinformationsblatt 2018 wird wiederum Bezug auf Kabul genommen und angeführt:

„Die Miete für eine Wohnung liegt zwischen 300 USD und 500 USD. Die Lebenshaltungskosten pro Monat belaufen sich auf bis zu 400 USD (Stand 2018), für jemanden der einen sehr guten Lebensstandard hat. Diese Preise gelten für den zentral gelegenen Teil der Stadt Kabul, wo Einrichtungen wie Sicherheit, Wasserversorgung, Schulen, Kliniken und Elektrizität verfügbar sind. In ländlichen Gebieten können sowohl die Mietkosten als auch die Lebenshaltungskosten um mehr als 50 % sinken. [...] In Kabul und im Umland, sowie in anderen Städten steht eine große Anzahl an Häusern und Wohnungen zur Verfügung. Die Kosten in Kabul-City sind jedoch höher als in den Vororten oder in den anderen Provinzen. Private Immobilienhändler in den Städten bieten Informationen zu Mietpreisen für Häuser und Wohnungen an. [...] Wohnungszuschüsse für sozial Benachteiligte oder Mittellose existieren in Afghanistan nicht.“ (IOM, 2018, S. 6)

Friederike Stahlmann vom Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung schreibt zu den Eigentumsverhältnissen Binnenvertriebener bezogen auf die Städte Herat, Kabul und Mazar-e Sharif in ihrem Afghanistan-Gutachten vom März 2018:

„Ein Großteil der informellen Siedlungen ist entstanden, ohne dass die Bewohner Rechtssicherheit für die Nutzung ihrer Unterkünfte oder des Landes hätten. Das liegt an drei Tendenzen – zum einen der häufig nur gewohnheitsrechtlichen Gültigkeit von Miet- und Kaufverträgen; zum anderen an Landraub lokal mächtiger Akteure, der den in der Folge geschlossenen Miet- oder Pachtverträge die Rechtsgültigkeit nimmt; und zum Dritten an Besetzungen durch Bewohner. Betroffen sind alle Formen von Land – von

Privat- über Kommunal- bis zu Staatsbesitz. Häufig bestehen zudem gewohnheitsrechtliche Ansprüche an kommunale Nutzung durch die ansässigen Gemeinschaften. Das setzt seit Langem die betroffenen Bewohner der dauerhaften Angst vor Vertreibung und gewaltsamen Räumungen aus – beispielsweise, wenn der Grund für Investitionen genutzt werden soll. Betroffen können auch jene sein, die schon lange, wenn auch nur mit den üblichen gewohnheitsrechtlichen Verträgen in den betreffenden Gebieten leben. (vgl. Amnesty International 31.05.2016, Bjelica 29.03.2016, Gaston/Dang June 2015, IDMC/NRC February 2014, Inter-Agency Durable Solutions Initiative October 2016, Muzhary 12.05.2017, Stahlmann (ed.) 2016, Wily February 2013, World Bank/UNHCR May 2011: 11f.)“ (Stahlmann, 28. März 2018, S. 249)

„Sowohl von politischer Seite als auch von lokal ansässigen Gemeinschaften sind die Widerstände gegen eine permanente Ansiedlung teils vehement. So berichtet Amnesty International von Gouverneuren, Bürgermeistern und anderen lokalen Autoritäten, die entweder schlicht leugnen, dass es Binnenvertriebene gibt, sie zu Wirtschaftsmigranten umdeklarieren oder sich einer regulären Ansiedlung verweigern, indem sie darauf bestehen, dass die Betroffenen in ihre Heimatregionen zurückkehren müssen oder werden. Diese Haltung hat auch lange die Entwicklung und Verabschiedung der IDP-Strategie und Investitionen in Infrastruktur von Seiten internationaler Organisationen behindert. (Amnesty International 31.05.2016: 17 und 28)“ (Stahlmann, 28. März 2018, S. 250)

Zu Änderungen im rechtlichen Rahmen, der dennoch bestehenden Gefahr von Zwangsräumungen der Binnenvertriebenen-Siedlungen und zum Anstieg der Mietpreise in diesen Gebieten ergänzt Stahlmann:

„Der veränderte rechtliche Rahmen und der politische Druck haben inzwischen einzelne gewaltsame Räumungen verhindert, wie in der Herater IDP-Siedlung Shaidayee. (Inter-Agency Durable Solutions Initiative October 2016 : 12) Doch selbst bei den Siedlungen, die erhalten bleiben sollen, besteht für viele Betroffene die Androhung der Zerstörung ihrer Häuser fort. (vgl. UN General Assembly 12. 04.2017: 12) Viele andere leben weiterhin mit der Angst und unter der Androhung gewaltsamer Räumung, was nicht zuletzt den ursächlichen Gründen der Ablehnung von Legalisierung und nachhaltiger Ansiedlung geschuldet ist. Zum einen würde eine Legalisierung der Nutzungsverhältnisse aktuelle oder zukünftige Profiteure der Rechtsunsicherheit in ihrer Macht beschneiden. Für die Eigeninteressen politischer Akteure ist dabei letztendlich nicht wichtig, ob sie an Landraub oder zukünftigen Investitionen durch Bestechung mitverdienen oder selber Kontrolle über das Land anstreben. Schon die legalen Gewinnspannen, die sich durch Spekulation erzielen lassen, sind immens. So zitiert SIGAR Schätzungen nach denen der Wert urbanen Landes seit 2001 um 1000% gestiegen ist (SIGAR February 2017: 3). In Zielorten Geflüchteter kommt es teils innerhalb weniger Monate zur Verdoppelung von Mieten, aber eben auch zu großräumigen Landraub macht voller Akteure, der ohnehin ein dominantes Problem in den bestehenden Verteilungskämpfen um diese zentrale Ressource ist. (Gaston/Dang June 2015, Muzhary 12.05.2017, vgl. US DOS 2017a: 30) Die Hauptakteure und -profiteure großräumigen Landraubs werden nicht nur aufgrund der angewandten Gewalt, sondern auch aufgrund ihrer Verquickung mit politischen Akteuren und ihrer de facto Kontrolle der

Justiz in Afghanistan meist ‚Land-Mafia‘ genannt. (vgl. 3, Amnesty International 31.05.2016: 32, Ariana News 21.02.2016) 5.260 km² Land sollen so nachweislich landesweit geraubt worden sein – wobei die drei Provinzen Kabul, Herat und Balkh die Statistik anführen. Ansonsten sind vor allem ländliche Gegenden unter Kontrolle von Kriegsherren und Milizen betroffen. (Ariana News 21.02.2016) Zum anderen würde die formelle Anerkennung dieser Siedlungsgebiete auch die Ansprüche ihrer Bewohner zumindest auf die Entwicklung basaler Infrastruktur wie Straßenbau oder Versorgung mit Elektrizität untermauern und damit wertvolle Ressourcen abziehen (Amnesty International 31.05.2016: 18). Warnungen, dass lokale Kapazitäten erschöpft und dem immensen Bedarf an Infrastrukturentwicklungen nicht gewachsen sind, gibt es auch aus gut zugänglichen Gebieten wie den genannten Städten (vgl. UN General Assembly 12.04.2017: 15 f., Kakar/Pajhwok 05.10.2016, Muzhary 12.05.2017). Auch erfolgreiche Projekte, wie eines durch die GIZ in Mazar-e Sharif, kommen regelmäßig nur einem Bruchteil der Betroffenen zu Gute und werden aufgrund fehlender Mittel reduziert – in dem Fall von geplanten 12 auf 1 IDP-Siedlung (UN General Assembly 12.04.2017: 17)“ (Stahlmann, 28. März 2018, S. 250-251)

Stahlmann führt an, dass es häufig zu Problemen mit dem von der Regierung zugewiesenen Land komme:

„Das Ergebnis aus lokaler Ablehnung und politischem Unwillen lässt sich an der Auswertung der Umsetzung des Präsidialdekrets No.104 dokumentieren, das die Zuweisung von Land an Binnenvertriebene regeln soll. Denn während Neuansiedlungen ohnehin nur in kleinem Rahmen stattgefunden haben (Stand Januar 2017: 72.000, Joyenda/TOLONews 15.01.2017), war auch sie oft nicht nachhaltig. So war das zugewiesene Land oft weit weg von jeder Einkommensquelle, hatte zudem keinen Zugang zu Wasser und grundlegender Infrastruktur und war manchmal sogar vermint. 86% der Grundstückseinheiten, die zugewiesen wurden sind daher verwaist. Rückkehrer konnten zudem nur in ihrer Herkunftsprovinz Land beantragen, was regelmäßig aufgrund der Sicherheitslage nicht möglich war. Voraussetzung war außerdem, dass die Betroffenen im Besitz einer Tazkera waren, die mit Ausnahme von Kabul wiederum nur in den Herkunftsprovinzen ausgestellt wird. Antragsteller mussten zudem nachweisen, dass sie kein Land in Afghanistan besitzen. Es ist jedoch nicht nur grundsätzlich schwierig, etwas nachzuweisen, das es nicht gibt. Ohne ein zentrales Kataster- oder Registrierungssystem ließen sich Angaben auch nicht überprüfen und oft wird der Verlust von Land auch nicht registriert, wenn er überhaupt legale Ursachen hat. Nicht zuletzt war der gesamte Landzuweisungsprozess von Korruption geprägt und schon zugewiesene Gebiete sind immer wieder Landraub zum Opfer gefallen. (v gl. Bjelica 29.03.2016, Housing, Land and Property Task Force April 2017: 2, Muzhary 12.05.2017, UNAMA 19.03.2015: 30)“ (Stahlmann, 28. März 2018, S. 252)

Über den Zugang zum Wohnungsmarkt schreibt Stahlmann in ihrem Gutachten:

„Zugang zum Wohnungsmarkt ist in Afghanistan in praktischer Hinsicht nicht nur über die Verfügbarkeit finanzieller Ressourcen reguliert, sondern beschreibt zugleich sozio-politische Gemeinschaften sowie kommunale Sicherheitsarrangements und reflektiert

nicht zuletzt lokale, regionale und politische Machtverhältnisse. Die Ausschlussfaktoren für Ansiedlungen sind dementsprechend vielfältig und nicht zuletzt durch das vergangene und aktuelle Konfliktgeschehen sowie individuelle Gefährdungsprofile geprägt.

Dass Wohnraum nicht durch Gelegenheitsarbeiten erwirtschaftet werden kann, ist somit nur ein Ausschlussfaktor unter vielen. Die großräumigen Vertreibungen im Zuge des aktuellen Konfliktgeschehens, sowie die immense Zahl unfreiwilliger Rückkehrer aus den Nachbarländern, die keine Chance haben, auf Landbesitz und damit auch Wohnraum zurückzugreifen, begründet in den Gebieten, die praktisch noch zugänglich sind, jedoch auch einen absoluten Mangel an Wohnraum, der den Zugang selbst bei verfügbaren finanziellen Mitteln in Frage stellt.“ (Stahlmann, 28. März 2018, S. 239-240)

Bezogen auf die hohen Mietpreise und die mangelnde Verfügbarkeit von Unterkünften schreibt Stahlmann weiters:

„In Mazar-e Sharif und Herat klaffen die Wohnungspreise meinen Informanten nach weniger extrem auseinander. So habe ich für beide Städte in Gebieten mit halbwegs etablierter Infrastruktur Mietpreisangaben von 180 - 250 US\$ erhalten, und für weniger angeschlossene Gebiete 100 - 150 US\$. Grundstückspreise in Mazar-e Sharif liegen demnach zwischen 40.000 und 80.000 US \$, in Herat zwischen 10.000 und 80.000 US\$.

Dass hier nur die Preise für die Preise für Häuser angegeben ist, liegt an der mangelnden Verfügbarkeit anderer Wohnformen, was vor allem soziokulturelle Gründe hat. Zum einen sind Familien die kleinste vorgesehene soziale Haushaltseinheit ist, weshalb der Wohnraum zumindest einen separaten Schlafbereich vorsehen muss, der bei der Anwesenheit von Gästen den Frauen und Mädchen der Familie die nötige Privatsphäre gewährt. Sofern mehrere Familien ein Haus bewohnen, müsste zumindest für jede Familie ein separater Schlafraum zur Verfügung stehen. Diese Anpassung an die aktuellen sozialen Verhältnisse lässt sich in Häusern in der Regel leichter vornehmen als in Wohnungen. Familien-Wohnungen sind zwar in Planung, doch insgesamt wurden zwischen 2001 und 2015 nur etwas über 4. 000 Wohneinheiten gebaut, von denen wiederum die Mehrheit an Regierungsangestellte und Leute ‚mit guten Kontakten‘ vergeben (Government of Islamic Republic of Afghanistan 2015: 92).“ (Stahlmann, 28. März 2018, S. 240-241)

„Abgesehen von finanziellen Mitteln und sozialen Ausschlusskriterien ist der Zugang zum Wohnungsmarkt in Städten wie Kabul, Herat oder Mazar-e Sharif vor allem durch den absoluten Mangel an Unterkünften eingeschränkt. So haben mich die Informanten, die ich zur Beantwortung dieser Frage bat, aktuelle Mietpreise zu recherchieren, ausnahmslos darauf hingewiesen, dass sie mir über bestehende Mietverhältnisse oder frühere Grundstückspreise Auskunft geben könnten, es jedoch außer in extrem hohen Preissegmenten keinen tatsächlichen Markt mehr gäbe, der beispielsweise über Makler zugänglich sei. Das ist vor allem über die immense Nachfrage begründet, die sich aus mehreren Entwicklungen speist, die alle zu großräumigen Zuzug in die genannten Städte führen.“ (Stahlmann, 28. März 2018, S. 244)

Über die Bedeutung lokaler Gemeinschaften und interner Kontrollmechanismen bei zunehmender Verschlechterung der Sicherheitslage schreibt Stahlmann:

„Interne Kontrolle wird somit auch durch eine Kontrolle des Zuzugs und der Neuansiedlungen aufrechterhalten und je schlechter die Sicherheitslage, desto geschlossener werden diese sozialen Einheiten Außenseitern gegenüber und desto größer wird das Misstrauen und die soziale Kontrolle angesichts von Fremden. Zu traditionellen Kaufbedingungen, aber auch zum Abschluss eines Mietvertrags ist somit in der Regel die Zustimmung der lokalen Gemeinschaft von Nöten. Praktisch bedeutet das für die Unterzeichnung eines Mietvertrages sich nicht nur durch eine Tazkera identifizieren zu müssen. Der Vertrag muss zudem, wenn er vertrauenswürdig sein soll, auch durch einen lokal bekannten Bürgen abgesichert sein, der gegenüber dem Vermieter in Anwesenheit des Nachbarschaftsvorstehers in seiner rechtlichen Funktion als Notar und seiner politischen als Vertreter der sozialen Gemeinschaft für die Vertrauenswürdigkeit des Zuzüglings haften kann. (vgl. Razaq/Integrity Watch Afghanistan 2013) Finanziell werden Mietverträge entweder durch die übernommene Haftung durch ansässige Verwandte oder durch eine Kaution von zurzeit meist sechs Monatsmieten abgesichert. (Schuster 08.11.2016: 14)

Rückkehrer, und hier insbesondere die aus Europa und unter denen wiederum alleinstehende junge Männer, die keine Hilfe von Familien und Freunden haben, sind so gleich doppelt benachteiligt: Zum einen, weil sie meist keine sozialen Netzwerke haben, die finanziell und sozial für sie bürgen könnten, zum anderen, weil sie in dem Ruf stehen, Gefahren wie Verfolger, rekrutierende Milizen oder Kriminalität anzuziehen. Dieses ‚Risikoprofil‘ sorgt somit nicht nur dafür, dass ihnen staatliche Unterstützung in der Durchsetzung ihrer Rechte wie ererbter Landrechte verweigert wird, sondern stellen umso bedeutsamere Gründe für eine soziale Verweigerung von Ansiedlung dar. (vgl. Van Engeland in *Asylos* August 2017: 40)“ (Stahlmann, 28. März 2018, S. 244)

Über die Entstehung von Slums und mangelnden Schutz vor Witterung führt Stahlmann Folgendes aus:

„Es ist somit nicht überraschend, dass nach dem Hauptproblem der Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung schon 2011 das größte Problem der in Städte Geflohenen war, angemessene Unterkünfte zu finden. (World Bank/UNHCR May 2011: 31) Die Konsequenz dieses immensen Zuzugs in die Städte Kabul, Herat und Mazar-e Sharif und Jalalabad (Amnesty International 31.05.2016: 19) war daher die Entstehung großer, dauerhafter Slums, als die diese provisorischen, temporären, informellen, oder irregulären Unterkünfte nach UN-Habitat Definition gelten. Als Slums werden Unterkünfte beschrieben, die nicht die Standards angemessener Unterkunft nach Definition des auch von Afghanistan ratifizierten ICESCR erfüllen. Zu diesen Standards gehören Bewohnbarkeit, Finanzierbarkeit, Zugänglichkeit, Infrastruktur wie Schulen und Krankenhäuser, Strom, Trinkwasser und sanitäre Anlagen, kulturelle Angemessenheit und Rechtssicherheit. Entsprechend dieser Definition haben schon 2013/14 73,8% der städtischen Bevölkerung in Slums gelebt, und 2016 war der Anteil auf 86% der Behausungen angestiegen. (Poncin/FAO 01.09.2016: 58)“ (Stahlmann, 28. März 2018, S. 247)

„Die nach UN-Habitat Definition als Slums deklarierten informellen Siedlungen sind die entscheidende Referenz für all jene, die keinen Zugang zu eigenem Wohnbesitz oder

bedeutsamen und nachhaltigen Wohlstand haben. Da die grundsätzlichen Probleme in diesen Ansiedlungen sich in den genannten Städten ähneln sind sie hier zusammengefasst dargestellt – insbesondere Bewohnbarkeit, mangelnde Anbindung an Infrastruktur und fehlende Rechtssicherheit.

Um Bewohnbarkeit zu gewährleisten müsste die Unterkünfte zumindest Schutz vor Regen und Schnee, aber auch Kälte und Hitze bieten. Das ist am wenigsten der Fall bei denen, die in Zelten leben. Nach einer Analyse von Weltbank und UNHCR in 2011 wird der Anteil derer, die in Zelten leben, zwar mit zunehmender Dauer der Vertreibung geringer, der Anteil derer, die in provisorischen Unterkünften leben war unter denen, die über 5 Jahre vertrieben waren (61%) jedoch nicht geringer als unter jenen, die akut vertrieben waren (60%), was die Schwierigkeit des Zugangs zum regulären Wohnungsmarkt illustriert. In Kabul haben schon damals 92% der IDPs in temporären Unterkünften gelebt, davon 1/3 in Zelten. (World Bank/UNHCR May 2011: 31f.) Landesweit lebt etwa 1% der Gesamtbevölkerung in Zelten. (Afghanistan Food Security Cluster 2017: 7) Doch auch viele der aus Lehm gebauten Häuser bieten keinen basalen Schutz vor der Witterung und halten ihr schlicht oft nicht stand. (Amnesty International 31.05.2016: 31, IDMC/Samuel Hall/ NRC December 2017, Inter - Agency Durable Solutions Initiative October 2016)

Verschärfend kommt dazu, dass 65% der IDPs landesweit angeben, kein Heizmaterial zu haben, und 70% keine winterfeste Kleidung. (UNOCHA December 2017: 22) Vielen mangelt es selbst an Schuhen. Geheizt wird daher in der Regel mit Müll, wobei viele Unterkünfte keine angemessenen Abzugsvorrichtungen haben und so die Unterkünfte regelmäßig mit den Dämpfen von verbrennendem Plastik, Gummi und alten Schuhen gefüllt sind, was nicht zuletzt Atemwegserkrankungen befördert. (Karimi/Pajhwok 24.01.2017, World Bank/UNHCR May 2011: 34, vgl. 11)“ (Stahlmann, 28. März 2018, S. 247-248)

Friederike Stahlmann erwähnt in einer E-Mail-Auskunft vom November 2018 eine von ihr im Rahmen eines Gutachtenauftrags des VGH Baden-Württembergs (Beweisbeschluss vom 12.09.2018, AZ: A 11 S 316/17 und A 11 S 2642/17) durchgeführte Erhebung zum Verbleib und den Erfahrungen aus Deutschland abgeschobener Afghanen. Von den 366 im Zeitraum zwischen Dezember 2016 und September 2018 aus Deutschland Abgeschobenen konnten 125 identifiziert und Informationen zum Verbleib von 33 Individuen erhoben werden. Einer dieser 33 habe kurz nach Ankunft Suizid begangen, drei weitere seien innerhalb weniger Wochen wieder ausgereist. Da die Erhebung erneut dokumentiert habe, dass der Rückkehrer-Status hohe Risiken gezielter Übergriffe mit sich bringe und man diese aus forschungsethischen Gründen nicht noch weiter erhöhen dürfte, würden sich die erhobenen Informationen auf Auskünfte von Kontaktpersonen der Abgeschobenen beschränken. Zur Wohnsituation von aus Europa Abgeschobenen und dem Einfluss der Erhebungsmethode auf diese Ergebnisse schreibt Stahlmann:

„Da diese Kontaktpersonen in der Regel jedoch auch als finanzielle Unterstützer fungieren, führt dies zu einer Verzerrung der Ergebnisse, da somit humanitäre Absicherung weitgehend gewährleistet ist. So sind zwar 6 der 33 Abgeschobenen, deren Verbleib dokumentiert werden konnte, zeitweise und einer dauerhaft obdachlos gewesen. Das Risiko der lebensbedrohlichen Verelendung ist jedoch auch bei diesen durch private

finanzielle Unterstützung aus Deutschland beim Erwerb von Nahrungsmitteln und Medikamenten deutlich eingeschränkt. So sind die primären Quellen der Existenzsicherung: 22x private Unterstützung aus Deutschland, 3x eigene vorhandene Mittel, 1x zeitl. befristet unterstützungswillige und -fähige Familie, 1x Kredit, 1x Kriminalität, (3x innerhalb weniger Wochen ausgereist, 1x k.A., 1x tot)

Die weitgehende Finanzierung durch private Unterstützer in Deutschland hat auch möglich gemacht, dass die ganz überwiegende Mehrheit der Abgeschobenen nach den ersten beiden Wochen in der IOM-finanzierten Unterkunft in bezahlten Verstecken untergekommen sind, was auch die Wahrscheinlichkeit von gezielten Übergriffen reduziert.

Als solche Verstecke fungieren zum einen Hotels, die die Betroffenen nach Möglichkeit nicht verlassen, zum anderen private Unterkünfte. Eine weitere Variante des Versuchs eine Identifizierung als Abgeschobene zu vermeiden oder hinauszuzögern, ist sich in ständig wechselnden Herbergen wie Teehäusern als Reisende auszugeben. Da diese Unterkunftsvarianten oft zeitlich befristet sind, kam es hier zu Mehrfachnennungen: 39x in Verstecken und regelmäßig wechselnden Herbergen, 2x zeitlich befristet öffentlich bei Familie (wobei einer davon von seiner Familie und Nachbarn misshandelt wurde), 1x Studentenwohnheim, 1x bei einem Freund (vermeidet aus dem Haus zu gehen) und 1x reguläre Ansiedlung.

Der eine Fall einer regulären Ansiedlung bestätigt insofern die Regel, dass eine Ansiedlung unterstützungswillige soziale Netzwerke vor Ort voraussetzt, als dieser junge Mann die Unterstützung eines Freundes der Familie hatte, der dem Vater des Abgeschobenen sein Leben verdankte, und im Ausgleich für den jungen Mann und seinen Leumund gebürgt hat. Doch auch die Finanzierung dessen Unterkunft wird aus Europa sichergestellt.

Ansonsten haben sich früher dokumentierte Einschränkungen im Zugang zu bestehenden sozialen Netzwerken bestätigt. So hatten 11 Abgeschobene berichtet, dass sie Familie im Land hätten, davon haben 3 nicht geschafft, deren Aufenthaltsort zu ermitteln, in drei Fällen war die Familie nicht unterstützungswillig, in vier war sie nicht unterstützungsfähig und nur in einem Fall war sie zeitlich befristet unterstützungswillig und -fähig.“ (Stahlmann, E-Mail-Auskunft, 26. November 2018)

2.2.1 Herat

Laut den 2018 von der afghanischen Statistikbehörde (NSIA, früher CSO) veröffentlichten Provinz-Profilen hätten 2007/08 25,9 Prozent der Bewohner der Provinz Herat in überfüllten Unterkünften gelebt. Dieser Prozentsatz sei 2011/12 auf 29,1 Prozent und 2013/14 auf 37,8 Prozent gestiegen und 2016/17 bei 34,7 Prozent gelegen. (NSIA, 2018, S. 71-72)

Die afghanische Statistikbehörde führt im Bericht zur soziodemographischen und ökonomischen Erhebung in der Provinz Herat im Jahr 2016 an, dass in Herat-Stadt 61,3 Prozent in einer eigenen und 23,4 Prozent in einer gemieteten Unterkunft leben würden. 8,5 Prozent würden in einer kostenlosen und 6,7 Prozent in einer gepachteten Unterkunft leben. (CSO, 2016b, S. 87)

In einem vom Analysten Jolyon Leslie im März 2015 verfassten Bericht des United States Institute of Peace (USIP), einer parteienunabhängige US-Bundeseinrichtung mit Sitz in Washington, D.C., wird in Hinblick auf den urbanen Immobilienmarkt Herat erwähnt, dass sich die Werte nach dem Immobilienboom von 2004 bis 2008 deutlich abgeflacht hätten und ab 2011 aufgrund der sinkenden Nachfrage ein Rückgang eingesetzt habe. Infolgedessen sei der Neubau in der Stadt im Jahr 2014 um zwei Drittel zurückgegangen, als die Preise für innerstädtische Immobilien um 20 bis 30 Prozent und für Objekte außerhalb um mehr als 50 Prozent gesunken seien. Basierend auf den Aussagen von 20 Immobilien-Händlern wird in dem 2015 veröffentlichten Bericht angegeben, dass nun wenig Eigentum den Besitzer wechseln würde und dass die Nachfrage nach Grundstücken im Umkreis nicht vorhanden sei, weil die Sicherheit dort als schlecht angesehen werde:

„Following the 2004 to 2008 property boom, values flattened out significantly and by 2011 began to fall as demand slowed. As a result, new construction in the city is said to have decreased by two-thirds in 2014, when prices for city-center real estate dropped by 20 to 30 percent and properties elsewhere dropped by more than 50 percent. 20 Dealers now report that little property is changing hands and that demand for premises on the perimeter is nonexistent because security there is deemed poor.“ (USIP, März 2015, S. 9)

Wohnsituation von Binnenvertriebenen und RückkehrerInnen in Herat-Stadt 2010-2018

Informationen zur Wohnsituation Binnenvertriebener in Herat finden sich in Berichten von Amnesty International aus den Jahren 2012 und 2016, in einem Bericht von UN Habitat und UNHCR ebenfalls aus dem Jahr 2016, einem IOM-Lagebericht vom September 2018 sowie zwei Medienberichten vom Oktober bzw. November 2018.

Im Februar 2012 veröffentlicht Amnesty International (AI) einen Bericht basierend auf zwischen 2008 und 2011 durchgeführten Erhebungen zur Situation von zwölf in Slums lebenden Gemeinschaften rund um die Städte Kabul, Mazar-e Sharif und Herat-Stadt. Dem Bericht zufolge seien die Bedingungen in Herat etwas besser als in Kabul und Mazar-e Sharif. Familien würden, seit sie Anfang der 90er Jahre aus ihren Häusern vertrieben worden seien, in drei Gemeinden in und um Herat-Stadt leben. Ihre Wohnungen seien in besserem Zustand, mit Wänden aus Schlamm und Stroh und würden nicht bloß aus Plastikfolie und Leinen, die über Holzmasten gespannt sind, bestehen. Aber die Familien müssten die Häuser aufgrund von Witterungsschäden ständig reparieren. Alle Häuser, die im Rahmen der Erhebung betreten worden seien, hätten zahlreiche Löcher in der Decke, die meist aus mit Schlamm oder Plastikfolie bedecktem Karton oder Zweigen bestehe. Amnesty International habe zwischen den Besuchen in den Jahren 2008 und 2009 und den Folgebesuchen in den Jahren 2010 und 2011 einige Verbesserungen in mehreren der Gemeinden verzeichnet. Einige der in Herat besuchten Gemeinden, wo einige vertriebene Familien seit fast zwei Jahrzehnten leben würden, seien besser aufgebaut als die in Kabul und Mazar-e Sharif. Die Binnenvertriebenen-Siedlung Minaret (rund 1,9 Kilometer vom Zentrum von Herat-Stadt entfernt, Anm. ACCORD) sehe beispielsweise viel eher wie ein Armenviertel aus als ein Lager. Im Gegensatz zu anderen armen Viertel habe man in Minaret jedoch keinen Strom. Die Gemeinschaft habe sich vor

einigen Jahren mit den städtischen Behörden darauf geeinigt, die Siedlung mit Strom zu versorgen, aber diese Vereinbarung sei nicht eingehalten worden:

„Conditions in Herat are somewhat better. Families have lived in three communities in and around that city since they were displaced from their homes in the early 1990s. Their dwellings are in better repair, with walls made of mud mixed with straw rather than simply consisting of plastic sheeting and canvas stretched over wooden poles. But they must work constantly to repair their homes from damage from the elements. Every home we entered had numerous holes in the roofs, which are usually constructed of cardboard or green branches covered with mud and plastic sheeting.

Amnesty International saw some improvements in several of the communities between our initial visits in 2008 and 2009 and subsequent visits in 2010 and 2011. [...] And several of the communities we visited in Herat, where some displaced families have been living for nearly two decades, are much more established than those we saw in Kabul and Mazar-e-Sharif. Minarets Camp, for example, looks much more like a neighbourhood, albeit a poor one, than a camp. Unlike other poor neighbourhoods, however, this camp has no electricity. The community reached an agreement with city authorities to provide power to the camp several years ago, but that agreement has not been honoured.” (AI, 23. Februar 2012, S. 34)

In einem im Mai 2016 von Amnesty International (AI) veröffentlichten Bericht, der unter anderem auf Besuchen der Binnenvertriebenen-Siedlungen Maslakh, Shaidayee und Minaret in der Nähe von Herat-Stadt basiert, wird angeführt, dass Vertriebene in den Siedlungen Shaidayee und Maslakh in Herat unter etwas besseren Bedingungen leben würden. Die Bedingungen seien jedoch immer noch nicht ausreichend. Fast alle, die von Amnesty International in diesen Siedlungen befragt worden seien, hätten angegeben, in Lehmhütten zu leben, die sehr wenig Schutz vor Hitze oder Kälte bieten würden. Maryam, eine 65-jährige Frau, die mit ihrer sechsköpfigen Familie in der Binnenvertriebenen-Siedlung Minaret in einer Hütte aus Schlamm und Abdeckplanen lebe, habe angegeben, dass die Tage an denen es regnet oder schneit, sehr schwierig seien und es fast unglaublich sei, wie man in solch einer Situation überleben könne. Im Lager Shaidayee habe es einige Bemühungen gegeben, das Landbesitzrecht, wie in der nationalen Strategie zur Binnenvertreibung dargelegt, zu adressieren. Die Regierung habe 2012 damit begonnen, Land an längerfristig Binnenvertriebene zu verteilen, hauptsächlich an jene, die als Binnenvertriebene bei der Regierung oder bei UNHCR registriert seien. Die Regierung habe vertriebenen Familien 300m² Land für 20.000 Afs (290 USD) verkauft, was nach Angaben der lokalen Regierung den Kosten für die Grundbuchgebühr entspreche. Obwohl diese Initiative lobenswert sei, hätten viele jener Familien, die sich das Land leisten konnten, den Bau ihrer eigenen Häuser nicht finanzieren können. Einige hätten angegeben, dass sie das Land verkaufen hätten müssen, nachdem sie in finanzielle Schwierigkeiten geraten seien. Ein Beamter der lokalen Regierung in Herat habe angeführt, dass ein Hindernis für das Landverteilungssystem in Shaidayee auch darin bestanden habe, dass viele Vertriebenen keine Tazkera (nationaler Personalausweis) hätten, was bedeute, dass der Landbesitz nicht registriert werden hätte können und sie somit keinen Anspruch auf Aufnahme in das Landverteilungssystem gehabt hätten. Vertriebene Menschen könnten bei der Beschaffung von nationalen Personalausweisen, die oft unerschwinglich seien oder nur in

ihrer oft zu unsicheren Heimatprovinz verfügbar seien, mit erheblichen Hindernissen konfrontiert sein. Andere, insbesondere aus dem Lager Maslakh hätten angegeben, dass ihnen Beamte des Ministeriums für Flüchtlinge und Repatriierung (Ministry of Refugees and Repatriation, MoRR) im Jahr 2015 Land versprochen hätten, aber dass seither nichts passiert sei, weil die Identifizierung der Vertriebenen noch nicht abgeschlossen sei. Ein Beamter der lokalen Regierung habe Amnesty International mitgeteilt, dass die Bemühungen um die Verteilung von Land an Vertriebene im Lager Maslakh zusätzlich durch Streitigkeiten über den Besitz des zur Verteilung vorgeschlagenen Grundstücks verzögert worden seien:

„Displaced people lived in marginally better conditions in Shaidayee and Maslakh camps in Herat, however conditions were still not adequate. Almost all of those we interviewed in these settlements said they lived in mudbrick huts that offered very little protection from hot or cold weather. Maryam, a 65-year-old woman in Minarets camp who is part of a family of six living in a hut built from mud and tarpaulin, said: ‘When it rains or snows I experience very difficult days and it is almost unbelievable how we can survive in such a situation.’

In Shaidayee camp, there have been some efforts to address land ownership as set out in the IDP Policy. The government has since 2012 started distributing land to protracted IDPs, mainly to displaced people registered as IDPs with the government or UNHCR. The government had sold displaced families 300m² of land for 20,000 Af\$ (USD 290), the cost of the land registry fee according to the local government. While this initiative is commendable, many of those families who were able to afford the land have not then been able to fund building their own houses. Some said they had had to sell the land after running into financial problems. A local government official in Herat said that one obstacle to the land distribution scheme in Shaidayee was also that many displaced people lacked a Tazkera (national ID card), meaning their land ownership could not be registered and thus making them ineligible for the land distribution scheme. Displaced people can face considerable barriers in obtaining national identity cards, which are often unaffordable, or can only be obtained in one’s home province which is often too insecure to return to. Others, in particular from Maslakh camp, said officials from the MoRR [Ministry of Refugees and Repatriation] had promised them land during 2015 but that nothing had happened since then because the identification of those displaced was still ongoing. A local government official told Amnesty International that, additionally, efforts to distribute land to displaced people in Maslakh camp had been held up by disputes about ownership of the proposed land for distribution.” (AI, 31. Mai 2016, S. 31)

In einem im Oktober 2016 veröffentlichten Bericht gehen UN Habitat und UNHCR auf die Situation in sechs Binnenvertriebenensiedlungen in der Provinz Herat ein, von denen vier in unmittelbarer Nähe zu Herat-Stadt liegen: das sechs Kilometer entfernte Karizak, das fünf Kilometer entfernte Shaidayee, sowie Minaret und Naw Abad, die jeweils 1,9 Kilometer vom Zentrum der Provinzhauptstadt entfernt seien. Dem Bericht zufolge bestünden alle Behausungen in Karizak aus einem Raum und seien aus Schlammziegel erbaut. Die Unterkünfte würden unzureichenden Schutz vor Witterungseinflüssen und extremen Temperaturen bieten, eine beträchtliche Anzahl befinde sich auch in einem verwahrlosten Zustand, anfällig für Wetterereignisse. 85 von 152 Familien hätten keine Pachtvereinbarungen, während weitere 64

auf eine mündliche Vereinbarung angewiesen seien. In Minaret hätten 195 von 452 Familien keine Pacht-Vereinbarungen, während weitere 155 auf mündliche Vereinbarungen angewiesen seien. Mehrere Zwangsräumungsdrohungen sowie das staatliche Verbot des Baus neuer Unterkünfte bzw. der Reparatur bestehender Unterkünfte hindere die Bewohner daran, in der Region zu investieren. Alle Häuser seien aus Stampflehm, ein erheblicher Teil befinde sich in einem verfallenen Zustand, biete unzureichenden Schutz vor Witterungseinflüssen und sei anfällig für Wetterereignisse. In Naw Abad seien die Behausungen überwiegend Zelte, die entweder aus gespendeten Planen oder Stoff erbaut seien, während 25 Prozent der Familien in Ein-Raum-Lehmziegelhäusern leben würden. Die Behausungen würden unzureichenden Schutz vor Witterungseinflüssen und bei extremen Temperaturen bieten und seien für Wetterereignisse anfällig. In Shaidayee seien praktisch alle Wohnungen aus Lehmziegel (Stampflehm) gebaut oder aus wenigen Zelten/Planen selbst erbaut. Beide Wohntypen würden unzureichend Schutz vor Witterungseinflüssen bieten und seien anfällig für Wetterereignisse:

„All dwellings in Karizak are single room mud brick, offering insufficient protection from the elements and extreme temperatures, a significant number are also in a state of disrepair, vulnerable to weather events. The majority of families (N=85) have no tenure agreement, whilst a further 64 rely on a verbal agreement. [...]

Households: 139; Families: 152; Population: 709” (UN Habitat/UNHCR, Oktober 2016, S. 22-24)

„Minaret: The majority of families (N=195) have no tenure agreement, whilst a further 155 rely on verbal agreements. Multiple eviction threats as well as government prohibition on constructing new/ repairing existing shelters prevents residents from investing in the local area. [...]

All houses are rammed earth, a significant number are in a state of disrepair, offering insufficient protection from the elements and vulnerable to weather events. [...]

Households: 113 (Camp 1: 76, Camp 2: 37); Families: 452 (Camp 1: 264, Camp 2: 188); Population: 2428 individuals” (UN Habitat/UNHCR, Oktober 2016, S. 34-36)

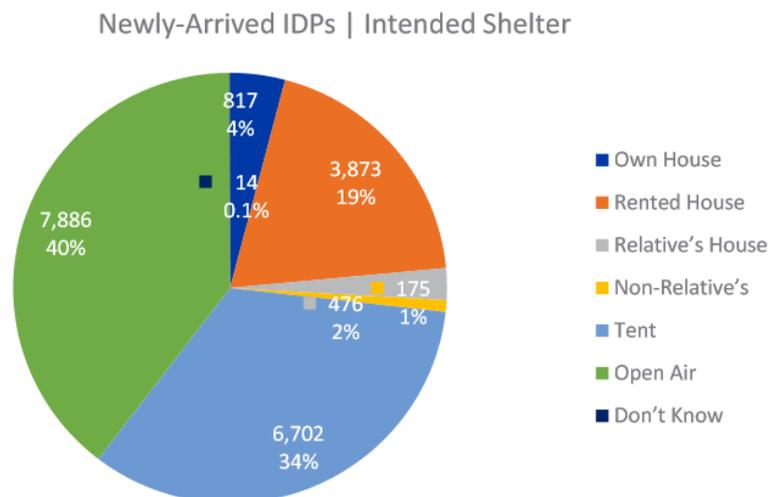
„Dwelling in Naw Abad are predominantly tents, constructed either of donated tarpaulin or fabric, whilst 25% families live in single room, mud brick houses. Dwellings offer insufficient protection from the elements, including extreme temperatures and are vulnerable to weather events.” (UN Habitat/UNHCR, Oktober 2016, S. 46)

„Shaidayee: Virtually all dwellings are constructed of mud brick (rammed earth), self-built with a small number constructed out of tents/tarpaulin. Both dwelling types offer insufficient protection from the elements and are vulnerable to weather events.” (UN Habitat/UNHCR, Oktober 2016, S. 70)

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) schreibt in ihrem Lagebericht zur Dürre für den Zeitraum von 9. September bis 26. Oktober, dass das vorherrschende, dringendste Bedürfnis der Binnenvertriebenen in Herat Unterkünfte seien. Eine alarmierend hohe Zahl von Binnenvertriebenen (14.588 oder 73 Prozent) habe vor, in Zelten oder unter freiem Himmel zu

leben, was sie sehr anfällig für die extremen Wetterbedingungen in Afghanistan und die damit verbundenen Gesundheitsgefahren mache:

„Shelter is the prevailing, immediate need of IDPs. An alarmingly high number of IDPs (14,588 or 73%) intend to live in tents or in the open air, making them highly vulnerable to Afghanistan’s extreme weather conditions and related health threats.” (IOM, 9. September-26. Oktober 2018, S. 4)



(IOM, 9. September-26. Oktober 2018, S. 4)

Die pakistanische Tageszeitung The Express Tribune berichtet im Oktober 2018 über die dürrebedingte Landflucht vieler Familien nach Herat-Stadt. Die Bedingungen in den Camps, die wie Pilze aus dem Boden geschossen seien, weil überdurchschnittlich hohe Temperaturen und intensive Kämpfe viele Menschen gezwungen hätten, ihre Dörfer und Lebensgrundlagen zu verlassen, seien miserabel:

„Conditions are miserable in the camps that have mushroomed across the unforgiving landscape in recent months as above-average temperatures and intense fighting forced more people to abandon their villages and livelihoods.” (The Express Tribune, 11. Oktober 2018)

In einem Artikel, der im November 2018 auf Devdiscourse, einer Online-Plattform für „development news across the globe“ veröffentlicht wurde, wird über die Dürre und ihre Auswirkungen auf die Stadt Herat berichtet. Im Artikel wird ein Mann erwähnt, der berichtet mit zwei kleinen Kindern seit vier Monaten in einem Camp außerhalb Herats in einem kalten Zelt zu wohnen:

„‘The tent is so cold and I have two small children’, said Abdul Wakil from the northern province of Faryab, who arrived four months ago at a camp outside Herat. ‘I turn to one side to warm up and then turn to warm the other.’” (Devdiscourse, 9. November 2018)

Risiko erneuter Vertreibung/Räumung von Binnenvertriebenensiedlungen 2010-2018

Informationen zu den unsicheren Besitzverhältnissen, der damit verbunden Gefahr von Siedlungsräumungen, der 2015 eingeführten nationalen Strategie für Binnenvertreibung, die

dieses Problem umfasst, und den weiterbestehenden Risiken finden sich in einem 2011 veröffentlichten Bericht der Weltbank und UNHCR, einer 2014 veröffentlichten Studie von NRC, IDMC und Samuel Hall, einem Artikel des FMR ebenfalls aus dem Jahr 2014, einem Bericht von UN Habitat und UNHCR aus dem Jahr 2016 sowie einem Artikel von Tolo News vom März 2018 und einem Bericht von UN OCHA vom September 2018.

In der von der Weltbank und UNHCR im Mai 2011 veröffentlichten Studie zu Binnenvertriebenen im städtischen Umfeld wird angeführt, dass in Herat keine Listen von Binnenvertriebenen- und informellen Siedlungen verfügbar seien. In Zusammenarbeit mit lokalen Beamten von UNHCR und der Abteilung für Flüchtlinge und Repatriierung (Department of Refugees and Repatriation, DoRR) und angesichts der hohen Fallzahlen von Binnenvertriebenen habe das Team sowohl offizielle als auch inoffizielle Bereiche von Binnenvertriebenen-siedlungen identifiziert. Es gebe drei lagerähnliche Binnenvertriebenen-siedlungen: Maslakh (3.440 Familien), Shaidayee (2.188 Familien) und Minaret (581 Familien). Von den fast 9.000 bekannten Binnenvertriebenenfamilien in Herat würden etwa 6.500 Familien in diesen drei Siedlungen leben. Die übrigen Binnenvertriebenen würden in der Nähe der Stadt leben, in Gebieten wie Nawabad, Gozara, Shendan und Kohsan. Binnenvertriebene würden in viel gefährlicheren Wohnverhältnissen leben als die städtischen Armen. Etwa 60 Prozent würden in einem Zelt, einer provisorischen Unterkunft oder einer Hütte wohnen, während die restlichen Binnenvertriebenen hauptsächlich Einfamilienhäuser bewohnen würden. Darüber hinaus würden 61 Prozent derjenigen, die vor mehr als fünf Jahren vertrieben wurden, in provisorischen Unterkünften leben. Dies bestätige das Fortbestehen von Hindernissen für eine angemessene Unterbringung. Die unsichere Natur der Wohnungstypen entspreche der Unsicherheit der Besitzverhältnisse. 85 Prozent der Binnenvertriebenen hätten keine Papiere (Eigentumsnachweis oder Mietvertrag) für ihre Unterkünfte. 75 Prozent der armen städtischen Haushalte hätten eine Urkunde. Mangelnde Rechtssicherheit sei ein Charakteristikum informeller Siedlungen, das sich im Laufe der Zeit aufgrund schlecht funktionierender Land- und Wohnungsmärkte und unzureichender Planung von Stadtentwicklung und Wachstum entwickelt habe. Das Fehlen von formalen Eigentumspapieren berge für Binnenvertriebene ein ständiges Risiko der Zwangsräumung:

„Herat. IDP and informal settlement listings are not currently available in Herat. Working with local UNHCR and DoRR [Department of Refugees and Repatriation] officials, and given the protracted IDPs caseload, the team identified both official and unofficial areas of IDP settlement. There are currently three camp - like IDP settlements: Maslakh (3,440 families), Shaidayee (2,188 families), and Minaret (581 families). Of almost 9,000 known IDP families in Herat, about 6,500 families live in these three settlements. The remaining IDPs live close to the city, in areas such as Nawabad, Gozara, Shendan and Kohsan.” (The World Bank/UNHCR, Mai 2011, S. 16)

„As expected, IDPs live in much more hazardous housing conditions than the urban poor. About 60 percent live in a tent, temporary shelter or shack, while the remaining mainly inhabit single family houses. Further, the share of those living in temporary housing is as high as 61 percent among those displaced/settled for more than 5 years. This confirms the persistence of barriers to proper housing. The unsafe nature of dwelling types is matched by the insecurity of tenure. 85 percent of IDPs do not have a deed (evidence of ownership

or lease agreement) for their homes. 75 percent of urban poor households have a deed. Lack of tenure security is a distinguishing feature of informal settlements which have developed over time due to poorly functioning land and housing markets, and insufficient planning for urban development and growth. The lack of formal property papers puts IDPs at constant risk of eviction. Moreover, insecurity of tenure hampers IDPs from building up assets and accessing credit, using their home for income generating activities and prevents investments in service provision.” (The World Bank/UNHCR, Mai 2011, S. 7-8)

In einer im Februar 2014 veröffentlichten Studie, die auf der Dokumentation von angedrohten bzw. durchgeführten Zwangsräumungen von informellen Siedlungen unter anderem in Herat-Stadt (3 Fälle) und Mazar-e Sharif (1 Fall) basiert, führen NRC und IDMC an, dass sowohl neu angekommene als auch längerfristig angesiedelte Bewohner dem Risiko einer Zwangsräumung oder den Drohungen von Zwangsräumungen ausgesetzt seien. Da es an bezahlbaren Wohnmöglichkeiten mangle, würden schutzbedürftige Binnenvertriebenen- und Rückkehrerfamilien in ganz Afghanistan privates und öffentliches Land ohne Genehmigung einnehmen. Dies würde sie minderwertigen Lebensbedingungen und der ständigen Gefahr der Zwangsräumung aussetzen, da private Grundbesitzer und Regierungsbehörden versuchen würden, sie zu vertreiben, um öffentliche Wohnungen, Straßen, Regierungsbüros, Parks oder Privatwohnungen zu bauen:

„Forced evictions or threats of evictions affected 9,600 families in the cases documented. Both recently-arrived and longer-term residents are at risk. Lacking affordable housing options, vulnerable internally displaced and returnee families across Afghanistan occupy private and public land without permission. This exposes them to sub-standard living conditions and the constant risk of forced eviction as private landowners and government authorities seek to remove those living without authorisation in order to build public housing, roads, government offices, parks or private housing.”(IDMC/NRC, Februar 2014, S. 5)

Das Forced Migration Review (FMR), eine Publikation des Refugee Studies Centre des Oxford Department of International Development der Universität Oxford zu den Themen Flucht, Binnenvertreibung und Staatenlosigkeit, veröffentlicht im Mai 2014 einen Artikel zur Verbesserung der Sicherheit der Landnutzung Binnenvertriebener am Beispiel des Binnenvertriebenen-Camps in Maslakh, einem Vorort von Herat-Stadt. Eines der Themen, die in Afghanistans neuer nationaler Strategie zur Binnenvertreibung (IDP Policy) behandelt würden, sei das Recht auf angemessenen Wohnraum und Zugang zu Land (Artikel 7.1.3). In der Strategie werde betont, dass eines der größten Hindernisse bei der Suche nach einer angemessenen Unterkunft für Binnenvertriebene in Afghanistan der fehlende Zugang zu Land und die Sicherheit des Besitzes sei. Das zwingt Binnenvertriebene, in informellen Siedlungen zu leben, in denen sie von Zwangsräumungen und Belästigungen bedroht seien. Die nationale Strategie zur Binnenvertreibung verpflichte die Regierung, verfügbares Land zu identifizieren, klare Vereinbarungen mit den jeweiligen Landbesitzern und Aufnahmegemeinden zu treffen und Not- und Übergangsunterkünfte für obdachlose Binnenvertriebene bereitzustellen, gegebenenfalls mit Unterstützung der humanitären Gemeinschaft. Die nationale Strategie fordere die Regierung zu folgendem auf: a) Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Binnenvertriebene in informellen Siedlungen ihre Unterkünfte so ausstatten können, dass sie

den international vereinbarten Standards für Notunterkünfte entsprechen. b) Initiativen auf Gemeindeebene zum Verleih, zur Vermietung oder zum Verkauf von Land in Gebieten, in denen Binnenvertriebene sich niedergelassen haben, zu prüfen. c) Andere Optionen zu ermitteln, die den Binnenvertriebenen Sicherheit ihrer Besitzverhältnisse, einschließlich Nutzungsrechte, gewährleisten würden:

„One of the issues addressed in Afghanistan’s new National Policy on Internal Displacement (IDP Policy) is the Right to Adequate Housing and Access to Land (Article 7.1.3). The policy emphasises that one of the greatest obstacles facing IDPs in Afghanistan in their search for adequate housing is the lack of access to land and security of tenure – which forces IDPs to live in informal settlements where they are at risk of forced eviction and harassment. The IDP Policy enjoins the government to identify available land, make clear arrangements with the respective land owners and hosting communities, and provide emergency and transitional shelters for homeless IDPs, if necessary with assistance from the humanitarian community. The policy urges the government to a) take measures to ensure that IDPs in informal settlements are permitted to upgrade their accommodation to meet the internationally agreed Sphere standards for emergency shelter, b) explore community-level initiatives to lend, rent or sell land in areas where IDPs have settled and c) identify other options which would grant IDPs security of tenure including usufruct schemes.”
(FMR, Mai 2014, S. 15)

Im Oktober 2016 wird in einem Bericht zur Lage in Binnenvertriebenensiedlungen in Herat von UN Habitat und UNHCR angeführt, dass in den vergangenen 18 Monaten ein signifikanter politischer Wandel in Bezug auf die Förderung lokaler Integration als dauerhafte Lösung für Vertreibung beobachtet worden sei. Im September 2015 sei die nationale Strategie für Binnenvertreibung in drei Provinzen als Pilotprojekt eingeführt worden. Eine dieser drei Provinzen sei Herat. Im November 2015 hätten die Arbeiten an einem permanenten Wasserversorgungsnetz in der Binnenvertriebenen-Siedlung Maslakh begonnen, wodurch ein jahrzehntelanges Verbot von Entwicklungsmaßnahmen vor Ort beendet und die Grundlage für die lokale Integration geschaffen worden sei. Im April 2016 sei eine geplante Räumung der Binnenvertriebenen-Siedlung Shaidayee durch die Intervention des Gouverneurs gestoppt worden, bis ein menschenrechtskonformer Umsiedlungsplan erstellt werden konnte. Die jüngste Entwicklung eines Aktionsplans auf Provinzebene (Provincial Action Plan, PAP) hinsichtlich der Vertreibung in Herat, der unter der Schirmherrschaft der nationalen Strategie zur Binnenvertreibung stehe, sei der jüngste einer Reihe von Fortschritten bei der Durchsetzung dauerhafter Lösungen:

„A significant political shift has been observed over the past 18 months regarding support for local integration as a durable solution for displacement. In September 2015, the IDP Policy was launched in Herat Province as one of the three Provinces piloted for the policy. In November 2015 work commenced on permanent water supply network in Maslakh IDP settlement, ending a decade long prohibition on development interventions on site and laying the foundations for local integration. In April 2016 a planned eviction of the Shaidayee IDP hosting settlement was halted through the intervention of the Governor until a human rights compliant relocation plan could be prepared. The recent development of a Provincial Action Plan (PAP) for displacement in Herat under the auspices of the

National IDP policy is the latest in a series of advancements towards mainstreaming durable solutions.” (UN Habitat/UNHCR, Oktober 2016, S. 4-5)

In einem Artikel vom März 2018 berichtet der afghanische Nachrichtensender Tolo News zu den Folgen der Einführung der nationalen Strategie zur Binnenvertreibung. Die heutigen Herausforderungen für Binnenvertriebene in Afghanistan würden zeigen, dass sich ihre Bedingungen seit dem Start der Strategie im Jahr 2014 nicht verbessert hätten. Binnenvertriebene würden mit dem Überleben kämpfen. Diese Tatsache sei auch vom Ministerium für Flüchtlinge und Repatriierung (Ministry of Refugees and Repatriation, MoRR) anerkannt. Die nationale Strategie zur Binnenvertreibung, die von der Regierung und der internationalen Gemeinschaft unterstützt werde, habe es versäumt, die humanitären Rechte der Binnenvertriebenen zu erfüllen und zu schützen. Es gebe mehrere miteinander verwobene Gründe, die zu einem Scheitern der Umsetzung der Strategie geführt hätten. So sei die Strategie beispielsweise im gleichen Jahr eingeführt worden, in dem Afghanistan aufgrund des Ergebnisses der Präsidentschaftswahlen in eine politische Krise geraten sei. Bald darauf sei eine neue Regierung eingerichtet worden. Aufgrund der politischen und verfassungsmäßigen Spannungen innerhalb dieser sei die Strategie daher nicht als nationale Priorität angesehen worden. Tolo News führt unter anderem an, dass Binnenvertriebene laut der Strategie unter anderem das Recht auf angemessene Unterkünfte hätten. Überraschenderweise habe aber weder die Regierung Afghanistans noch die humanitäre Gemeinschaft ein einziges formelles Lager mit allen notwendigen Dienstleistungen aufgebaut. Dies sei der Grund dafür, dass die Binnenvertriebenen in informellen Siedlungen in Zelten oder Häusern aus Lehm leben müssten mit kaum Zugang zu Nahrung, Trinkwasser, Latrinen und anderen Basisdienstleistungen. So habe kürzlich eine Frau, die mit ihrer Tochter im Camp Minaret in der Provinz Herat lebe, zu Amnesty International gesagt, dass selbst ein Tier nicht in dieser Hütte leben würde, sie jedoch müssten es tun. Die Frau meinte, sie wäre lieber im Gefängnis als an diesem Ort, da sie sich im Gefängnis zumindest keine Sorgen um Essen und eine Unterkunft machen müsste:

„Today, the challenges facing IDPs in Afghanistan show that their conditions have not improved since the launch of the policy in 2014. And they are living on the brink of survival. This fact was also admitted by the MoRR [Ministry of Refugees and Repatriation].

In a nutshell: The National Policy on IDPs, which has the government and international support, has failed to fulfill and protect the humanitarian rights of the IDPs. There are several interrelated reasons which have caused failure of policy implementation. For example, the policy was launched in the same year in which Afghanistan was in a political turmoil due to the presidential elections result. Soon after, a new administration—the National Unity Government (NUG) was established. Therefore, due to the political and constitutional tensions within the NUG, the policy was not considered as a national priority.” (Tolo News, 10. März 2018)

„Among others, according to the policy, the IDPs have the rights to adequate shelter/housing too. Unexpectedly, neither the Government of Afghanistan nor the humanitarian community has built any single formal camp with all necessary services.

This is the reason for the IDPs having to live in informal settlements in tents or houses made of mud, with scant access to food, potable water, latrines, and other basic services. For example, recently a woman living with her daughter in Minarets camp in Herat province, told Amnesty International: ‘Even an animal would not live in this hut but we have to... I would prefer to be in prison rather than in this place, at least in prison I would not have to worry about food and shelter’.” (Tolo News, 10. März 2018)

Im Zuge des bereits erwähnten „Community Engagement Workshop“, an dem sich Binnenvertriebene in der Stadt Herat beteiligten und über den UN OCHA im September 2018 berichtete, wurde erwähnt, dass insbesondere aufgrund der rechtlichen Stellung der Familien, die sowohl auf staatlichem als auch auf privatem Land leben würden, die Sorge unter den Vertriebenen wachse:

„On 12 and 13 September 2018, humanitarian partners in Herat City held a Community Engagement Workshop with more than 350 male focal points from all informal sites in the city. [...] There are growing concerns amongst the displaced families, notably regarding the legal tenure of them residing both on Government owned and private land and increased needs of assistance in the coming winter months.” (UN OCHA, 16. September 2018, S. 5)

2.2.2 *Mazar-e Sharif*

Laut den 2018 von der afghanischen Statistikbehörde (NSIA, früher CSO) veröffentlichten Provinzprofilen hätten 2007/08 28,2 Prozent der Bewohner der Provinz Balkh in überfüllten Unterkünften gelebt. Dieser Prozentsatz sei 2011/12 auf 36,7 Prozent gestiegen, 2013/14 auf 19,1 Prozent gesunken und 2016/17 bei 39,6 Prozent gelegen. (NSIA, 2018, S. 49-50)

Die afghanische Statistikbehörde führt im Bericht zur soziodemographischen und ökonomischen Erhebung in der Provinz Balkh im Jahr 2015 an, dass in Mazar-e Sharif 66,5 Prozent in einer eigenen und 24,5 Prozent in einer gemieteten Unterkunft leben würden. 5,8 Prozent würden in einer kostenlosen und 3,2 Prozent in einer gepachteten Unterkunft leben. (CSO, 2015, S. 83)

Wohnsituation von Binnenvertriebenen und RückkehrerInnen in Mazar-e Sharif 2010-2018

Informationen zur Wohnsituation von Binnenvertriebenen und RückkehrerInnen in Mazar-e Sharif finden sich in Berichten von Amnesty International aus den Jahren 2012 und 2016, in einem Bericht von IOM aus dem Jahr 2017, in einer von EASO veröffentlichten E-Mail-Auskunft von UNHCR vom März 2017. Darüber hinaus konnten Informationen aus einem im November stattgefundenen Gespräch mit dem MitarbeiterInnen des UNHCR-Büros in Mazar-e Sharif gewonnen werden.

Im Februar 2012 veröffentlicht Amnesty International (AI) einen Bericht basierend auf Erhebungen, die zwischen 2008 und 2011 durchgeführt wurden, und sich mit der Situation von zwölf in Slums lebenden Gemeinschaften rund um die Städte Kabul, Mazar-e Sharif und Herat-Stadt befassen. Bezugnehmend auf die Unterschiede zwischen den Städten wird berichtet, dass mehrere der Gemeinschaften in Herat, in denen einige vertriebene Familien seit fast zwei

Jahrzehnten leben würden, viel etablierter seien als jene, die Amnesty International in Kabul und Mazar-e Sharif besichtigt hätte:

„And several of the communities we visited in Herat, where some displaced families have been living for nearly two decades, are much more established than those we saw in Kabul and Mazar-e-Sharif.” (AI, 23. Februar 2012, S. 34-35)

In einem im Mai 2016 von Amnesty International (AI) veröffentlichten Bericht, der unter anderem auf Besuchen von Binnenvertriebenen-Siedlungen in Mazar-e Sharif basiert, wird angeführt, dass die meisten Menschen in den Camps Angst vor den Auswirkungen der folgenden kalten Wintermonate hätten. Eine 22-jährige Frau in Mazar-e-Sharif habe erzählt, dass sie Angst habe, dass sie ihre Kinder im Winter aufgrund von Hunger oder Kälte verlieren würde, weil ihre Situation sehr schlecht sei. In Mazar-e Sharif würden einige der Vertriebenen in Miethäusern aus Lehm wohnen, für die sie eine Monatsmiete von 500-1000 Afs (USD 7- 15) zahlen würden. Die Bewohner hätten Amnesty International erzählt, dass die Häuser die Familien nicht vor der Winterkälte oder Sommerhitze schützen würden, und die Häuser im Sommer voller Staub und Moskitos seien. Häufig müssten in einem Haus mit einem oder zwei Zimmern mehrere Familien zusammenwohnen, um die Mietkosten zu teilen. Deshalb seien die Häuser überfüllt, feucht und würden die Ausbreitung von Krankheiten fördern. Eine 22-jährige Frau, die in einer Lehmziegelhütte in Mazar-e Sharif lebt, habe gesagt, dass ihr Haus in einem wirklich schlechten Zustand sei. Wenn es regnen würde, sei es, als ob sie draußen im Freien schlafen würden, weil das Wasser in den Raum komme. Sie sei eine von acht Personen, die sich ein Einzelzimmer teilen und die ganze Nacht im Regen unter einem tropfenden Dach verbringen würden:

„Most people in the camp were afraid of the toll the coming cold winter months would take. A 22-year-old woman in Mazar-e- Sharif said: ‘I am scared I will lose my children this winter from hunger or cold weather, because our situation is very bad.’

In Mazar-e-Sharif, some of the displaced people lived in clay rental houses for which they pay a monthly rent of 500-1000 Afs (USD 7- 15). Residents told Amnesty International that the houses do not protect the families from the winter cold or summer heat, and they are full of dust and mosquitoes in the summer. Several families often have to live together in the same house of one or two rooms to share the cost of the rent. As a result, the houses are overcrowded, damp and facilitate the spread of diseases. One 22-year-old woman living in a mud brick hut in Mazar-e- Sharif said: ‘The home that we are living is really in bad condition. When it rains it seems as if we are sleeping outside in open space because the water comes inside our room. We are eight people sharing a single room and we spend the whole night under rain and a dripping roof.’” (AI, 31. Mai 2016, S. 31)

Im Rahmen ihrer Displacement Tracking Matrix veröffentlicht die Internationale Organisation für Migration (IOM) im Juni 2017 einen Bericht, in dem unter anderem die Lage von Binnenvertriebenen und Rückkehrenden in der Provinz Balkh untersucht wurde. Laut diesem Bericht würden die Mietkosten in der Provinz Balkh 1500 bis 3000 Afghani (umgerechnet 22 bis 45 USD) betragen. In Mazar-e Sharif hätten Binnenvertriebene, die von niedrigeren Kosten angelockt worden seien, früher Häuser in abgelegenen Gebieten gemietet. In der Regel werde ein Haus von zwei bis drei Familien geteilt. Verwandte (Gastfamilien) würden die

Binnenvertriebenen in ihrem Zuhause in den Dörfern innerhalb der Distrikte Balkhs akzeptieren. Die Rückkehrenden aus dem Iran würden in ihren eigenen Häusern leben. Viel schwieriger sei es für die Rückkehrer aus Pakistan, die seit Jahrzehnten nicht mehr im Land gewesen seien und alles verloren hätten, was sie besessen hätten. Diejenigen, die Verwandte hätten, würden in deren Häusern leben, aber diejenigen, die niemanden hätten, würden in verlassenem und zerstörten Häusern kauern, in Zelten leben oder in der Wüste Löcher graben um darin zu leben:

„1,500 – 3,000 AFN (US\$ 22-45) is the rent in Balkh. In Mazar-e-Sharif, IDPs used to rent houses in remote areas attracted by lower costs. Usually, one house is shared by two to three families. Relatives (host families) accept the IDPs at their homes in the villages within Balkh’s districts. The Returnees from Iran reside in their own houses. It is much harder for the Returnees from Pakistan who had not been in the country for decades and lost everything they owned. Those who have relatives would go to their homes, but those who do not have anyone, usually squat in abandoned and ruined properties, live in tents or dig holes in the desert to live in.“ (IOM, Juni 2017, S. 28)

Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (European Asylum Support Office, EASO) bezieht sich in seinem im August 2017 veröffentlichten Bericht zu den sozioökonomischen Schlüsselindikatoren unter anderem in Mazar-e Sharif auf eine E-Mail-Auskunft von UNHCR Afghanistan vom März 2017. Im Jahr 2016 seien UNHCR und seinen Partnern Binnenvertriebene begegnet, die gezwungen gewesen seien, in Moscheen Unterschlupf zu suchen, ein Zimmer mit bis zu 20 Personen zu teilen oder bei Behörden an Transitstandorten ohne Zugang zu Toiletten und einer geeigneten Überdachung Schutz zu suchen. Rückkehrende und einige langfristig Binnenvertriebene hätten es geschafft, ein Grundstück in nahegelegenen Bezirken zu erwerben, oft in Gebieten mit begrenztem Zugang zu Märkten und Grundversorgung. Wenn Rückkehrende und Binnenvertriebene jedoch ein Grundstück kaufen würden, könnten sie sich den Bau eines Hauses oft nicht leisten. Darüber hinaus gebe es seit 2016 keine humanitären Hilfsorganisationen mehr, die bei der Unterbringung von Rückkehrern und konfliktbedingten Binnenvertriebenen in Mazar-e Sharif helfen würden. Die Provinzbehörden in Mazar-e Sharif und der Provinz Balkh hätten in der Vergangenheit Land zur Verfügung gestellt, um die Rückkehr und Wiedereingliederung von aus Pakistan und dem Iran zurückkehrenden afghanischen Flüchtlingen zu unterstützen. Der größte Teil des von den Provinzbehörden zu Verfügung gestellten Landes sei jedoch nicht förderlich für eine effektive und nachhaltige Wiedereingliederung gewesen, da es sich in abgelegenen geografischen und von militanten Gruppen umkämpften Gebieten befunden habe. Dies habe dazu geführt, dass Rückkehrende und Binnenvertriebene einige dieser Siedlungen verlassen und in das Stadtzentrum von Mazar-e Sharif gezogen seien und nun unter prekären Bedingungen mit Verwandten oder in provisorischen Unterkünften leben würden:

„During 2016, UNHCR and partners came across IDPs who were forced to squat in Mosques, to share a room with up to 20 individuals, or who were sheltered by authorities in transit sites without access to toilets and proper roofing. Returnees and some protracted IDPs managed to purchase a plot of land in nearby districts, often in areas with limited access to markets and basic services. However, when returnees and IDPs buy a plot of land they were often unable to afford the construction of a house.

Moreover, since 2016, there have been no humanitarian agencies to assist with shelter for returnees and conflict- induced IDPs in Mazar-e Sharif.

The provincial authorities in Mazar-e Sharif and Balkh Province had in the past allocated land to support the return and reintegration of Afghan refugees returning from Pakistan and Iran. However, most of the land allocated by provincial authorities was not conducive for effective and sustainable reintegration, being located in remote geographical areas and in areas contested by militant groups. This resulted in some sites being abandoned by returnees and IDPs, who moved to Mazar-e Sharif urban centre and are now living in precarious conditions with relatives or in makeshift shelters.” (EASO, August 2017, S. 65)

In Bezug auf den erwähnten seit 2016 bestehenden Mangel an humanitären Hilfsorganisationen, die Unterkünfte für Rückkehrende und Binnenvertriebene zur Verfügung stellen würden, teilte UNHCR in einem Gespräch im November 2018 mit, dass die Hilfe nicht ganz eingestellt worden sei. Man würde nun aber in einem kleineren Umfang arbeiten. UNHCR führe nach wie vor Schutzmaßnahmen durch, die sich an die am stärksten gefährdeten Menschen in der Region richten würden. Diese könnten sich sowohl an neu oder längerfristig Vertriebene und auch an Rückkehrende richten. (UNHCR, 26. November 2018a)

UNHCR führt im Gespräch weiters an, dass es für Binnenvertriebene etwas einfacher sei als für Rückkehrende, Zugang zu Land zu erhalten. Landbesitzrechte würden allerdings für beide Gruppen ein ernstzunehmendes Problem darstellen. Wenn Binnenvertriebene in der Gegend von Mazar-e Sharif ankommen würden, würden sie versuchen, Land zu finden, das nicht im Besitz der Regierung sei. Meistens im südlichen oder westlichen Teil der Stadt. Die meisten dieser Gemeinden seien nicht von der Regierung registriert bzw. verwaltet, sondern von der „Landmafia“. Die Landmafia teile das Land in kleine Gründe und verkaufe diese an Privatpersonen. Im Allgemeinen suchen Binnenvertriebene nach Plätzen, die sie sich finanziell leisten könnten und zwischen 500 und 2000 USD kosten würden. In jedem Fall sei es sehr wichtig, dass die Neuankommenden Dokumente erhalten würden, so dass sie nicht vom Grundbesitzer vertrieben werden können. Es gebe auch eine Reihe von Binnenvertriebenen, die in der Stadt verstreut, einige davon bei Verwandten, wohnen würden.

In den in Abschnitt 1.4.2 angesprochenen Ansiedlungen („sites“) sei die Zahl der Binnenvertriebenen viel höher als die Zahl der RückkehrerInnen aus Pakistan oder dem Iran. Rückkehrende, denen eine gewisse finanzielle Unterstützung gewährt worden sei, würden in der Regel versuchen sich in besseren Gebieten niederzulassen. Es gebe aber auch eine Ansiedlung in Mazar-e Sharif, in der hauptsächlich Rückkehrende aus Pakistan leben würden. UNHCR betont, dass es wichtig sei, zwischen der Situation der Rückkehrenden, die an ihren ursprünglichen Ort zurückkehren, und denen, die zum ersten Mal nach Mazar-e Sharif kommen würden, zu unterscheiden. Diejenigen, die aus Europa zurückkehren würden, hätten große Probleme, eine Unterkunft zu finden. Sie hätten häufig nicht genug Geld, um im Zentrum der Stadt zu leben. Außerdem würden ihnen oft die notwendigen Dokumente fehlen, um Land kaufen zu können. Ein weiteres Problem, sei ihre Wahrnehmung in der Gesellschaft. Einige Menschen hätten Angst vor den Rückkehrenden, andere würden glauben, die Rückkehrenden seien reich, was sie zu einem gängigen Ziel der Verfolgung mache. Die aus Europa Abgeschobenen seien außerdem mit Verfolgung durch regierungsfeindliche Netzwerke in

Mazar-e Sharif konfrontiert. Es scheine einen großen Unterschied zwischen der Situation von Rückkehrenden aus Pakistan oder dem Iran, die oft in größeren Gruppen ankommen würden, und der von Rückkehrenden aus Europa, die allein kommen würden, zu geben. (UNHCR, 26. November 2018a)

2.2.3 Kabul

Laut den 2018 von der afghanischen Statistikbehörde (NSIA, früher CSO) veröffentlichten Provinz-Profilen hätten im Jahr 2007/08 20 Prozent der Bewohner der Provinz Kabul in überfüllten Unterkünften gelebt. Dieser Prozentsatz sei 2011/12 auf 41 Prozent und 2013/14 auf 46,9 Prozent gestiegen und 2016/17 bei 48,5 Prozent gelegen. (NSIA, 2018, S. 9-10)

Die afghanische Statistikbehörde führt im Bericht zur soziodemographischen und ökonomischen Erhebung in der Provinz Kabul im Jahr 2013 an, dass in Kabul-Stadt 67,2 Prozent in einer eigenen und 27,1 Prozent in einer gemieteten Unterkunft leben würden. 2,6 Prozent würden in einer kostenlosen und 3,1 Prozent in einer gepachteten Unterkunft leben. (CSO, 2013, S. 84)

In einem vom United States Institute of Peace (USIP) 2017 veröffentlichten Bericht schreibt der Analyst Fabrizio Foschini, dass die unkontrollierte Stadterweiterung auf der Grundlage eines Marktes, der von ausländischen Spendengeldern dominiert werde, mehrere Konsequenzen mit sich bringe. So habe dies einerseits eine große Kluft bezüglich der Wohnqualität der verschiedenen Bewohner Kabuls geschaffen, andererseits habe sich aber auch eine Immobilienblase entwickelt, die für die Mittelschicht schwer zu bewältigen sei und deren Einbruch laut Prognosen kurz bevorstehe. Dies sei bisher noch nicht geschehen, obwohl die Preise deutlich sinken würden. Im Jänner 2015 hätten sich 12.000 Wohnungen, die von privaten Investoren zum Kauf angeboten werden, noch im Bau befunden, dies entspreche mehr als 50 Prozent des in diesem Segment genutzten Wohnungsbestands (22.900 Einheiten) und sei ein deutlich höherer Prozentsatz als in anderen Städten. Noch im November 2015 sei der Grundstein für ein großes Grundstücksentwicklungsprojekt gelegt worden. Das Projekt solle Wohnraum für 8.000 Familien in Drei-, Vier- oder Fünfstückwohnungen in der Nähe des Flughafens schaffen. Ethnographische Besuche in der Nachbarschaft und Telefoninterviews mit Immobilienhändlern im April 2016 hätten gezeigt, dass neuere Märkte und richtungsweisende Geschäftsprojekte in die vergleichsweise sichereren Gebiete der Stadt Kabul übersiedelt seien:

„Uncontrolled urban expansion based on a market dominated at the top by foreign donor money has not only created a huge rift among residents of Kabul in terms of their housing quality, but also grown into a real estate bubble difficult for the middle class to cope with and predicted to likely burst soon. This has not happened yet, though prices are declining significantly. Nevertheless, individual investors have continued to build. In January 2015, twelve thousand apartments were still under construction, equating to more than 50 percent of the current occupied apartment stock (22,900 units), a much more prominent percentage than in other cities. As late as November 2015, the stone was laid for a major land development scheme, a project meant to house eight thousand families in three, four, or five-room apartments near the airport. Neighborhood ethnographic visits and

telephone interviews with property dealers in April 2016 reveal that newer markets and landmark business projects have moved to the comparatively safer areas of Kabul City, such as Karte Se, Jamal Mena, Karte Ma'murin, and Qalah-e Fathullah." (USIP, 2017, S. 22; vergleiche UN Habitat, Mai 2017, S. 46)

Wohnsituation von Binnenvertriebenen und RückkehrerInnen in Kabul 2010-2018

Informationen zur Wohnsituation von Binnenvertriebenen und RückkehrerInnen in und um Kabul-Stadt finden sich in einem 2017 veröffentlichten Bericht des USIP, in einem Bericht der Weltbank und UNHCR aus dem Jahr 2011, in Berichten von Amnesty International aus den Jahren 2012 und 2016, sowie in einem Bericht von NRC, IDMC und Samuel Hall vom Jänner 2018.

Der Analyst Fabrizio Foschini geht im Bericht von USIP aus dem Jahr 2017 auf den Siedlungsraum in Kabul ein. Laut Schätzungen der Weltbank hätten informelle Siedlungen ab dem Jahr 2004 70 Prozent von Kabul bedeckt und 80 Prozent der damaligen Bevölkerung von drei Millionen Menschen Lebensraum geboten. Die Einwohnerdichte in informellen Gebieten sei mehr als doppelt so hoch wie in formellen Gebieten. Einige Schätzungen würden davon ausgehen, dass die durchschnittliche Dichte in einer vollständig errichteten informellen Siedlung 400 Personen pro Hektar erreichen könnte. Diese Dichte variere innerhalb der Stadt: 51 Prozent der Familien, die im Bereich des zentralen Basars in der Altstadt leben würden, würden in einem einzigen Raum von durchschnittlich 15,5 Quadratmetern wohnen. Unter vergleichbaren Bedingungen würden nur 3 Prozent der Familien in der Nachbarschaft von Khaikhana (einem Stadtteil im Nordwesten der Stadt Kabul, Anm. ACCORD) leben. Informelle Siedlungen hätten eine schwere Obdachlosigkeitskrise verhindert. Sie würden es dem städtischen Wohnraum ermöglichen, mit der Ankunft von Vertriebenen und Rückkehrenden Schritt zu halten, dies aber zu einem Preis. Der größte Teil des informell erschlossenen Landes sei staatliches Land gewesen, das entweder von Besetzern bewohnt oder auf variierender rechtlicher Grundlage den Erschließungsunternehmen und Baufirmen mächtiger Persönlichkeiten mit politischen Kontakten zugewiesen gewesen sei. Unkontrolliertes Wachstum habe bestehende Probleme wie fehlende Kanalisation und ineffiziente Abfallentsorgung verschärft. Schlecht gebaute Häuser in schwer zugänglicher oder gar katastrophengefährdeter Lage, die ohne öffentliche Dienstleistungen auskommen würden, hätten die Not der Rückkehrenden, WirtschaftsmigrantInnen und Binnenvertriebenen, die diese Gebiete bevölkern, noch verschlimmert. Eine Umfrage aus dem Jahr 2006 habe ergeben, dass 60 Prozent der Kabuler Familien in informellen Gebieten ohne Dienstleistungen leben würden. Dieser Prozentsatz sei in Mazar bei 30 und in Herat bei 25 Prozent gelegen. Auf diese Weise habe die Vulnerabilität zugenommen, da sich informelle Siedlungen ausgebreitet hätten. Akuter und chronischer Bedarf an Grundversorgung und Lebensgrundlage seien fast nicht mehr zu unterscheiden:

„Estimates by the World Bank show that informal settlements covered 70 percent of Kabul as of 2004 and accounted for 80 percent of its population of three million at the time, a figure repeated often in the following years that must have only increased since then. As is clear from the statistics presented in table 3, the density of inhabitants in informal areas

can be more than double that in formal areas; some estimates report that ‘the average density in a fully built informal settlement could reach 400 people per hectare.’ Such density varied across the city: 51 percent of the families living in the Central Bazaar area of the Old City lived in a single room of 15.5 square meters on average; only 3 percent of families in the neighborhood of Khairkhana lived in comparable conditions.

Informal settlements have prevented a major homelessness crisis, allowing city housing to keep pace with the arrival of displaced persons and returnees, but at a price. Most of the land developed informally was state land either occupied by squatters or allocated—with varying degrees of legal façade—to land developers and construction companies belonging to powerful individuals with political support. Unmanaged growth has exacerbated existing problems such as lack of sewerage system and inefficient disposal of waste. Poorly constructed houses in limited-accessibility or even disaster-prone locations, bereft of public services, have compounded the hardship of the returnees, economic migrants, and internally displaced who populate these areas. A 2006 survey showed that 60 percent of Kabul families were living in informal areas without services, versus 30 percent in Mazar and 25 percent in Herat. Thus ‘vulnerability has increased as informal settlements have spread, and acute and chronic needs for basic services and livelihoods have merged almost indistinguishably.’” (USIP, 2017, S. 20)

Laut der im Mai 2011 von der Weltbank und UNHCR veröffentlichten Studie zu Binnenvertriebenen in informellen Siedlungen rund um die Städte Kabul, Kandahar und Herat würden etwa 60 Prozent der Binnenvertriebenen in einem Zelt, einer provisorischen Unterkunft oder einer Hütte leben. Die übrigen würden hauptsächlich Einfamilienhäuser bewohnen. Während der Anteil jener Binnenvertriebenen, die in Zelten (der prekärsten Wohnform) leben würden, mit der Zeit abnehme, würden interessanterweise sogar 61 Prozent jener Binnenvertriebenen, die seit mehr als fünf Jahren vertrieben seien, nach wie vor in provisorischen Wohnverhältnissen leben (provisorische Unterkunft, Hütte oder Lager). Dies würde die Bedeutung und das Fortbestehen von Barrieren beim Zugang zu angemessenen Unterkünften unabhängig von der Dauer der Vertreibung unterstreichen. Zwischen den drei in der Studie untersuchten Städten gebe es diesbezüglich signifikante Unterschiede. In Kabul seien Binnenvertriebene am stärksten auf provisorische Unterkünfte angewiesen, 92 Prozent von ihnen würden in Zelten leben:

„As shown in Table 12, about 60 percent live in a tent, temporary shelter or shack, while the remaining mainly inhabit single family houses. Interestingly, while the share of IDPs living in tents (the most precarious housing arrangement) decreases over time, the share of those still living in temporary housing conditions (temporary shelter, shack, camp) is as high as 61 percent among those displaced/settled for more than 5 years confirming the prominence and persistence of barriers to access to proper housing irrespective of the duration of displacement. Significant differences also emerge between the three cities in the study. In Kabul, IDPs rely on temporary housing arrangements the most (92 percent of which a third live in tents).” (The World Bank/UNHCR, Mai 2011, S. 32)

Im Februar 2012 veröffentlicht Amnesty International (AI) einen Bericht basierend auf Erhebungen, die zwischen 2008 und 2011 durchgeführt wurden, und sich mit der Situation von

zwölf in Slums lebenden Gemeinschaften rund um die Städte Kabul, Mazar-e Sharif und Herat-Stadt befassen. Bezugnehmend auf die Unterschiede zwischen den Städten wird berichtet, dass mehrere der Gemeinschaften in Herat, in denen einige vertriebene Familien seit fast zwei Jahrzehnten leben würden, viel etablierter seien als jene, die Amnesty International in Kabul und Mazar-e Sharif besichtigt habe:

„And several of the communities we visited in Herat, where some displaced families have been living for nearly two decades, are much more established than those we saw in Kabul and Mazar-e-Sharif.“ (AI, 23. Februar 2012, S. 34-35)

Im Bericht von Amnesty International vom Mai 2016 wird angeführt, dass vertriebene Menschen in den von Amnesty International besuchten Camps und Siedlungen in Kabul, Herat und Mazar-e-Sharif ausnahmslos in extrem schlechten Wohnverhältnissen leben würden. Im Camp Chaman-e-Babrak in Kabul seien die Auswirkungen einiger Tage starken Regens deutlich sichtbar gewesen. Die Wege zwischen den Häusern seien so schlammig gewesen, dass sie kaum begehbar gewesen seien und viele der Hütten seien überflutet worden. Selbst diejenigen, die sich eine eigenen Lehmhütte leisten könnten und nicht in Zelten aus Planen leben würden, hätten Lecks und Wasserschäden in ihren Häusern gehabt. Die meisten Menschen im Camp hätten Angst vor den Folgen der kommenden kalten Wintermonate gehabt. Viele der von Amnesty International befragten Menschen in den Siedlungen in Kabul und Mazar-e Sharif hätten angegeben, dass von Regierungsbeamten, lokalen Machthabern oder der so genannten „Landmafia“ Druck ausgeübt werde, die Grundstücke, auf denen sie leben, zu verlassen, und dass dies ein Teil ihres täglichen Lebens sei. Die Bewohner von Charahi Qambar in Kabul hätten angeführt, dass sie auf Land des Verteidigungsministeriums leben würde. In den letzten drei Jahren seien sie jedoch von Mitgliedern der „Landmafia“ aufgefordert worden, dieses Land zu verlassen. Diese Drangsalierungen hätten in den letzten Monaten vor dem Besuch von Amnesty International im November 2015 zugenommen:

„Displaced people in the camps and settlements we visited in Kabul, Herat and Mazar-e-Sharif invariably lived in extremely poor housing conditions. In Chaman-e-Babrak camp in Kabul, the effects of a few days of heavy rain were clearly visible, with the paths between the houses so muddy that they were barely walkable and many of the huts flooded. Even those who could afford their own mud huts, and were not living in tarpaulin tents, had seen leaks and water damage in their houses. Most people in the camp were afraid of the toll the coming cold winter months would take.“ (AI, 31. Mai 2016, S. 30-31)

„One of the key issues is harassment and threats to leave properties. Many of the people in the communities in Kabul and Mazar-e-Sharif that we interviewed said that this pressure to leave their properties, from government officials, local strongmen or the so-called 'land mafia', were part of daily life. Residents of Charahi Qambar in Kabul claim that they occupy land owned by the Ministry of Defense, but that over the past three years members of the 'land mafia' have asked them to leave the land. This harassment had increased over the past months when we visited in November 2015.“ (AI, 31. Mai 2016, S. 32)

In einem von NRC, IDMC und Samuel Hall im Jänner 2018 veröffentlichten Bericht über Binnenvertreibung in Afghanistan, der auf Daten aus den Provinzen Herat, Kabul, Kandahar, Kunduz und Nangarhar basiert und sich unter anderem auf die Distrikthauptstädte konzentriert, wird angeführt, dass städtischer Wohnraum nur begrenzten und vorübergehenden Schutz bietet. Binnenvertriebene, die sich in städtischen und umliegenden Gebieten niederlassen würden, würden eher in provisorischen Unterkünften, Hütten, Zelten oder lagerähnlichen Verhältnissen leben. 43 Prozent von ihnen würden unter beengten und provisorischen Bedingungen leben, während dies für 35 Prozent der ländlichen Binnenvertriebenen der Fall sei. Städtische Binnenvertriebene seien zudem mit Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit und zunehmender häuslicher Gewalt konfrontiert, die durch enge und überfüllte Unterkünfte verursacht würden. Diese Verhältnisse würden die Freiheit zur Ausübung ihrer Rechte einschränken, wovon Frauen und Kinder überproportional betroffen seien. Auch ihre Besitzverhältnisse seien tendenziell schlechter. Nur fünf Prozent der befragten städtischen Binnenvertriebenen würden über einen dokumentierten Nachweis des Eigentums oder einen Mietvertrag für ihren derzeitigen Wohnort verfügen, während dies vor der Vertreibung 11 Prozent der Befragten vorweisen hätten können. Bei den ländlichen Binnenvertriebenen gehe dieser Trend jedoch in die andere Richtung. Während 17 Prozent von ihnen angegeben hätten, dass sie über Urkunden für ihre derzeitigen Unterkünfte verfügen würden, hätten dies vor der Vertreibung nur 10 Prozent angeführt. Die Wohnverhältnisse würden je nach Region variieren. Allerdings hätten 63 Prozent aller Befragten ihre Wohnverhältnisse als schlecht oder sehr schlecht und 27 Prozent als durchschnittlich bewertet. Nur 10 Prozent würden sie als gut oder sehr gut bewerten. Die Zahlen für diejenigen, die der Meinung seien, dass sie unter schlechten oder sehr schlechten Bedingungen leben, seien für rückkehrende Binnenvertriebene und Binnenvertriebene mit 65 bzw. 60 Prozent ähnlich:

„Urban housing offers only limited and temporary protection. IDPs who settle in urban and peri-urban areas are more likely to live in temporary shelters, shacks, tents or camp-like settings. Forty-three per cent live in cramped and temporary conditions, compared with 35 per cent of rural IDPs. Urban IDPs also face vulnerabilities related to restraints on their movement and heightened domestic violence caused by cramped and overcrowded spaces. Their settings curb their freedom to exercise their rights, and women and children are disproportionately affected.

Their tenure security also tends to be worse. Only five per cent of the urban IDPs surveyed had documentary evidence of ownership or a lease agreement in their current location, compared with 11 per cent before displacement. The trend is reversed, however, for rural IDPs, 17 per cent of whom said they had deeds for their current accommodation, compared with 10 per cent before displacement.

Housing may vary by region, but 63 per cent of the sample as a whole rated their housing conditions as either poor or very poor, and 27 per cent as average. Only 10 per cent rated them as good or very good. The figures for those who consider that they live in poor or very poor conditions are similar for returnee-IDPs and IDPs, at 65 and 60 per cent respectively.” (NRC/IDMC/Samuel Hall, 24. Jänner 2018, S. 25)

2.3 Hygienische Bedingungen & Verbreitung von Krankheiten

Im Bericht zur 2016/17 von der afghanischen Statistikbehörde (CSO) durchgeführten Erhebung zu den Lebensbedingungen in Afghanistan wird angeführt, dass verbesserte Hygienemaßnahmen und das Beenden der Notdurftverrichtung im Freien zu den wichtigsten Voraussetzungen für Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung in Entwicklungsländern zähle. Die sichere Entsorgung menschlicher Exkremente schaffe die erste Barriere gegen ausscheidungsbedingte Krankheiten und trage dazu bei, die direkte wie indirekte Übertragung zu reduzieren:

„Improved sanitation and the elimination of open defecation are among the key prerequisites for poverty alleviation and sustainable development in developing countries. Safe disposal of human excreta creates the first barrier to excreta-related diseases, helping to reduce transmission through direct and indirect – for example, animal and insect – routes.“ (CSO, Mai 2018, S. 224)

Im Bericht zur Erhebung zu den Lebensbedingungen in Afghanistan 2013/14 (Afghan Living Conditions Survey, ALCS) bezieht sich die CSO auf eine Definition der WHO und UNICEF, wonach sich der Zugang zu verbesserten sanitären Einrichtungen auf den Prozentsatz der Bevölkerung beziehe, der verbesserte sanitäre Anlagen nutze. In Übereinstimmung mit internationalen Standards würden in der ALCS-Erhebung 2013/14 Latrinen mit Spülung, verbesserte Latrinen sowie mit einem Brett bedeckte Latrinen als verbesserte Sanitäranlagen gezählt, während unverbesserte („unimproved“) Sanitäranlagen offene Gruben, Deponien für Fäkalien („darean“) und die Notdurftverrichtung im Freien umfasse. Verbesserte Sanitäreinrichtungen seien jene, die eine hygienische Trennung zwischen menschlichen Exkrementen und den Menschen gewährleisten würden, während unverbesserte Sanitäreinrichtungen dies nicht gewährleisten würden. Die ALCS-Erhebung 2013/14 habe unter Verwendung einer neuen Definition gezeigt, dass 39 Prozent der Haushalte verbesserte sanitäre Anlagen nutzen würden. Bezugnehmend auf die Definition, die in der Erhebung (National Risk and Vulnerability Assessment, NRVA) 2011/12 verwendet worden sei, wonach mit einem Brett bedeckte Latrinen nicht als verbesserte Sanitäranlage gezählt hätte, würden lediglich 12,8 Prozent der Bevölkerung verbesserte Sanitäranlagen nutzen. Im Vergleich zur Erhebung 2011/12 entspreche dies einer Verbesserung von 4,5 Prozentpunkten. Trotz der moderaten Fortschritte und trotz der Berücksichtigung der neuen Definition liege dieser Indikator in Afghanistan immer noch weit unter dem in der Nationalen Entwicklungsstrategie Afghanistans festgelegten Ziel von 66 Prozent:

„As defined by WHO and UNICEF, access to improved sanitation facilities refers to the percentage of the population using improved sanitation facilities. In line with international definitions, the 2013-14 ALCS considers as improved sanitation flush latrine, improved latrine and covered latrine with slab, while un-improved sanitation includes open pit, darean and open defecation. Improved sanitation facilities are facilities that ensure hygienic separation of human excreta from human contact, while unimproved sanitation facilities are facilities that do not ensure hygienic separation of human excreta from human contact. [...]

The 2013-14 ALCS – using a revised definition – shows that 39 percent of the population and households use improved sanitation facilities (Table 12.6). According to the definition used in previous NRVAs (not including covered pit latrines with slab), only 12.8 percent of the population has access to an improved sanitation facility. This shows an improvement of 4.5 percentage points in comparison to the NRVA 2011-12, which detected a percentage of 8.3 of population. However, despite a moderate progress and even considering the new definition of improved sanitation facilities, this indicator is in Afghanistan still much below the MDG [Millennium Development Goal] target of 66 percent set in the Afghanistan National Development Strategy.” (CSO, 2016a, S. 174–175)

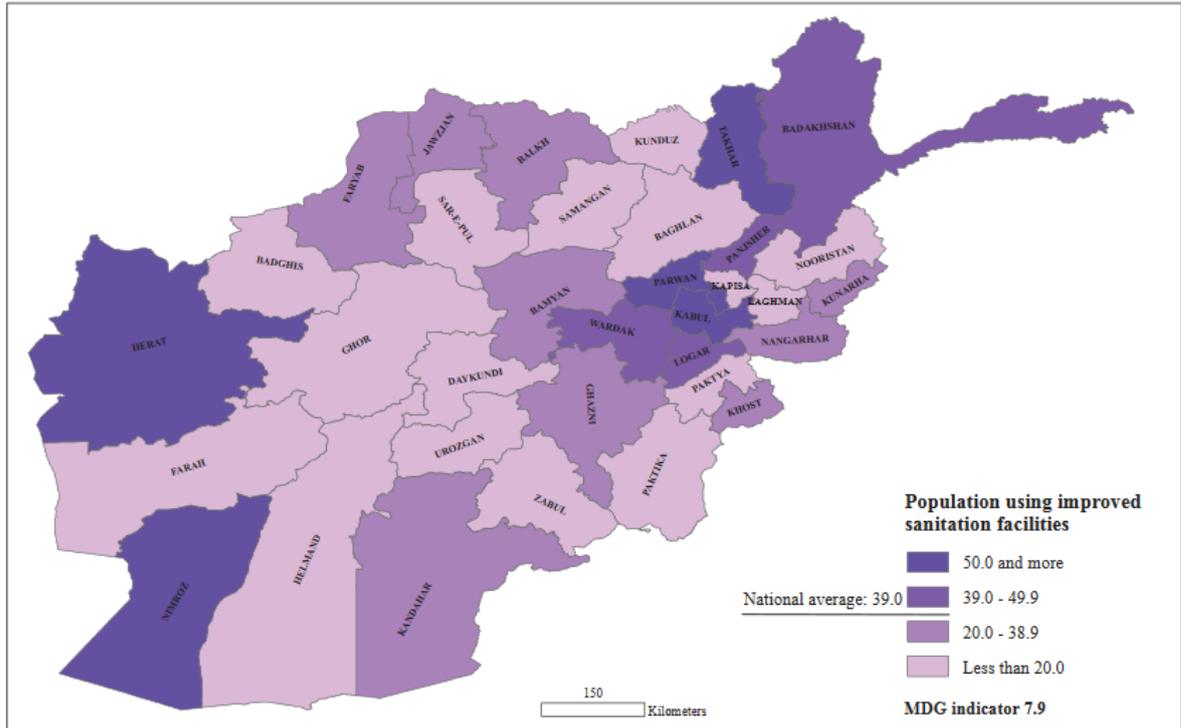
Die 2016/17 durchgeführte Erhebung zu den Lebensbedingungen in Afghanistan habe laut der CSO ergeben, dass hinsichtlich der sanitären Grundversorgung 41,1 Prozent der Bevölkerung verbesserte Anlagen nutze, die nicht mit anderen Haushalten geteilt würden, während sich 52,9 Prozent entweder limitierte oder unverbesserte Sanitäreanlagen teilweise mit anderen Haushalten teilen würden. Dies würde im Vergleich zur vorangegangenen Studie 2013/14 eine starke Verbesserung darstellen. Innerhalb der urbanen Bevölkerung liege der Prozentsatz sogar bei 83,2 Prozent. In Übereinstimmung mit der Definition des gemeinsamen Monitoring-Programms für Wasserversorgung und Hygiene (JMP, Joint Monitoring Programme for Water Supply and Sanitation) würden in der ALCS-Erhebung von 2016/17 verbesserte Sanitäreanlagen abgedeckte Grubenlatrinen, belüftete verbesserte Latrinen, Toiletten mit Spülung, die an das Kanalnetz, einen Klärtank oder eine Grube angeschlossen sind, und Toilettenhäuschen umfassen. Zu den unverbesserten Sanitäreanlagen gehören unbedeckte Grubenlatrinen, Notdurftverrichtung im Freien, sowie Spültoiletten und andere Einrichtungen, die eine hygienische Trennung zwischen menschlichen Exkrementen und den Menschen nicht gewährleisten:

„Table 10.12 shows that 41.4 percent of the population uses basic sanitation services – improved facilities, not shared with other households – and 52.9 percent uses either basic or limited services – improved sanitation facilities, either shared or not shared. Applying the criteria of improved sanitation and shared facilities [...] to the data from the previous ALCS, this latter figure suggests strong improvement in the access to improved sanitation services, up from 39.0 in 2013-14. As shown in Table 10.12, the national figure conceals large variation by residence, as the corresponding figures are as high as 83.2 percent for the urban population.

In line with JMP [Joint Monitoring Programme for Water Supply and Sanitation] definitions, improved types of sanitation facilities in the ALCS 2016-17 include covered pit latrines, ventilated improved pit latrines, flush toilets connected to a sewer system, to a septic tank or to a pit, and vault latrines. Unimproved sanitation facilities include uncovered pit latrines, open defecation and flush toilets and other facilities that do not ensure hygienic separation of human excreta from human contact.” (CSO, Mai 2018, S. 224)

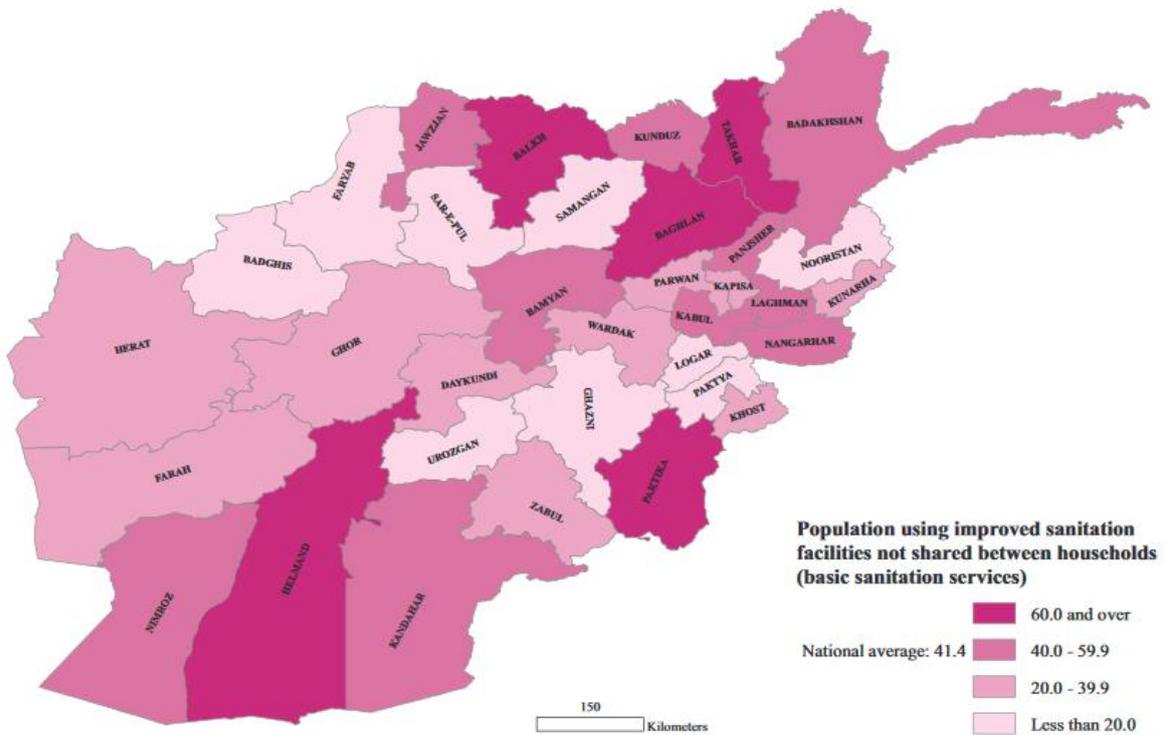
Die folgenden Grafiken aus den oben genannten Berichten der CSO zeigen den Prozentsatz der Bevölkerung mit Zugang zu verbesserten Sanitäreanlagen auf Provinzebene im Jahr 2013/14 beziehungsweise 2016/17:

Figure 12.6: Population, by access to improved sanitation, and by province (in percentages)



(CSO, 2016a, S. 176)

Figure 10.9: Percentage of population using improved sanitation facilities not shared with other households, by province



(CSO, Mai 2018, S. 227)

In einem 2014 vom Think Tank Samuel Hall verfassten Bericht zur urbanen Armut in Afghanistan wird angeführt, dass die fünf untersuchten Großstädte (Kabul, Herat, Mazar-e Sharif, Jalalabad

und Kandahar) in Bezug auf Sanitäranlagen unterschiedlich abschneiden würden. Herat und Mazar-e Sharif seien mit 49 Prozent bzw. 42 Prozent an Haushalten, die Latrinen mit Spülung verwenden würden, die am weitesten entwickelten Städte. Dies bestätigt den Trend beim Zugang zur Grundversorgung, wonach Einwohner in Herat-Stadt besser abschneiden würden als die Bewohner der anderen Städte. Ob die Haushalte Latrinen mit anderen Familien teilen müssen oder nicht, sei ein wichtiger Indikator für die Hygiene der Haushalte. Laut der Studie hätten 24 Prozent der befragten städtischen Haushalte angegeben, ihre Latrinen zu teilen. Dieser Wert liege leicht über dem nationalen Durchschnitt, was sich auf die Wohnverhältnisse in städtischen Gebieten, die dichter besiedelt und daher der gemeinsamen Nutzung von Latrinen förderlich seien, zurückführen lasse. Die Umfrage habe ergeben, dass in Kabul ein überraschend hoher Anteil (41 Prozent) gemeinsame Latrinen benutzen würden, verglichen mit anderen Städten. In Mazar-e Sharif liege dieser Prozentsatz beispielsweise bei 26 Prozent. Dies lasse sich durch den hohen Druck auf Land und Wohnraum in Kabul erklären, der viele Familien zwingt, Wohnanlagen oder Häuser zu teilen. In diesen Fällen habe jede Familie ihr eigenes Zimmer, könne aber dazu gezwungen sein, sich Einrichtungen wie Latrinen zu teilen. Kabul habe mit 22 Prozent den höchsten Anteil an geteilten Haushalten aufgewiesen, nur 9 Prozent der Haushalte in Herat-Stadt hätte angegeben, ihre Latrinen zu teilen:

„On that aspect as well, cities fared differently, with Kandahar being the worst off (only 21% of flush latrines) and Herat and Mazar-e-Sharif the most advanced (49% and 42% respectively). This confirms a trend in terms of access to basic services, by which residents of Herat fare better than their counterparts in other cities, while people living in Kandahar are generally disadvantaged when it comes to access to services and basic facilities. An important indicator of households' good hygiene is whether households have to share latrines with other families or not: 24% of urban households surveyed reported sharing their latrines overall, a figure slightly higher than the national average found by the NNS (17%). The difference can be accounted for by the dwelling conditions in urban areas, more crowded and therefore conducive to sharing latrines. The survey found a surprisingly high proportion of them sharing latrines in Kabul (41%) compared to other cities (between 26% in Mazar-e-Sharif and 11% in Kandahar). This can be explained by the high pressure on land and housing in Kabul that forces many families to share compounds or houses. In these cases, each family has its own room but may be forced to share facilities such as latrines. Indeed, Kabul presented the highest proportion of households sharing their housing facilities with Jalalabad (20 and 22%), 10 points higher than the three other cities. Only 6% of Kandahari households and 9% of Herati households reported sharing their latrines.” (Samuel Hall, 2014, S. 76)

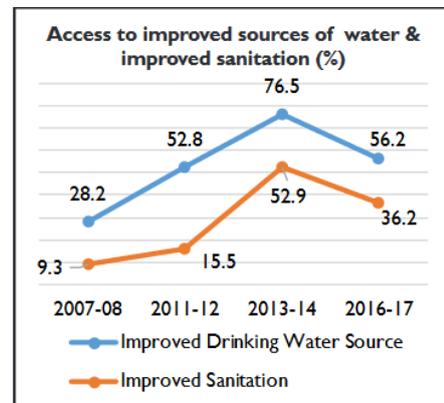
Friederike Stahlmann führt in ihrem Gutachten vom März 2018 bezogen auf Quellen aus den Jahren 2011 und 2017 zu humanitären Mindeststandards unter anderem in Kabul, Herat und Mazar-e Sharif Folgendes an:

„Ein ebenfalls gesundheitliches wie auch kulturelles Problem ist, dass viele der Unterkünfte keine eigenen Toiletten haben und es viel zu wenige öffentliche Toiletten gibt, die zudem keinen sanitären Mindeststandards entsprechen. Oft müssen die Bewohner ihre Notdurft im Freien verrichten, was nicht nur die weitere Verbreitung von Krankheiten fördert,

sondern auch die Ansprüche an Sicherheit und Privatsphäre verletzt. (World Bank/UNHCR May 2011: 35, Food Security Cluster 2017: 12)“ (Stahlmann, 28. März 2018, S. 248)

2.3.1 Herat

Laut den 2018 von der afghanischen Statistikbehörde (NSIA, früher CSO) veröffentlichten Provinz-Profilen sei jener Bevölkerungsanteil der Provinz Herat, der Zugang zu verbesserten Sanitäreinrichtungen habe, von 9,3 Prozent im Jahr 2007/08 auf 15,5 Prozent im Jahr 2011/12 und auf 52,9 Prozent im Jahr 2013/14 gestiegen. 2016/17 sei der Anteil auf 36,2 Prozent gesunken (NSIA, 2018, S. 71-72).



(NSIA, 2018, S. 71-72)

Hygienische Bedingungen in den Ansiedlungen von Binnenvertriebenen und RückkehrerInnen in Herat-Stadt 2010-2018

Informationen zu den hygienischen Bedingungen in den Siedlungen von Binnenvertriebenen bzw. RückkehrerInnen in und um Herat-Stadt finden sich in einem 2011 veröffentlichten Bericht der Weltbank und UNHCR, in einem 2012 von Samuel Hall, NRC und dem JIPS veröffentlichter Bericht, einem Bericht von UN Habitat und UNHCR aus dem Jahr 2016, einem Bericht von NRC, IDMC und Samuel Hall vom Jänner 2018, einem Bericht des IFRC vom November 2018, sowie in zwei Medienberichten vom Oktober bzw. November 2018.

In einer im Mai 2011 von der Weltbank und UNHCR veröffentlichten Studie zu Binnenvertriebenen im urbanen Umfeld der Städte Herat, Kabul und Kandahar wird angeführt, dass Binnenvertriebene ein viel höheres Maß an Bedürftigkeit als die städtischen Armen durchleben würden und dies potenziell negative Auswirkungen auf ihre Gesundheit habe. Über 70 Prozent der Binnenvertriebenen, verglichen mit 18 Prozent der städtischen Armen, hätten keinen Zugang zu Strom. Unzureichende Wasser- und Sanitäreinrichtungen, schlechte Entwässerung und Abfallwirtschaft sowie Raumluftverunreinigung würden die Lebensbedingungen in diesen Siedlungen prägen. Die Mehrheit hätte erhebliche körperliche, geistige und soziale Vulnerabilitäten, von denen die häufigsten gesundheitlich bedingt seien (chronisch krank, psychisch krank, körperlich behindert):

„IDPs have a much higher level of deprivation than the urban poor, with potential negative impacts on health outcomes. Over 70 percent of IDPs, compared to 18 percent of the urban poor, do not have access to electricity. Inadequate water and sanitation facilities, poor drainage and solid waste management and indoor pollution characterize living conditions in these settlements. Access to services is also a cause of tension between the host communities and the displaced. For example, IDPs in all three cities voiced their frustration

over differences in their water access and that of longer-term residents.” (The World Bank/UNHCR, Mai 2011, S. 8)

„The majority had significant physical, mental, and social vulnerabilities, of which the most frequent was health related (chronically ill, mentally ill, physically disabled), followed by those lacking support of family or community members (poor families, female - headed households, single parent households, drug addicts).” (The World Bank/UNHCR, Mai 2011, S. 23)

Laut einer im selben Bericht veröffentlichten Tabelle würden 18,7 Prozent der Binnenvertriebenen in Herat-Stadt an chronischen Krankheiten leiden, 30,7 Prozent an psychischen Erkrankungen und 23,3 Prozent an einer körperlichen Behinderung. (The World Bank/UNHCR, Mai 2011, S. 23)

In einem von Samuel Hall, dem Norwegian Refugee Council (NRC) und dem Joint IDP Profiling Service (JIPS) 2012 veröffentlichten Bericht wurden die Ergebnisse einer qualitativen Befragung von über 1000 Binnenvertriebenen-Haushalten in fünf Provinzen, darunter auch Kabul und Herat, dokumentiert. Laut dem Bericht seien die sanitären Einrichtungen begrenzt. 62,3 Prozent der Binnenvertriebenen würden traditionell bedeckte Latrinen benutzen, 24,5 Prozent gekennzeichnet Toiletten ohne Grube und 11,5 Prozent ihre Notdurft im Freien verrichten. Überfüllte Bedingungen in Verbindung mit dem Mangel an ausreichenden sanitären Einrichtungen und der Notdurftverrichtung im Freien könnten zu ernsthaften gesundheitlichen Risiken führen. Eine Mutter, die sich vor dem Kochen nicht die Hände waschen könne, könnte ganze Haushalte mit bakteriellen Infektionen anstecken. Den Ergebnissen zufolge hätten Binnenvertriebene mehr Zugang zu Gesundheitseinrichtungen als erwartet. Die Ergebnisse würden eher auf Probleme bei der Qualität der Gesundheitsversorgung als beim Zugang hindeuten. Die Ergebnisse würden zeigen, dass Binnenvertriebene oft professionelle medizinische Hilfe suchen würden. Weniger als drei Prozent der Binnenvertriebenen hätten angegeben, in den letzten drei Monaten nicht um Behandlung für ein krankes Haushaltsmitglied angesucht zu haben. Obwohl Binnenvertriebene oft medizinische Hilfe in Anspruch genommen hätten, hätten sie Kritik an der Qualität der Gesundheitsdienstleistungen geäußert. Aufgrund chronischer Nahrungsmittelknappheit sowie Qualitäts- und Quantitätsmängeln bei Lebensmitteln seien die Gesundheit und das tägliche Leben von Binnenvertriebenen beeinträchtigt. Dies gelte insbesondere für Kinder von Binnenvertriebenen, die häufig mit Ernährungsdefiziten konfrontiert seien. Binnenvertriebene hätten zudem einen verringerten Zugang zu sicherem Trinkwasser, was sie Gesundheitskrisen aussetze. Den Ergebnissen zufolge sei auch der Zugang zu sanitären Einrichtungen begrenzt und die meisten Binnenvertriebenen würden traditionelle abgedeckte Latrinen (62,3 Prozent), ausgewiesene Toilettenanlagen ohne Grube nutzen (24,5 Prozent) oder die Notdurft im Freien verrichten (11,5 Prozent). Überfüllte Bedingungen in Verbindung mit dem Mangel an ausreichenden Sanitäranlagen bzw. Notdurftverrichtung im Freien könnten tagtäglich zu ernsthaften gesundheitlichen Problemen führen. Obwohl Binnenvertriebene Zugang zur Gesundheitsversorgung hätten, gebe es vor allem zwei Probleme, die zu beachten seien: der Mangel an qualitativ hochwertigen Gesundheitsdienstleistungen und der Mangel an ausreichend Nahrung, und Unterstützung hinsichtlich Sanitäranlagen und Hygiene. Die

Kombination dieser Mängel hätte einen negativen Einfluss auf die Gesundheit aller Haushaltsmitglieder, allen voran auf die von Kindern:

„Sanitation facilities were also limited with most IDPs using traditional covered latrines (62.3 per cent), designated toilet facilities lacking a pit (24.5 per cent), or resorting to open fields or bushes (11.5 per cent). Overcrowded conditions, in conjunction with the lack of adequate sanitation facilities and open defecation, can produce serious health concerns. A mother unable to wash her hands before cooking can spread bacterial infections to entire households.” (Samuel Hall/NRC/Joint IDP Profiling Service, November 2012, S. 31)

„IDPs have more access to health care facilities than was initially expected, but findings point to concerns over the quality of health treatment, rather than questions of access. Findings show that IDPs often seek professional medical assistance: less than three per cent of IDPs reported not seeking treatment for a sick household member in the previous three months. Though IDPs often sought medical attention, they expressed criticisms about the quality of their health services. IDPs explained that they often felt their trips to clinics were not helpful in solving their ailments. Due to chronic food shortages and shortages in quality and quantity of food, IDPs' health and daily lives are adversely affected during displacement. It is especially concerning for children of IDPs who are likely to face nutritional deficits. Closely related to food shortages, IDPs also suffer from reduced access and quality of water post-displacement. While IDPs use water sources similar to non-displaced populations, they continue to have less access to safe drinking water, leaving them vulnerable to health risks. Sanitation facilities were also limited, with most IDPs using traditional covered latrines (62.3 per cent), designated toilet facilities lacking a pit (24.5 per cent) or resorting to open fields or bushes (11.5 per cent). Overcrowded conditions, in conjunction with the lack of adequate sanitation facilities, can produce serious health concerns on a daily basis. Hence, although IDPs state having access to health facilities, there are two key issues to keep in mind for future assistance: the lack of quality health care (especially affordable medication) and the lack of sufficient nutrition, sanitation and hygiene assistance, all of which combine to negatively impact health levels of all household members, especially children.” (Samuel Hall/NRC/JIPS, November 2012, S. 71)

In einem im Oktober 2016 veröffentlichten Bericht gehen UN Habitat und UNHCR auf die Situation in sechs Binnenvertriebenensiedlungen in der Provinz Herat ein, von denen vier in unmittelbarer Nähe zu Herat-Stadt liegen: das sechs Kilometer entfernte Karizak, das fünf Kilometer entfernte Shaidayee sowie Minaret und Naw Abad, die jeweils 1,9 Kilometer vom Zentrum der Provinzhauptstadt entfernt sind. Dem Bericht zufolge sei die Mehrheit der Familien in allen Camps auf Grubenlatrinen angewiesen, die sie teils mit vier bis sechs Haushalten teilen müssten. Diese Grubenlatrinen seien jedoch teils für die gesamte Gemeinschaft unzureichend, weshalb einige Familien die Notdurft im Freien verrichten müssten. Es gebe zudem Probleme mit der Wartung/Instandhaltung der öffentlichen Latrinen, die zu erheblichen Gesundheits- und Hygieneproblemen führen könnte. Ein Mangel an geeigneten Versickerungsgruben und der Schutz bzw. die Trennung dieser Gruben könne dazu führen, dass Abwasser in öffentliche Bereiche geleitet werde und Trinkwasserquellen verunreinigt würden:

„Karizak: The majority of families rely on one of six public latrines, these are however insufficient for the entire community and a number of families still must resort to open defecation. There are also issues with the maintenance/upkeep of public latrines, creating significant issues of health and amenity should they fall into disrepair.” (UN Habitat/UNHCR, Oktober 2016, S. 22)

„Minaret: The majority of families (N=366) rely on traditional pit latrines, a lack of adequate leaching pits and protection/separation of those pits can result in effluent being discharged into public areas and contamination of drinking water sources. 68 families rely on public latrines which are in poor condition, causing issues of public health and amenity, whilst 18 families have no access to latrines and resort to open defecation.” (UN Habitat/UNHCR, Oktober 2016, S. 40)

„Naw Abad: The majority of families rely on traditional pit latrines, constructed by the community and shared between 4-5 families. 11 families do not have access to latrines and resort to open defecation. The lack of separation/protection around leaching pits presents a risk of groundwater contamination. Residents also reported that a number of latrines were in a state of disrepair and complained of sewerage overflow.” (UN Habitat/UNHCR, Oktober 2016, S. 52)

„Shaidayee: Sanitation on site is very poor; there is one latrine for each 6 – 5 households and a number of households without access resort to open defecation.” (UN Habitat/UNHCR, Oktober 2016, S. 78)

In einem von NRC, IDMC und Samuel Hall im Jänner 2018 veröffentlichten Bericht über Binnenvertreibung in Afghanistan, der auf Daten aus den Provinzen Herat, Kabul, Kandahar, Kunduz und Nangarhar basiert und sich unter anderem auf die Distrikthauptstädte konzentriert, wird angeführt, dass die hygienischen Bedingungen problematisch seien. Während 68 Prozent der Befragten zumindest eine traditionelle bedeckte Latrine benutzen würden, hätten neun Prozent keinen Zugang zu Toilettenanlagen und 13 Prozent hätten einen bestimmten Bereich in ihren Lagern, den sie dafür nutzen würden, jedoch keine Grube. Nur neun Prozent hätten Zugang zu einer Spüllatrine. Die gesundheitlichen Folgen könnten dem Bericht zufolge erheblich sein, insbesondere für Frauen, Mädchen, Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen. Zudem stelle die Exposition gegenüber geschlechtsspezifischer Gewalt ein Problem für diejenigen dar, die sich die Anlagen teilen müssten. Weitere aufgeworfene Gesundheitsrisiken würden sich auf die schlechten Wohn- und Lebensbedingungen der Familien beziehen. Ein Teilnehmer eines Fokusgruppen-Gesprächs in Herat habe gesagt, dass immer wenn es einen Sturm gebe, das Haus voller Staub sei. Es würden acht Menschen im Haus leben, und man habe nicht genug Geld, nicht genug Wasser und Nahrung. Seine Familie lebe in der Nähe des Basars und habe Strom, aber seine Söhne können nicht arbeiten und würden auch nicht zur Schule gehen. Sie würden einfach zu Hause bleiben und krank werden. Man sei froh, dass es hier keine Schießereien gebe, aber das eigene Zuhause habe die Familie krankgemacht:

„Sanitation conditions are also a problem, though 68 per cent of respondents at least use a traditional covered latrine. Nine per cent, however, have no access to toilet facilities, and

13 per cent have an area in their compound to use but no pit. Only nine per cent have access to a flush latrine. Health consequences can be significant, particularly for women, girls, people with disabilities and the elderly. Exposure to gender-based violence is also an issue for those who have to share facilities.” (NRC/IDMC/Samuel Hall, 24. Jänner 2018, S. 26)

„Other health issues raised relate to families’ poor housing and economic conditions. One focus group participant in Herat said: ‘When there is a storm, the house fills with dust. There are eight of us living in the house, and we do not have enough income. We do not have enough water and food. Our children cannot go to school and stay in this unhealthy house. It is not safe for them. We are close to the bazaar and we have electricity, but our sons cannot work, they do not go to school. They just stay at home and get ill. We’re happy there are no shootings here, but our home has made us ill.’”(NRC/IDMC/Samuel Hall, 24. Jänner 2018, S. 36)

Die Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften (International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies, IFRC) schreibt in ihrem im November 2018 veröffentlichten Notfallplan („Emergency Plan of Action“) bezogen auf die dürrebedingten Binnenvertriebenen in Herat und der Nachbarprovinz Badghis, dass die kommenden harten Wintermonate die Situation der Binnenvertriebenen voraussichtlich verschlechtern würden. Die Temperatur in diesen Gebieten würde nachts bereits fast auf Null Grad sinken. In den kommenden Wochen würden die von der Dürre betroffenen Familien mit eiskalten Bedingungen zu kämpfen haben, was zu winterbedingten Krankheiten und möglichen Todesfällen führen könne:

„The upcoming severe winter months will likely deteriorate their situation. Temperature in these areas has already dropped close to zero degrees at night, the coming weeks will really be testing for the drought affected families with freezing conditions , potentially resulting into winter related sickness and potential deaths.” (IFRC, 1. November 2018, S. 1)

Die pakistanische Tageszeitung The Express Tribune berichtet im Oktober 2018 über die dürrebedingte Landflucht vieler Familien nach Herat-Stadt. Dem Artikel zufolge sei in den Lagern auch die sanitäre Grundversorgung knapp. Während einige Menschen Zugang zu Latrinen hätten, würden Hunderte weitere benötigt werden. In der Zwischenzeit würden viele die Notdurft im Freien verrichten. Einer der Binnenvertriebenen, dessen Gesundheitszustand nachlasse, habe angegeben, dass er sich die 10 Afghani, die er für einen Arztbesuch benötigen würde, nicht leisten könne, und dass man lieber hier sterben als dorthin, wo Dürre und Konflikt seien, zurückgehen würde:

„Basic sanitation is also in short supply in the camps. While some people have access to latrines, hundreds more are needed. In the meantime, many defecate in the open. [...]

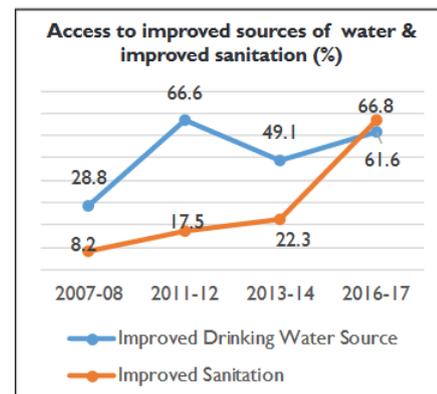
‘We prefer to die here than go back to war and drought’, he said. Ishaqzai, whose health is failing, says he cannot afford the 10 afghanis needed to see a doctor.” (The Express Tribune, 11. Oktober 2018)

Laut einem Artikel, der im November 2018 auf Devdiscourse, einer Online-Plattform für „development news across the globe“, veröffentlicht wurde, habe UN OCHA bereits mitgeteilt, dass es erste kältebedingte Todesfälle von vertriebenen Kindern in Herat und Badghis gegeben habe:

„Already the U.N. Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) has reported the first deaths among displaced children because of the cold in Herat and Badghis.“
(Devdiscourse, 9. November 2018)

2.3.2 Mazar-e Sharif

Laut den 2018 von der afghanischen Statistikbehörde (NSIA, früher CSO) veröffentlichten Provinz-Profilen sei jener Bevölkerungsanteil der Provinz Balkh, der Zugang zu verbesserten Sanitäreinrichtungen habe, von 8,2 Prozent im Jahr 2007/08 auf 17,5 Prozent im Jahr 2011/12, auf 22,3 Prozent im Jahr 2013/14 und auf 61,6 Prozent im Jahr 2016/17 gestiegen. (NSIA, S. 71-72)



(NSIA, 2018, S. 49-50)

Hygienische Bedingungen in den Ansiedlungen von Binnenvertriebenen und RückkehrerInnen in Mazar-e Sharif 2010-2018

Informationen zu den hygienischen Bedingungen in Binnenvertriebenen-Siedlungen in und um Mazar-e Sharif finden sich in einem Bericht von Amnesty International aus den Jahren 2016, in einem Bericht von IOM aus dem Jahr 2017. Darüber hinaus konnten Informationen aus einem im November 2018 stattgefundenen Gespräch mit dem Programmleiter für Afghanistan des NRC gewonnen werden.

In einem im Mai 2016 von Amnesty International (AI) veröffentlichten Bericht, der auf Besuchen von Binnenvertriebenensiedlungen in Herat-Stadt, Kabul und Mazar-e Sharif basiert, wird angeführt, dass Slumbewohner in Bezug auf Hygiene mit Herausforderungen konfrontiert würden. Das Land, auf dem viele dieser Slums liegen würden, diene häufig als Deponie für Abfälle benachbarter Gebäude. Es gebe zu wenig Latrinen für die Anzahl der Einwohner, und es sei für die Bewohner schwierig, diese Latrinen sauber zu halten. Unter diesen Bedingungen sei es nicht verwunderlich, dass Anwohner und Gesundheitspersonal mitgeteilt hätten, dass Hautinfektionen und Durchfall besonders bei Kindern sehr verbreitet seien:

„Slum residents face other challenges with sanitation and hygiene. The land on which many of these slums sit often serves as a dumping ground for refuse from neighbouring buildings. There are too few latrines for the number of residents, and it is difficult for residents to keep these latrines clean. [...] Under these conditions, it is not surprising that residents and health workers told us that skin infections and diarrhoea are common, especially among children.“ (AI, 31. Mai 2016, S. 36)

Im Rahmen ihrer Displacement Tracking Matrix veröffentlicht die Internationale Organisation für Migration (IOM) im Juni 2017 einen Bericht, in dem unter anderem die Lage von Binnenvertriebenen und Rückkehrenden in der Provinz Balkh untersucht wurde. Laut den Angaben von Kontaktpersonen (District Focal Points, DFP) im Distrikt Balkh seien die Hygienebedingungen, unter denen Binnenvertriebene und Rückkehrende leben würden, sehr schlecht. Die Menschen würden sanitäre Grundversorgung und Präventionstraining benötigen:

„BALKH [...] The DFPs [District Focal Points] report extremely low hygiene levels amongst the IDPs/Returnees who need basic sanitation and prevention trainings.“ (IOM, Juni 2017, S. 25)

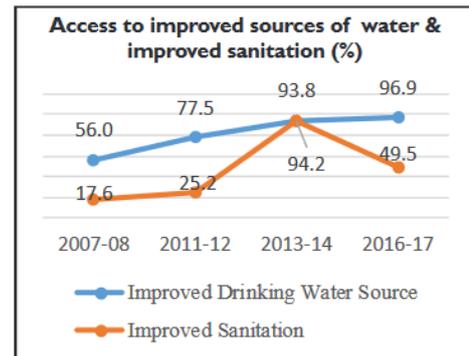
Im selben Bericht wird erwähnt, dass bezogen auf alle neun untersuchten Provinzen (darunter die Provinz Balkh) berichtet werde, dass im Mai und Juni 2017 Malaria, Ruhr und Cholera die häufigsten Krankheiten, die durch die Verwendung von Wasser aus unsicheren Quellen verursacht werden, gewesen seien. Aus zahlreichen Distrikten seien viele Fälle von Anämie gemeldet worden, die vor allem Frauen (stillende Mütter) und Kinder betreffe und eine Folge der Unterernährung sei:

„Malaria, dysentery, and cholera are the most reported illnesses in May and June due to use of water from unsafe and untreated sources. A large number of anaemia cases are reported from numerous districts affecting predominantly women (breast-feeding mothers) and children, this being a consequence of malnutrition amongst the targeted populations.“ (IOM, Juni 2017, S. 23)

In einem im November 2018 geführten Gespräch mit William Carter, dem Programmleiter für Afghanistan beim Norwegischen Flüchtlingsrat (Norwegian Refugee Council, NRC), gab dieser an, dass es in Mazar-e Sharif kaum ein gewöhnliches Abwassersystem gebe. In den Binnenvertriebenen-siedlungen in und um Mazar-e Sharif gebe es vielerorts keine Klärtanks oder ähnliches. Was es gebe, seien sogenannte belüftete und verbesserte Grubenlatrinen. Diese seien im Grunde genommen ein bisschen besser als lediglich ein Loch im Boden, allerdings würde es sich dabei um lokal gelagertes Abwasser handeln, das gelegentlich manuell abtransportiert werden könne. Bezugnehmend auf die Verbreitung von Krankheiten innerhalb der Siedlungen, in denen Binnenvertriebene und Rückkehrende leben würden, führt Carter an, dass es schwierig festzustellen sei, ob gewisse Krankheiten in den Siedlungen stärker verbreitet seien als in den Aufnahmegemeinschaften. Man wisse aber, dass Krankheiten, die über das Wasser übertragen werden, wie beispielsweise Durchfallerkrankungen bei sehr niedrigen hygienischen Standards besonders häufig auftreten könnten. (Carter, 14. November 2018)

2.3.3 Kabul

Laut den 2018 von der afghanischen Statistikbehörde (NSIA, früher CSO) veröffentlichten Provinz-Profilen sei jener Bevölkerungsanteil der Provinz Kabul, der Zugang zu verbesserten Sanitäranlagen habe, von 17,6 Prozent im Jahr 2007/08 auf 25,2 Prozent im Jahr 2011/12 und auf 94,2 Prozent im Jahr 2013/14 gestiegen, jedoch 2016/17 auf 49,5 Prozent gesunken. (NSIA, 2018, S. 9-10)



(NSIA, 2018, S. 9-10)

Hygienische Bedingungen in den Ansiedlungen von Binnenvertriebenen und RückkehrerInnen in Kabul 2010-2018

Informationen zu den hygienischen Bedingungen in den Siedlungen von Binnenvertriebenen bzw. RückkehrerInnen in und um Kabul-Stadt finden sich in einem 2011 veröffentlichten Bericht der Weltbank und UNHCR, einem Amnesty International-Bericht aus 2012, in einem ebenfalls 2012 von Samuel Hall, NRC und dem JIPS veröffentlichten Bericht, in einem Bericht von IOM aus dem Jahr 2017 sowie in einem Bericht von NRC, IDMC und Samuel Hall vom Jänner 2018.

In einer im Mai 2011 von der Weltbank und UNHCR veröffentlichten Studie zu Binnenvertriebenen im urbanen Umfeld der Städte Kabul, Herat und Kandahar wird angeführt, dass Binnenvertriebene ein viel höheres Maß an Bedürftigkeit als die städtischen Armen durchleben würden und dies potenziell negative Auswirkungen auf ihre Gesundheit habe. Über 70 Prozent der Binnenvertriebenen, verglichen mit 18 Prozent der städtischen Armen, hätten keinen Zugang zu Strom. Unzureichende Wasser- und Sanitäranlagen, schlechte Entwässerung und Abfallwirtschaft sowie Raumluftverunreinigung würden die Lebensbedingungen in diesen Siedlungen prägen. Die Mehrheit hätte erhebliche körperliche, geistige und soziale Vulnerabilitäten, von denen die häufigsten gesundheitlich bedingt seien (chronisch krank, psychisch krank, körperlich behindert):

„IDPs have a much higher level of deprivation than the urban poor, with potential negative impacts on health outcomes. Over 70 percent of IDPs, compared to 18 percent of the urban poor, do not have access to electricity. Inadequate water and sanitation facilities, poor drainage and solid waste management and indoor pollution characterize living conditions in these settlements. Access to services is also a cause of tension between the host communities and the displaced. For example, IDPs in all three cities voiced their frustration over differences in their water access and that of longer-term residents.“ (The World Bank/UNHCR, Mai 2011, S. 8)

„The majority had significant physical, mental, and social vulnerabilities, of which the most frequent was health related (chronically ill, mentally ill, physically disabled), followed by those lacking support of family or community members (poor families, female - headed

households, single parent households, drug addicts).“ (The World Bank/UNHCR, Mai 2011, S. 23)

Laut einer im selben Bericht veröffentlichten Tabelle würden 51,3 Prozent der Binnenvertriebenen in Kabul-Stadt an chronischen Krankheiten leiden, 25 Prozent an psychischen Erkrankungen und 28,3 Prozent an einer körperlichen Behinderung. (The World Bank/UNHCR, Mai 2011, S. 23)

Die Weltbank und UNHCR erläutert in diesem Bericht zudem die Definition bzw. Identifikation von sogenannten „extrem gefährdeten Individuen“ (Extremely Vulnerable Individuals, EVIs). Zur Vereinheitlichung der Abläufe und in Übereinstimmung mit internationalen Standards habe UNHCR Leitlinien für „extrem gefährdete Einzelpersonen entwickelt“ entwickelt. Diese würden standardisierte Kriterien für die Identifizierung und Unterstützung verschiedener für UNHCR relevanter Kategorien von EVIs (insbesondere Binnenvertriebene und rückkehrende Flüchtlingen) enthalten. Der UNHCR EVI-Leitfaden definiere extrem gefährdete Individuen als jene, die sich in einer lebensbedrohlichen Situation befinden würden und nicht in der Lage seien, sich selbst zu helfen, denen es an familiärer und gemeinschaftlicher Unterstützung mangle oder die an körperlichen oder geistigen Erkrankungen leiden würden. Obwohl kein klares Muster in Bezug auf die EVI-Kategorie im Verhältnis zur Dauer der Ansiedlung Binnenvertriebener erkennbar sei, würden diesbezüglich doch wesentliche Unterschiede zwischen den drei in der Studie untersuchten Städten bestehen. Insbesondere die in Kabul befragten Binnenvertriebenenhaushalte würden eher in die EVI-Kategorien fallen. Die höhere Konzentration gefährdeter Haushalte in Kabul könnte eine direkte Folge der Entscheidung vieler Binnenvertriebenen sein, sich aufgrund eines besseren Zugangs zu Dienstleistungen in der Hauptstadt niederzulassen:

„For consistency across operations, and in line with international standards, UNHCR developed guidelines regarding ‘Extremely Vulnerable Individuals’ (EVIs) which set out standardized criteria for the identification and assistance of various categories of EVIs of concern to UNHCR (namely IDPs and refugee returnees). The UNHCR EVI guidance defines extremely vulnerable as people who may be in a life threatening situation, unable to help themselves, lacking family and community support or suffering from physical or mental trauma. [...]

Although there is no clear pattern in terms of EVI category by duration of settlement, key differences exist between the three cities in the study. IDP households surveyed in Kabul, in particular, are more likely to fall in EVI categories (Table 7). Higher concentration of vulnerable households could be a direct consequence of the self-selection of IDPs who choose to locate in Kabul because of better access to services in the capital (See Table 4).“ (The World Bank/UNHCR, Mai 2011, S. 22-23)

Im Februar 2012 veröffentlicht Amnesty International (AI) einen Bericht basierend auf Erhebungen, die zwischen 2008 und 2011 durchgeführt wurden, und sich mit der Situation von zwölf in Slums lebenden Gemeinschaften rund um die Städte Kabul, Mazar-e Sharif und Herat-Stadt befassen. Bezugnehmend auf die hygienischen Herausforderungen wird angeführt, dass das Land, auf dem viele dieser Slums liegen würden häufig als Deponie für Abfälle aus

benachbarten Gebäuden diene. Es gebe zu wenig Latrinen für die Anzahl der Einwohner und es sei für die Bewohner schwierig, die Latrinen sauber zu halten. Die Bewohner von Kart-e-Parwan (eine Nachbarschaft drei bis fünf Kilometer nordwestlich des Kabuler Stadtzentrums, Anm. ACCORD) hätten gegenüber Amnesty International erwähnt, dass die Latrinenabfälle aus der nahe gelegenen Moschee um ihre Unterkünfte herum in den Boden sickern würden. Unter diesen Bedingungen sei es nicht verwunderlich, dass Anwohner und Gesundheitspersonal mitgeteilt hätten, dass Hautinfektionen und Durchfallerkrankungen vor allem bei Kindern häufig auftreten würden. Eine 30-Jährige habe Amnesty International erzählt, dass ihre Kinder jeden Sommer Durchfall hätten seit sie in Kart-e-Parwan wohnen würden. In den letzten drei Jahren seien mindestens ein Dutzend Kinder an Durchfall gestorben. Sie seien nicht medizinisch versorgt worden:

„Slum residents face other challenges with sanitation and hygiene. The land on which many of these slums sit often serves as a dumping ground for refuse from neighbouring buildings. There are too few latrines for the number of residents, and it is difficult for residents to keep these latrines clean. The residents of Kart-e-Parwan also told us that the latrine waste from the nearby mosque would seep into the ground around their shelters. Under these conditions, it is not surprising that residents and health workers told us that skin infections and diarrhoea are common, especially among children. “Since I came here, my children have suffered diarrhoea every summer. Over the past three years, at least a dozen children have died of diarrhoea. They didn’t get any medical attention,” reported Zarmina, a 30-year-old woman in Kart-e-Parwan.” (AI, 23. Februar 2012, S. 36)

In einem von Samuel Hall, dem Norwegian Refugee Council (NRC) und dem Joint IDP Profiling Service (JIPS) 2012 veröffentlichten Bericht wurden die Ergebnisse einer qualitativen Befragung von über 1000 Binnenvertriebenen-Haushalten in fünf Provinzen, darunter auch Kabul und Herat, dokumentiert. Laut dem Bericht seien die sanitären Einrichtungen begrenzt. 62,3 Prozent der Binnenvertriebenen würden traditionell bedeckte Latrinen benutzen, 24,5 Prozent gekennzeichnet Toiletten ohne Grube und 11,5 Prozent ihre Notdurft im Freien verrichten. Überfüllte Bedingungen in Verbindung mit dem Mangel an ausreichenden sanitären Einrichtungen und der Notdurftverrichtung im Freien könnten zu ernsthaften gesundheitlichen Risiken führen. Eine Mutter, die sich vor dem Kochen nicht die Hände waschen könne, könnte ganze Haushalte mit bakteriellen Infektionen anstecken. Den Ergebnissen der Untersuchung zufolge hätten Binnenvertriebene mehr Zugang zu Gesundheitseinrichtungen als erwartet. Die Ergebnisse würden eher auf Probleme bei der Qualität der Gesundheitsversorgung als beim Zugang hindeuten. Die Ergebnisse würden zeigen, dass Binnenvertriebene oft professionelle medizinische Hilfe suchen würden. Weniger als drei Prozent der Binnenvertriebenen hätten angegeben, in den letzten drei Monaten nicht um Behandlung für ein krankes Haushaltsmitglied angesucht zu haben. Obwohl Binnenvertriebene oft medizinische Hilfe in Anspruch genommen hätten, hätten sie Kritik an der Qualität der Gesundheitsdienstleistungen geäußert. Aufgrund chronischer Nahrungsmittelknappheit sowie Qualitäts- und Quantitätsmängeln bei Lebensmitteln seien die Gesundheit und das tägliche Leben von Binnenvertriebenen beeinträchtigt. Dies gelte insbesondere für Kinder von Binnenvertriebenen, die häufig mit Ernährungsdefiziten konfrontiert seien. Binnenvertriebene hätten zudem einen verringerten Zugang zu sicherem Trinkwasser, was sie Gesundheitskrisen aussetze. Den Ergebnissen zufolge sei auch der Zugang zu sanitären Einrichtungen begrenzt

und die meisten Binnenvertriebenen würden traditionelle abgedeckte Latrinen (62,3 Prozent), ausgewiesene Toilettenanlagen ohne Grube nutzen (24,5 Prozent) oder die Notdurft im Freien verrichten (11,5 Prozent). Überfüllte Bedingungen in Verbindung mit dem Mangel an ausreichenden Sanitäreinrichtungen bzw. Notdurftverrichtung im Freien könnten tagtäglich zu ernsthaften gesundheitlichen Problemen führen. Obwohl Binnenvertriebene Zugang zur Gesundheitsversorgung hätten, gebe es vor allem zwei Probleme, die zu beachten seien: der Mangel an qualitativ hochwertigen Gesundheitsdienstleistungen und der Mangel an ausreichender Nahrung, und Unterstützung hinsichtlich Sanitäreinrichtungen und Hygiene. Die Kombination dieser Mängel hätte einen negativen Einfluss auf die Gesundheit aller Haushaltsmitglieder, allen voran auf die von Kindern:

„Sanitation facilities were also limited with most IDPs using traditional covered latrines (62.3 per cent), designated toilet facilities lacking a pit (24.5 per cent), or resorting to open fields or bushes (11.5 per cent). Overcrowded conditions, in conjunction with the lack of adequate sanitation facilities and open defecation, can produce serious health concerns. A mother unable to wash her hands before cooking can spread bacterial infections to entire households.” (Samuel Hall/NRC/Joint IDP Profiling Service, November 2012, S. 31)

„IDPs have more access to health care facilities than was initially expected, but findings point to concerns over the quality of health treatment, rather than questions of access. Findings show that IDPs often seek professional medical assistance: less than three per cent of IDPs reported not seeking treatment for a sick household member in the previous three months. Though IDPs often sought medical attention, they expressed criticisms about the quality of their health services. IDPs explained that they often felt their trips to clinics were not helpful in solving their ailments. Due to chronic food shortages and shortages in quality and quantity of food, IDPs' health and daily lives are adversely affected during displacement. It is especially concerning for children of IDPs who are likely to face nutritional deficits. Closely related to food shortages, IDPs also suffer from reduced access and quality of water post-displacement. While IDPs use water sources similar to non-displaced populations, they continue to have less access to safe drinking water, leaving them vulnerable to health risks. Sanitation facilities were also limited, with most IDPs using traditional covered latrines (62.3 per cent), designated toilet facilities lacking a pit (24.5 per cent) or resorting to open fields or bushes (11.5 per cent). Overcrowded conditions, in conjunction with the lack of adequate sanitation facilities, can produce serious health concerns on a daily basis. Hence, although IDPs state having access to health facilities, there are two key issues to keep in mind for future assistance: the lack of quality health care (especially affordable medication) and the lack of sufficient nutrition, sanitation and hygiene assistance, all of which combine to negatively impact health levels of all household members, especially children.” (Samuel Hall/NRC/Joint IDP Profiling Service, November 2012, S. 71)

Im Rahmen ihrer Displacement Tracking Matrix veröffentlicht die Internationale Organisation für Migration (IOM) im Juni 2017 einen Bericht, in dem unter anderem die Lage von Binnenvertriebenen und Rückkehrenden in der Provinz Kabul untersucht wurde. Im Bericht wird erwähnt, dass bezogen auf alle neun untersuchten Provinzen berichtet werde, dass im Mai und Juni 2017 Malaria, Ruhr und Cholera die häufigsten Krankheiten, die durch die Verwendung

von Wasser aus unsicheren Quellen verursacht werden, gewesen seien. Aus zahlreichen Distrikten seien viele Fälle von Anämie gemeldet worden, die vor allem Frauen (stillende Mütter) und Kinder betreffe und eine Folge der Unterernährung sei:

„Malaria, dysentery, and cholera are the most reported illnesses in May and June due to use of water from unsafe and untreated sources. A large number of anaemia cases are reported from numerous districts affecting predominantly women (breast-feeding mothers) and children, this being a consequence of malnutrition amongst the targeted populations.” (IOM, Juni 2017, S. 23)

In einem von NRC, IDMC und Samuel Hall im Jänner 2018 veröffentlichten Bericht über Binnenvertreibung in Afghanistan, der auf Daten aus den Provinzen Kabul, Herat, Kandahar, Kunduz und Nangarhar basiert und sich unter anderem auf die Distrikthauptstädte konzentriert, wird angeführt, dass die hygienischen Bedingungen problematisch seien, obwohl 68 Prozent der Befragten zumindest eine traditionell bedeckte Latrine benutzen würden. Neun Prozent hätten jedoch keinen Zugang zu Toilettenanlagen, und 13 Prozent hätten in ihrem Lager eine Fläche die sie dafür nutzen würden, jedoch keine Grube. Nur neun Prozent hätten Zugang zu einer Spüllatrine. Die gesundheitlichen Folgen könnten insbesondere für Frauen, Mädchen, Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen erheblich sein. Die Exposition gegenüber geschlechtsspezifischer Gewalt sei auch ein Problem für diejenigen, die sich die Anlagen teilen müssten:

„Sanitation conditions are also a problem, though 68 per cent of respondents at least use a traditional covered latrine. Nine per cent, however, have no access to toilet facilities, and 13 per cent have an area in their compound to use but no pit. Only nine per cent have access to a flush latrine. Health consequences can be significant, particularly for women, girls, people with disabilities and the elderly. Exposure to gender-based violence is also an issue for those who have to share facilities.” (NRC/IDMC/Samuel Hall, 24. Jänner 2018, S. 26)

2.4 Gesundheitsversorgung

Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (European Asylum Support Office, EASO) schreibt in seinem auf Herkunftsländerinformationen basierenden Leitfaden zu Afghanistan („Country Guidance“) im Juni 2018, dass in den Städten Kabul, Herat und Mazar-e Sharif Gesundheitseinrichtungen verfügbar seien. Diese seien jedoch aufgrund der zunehmenden Anzahl an Binnenvertriebenen und Rückkehrenden überlastet. Der Mangel an finanziellen Mitteln sei ein wesentliches Hindernis beim Zugang zur Gesundheitsversorgung:

„Basic health care: Healthcare facilities are present in these cities; however, healthcare services are overstretched by the increase in displaced and returned persons. The lack of financial means is a major barrier to accessing health care.” (EASO, Juni 2018, S. 104)

In einem im Mai 2016 von Amnesty International (AI) veröffentlichten Bericht, der auf Besuchen von Binnenvertriebenensiedlungen in Herat-Stadt, Kabul und Mazar-e Sharif basiert, wird angeführt, dass der Zugang zu hochwertiger Gesundheitsversorgung für viele AfghanInnen immer noch ein täglicher Kampf sei, obwohl die Verbesserung des Gesundheitssystems als einer der größten Erfolge in Afghanistan nach der von den USA geführten Invasion von 2001

gefeiert worden sei. In einem Bericht von Ärzten ohne Grenzen (Médecins Sans Frontières, MSF) aus dem Jahr 2014 sei betont worden, dass der Konflikt für die Menschen oft ein großes Hindernis in Bezug auf die gefährliche Reise zu Gesundheitseinrichtungen darstelle, und selbst wenn Kliniken oder Krankenhäuser zugänglich seien, sei die Qualität der verfügbaren Einrichtungen, der Medikamente und Mitarbeiter oft fragwürdig. Die UNO habe hervorgehoben, wie die Welle der Gewalt zu einer Zunahme von Angriffen und Bedrohungen gegen Schulen und Krankenhäuser geführt habe, was die Möglichkeiten für Kinder, eine Ausbildung oder medizinische Versorgung zu erhalten, alarmierend beeinträchtigt habe. In diesem Zusammenhang sei es nicht schwer zu erkennen, dass der Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen eine noch größere Herausforderung für Vertriebenen darstelle aufgrund deren zusätzlicher Vulnerabilität:

„Although improvements in the health care system have been hailed as one of the major successes in Afghanistan following the 2001 US-led invasion, for many Afghans accessing quality health care is still a daily struggle. A 2014 report by Médecins Sans Frontières (MSF) highlighted how the conflict is often a major barrier for people to make the dangerous journeys to reach health care facilities, and even when clinics or hospitals are accessible the quality of the facilities, medicines and staff on offer is often questionable. The UN has also highlighted how the surge in violence has led to an increase in attacks and threats against schools and hospitals, alarmingly reducing children’s ability to get an education or medical care. In this context, it is not difficult to see that accessing healthcare services is an even bigger challenge for those displaced due to their additional vulnerabilities.“ (AI, 31. Mai 2016, S. 35-36)

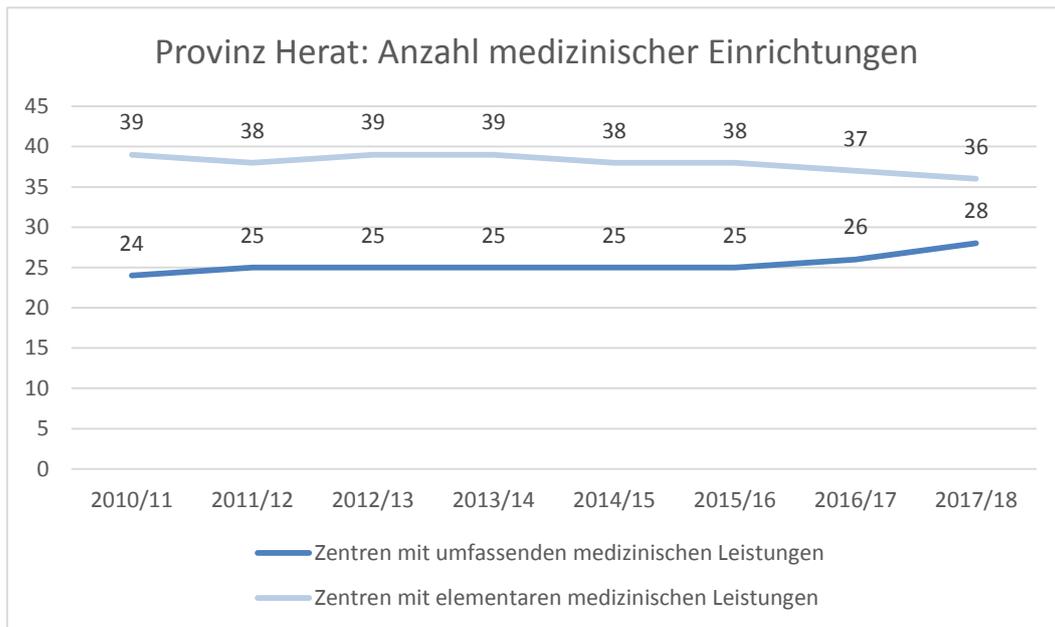
In einem 2014 vom Think Tank Samuel Hall verfassten Bericht zur urbanen Armut in Afghanistan wird angeführt, dass der Zugang zu Gesundheitseinrichtungen in den Städten Kabul und Herat einfacher sei als in Mazar-e Sharif, Kandahar oder Jalalabad, wo die durchschnittliche Entfernung zu einer medizinischen Einrichtung größer sei:

„Accessing Health Facilities: Easier in Kabul and Herat

Area observations show clear patterns by city in terms of access to basic services, with Kabul and Herat benefiting from easier access to health facilities while the average distance to a health facility is significantly higher in Mazar-e-Sharif and Kandahar, and to a lesser extent Jalalabad, as highlighted in table 2.3.“ (Samuel Hall, 2014, S. 48)

2.4.1 Herat

In den von der afghanischen Statistikbehörde (NSIA, früher CSO) herausgegebenen Statistischen Jahrbüchern finden sich Daten zur medizinischen Versorgung in der Provinz Herat. Laut den veröffentlichten Daten sei die Anzahl der medizinischen Zentren, die umfassende Leistungen anbieten würden („Comprehensive Health Centers“), von 24 im Jahr 2010/11 auf 28 im Jahr 2017/18 gestiegen, während die Anzahl der medizinischen Zentren, die elementare Versorgung anbieten würden („Basic Health Centers“), im selben Zeitraum von 39 auf 36 gesunken sei:



(Basierend auf Daten von CSO, ohne Datum (a), S. 111; CSO, ohne Datum (b), S. 112; NSIA, August 2018, S. 96)

In einem Artikel vom November 2016 führt die Weltbank an, dass es in der Provinz Herat 85 Gesundheitszentren gebe:

„As one of 85 health centers in Herat Province, Jebrael health center provides basic health services to about 60,000 people and sees an average of 300 visitors a day, most of whom visit the immunization and general outpatient units. The health center, which is open daily, is located northwest of Herat city.“ (The World Bank, 1. November 2018)

Der afghanische Nachrichtensender Tolo News veröffentlicht im April 2017 einen Artikel über Kritik an den medizinischen Einrichtungen seitens der Bewohner Herats. Den Bewohnern zufolge, würde der Mangel an erforderlichen Diagnose- und Behandlungseinrichtungen viele in Herat dazu bringen für medizinische Behandlung ins Ausland zu reisen. Die Bewohner würden anführen, dass die Mehrheit der Medikamente auf dem lokalen Markt eine geringe Qualität habe, dass es keine Diagnoseeinrichtung in Herat gebe und Ärzte Krankheiten nicht richtig diagnostizieren könnten. Zudem würde man in privaten Gesundheitseinrichtungen mit den Dienstleistungen Handel betreiben, so die Bewohner Herats. Unterdessen habe der Direktor für Public Health der Provinz Herat angeführt, dass man nicht in der Lage sei, den Zulauf minderwertiger Medikamente auf dem lokalen Markt zu verhindern. Ein großer Teil der Arzneimittel werde ins Land geschmuggelt, weshalb die Qualität der geschmuggelten Medikamente nicht überprüft werden könne. In der Provinz gebe es 65 private Gesundheitszentren, die man aufgrund von Personalmangel nicht alle evaluieren könne, so der Beamte:

„A number of Herat residents said on Friday that lack of ‘required’ diagnostic and treatment facilities push dozens of Herat residents to travel abroad for treatment.

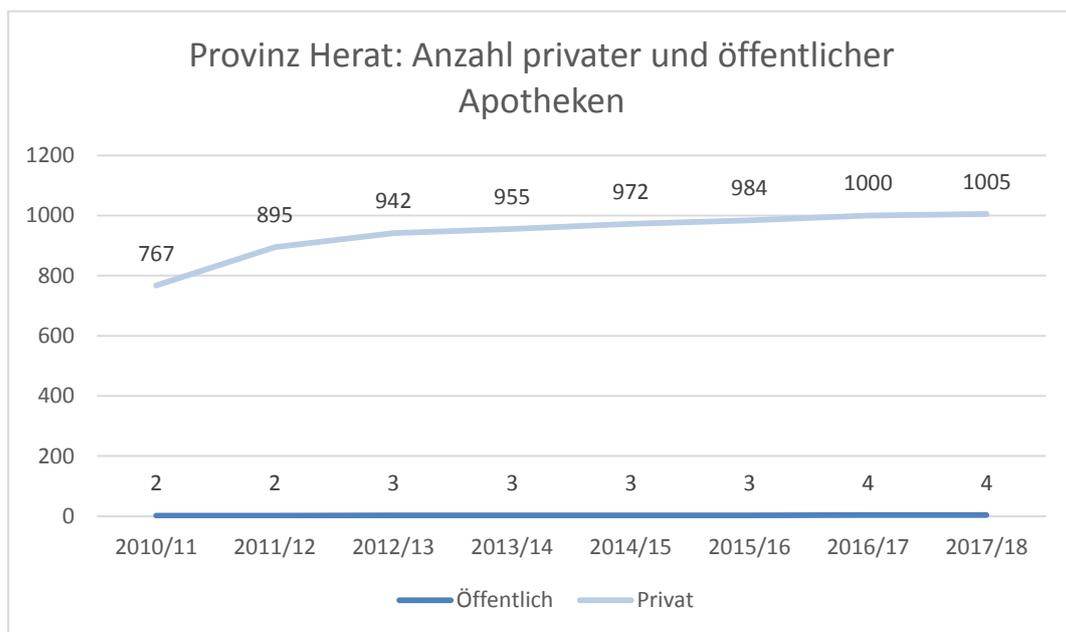
The residents claimed that majority of medicines in the local market has low quality. ‘There is no diagnostic facility in Herat. Doctors cannot diagnose diseases properly. We have no

way but to travel abroad for treatment due to scarcity of modern laboratories and the existence of low quality medicines,' said Mohammad Daud, a resident of Herat.

The residents also said many private healthcare centers have merged health with trade in their services. [...]

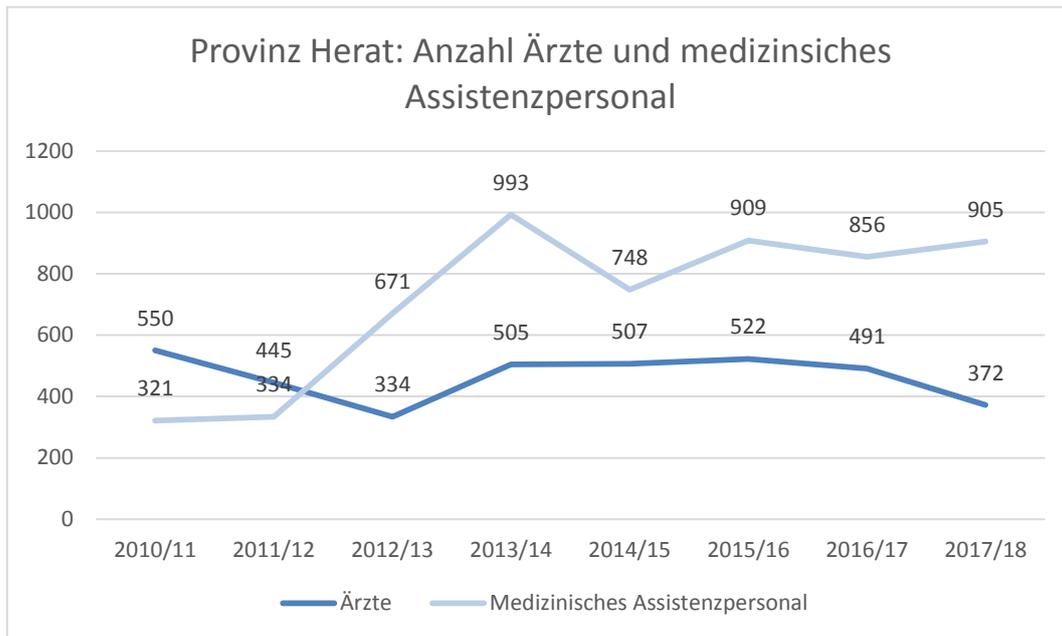
Meanwhile, the provincial director of public health, Abdul Hakim Tamanna, said they are not able to prevent the flow of low quality medicines in the local market. 'Unfortunately, a big part of pharmaceuticals is being smuggled into the country. Therefore, we cannot monitor the quality of smuggled medicines,' he said. 'We have 65 private healthcare centers. It is not easy to assess all of them, because we face lack of personnel,' he added.' (Tolo News, 7. April 2017)

Laut den statistischen Jahrbüchern der afghanischen Statistikbehörde (NSIA, früher CSO) sei die Anzahl der öffentlichen Apotheken seit 2010/11 von 2 auf 4 im Jahr 2017/18 angewachsen, und die Anzahl der privaten Apotheken zwischen 2010/11 und 2017/18 von 767 auf 1005 gestiegen:



(Basierend auf Daten von CSO, ohne Datum (a), S. 113; CSO, ohne Datum (b), S. 106; CSO, ohne Datum (c), S. 113; NSIA, August 2018, S. 97)

Im Verlauf zwischen 2010/11 und 2017/18 sei die Anzahl der Ärzte in der Provinz Herat von 550 auf 372 gesunken und die Anzahl medizinischer MitarbeiterInnen von 321 auf 905 gestiegen. Bezugnehmend auf die sinkende Anzahl der Ärzte zwischen den Jahren 2016/17 und 2017/18, führt die NSIA im Statistischen Jahrbuch 2017/18 an, dass dies an der Entfernung von Doppelnennungen aus der Statistik liege:



(Basierend auf: CSO, ohne Datum (a), S. 116; CSO, ohne Datum (b), S. 116/117; NSIA, August 2018, S. 99-100)

Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (European Asylum Support Office, EASO) bezieht sich in seinem im August 2017 veröffentlichten Bericht zu den sozioökonomischen Schlüsselindikatoren in den Städten Herat, Mazar-e Sharif und Kabul auf einen Zeitungsartikel vom Jänner 2017, wonach Mazar-e Sharif und Herat über ein Netzwerk von Gesundheitseinrichtungen, Kliniken, Krankenhäusern und mobilen Kliniken verfügen würden. Das Netzwerk befinde sich noch im Aufbau. Im Jänner 2017 habe das Gesundheitsministerium mit dem Aufbau von 14 neuen Gesundheitsprojekten in Herat begonnen, darunter eine Prothesenwerkstatt, Hilfsmittel für Herats Regionalkrankenhaus, eine regionale und eine Geburtsklinik. In der von Samuel Hall 2014 durchgeführten Studie zur urbanen Armut in Afghanistans Städten wird angeführt, dass Menschen in Herat im Vergleich zu den anderen Städten vom einfacheren Zugang zu Gesundheitseinrichtungen profitieren würden. Das EASO bezieht sich außerdem auf einen Artikel des Instituts für Kriegs- und Friedensforschung vom Februar 2017, wonach der Leiter der Abteilung für Public Health in Herat angegeben habe, dass Psychotherapie und Medikamente in allen Gesundheitseinrichtungen der Provinz verfügbar seien:

„Mazar-e Sharif and Herat have a network of health facilities, clinics, hospitals and mobile clinics. The network is still being developed. In January 2017 the Ministry of Health started construction works of 14 new health projects in Herat, including an artificial limbs workshop, assistive devices for Herat’s regional hospital, a Herat regional blood bank, and a maternity hospital.

In a study among urban poor, Samuel Hall found in 2014 that Herat benefitted from easier access to health facilities than other cities.

With regards to mental health treatment, the head of Herat’s Public Health Department, quoted by the Institute of War and Peace Reporting (IWPR) in February 2017, said that

‘psychotherapy and medication were available at all the province’s health centres’” (EASO, August 2017, S. 57)

Die afghanische Public Policy Research Organization (APPRO) veröffentlicht im April 2016 einen Bericht zu den zivilen, sozialen und ökonomischen Rechten in Afghanistan. Dem Bericht zufolge sei der Zugang zu Gesundheitseinrichtungen in der Provinz Herat und vor allem in Herat-Stadt verhältnismäßig gut. Es gebe aber keine Dienstleistungen für Opfer von sexuellen Übergriffen und keine Diagnose und Behandlung von Geschlechtskrankheiten in öffentlichen Gesundheitszentren. Einige private Krankenhäuser würden diese Dienstleistungen anbieten:

„Access to health services is relatively good, particularly in Herat City. [...] There are no services for victims of sexual assault or STD diagnosis and treatment in public health centers. Some private hospitals offer these services.” (APPRO, April 2016, S. 50)

Zugang zu medizinischer Versorgung von Binnenvertriebenen und RückkehrerInnen in Herat-Stadt 2010-2018

Informationen zum Zugang zu medizinischer Versorgung von Binnenvertriebenen und RückkehrerInnen in und um Herat-Stadt finden sich in Berichten von Amnesty International aus den Jahren 2012 und 2016, einem 2015 veröffentlichten Bericht von REACH, einem Bericht von UN Habitat und UNHCR aus dem Jahr 2016 und einer von EASO veröffentlichten E-Mail-Auskunft von UNHCR vom März 2017. Darüber hinaus konnten Informationen aus im November 2018 stattgefundenen Gesprächen mit dem Programmleiter für Afghanistan des NRC und Mitarbeitern des UNHCR-Büros in Herat-Stadt gewonnen werden.

Im Februar 2012 veröffentlicht Amnesty International (AI) einen Bericht basierend auf Erhebungen, die zwischen 2008 und 2011 durchgeführt wurden, und sich mit der Situation von zwölf in Slums lebenden Gemeinschaften rund um die Städte Kabul, Mazar-e Sharif und Herat-Stadt befassen. Darin wird angeführt, dass viele Familien berichten würden, dass sie sich Medikamente entweder nicht leisten könnten, oder dass sie diese nur auf Kosten anderer Notwendigkeiten, meist Nahrung, bezahlen könnten. In einigen Fällen könne die Zahlungsunfähigkeit fatale Folgen haben. So habe Marzia, eine 40-jährige Frau, die im Minaret-Camp in Herat (rund 1,9 Kilometer vom Zentrum von Herat-Stadt entfernt, Anm. ACCORD) lebe, Amnesty International erzählt, dass vier ihrer Kinder gestorben seien, weil sie nicht in der Lage gewesen sei, die benötigten Medikamente zu bekommen. Es gebe außerdem keine staatlichen Kliniken in der Nähe einiger der von Amnesty International besuchten Gemeinden. Dies bedeute, dass die einzigen Möglichkeiten darin bestehen würden, in private Kliniken zu gehen, Transportkosten für den Weg in eine staatliche Klinik zu tragen, oder ganz auf die medizinische Hilfe zu verzichten. Schwangerschaft und Geburt würden spezielle Versorgung erfordern, insbesondere wenn es zu Komplikationen komme. Da eine solche Versorgung in den meisten Gemeinden nicht ohne weiteres möglich sei, könne es kostspielig sein, zu geeigneten Einrichtungen zu gelangen. Aus diesem Grund werde die Entscheidung, Betreuung aufzusuchen, oft hinausgezögert. Diese Entscheidung werde häufig vom Ehemann oder einem männlichen Verwandten und nicht von der Frau selbst getroffen, was die Wahrscheinlichkeit für Verzögerungen erhöhe. Die 35-jährige Parwin, die ebenfalls im Minaret-Camp lebe, habe angegeben, dass sie ihre Kinder zu Hause auf die Welt bringe. Es gebe hier keine professionelle

Hebamme; üblicherweise würde man eine ältere Frau um Hilfe bitten. Einmal sei Parwin kurz vor dem Tod gestanden, aber habe trotzdem nicht in eine Klinik gehen können. Amnesty International habe bestätigen können, dass man für die Entbindung in staatlichen Geburtskliniken keine Kosten trage, aber dass die Familien für alle Medikamente aufkommen müssten. Keines der Medikamente, das während der Geburt oder danach benötigt werde, würde für Mutter oder Kind zur Verfügung gestellt werden:

„Many families reported that they had could not pay even the charges for medication, or that they covered these costs only at the expense of other necessities, usually food. In some cases, the inability to pay may have fatal consequences. For example, Marzia, a 40-year-old woman living in Minarets camp in Herat, told Amnesty International that four of her children had died after she was unable to get the medication they needed.

And there are no state clinics near some of the communities we visited, meaning that going to private clinics, hiring transport to reach a state clinic, or foregoing care altogether are their only options.

Pregnancy and childbirth require specialised care, particularly when complications arise. Because such care is not readily available near most communities, getting to appropriate facilities can be costly. For that reason, the decision to seek care is often delayed. And the decision to seek care is frequently made by a husband or male relative rather than by the woman herself, increasing the potential for delay.” (AI, 23. Februar 2012, S. 39)

„‘When I give birth to my children, I do it at home,’ said Parwin, a 35-year-old woman living in Minarets camp. ‘We don’t have a professional midwife here; we normally call on an old woman to come and help. Once I was near to dying, but still I wasn’t able to go to a clinic.’ We confirmed that there are no charges for the delivery in government-run maternity hospitals but that families must purchase all medications—none of the medication needed during the delivery or after is provided for mother or child.” (AI, 23. Februar 2012, S. 40)

REACH, eine Initiative der humanitären NGOs IMPACT und ACTED sowie des operativen UN-Satellitenanwendungsprogramm UNOSAT, veröffentlicht im April 2015 eine Schnellevaluierung („Rapid Assessment“) zur Binnenvertreibung und zum Zugang von Binnenvertriebenen zu grundlegenden Dienstleistungen in Herat. Dabei wurden unter anderem die sechs Kilometer von Herat-Stadt entfernte Siedlung Karizak untersucht. Basierend auf Informationen vom Februar 2015 sei die nächstgelegene Gesundheitseinrichtung das Kinderkrankenhaus, das sich in der Nähe der IDP-Siedlungen befinde. Die Entfernung zu dieser Einrichtung variere je nach Siedlung zwischen 500 Metern und vier Kilometern. Darüber hinaus gebe es zwei private Apotheken im Umkreis, die für Binnenvertriebene zugänglich seien. Ein Krankentransport stehe zur Verfügung, den Binnenvertriebenen fehle aber das Wissen darüber, wie sie darauf zugreifen und davon profitieren könnten:

„Based on the ACTED Rapid Assessment Form (RAF) conducted in February 2015, the nearest health care facility is the children’s hospital (see reference map) which is located close to the IDP settlements. The distance to this facility varies from 500 meters to 4 kilometres, according to the settlement. Moreover, two private pharmacies have been

identified in the area and are accessible to IDPs. An ambulance service is available, but IDPs lack of knowledge on how to access and benefit from it.” (REACH, April 2015, S. 5)

In einem im Mai 2016 von Amnesty International (AI) veröffentlichten Bericht, der auf Besuchen von Binnenvertriebenen-Siedlungen in Herat-Stadt, Kabul und Mazar-e Sharif basiert, wird angeführt, dass den meisten der von Amnesty International besuchten Gemeinden eine eigene Gesundheitseinrichtung fehle, obwohl einige davon einige Tage pro Woche von mobilen Kliniken, die von NGOs oder der Regierung betrieben würden, betreut würden. Zwei Siedlungen in Mazar-e-Sharif und Herat hätten eigenen Kliniken, aber die Bewohner hätten berichtet, dass diese schlecht ausgestattet seien und keine spezialisierten Ärzte hätten. Es habe keine staatlich geführten mobilen Kliniken, wie es in der Strategie zur Binnenvertreibung gefordert worden sei, gegeben. Private medizinische Kliniken seien für vertriebene Familien meist unerschwinglich, obwohl viele angegeben hätten, dass diese eine qualitativ bessere Versorgung und kürzere Wartezeiten als die von der Regierung betriebenen Einrichtungen bieten würden. Infolgedessen seien die meisten Vertriebenen auf öffentliche Krankenhäuser angewiesen, die oft stark überlastet seien. Soweit Amnesty International bekannt sei, gebe es in den großen städtischen Zentren keine Bemühungen, die Gesundheitseinrichtungen speziell für die Bedürfnisse der Vertriebenen auszubauen, wie es die Strategie zur Binnenvertreibung fordern würde. Eine 50-jährige Frau in Herat habe erzählt, dass sie oft ein oder zwei Tage warten müsse, bevor sie in öffentlichen Krankenhäusern behandelt werde, und dass sie in dringenden Fällen keine Wahl habe, als Schulden zu machen und sich an ein privates Krankenhaus zu wenden. Auch eine andere Frau habe angegeben, dass man auf die Behandlung in einem öffentlichen Krankenhaus zwei bis drei Tage warten müsse, nach denen der Patient sich entweder bereits selbst geheilt habe oder verstorben sei. Darüber hinaus würden öffentliche Krankenhäuser nur Impfungen und Verhütungsmittel kostenlos zur Verfügung stellen, während andere Medikamente in Privatkliniken oder Apotheken gekauft werden müssten. Während der Kauf von Medikamenten für viele Afghanen ein Problem darstelle, könne dies für Vertriebene, die kein geregeltes Einkommen hätten und wirtschaftlich oft schlechter als andere städtische Arme dastünden, besonders schwierig sein. Einige Vertriebene würden berichten, dass sie in privaten Krankenhäusern oder Apotheken Schulden von mehreren Tausend Afghanis hätten, um Medikamente, die sie sich nicht leisten könnten, zu kaufen. Andere hätten angegeben, dass sie oft einfach nicht das Geld hätten, um die Medikamente zu kaufen, die sie bräuchten, und ganz auf die Versorgung verzichten müssten. Dies sei äußerst besorgniserregend, da die Vertriebenen oft in unhygienischen Camps, die von Krankheiten befallen seien, leben würden, und mit erheblichen gesundheitlichen Problemen konfrontiert seien. Der Mangel an medizinischer Versorgung für Frauen und Mädchen sei insbesondere für die Geburtshilfe und gynäkologische Belange ein besonderes Thema. Die meisten Frauen hätten Amnesty International erzählt, dass sie es sich nicht leisten könnten, während der Schwangerschaft Krankenhäuser zu besuchen, sondern ihr Kind zu Hause unter oft unhygienischen Bedingungen und ohne qualifizierte Hilfe zur Welt bringen würden. Eine 35-jährige Frau in Herat habe berichtet, dass ihre Schwägerin ein stark unterernährtes Kind zur Welt gebracht hätte, das nur drei Tage überleben habe können. Sie habe vor oder nach der Geburt keinerlei Hilfe gehabt. Seitdem sei sie traumatisiert und habe gesagt, sie werde nur dann wieder schwanger werden, wenn ihr Leben sich zum Besseren gewandelt habe:

„Most of the communities Amnesty International visited lacked a dedicated healthcare facility, though some were serviced a few days per week by mobile clinics run by NGOs or the government. Two settlements, in Mazar-e-Sharif and Herat, had their own dedicated clinics, one run by the MoPH and one by the World Health Organization, but the residents said they were badly resourced and had no specialised doctors. There were no government-run mobile clinics as called for in the IDP Policy: [...]

Private medical clinics are mostly unaffordable to displaced families, even though many said they offered better quality care and shorter waiting times than those run by the government. As a result, most displaced people are reliant on public hospitals where facilities are often badly overstretched, and there have, as far as Amnesty International is aware, been no efforts in major urban centres to expand health facilities specifically to meet the needs of displaced people as the Policy calls for. One 50-year-old woman in Herat said they often had to wait for one or two days before receiving treatment at public hospitals and that for urgent matters, they have no choice but get in debt by turning to the private sector: ‘If we are ill then I have to beg and find some money to go to the private clinics, we have no other choice.’ Another woman said they had to wait two or three days for care at a public hospital after which ‘the patient has either cured himself or died’.

Additionally, public hospitals only provide vaccinations and contraceptives free of charge, while other medicines must be bought from private clinics or pharmacies. While affording medicines is a struggle for many Afghans, it can be particularly difficult for displaced people who lack regular incomes and are often economically worse off than other urban poor. Some displaced people reported having debts of several thousand Afs at private hospitals or pharmacies to buy medicines which they could not afford to pay back. [...]

Others said they often simply could not find the money to buy the drugs they needed and had to forego care altogether. This is of great concern since those displaced often live in unhygienic camps which are disease-ridden, and face considerable health issues. [...]

The lack of health care for women and girls is a particular issue, especially for obstetrics, specifically childbirth issues, and gynaecological problems. Most women told Amnesty International that they could not afford to attend hospitals when pregnant but give birth at home in often unsanitary conditions and without skilled help. One 35-year-old woman in Herat said: “My brother’s wife gave birth to a severely malnourished child who could only survive for three days. She had no assistance at all before or after the delivery. She has been traumatised since then; she says she will only get pregnant again if her life gets better.” (AI, 31. Mai 2016, S. 36-37)

In einem im Oktober 2016 veröffentlichten Bericht gehen UN Habitat und UNHCR auf die Situation in sechs Binnenvertriebenensiedlungen in der Provinz Herat ein, von denen vier in unmittelbarer Nähe zu Herat-Stadt liegen: das sechs Kilometer entfernte Karizak, das fünf Kilometer entfernte Shaidayee sowie Minaret und Naw Abad, die jeweils 1,9 Kilometer vom Zentrum der Provinzhauptstadt entfernt sind. Dem Bericht zufolge könnten die Bewohner von Karizak die Klinik Shaidayee und das Kinderkrankenhaus, das sich einen Kilometer entfernt befindet, zusätzlich zur mobilen Klinik von World Vision, die einmal pro Woche zur Verfügung

stehe, nutzen. Die mobile Klinik habe außerdem Schulungen bezüglich reproduktiver Gesundheit und Hygiene durchgeführt und gebe einige Medikamente kostenlos aus. In anderen Fällen hätten Bewohner jedoch berichtet, dass sie nicht in der Lage gewesen seien, für die Behandlung und die verschreibungspflichtigen Medikamente zu bezahlen. Obwohl es in der Nähe von Minaret zwei staatliche Gesundheitskliniken gebe, seien Probleme bezüglich der Kosten, der Überbelegung und des Medikamentenmangels erhebliche Hindernisse beim Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung für Binnenvertriebene. Die Klinik Naw Abad befinde sich zirka 15 Minuten von der Siedlung entfernt, diese bietet einige Dienstleistungen, aber die Bewohner würden angeben, dass sie sich die Rezepte oder andere Behandlungskosten nicht leisten können. Bewohner des Camps Shaidayee hätten Zugang zur nahegelegenen Klinik Shaidayee, dem Kinderkrankenhaus und der Klinik Naw Abad. Allerdings würden viele Binnenvertriebene dennoch immer noch an Tuberkulose, Diabetes und Hepatitis B leiden:

„Karizak: Health Facilities: Residents of Karizak can access Shaidayee clinic and Pediatric Hospital located 1km away, in addition a mobile clinic run by World Vision is available once a week. The mobile clinic has also conducted training with local women in reproductive health and hygiene and dispenses some medication free of charge. In other cases however residents reported being unable to pay for treatment and prescription medicines.” (UN Habitat/UNHCR, Oktober 2016, S. 29)

„Minaret: Although there are two government health clinics in the vicinity, issues of affordability, overcrowding and a lack of medications are significant barriers to IDPs accessing adequate health care. Water borne diseases such as hepatitis A and B, skin rashes and eye infections are prevalent. Issues of public health are compounded by inadequate water and sanitation facilities (particularly in Camp 1).” (UN Habitat/UNHCR, Oktober 2016, S. 34)

„Naw Abad: The Naw Abad clinic is located approximately 15 minutes away from the settlement, this provides some services however residents complain of not being able to afford prescriptions or other treatment costs.” (UN Habitat/UNHCR, Oktober 2016, S. 53)

„Shaidayee: Health facilities: Health facilities are accessible in the vicinity-Shaidayee Clinic, Pediatric hospital and Naw Abad Clinic. However, many IDPs still suffer from tuberculosis, diabetes and hepatitis B.” (UN Habitat/UNHCR, Oktober 2016, S. 78)

Das EASO nimmt in seinem im August 2017 veröffentlichten Bericht Bezug auf eine E-Mail-Auskunft vom März 2017. UNHCR habe darin zur Gesundheitsversorgung in Herat-Stadt ergänzt, dass Binnenvertriebene aus Herat in der Regel kostenlosen Zugang zum Gesundheitswesen hätten, sich aber den Kauf von Medikamenten nicht leisten könnten. Bei kleineren medizinischen Problemen sei der Besuch in staatlichen Kliniken kostenlos. Wenn es sich allerdings um ernsthafte medizinische Probleme handle oder spezielle Betreuung benötigt werde, dann müssten sich Binnenvertriebene an private Kliniken wenden. Laut UNHCR würde die NGO World Vision über mobile Teams verfügen, die in einigen Binnenvertriebenen-Siedlungen Gesundheitsdienste anbieten würden. Diese würden aber nicht ausreichen, um alle Probleme angemessen zu behandeln:

„UNHCR Afghanistan added that ‘IDPs from Herat usually have access to health service free of charge however they cannot afford buying drugs. The patient’s visit is free of cost in government clinics for minor medical issue only. But, if there is a serious medical problem or need for specialist care, then IDPs will have to refer to private clinics’. [...]

UNHCR added that ‘the NGO, World Vision has mobile teams that go to some IDP settlements and provide health services but that is not sufficient to adequately address all the issues.’ (EASO, August 2017, S. 57)

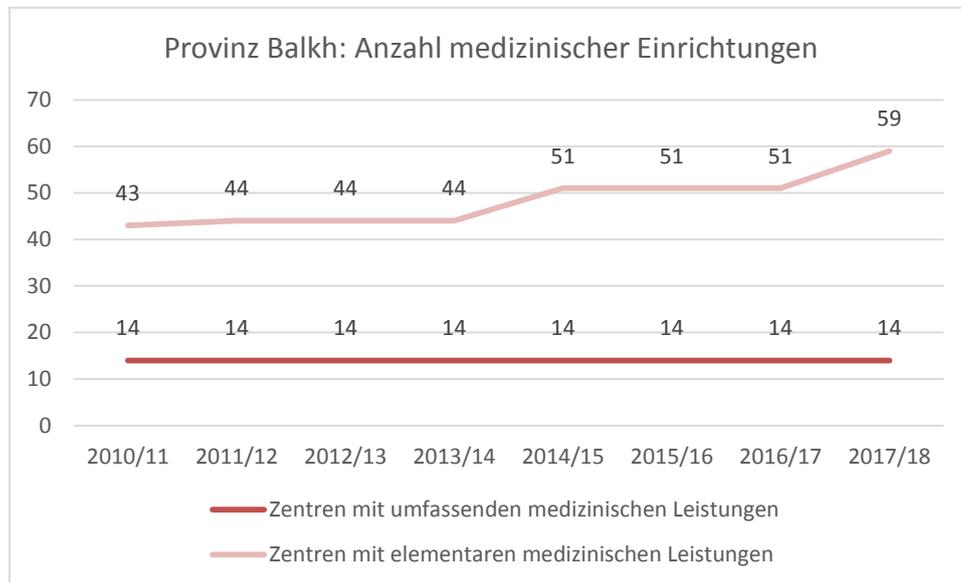
In einem im November 2018 geführten Gespräch mit William Carter, dem Programmleiter für Afghanistan beim Norwegischen Flüchtlingsrat (Norwegian Refugee Council, NRC), gab dieser an, dass Binnenvertriebene und Rückkehrende grundsätzlich Zugang zu Gesundheitseinrichtungen hätten, jedoch für den Transport dorthin und die Medikamente aufkommen müssten, was häufig ein großes Problem darstelle. In Herat-Stadt komme zudem noch hinzu, dass die Armut aufgrund der großen Anzahl an durch den Konflikt und die Dürre Vertriebenen besonders einschränkend wirke. Besonders Müttergesundheit sei ein Problem. Es habe Fälle gegeben, in denen Kinder nicht in einer Klinik mit ausgebildeten Hebammen, sondern in einem Zelt zur Welt gebracht worden seien. Ein weiteres Problem in Herat-Stadt sei es, dass es Verständnisschwierigkeiten gebe, da viele Menschen aus der Provinz Badghis, einem Paschtu-sprechendem Teil des Landes, in die Stadt Herat, wo Dari gesprochen werde, geflohen seien. (Carter, 14. November 2018)

In einem Gespräch zur Lage in Herat-Stadt führt UNHCR im November 2018 an, dass grundsätzlich jeder in gewisser Form Zugang zu medizinischer Versorgung habe. Die Ärzte in staatlichen Kliniken würden von den Patienten nicht bezahlt werden müssen, die Beschaffung von Medikamenten sei allerdings mit Kosten verbunden. Rückkehrenden würde es oft leichter fallen sich in die ansässige Bevölkerung zu integrieren, sie seien deshalb häufig, verglichen mit Binnenvertriebenen, in einer etwas besseren wirtschaftlichen Lage. Somit hätten Rückkehrende oft dieselben Zugangsmöglichkeiten zu medizinischer Versorgung wie auch der Rest der Bevölkerung. Anderen Rückkehrenden würde es finanziell wiederum nicht so gut gehen, weshalb ihre Situation eher mit jener von Binnenvertriebenen zu vergleichen sei. Binnenvertriebene hätten aufgrund der Entfernung zu Versorgungseinrichtungen und der Armut häufig weniger Zugang zu Gesundheitszentren in der Stadt. Es gebe allerdings mobile Gesundheitsteams, die vom Gesundheitscluster („health cluster“), von den Vereinten Nationen in Zusammenarbeit mit NGOs und in Abstimmung mit dem Gesundheitsministerium organisiert würden. Diese mobilen Teams würden ein bis zwei Mal pro Woche die Binnenvertriebenensiedlungen besuchen und elementare gesundheitliche Dienstleistungen anbieten. Diese Art der medizinischen Versorgung sei allerdings nicht ausreichend. Die von der Dürre Vertriebenen seien die am meisten Betroffenen und am stärksten Gefährdeten. Sie seien finanziell nicht in der Lage in die Stadt zu gelangen, um dort medizinische Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. (UNHCR, 26. November 2018b)

2.4.2 Mazar-e Sharif

In den von der afghanischen Statistikbehörde (NSIA, früher CSO) herausgegebenen Statistischen Jahrbüchern finden sich Daten zur medizinischen Versorgung in der Provinz Balkh.

Laut den veröffentlichten Daten sei die Anzahl der medizinischen Zentren, die umfassende Leistungen anbieten würden („Comprehensive Health Centers“), zwischen 2010/11 und 2017/18 konstant bei 14 geblieben, während die Anzahl der medizinischen Zentren, die elementare Versorgung anbieten würden („Basic Health Centers“), im selben Zeitraum von 43 auf 59 gestiegen sei:

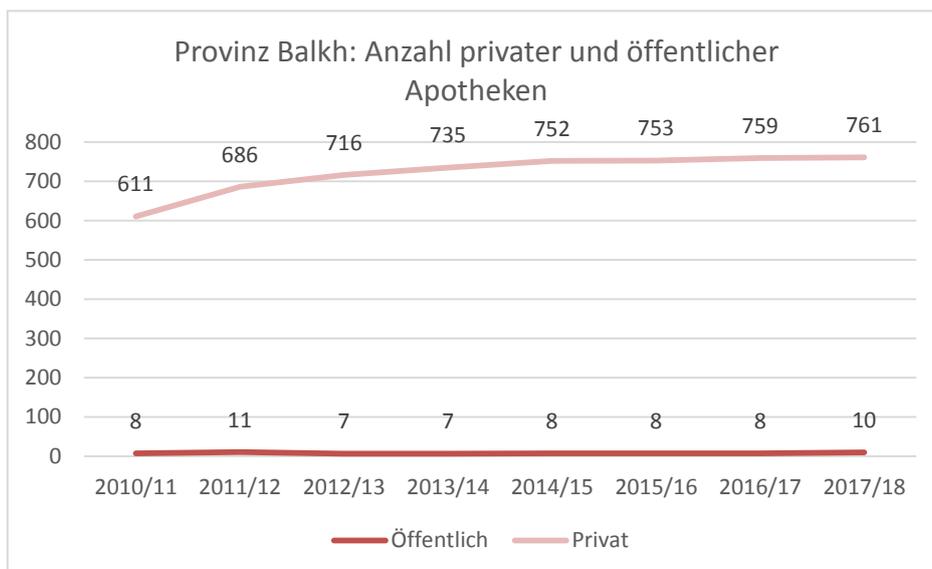


(Basierend auf Daten von CSO, ohne Datum (a), S. 111; CSO, ohne Datum (b), S. 112; NSIA, August 2018, S. 96)

Die Staatendokumentation des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl (BFA) veröffentlicht im April 2018 den Bericht zu ihrer Fact-Finding-Mission in Afghanistan vom September 2017. Unter Bezugnahme auf die Aussage einer leitenden Mitarbeiterin einer internationalen NGO vom September 2017 schreibt die BFA-Staatendokumentation folgendes zur Anzahl der Krankenhäuser in Mazar-e Sharif:

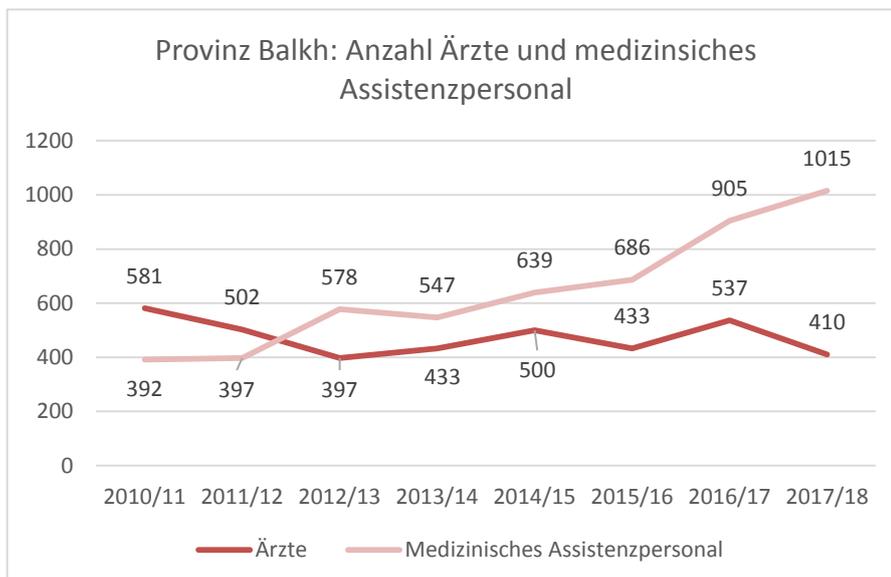
„In der Stadt Mazar-e Sharif gibt es zwischen 10 und 15 Krankenhäuser; dazu zählen sowohl private als auch öffentliche Anstalten. In Mazar-e Sharif existieren mehr private als öffentliche Krankenhäuser. Private Krankenhäuser sind sehr teuer; jede Nacht ist kostenpflichtig. Zusätzlich existieren etwa 30-50 medizinische Gesundheitskliniken; 20% dieser Gesundheitskliniken finanzieren sich selbst, während 80% öffentlich finanziert sind.“
(BFA-Staatendokumentation, April 2018, S. 37)

Laut den statistischen Jahrbüchern der afghanischen Statistikbehörde (NSIA, früher CSO) sei die Anzahl der öffentlichen Apotheken seit 2010/11 von 8 auf 10 im Jahr 2017/18 angewachsen und die Anzahl der privaten Apotheken zwischen 2010/11 und 2017/18 von 611 auf 761 gestiegen:



(Basierend auf: CSO, ohne Datum (a), S. 113; CSO, ohne Datum (b), S. 113; NSIA, August 2018, S. 97)

Im Verlauf zwischen 2010/11 und 2017/18 sei die Anzahl der Ärzte in der Provinz Herat von 581 auf 410 gesunken und die Anzahl medizinischer MitarbeiterInnen von 392 auf 1015 gestiegen. Bezugnehmend auf die sinkende Anzahl der Ärzte zwischen den Jahren 2016/17 und 2017/18, führt die NSIA im Statistischen Jahrbuch 2017/18 an, dass dies an der Entfernung von Doppelnennungen aus der Statistik liege:



(Basierend auf Daten von CSO, ohne Datum (a), S. 116; CSO, ohne Datum (b), S. 116/117; NSIA, August 2018, S. 99-100)

Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (European Asylum Support Office, EASO), bezieht sich in seinem im August 2017 veröffentlichten Bericht zu den sozioökonomischen Schlüsselindikatoren in den Städten Herat, Mazar-e Sharif und Kabul auf einen Zeitungsartikel vom Jänner 2017, wonach Mazar-e Sharif und Herat über ein Netzwerk von Gesundheitseinrichtungen, Kliniken, Krankenhäusern und mobilen Kliniken verfügen würden.

Das Netzwerk befinde sich noch im Aufbau. Im Bericht wird weiters angeführt, dass das Balkh-Krankenhaus in Mazar-e Sharif mit 50 bis 70 stationären Aufnahmen und 400 bis 500 ambulanten Patienten pro Tag das zentrale Krankenhaus für Nordafghanistan sei. Es sei zudem ein Lehrkrankenhaus der Medizinischen Universität in Mazar-e Sharif. Laut Informationen vom November 2016 befinde sich das Krankenhaus noch in der Entwicklung, 2016 habe man mit dem Bau eines Mutter-Kind-Zentrums begonnen. Das EASO bezieht sich weiters auf eine Auskunft von UNHCR vom März 2017, wonach die Qualität des öffentlichen Krankenhauses und der verfügbaren Medikamente in Mazar-e Sharif unzureichend sei. Die Notfallbehandlung werde im öffentlichen Provinzkrankenhaus kostenlos angeboten, aber die Kosten für den Kauf von Basismedikation müssten von den Patienten getragen werden, was oft die verfügbaren Mittel überschreiten würde. Humanitäre Einrichtungen, die Soforthilfe für Rückkehrende und gefährdete Binnenvertriebene mit besonderen Bedürfnissen anbieten würden, würden berichten, dass fast ein Drittel der von ihnen unterstützten Fälle Personen mit schweren oder chronischen Krankheiten seien, die keine finanziellen Möglichkeiten hätten, Medikamente zu kaufen oder sich eine spezielle Behandlung zu leisten. Das UNHCR-Monitoring der Binnenvertriebenen in Mazar-e Sharif und anderen Bezirken der Provinz zeige, dass Vertriebene aus anderen Provinzen beim Zugang zur medizinischen Versorgung diskriminiert würden. Dies betreffe insbesondere Frauen, die häufig keinen Ausweis besitzen würden:

„Mazar-e Sharif and Herat have a network of health facilities, clinics, hospitals and mobile clinics. The network is still being developed.” (EASO, August 2017, S. 57)

„The main hospital for Northern Afghanistan is the Balk Hospital in Mazar-e Sharif, with 50-70 inpatient admissions and 400 to 500 out-patients per day. It is also a teaching unit for Mazar-e Sharif Medical University. The hospital is still developing – in 2016 the construction of Mother and Child Health Centre began. [...]

According to UNHCR: ‘The quality of the public hospital and available medicines in Mazar-e-Sharif is inadequate. Emergency treatment is provided free of charge in the public provincial hospital, but the cost for purchasing basic medicines has to be covered by the patients and is often beyond their means. Humanitarian agencies, providing emergency assistance to returnees and vulnerable IDPs with specific needs, report that almost one third of the assisted cases are individuals with serious or chronic illnesses who have no financial capacity to purchase medicines or afford specialized treatment. UNHCR’s monitoring of IDPs in Mazar-e Sharif and other districts of the Province indicates that displaced persons from other provinces face discrimination in accessing medical care, especially women who often do not possess an identity document.’” (EASO, August 2017, S. 58)

Die afghanische Public Policy Research Organization (APPRO) veröffentlicht im April 2016 einen Bericht zu den zivilen, sozialen und ökonomischen Rechten in Afghanistan. Dem Bericht zufolge seien weibliche Befragte im Provinzzentrum Mazar-e Sharif mit der Situation im Gesundheitswesen weniger zufrieden als die männlichen Befragten. Frauen würden behaupten, dass es keine ausreichende Aufsicht über öffentliche Kliniken und Krankenhäuser gebe und dass dies zu Korruption geführt habe. So würden sie beispielsweise behaupten, dass der Leiter des Krankenhauses korrupt sei. Es werde angenommen, dass er Geräte aus dem

öffentlichen Krankenhaus gestohlen habe, die nun in einer seiner drei Privatkliniken eingesetzt würden. Die Korruption im Gesundheitswesen schein im Zentrum problematischer zu sein als in den Distrikten, in denen die Befragten trotz Mangels an Dienstleistungen mit der Qualität der Dienstleistungen zufriedener seien:

„Overall, female interviewees in the center, Mazar-i-Sharif, are less satisfied with the situation of health care than are male interviewees. Women contend that there is insufficient oversight of public clinics and hospitals and that this has led to corruption. For example, they contend that the head of the hospital is corrupt. He is thought to have stolen equipment from the public hospital for use in one of the three private clinics that he owns. Notably, corruption in healthcare appears to be more problematic in the center than in the districts, where Interviewees are more satisfied with the quality of services, despite shortages.” (APPRO, April 2016, S. 26)

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) schreibt in einem Artikel vom Oktober 2017, dass es nach einer Reihe von Angriffen auf seine MitarbeiterInnen beschlossen habe, seine Präsenz in Afghanistan zu reduzieren. Dreimal sei das IKRK seit Dezember 2016 im Norden Afghanistans direkt angegriffen worden, darunter auch eine ihrer sichersten Einrichtungen, das Rehabilitationszentrum in Mazar-e Sharif. Diese Vorfälle hätten nicht nur das IKRK in Afghanistan, sondern die gesamte Organisation betroffen, so die Delegationsleiterin des IKRK in Afghanistan. Nach intensiven Gesprächen sei das IKRK zusammen mit dem Hauptquartier der Organisation in Genf zum Schluss gekommen, dass es keine andere Wahl habe, als seine Präsenz und Aktivitäten in Afghanistan, insbesondere im Norden des Landes, drastisch zu reduzieren. Infolgedessen würden die Büros in Maimana und Kunduz geschlossen, während die Subdelegation des IKRK in Mazar-e Sharif stark reduziert würde. Das Rehabilitationszentrum in Mazar-e Sharif bleibe geöffnet:

„After a series of attacks on its staff, the International Committee of the Red Cross (ICRC) has taken the decision to reduce its presence in Afghanistan. ‘Since December 2016, the ICRC has been directly targeted in northern Afghanistan three times, including in what we considered one of our safest facilities, the rehabilitation centre in Mazar-i-Sharif. These incidents have affected not only the ICRC in Afghanistan, but the organization as a whole,’ said Monica Zanarelli, head of delegation for the ICRC in Afghanistan.

Following intensive discussions, together with the organization's headquarters in Geneva, the ICRC has reached the conclusion that there is no other choice but to drastically reduce its presence and activities in Afghanistan, in particular in the north of the country.

Consequently, the ICRC's offices of Maimana and Kunduz will be closed, while its sub-delegation in Mazar-i-Sharif will be seriously downsized. The rehabilitation centre in Mazar-i-Sharif will remain open, while the ICRC assesses the ability of partners – whether other organisations or the Afghan authorities – to take over the running of the centre. In the rest of the country, activities are also being reviewed. Meanwhile, the ICRC is working on a severance and social plan for the staff who will be affected by the closures.” (IKRK, 9. Oktober 2017)

Zugang zu medizinischer Versorgung von Binnenvertriebenen und RückkehrerInnen in Mazar-e Sharif 2010-2018

Informationen zum Zugang zu medizinischer Versorgung von Binnenvertriebenen und RückkehrerInnen in und um Mazar-e Sharif finden sich in einem Bericht von Amnesty International aus dem Jahr 2016 und in einem Bericht von IOM aus dem Jahr 2017. Darüber hinaus konnten Informationen aus im November 2018 stattgefundenen Gesprächen mit dem Programmleiter für Afghanistan des NRC und Mitarbeitern des UNHCR-Büros in Mazar-e Sharif gewonnen werden.

In einem im Mai 2016 von Amnesty International (AI) veröffentlichten Bericht, der auf Besuchen von Binnenvertriebenen-Siedlungen in Herat-Stadt, Kabul und Mazar-e Sharif basiert, wird angeführt, dass eine 22-jährige Binnenvertriebene in Mazar-e Sharif angegeben habe, dass man es sich nicht leisten könne, in ein privates Krankenhaus zu gehen. Im Moment sei ihr sechs Monate altes Kind an Lungenentzündung erkrankt, aber aufgrund der hohen Kosten für die Behandlung und den Transport könne sie das Kind nicht ins Krankenhaus bringen. Ihre einzige Möglichkeit sei es, zu beten, dass ihr Kind wieder gesund werde. In den meisten der von Amnesty International besuchten Gemeinden würden eigene Gesundheitseinrichtungen fehlen, obwohl manche Gemeinden einige Tage pro Woche von mobilen Kliniken, die von NGOs oder der Regierung betrieben würden, betreut würden. Zwei Siedlungen in Mazar-e-Sharif und Herat hätten eigenen Kliniken, aber die Bewohner hätten berichtet, dass diese schlecht ausgestattet seien und keine spezialisierten Ärzte hätten. Es habe keine staatlich geführten mobilen Kliniken, wie es in der Strategie zur Binnenvertreibung gefordert worden sei, gegeben. Private medizinische Kliniken seien für vertriebene Familien meist unerschwinglich, obwohl viele angegeben hätten, dass diese eine qualitativ bessere Versorgung und kürzere Wartezeiten als die von der Regierung betriebenen Einrichtungen bieten würden. Infolgedessen seien die meisten Vertriebenen auf öffentliche Krankenhäuser angewiesen, die oft stark überlastet seien. Soweit Amnesty International bekannt sei, gebe es in den großen städtischen Zentren keine Bemühungen, die Gesundheitseinrichtungen speziell für die Bedürfnisse der Vertriebenen auszubauen, wie es die Strategie zur Binnenvertreibung fordern würde. Darüber hinaus würden öffentliche Krankenhäuser nur Impfungen und Verhütungsmittel kostenlos zur Verfügung stellen, während andere Medikamente in Privatkliniken oder Apotheken gekauft werden müssten. Während der Kauf von Medikamenten für viele Afghanen ein Problem darstelle, könne dies für Vertriebene, die kein geregeltes Einkommen hätten und wirtschaftlich oft schlechter als andere städtische Arme dastünden, besonders schwierig sein. Einige Vertriebene würden berichten, dass sie in privaten Krankenhäusern oder Apotheken Schulden von mehreren tausend Afghani hätten, um Medikamente, die sie sich nicht leisten könnten, zu kaufen. Ein 55-jähriger Mann im Naderabad in Mazar-e Sharif habe erzählt, dass sein Sohn einmal schwer krank gewesen sei. Er habe ihn in eine Privatklinik bringen müssen, weil er im öffentlichen Krankenhaus keine angemessene Behandlung erhalten habe. Die Familie habe 20.000 Afs (umgerechnet 292 USD) ausborgern müssen, um eine Operation zu bezahlen. Dies sei eine enorme Geldsumme für die Familie. Andere hätten angegeben, dass sie oft einfach nicht das Geld hätten, um die Medikamente zu kaufen, die sie bräuchten, und ganz auf die Versorgung verzichten müssten. Dies sei äußerst besorgniserregend, da die Vertriebenen oft in unhygienischen Camps, die von Krankheiten befallen seien, leben würden, und mit erheblichen

gesundheitlichen Problemen konfrontiert seien. Sarah, eine 30-jährige Frau in Mazar-e- Sharif, habe berichtet, dass ihre Kinder oft krank seien, weil die ganze Umgebung nicht hygienisch sei. Insbesondere die saisonalen Erkrankungen seien sehr häufig; im Winter und Sommer würde dies die Kinder sehr stark betreffen. Der Mangel an medizinischer Versorgung für Frauen und Mädchen sei insbesondere für die Geburtshilfe und gynäkologische Belange ein besonderes Thema. Die meisten Frauen hätten Amnesty International erzählt, dass sie es sich nicht leisten könnten, während der Schwangerschaft Krankenhäuser zu besuchen, sondern ihr Kind zu Hause unter oft unhygienischen Bedingungen und ohne qualifizierte Hilfe zur Welt bringen würden:

„‘We cannot afford to go to private hospitals. Believe me, right now my six-month-old child is ill with pneumonia, but because of how much the treatment and travel to the hospital costs, I cannot take her. I have no option but to pray she gets well.’ Lilah, a 22-year-old displaced woman in Mazar-e-Sharif [...]

Most of the communities Amnesty International visited lacked a dedicated healthcare facility, though some were serviced a few days per week by mobile clinics run by NGOs or the government. Two settlements, in Mazar-e-Sharif and Herat, had their own dedicated clinics, one run by the MoPH and one by the World Health Organization, but the residents said they were badly resourced and had no specialised doctors. There were no government-run mobile clinics as called for in the IDP Policy. [...]

Private medical clinics are mostly unaffordable to displaced families, even though many said they offered better quality care and shorter waiting times than those run by the government. As a result, most displaced people are reliant on public hospitals where facilities are often badly overstretched, and there have, as far as Amnesty International is aware, been no efforts in major urban centres to expand health facilities specifically to meet the needs of displaced people as the Policy calls for. [...]

Additionally, public hospitals only provide vaccinations and contraceptives free of charge, while other medicines must be bought from private clinics or pharmacies. While affording medicines is a struggle for many Afghans, it can be particularly difficult for displaced people who lack regular incomes and are often economically worse off than other urban poor. Some displaced people reported having debts of several thousand Afs at private hospitals or pharmacies to buy medicines which they could not afford to pay back. One 55-year-old man in Naderabad camp in Mazar-e-Sharif said: ‘My son was once critically ill. We had to take him to a private clinic because he didn’t receive proper treatment in the public hospital. For this we had to borrow 20,000 Afs (USD292) to pay for an operation, an enormous sum of money for us.’

Others said they often simply could not find the money to buy the drugs they needed and had to forego care altogether. This is of great concern since those displaced often live in unhygienic camps which are disease- ridden, and face considerable health issues. Sarah, a 30-year-old woman in Mazar-e- Sharif, said: ‘Our children are often ill because the whole environment is not hygienic. In particular the seasonal illnesses are very common; during winter and summer it affects the children a lot.’

The lack of health care for women and girls is a particular issue, especially for obstetrics, specifically childbirth issues, and gynaecological problems. Most women told Amnesty International that they could not afford to attend hospitals when pregnant but give birth at home in often unsanitary conditions and without skilled help.” (AI, 31. Mai 2016, S. 34-37)

Im Rahmen ihrer Displacement Tracking Matrix veröffentlicht die Internationale Organisation für Migration (IOM) im Juni 2017 einen Bericht, in dem unter anderem die Lage von Binnenvertriebenen und Rückkehrenden in der Provinz Balkh untersucht wurde. Laut den Angaben von Kontaktpersonen (District Focal Points, DFP) in allen neun untersuchten Provinzen gebe es einen grundsätzlichen Mangel an Gesundheitsfachkräften. In vielen Fällen sei verfügbare Medizin entweder von niedriger Qualität oder abgelaufen. Die große Mehrheit der Binnenvertriebenen und Rückkehrenden sei aufgrund unerschwinglicher Kosten (Arztgebühren und Medikamentenkosten), langer Wege und fehlender Transportmittel von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen:

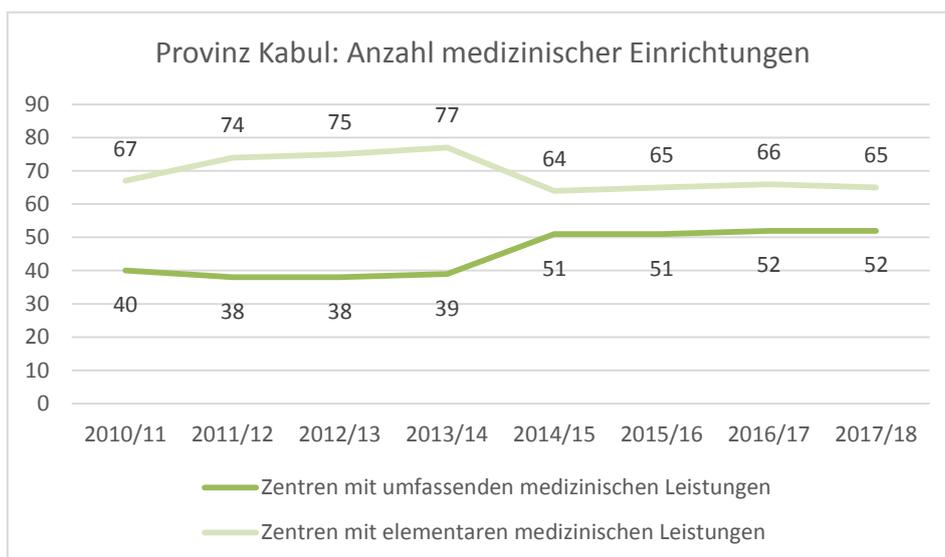
„DFPs from all nine provinces report overall lack of health professionals (HPs), lack of medical equipment and lack of medicines at the health facilities. Often, available medicine is either of low quality or expired. The large majority of IDPs and Returnees are excluded from health care provision due to the unaffordability of the costs (medical fees and cost of medicine), long distances and lack of transportation.” (IOM, Juni 2017, S. 23)

William Carter, der Programmleiter für Afghanistan beim Norwegischen Flüchtlingsrat (NRC) gibt im November 2018 an, dass Binnenvertriebene und RückkehrerInnen in Mazar-e Sharif grundsätzlich freien Zugang zu kostenlosen Gesundheitsdienstleistungen hätten, wenn sie die Gesundheitszentren erreichen könnten. Es würde jedoch Geld kosten zu den Einrichtungen zu gelangen, und man müsste auch die Medikamente bezahlen. Um Medikamente zu kaufen, würden manche sich hoch verschulden. (Carter, 14. November 2018)

In einem Gespräch zur Lage in Mazar-e Sharif führt UNHCR im November 2018 an, dass die meisten Familien, die in Siedlungen („sites“) von Binnenvertriebenen und Rückkehrenden in und um Mazar-e Sharif leben würden, keinen Zugang zu Gesundheitseinrichtungen hätten. Die staatlichen Gesundheitseinrichtungen würden nur eine grundlegende Versorgung anbieten und seien unterfinanziert. PatientInnen müssten zudem für Medikamente und den Transport zu den Einrichtungen bezahlen. Außerdem würden Frauen nicht behandelt werden, wenn sie nicht von einem Mann begleitet würden. Einige Menschen, die nicht aus der Region kommen, würden zudem diskriminiert werden. Sie müssten oft länger auf Konsultationen warten als Einheimische. (UNHCR, 26. November 2018a)

2.4.3 Kabul

In den von der afghanischen Statistikbehörde (NSIA, früher CSO) herausgegebenen Statistischen Jahrbüchern finden sich Daten zur medizinischen Versorgung in der Provinz Kabul. Laut der CSO sei die Anzahl der medizinischen Zentren, die umfassende Leistungen anbieten würden („Comprehensive Health Centers“), von 40 im Jahr 2010/11 auf 52 im Jahr 2017/18 gestiegen, während die Anzahl der medizinischen Zentren, die elementare Versorgung anbieten würden („Basic Health Centers“), im selben Zeitraum von 67 auf 65 gesunken sei:



(Basierend auf Daten von CSO, ohne Datum (a), S. 111; CSO, ohne Datum (b), S. 112; NSIA, August 2018, S. 96)

Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (European Asylum Support Office, EASO), bezieht sich in seinem im August 2017 veröffentlichten Bericht zu den sozioökonomischen Schlüsselindikatoren in den Städten Herat, Mazar-e Sharif und Kabul auf eine Studie vom November 2017, wonach in Kabul die pränatale Versorgung 64 Prozent der Bevölkerung abdecke und 25 Prozent Zugang zu Methoden der Familienplanung hätten. 60 Prozent der Menschen hätten Zugang zum Transport von ihrem Zuhause zu einer Notfallklinik. Bezugnehmend auf Informationen der US-Botschaft und einen Medienartikel vom Juli 2016 schreibt EASO, dass sich in Kabul eine Reihe an Kliniken und Krankenhäusern befinde, die sich unter anderem auf folgende Fachgebiete spezialisiert hätten: Kinder- und Neonatologie, Familien- und Innenmedizin, allgemeine und rekonstruktive Chirurgie, Histo-Pathologie, Orthopädie, Gynäkologie, Psychiatrie, Diabetologie und Dermatologie. Im Juli 2016 sei in Kabul die afghanische Krebs-Stiftung gegründet worden. KrebspatientInnen, die für die Chemotherapie in die Nachbarländer reisen mussten, könnten sich seither in Afghanistan behandeln lassen. Darüber hinaus würde der Kabuler Ambulanzdienst von einer norwegischen NGO ausgestattet und geschult werden. In den Jahren 2015 und 2016 habe SIGAR 55 lokale Gesundheitseinrichtungen in den Provinzen Herat und Kabul begutachtet. Dabei hätten drei Einrichtungen in Kabul keinen Zugang zu Strom gehabt, acht seien ausreichend ausgestattet gewesen und fünf hatten kein fließendes Wasser gehabt. EASO nimmt Bezug auf eine E-Mail-Auskunft von UNHCR vom März 2017, wonach der Zugang zur Gesundheitsversorgung nicht in allen Teilen der Stadt Kabul gleich sei. Nach Angaben von UNHCR habe man hinsichtlich des Aufbaus der Grundversorgung einschließlich der Gesundheitskliniken zu wenig auf die neu entstandenen Stadtteile reagiert. Es gebe nur sehr wenige mobile Gesundheitsdienstleister, die auch am Stadtrand tätig seien:

„In Kabul, prenatal care covers 64% of the population and access to family planning methods covers 25%. Most people (60%) have access to transport from their home to an emergency clinic.

A number of clinics and hospitals are situated in Kabul, specialised in (among other things): paediatric and neonatology, family and internal medicine, general and reconstructive surgery, histo-pathology, orthopaedics, gynaecology, psychiatry, diabetology,

dermatology. In July 2016 the Afghanistan Cancer Foundation was established in Kabul. Cancer patients who had to go to neighbouring countries for chemotherapy are since able to receive treatment in Afghanistan. Additionally, the Kabul Ambulance Service is equipped and trained by a Norwegian NGO. [...]

In 2015 and 2016, SIGAR controlled 55 local facilities in Herat and Kabul provinces. Three facilities in Kabul did not have access to electricity, eight did not have proper supplies, and five had no running water. [...]

Access to healthcare is not equal in all parts of the city. According to UNHCR, in terms of set up of basic services including health clinics, there is a large gap in response to the newly built areas of the city. There are very few mobile health service providers, mainly humanitarian actors, going into the outskirts of the city." (EASO, August 2017, S. 56)

In einem Artikel vom September 2018 berichtet die Weltbank von der Renovierung und der Verbesserung der Ausstattung eines Krankenhauses in Kabul-Stadt, das für die Versorgung Tausender Bewohner der Stadt zuständig sei. Das Krankenhaus sei eine der 47 medizinischen Einrichtungen des Stadtgesundheitsprojekts in Kabul („Kabul Urban Health Project“), das durch das Programm „System Enhancement for Health Action in Transition“ (SEHAT) des afghanischen Gesundheitsministeriums unterstützt worden sei. Im Artikel wird der Direktor der Kabuler Provinzial-Direktion für öffentliche Gesundheit zitiert. Diesem zufolge seien im Rahmen von SEHAT zwar erhebliche Fortschritte erzielt worden, dennoch seien in vielen Bereichen noch langfristige Bemühungen erforderlich, um sichtbare Ergebnisse zu erzielen. Man habe immer noch große Probleme in den Gesundheitseinrichtungen der Stadt Kabul. So seien die meisten der Krankenwagen sehr alt und müssten ausgetauscht werden und man müsse sich viel mehr auf das freiwillige Gesundheitspersonal konzentrieren. Das SEHAT-Programm sei im Juni 2018 ausgelaufen. Das Folgeprogramm mit dem Namen „Sehatmandi Project“ ziele darauf ab, den Zugang und die Qualität von Gesundheits-, Ernährungs- und Familienplanungsdiensten im ganzen Land zu verbessern:

„Extensive renovations and new equipment have improved the delivery of health services at a Kabul city hospital that serves thousands of residents.

The hospital is one of 47 health facilities in the capital city under the Kabul Urban Health Project, which was supported by the System Enhancement for Health Action in Transition (SEHAT) program.

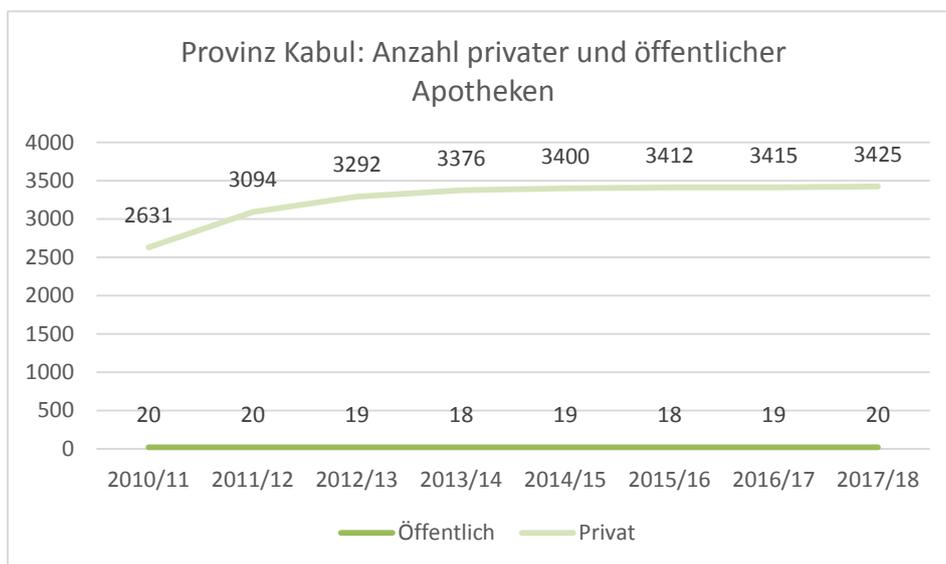
The program, which closed in June 2018, made way for the Afghanistan Sehatmandi Project, which aims to improve access and quality of health, nutrition, and family planning services across the country.

KUHP was supported by the System Enhancement for Health Action in Transition (SEHAT), a Ministry of Public Health (MoPH) program. The SEHAT program, which closed on June 30, 2018, supported the provision of a basic package of health service (BPHS) and an essential package of hospital services (EPHS) to the entire country. The program was supported by the International Development Association (IDA), the World Bank Group's fund for the

poorest countries, and the Afghanistan Reconstruction Trust Fund (ARTF), administered by the World Bank on behalf of 34 donor countries, in partnership with multiple donors. [...]

Although significant progress was made under SEHAT, many areas still require long-term efforts to achieve more tangible results, Dr. Ahmadi points out. ‘We still have major problems in our health facilities in Kabul city,’ he says. ‘Most of our ambulances are very old and need to be replaced, for example. We also need to focus much more on our Community Health Workers.’” (The World Bank, 30. September 2018)

Laut den statistischen Jahrbüchern der afghanischen Statistikbehörde (NSIA, früher CSO) sei die Anzahl der öffentlichen Apotheken im Zeitraum zwischen 2010/11 und 2017/18 bei rund 20 gelegen. Die Anzahl der privaten Apotheken sei zwischen 2010/11 und 2017/18 von 2.631 auf 3.425 gestiegen:

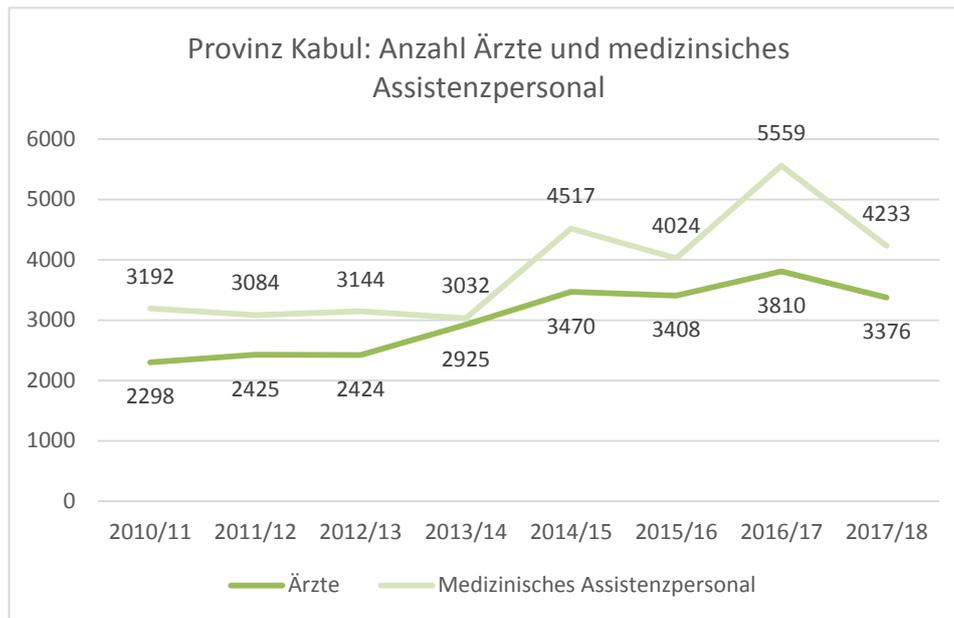


(Basierend auf Daten von CSO, ohne Datum (a), S. 113; CSO, ohne Datum (b), S. 106; CSO, ohne Datum (c), S. 113; NSIA, August 2018, S. 97)

EASO bezieht sich in seinem Bericht vom August 2017 auf Informationen des MedCOI Project, wonach es im Jahr 2015 in Kabul mehr als 5.000 Apotheken gegeben habe, diese seien allerdings schlecht ausgestattet gewesen. So habe zum Beispiel keine der Apotheken über einen Kühlschrank zur Aufbewahrung temperaturempfindlicher Medikamente wie beispielsweise Insulin verfügt:

„There were more than 5,000 pharmacies in Kabul in 2015 but they were poorly equipped: for example, none had a fridge to store temperature sensitive medication such as an insulin.” (EASO, August 2017, S. 57)

Im Verlauf zwischen 2010/11 und 2017/18 sei die Anzahl der Ärzte in der Provinz Kabul von 3.192 auf 4.233 und die Anzahl medizinischer MitarbeiterInnen von 2.298 auf 3.376 gestiegen. Bezugnehmend auf die sinkende Anzahl der Ärzte zwischen den Jahren 2016/17 und 2017/18, führt die CSO im Statistischen Jahrbuch 2017/18 an, dass dies an der Entfernung von Doppelnennungen aus der Statistik liege:



(Basierend auf CSO, ohne Datum (a), S. 116; CSO, ohne Datum (b), S. 116/117; NSIA, August 2018, S. 99-100)

EASO zitiert im Bericht vom August 2017 UNAMA sowie mehrere Medienartikel und schreibt, dass auch in Kabul Gesundheitseinrichtungen zunehmend von Terroristen angegriffen würden. Am 8. März 2017 hätten ISKP-Terroristen als Ärzte verkleidet im Militärkrankenhaus Sardar Daud in Kabul Sprengstoff gezündet und auf ÄrztInnen und PatientInnen geschossen. Mehr als 30 Menschen seien getötet und 50 verletzt worden:

„The health facilities are increasingly targeted by terrorists, even in Kabul. On 8 March, 2017 ISKP terrorists, disguised as doctors, detonated explosives at the Sardar Daud military hospital in Kabul and started shooting at doctors and patients. More than 30 people were killed and 50 were injured. The military hospital in Kabul treats sick and wounded soldiers and their families.“ (EASO, August 2017, S. 57)

Die afghanische Public Policy Research Organization (APPRO) veröffentlicht im April 2016 einen Bericht zu den zivilen, sozialen und ökonomischen Rechten in Afghanistan. Laut dem Bericht gebe es Zugangs- und Qualitätsprobleme, die dem Vernehmen nach die Gesundheitsrechte in der Provinz Kabul einschränken würden. Die Daten der staatlichen Institutionen über Gesundheitseinrichtungen auf Provinzebene seien widersprüchlich. Vom Gesundheitsministerium und seinen Direktionen in den Distrikten würden widersprüchliche Zahlen bereitgestellt. Informationen über Sensibilisierungsprogramme zu Gesundheitsfragen und Suchtbehandlungen seien nicht verfügbar. Obwohl die Menschen in der Stadt Kabul Zugang zu öffentlichen und privaten Gesundheitsdiensten hätten, würde die schlechte Qualität dazu führen, dass sich diejenigen, die es sich leisten könnten, in Indien und Pakistan behandeln lassen würden. Es werde von Korruption in Form von Zahlungen für Dienstleistungen in öffentlichen medizinischen Einrichtungen und von Schmiergeldern, die von Apotheken an Ärzte gehen würden, berichtet. Weiters gebe es viele Beschwerden darüber, dass Medikamente auf dem Markt gekauft werden müssten, und man diese nicht kostenlos in der Klinik erhalte:

„Access and quality issues are said to compromise health rights in Kabul province. The data from government institutions on health facilities at the provincial level are contradictory. Conflicting numbers are provided by the Ministry of Public Health and its directorates in the districts. Information on awareness raising programs on health issues and addiction treatment services are not available. [...]

Though people have access to public and private health services in Kabul City, poor quality motivates those who can to seek treatment in India and Pakistan. [...]

Some corruption – In the form of requiring payments for service at public facilities and doctors receiving kickbacks from pharmacies – is reported and there are widespread complaints about having to purchase medicines in the market, rather than receive them for free at the clinic.” (APPRO, April 2016, S. 59)

Im Februar 2014 veröffentlicht Ärzte ohne Grenzen (Medecins Sans Frontieres, MSF) einen Bericht zu den fortwährenden Schwierigkeiten im Zugang zu medizinischer Versorgung, der auf der Befragung von 700 PatientInnen in vier Krankenhäusern in den Provinzen Kabul, Khost, Kunduz und Helmand basiert. Laut dem Bericht würde ein erheblicher Teil der Bevölkerung damit kämpfen über die Runden zu kommen, ganz zu schweigen von den Kosten für die Gesundheitsversorgung. Von den Befragten habe mindestens die Hälfte ihre wirtschaftliche Situation als arm, sehr arm oder extrem arm bezeichnet. Dies würde dazu führen, dass sie Probleme hätten, für die Gesundheitsversorgung zu bezahlen. In Kabul habe sich die größte Gruppe an Befragten, 21,2 Prozent oder jeder Fünfte, als sehr oder extrem arm bezeichnet. Drei von fünf (60%) Menschen in Kabul hätten Medikamente, die sie benötigen würden, aufgrund finanzieller Probleme nicht bekommen:

„A significant proportion of the population struggles to make ends meet, let alone pay for healthcare. Among the people surveyed, at least half described their household economic situation as poor, very poor or extremely poor – all categories that meant they had problems to pay for healthcare. In Helmand and Khost, as many as three in four people described their household as poor or very poor. The interviewees in Kabul had the biggest category of very to extremely poor, with one in five people (21.2%) describing themselves as such. [...]

[T]hree out of five (60%) people in Kabul failed to get the medication they needed because of financial problems.” (MSF, Februar 2014, S. 31-35)

Zugang zu medizinischer Versorgung von Binnenvertriebenen und RückkehrerInnen in Kabul 2010-2018

Informationen zum Zugang zu medizinischer Versorgung von Binnenvertriebenen und RückkehrerInnen in und um Herat-Stadt finden sich in Berichten von Amnesty International aus den Jahren 2012 und 2016, einem 2016 veröffentlichten Bericht von Samuel Hall, einer in einem EASO-Bericht veröffentlichten E-Mail-Auskunft von UNHCR vom März 2017, einem Kurzbericht von UN OCHA vom November 2017 sowie in einem Bericht von NRC, IDMC und Samuel Hall vom Jänner 2018.

Im Februar 2012 veröffentlicht Amnesty International (AI) einen Bericht basierend auf Erhebungen, die zwischen 2008 und 2011 durchgeführt wurden, und sich mit der Situation von zwölf in Slums lebenden Gemeinschaften rund um die Städte Kabul, Mazar-e Sharif und Herat-Stadt befassen. Bezugnehmend auf die medizinische Versorgung wird angeführt, dass die Nachfrage in den staatlichen Kliniken Afghanistans, in denen man kostenlos Gesundheitspersonal konsultieren könne, oft die vorhandenen Kapazitäten übersteige. Fatima, eine Frau in Chaman-e-Babrak (einer der größten informellen Siedlungen Kabuls, Anm. ACCORD) habe Amnesty International erzählt, dass man sich oft tagelang anstellen müsse um beispielsweise Impfungen für Kinder zu erhalten. Staatliche Kliniken würden abgesehen von Impfungen und Verhütungsmitteln keine Medikamente zur Verfügung stellen. Medikamente müssten in privaten Apotheken gekauft werden. Wenn ein Kind krank sei, würden Kosten zwischen 400 und 500 Afghani (umgerechnet 8,35 bis 10,40 USD) anfallen, so Fatima. Sie habe weiters ergänzt, dass es zwar private Kliniken in der Nähe gebe, die Gemeinschaftsmitglieder diese jedoch nicht nutzen würden, weil die Gebühren über 1.000 Afghani (umgerechnet 21 USD) betragen würden. Stattdessen würde man mehrere Kilometer zu einer anderen Klinik gehen. Shagul, eine 35-jährige Frau in Kart-e-Parwan in Kabul habe erzählt, dass sie im Camp mehrere Fehlgeburten gehabt hätte. Sie sei nie medizinisch behandelt oder von einem Arzt wegen der Fehlgeburten untersucht worden. Es gebe eine mobile Klinik, die einmal pro Woche in das Camp komme. Diese befasse sich aber hauptsächlich mit anderen Gesundheitsfragen, nicht mit der gynäkologischen Gesundheit. Guljan, eine ältere Frau in Kart-e-Parwan, habe bezugnehmend auf die Müttergesundheit in der Siedlung angeführt, dass Frauen ihre Kinder zu Hause auf die Welt bringen würden, weil sie kein Geld hätten:

„Demand at Afghanistan’s state-run clinics, which do not charge fees to see health care staff, often outstrips capacity. ‘You can spend days lining up,’ commented Fatima, another woman in Chaman-e-Babrak, commented. ‘Sometimes when we take the children for vaccinations, we spend the whole day waiting for our turn at the end of the day to receive the vaccinations.’

State clinics do not provide medication, other than vaccinations and contraceptives; other medication must be purchased from private pharmacies. ‘It costs between 400 and 500 afghanis [\$8.35 to \$10.40] when a child is sick,’ Fatima estimated. There are private clinics nearby, but the members of the community do not go to them because the fees would be over 1,000 afghan is (\$21), she said. Instead, they walk several kilometres to another clinic. [...]

Shagul, a 35-year-old woman in Kart-e-Parwan, in Kabul, told us she had had several miscarriages during her time in the camp: Since I came here, I have had three miscarriages and have never had medical treatment or been seen by a doctor for the miscarriages. There is a mobile clinic that comes once a week, but they are mainly looking into other health issues, not gynaecological health.

Guljan, an elderly woman in Kart-e-Parwan, summed up the situation of maternal health care in these settlements, saying: If women here are pregnant, they will deliver the child at home because we don’t have money. If God is willing, both the child and mother will

survive. If God doesn't want this, then they will die. This is what we believe, that God will protect them.”(AI, 23. Februar 2012, S. 39-40)

In einem im Mai 2016 von Amnesty International (AI) veröffentlichten Bericht, der auf Besuchen von Binnenvertriebenen-Siedlungen in Herat-Stadt, Kabul und Mazar-e Sharif basiert, wird angeführt, in den meisten der von Amnesty International besuchten Gemeinden würden eigene Gesundheitseinrichtungen fehlen, obwohl manche Gemeinden einige Tage pro Woche von mobilen Kliniken, die von NGOs oder der Regierung betrieben würden, betreut würden. Zwei Siedlungen in Mazar-e-Sharif und Herat hätten eigenen Kliniken, aber die Bewohner hätten berichtet, dass diese schlecht ausgestattet seien und keine spezialisierten Ärzte hätten. Es habe keine staatlich geführten mobilen Kliniken, wie es in der Strategie zur Binnenvertreibung gefordert worden sei, gegeben. In Chaman-e Babrak hätte das Gesundheitspersonal einer NGO die wöchentlichen Besuche abgesagt, nachdem bei einem gewalttätigen Zwangsräumungsversuch im Juni 2015 zwei Bewohner des Camps erschossen worden seien. Private medizinische Kliniken seien für vertriebene Familien meist unerschwinglich, obwohl viele angegeben hätten, dass diese eine qualitativ bessere Versorgung und kürzere Wartezeiten als die von der Regierung betriebenen Einrichtungen bieten würden. Infolgedessen seien die meisten Vertriebenen auf öffentliche Krankenhäuser angewiesen, die oft stark überlastet seien. Soweit Amnesty International bekannt sei, gebe es in den großen städtischen Zentren keine Bemühungen, die Gesundheitseinrichtungen speziell für die Bedürfnisse der Vertriebenen auszubauen, wie es die Strategie zur Binnenvertreibung fordern würde. Darüber hinaus würden öffentliche Krankenhäuser nur Impfungen und Verhütungsmittel kostenlos zur Verfügung stellen, während andere Medikamente in Privatkliniken oder Apotheken gekauft werden müssten. Während der Kauf von Medikamenten für viele Afghanen ein Problem darstelle, könne dies für Vertriebene, die kein geregeltes Einkommen hätten und wirtschaftlich oft schlechter als andere städtische Arme dastünden, besonders schwierig sein. Einige Vertriebene würden berichten, dass sie in privaten Krankenhäusern oder Apotheken Schulden von mehreren tausend Afghanis hätten, um Medikamente, die sie sich nicht leisten könnten, zu kaufen. Andere hätten angegeben, dass sie oft einfach nicht das Geld hätten, um die Medikamente zu kaufen, die sie bräuchten, und ganz auf die Versorgung verzichten müssten. Dies sei äußerst besorgniserregend, da die Vertriebenen oft in unhygienischen Camps, die von Krankheiten befallen seien, leben würden, und mit erheblichen gesundheitlichen Problemen konfrontiert seien. Der Mangel an medizinischer Versorgung für Frauen und Mädchen sei insbesondere für die Geburtshilfe und gynäkologische Belange ein besonderes Thema. Die meisten Frauen hätten Amnesty International erzählt, dass sie es sich nicht leisten könnten, während der Schwangerschaft Krankenhäuser zu besuchen, sondern ihr Kind zu Hause unter oft unhygienischen Bedingungen und ohne qualifizierte Hilfe zur Welt bringen würden:

„Most of the communities Amnesty International visited lacked a dedicated healthcare facility, though some were serviced a few days per week by mobile clinics run by NGOs or the government. Two settlements, in Mazar-e-Sharif and Herat, had their own dedicated clinics, one run by the MoPH and one by the World Health Organization, but the residents said they were badly resourced and had no specialised doctors. There were no government-run mobile clinics as called for in the IDP Policy. In Chaman-e-Babrak health workers from an NGO had cancelled weekly visits following a violent attempted forced eviction in June 2015, which resulted in two camp residents being shot dead.

Private medical clinics are mostly unaffordable to displaced families, even though many said they offered better quality care and shorter waiting times than those run by the government. As a result, most displaced people are reliant on public hospitals where facilities are often badly overstretched, and there have, as far as Amnesty International is aware, been no efforts in major urban centres to expand health facilities specifically to meet the needs of displaced people as the Policy calls for. [...]

Additionally, public hospitals only provide vaccinations and contraceptives free of charge, while other medicines must be bought from private clinics or pharmacies. While affording medicines is a struggle for many Afghans, it can be particularly difficult for displaced people who lack regular incomes and are often economically worse off than other urban poor (see more in section 4.5: Employment). Some displaced people reported having debts of several thousand Afs at private hospitals or pharmacies to buy medicines which they could not afford to pay back. [...]

Others said they often simply could not find the money to buy the drugs they needed and had to forego care altogether. This is of great concern since those displaced often live in unhygienic camps which are disease-ridden, and face considerable health issues. [...]

The lack of health care for women and girls is a particular issue, especially for obstetrics, specifically childbirth issues, and gynaecological problems. Most women told Amnesty International that they could not afford to attend hospitals when pregnant but give birth at home in often unsanitary conditions and without skilled help." (AI, 31. Mai 2016, S. 36-37)

In einem 2016 von Samuel Hall verfassten Bericht zu binnervertriebenen Jugendlichen in der Stadt Kabul wird auf die Barrieren, mit denen junge Menschen beim Zugang zu Gesundheitsversorgung konfrontiert seien, eingegangen. Diskriminierung im Gesundheitswesen sei für vertriebene Jugendliche in Kabul de facto ein Teil der Lebensrealität. Eine qualitative Feldstudie würde zeigen, dass einige Menschen aufgrund einer unsichtbaren urbanen Barriere keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung hätten. Dies sei insbesondere in den Binnervertriebenen-Siedlungen, wo es trotz hohen Bedarfs an Kliniken mangle, der Fall. BewohnerInnen von Binnervertriebenen-Siedlung hätten beklagt, dass sie, wenn sie in Kliniken gehen, nicht genügend Aufmerksamkeit erhalten würden, weil sie arme Binnervertriebene seien. Dies würde darauf hindeuten, dass sich Binnervertriebene beim Zugang zu Gesundheitseinrichtungen diskriminiert fühlen, was die quantitativen Daten auch bestätigen würden. Quantitativ habe man festgestellt, dass 53,9 Prozent der Binnervertriebenen angeben würden, beim Zugang zur Gesundheitsversorgung keinerlei Diskriminierung ausgesetzt zu sein, während diese Zahl bei den anderen Gruppen mit 63,7 Prozent bei den freiwillig Rückkehrenden und 77,9 Prozent bei den Menschen, die vom Land in die Stadt gezogen seien, viel höher sei. Zudem würden finanzielle Hindernisse weiterhin eine wesentliche Herausforderung beim Zugang zur Gesundheitsversorgung darstellen. 59 Prozent der befragten Jugendlichen (75,6 Prozent der befragten jugendlichen Binnervertriebenen) hätten angegeben, dass sie nicht genügend Geld hätten, um einen Privatarzt, eine Klinik oder ein Krankenhaus zu bezahlen. Der größte Teil der Gesundheitsversorgung in der Stadt Kabul sei nicht kostenlos. Ein besonderes Hindernis für Frauen sei der Mangel an Familienmitgliedern,

die sie zur Behandlung begleiten würden. Jugendliche würden es aufgrund ihres Alters, ihres Geschlechts oder mangelnder Kenntnisse des städtischen Umfelds nach der Vertreibung vorziehen nicht alleine zum Arzt zu gehen. Einer von zehn weiblichen Jugendlichen fehle es an ausreichender Unterstützung, um Zugang zu medizinischer Versorgung zu erhalten. Jeder fünfte Befragte und die Hälfte der befragten Frauen hätten angegeben, dass der Mangel an weiblichem Gesundheitspersonal in der Hauptstadt nach wie vor ein Hindernis darstelle. Wie in früheren Studien festgestellt, könne davon ausgegangen werden, dass diese Bedingungen vorbestehende psychische Erkrankungen verschlimmern würden. Das Fehlen von Hilfsmechanismen habe zudem negative Auswirkungen:

„Obstacles to health care for youth: Discrimination on health care is a de facto reality for urban displaced youth in Kabul with concerning facts. Qualitative fieldwork showed that some people do not have access to health care due to an invisible urban barrier. This was particularly the case in IDP settlements, where clinics are lacking while needs are high. Even more, when community members of one IDP settlement visit other clinics, they complain about not getting sufficient attention because they are poor IDPs suggesting that IDPs feel discriminated against when accessing health facilities. This is also confirmed in the quantitative data. There we find that while 53.9% of IDPs indicate not having faced any sort of discrimination in accessing health care, this number is much higher for the other groups at between 63.7% for voluntary return migrants and 77.9% for rural - urban migrants.

Second, financial obstacles remain a key challenge in accessing health care. When asked what stood in the way of their access to health care, 59% of the surveyed youth (and 75.6% for IDP youth) stated not having enough money to pay for a private doctor, clinic or hospital. Most of the health care in Kabul city is not free of charge, a fact that leads one quarter of respondents to identify discrimination by financial status.

Third, and a specific obstacle for women is the lack of family members to accompany them to seek treatment. Youth – whether due to their age, gender or lack of knowledge of their urban setting after displacement – prefer not to go to seek treatment on their own. One in ten female youth lacks sufficient support within her surroundings to be able to access medical treatment.

Fourth, one in five respondents and half of surveyed women state that the lack of female health providers in the capital city remains an obstacle in their efforts to seek medical treatment.

Fifth and last, while this assessment did not specifically focus on jails and ‘shelters’, in - depth interviews with UNODC representatives and NGO representatives confirm the findings of past studies. They tend to aggravate pre - existing mental health conditions: ‘the lack of assistance mechanisms has negative impacts, but this reality is amplified in a penitentiary environment’.” (Samuel Hall, 2016, S. 20-21)

Das EASO bezieht sich in seinem Bericht vom August 2017 auf eine E-Mail-Auskunft von UNHCR vom März 2017, wonach Rückkehrende und Binnenvertriebene in Fokusgruppengesprächen, die vom UNHCR in Kabul organisiert worden seien, ernsthafte Bedenken bezüglich der

Diskriminierung aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit in bestimmten Teilen der Stadt geäußert hätten:

„In focus-group discussions with returnee and IDP women organised by UNHCR in Kabul, serious concerns were raised about discrimination on the basis of ethnicity in certain parts of the city.“ (EASO, August 2017, S. 56)

In seinem „Humanitarian Needs Overview“ 2017 zu Afghanistan prognostiziert UN OCHA im November 2016, dass die Kapazitäten der Gesundheitsdienstleistungen in Gebieten, in denen viele Binnenvertriebene aufgenommen worden seien und eine hohe Konzentration an rückkehrenden Flüchtlingen erwartet werde - insbesondere in Kabul und Nangarhar – durch die rasch steigende Nachfrage stark überlastet sein würden:

„Health service capacities in areas hosting IDPs and those with expected high concentrations of refugee returnees, particularly Kabul and Nangarhar, will be heavily overburdened by rapidly rising demands.“ (UN OCHA, November 2016, S. 28)

NRC, IDMC und Samuel Hall veröffentlichen im Jänner 2018 einen Bericht über Binnenvertreibung in Afghanistan, der auf Daten aus den Provinzen Kabul, Herat, Kandahar, Kunduz und Nangarhar basiert und sich unter anderem auf die Distrikthauptstädte konzentriert. Darin wird angeführt, dass Amighi, ein Rückkehrer aus Alice-Ghan nördlich von Kabul, seine Frau im Jahr 2013 auf dem Weg ins Krankenhaus verloren habe. Dies hätte nie passieren dürfen, nicht einmal in Afghanistan, so Amighi. Frühere Studien hätten die Notwendigkeit betont, den Zugang zu Gesundheitsdiensten und die Ausrichtung auf vulnerable Haushalte im Rahmen von Integrations- und Wiedereingliederungsmaßnahmen zu verbessern:

„Amighi, a returnee living in Alice-Ghan north of Kabul, lost his wife on the way to hospital in 2013. ‘It should never have happened, even in Afghanistan,’ he said. Previous studies have also highlighted the need to improve access to health services and the targeting of vulnerable households as part of integration and reintegration efforts.“ (NRC/IDMC/Samuel Hall, 24. Jänner 2018, S. 35)

2.5 Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktzugang

Friederike Stahlmann vom Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung führt in einer E-Mail-Auskunft vom November 2018 aus, inwiefern die Lage afghanischer Großstädte bezüglich der allgemeinen Entwicklungen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt vergleichbar seien:

„Großstädte wie Mazar-e Sharif, Herat und Kabul sind bezüglich der allgemeinen Entwicklungen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt insofern vergleichbar, als der Zugang zu existenziellen Ressourcen wie Obdach und Arbeit grundsätzlich hochgradig umkämpft ist. Auch die Mechanismen der Kontrolle von Ressourcen unterscheiden sich nicht grundsätzlich von einem Ort zum nächsten. Der Kampf um Ressourcen wird so nicht nur durch Machtmissbrauch geprägt, sondern auch durch finanziellen und sozialen Ausschluss geführt – wobei aus Sicht der lokalen Gemeinschaften und Nachbarschaften Zuziehende grundsätzlich Konkurrenten darstellen und soziale Netzwerke versuchen vorhandene Ressourcen intern zu bündeln und nach außen zu verteidigen.“

Selbst wenn sich in einer der Großstädte spontan punktuell Ressourcen auftäten, wie etwa durch Infrastrukturprojekte, die Einkommensmöglichkeiten generieren, ist somit davon auszugehen, dass dieses Angebot von der ansässigen Bevölkerung entsprechend der lokalen Machtverhältnisse innerhalb kürzester Zeit absorbiert würde.

Binnenmigration als Strategie der Existenzsicherung würde somit voraussetzen, dass die Betroffenen Zugang zu unterstützungsfähigen und -willigen Netzwerke am Zielort haben. Dieser Zugang wird umso bedeutsamer, desto ungesicherter die Lebensumstände sind. Das betrifft nicht nur die notwendige Arbeitsteilung im Alltag, sondern insbesondere die solidarische Absicherung im Umgang mit Krisen wie Krankheit, Arbeitslosigkeit oder gewaltsamen Übergriffen.“ (Stahlmann, 27. November 2018)

Das Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC), eine Institution zur Entwicklungszusammenarbeit, deren zentrales politisches Anliegen die Förderung einer kritischen Öffentlichkeit zu Kolonialismus und Rassismus und eines internationalen Dialoges ist, veröffentlicht im November 2018 einen Bericht zur Situation afghanischer Rückkehrender am Arbeitsmarkt. Dem Bericht zufolge habe Afghanistan seit dem Sturz der Taliban im Jahr 2001 Milliarden von Dollar an internationaler Hilfe erhalten, bleibe aber eines der ärmsten, unsichersten, korruptesten und politisch instabilsten Länder der Welt. Diese beispiellose finanzielle Unterstützung habe erhebliche Fortschritte beim Wiederaufbau, bezüglich der Bildung für Mädchen, der Freiheit der Medien und der Rolle der Frauen in der Öffentlichkeit gebracht. Ein Großteil dieses Wachstums sei jedoch durch die Präsenz internationaler Streitkräfte bedingt gewesen. Bis zum Abzug der von den USA geführten NATO-Truppen Ende 2014 sei die afghanische Wirtschaft weitgehend auf diese militärische Hilfe aus dem Ausland angewiesen gewesen. Die internationale Gemeinschaft habe sich kaum Strategien zur Unterstützung von ertragsgenerierenden Projekten, die in der Zukunft gewöhnlichen afghanische Familien als Lebensunterhalt dienen hätten können, gewidmet. Als die internationalen Streitkräfte Ende 2014 abgezogen und die finanzielle Unterstützung eingestellt worden sei, seien zudem die Teams für den Wiederaufbau der Provinzen (Provincial Reconstruction Teams, PRTs) aufgelöst und ihre Funktionen auf die afghanische Regierung übertragen worden. Der Rückzug 2014 habe das Land in eine unerwartete wirtschaftliche Depression geführt. Mehrere hunderttausend Afghanen, die in den Bereichen Sicherheit, Bau und Verkehr tätig gewesen seien, hätten ihre Arbeitsplätze verloren, als die militärische Hilfe wegfiel und die Unternehmen geschlossen werden mussten. Allein im Verkehrssektor seien mindestens 100.000 Arbeitsplätze, die 22 Prozent des BIP des Landes ausgemacht hätten, weggefallen. Von der sich verschlechternden Sicherheitslage abgelenkt, sei die Regierung nicht in der Lage gewesen, Dienstleistungen zur Verbesserung des alltäglichen Lebens der Afghanen zu leisten:

„Afghanistan has received billions of dollars in international aid since the fall of the Taliban in 2001, yet remains one of the world’s poorest, most insecure, corrupt and politically unstable countries. This unprecedented amount of funding brought significant progress in terms of reconstruction, restoration of education for girls, freedom of the media and the appearance of women in the public domain. Much of this growth however was due to the presence of international forces securing the country against the Taliban and Al-Qaeda. Until the withdrawal of U.S.-led NATO troops at the end of 2014, Afghanistan’s economy

relied largely on this foreign military aid. The international community paid little attention to exploring strategies to support income-generation projects that could be used as a future lifeline for ordinary Afghan families.

Military spending and international aid jumped from \$404 million in 2002/2003 to a massive \$15.7 billion in 2010/2011, a figure roughly equivalent to Afghanistan's gross domestic product (GDP). The International Security Assistance Force (ISAF) contributed to Afghanistan's economy through twenty-eight Provincial Reconstruction Teams (PRTs) situated throughout the country to provide security and aid for reconstruction by both internal and external players. When international combat forces withdrew at the end of 2014 and financial aid ceased, the PRTs were disbanded and their functions transferred to the Afghan government. NATO's new mission in Afghanistan, known as the Resolute Support Mission (RSM) was to train, advise and assist Afghan security forces.

The 2014 withdrawal took the country into an unanticipated economic depression. Several hundred thousand Afghans working in security, construction and transportation companies lost their jobs when military aid stopped and companies were forced to close. In the transportation sector alone, at least 100,000 jobs – contributing 22% of the country's GDP – were lost. Distracted by the deteriorating security situation, the government has been unable to deliver services to improve the lives of ordinary Afghans." (VIDC, November 2018, S. 26)

Die afghanische Industrie- und Handelskammer (Chamber of Commerce and Industries, ACCI) veröffentlicht im Oktober 2018 ihre quartalsweise stattfindende Befragung zum Wirtschaftsklima in den Provinzen Kabul, Balkh, Herat, Kandahar und Nangarhar. Laut dem Bericht für das dritte Quartal 2018 sei das Wirtschaftsklima ein Indikator für die Wachstumstendenzen des Bruttoinlandsprodukts. Der Indikator sei in der Regel vorausweisend; er zeige BIP-Veränderungen im Voraus an (wenn es keine unerwarteten Veränderungen der Rahmenbedingungen gebe, durchschnittlich einige Monate im Voraus). Der Indikator basiere auf der Einschätzung der Geschäftslage und der Erwartungen für die kommenden sechs Monate seitens Führungskräften und werde nach einer internationalen standardisierten Formel berechnet. Die Werte würden von 0 (= "normal") bis zu einem möglichen Maximum von plus 100 für ein positives Klima bzw. bis zu einem möglichen Minimum von minus 100 für ein negatives Klima reichen. Bezogen auf das Wirtschaftsklima pro Region wird für das dritte Quartal 2018 angeführt, dass der Gesamtindikator für die Regionen Kabul, Balkh, Kandahar, Nangarhar und Herat mit minus 19 bewertet worden sei, während dieser Wert im vorigen Quartal noch bei minus 9,6 gelegen sei. Das allgemeine Wirtschaftsklima habe sich im Vergleich zur letzten Umfrage verschlechtert. Das Vertrauen der befragten Unternehmer in ihre aktuelle Situation sei negativ, ihre Erwartungen für die kommenden sechs Monate seien deutlich gesunken. Der Wirtschaftsklimaindikator sei in allen untersuchten Regionen im Vergleich zum letzten Quartal deutlich gesunken:

„The Business Climate is an indicator for GDP growth tendencies. The indicator usually is leading; it indicates GDP changes in advance (on average a few months if no unexpected change in frame conditions occurs). The Business Climate indicator is constructed from the judgments of managers on their present business situation and their business expectations

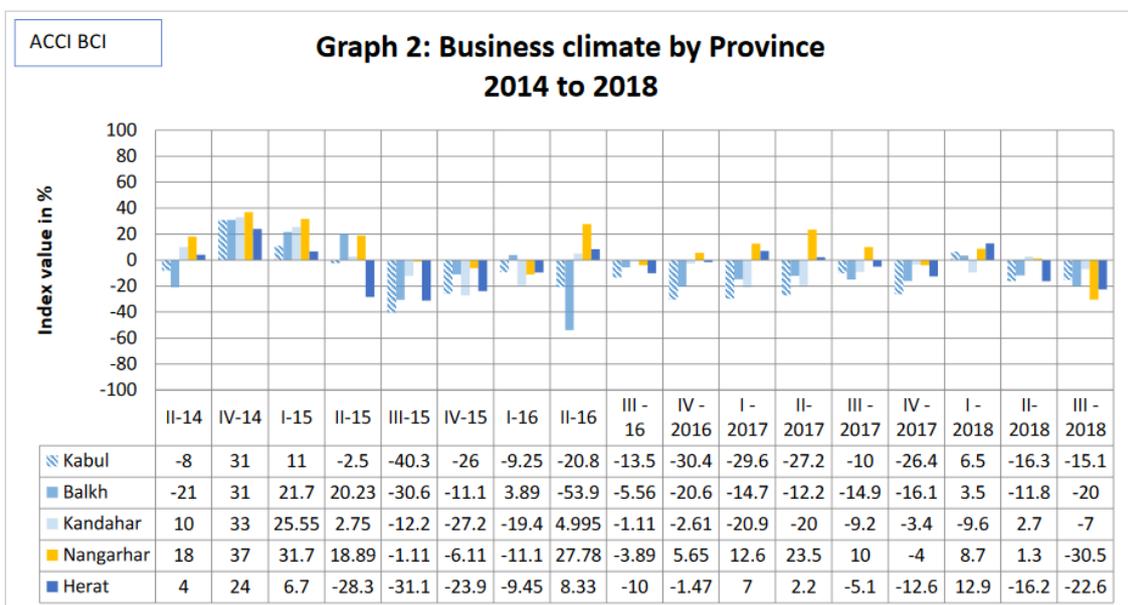
for the next six months by a standardized and internationally used formula (for methodology see at the end of the report). The indicator values range from 0 (meaning 'normal') up to a possible maximum of plus 100 for a positive climate and from 0 to a possible minimum of minus 100 for a negative climate.

A.1 - Business Climate overall and by Region

The overall Business Climate indicator in third quarter of 2018 for Kabul, Balkh, Kandahar, Nangarhar & Herat regions altogether valued points (- 19) while in last survey it was (- 9.6) points. [...]

The overall business climate has deteriorated compared to the last survey. The surveyed businesses' level of confidence regarding their current condition is negative as the last survey (- 32.81 → - 37.84), their expectations regarding the coming six months (13.55 → 1.28) has significantly decreased. Last quarter, only Kandahar and Nangarhar had positive business climate indicator, while this time all surveyed regions have reported negative indicators. The business indicator in Nangarhar has significantly decreased compared to the last period. The business indicator in all surveyed regions has decreased significantly compared to the last quarter." (ACCI, Oktober 2018, S. 3-4)

Die folgende Grafik derselben Quelle zeigt die Entwicklung des Wirtschaftsklimas unter anderem in den Provinzen Kabul, Herat und Balkh zwischen 2014 und 2018:



(ACCI, Oktober 2018, S. 4)

Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (European Asylum Support Office, EASO) schreibt in seinem auf Herkunftsländerinformationen basierendem Leitfaden zu Afghanistan („Country Guidance“) im Juni 2018, dass es in den Städten Kabul, Herat und Mazar-e Sharif aufgrund der derzeitigen Wirtschafts- und Sicherheitslage hohe Arbeitslosenquoten und Unterbeschäftigung, insbesondere für Jugendliche in den Städten, gebe. Dieser Trend habe sich in den letzten Jahren verschärft. Die wachsende Anzahl von Vertriebenen auf der Suche nach Arbeit habe zu verstärktem Wettbewerb am Arbeitsmarkt geführt. Die urbane Armut sei weit

verbreitet und nehme zu. In derartigen Situationen würden immer mehr Menschen, die in städtischen Gebieten leben, auf negative Bewältigungsmechanismen wie Kriminalität, die Verheiratung von Kindern, Kinderarbeit, Betteln und Straßenverkauf zurückgreifen. Traditionelle Unterstützungsmechanismen seien insbesondere in städtischen Gebieten unter Druck:

„Means of basic subsistence: With regard to access to employment, given the current economic and security situation, there are high rates of unemployment and underemployment, especially for urban youth, and this trend has worsened in recent years. Additional competition on the labour market is the result of growing numbers of displaced people searching for work. Urban poverty is widespread and on the rise and in such situations, increasing numbers of people living in urban settings resort to negative coping mechanisms such as crime, child marriages, child labour, street begging and street vending and traditional support mechanisms are under strain, specifically in urban areas.“
(EASO, Juni 2018, S. 104)

Das EASO geht in seinem im August 2017 veröffentlichten Bericht zu den sozioökonomischen Schlüsselindikatoren in den Städten Herat, Mazar-e Sharif und Kabul auf die Situation von Rückkehrenden und Binnenvertriebenen ein. Bezugnehmend auf eine Studie des unabhängigen Think Tanks Samuel Hall aus dem Jahr 2016 wird angeführt, dass insbesondere Rückkehrende, Binnenvertriebene und Abgeschobene häufig kein soziales Netzwerk in dem Gebiet hätten, in das sie vertrieben worden seien bzw. in das sie zurückkehren würden. Ihnen würden somit auch die Kontakte fehlen, um angemessene Beschäftigung oder Ausbildung zu finden. Unter Bezugnahme auf die Studie von Samuel Hall aus dem Jahr 2014 zur urbanen Armut schreibt das EASO weiters, dass das Finden einer Arbeitsstelle entscheidend für die erfolgreiche Reintegration von Rückkehrenden sei. In einer bargeldbasierten Gesellschaft, wie sie in den meisten afghanischen Städten zu finden sei, biete ein stabiles Einkommen Zugang zu Lebensmittelsicherheit und Gesundheitsversorgung, verringere die Vulnerabilität und erhöhe die Widerstandsfähigkeit. Laut Quellen aus dem Jahr 2012 sei der Zugang zu Arbeitsplätzen auf dem schrumpfenden Arbeitsmarkt mehr denn je von Kontakten abhängig. Das EASO verweist in seinem Bericht auf eine 2015 veröffentlichte Studie, wonach insbesondere Rückkehrende aus Europa und dem Iran keine Arbeit finden würden, wenn sie keine soliden sozialen Kontakte hätten. Eine Mitarbeiterin des unabhängigen Think Tanks Samuel Hall habe im Februar 2017 angeführt, dass der wichtigste Faktor bei der Personalauswahl Vertrauen sei. Das Misstrauen in der afghanischen Gesellschaft sei so groß, dass alle möglichen Arbeitgeber, auch internationale Akteure, nur Menschen einstellen würden, die ihnen von anderen vorgeschlagen worden seien. Wenn man niemanden habe, der einen empfehle, würde man auf dem immer kleiner werdenden Gelegenheitsarbeitsmarkt landen, selbst wenn man einen Abschluss hätte. Dies würde laut einem im Februar 2017 geführten Gespräch mit dem Direktor einer Forschungsorganisation auch für Arbeitsplätze bei internationalen Organisationen gelten:

„Yet, as especially these categories – returning refugees, IDPs and deportees – often lack social networks in the area they are displaced or returned to, they also lack the connections to find adequate employment or proper training. [...]

Finding a job is crucial to returnees' successful reintegration. In a cash-based society, as most cities in Afghanistan are, a stable income provides access to food safety and healthcare, decreases vulnerability and increases resilience. Access to jobs in the shrinking labour market is more than ever dependent on connections. A study by the International Labour Organisation (ILO), states: '[w]hen asked to explain how they hired their employees, most employers said that they used the most traditional Afghan network system: friends (62.6%) or relatives (57.9%). [...]

According to a study by Ceri Oeppen and Nassim Majidi, especially for returnees from Europe and Iran – and according to Hervé Nicolle Afghan returnees from Europe often originate from Iran – those who have no strong or solid social connections cannot find work. The principal determinant in recruiting is trust, according to Hervé Nicolle from Samuel Hall. What outsiders often label as corruption or nepotism, is in fact a system based on (dis)trust. There is so much distrust in the Afghan society that all possible employers, including international actors, only hire people who are suggested to them. If nobody suggests you to a possible employer, you will end up in the ever-shrinking casual day labour market, even if you hold a diploma. Even for the jobs with international organisations – such as UN agencies – published online, it's very likely actual assignment relies on informal recommendations." (EASO, August 2017, S. 66-68)

Friederike Stahlmann führt in ihrem Gutachten vom März 2018 zur Voraussetzung sozialer Netzwerke am Arbeitsmarkt unter anderem bezogen auf Kabul, Herat und Mazar-e Sharif Folgendes an:

„Ohne soziale Netzwerke, die bereit und in der Lage sind, einem Rückkehrer Arbeit zu vermitteln, ist zurzeit unabhängig vom Bildungsgrad nicht davon auszugehen, dass ein Rückkehrer in den genannten Provinzen [Kabul, Pandjir, Bamyán, Mazar-e Sharif, Herat] eine Arbeitsstelle finden kann. Das liegt abgesehen vom allgemeinen Ausschluss Fremder und dem spezifischen Ausschluss von Rückkehrern aus Europa zum einen an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, zum anderen an den spezifischen Arbeitsmarktbedingungen in städtischen und ländlichen Regionen.“ (Stahlmann, 28. März 2018, S. 221)

Weiters erklärt Stahlmann, dass der Druck am städtischen Arbeitsmarkt bereits vor dem wirtschaftlichen Einbruch von 2013 für Binnenvertriebene und Rückkehrende ein großes Problem dargestellt habe:

„Dazu kommt, dass der Druck auf den Arbeitsmarkt vor allem in Städten rapide zugenommen ist, da die nicht konventionell umkämpften Städte wie Kabul, Herat und Mazar-e Sharif zunächst die Orte waren, an denen noch Resthoffnung auf Arbeit bestand. Doch schon 2011, also vor dem wirtschaftlichen Einbruch nach 2013, hatten 61% der IDP-Haushalte in Städten Probleme mit Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung und immerhin 42% hatten Probleme mit Zugang zu Nahrungsmitteln, wobei hier auch jene eingerechnet wurden, die Zugang zu Unterstützungsnetzwerken hatten (vgl. World Bank/UNHCR May 2011: 31). Nach dem wirtschaftlichen Einbruch ist deren Zugang zum Arbeitsmarkt zwar weitgehend weggebrochen. Städte sind jedoch weiterhin primäres Zufluchtsziel von Binnenvertriebenen, um einerseits akuten Kämpfen zu entkommen und

andererseits Restchancen auf Zugang zu humanitären Hilfen zu haben. Dasselbe gilt für die große Mehrheit der unfreiwilligen Rückkehrer aus Pakistan und Iran, die keine Chance haben, in Herkunftsorte der Familien zurückzukehren. Dieser Zuzug hat sich zwar vor allem in Kabul abgeschwächt, weil der Zugang zu Hilfen in Relation zu den außergewöhnlich hohen Lebenserhaltungskosten so eklatant unzureichend ist und sich die Sicherheitslage so deutlich verschlechtert hat. Der Zuzug besteht jedoch weiter fort und verschärft somit weiterhin auch die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. (vgl. EASO August 2017: 24) Da Vertriebene, aber auch Rückkehrer aus den Nachbarländern in der Regel für städtische Verhältnisse mittellos kommen, tragen sie auch nicht zu einem wirtschaftlichen Aufschwung bei. (UNOCHA December 2017: 12)“ (Stahlmann, 28. März 2018, S. 226-227)

Bezugnehmend auf den Stellenwert von Ausbildung als Voraussetzung für Personalentscheidungen, schreibt Stahlmann, dass „in der Regel erst alle anderen soziopolitischen Kriterien erfüllt sein müssten, bevor „Qualifikationen wie Bildung oder Berufserfahrung“ eine Rolle spielen würden. (Stahlmann, 28. März 2018, S. 228)

Basierend auf ihrem „Abgeschobenenmonitoring“ (Stand: September 2018) führt Friederike Stahlmann zum Arbeitsmarktzugang von aus Deutschland Abgeschobenen Folgendes an:

„Das regelhafte Scheitern beim Versuch Arbeit zu finden hat nicht nur mit dem absoluten Mangel an Arbeit und dem Versuch den Gefahren durch die Identifizierung als Rückkehrer durch Verstecke zu entgehen zu tun, sondern auch mit dem besonderen Ausschluss von Rückkehrern auf dem Arbeitsmarkt. So hat der einzige, der temporär Arbeit als KFZ-Mechaniker in einer Werkstatt von Verwandten in Kabul gefunden hat, diese nach kurzer Zeit wieder verloren, weil der Familie die Gefährdung durch die öffentliche Anwesenheit des Rückkehrers zu groß erschien.“ (Stahlmann, 26. November 2018)

Im Februar 2012 veröffentlicht Amnesty International (AI) einen Bericht basierend auf Erhebungen, die zwischen 2008 und 2011 durchgeführt wurden, und sich mit der Situation von zwölf in Slums lebenden Gemeinschaften rund um die Städte Kabul, Mazar-e Sharif und Herat-Stadt befassen. In allen von Amnesty International besuchten Slums sei Arbeit für die Bewohner schwer zu finden. Mit Ausnahme einiger kurzfristiger Projekte, die von einigen NGOs finanziert würden, seien die wenigen vorhandenen Arbeitsplätze informell. Die befragten Familien hätten häufig den Mangel an Arbeitsplätzen als ihre größte Sorge bezeichnet. Dies sei nicht verwunderlich, da sie ohne regelmäßiges und ausreichendes Einkommen oft nicht genug Nahrung haben würden, und sie nicht genug Geld hätten, um sich die Behandlung schwerwiegender Erkrankungen leisten zu können. Zudem könnten die damit aufkommenden Gefühle der Unsicherheit und des Zweifels am Selbstwertgefühl zu innerfamiliärer Gewalt beitragen:

„Work is hard to find for residents in all of the slums visited by Amnesty International. With the exception of some short-term projects funded by some nongovernmental organisations, the few jobs that do exist are informal. Many of the men and boys work as porters, carrying produce and goods as needed.

Indeed, families regularly cited the lack of employment as their biggest concern. This is not surprising; without regular and sufficient income, they often do not get enough food to

eat, and they may not have enough money to get the treatment they need for serious health conditions. The feelings of insecurity and doubts about self-worth that come from not being able to provide for ones elf and one's family may also contribute to intra-family violence, as discussed more fully below." (AI, 23. Februar 2012, S. 42)

In einem im Mai 2016 von Amnesty International (AI) veröffentlichten Bericht, der auf Besuchen von Binnenvertriebenen-Siedlungen in Herat-Stadt, Kabul und Mazar-e Sharif basiert, nimmt Amnesty International Bezug auf oben genannten Bericht vom Februar 2012, wonach sich die afghanische Wirtschaft seither deutlich verschlechtert habe. Dies sei auf die Abhängigkeit der afghanischen Wirtschaft von ausländischen Geldgebern und die Reduktion dieser nach Abzug der internationalen Truppen zurückzuführen. Die jährliche wirtschaftliche Wachstumsrate sei von durchschnittlich 6,9 Prozent zwischen 2007 und 2012 auf 1,3 Prozent im Jahr 2014 gesunken. Amnesty International verweist aus einen SIGAR-Bericht, wonach sich die Aussichten der afghanischen Wirtschaft von „beunruhigend“ zu „düster“ verschoben hätten. Obwohl es in Afghanistan keinen Konsens über zuverlässige Arbeitslosenstatistiken gebe, habe die Arbeitslosenquote nach Angaben der afghanischen Statistikbehörde (CSO) im Oktober 2015 40% erreicht, was einem Anstieg von 15% in nur einem Jahr entspreche. Obwohl die wirtschaftliche Situation für viele AfghanInnen schwierig sei, würde diese Situation Vertriebene vor eine besondere Herausforderung stellen, da sie von ihrer Lebensgrundlage und ihren Unterstützungsnetzwerken abgetrennt seien. Die überwältigende Mehrheit der von Amnesty International befragten Vertriebenen hätte Mühe, eine feste Anstellung zu finden. Die meisten Familien seien auf einen einzigen Ernährer, meist den männlichen Haushaltsvorstand, angewiesen gewesen, der informeller Teilzeitarbeit nachgehen würde. In mehreren Fällen seien Kinder gezwungen, der Arbeit Vorrang vor der Schule zu geben, um ihre Familien zu ernähren. Selbst Familien, die es schaffen würden, ein mageres Einkommen zu erzielen, hätten Probleme, ausreichend Essen kaufen zu können:

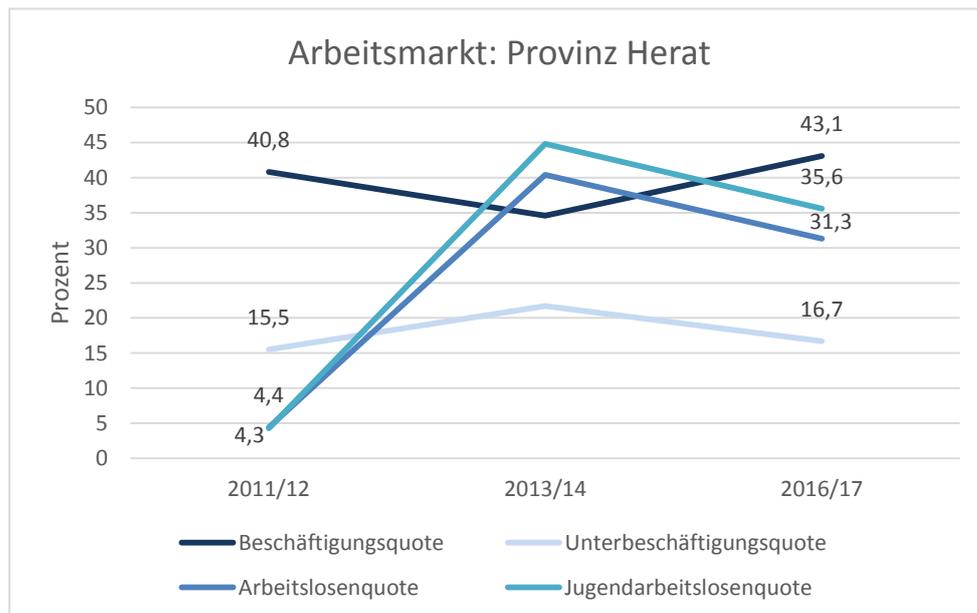
„Since Amnesty International's last report on the internally displaced in 2012, the Afghan economy has taken a significant turn for the worse. Afghanistan since 2001 existed inside a typical 'aid bubble', with the international presence propping up much of the economy. The national budget has since 2001 been to roughly 70% funded by foreign donors (69% in 2016). With the international troop pull-out and reduction in foreign donor money over the past years, Afghanistan's economy has been badly hit and the country is facing a serious financial crisis. The annual growth rate has shrunk to 1.3% in 2014 from a 6.9% average from 2007 to 2012. A recent SIGAR report noted that the Afghan economy's prospects are shifting 'from troubling to bleak'. Although there is no consensus on reliable unemployment statistics in Afghanistan, according to the government body Central Statistics Organisation the unemployment rate had reached 40% in October 2015, an increase of 15% in just one year.

Although the economic situation is difficult for many in Afghanistan, those displaced face particular challenges as they have been uprooted from their livelihoods and support networks. A recent study of displaced people in Kabul informal settlements found that the majority lacked basic skills like literacy or numeracy, and even fewer had specific vocational skills, significantly hampering their access to job markets. The overwhelming majority of displaced people that Amnesty International interviewed struggled to find regular

employment. Most families were reliant on a single breadwinner – usually the male head of household – who was engaged in informal, part-time work, often in manual labour as a porter at a local market or assisting with construction work. In several cases, children had been forced to prioritise work over school in order to help feed their families and were engaged in menial labour such as shoe-shining or *espan-di* - warding away misfortune by performing a ritual for passers-by in exchange for money - during the day. Even families who were able to obtain a meagre income struggled to afford enough food to eat.” (AI, 31. Mai 2016, S. 40)

2.5.1 Herat

Laut den 2018 von der afghanischen Statistikbehörde (NSIA, früher CSO) veröffentlichten Provinz-Profilen sei die Erwerbsquote („Labor force participation rate“), also der Anteil der Bevölkerung der Provinz Herat, der sowohl Erwerbstätige als auch Erwerbslose umfasse, 2011/12 bei 42,6 Prozent, 2013/14 bei 58,1 Prozent und 2016/17 bei 62,7 Prozent gelegen. (NSIA, 2018, S. 71-72) Basierend auf den veröffentlichten Daten wird in der folgenden Grafik die Entwicklung der Beschäftigungsquote („Employment-to-population rate“), der Unterbeschäftigungsquote („Under-employment rate“), der Arbeitslosenquote („Unemployment rate“) und der Jugendarbeitslosenquote („Youth unemployment rate“) in der Provinz Herat über die Jahre hinweg dargestellt:

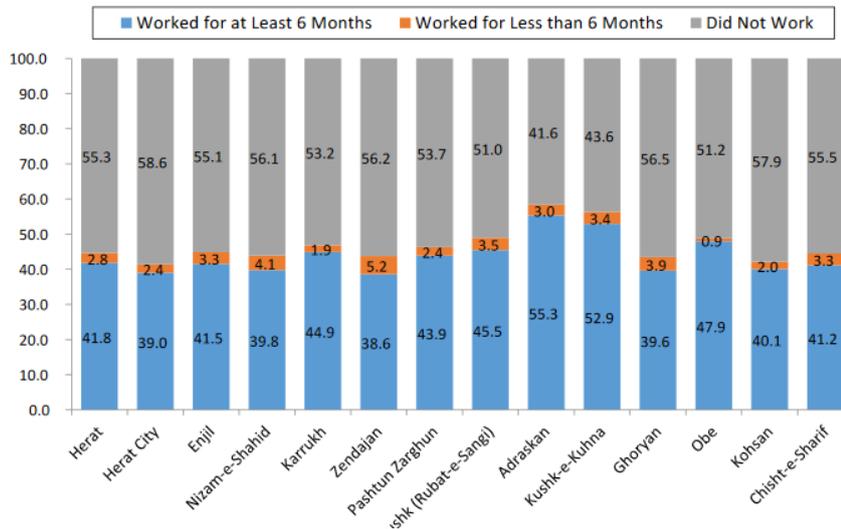


(Basierend auf Daten von NSIA, 2018, S. 71-72)

Die afghanische Statistikbehörde (CSO) veröffentlicht im Bericht zur soziodemographischen und ökonomischen Erhebung in der Provinz Herat im Jahr 2016 folgende Grafik, die zeigt, dass mehr als die Hälfte der Personen im Alter von 15 Jahren und älter in der Provinz Herat im Berichtszeitraum von 12 Monaten nicht gearbeitet hätten. Am höchsten sei der Anteil der nicht-arbeitenden Bevölkerung in Herat-Stadt (58,6 Prozent) gewesen:

„Figure 13 shows that more than half of the persons aged 15 years and older in all districts, except Adraskan and Kushk-e-Kuhna, did not work during the reference period with the lowest proportion in Kushk (Rubat-E-Sangi) (51.0 percent) and the highest in Herat City (58.6 percent).“ (CSO, 2016b, S. 36)

Figure 13. Percentage of Population 15 Years or Older by Work Status and District: Herat, March 2016



(CSO, 2016b, S. 37)

EASO geht in seinem im August 2017 veröffentlichten Bericht zu den sozioökonomischen Schlüsselindikatoren in den Städten Herat, Mazar-e Sharif und Kabul auf die wirtschaftliche Lage in Herat-Stadt ein. Bezugnehmend auf einen 2015 von der afghanischen Regierung veröffentlichten Bericht zur Lage afghanischer Städte (State of Afghan Cities, SoAC) und einen ebenfalls 2015 veröffentlichten Bericht des United States Institute of Peace (USIP) zu politischen und ökonomischen Dynamiken in Herat schreibt das EASO folgendes: Herat sei eines der wichtigsten Handelszentren Afghanistans und verfüge über starke historische Handelsbeziehungen mit dem Iran und Turkmenistan. Da die nationale Wirtschaft stagnieren würde, würde das Handelsvolumen deutlich zurückgehen, was sich negativ auf die Beschäftigung und den Dienstleistungssektor in Herat auswirke. Die mittelständische Industrie sei in Herat gut entwickelt, der Export von Waren habe in den letzten Jahren stark geschwankt. Obwohl keine andere afghanische Stadt seit 2001 so viele private Investitionen angezogen habe, ließ auch in Herat der anfängliche Optimismus nach, da lokal hergestellte Produkte durch Produkte aus dem Iran unterboten worden seien. Die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung Herats seien Tagelöhner, deren Einkommen besonders anfällig für die Launen des Arbeitsmarktes sei. Laut Samuel Halls 2014 veröffentlichten Bericht zur urbanen Armut hätten besonders die Haushalte in Herat-Stadt gemeldet, dass es eine wirtschaftliche Verschlechterung als Folge des Konjunkturabschwungs gebe. Laut des USIP-Berichts von 2015 seien die Ausgaben afghanischer und internationaler NGOs in Herat von 73 Millionen Dollar im Jahr 2011/12 auf 20,6 Millionen Dollar im Folgejahr gesunken. Die Wirtschaft in Herat sei zudem von Unsicherheit und politischer Ungewissheit geprägt. Die privaten Investitionen in der Stadt seien deutlich zurückgegangen, was vor allem im Bausektor deutlich werde:

„Herat is one of Afghanistan’s major trading hubs and has strong historical trade ties with Iran and Turkmenistan. As the national economy stagnates, the volume of trade is expected to decrease significantly, negatively impacting employment and services in Herat.

The small- and medium-sized enterprise industry is well developed in Herat, particularly in handicrafts, rugs and silk. The province has industry including shoe factories, mobile-phone factories and refrigerator factories – staffed entirely by men. Exports of these goods and agricultural products from the province have fluctuated significantly in recent years. Although no other Afghan city attracted as much private investment since 2001 as Herat did, initial optimism waned as locally manufactured products were undercut by products from Iran.

Employment in the small and medium enterprises in 2015 was either through day labour or as self-employed small entrepreneurs. These two categories account for the absolute majority of job market segments, while salaried workers are a small minority of the job market. According to analyst Jolyon Leslie half of the working population of Herat are day labourers whose income is particularly vulnerable to the vagaries of the labour market. In effect, in Herat specifically, households reported an economic deterioration as a consequence of the economic drawdown. Where at one point 20% of sales went to international NGO customers, this figure was down to 2% in 2014. In 2011-2012 NGOs (Afghan and international) spent more than \$73 million in Herat but the next year only spent \$20.6 million.

Herat’s economy is also affected by insecurity and political uncertainty, according to analyst Jolyon Leslie. Private investment in the city has dropped markedly, which is most obvious in the construction sector where many sites remain unfinished.” (EASO, August 2017, S. 28-29)

Im bereits erwähnten vom United States Institute of Peace (USIP) im März 2015 veröffentlichten Bericht wird angeführt, dass viele Bewohner Herats die steigende Kriminalität, insbesondere Kleindiebstahl, auf die steigende Arbeitslosigkeit zurückführen würden:

„Although it is difficult to draw a direct correlation, many Heratis attribute the rising levels of criminality, particularly petty theft, to the rising level of unemployment.” (USIP, März 2015, S. 20)

Die afghanische Public Policy Research Organization (APPRO) veröffentlicht im April 2016 einen Bericht zu den zivilen, sozialen und ökonomischen Rechten in Afghanistan. Dem Bericht zufolge sei die allgemeine Stimmung, dass es in Herat Diskriminierung und Vetternwirtschaft beim Zugang zu bezahlter Beschäftigung gebe. Regierungspositionen würden üblicherweise zu hohen Preisen an diejenigen „verkauft“, die sie sich leisten könnten:

„The general sentiment is that there is discrimination and nepotism in accessing paid employment in Herat. Government positions are commonly ‘sold’ for high prices to those who can afford them.” (APPRO, April 2016, S. 52)

In einem im Mai 2016 veröffentlichten Artikel der unabhängigen afghanischen Nachrichtenagentur Pajhwok Afghan News (PAN) wird berichtet, dass Jugendliche in der Provinz Herat ihre Sorge über die steigende Arbeitslosigkeit im Land zum Ausdruck gebracht und sich dabei gegen die Regierung gewandt hätten. Präsident Ashraf Ghani habe immer wieder versprochen, Arbeitsplätze zu schaffen und die Wirtschaft anzukurbeln, doch die Einwohner von Herat würden berichten, dass es sich um falsche Versprechungen handle. Während seines Wahlkampfes und eines kürzlichen Besuchs in der Provinz habe Ghani geschworen, große Projekte in der Provinz zu starten. Die Projekte würden Tausende von Arbeitsplätzen schaffen, so der Präsident. Die Bewohner Herats würden aber behaupten, dass sich die Situation zwei Jahre nach dem Amtsantritt der Regierung verschlechtert habe. Die Menschen seien besorgt über die Kapitalflucht und die wachsende Arbeitslosigkeit:

„Youth in western Herat province have voiced deep concern over increasing unemployment in the country, hitting out at the government for failing to deal with the challenge. President Ashraf Ghani has promised time and again creating jobs and boosting the economy, but residents of Herat say the pledges are false. During his election campaign and a recent visit to the province, Ghani vowed to launch place mega projects in the province. The projects would create thousands of jobs, the president said. But residents allege the situation has changed for the worse – two years after the inauguration of the unity government. They are worried about the capital flight and growing unemployment.“
(PAN, 9. Mai 2016)

Salaam Times, eine vom Zentralkommando der Vereinigten Staaten (United States Central Command, USCENTCOM) finanzierte Nachrichtenwebsite, berichtet im Juli 2018, dass in Herat-Stadt Rezession, Massenarbeitslosigkeit und die Zerstörung von Fabriksgerätschaften und -zubehör im Wert von Millionen von Dollar drohen würden. Der Grund dafür sei, dass der Iran die Stromversorgung des Industriekomplexes von Herat und seiner Umgebung eingestellt habe. Dutzende Fabriken im Industriegebiet der Stadt seien aufgrund der Unterbrechung geschlossen worden. Der Leiter der Industriekammer habe gewarnt, dass in weiterer Folge tausende Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz verlieren und die Türen zur Industriestadt Herat geschlossen würden:

„Recession, mass unemployment and the destruction of millions of dollars worth of factory equipment and supplies loom as Iran continues to halt power supply to Herat's industrial complex and surrounding areas. [...] The disruption has caused dozens of factories in the city's industrial district, the Herat Industrial City, to shut down, according to officials from the Herat Chamber of Industries and Mines. [...] 'Subsequently, thousands of workers will lose their jobs and the doors to Herat Industrial City will be shut,' Khadem [Head of Chamber] warned.“ (Salaam Times, 30. Juli 2018)

Situation von Binnenvertriebenen und RückkehrerInnen am Arbeitsmarkt in Herat-Stadt 2010-2018

Informationen zur Situation von Binnenvertriebenen und RückkehrerInnen am Arbeitsmarkt in und um Herat-Stadt finden sich in einem 2011 veröffentlichten Bericht der Weltbank und UNHCR, in einem 2012 von Samuel Hall, NRC und dem JIPS veröffentlichten Bericht, einem

Bericht von Amnesty International aus dem Jahr 2012, einem Bericht von UN Habitat und UNHCR aus dem Jahr 2016, einem Bericht von NRC, IDMC und Samuel Hall vom Jänner 2018, sowie in einem Medienbericht vom November 2018. Darüber hinaus konnten Informationen aus einem im November 2018 stattgefundenen Gespräch mit Mitarbeitern des UNHCR-Büros in Herat-Stadt gewonnen werden.

In einer im Mai 2011 von der Weltbank und UNHCR veröffentlichten Studie zu Binnenvertriebenen im urbanen Umfeld der Städte Herat, Kabul und Kandahar, wird angeführt, dass 92 Prozent der befragten Binnenvertriebenen vor der Vertreibung in ländlichen Gebieten gelebt hätten, wo sie hauptsächlich in der Landwirtschaft tätig gewesen seien. Bei den männlichen Befragten sei die Nichterwerbstätigkeit auf dem formalen Arbeitsmarkt (d.h. außerhalb des Hauses) bei 70 Prozent gelegen. In städtischen Gebieten habe der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitsmöglichkeiten zu einer Verlagerung in Richtung Baugewerbe und Dienstleistungen als Haupttätigkeitsbereich geführt. Dieser radikale Wandel für ehemalige Landbewohner, die neu in die Stadt gezogen seien, würde einen herausfordernden Integrationsprozess darstellen, der durch die Notwendigkeit gekennzeichnet sei, sich schnell von einem Fachgebiet zu lösen, das im städtischen Umfeld wenig Einfluss habe. Von den männlichen Binnenvertriebenen seien derzeit 50,6 Prozent im Baugewerbe beschäftigt, 12 Prozent im Bereich „Sonstige Dienstleistungen“, neun Prozent im Einzelhandel und fünf Prozent im Bereich „Verkehr und Kommunikation“. Der Anteil der nicht-arbeitenden weiblichen Befragten sei vor und nach der Vertreibung konstant geblieben, während die Arbeitslosigkeit bei den männlichen Arbeitnehmern von 4,75 auf 13,77 Prozent angestiegen sei. Die Studie habe zudem unter anderem gezeigt, dass die Arbeitslosigkeit unter den männlichen Befragten in Herat (17 Prozent) und Kandahar (15 Prozent) viel höher als in Kabul (9 Prozent) sei:

„As seen in Section 2.1, prior to displacement 92 percent of the IDPs surveyed lived in rural areas, where they were mainly engaged in agriculture. Focusing on the male workforce alone, 67 percent worked in agriculture or livestock production, 17 percent in construction and about 5 percent were either inactive or unemployed (Table 8). For female respondents, inactivity in the formal labor market (i.e. working outside the home) was as high as 70 percent, while 22 percent of women worked in the residual 'other services' sector (carpet weaving, embroidery/tailoring, handicrafts etc.), and about 6 percent in agriculture.

When settled in urban areas, the lack of agricultural opportunities caused a shift toward s construction and services as the main activity sector. This radical shift for former rural dwellers newly moved to urban locations reflects a challenging integration process characterized by the need to adjust quickly from a skill set which has little currency in urban settings. Of male IDPs, 50.6 percent is currently employed in construction; 12 percent in 'other services'; 9 percent in retail trade; and 5 percent in 'transportation and communication'. Interestingly, the share of inactive female respondents remained constant before and after displacement, while unemployment increased for male workers, from 4.75 to 13.77 percent. [...]

The analysis further reveals differences in IDPs sectors of activity between the three cities covered in the study. First of all, as shown in Figure 4, unemployment among male

respondents is much higher in Herat or Kandahar, than Kabul (17, 15 and 9 percent, respectively). Secondly, in Kabul and Kandahar employment is more equally spread across sectors.” (The World Bank/UNHCR, Mai 2011, S. 25-26)

In einem von Samuel Hall, dem Norwegian Refugee Council (NRC) und dem Joint IDP Profiling Service (JIPS) 2012 veröffentlichten Bericht wurden die Ergebnisse einer qualitativen Befragung von über 1000 Binnenvertriebenen-Haushalten in fünf Provinzen, darunter auch Kabul und Herat, dokumentiert. Binnenvertriebene würden berichteten, dass sie nur sporadisch Arbeit und schlecht bezahlte Jobs finden würden, und dass sie an einem Tag zu essen hätten und am nächsten nicht. Da 90 Prozent der afghanischen Wirtschaft auf den informellen Sektor angewiesen sei, sei es schwierig, das Ausmaß der Unterbeschäftigung auf dem lokalen Arbeitsmarkt festzustellen und somit einen klaren Zusammenhang zwischen Unterbeschäftigung und Vertreibung herzustellen. Durch die Vertreibung würden Binnenvertriebene nicht über die notwendigen Fähigkeiten verfügen, um sich gut in neue Arbeitsmärkte zu integrieren. Den Binnenvertriebenen, die von ländlichen in städtische Gebiete ziehen würden, würden soziale, technische und marktfähige Fähigkeiten und in vielen Fällen die Unterstützungsnetzwerke fehlen, die für die Integration in die städtische Wirtschaft erforderlich seien:

„Qualitative fieldwork brought out the debilitating effects of underemployment. IDPs often reported finding work only sporadically and in low-paying jobs, noting that ‘one day we eat, the next day we don’t’. Given that 90 per cent of the Afghan economy relies on the informal sector, it is difficult to gauge the levels of underemployment in the local labour market and therefore to establish a clear link between underemployment and displacement. Displacement leaves IDPs without the necessary skills to integrate well into new labour markets. IDPs moving from rural to urban areas lack social, technical and marketable skills and, in many cases the support networks and systems of reciprocity required to integrate into urban economies.” (Samuel Hall/NRC/Joint IDP Profiling Service, November 2012, S. 26-27)

Im Februar 2012 veröffentlicht Amnesty International (AI) einen Bericht basierend auf Erhebungen, die zwischen 2008 und 2011 durchgeführt wurden, und sich mit der Situation von zwölf in Slums lebenden Gemeinschaften rund um die Städte Kabul, Mazar-e Sharif und Herat-Stadt befassen. Dem Bericht zufolge seien die Beschäftigungsaussichten für die in Minaret, einer Binnenvertriebenensiedlung 1,9 Kilometer vom Zentrum von Herat-Stadt entfernt, lebenden Männer noch schlechter. Eine 27-jährige Frau, die 2010 mit ihrer Familie wegen der Kämpfe nach Herat geflohen sei, habe erzählt, dass ihr Mann ein kleines Einkommen erwirtschaftete. Das Geld, das er verdiene, reiche jedoch nicht für drei Mahlzeiten am Tag aus. Die Familie würde daher nur zwei Mal pro Tag eine kleine Menge essen können. Die Frauen in Minaret würden regelmäßige Arbeit durch das Reinigen von Wolle finden. Eine Befragte teilte Amnesty International mit, dass ihr Mann nicht arbeite, aber ihre Kinder arbeiten und für den Lebensunterhalt sorgen würden. Sei selbst würde Wolle reinigen und so 50 bis 70 Afghani (umgerechnet 1,05 bis 1,45 USD) für sieben Kilo Wolle verdienen:

„And employment prospects for the men living in Minarets camp in Herat are even bleaker. Firoza, a 27-year-old woman who fled Faryab province in 2010 with her family because of

fighting in their district, told us that her husband gets some income carrying goods in a wheelbarrow. 'The money he earns is not enough to feed us three times a day,' she said, meaning that that they can only eat a small amount once or twice a day.

Fortunately, the women in Minarets camp are able to find regular work cleaning wool. 'My husband doesn't work, only my children are working and providing for our living. I myself clean wool, for which I get paid 50 to 70 afghanis [\$1.05 to \$1.45] for seven kilos of wool cleaning,' Parwin told us." (AI, 23. Februar 2012, S. 43)

In einem im Oktober 2016 veröffentlichten Bericht gehen UN Habitat und UNHCR auf die Situation in sechs Binnenvertriebenensiedlungen in der Provinz Herat ein, von denen vier in unmittelbarer Nähe zu Herat-Stadt liegen: das sechs Kilometer entfernte Karizak, das fünf Kilometer entfernte Shaidayee sowie Minaret und Naw Abad, die jeweils 1,9 Kilometer vom Zentrum der Provinzhauptstadt entfernt sind. Dem Bericht zufolge würden nahezu alle Familienoberhäupter in den untersuchten Siedlungen als Tagelöhner tätig sein. Frauen seien häufig im häuslichen Dienstleistungssektor oder als Teppichweberinnen tätig. Und einige Kinder würden durch das Sammeln von Müll Geld verdienen. Bezugnehmend auf die Siedlung Minaret wird angeführt, dass eine Binnenvertriebenen-Familie durchschnittlich 4000 Afghani (umgerechnet rund 61 USD) monatlich verdienen würde, die durchschnittlichen Ausgaben einer Familie aber 500 Afghani (umgerechnet rund 76 USD) umfassen würden.

„Karizak: Virtually all family heads in Karizak are engaged in daily wage labour in Herat city (N=129), while a small number are involved in carpet weaving and also work as vendors and beg. Male labourers are predominantly engaged in construction, whilst females are predominantly engaged in domestic services. Employment is unstable and vulnerable to seasonal fluctuations, female residents report resorting to begging during times where no work is available, earning an average of between 100-250 AFN per day." (UN Habitat/UNHCR, Oktober 2016, S. 30)

„Minaret: The overwhelming majority of heads of families are engaged in daily wage labor, males predominantly in construction in Herat city and females in carpet weaving and other handicrafts. Even with the central location of Minaret, the cost of transport to livelihoods represents a significant burden, many respondent report walking long distances (> 2 hours) morning and night in order to save on transport costs. Many children are also engaged in waste picking in and around the city. A significant number of the men and boys travel to Iran and work in the informal economy, whilst a smaller number do the same in Pakistan. An IDP family on average earns 4000 AFN (61 \$) a month, the average family expenditure is 5000 AFN (76 \$) per month. Many take loans from relatives, neighbors and shopkeepers as coping strategy, while few send their families to other countries for remittance." (UN Habitat/UNHCR, Oktober 2016, S. 42)

„Naw Abad: Virtually all heads of family are engaged in daily wage labour, including constructing laboring and loading and unloading of goods in marketplaces. A number of women work as cleaners in local houses, whilst a number of children are engaged in garbage picking. In the case of Tajik formerly nomadic kuchis, this represents a significant

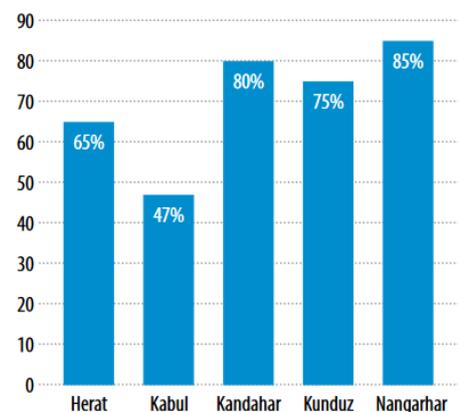
shift from previous livelihoods predominantly based on agriculture and livestock.” (UN Habitat/UNHCR, Oktober 2016, S. 53)

„Shaidayee: Livelihood/Income Source: The majority of the population subsist on daily wage labour and have very low incomes, many of the men are working as labourers, some families receive remittances from Iran while some female IDPs are involved in carpet weaving.” (UN Habitat/UNHCR, Oktober 2016, S. 78)

In einem von NRC, IDMC und Samuel Hall im Jänner 2018 veröffentlichten Bericht über Binnenvertreibung in Afghanistan, der auf Daten aus den Provinzen Herat, Kabul, Kandahar, Kunduz und Nangarhar basiert und sich unter anderem auf die Distrikthauptstädte konzentriert, wird angeführt, dass Binnenvertriebene verglichen mit der allgemeinen Bevölkerung häufiger unterbeschäftigt seien oder schlecht bezahlte und instabile Arbeit hätten. Von den Befragten hätten 59 Prozent angeführt, vor der Vertreibung als Tagelöhner tätig gewesen zu sein und 67 Prozent seit der Vertreibung dieser Art der Beschäftigung nachzugehen. Im Bericht wird auf eine 2016 getätigte Aussage eines Beamten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Kabul verwiesen, demnach würden vor allem im Bausektor und in geringerem Maße in der Landwirtschaft ungelernete Tagelöhner um extrem niedrig bezahlte prekäre Arbeitsplätze kämpfen. Ein im Bericht veröffentlichtes Diagramm zeigt, dass 65 Prozent der befragten Binnenvertriebenen in Herat Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung oder der Mangel an marktfähigen Fertigkeiten unter den drei größten Herausforderungen anführen:

„What does appear clear, however, is that IDPs are more likely than their counterparts in the general population to be underemployed or have poorly paid and unstable work. Across all respondents, 59 per cent were day labourers before their displacement, and 67 per cent after it. According to an International Labour Organisation (ILO) official in Kabul interviewed in 2016: ‘For IDPs, the construction sector and to a lesser extent agriculture clearly fall into this category. Unskilled day labourers will compete for extremely low-paid precarious jobs.’” (NRC/IDMC/Samuel Hall, 24. Jänner 2018, S. 28)

Figure 9: Percentage of respondents listing unemployment, underemployment and lack of marketable skills as one of their three main challenges



(NRC/IDMC/Samuel Hall, 24. Jänner 2018, S. 28)

In einem Artikel, der im November 2018 auf Devdiscourse, einer Online-Plattform für „development news across the globe“ veröffentlicht wurde, wird über die Dürre und ihre Auswirkungen auf die Stadt Herat berichtet. Obwohl Herat eine der wohlhabenderen Städte Afghanistans sei, könne es keine Arbeit für die Zehntausenden von Neuankömmlingen bieten. Zudem stehe die Infrastruktur von Herat-Stadt zunehmend unter Druck, so Beamte:

„Although Herat is one of Afghanistan's more prosperous cities, it cannot provide work for the tens of thousands of new arrivals and its infrastructure is under increasing strain, officials say.“ (Devdiscourse, 9. November 2018)

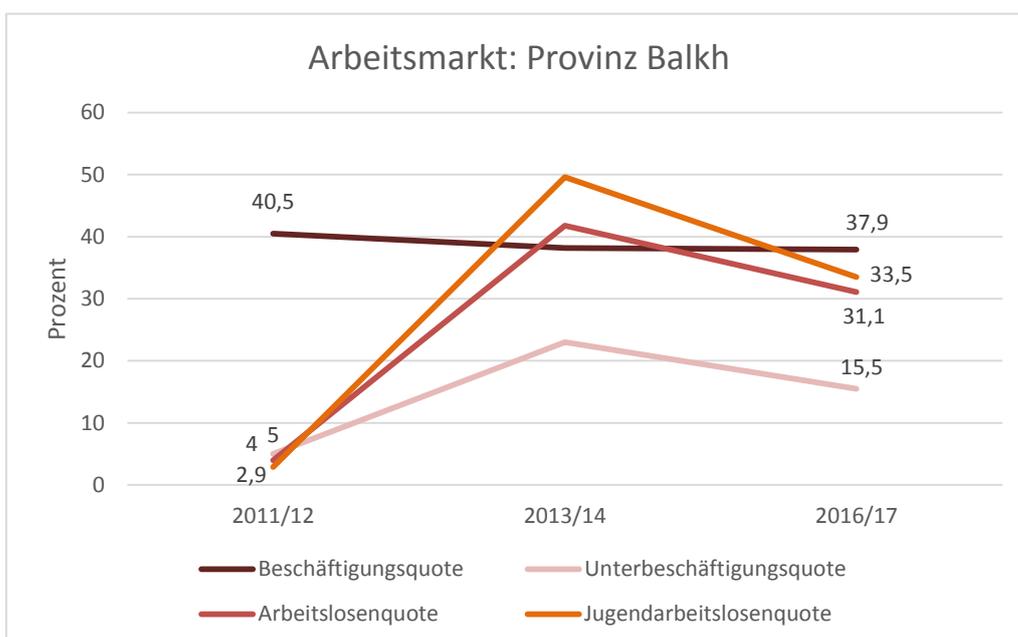
Auch die pakistanische Tageszeitung The Express Tribune berichtet im Oktober 2018 über die dürrebedingte Landflucht vieler Familien nach Herat-Stadt. Dem Artikel zufolge würden die vertriebenen Männer in Herat-Stadt keine Arbeit finden:

„Men who used to proudly support their families now sit around with nothing to do, while their wives squat on the ground making bread — the only food many of them can afford to eat.“ (The Express Tribune, 11. Oktober 2018)

UNHCR führt in einem Gespräch zur Lage in Herat-Stadt im November 2018 an, dass es in Herat so wie auch in anderen Teilen des Landes einen Mangel an adäquaten Möglichkeiten der Beschäftigung und Lebensgrundlage gebe. Es gebe zudem keine arbeitsplatzschaffenden Projekte für Binnenvertriebene. Die kleinen Projekte zur Arbeitsplatzschaffung, die es gebe, würden nur wenige Personen umfassen und somit nicht dem Bedarf entsprechen. (UNHCR, 26. November 2018b)

2.5.2 Mazar-e Sharif

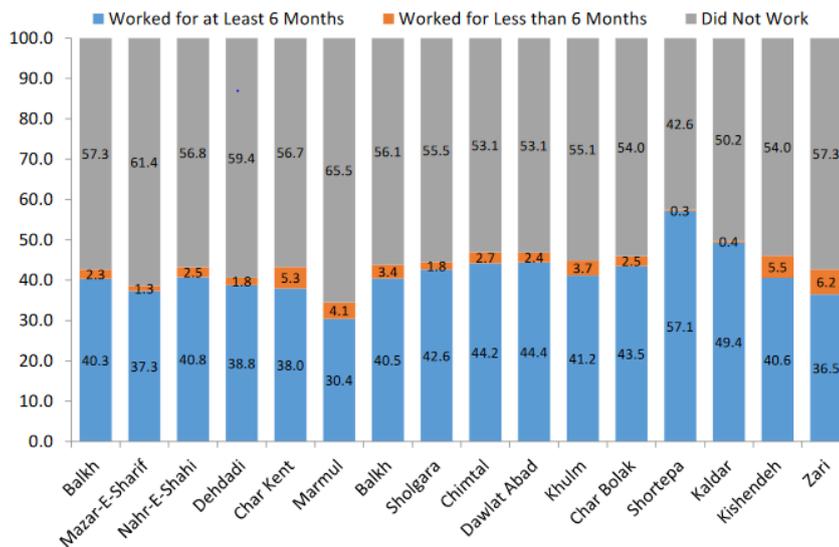
Laut den 2018 von der afghanischen Statistikbehörde (NSIA, früher CSO) veröffentlichten Provinz-Profilen sei die Erwerbsquote („Labor force participation rate“), also der Anteil der Bevölkerung der Provinz Balkh, der sowohl Erwerbstätige als auch Erwerbslose umfasst, 2011/12 bei 42,2 Prozent, 2013/14 bei 65,6 Prozent und 2016/17 bei 55,1 Prozent gelegen. (NSIA, 2018, S. 49-50) Basierend auf den Daten der NSIA wird in der folgenden Grafik die Entwicklung der Beschäftigungsquote („Employment-to-population rate“), der Unterbeschäftigungsquote („Under-employment rate“), der Arbeitslosenquote („Unemployment rate“) und der Jugendarbeitslosenquote („Youth unemployment rate“) in der Provinz Balkh über die Jahre hinweg dargestellt:



(Basierend auf Daten von NSIA, 2018, S. 49-50)

Die afghanische Statistikbehörde (CSO) veröffentlicht im Bericht zur soziodemographischen und ökonomischen Erhebung in der Provinz Balkh im Jahr 2015 folgende Grafik, die zeigt, dass mehr als die Hälfte der Personen im Alter von 15 Jahren und älter in der Provinz Balkh im Berichtszeitraum nicht arbeitstätig sei. Der Anteil der nicht-arbeitenden Bevölkerung in der Provinzhauptstadt Mazar-e Sharif sei im Dezember 2015 bei 61,4 Prozent gelegen:

Figure 13. Percentage of Population 15 Years or Older by Work Status and District: Balkh, December 2015



(CSO, 2015, S. 35)

Das EASO geht in seinem im August 2017 veröffentlichten Bericht zu den sozioökonomischen Schlüsselindikatoren in den Städten Herat, Mazar-e Sharif und Kabul auf die wirtschaftliche Lage in Mazar-e Sharif ein. Bezugnehmend auf einen 2015 von der afghanischen Regierung veröffentlichten Bericht zur Lage afghanischer Städte (State of Afghan Cities, SoAC) schreibt das EASO, dass Mazar-e Sharif aufgrund seiner starken und relativ diversifizierten Wirtschaftszweige, die das Baugewerbe, die Produktion und den Dienstleistungssektor umfassen, unter erheblichem Urbanisierungsdruck stehe. Laut einem Bericht aus dem Jahr 2013 habe die relativ friedliche Lage in der Provinz Balkh einen Anstieg der wirtschaftlichen Entwicklung und einen Wirtschaftsboom nach 2004 ermöglicht. Die wirtschaftliche Performance von Mazar-e Sharif habe viele Arbeitskräfte vom Land, aus benachbarten Distrikten und Provinzen und sogar darüber hinaus angezogen. Eine Studie von Samuel Hall über urbane Armut habe ergeben, dass Mazar-e Sharif 2014 den mit Abstand größten Anteil an Wirtschaftsmigranten aller fünf Großstädte Afghanistans gehabt habe. Unter Bezugnahme auf den 2015 veröffentlichten Bericht zur Lage afghanischer Städte schreibt das EASO weiters, dass Mazar-e Sharif aufgrund seiner Anbindung an Zentralasien und seiner vorteilhaften zentralen Lage im Norden Afghanistans ein wichtiges Import-/Exportdrehkreuz sowie ein regionales Handelszentrum für Nordafghanistan sei. Laut einer E-Mail-Auskunft vom März 2017 sei es Ende 2016 in einigen wichtigen Bezirken, die Mazar-e Sharif mit dem Grenzübergang Hairatan sowie mit Kaldara und Shortepa verbinden würden, zu mehreren von regierungsfeindlichen Elementen durchgeführten Sicherheitsvorfällen entlang der Autobahn gekommen. Die Angriffe

hätten hauptsächlich auf kommerzielle Konvois und auf eine Unterbrechung der Handelsbeziehungen der Provinz Balkh mit Usbekistan und China abgezielt. Das EASO schreibt weiters, dass 2015 in einem Bericht angeführt worden sei, dass die Industrie der Klein- und Mittelbetriebe in Mazar-e Sharif gut entwickelt sei und die Stadt im Vergleich zu den anderen afghanischen Großstädten die meisten Selbstständigen habe:

„The population of Mazar-e Sharif is about 590,000 and given its ‘strong and relatively diversified economies including robust construction, manufacturing and services sectors’ is ‘under considerable urbanisation pressure’.

The relatively peaceful situation in Balkh province in the first decade after transition allowed for a surge in economic development and an ‘economic boom’ after 2004. Mazar-e Sharif’s economic performance has attracted many labourers from the countryside, from neighbouring districts, provinces and even further afield. A 2014 study on urban poverty by Samuel Hall found that the city had by far the biggest share of economic migrants of all five major cities in Afghanistan.

Due to its link with Central Asia and advantageous central position in the north of Afghanistan, Mazar-e Sharif is an important import/export hub, as well as a regional trading centre for Northern Afghanistan. According to UNHCR in Afghanistan, ‘In late 2016, some key districts connecting Mazar-e Sharif to Hairatan Border, Kaldara and Shortepa, witnessed an increasing number of anti-government elements and security incidents along the highway. The attacks mostly targeted commercial convoys and are directed as disrupting the commercial ties of the province with Uzbekistan and China’.

Mazar-e Sharif is also an industrial centre, with a large number of small and medium enterprises and several large- scale manufacturing enterprises. Compared to other major cities, Mazar-e Sharif has the largest share of self- employed people, followed by salaried workers and day labourers. According to the Afghan government ‘[t] he SME industry in Mazar-e Sharif is well developed, providing Qaraqul skin, handicrafts, rugs and carpets. Mining, textiles and agro-based products are also growing in significance.’” (EASO, August 2017, S. 30-31)

EASO bezieht sich auf eine weitere Quelle aus dem Jahr 2015 und schreibt, dass die boomende urbane Wirtschaft von Mazar-e Sharif vielen Haushalten eine Quelle nicht-landwirtschaftlichen Einkommens gebracht habe, verzeichne jedoch seit etwa 2013 einem sichtbaren Rückgang. Dies sei auf eine Kombination von unterschiedlichen Faktoren zurückzuführen, vor allem aber auf den Rückgang der internationalen Finanzströme, der die Beschäftigung auf Militärbasen und im Baugewerbe beeinträchtigt habe. So hätten schätzungsweise 7.000 Menschen ihren Arbeitsplatz durch die Schließung von zwei Militärbasen in und um Mazar-e Sharif verloren. Die Unsicherheit aufgrund politischer Instabilität habe die Wirtschaft von Mazar-e Sharif zudem beeinträchtigt. Obwohl es keine formellen Wirtschaftsstatistiken gebe, wurde 2015 angeführt, dass es klare Indikatoren dafür gebe, dass Bau, Investitionen und Handel in Mazar-e Sharif rückläufig seien und Gelegenheitsarbeitskräfte weniger Arbeit und stagnierende oder niedrigere Löhne vorgefunden hätten. In Mazar-e Sharif seien Gelegenheitsarbeitskräfte im Vergleich zu denjenigen, die in der Stadt bekannt seien und ihre Netzwerke für die Arbeitssuche

nutzen könnten, benachteiligt. Im Jahr 2013 sei die Arbeitslosenquote der Provinz über und die Unterbeschäftigungsquote unter dem nationalen Durchschnitt gelegen. Laut einer Studie der weltweit tätigen NGO Mercy Corps und dem unabhängigen Think Tank Samuel Hall aus dem Jahr 2011 sei der wichtigste Faktor bei der Personalsuche in Mazar-e Sharif, wie in anderen Städten, das soziale Netzwerk: 85 Prozent der Arbeiter hätten 2011 angegeben, über Freunde oder Familie eingestellt worden zu sein. Nur 7 Prozent der Mitarbeiter hätten angegeben, einen formellen Arbeitsvertrag zu haben. Dies unterstreiche den informellen Charakter der Arbeitsbeziehungen in Afghanistan:

„Mazar-e Sharif’s booming urban economy has provided a source of non-agricultural income for many households but that has been in visible decline since about 2013. This is attributed to a combination of factors, mainly the reduction in international financial flows which has curtailed employment on military bases and in construction. For example, an estimated 7,000 people lost their jobs due to the closure of two military bases in and around Mazar-e Sharif. Here too, the uncertainty due to the political instability in the National Unity Government has affected the economy of Mazar-e Sharif. [...]

While there are no formal economic statistics available, there were, according to analyst Paul Fishstein, clear indicators that construction, investment and trade were all down in Mazar-e Sharif, with casual labourers finding less work and stagnant or lower wages. Those who arrive for casual labour in Mazar-e Sharif are at a disadvantage relative to those who are better known and make better use of their networks to find work.

In 2013 the provincial unemployment rate was above the national average, while the under-employment rate was below it. According to a study by Mercy Corps and Samuel Hall from 2011, the main recruitment channel in Mazar-e Sharif is, as in other cities, the social network: 85% of labourers reported being recruited through friends or family, being either an employer or an employee. Only 7% of employees reported having a formal work contract. This highlights the informal nature of employment relations in Afghanistan. It also reinforces the assumption that most businesses are family-run, where no contract is deemed necessary. Salaries in Mazar-e Sharif are close to the average in other Northern cities.” (EASO, August 2017, S. 30-31)

Die afghanische Public Policy Research Organization (APPRO) veröffentlicht im April 2016 einen Bericht zu den zivilen, sozialen und ökonomischen Rechten in Afghanistan. Dem Bericht zufolge werde übereinstimmend behauptet, dass der Zugang zu Beschäftigung stark durch Korruption und Vetternwirtschaft beeinträchtigt werde. Bestechung sei eine Voraussetzung für den Erhalt einer Beschäftigung, auch wenn ein Kandidat über die erforderlichen Qualifikationen verfüge. Es werde behauptet, dass gewöhnliche Stellen beim Staat um bis zu 60.000 Afghani verkauft würden:

„There is uniform contention that access to employment is severely compromised by corruption and nepotism. Bribery is a pre-condition of gaining employment even if a candidate has the necessary qualifications. There are allegations of ordinary government positions being sold for up to 60,000 Afghanis’.” (APPRO, April 2016, S. 29)

Laut den Ergebnissen der bereits erwähnten Befragung von NRC und WFP im Juli 2018 seien die Möglichkeiten für Gelegenheitsarbeit in allen der neun untersuchten Provinzen sehr begrenzt, wobei die meisten Menschen nur 2-3 Tage pro Woche Arbeit finden. Am höchsten sei der Tageslohn für ungelernete Arbeitskräfte in Takhar (AFN 306), gefolgt von den Provinzen Kundus, Badakhshan, Balkh, Faryab, Sar-e Pul und Ghor. Die niedrigste Tageslohnquote für ungelernete Arbeitskräfte sei in den Provinzen Badghis und Jawazjan (AFN 223) gemeldet worden. Nach Ansicht der Händler sei der Hauptgrund für die begrenzte Verfügbarkeit von Arbeit für unausgebildete Arbeitskräfte in diesem Jahr die Dürre, die die landwirtschaftliche Produktion, die für den größten Teil der Bevölkerung die Haupteinkommensquelle darstelle, hart getroffen habe. In der Zwischenzeit hätten die Unsicherheit in abgelegenen Gebieten und der Mangel an Industrien und Fabriken die Möglichkeiten für Gelegenheitsarbeit verringert:

„Livelihood Opportunities: Casual labour opportunities in all the nine assessed provinces are very limited with most people finding work only 2-3 days per week. The daily wage rate for unskilled labour is highest in Takhar (AFN 306) followed by Kunduz, Badakhshan, Balkh, Faryab, Saripul and Ghor provinces. The lowest wage rate for unskilled labour was reported in Badghis and Jawazjan provinces (AFN 223) per day. According to the traders, the main reason for limited availability of unskilled labour this year is drought, which has harshly affected the agricultural production that serves as the main income source for most of the population. Meanwhile, insecurity in remote areas and lack of industries and factories has shrunk casual labour opportunities.” (NRC/WFP, Juli 2018, S. 3)

Situation von Binnenvertriebenen und RückkehrerInnen am Arbeitsmarkt in Mazar-e Sharif 2010-2018

Informationen zur Situation von Binnenvertriebenen und RückkehrerInnen am Arbeitsmarkt in und um Mazar-e Sharif finden sich in einem Bericht von Amnesty International aus den Jahren 2012, in einem Bericht von IOM aus dem Jahr 2017 und einer in einem EASO-Bericht veröffentlichten E-Mail-Auskunft von UNHCR vom März 2017. Darüber hinaus konnten Informationen aus einem im November 2018 stattgefundenen Gespräch mit MitarbeiterInnen des UNHCR-Büros in Mazar-e Sharif gewonnen werden.

Im Februar 2012 veröffentlicht Amnesty International (AI) einen Bericht basierend auf Erhebungen, die zwischen 2008 und 2011 durchgeführt wurden, und sich mit der Situation von zwölf in Slums lebenden Gemeinschaften rund um die Städte Kabul, Mazar-e Sharif und Herat-Stadt befassen. In Mazar-e Sharif habe ein 25-Jähriger angegeben, dass man Arbeit nur an drei Tagen pro Woche finde und die restlichen vier Arbeitstage arbeitslos sei. In einer Woche könne man zwischen 500 und 600 Afghani (umgerechnet 10,4 bis 15,65 USD) verdienen. Ein 22-Jähriger habe ergänzt, dass man bis zu 750 Afghani (15,65 USD) in einer Woche verdienen könne, jedoch müsste man 200 Afghani davon für die Transportkosten ausgeben. Auf die Arbeitsstellen sei zudem kein Verlass:

„In Mazar-e-Sharif, Timore, a 25-year-old man, reported, ‘We can only find work three days a week. The other four days we are jobless. We can make 500 to 600 afghanis [\$10.40 to \$12.50] total during the week.’ Azam, age 22, added, ‘We might make 750 afghanis

[\$15.65] in a week, but we spend 200 of that [\$4.15] on transport.’ He emphasized that work is not reliable.” (AI, 23. Februar 2012, S. 42)

Im Rahmen ihrer Displacement Tracking Matrix veröffentlicht die Internationale Organisation für Migration (IOM) im Juni 2017 einen Bericht, in dem unter anderem die Lage von Binnenvertriebenen und Rückkehrenden in der Provinz Balkh untersucht wurde. Laut dem Bericht seien in der Provinz Balkh Binnenvertriebene und Rückkehrende hauptsächlich als Tagelöhner (wenn Arbeit verfügbar sei) tätig. Nur ein kleiner Teil besitze Vieh oder arbeite in der Landwirtschaft. Die Märkte der Provinz seien in der Regel zugänglich. Die Märkte und Kleinunternehmen in Mazar-e Sharif würden weitere Möglichkeiten, eine Beschäftigung zu finden, bieten, wenn auch in den meisten Fällen vorübergehend. In Charkent gebe es weder Märkte noch Arbeitsplätze, weshalb die Menschen normalerweise nach Mazar-e Sharif pendeln würden:

„In Balkh province IDPs and Returnees are mostly engaged in daily labour (when available). Only a small proportion own livestock or work in agriculture. Markets are usually accessible except in Chemtal district due to the deteriorated safety & security situation (caused by Taliban activities). The markets and small businesses in Mazar-e- Sharif provide other opportunities for finding employment although temporary in most cases. In Charkent, there are neither markets, nor jobs but people usually commute to Mazar-e-Sharif.” (IOM, Juni 2017, S. 23)

Das EASO bezieht sich im bereits erwähnten im August 2017 veröffentlichten Bericht auf eine E-Mail-Auskunft von UNHCR vom März 2017. Dieser zufolge seien Binnenvertriebenen und Rückkehrende in Mazar-e Sharif mit erheblichen Herausforderungen beim Zugang zu sinnvollen Arbeitsplätzen und Existenzmöglichkeiten konfrontiert. Binnenvertriebene, die meist ehemalige Bauern seien und ihr Vieh und ihre Ernte an ihrem Herkunftsort verloren hätten, seien oft auf Arbeit als Tagelöhner angewiesen. Diese Jobs seien im Herbst und Winter begrenzter. Rückkehrende seien ebenfalls meist oft auf Arbeit als Tagelöhner angewiesen. Das durchschnittliche Tageseinkommen für Rückkehrende und Binnenvertriebene liege zwischen 50 und 100 Afghani:

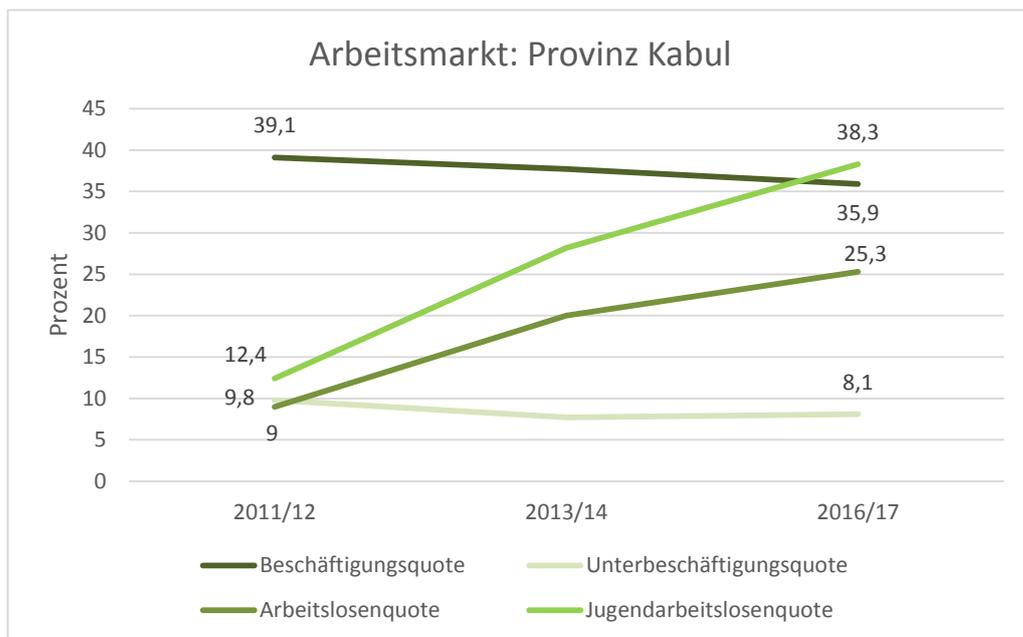
„Access to employment for IDPs & returnees in Mazar-e Sharif UNHCR stated in 2017 that both IDPs and returnees faced significant challenges in accessing meaningful employment and livelihood opportunities. IDPs, who are mostly former farmers and lost their livestock and harvest in place of origin, often rely on daily wage jobs. These jobs are more limited during fall and winter seasons. Returnees also mostly rely on daily wage jobs. The average daily income for returnees and IDP families is between 50 and 100 AFS.” (EASO, August 2017, S. 31)

In einem Gespräch zur Lage in Mazar-e Sharif führt UNHCR im November 2018 an, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt in Mazar-e Sharif sehr beschränkt sei. Es gebe nur sehr begrenzt formale Arbeitsplätze. Da die Aufnahmegemeinden hier mit den gleichen Problemen konfrontiert seien und den Vorrang beanspruchen würden, sei es für Binnenvertriebene und manche Rückkehrende noch schwieriger, Zugang zu Arbeitsplätzen zu erhalten. Darüber hinaus fehle es Binnenvertriebenen und Rückkehrenden häufig an den notwendigen Fähigkeiten für die Arbeitsplätze, die in den Gebieten, in die sie vertrieben wurden, verfügbar seien. Ganz

generell sei der Arbeitsmarkt in einem sehr unzuverlässigen Zustand. An einem Tag verdiene man Geld und am nächsten habe man wiederum keine Arbeit. Im Sommer gebe es in der Regel mehr Beschäftigungsmöglichkeiten, aber durch die Dürre sei es auch im Sommer des Jahres 2018 in Mazar-e Sharif zu einem erhöhten Druck auf den Arbeitsmarkt gekommen. (UNHCR, 26. November 2018a)

2.5.3 Kabul

Laut den 2018 von der afghanischen Statistikbehörde (NSIA, früher CSO) veröffentlichten Provinz-Profilen sei die Erwerbsquote („Labor force participation rate“), also der Anteil der Bevölkerung der Provinz Kabul, der sowohl Erwerbstätige als auch Erwerbslose umfasse, 2011/12 bei 43 Prozent, 2013/14 bei 47,1 Prozent und 2016/17 bei 48 Prozent gelegen (NSIA, 2018, S. 9-10). Basierend auf den veröffentlichten Daten wird in der folgenden Grafik die Entwicklung der Beschäftigungsquote („Employment-to-population rate“), der Unterbeschäftigungsquote („Under-employment rate“), der Arbeitslosenquote („Unemployment rate“) und der Jugendarbeitslosenquote („Youth unemployment rate“) in der Provinz Kabul über die Jahre hinweg dargestellt:

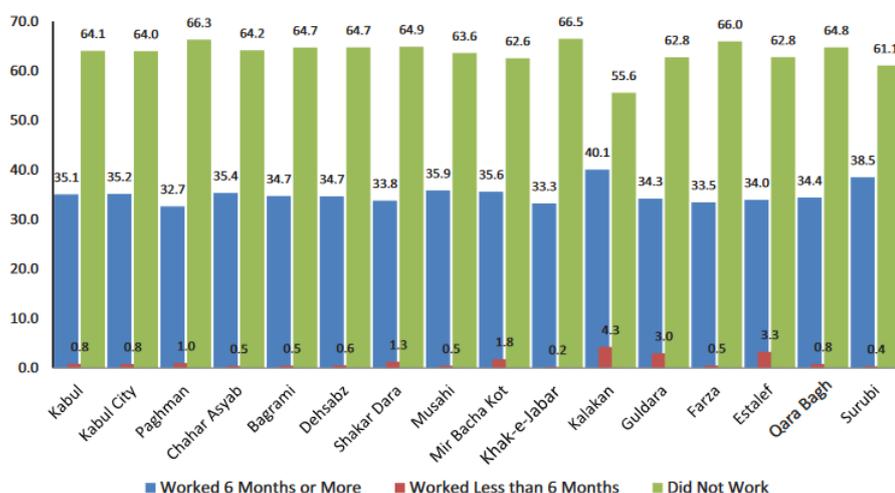


(NSIA, 2018, S. 9-10)

Die afghanische Statistikbehörde (CSO) veröffentlicht im Bericht zur soziodemographischen und ökonomischen Erhebung in der Provinz Kabul im Jahr 2013 folgende Grafik, die zeigt, dass mehr als die Hälfte der Personen im Alter von 15 Jahren und älter in der Provinz Kabul im Berichtszeitraum von 12 Monaten nicht gearbeitet hätten. In der Stadt Kabul sei dieser Anteil bei 64 Prozent gelegen:

„Figure 13 reveals that more than half of the population aged 15 years and older in all districts did not work with the lowest proportion in Kalakan (55.6 percent) and highest in Khak-e-Jabar (66.5 percent).“ (CSO, 2013, S. 44)

Figure 13. Percentage Distribution of Population 15 Years and Older Who Worked in the 12 Months Prior to Survey by Number of Months Worked and Percentage Distribution of Those Who Did Not Work by District: Kabul, December 2013



(CSO, 2013, S. 44)

In einem 2015 veröffentlichten Bericht zur Lage afghanischer Städte (State of Afghan Cities, SoAC) führt die afghanische Regierung an, dass Kabul als Hauptstadt die meisten der derzeit in Afghanistan tätigen internationalen Organisationen beherberge und damit ein deutlich höheres Niveau an industrieller Entwicklung als der Rest des Landes vorweise. Obwohl die Bevölkerung der Provinz Kabul zu 80 Prozent städtisch sei, seien viele ihrer Bewohner direkt oder indirekt von der Landwirtschaft abhängig. Da auch die Verkäufer landwirtschaftlicher Produkte zu den Beschäftigten in der Landwirtschaft zählen würden, bleibe dieser Sektor im Vergleich zum Dienstleistungssektor von großer Bedeutung. Die Hauptstadt habe zudem bessere Beschäftigungsmöglichkeiten als die meisten Städte, da sie der Standort einer größeren Anzahl von Unternehmen und Verwaltungsbüros sei. Der Anteil der fest angestellten Arbeitskräfte an den städtischen Erwerbstätigen sei bei weitem der höchste in Kabul, während die offizielle Arbeitslosenquote im Jahr 2008 10 Prozent betragen habe:

„As the capital, Kabul is host to most of the international agencies currently with a presence in Afghanistan and has thus experienced significantly higher levels of industrial development than the rest of the country. Despite the population of Kabul Province being 80% urban, many of its inhabitants are dependant on agriculture for a living, either directly or indirectly. As vendors of agricultural produce are also counted among those employed in agriculture, the sector remains highly significant in the city relative to the service sector.

The capital has better employment opportunities than most cities due to the presence of a greater number of businesses and administrative offices. The proportion of salaried workers in the urban workforce is by far the highest in Kabul whilst the official unemployment rate in 2008 was 10%.” (Government of the Islamic Republic of Afghanistan, 2015, S. 62)

Die afghanische Public Policy Research Organization (APPRO) veröffentlicht im April 2016 einen Bericht zu den zivilen, sozialen und ökonomischen Rechten in Afghanistan. Dem Bericht zufolge

werde die gesamtwirtschaftliche Aktivität im ganzen Land, insbesondere in Kabul, durch große sicherheitsrelevante Herausforderungen beeinträchtigt, die zu mangelndem Vertrauen der Investoren und einem Rückgang an Entwicklungshilfe, die ins Land fließe, führen würden. Dies wiederum resultiere in großen Verlusten von Fach- und Hilfsarbeitsplätzen, die von Fördermitteln abhängen. Neben dem privaten Wirtschaftssektor hätten viele Ministerien aufgehört, neue Arbeitskräfte einzustellen und würden wenige Beschäftigungsmöglichkeiten für die Massen von qualifizierten Hochschulabsolventen bieten. Nepotismus und Bestechung würden den Zugang zur Beschäftigung, insbesondere für Frauen, noch weiter erschweren. Ohne Kontakte sei es schwierig, einen Job bei der Regierung oder bei NGOs zu bekommen. Es gebe keine zuverlässigen Statistiken über die arbeitende Bevölkerung in Kabul:

„Overall economic activity throughout the country, and particularly in Kabul, has been affected by major security challenges resulting in lack of investor confidence and lower levels of development aid flowing into the country resulting in large losses of aid-dependent professional and auxiliary jobs. [...]

Outside the private sector, many government departments have frozen entry positions, offering few employment opportunities for the droves of newly qualified university graduates. Nepotism and bribery further compound access to employment, especially for women. Without intermediaries it is difficult to get a job with the government or NGOs. [...] There are no reliable statistics on the working population in Kabul.” (APPRO, April 2016, S. 63)

In einem Artikel des Institute for War & Peace Reporting (IWPR), einem in London ansässigen internationalen Netzwerk zur Förderung freier Medien, vom April 2018 wird angeführt, dass die steigende Arbeitslosigkeit in Afghanistan als wesentlicher Faktor für die Rate der Kleinkriminalität im Land angeführt werde. Nach Angaben des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Märtyrer und Menschen mit Behinderung (MoLSAMD) seien 8,1 Millionen Afghanen arbeitslos. Das würde laut einer Umfrage des Wirtschaftsministeriums vom März 2018 bedeuten, dass 23 Prozent der arbeitsfähigen Afghanen arbeitslos seien. Weitere 39 Prozent aller BürgerInnen würden unterhalb der Armutsgrenze leben. In mehreren Interviews in Kabuls zentraler Haftanstalt sei angeführt worden, dass die Arbeitslosigkeit der Hauptgrund für kriminelle Aktivitäten gewesen sei:

„Rising unemployment in Afghanistan is being cited as a major factor in the country’s rate of petty crime. According to the ministry of labour, social affairs, martyrs and the disabled (MoLSAMD), 8.1 million Afghans are out of work. This means that - according to a March 2018 survey by the ministry of economy - 23 per cent of work-age Afghans are unemployed. A further 39 per cent of all citizens live below the poverty line. In a series of interviews carried out in Kabul’s central detention centre, unemployment was the main reason given for criminal activity.” (IWPR, 4. April 2018)

Situation von Binnenvertriebenen und RückkehrerInnen am Arbeitsmarkt in Kabul 2010-2018

Informationen zur Situation Binnenvertriebener und RückkehrerInnen am Arbeitsmarkt in und um Kabul-Stadt finden sich in Berichten von Amnesty International aus den Jahren 2012 und

2016, in einem Bericht von IOM aus dem Jahr 2017 sowie einem im Jänner 2018 veröffentlichten Bericht von NRC, IDMC und Samuel Hall:

Im Februar 2012 veröffentlicht Amnesty International (AI) einen Bericht basierend auf Erhebungen, die zwischen 2008 und 2011 durchgeführt wurden, und sich mit der Situation von zwölf in Slums lebenden Gemeinschaften rund um die Städte Kabul, Mazar-e Sharif und Herat-Stadt befassen. In Chaman-e Babrak (einer der größten informellen Siedlungen Kabuls, Anm. ACCORD) würden Männer und ältere Buben manchmal Arbeit als Träger auf dem nahegelegenen Markt finden, wo sie 20 oder 30 Afghani (umgerechnet zwischen 0,40 bis 0,65 USD) pro Ladung verdienen würden. Im Juni 2011 habe einer der Befragten angegeben, dass sie etwa 100 Afghani (umgerechnet 2,10 USD) pro Tag mit dieser Arbeit verdienen würden. Ein anderer Mann, der im August 2010 interviewt worden sei, habe diesen Betrag als das Maximum, das er an einem Tag verdienen würde, genannt. Die meisten Männer in der Gemeinde würden auf dem Markt arbeiten und so für ihre Familien sorgen, so der Befragte. Wahid, ein Teenager in Chaman-e Babrak, habe Amnesty International erzählt, dass er nicht mehr zur Schule gehe, um zum Einkommen seiner Familie beizutragen. Arbeit würde es nur auf dem Markt geben. Wenn der Markt nicht da wäre, würde man sterben, weil es keine Arbeit gäbe, so einer der Befragten. Ein 23-Jähriger habe Amnesty International erzählt, dass die Situation bezogen auf Arbeitsmöglichkeiten im Vergleich zum letzten Jahr in Kart-e Parwan (eine Nachbarschaft drei bis fünf Kilometer nordwestlich des Kabuler Stadtzentrums, Anm. ACCORD) schlechter geworden sei. Er habe erklärt, dass die Straße, die zum Markt führt, kürzlich gepflastert worden sei, so dass LKWs nun direkt auf den Markt liefern könnten. Deshalb würden keine Träger mehr gebraucht. Nun verdiene man höchstens 100 Afghani (umgerechnet 2,10 USD) pro Tag. Die Situation habe sich im Vergleich zum letzten Jahr stark verschlechtert:

„In Chaman-e-Babarak, men and older boys sometimes find work as porters in the nearby market, where they make 20 or 30 afghanis (\$0.40 to \$0.65) per load. Jalil estimated in June 2011 that they earn about 100 afghanis (\$2.10) per day doing this work. Another man, Naeem, interviewed in August 2010, gave that amount as the most he would earn in a day. ‘We all work in the market, most of the men in the community. We are making between 50 and 100 afghanis [\$1.05 to \$2.10] every day. This is how we are providing for our families,’ he said.

Wahid, a teenage boy in Chaman-e-Babarak, told Amnesty International that he stopped attending school to help contribute to his family’s income. ‘In the morning, I leave at 5am. I come home for lunch. Then I come back home at 7 or 7.30pm,’ he said. ‘There is only the market for work,’ another boy, Najib, told us. ‘If the market is not here, we will die, because there would be no work.’ [...]

In Kart-e-Parwan, ‘the situation with work is worse, not better, than last year,’ Mirwas, age 23, told us in June 2011. He explained that the street leading to the market had recently been paved, meaning that trucks could now deliver produce directly to the market without needing to be transferred by porters. ‘Now we are making at most 100 afghanis [\$2.10] per day. It is much worse than last year.’” (AI, 23. Februar 2012, S. 42)

In einem im Mai 2016 von Amnesty International (AI) veröffentlichten Bericht, der auf Besuchen von Binnenvertriebenen-Siedlungen in Herat-Stadt, Kabul und Mazar-e Sharif basiert, wird angeführt, dass die wachsende Zahl der Vertriebenen in mehreren Lagern dazu geführt habe, dass der Wettbewerb um die wenigen verfügbaren Beschäftigungsmöglichkeiten noch härter geworden sei. In Chaman-e Babrak in Kabul seien die meisten Männer informell als Tagelöhner oder Träger auf einem nahegelegenen Markt beschäftigt. Doch selbst diese Beschäftigungsmöglichkeiten seien laut einem Vertreter der Binnenvertriebenen versiegt. Zu viele Menschen seien arbeitslos, zu viele Menschen würden Geld verdienen wollen. Viele vertriebene Menschen hätten angeführt, dass in den Sommermonaten, in denen die Märkte noch geöffnet seien, Arbeit leichter zu finden sei, während die Menschen im Winter einfach zu Hause sitzen würden. Keiner der von Amnesty International befragten Vertriebenen hätte berichtet, von der Regierung Unterstützung in Form von Berufsausbildung oder Hilfe bei der Sicherung von Arbeitsplätzen erhalten zu haben:

„The growing number of displaced people in several of the camps has meant that competition for the few employment opportunities available has become even tougher. In Chaman-e-Babrak in Kabul, most of the men are employed informally as day-labourers or porters for a nearby market, but Raz Muhammad, an IDP representative, said even these employment opportunities had dried up: ‘Too many people are jobless, too many people want to make a living’. Many displaced people said that work was easier to come by during the summer months when markets were still open but that during the winter ‘people just sit at home’. In the communities we spoke to, none of the displaced people reported having received any assistance from the government in the form of vocational training or help in securing employment.” (AI, 31. Mai 2016, S. 40)

Im Rahmen ihrer Displacement Tracking Matrix veröffentlicht die Internationale Organisation für Migration (IOM) im Juni 2017 einen Bericht, in dem unter anderem die Lage von Binnenvertriebenen und Rückkehrenden in der Provinz Kabul untersucht wurde. Laut dem Bericht würde die Stadt Kabul als Hauptstadt des Landes deutlich mehr Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Allerdings würden nur etwa fünf Prozent der Binnenvertriebenen und RückkehrerInnen ein eigenes Unternehmen (ein Geschäft, Warenlieferung, Handel auf den Märkten, Verkauf von Kleinwaren auf der Straße, kleine Restaurants) besitzen. Es sei üblich, dass Binnenvertriebene die Autos anderer Personen mieten würden, um sie als Taxis zu benutzen und so einen Tageslohn zu verdienen. Laut den Angaben von Kontaktpersonen (District Focal Points, DFP) hätten 50 Prozent der Befragten angeführt, dass ihre Familien mindestens ein Mitglied hätten, das in den Iran, die Türkei oder nach Europa ausgewandert sei und seine Verwandten durch Geldspenden unterstütze.

Die Unternehmen in Kabul hätten Ende Mai und im Juni unter den Folgen einer gewaltigen Explosion in der Innenstadt, bei der am 31. Mai 2017 150 Menschen ums Leben gekommen seien, gelitten. Bei der Explosion sei eine große Zahl von Unternehmen und Unternehmensbüros beschädigt worden. Die anschließenden Proteste hätten weitere Spannungen verursacht und die Kunden ferngehalten. Eine Reihe von Geschäften seien zwei Wochen lang geschlossen gewesen, weil Demonstrationen und Polizeiaktionen die lokalen Handels- und Wirtschaftsaktivitäten negativ beeinflusst hätten.

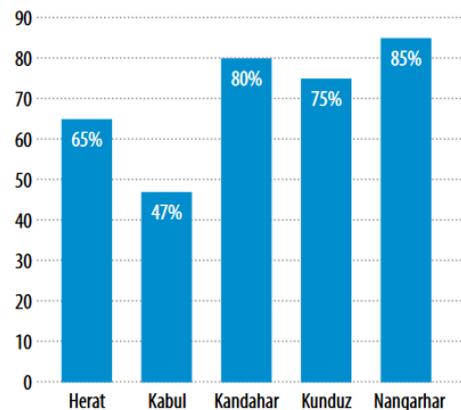
Laut den Entwicklungsräten der Gemeinden („Community Development Councils“, CDCs) würden Binnenvertriebenen und RückkehrerInnen unterhalb der Armutsgrenze leben und froh sein, wenn es ihnen gelingt, sich eine Handvoll Reis zu leisten:

„Kabul city, as the country’s capital, provides significantly more employment opportunities. However, only about 5% of IDPs and Returnees possess their own businesses (shop keeping, stock deliveries, trading at the markets, selling small size goods on the streets, small restaurants). It is common for IDPs to rent other people’s cars in order to use them as taxis to earn a daily wage. The DFPs report that over 50% of the respondents say that their families have at least one member that migrated to Iran, Turkey or Europe and supports his/her relatives by sending money. However, the businesses have suffered in late May and June due to the huge explosion in the city centre that killed 150 people on 31 May. It damaged a large number of businesses and companies offices. The protests that followed created more tensions and kept customers away. A number of shop keepers saw their shops closed for two weeks due to demonstrations and police actions which negatively affected the local trade and economic activities. Residents of the districts of Kabul province usually commute to Bagrami for employment purposes. Returnees from Deh Sabz travel to neighbouring villages in search of jobs in the agriculture. The DFPs report high unemployment levels and appalling living conditions in Estalef. According to 15 Community Development Councils (CDCs) the IDPs and Returnees live below the poverty line and are happy if they manage to afford a ‘handful of rice’.” (IOM, Juni 2017, S. 23-24)

In einem von NRC, IDMC und Samuel Hall im Jänner 2018 veröffentlichten Bericht über Binnenvertreibung in Afghanistan, der auf Daten aus den Provinzen Herat, Kabul, Kandahar, Kunduz und Nangarhar basiert und sich unter anderem auf die Distrikthauptstädte konzentriert, wird angeführt, dass Binnenvertriebene verglichen mit der allgemeinen Bevölkerung häufiger unterbeschäftigt seien oder schlecht bezahlte und instabile Arbeit hätten. Von den Befragten hätten 59 Prozent angeführt, vor der Vertreibung als Tagelöhner tätig gewesen zu sein und 67 Prozent seit der Vertreibung dieser Art der Beschäftigung nachzugehen. Im Bericht wird auf eine 2016 getätigte Aussage eines Beamten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Kabul verwiesen. Demnach würden vor allem im Bausektor und in geringerem Maße in der Landwirtschaft ungelernete Tagelöhner um extrem niedrig bezahlte prekäre Arbeitsplätze kämpfen. Ein im Bericht veröffentlichtes Diagramm zeigt, dass 65 Prozent der befragten Binnenvertriebenen in Herat Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung oder der Mangel an marktfähigen Fertigkeiten unter den drei größten Herausforderungen anführen:

„What does appear clear, however, is that IDPs are more likely than their counterparts in the general population to be underemployed or have poorly paid and unstable work. Across all respondents, 59 per cent were day labourers before their displacement, and 67 per cent after it. According to an International Labour Organisation (ILO) official in Kabul interviewed in 2016: ‘For IDPs, the construction sector and to a lesser extent agriculture clearly fall into this category. Unskilled day labourers will compete for extremely low-paid precarious jobs.’” (NRC/IDMC/Samuel Hall, 24. Jänner 2018, S. 28)

Figure 9: Percentage of respondents listing unemployment, underemployment and lack of marketable skills as one of their three main challenges



(NRC/IDMC/Samuel Hall, 24. Jänner 2018, S. 28)

2.6 Strukturfördernde Projekte staatlicher und nicht-staatlicher Organisationen

Die folgenden Informationen beziehen sich allgemein auf arbeitsplatzfördernde Projekte in Afghanistan, die teils auch konkret in den Provinzen Herat, Balkh und Kabul bzw. in deren Provinzhauptstädten implementiert worden seien.

Das Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC) veröffentlicht im November 2018 einen Bericht zur Situation afghanischer Rückkehrender am Arbeitsmarkt. Basierend auf 14 Interviews mit Vertretern der Regierung, unterschiedlicher Ministerien, der afghanischen Handelskammer, der zentralen Statistikbehörde und verschiedener Gewerkschaften gibt der Bericht Einblick in strukturfördernde Projekte. So habe die Regierung der Nationalen Einheit (National Unity Government, NUG) gemeinsam mit drei Agenturen der Vereinten Nationen (UNDP, UNHCR und ILO) und dem privaten Wirtschaftssektor ein Programm zur Verbesserung der Lebensbedingungen von AfghanInnen in Krisenzeiten entwickelt. Das Projekt mit dem Namen SALAM (Support Afghanistan Livelihood and Mobility) bemühe sich um den Aufbau formaler Strukturen zur Schaffung von einkommensgenerierenden Möglichkeiten für Männer und Frauen, insbesondere für Rückkehrende und Binnenvertriebene. Somit ziele das Projekt sowohl auf langfristige Lösungen für die hohe Arbeitslosigkeit, als auch auf die Verhinderung irregulärer Migration ab. SALAM sei im Jänner 2017 vorerst in Nangarhar, Kabul, Balkh, Herat, Kandahar, und Kunduz gestartet und würde planmäßig bis 2021 laufen. Afghanistan hätte mit mehreren Krisen gleichzeitig zu kämpfen, so dass die Situation für Binnenvertriebene und Rückkehrer nach wie vor eine geringe Priorität habe. Es gebe viele gebildete und ungebildete afghanische arbeitslose Jugendliche. Wenn Flüchtlinge nach Afghanistan zurückkehren würden, würden sie zu einer Belastung für die Gesellschaft, da sie keine Arbeit finden könnten und zusätzlichen Druck auf den Arbeitsmarkt erzeugen würden, so der Leiter des Handwerkerverbands:

„Support Afghanistan Livelihood and Mobility (SALAM)

The National Unity Government (NUG) has collaborated with three UN Agencies (UNDP [United Nations Development Programme], UNHCR [United Nations High Commissioner for Refugees] and ILO [International Labour Organization]) and the private sector to develop a program to improve the livelihoods of Afghans in crisis. The Support Afghanistan Livelihood and Mobility (SALAM) project aims to both find long-term solutions for the high unemployment rate and to prevent irregular migration through the establishment of formal structures to increase income-generating opportunities for men and women, particularly for returnees and IDPs.

‘SALAM raises public awareness about the dangers of illegal migration. The program also provides vocational training to returning Afghans. The project covers both those who are already here and returnees.’ Mirwais Mirzakwal, Advisor to MoLSAMD

The SALAM program began in January 2017 with a pilot implementation phase in Nangarhar, Kabul, Balkh, Herat, Kandahar, and Kunduz, and is scheduled to finish at the end of 2021. [...]

Afghanistan faces multiple crises simultaneously, meaning the situation for IDPs and returnees remains a low priority. ‘We have many educated and uneducated Afghan youth who are unemployed. When these refugees return to Afghanistan, they become a burden on society. They can’t find work and just add to the number of unemployed people in the country. They create extra pressure on the labor market.’ Abdul Latif Salehi, Head of Taskhkilat-e Peshawaran (Craftworkers Union)” (VIDC, November 2018, S. 39-40)

Im vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme, UNDP) veröffentlichten SALAM-Projektbericht für das dritte Quartal 2017 wird angeführt, dass SALAM von der finnischen Regierung finanziert werde und darauf abziele langfristig den Lebensunterhalt von Rückkehrern und Binnenvertriebenen zu sichern. Während des dritten Quartals 2017 habe sich das Projekt noch in seiner Anfangsphase befunden, in der die Einstellung von Projektpersonal und der Transfer von Geldmitteln zwischen UNDP und der internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization, ILO) Herausforderungen dargestellt hätten. Diese hätten eine langsame Projektabwicklung bedingt:

„SALAM is funded by the Government of Finland. It aims at meeting the long terms livelihoods needs of returnees and Internally Displaced People (IDPs), especially those of women and youth in the wake of a massive return of Afghan people expelled from Pakistan. It is defined by the close participation of the national and international private sector.

During the third quarter, the project remained in its initiation phase. The recruitment processes continued for both UNDP and Ministry of Labour based National Technical Assistance (NTA) positions, procurement processes were also undertaken to equip SALAM project offices. Coordination was strengthened between project partners including through the Durable Solutions Working Group, the regular World Bank group meeting on labour migration, and the European Union (EU) funded Consortium of NGOs, who are under taking a Labour Market Assessment.

Challenges encountered during the quarter were related to difficulties in recruiting project personnel and transferring funds between UNDP [United Nations Development Programme] and ILO [International Labour Organization]. These resulted in a slow project delivery. Also, applications from women for national technical advisory positions were extremely low.” (UNDP, 2017, S. 4)

Das VIDC schreibt in seinem im November 2018 veröffentlichten Bericht weiters, dass die afghanische Regierung gemeinsam mit ihren nationalen und internationalen Partnerorganisationen Berufsbildungsprogramme für bedürftige AfghanInnen durchführe. Anisa Omrani, Direktorin der Abteilung für Frauenangelegenheiten in Nangarhar, habe mitgeteilt, dass derartige Programme für ungebildete und gering qualifizierte Frauen und für zurückkehrende Familien besonders wichtig seien. Die Abteilung von Frau Omrani koordiniere die Ausbildung von hunderten Frauen in landwirtschaftlichen und nicht landwirtschaftlichen Tätigkeiten und unterstütze sie dabei, Fähigkeiten zu erwerben, die es ihnen ermöglichen würden, ein Einkommen zu generieren und wirtschaftlich zum Einkommen ihrer Familien beizutragen. Laut der stellvertretenden Ministerin für Frauenangelegenheiten (Ministry of Women’s Affairs, MoWA) seien Frauen in der Vergangenheit im Bereich der Obst- und Gemüseverarbeitung und in der Landwirtschaft geschult worden, aber man habe ihnen nicht geholfen, für ihre Produkte einen Markt zu finden. Rund 38.000 AfghanInnen, darunter 17.000 Frauen, würden eine Berufsausbildung in 44 Zentren des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Märtyrer und Menschen mit Behinderungen (Ministry of Labor, Social Affairs, Martyrs and Disabled, MoLSAMD) und 38 Zentren von Partnerorganisationen in allen 34 Provinzen erhalten. Bis zu sechzig verschiedene Fertigkeiten könnten dort erlernt werden, darunter Schneiderei, Stickerei, Teppichweberei, Alphabetisierungskurse, Tischlerei, Reparatur von Handys und die Arbeit in Kosmetikstudios. Der Minister des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Märtyrer und Menschen mit Behinderungen habe die Art der angebotenen Berufsausbildung kritisiert, da sie seiner Meinung nach nicht mit dem aktuellen Arbeitsmarkt übereinstimme. Er habe zudem die Meinung zurückgewiesen, dass allein die Regierung Arbeitsplätze schaffen solle, und vorgeschlagen, dass der Privatsektor stärker die Initiative ergreifen solle und die Regierung eine unterstützende Rolle spielen lassen sollte. Für viele Auszubildende seien das Erlernen der Reparatur von Mobiltelefonen, Autos oder Elektrogeräten, Video und Fotografie, Tischlerei und Holzschnitzerei sowie Kosmetikstudioarbeiten die wünschenswertesten Fähigkeiten. Jedes Programm dauere sechs Monate und diejenigen, die die Ausbildung abschließen würden, hätten wenig Schwierigkeiten, einen Job zu finden oder ein eigenes kleines Unternehmen zu gründen. Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Märtyrer und Menschen mit Behinderungen habe weder Daten über die Anzahl von Binnenvertriebenen und Rückkehrenden, die an ihren Ausbildungsprogrammen teilnehmen würden, noch eine klare Strategie zur Aufnahme von Binnenvertriebenen und Rückkehrern auf dem Arbeitsmarkt:

„Vocational training

The NUG [National Unity Government], along with its national and international partner organizations, conducts vocational training programs for Afghans in need. Anisa Omrani, director of the Women’s Affairs Department in Nangarhar, says such programs are particularly important for uneducated and low-skilled women and for returning families. Ms. Omrani’s department coordinates training for hundreds of women in farm and non-

farm activities, assisting them to gain skills which will enable them to generate an income and contribute economically to their families and beyond.

‘Women have been trained in the past in fruit and vegetable processing and in agriculture, but we failed to help them find a market for their products.’ Spozhmai Wardak, Deputy Minister of Women’s Affairs (MoWA)

Around 38,000 Afghans, including 17,000 females, receive vocational training at 44 centers run by the Ministry of Labor, Social Affairs, Martyrs and Disabled (MoLSAMD) and 38 centers run by partner organizations across all 34 provinces. Up to sixty different skills are taught, including tailoring, embroidery, carpet weaving, literacy classes, carpentry, repairing mobiles and beauty parlor work.

The Minister of MoLSAMD, Faizullah Zaki, was critical of the type of vocational training offered, as in his view it did not match the current job market. Mr. Zaki also rejected the view that the government alone should create employment opportunities, suggesting the private sector should take more initiative and leave the government to play a supporting role.

‘These crafts are not marketable skills and do the minimum for the rapidly growing younger generation with employment in the long term.’ Faizullah Zaki, Minister of MoLSAMD

For many trainees, learning to repair mobile phones, cars or electrical items, video and photography, carpentry and wood carving, and beauty parlor work are the most desirable skills. Each program lasts six months and those who complete the training have little difficulty finding a job or starting their own small business. Amongst young men, repairing mobile phones is the most common profession, while beauty parlor work is most common amongst women.

MoLSAMD has no data on participation rates of IDPs and returnees involved in their training programs, nor do they have a clear strategy on absorbing IDPs/returnees in the labor market.” (VIDC, November 2018, S. 43-44)

Bezugnehmend auf Beschäftigungsprogramme führt VIDC an, dass der afghanischen Regierung sowohl das Fachwissen als auch die Verwaltungsstruktur für die Gestaltung von Programmen zur wirtschaftlichen Entwicklung fehle. Staatskorruption, rechtliche und ethnisierte politische Unsicherheit und die Sicherheitskrise hätten sich zudem negativ auf den Arbeitsmarkt und das Investitionsklima ausgewirkt. Mehr als 2.000 nationale und internationale NGOs hätten beim afghanischen Wirtschaftsministerium Projekte zur Armutsbekämpfung angemeldet, vor allem in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Bildung und Landwirtschaft. Der Programmkoordinator der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) habe angeführt, dass drei Faktoren für die Integration von Rückkehrenden in den afghanischen Arbeitsmarkt von entscheidender Bedeutung seien. Man müsse über Fähigkeiten und Kenntnisse verfügen, genug Geld haben, um zu investieren, und eine Verbindung zu Eliten haben, um erfolgreich zu sein:

„Employment programs

The Afghan government lacks both the expertise and administrative structure to design economic development programs. State corruption, legal and ethnicized political uncertainty and the security crisis have also negatively impacted on the labor market and investment climate.

More than 2,000 non-governmental organizations, both national and international, have registered poverty alleviation projects with Afghanistan's Ministry of Economy, primarily in the areas of social services, health, education and agriculture.

'Three factors are vital for returnees to integrate in the Afghan labor market. You must have a skill and knowledge, enough money to invest, and you must have connection to elites to succeed. If you lack one of these, you can't even start your business.' Hashim Rasuli, GIZ Program Coordinator" (VIDC, November 2018, S. 44)

Zu den von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) geschaffenen Programmen, die sich unter anderem spezifisch an Rückkehrende und Binnenvertriebene richten würden, erwähnt VIDC das Ende 2014 gestartete Programm „Sustainable Economic Development and Employment Promotion“ (SEDEP). Das Projekt würde Arbeitsplätze für Familien in ländlichen Gebieten schaffen und umfasse neben 5 weiteren nördlichen Provinzen auch die Provinz Balkh. Die GIZ habe das Programm 2018 um eine Flüchtlings- und Rückkehrenden-Komponente erweitert, von der rund 70 Prozent der Rückkehrenden aus der EU und Pakistan sowie Binnenvertriebene profitieren würden. Die GIZ biete zudem psychologische und rechtliche Beratung für Rückkehrende aus Pakistan sowie Schulungen in umwelt- und kultursensiblen einkommensschaffenden Projekten an. Frauen würden speziell für Tätigkeiten, die von zuhause aus gemacht werden können, geschult. Programme für Frauen würden 30 Prozent der Arbeitsförderungsprogramme der GIZ ausmachen:

„The Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) launched the Sustainable Economic Development and Employment Promotion (SEDEP) program in late 2014 to create jobs for families in rural areas. The project covers the northern provinces of Baghlan, Badakhshan, Balkh, Kunduz, Samangan and Takhar. GIZ added a refugee and returnee component to the program in 2018 which will benefit around 70% of returnees from the EU and Pakistan, in addition to IDPs.

According to GIZ's Mr. Rasuli, SEDEP aims to build the capacity of small businesses and make them more competitive by conducting market analysis and offering assistance to address weaknesses. The program supports the entire production chain, from producers to consumers.

GIZ also offers psychological and legal counseling for returnees from Pakistan, in addition to training in environmentally and culturally sensitive income-generating projects. Women are specifically trained in home-based activities such as poultry keeping and almond peeling. Other courses include English, graphic design, photography, mobile phone repairing, beauty parlor work and tailoring. Women must make up 30 percent of the beneficiaries of GIZ's employment promotion programs." (VIDC, November 2018, S. 45)

Laut dem VIDC-Bericht habe die Internationale Organisation für Migration (IOM) ein vierjähriges Projekt in acht Provinzen, darunter Balkh, Herat und Kabul, mit einer hohen Anzahl von Rückkehrern und Binnenvertriebenen entwickelt. Das von der EU finanzierte Programm mit dem Titel „Return Assessment and Development for Afghanistan“ (RADA) fördere die Wiedereingliederung von über 30.000 gefährdeten AfghanInnen, die aus Europa, Pakistan und dem Iran zurückkehren würden. IOM und seine Partnerorganisationen hätten gemeindebasierte Programme entwickelt, um Einkommensmöglichkeiten für die Rückkehrenden zu schaffen. Das Dänische Komitee für die Unterstützung afghanischer Flüchtlinge (DACAAR) habe weiters zwischen 2014 und 2017 650 AfghanInnen (davon 33 Prozent Frauen) in neun Provinzen bei der Berufsausbildung unterstützt. Das Ziel der Organisation sei es, bis 2021 weitere 2800 Menschen in zwölf Provinzen auszubilden. DACAAR richtet sich in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Märtyrer und Menschen mit Behinderungen an Binnenvertriebene, Rückkehrende, Jugendliche und an Aufnahmegemeinschaften bezüglich des Kapazitätsaufbaus und Beschäftigungsmöglichkeiten:

„The International Organization for Migration (IOM) has developed a four year project in eight provinces with high numbers of returnees and IDPs: Baghlan, Balkh, Herat, Kabul, Kunar, Kandahar, Laghman and Nangarhar. Funded by the EU, the Return Assessment and Development for Afghanistan (RADA) program supports the reintegration of over 30,000 vulnerable Afghans returning from Europe, Pakistan and Iran. The IOM and its partner organizations have developed community-based programs to create income-generation opportunities for the returnees. RADA also aims to assist the MoRR and MoLSAMD with capacity building and technical advice.

Supporting local small businesses within communities and connecting them to the private sector and labor market is a crucial element of RADA. Beneficiaries receive training on running their businesses and how to employ more people, particularly other returnees. Kabul-based IOM staff told researchers that the program also provides technical and vocational training to women, youths and adults, especially returnees from Pakistan and Iran.

The Danish Committee for Aid to Afghan Refugees (DACAAR) assisted 650 Afghans (33 percent women) with vocational training in nine provinces between 2014-17. The organization aims to train another 2800 people across twelve provinces by 2021. DACAAR, in cooperation with MoLSAMD, targets IDPs, returnees, youth and hosting communities with capacity building and employment opportunities. Non-farm vocational training is mainly in the areas of tailoring and handicrafts. On-farm training includes dairy production and saffron cultivation, along with assisting farmers to package, process, brand and sell their produce at local markets.” (VIDC, November 2018, S. 45-46)

Das VIDC erwähnt in seinem im November 2018 veröffentlichten Bericht zudem Kritik an der afghanischen Regierung und ausländischen Akteuren. Die Direktorin der afghanischen Frauenvereinigung habe angegeben, dass die afghanische Regierung gescheitert sei, weil sie versprochen habe, Arbeitsplätze für die Menschen zu schaffen, aber noch mehr Menschen ihren Arbeitsplatz verloren hätten. Die Regierung und das Ausland würden Rückkehrende und Flüchtlinge politisch instrumentalisieren, um ihre politischen Ziele voranzutreiben. Der

Koordinator für Existenzgrundlagen und Ernährungssicherheit des Norwegischen Flüchtlingsrates (NRC) habe die afghanische Regierung und seine internationalen Partnerorganisationen ebenfalls dafür kritisiert, dass kein umfassendes Programm zur Unterstützung von Rückkehrenden und Binnenvertriebenen entwickelt worden sei. Ein wesentliches Element, das in vergangenen einkommensgenerierenden Projekten gefehlt habe, sei seiner Meinung nach die Verflechtung zwischen Auszubildenden und dem Markt. Die meisten Fähigkeiten der Rückkehrenden seien nicht marktfähig und die Regierung und ihre internationalen Partner hätten eine Strategie zur Einbindung des privaten Wirtschaftssektors entwickeln müssen, der über die finanzielle Kapazität zur Einbindung von Frauen, Jugendlichen und Binnenvertriebenen bzw. Rückkehrenden verfüge:

„The National Unity Government is a failed government because it promised to create jobs for people but on the contrary, even more people have lost their jobs. NUG and foreign countries use returnees and refugees as political tools to advance their political agendas.’ Fatana Gilani, Director of Afghanistan Women’s Association [...]

Livelihoods and Food Security Coordinator of the Norwegian Refugee Council (NRC), Bilal Zadran, criticized the Afghan government and his fellow international organizations for failing to develop a comprehensive program to assist returnees and IDPs. In his view, a key element missing in past income-generating projects was the linking of trainees to the market. Mr Zadran believed most of the returnees’ skills are not marketable and that the government and its international partners need to design a strategy to involve the private sector, which he says has the financial capacity to engage women, youth and IDPs/returnees.” (VIDC, November 2018, S. 45-46)

Die United States Agency for International Development (USAID), eine US-Behörde für Entwicklungszusammenarbeit, schreibt in einem Artikel vom Oktober 2016 über die zwischenzeitlichen Erfolge von ABADE (Assistance in Building Afghanistan by Developing Enterprises), einem Projekt, das den Aufbau Afghanistans durch die Entwicklung von Unternehmen unterstützen soll. Das Projekt, das im Oktober 2012 gestartet sei und bis April 2017 laufe, arbeite mit dem privaten Wirtschaftssektor zusammen, um seine Produktivität zu steigern und helfe Unternehmen, ihr Wachstum aufrechtzuerhalten und Arbeitsplätze zu schaffen. ABADEs Ziele seien die Steigerung der in- und ausländischen Investitionen, die Förderung der Beschäftigung und die Verbesserung des Absatzes afghanischer Produkte. Die Verknüpfung von ABADE mit kleinen und mittleren Unternehmen würde dazu beitragen, die mit Expansion verbundenen Risiken zu reduzieren. Das Projekt sei mit anderen USAID-Programmen abgestimmt, versuche das Geschäftsklima zu verbessern, qualifizierte Arbeitskräfte auszubilden und den Zugang zu Finanzmitteln zu erleichtern:

„Assistance in Building Afghanistan by Developing Enterprises (ABADE) works with the private sector to strengthen its productivity and help enterprises sustain growth and create jobs. ABADE’s objectives are to increase domestic and foreign investment, stimulate employment and improve sales of Afghan products. ABADE’s public - private alliances with Small and Medium - sized Enterprises (SMEs) help reduce the risks involved with business expansion. The project coordinates with other USAID programs to improve the business-

enabling environment, develop a skilled workforce and facilitate access to finance. [...] Duration: Oct 2012 – Apr 2017” (USAID, 31. Oktober 2016)

Die International Executive Service Corps (IESC), eine internationale gemeinnützige Organisation mit Sitz in Washington D.C., schreibt auf ihrer Webseite, dass USAID in Herat-Stadt und Mazar-e Sharif regionale ABADE (Assistance in Building Afghanistan by Developing Enterprises)-Büros eröffnet habe:

„The United States Agency for International Development (USAID), in partnership with VEGA/IESC, opened offices for the Assistance in Building Afghanistan by Developing Enterprises (ABADE) Program in both Mazar-i-Sharif City and Herat City.” (IESC, ohne Datum)

In einem im Juli 2017 veröffentlichten Artikel der unabhängigen afghanischen Nachrichtenagentur Pajhwok Afghan News (PAN), wird berichtet, dass laut USAID das ABADE-Programm zur Stabilität und zum wirtschaftlichen Wohlstand Afghanistans beigetragen habe und eine entscheidende Rolle bei der Schaffung von Arbeitsplätzen im ganzen Land spiele. Bisher seien durch diese Investitionen fast 18.000 dauerhafte und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze geschaffen worden. In den kommenden Monaten würden durch die Steigerung der Produktion der Unternehmen mehr als 25.000 Arbeitsplätze erwartet:

„In a statement, the USAID said it celebrated ‘the significant contributions of entrepreneurs and beneficiaries of the Assistance in Building Afghanistan by Developing Enterprises (ABADE) program to the stability and economic prosperity of Afghanistan and the critical role they play in generating employment opportunities across the country.’ [...] So far, nearly 18,000 enduring, high-quality jobs have been created as a result of these investments. In future months, as enterprises scale up production, more than 25,000 jobs are anticipated.” (PAN, 23. Juli 2017)

Auf der Webseite von ABADE wird im Juni 2017 berichtet, dass das Programm mit 30. Juni 2017 beendet werde:

„USAID’s Assistance in Building Afghanistan by Developing Enterprises (ABADE) Program is closing on June 30, 2017” (ABADE, 26. Juni 2017)

2.7 Durchschnittsverdienst und Kosten für Lebensunterhalt

Laut den Länderinformationsblättern zu Afghanistan, die für das deutsche Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) verfasst wurden, hätten sich die monatlichen Lebenserhaltungskosten in den Jahren 2015 bis 2017 auf bis zu 500 USD, für 2018 auf 400 USD belaufen. Für Betriebs-/Nebenkosten (Wasser und Strom) sei laut IOM 2015-2017 mit mehr als 40 USD pro Monat zur rechnen, während es 2018 heißt, dass diese Kosten unter 40 USD liegen würden. Das durchschnittliche monatliche Einkommen habe in den Jahren zwischen 2002 und 2015 zwischen 80 und 120 USD betragen. (IOM, 2015, S. 2; IOM, 2016, S. 2; IOM, 2017, S. 5-8; IOM, 2018, S. 5-6)

Die Afghanische Statistikbehörde (CSO) veröffentlicht im Mai 2018 die Ergebnisse ihrer Erhebung zu den Lebensbedingungen in Afghanistan im Jahr 2016/17 und geht dabei auf die

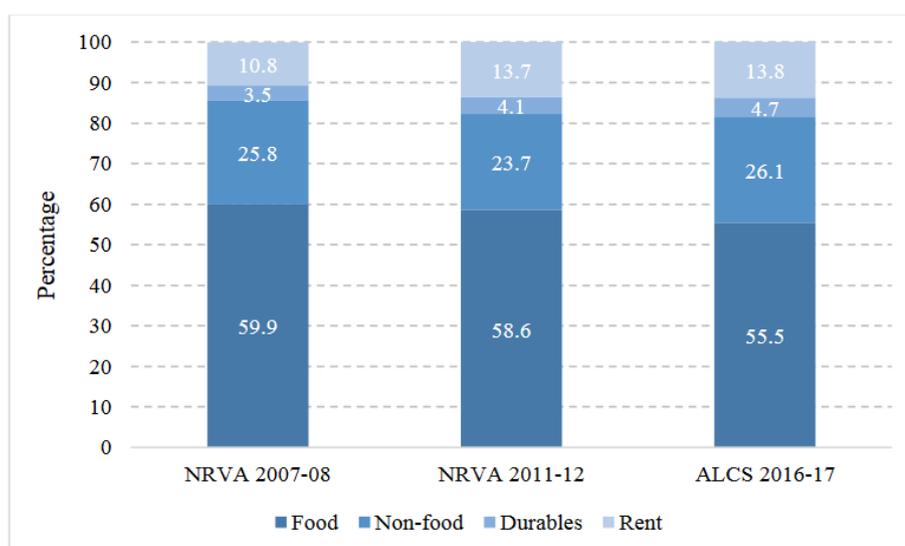
Definition der Armutsgrenze ein. Dem Bericht zufolge basiere die Armutsgrenze auf einem Verbrauchsbündel („consumption aggregate“), das wie in den Erhebungen von 2007/08 und 2011/12 aus den Komponenten Nahrungsmittel- und Nicht-Nahrungsmittelausgaben, Kosten für Gebrauchsgütern und für den Wohnraum bestehe:

„The first step in estimating a poverty line is to construct the consumption aggregate. The process of constructing the consumption aggregate follows the approach of setting the poverty line using information from the NRVA 2007-08 as well as NRVA 2011-12. In particular, the same consumption aggregate sub-components were defined, namely i. food component; ii. non-food component; iii. consumer durables; and iv. housing.“ (CSO, Mai 2018, S. 344)

In der folgenden Grafik wird von der CSO dargestellt, dass der relative Anteil der unterschiedlichen Komponenten an der Gesamtmenge je nach Erhebungsjahr variere. Im Jahr 2016/17 sei ein deutlicher Rückgang der Nahrungsmittelanteile zu erkennen, was typischerweise dann der Fall sei, wenn die Nahrungsmittelausgaben konstant bleiben oder real wachsen würden, sich die Ausgaben für Nicht-Lebensmittel allerdings mit dem Wirtschaftswachstum erhöhen würden. Im Fall Afghanistans sei der Rückgang des Anteils für Nahrungsmittel jedoch auf eine Stagnation oder einen Rückgang der Ausgaben aufgrund der Verschlechterung des Wohlergehens der Bevölkerung zurückzuführen:

„The consumption aggregate based on the ALCS 2016-17 is constructed as the sum of the food and non - food expenditures, as well as the monthly user values of durables and housing. The relative share of each component to the total varies across survey years (see Figure VII.1). In 2016-17, we see a significant decline in food shares, which typically happens in cases where food expenditures remain constant or grow in real terms but spending on non - food grows as the economy grows. In Afghanistan’s case, however, the decline in food shares is caused by a stagnation or decline in expenditures due to the deterioration of welfare.“ (CSO, Mai 2018, S. 327)

Figure VII.1: Consumption aggregate, by survey, and by consumption component (in percentages)



(CSO, Mai 2018, S. 328)

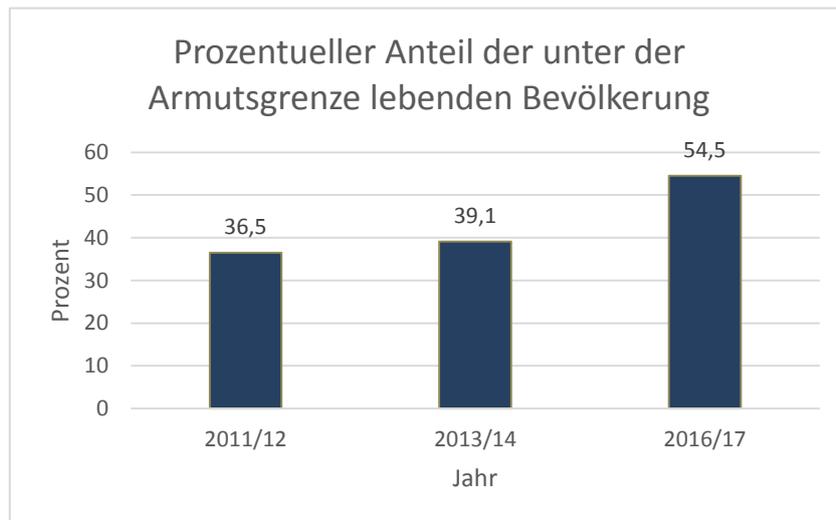
Die CSO führt im selben Bericht weiters an, dass die nationale durchschnittliche Armutsgrenze auf der Grundlage der Erhebung zu den Lebensbedingungen in Afghanistan 2016/17 (Afghanistan Living Conditions Survey, ALCS) bei 2.064 Afghanis pro Monat liege. Ein Haushalt gelte als arm, wenn der Gesamtwert des realen Pro-Kopf-Verbrauchs unter die Armutsgrenze falle. Im Jahr 2016/17 hätten 54,5 Prozent der afghanischen Bevölkerung, rund 15,9 Millionen Menschen, ihre Grundbedürfnisse nicht decken könnten:

„The overall poverty line is the sum of the food poverty line and the non - food allowance. The national average poverty line based on ALCS 2016 - 17 is 2,064 Afghanis per month. It represents the sum of the cost of attaining 2,100 calories per person per day based on the basic need basket set in 2007-08 and the cost of meeting basic non - food needs. A household is defined as poor if the total value of real per-capita consumption falls below the poverty line. In 2016-17, 54.5 percent of Afghanistan’s population was poor, which corresponds to approximately 15.9 million Afghans who were not able to meet their basic needs.” (CSO, Mai 2018, S. 330)

Weiters wird im Bericht von der CSO angeführt, dass man eine Verschlechterung des Wohlstands der afghanischen Bevölkerung verzeichne. Der Anteil der unter der nationalen Armutsgrenze lebenden Bevölkerung sei von 34 Prozent im Jahr 2007/08 auf 55 Prozent 2016/17 angestiegen. Der Anstieg der Armutsquote sei landesweit und sowohl in städtischen als auch in ländlichen Gebieten zu beobachten. Die Ergebnisse der Erhebung zu den Lebensbedingungen in Afghanistan 2013/14 würde zeigen, dass der größte Teil des Anstiegs im Intervall zwischen den letzten beiden Umfragen stattgefunden habe und dass nicht nur der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung zugenommen habe, sondern auch die Intensität der Armut. Das Maß für die Intensität der Armut habe sich zwischen 2007/08 und 2016/17 mehr als verdoppelt und sei von 7 auf 15 Prozent angestiegen:

„The ALCS 2016-17 recorded a sharp deterioration in welfare of the Afghan population. The proportion of population living below the national poverty line (SDG indicator 1.2.1) increased from 34 percent in 2007-08 to 55 percent in 2016-17. The increase in the poverty rate is experienced across the country and is present in urban, as well as in rural areas. Results from ALCS 2013-14 indicated that most of the increase occurred in the interval between the last two surveys. They also showed that not only the share of poor people among the general population increased, but also the depth or intensity of poverty. The measure for the intensity of poverty – the poverty gap ratio – more than doubled between 2007-08 and 2016-17, increasing from 7 to 15 percent.” (CSO, Mai 2018, S. xxxi)

Basierend auf den Daten der CSO-Erhebungen zu den Lebensbedingungen in Afghanistan (Afghan Living Conditions Survey, ALCS bzw. National Risk and Vulnerability Assessment, NRVA) aus dem Jahr 2011/12, 2013/14 und 2016/17 lässt sich der folgender Anstieg der unter der Armutsgrenze lebenden Menschen darstellen:



(Basierend auf Daten von CSO, 2014, S. xix; CSO, 2016, S. xxxi; CSO, Mai 2018, S. 330)

Bezogen auf die Folgen des Arbeitsplatzmangels in den afghanischen Großstädten und auf die daraus resultierenden Strategien der Existenzsicherung schreibt Friederike Stahlmann in einer E-Mail-Auskunft vom November 2018:

„Verschärft wird die Lage der Stadtbevölkerung dadurch, dass in städtischen Gebieten ohne Chance auf Subsistenz-basiertes Überleben durch Land- und Viehwirtschaft und angesichts des immensen Mangels an existenzsichernder Arbeit vor Ort bei einem Verlust der Existenzgrundlage kaum andere Wege der Nahrungsmittelsicherung als missbräuchliche oder strafbare zur Verfügung stehen – darunter schwere Kinderarbeit, sexuelle Versklavung von Jungen, Zwangsehen von Mädchen, Prostitution, Betteln, Kriminalität und Anschluss an Aufständische.“

Die zunehmende Gefahr durch Kriminalität und politisch motivierte Gewalt verschärft nicht nur das Misstrauen Fremden gegenüber, sondern auch die Notwendigkeit der Zugehörigkeit zu weiträumigeren Sicherheitsarrangements wie Nachbarschaftsmilizen zum Schutz von Hab und Gut, aber auch Leib und Leben.“ (Stahlmann, 27. November 2018)

In einem 2015 veröffentlichten Bericht zur Lage afghanischer Städte (State of Afghan Cities, SoAC) führt die afghanische Regierung an, dass die urbane Armut überall weit verbreitet sei, und es kaum Unterschiede zwischen den Städten gebe, wobei nur etwa jeder fünfte Haushalt in Kabul ($22\% \pm 4\%$) über der Armutsgrenze lebe, in Herat, Kandahar und Mazar-e Sharif seien dies rund 15% und in Jalalabad nur sehr niedrige 3% ($\pm 1,5\%$):

„Urban poverty is pervasive across the board and there is little difference across cities, with about one in five Kabuli households ($22\% \pm 4\%$) above the poverty line, Herat, Kandahar and Mazar-i- Sharif at around 15% and Jalalabad at a very low 3% ($\pm 1.5\%$).“ (Government of the Islamic Republic of Afghanistan, 2015, S. 21)

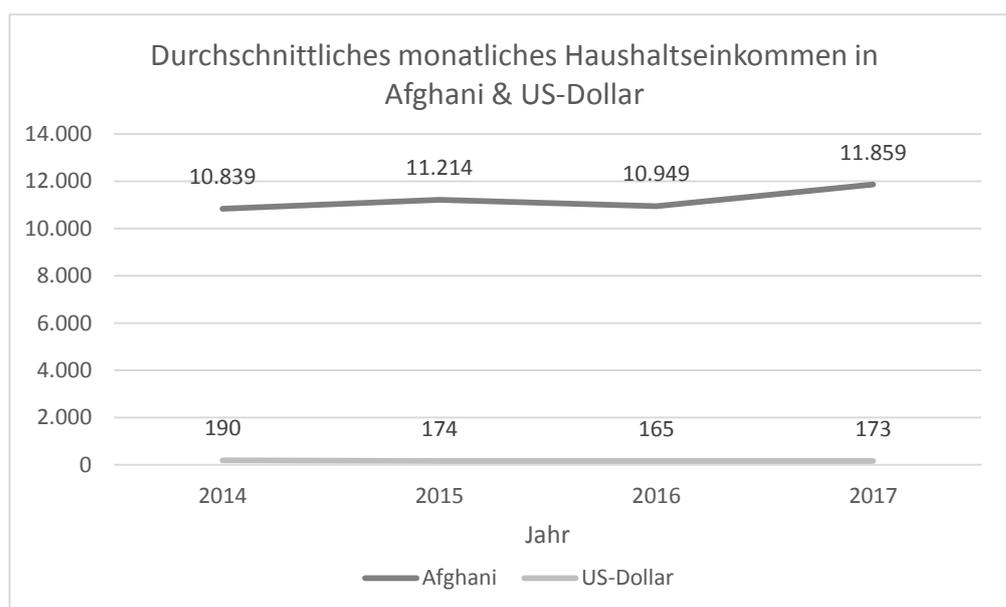
Laut den Angaben des US-Außenministeriums (US Department of State, USDOS) sei das monatliche Mindesteinkommen für Staatsbedienstete und das von Arbeitnehmern im privaten Wirtschaftssektor in den Jahren 2014 bis 2017 bei 6000 bzw. bei 5500 Afghani gelegen. Laut den Berichten für die Jahre 2011 bis 2013 habe das monatliche Mindesteinkommen für

Staatsbedienstete 5000 Afghani betragen. Für den privaten Wirtschaftssektor seien keine Angaben verfügbar gewesen, allerdings würde das Arbeitsrecht besagen, dass das Mindestgehalt im privaten Sektor nicht unter jenem der staatlichen Bediensteten liegen dürfe. Im Menschenrechtsbericht für das Jahr 2010 wird angeführt, dass das Mindesteinkommen für Staatsbedienstete 4000 Afghani betragen habe und für den privaten Wirtschaftssektor kein Mindesteinkommen festgelegt gewesen sei. Der Anteil der Bevölkerung, der ein Einkommen unter der Armutsgrenze von 1250 Afghani bezogen habe, sei den Menschenrechtsberichten zufolge zwischen den Jahren 2012 und 2017 konstant bei 36 Prozent gelegen. (USDOS, 8. April 2011, 7e; USDOS, 24. Mai 2012, Section 7d; USDOS, 19. April 2013, Section 7d; USDOS, 27. Februar 2014, Section 7d; USDOS, 25. Juni 2015, Section 7e; USDOS, 13. April 2016, Section 7e; USDOS, 3. März 2017, Section 7e; USDOS, 20. April 2018, Section 7e)

Friederike Stahlmann vom Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung nimmt in ihrem Gutachten vom März 2018 Bezug auf den von USDOS berichteten Mindestlohn für Staatsbedienstet und Arbeitnehmer im privaten Wirtschaftssektor und ergänzt:

„Doch auch von den staatlichen Löhnen alleine kann man somit keine zumindest halbwegs angemessene Wohnung mieten. Das zeigt sich auch daran, dass das durchschnittliche Haushaltseinkommen derer, die in improvisierten Unterkünften oder Zelten leben, bei 7.282 Afghani, also noch über dem Mindesteinkommen von 6.000 Afghani eines Staatsbediensteten liegt. (UNOCHA December 2017: 22)“ (Stahlmann, 28. März 2018, S. 241)

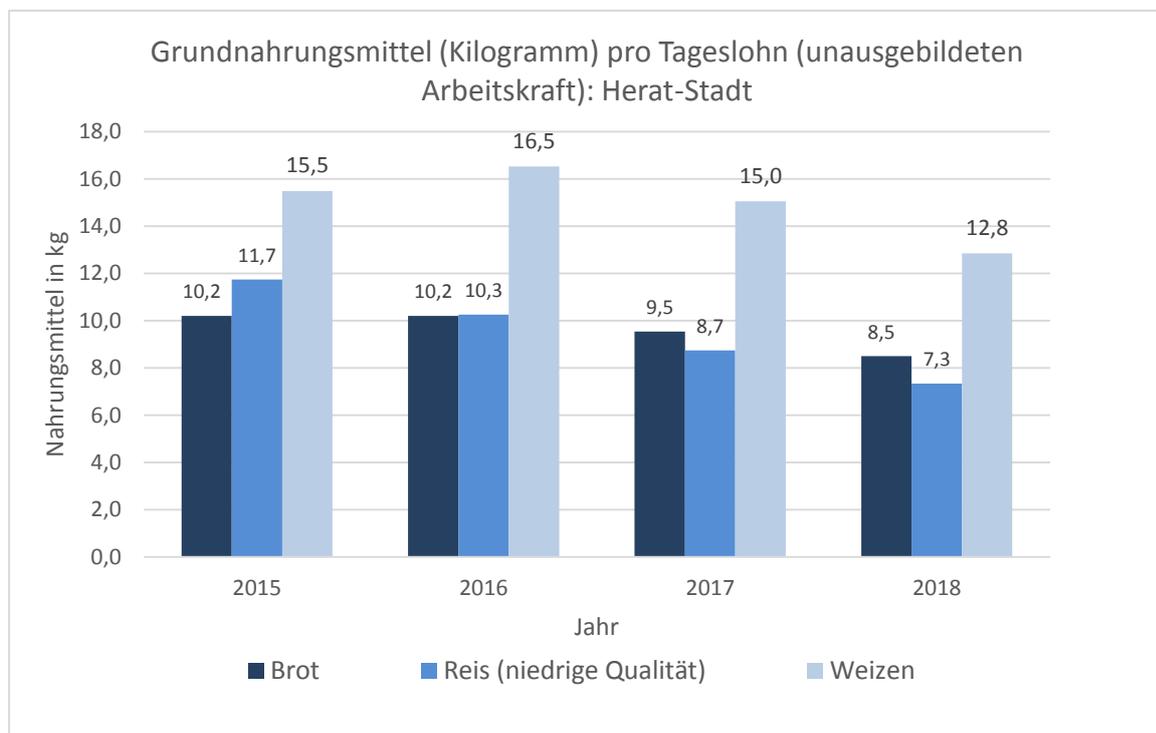
Die Asia Foundation, eine gemeinnützige internationale in Asien tätige Entwicklungsorganisation, veröffentlicht jährlich eine Erhebung zur öffentlichen Meinung in Afghanistan. Seit 2014 wird darin auch das durchschnittliche monatliche Haushaltseinkommen der AfghanInnen erhoben. Dies sei den Daten zufolge 2014 bei 190 USD (10.839 Afghani), 2015 bei 174 USD (11.214 Afghani), 2016 bei 165 USD (10.749 Afghani) und 2017 bei 173 USD (11.859 Afghani) gelegen:



(Basierend auf Daten von Asia Foundation, 18. November 2014, S. 62; Asia Foundation, 17. November 2015, S. 67; Asia Foundation, 7. Dezember 2016, S. 57; Asia Foundation, 14. November 2017, S. 9)

2.7.1 Herat

Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (World Food Programme, WFP) veröffentlicht im November 2018 einen Datensatz, der neben den monatlichen Nahrungsmittelpreisen in Afghanistan auch den durchschnittlichen Tageslohn von ausgebildeten („qualified labour“) und nicht-ausgebildeten und nicht-landwirtschaftlichen Arbeitskräften („non-qualified labour, non-agricultural“) enthält. Für den Zeitraum von Jänner 2015 bis September 2018 beinhaltet der Datensatz monatliche Informationen für den Markt in Herat. Den Daten zufolge sei der durchschnittliche Tageslohn einer ausgebildeten Arbeitskraft seit 2015 konstant bei 550 Afghani gelegen. Der durchschnittliche Tageslohn einer unausgebildeten, nicht im landwirtschaftlichen Bereich tätigen Arbeitskraft sei im Jahr 2015 und 2016 bei 300 Afghani, im Jahr 2017 auf 280,21 und im laufenden Jahr 2018 auf 250 Afghani gesunken (WFP, 18. November 2018). Die folgende Grafik zeigt das Verhältnis zwischen dem Tageslohn einer unausgebildeten Arbeitskraft und den Mengen der dafür erwerbenden Grundnahrungsmittel in Herat. So habe beispielsweise die Höhe des Tageslohns 2017 dem Preis für 9,5 kg Brot (oder 8,7 kg Reis oder 15 kg Weizen) entsprochen, während man 2018 für einen Tageslohn nur noch 8,5 kg Brot (oder 7,3 kg Reis oder 12,8 kg Weizen) kaufen könnte:



(Basierend auf Daten von WFP, 18. November 2018)

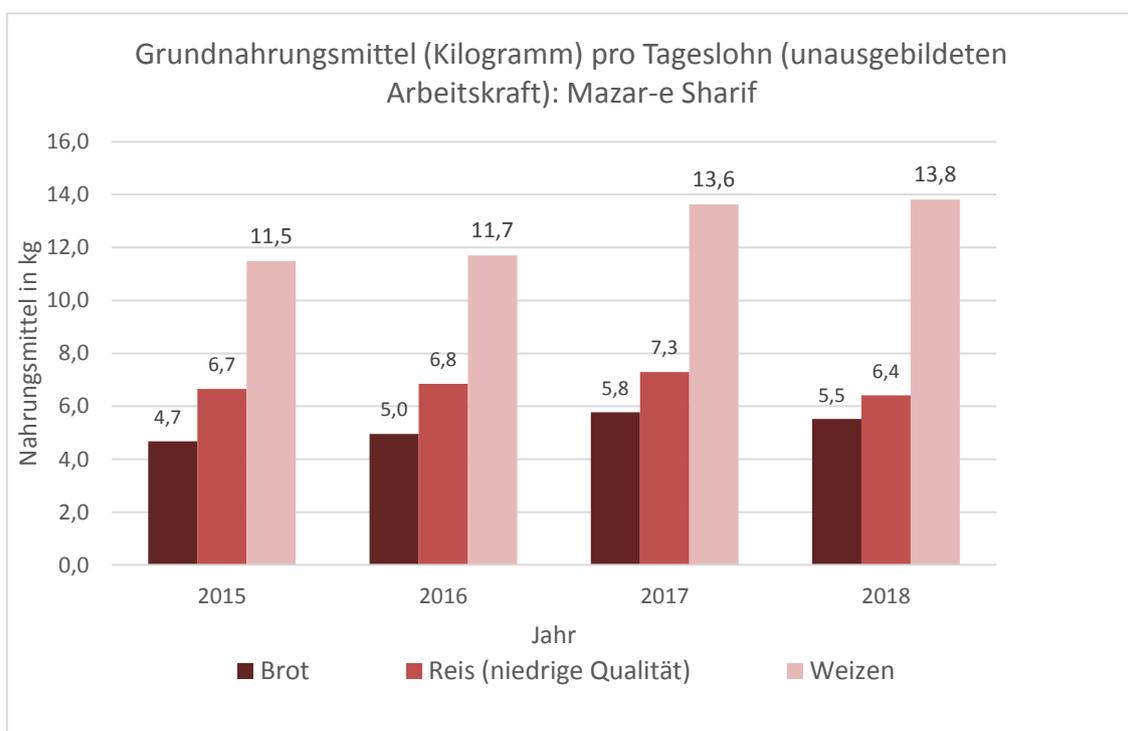
Laut den 2018 von der afghanischen Statistikbehörde (NSIA, früher CSO) veröffentlichten Provinz-Profilen sei die Armutsrate in der Provinz Herat von 36,3 Prozent im Jahr 2011/12 auf 47,9 Prozent im Jahr 2016/17 angestiegen. (NSIA, 2018, S. 71-72)

Laut dem 2014 vom Think Tank Samuel Hall veröffentlichten Bericht zur urbanen Armut würden 82,2 Prozent der befragten Haushalte in Herat-Stadt unter der Armutsgrenze leben:

„At the city level, the survey found few differences between cities, although Kabul and Kandahar households fared slightly better with respectively 77.6% and 76.6% of households surveyed falling under the poverty line established by the government and Jalalabad and Herat at the bottom with respectively 83.6% and 82.2% of households surveyed below the poverty line.“ (Samuel Hall, 2014, S. 36)

2.7.2 Mazar-e Sharif

Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (World Food Programme, WFP) veröffentlicht im November 2018 einen Datensatz, der neben den monatlichen Nahrungsmittelpreisen in Afghanistan auch den durchschnittlichen Tageslohn von ausgebildeten („qualified labour“) und nicht-ausgebildeten und nicht-landwirtschaftlichen Arbeitskräften („non-qualified labour, non-agricultural“) enthält. Für den Zeitraum von Jänner 2015 bis September 2018 beinhaltet der Datensatz monatliche Informationen für den Markt in Mazar-e Sharif. Den Daten zufolge sei der durchschnittliche Tageslohn einer ausgebildeten Arbeitskraft 2015 bei 618,75 Afghani und zwischen 2016 und 2018 konstant bei 600 Afghani gelegen. Der durchschnittliche Tageslohn einer unausgebildeten, nicht im landwirtschaftlichen Bereich tätigen Arbeitskraft sei 2015 und 2016 bei 246,88 bzw. 247,73 Afghani gelegen, 2017 auf 288,54 Afghani gestiegen und im laufenden Jahr 2018 auf 275,83 Afghani gesunken. (WFP, 18. November 2018) Die folgende Grafik zeigt das Verhältnis zwischen dem Tageslohn einer unausgebildeten Arbeitskraft und Grundnahrungsmittel in Mazar-e Sharif. So habe beispielsweise die Höhe des Tageslohns 2017 dem Preis für 5,8 kg Brot (oder 7,3 kg Reis oder 13,6 kg Weizen) entsprochen, während man 2018 für einen Tageslohn 5,5 kg Brot (oder 6,4 kg Reis oder 13,8 kg Weizen) kaufen könnte:



(Basierend auf Daten von WFP, 18. November 2018)

Laut den 2018 von der afghanischen Statistikbehörde (NSIA, früher CSO) veröffentlichten Provinz-Profilen sei die Armutsrate in der Provinz Balkh von 20,8 Prozent im Jahr 2011/12 auf 48,8 Prozent im Jahr 2016/17 angestiegen. (NSIA, 2018, S. 49-50)

In dem 2014 vom Think Tank Samuel Hall veröffentlichten Bericht zur urbanen Armut wird angeführt, dass Mazar-e Sharif hinsichtlich der Lebensmittelausgaben ein besonders alarmierendes Niveau aufweise, da mehr als die Hälfte der städtischen Armen ($55\% \pm 4\%$) mehr als 60 Prozent ihrer gesamten Haushaltsausgaben für den Kauf von Lebensmitteln aufwenden würden:

„On the food expenditure scale, Mazar-e- Sharif displays particularly alarming levels with over half of its urban poor ($55\% \pm 4\%$) dedicating more than 60% of their total household spending to the purchase of food.“ (Samuel Hall, 2014, S. 38)

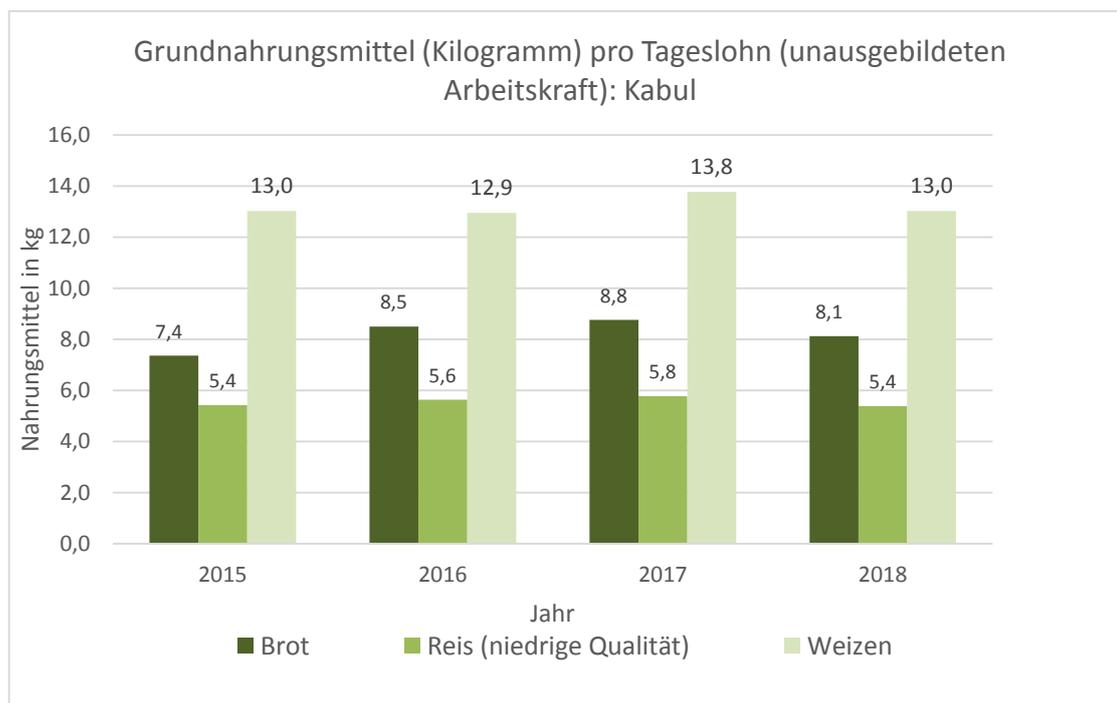
In einem 2015 veröffentlichten Bericht zur Lage afghanischer Städte (State of Afghan Cities, SoAC) führt die afghanische Regierung an, dass es einen Trend gebe, wonach urbanisierte Provinzen eine niedrigere offizielle Armutsrate aufweisen würden. Balkh würde hierbei allerdings eine Ausnahme darstellen:

„With the exception of Balkh, a trend is evident whereby more urbanised provinces generally have a lower official poverty rate than more rural provinces.“ (Government of the Islamic Republic of Afghanistan, 2015, S. 19)

2.7.3 *Kabul*

Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (World Food Programme, WFP) veröffentlicht im November 2018 einen Datensatz, der neben den monatlichen Nahrungsmittelpreisen in Afghanistan auch den durchschnittlichen Tageslohn von ausgebildeten („qualified labour“) und nicht-ausgebildeten und nicht-landwirtschaftlichen Arbeitskräften („non-qualified labour, non-agricultural“) enthält. Für den Zeitraum von Jänner 2015 bis September 2018 beinhaltet der Datensatz monatliche Informationen für den Markt in Kabul. Den Daten zufolge sei der durchschnittliche Tageslohn einer ausgebildeten Arbeitskraft 2015 bei 693,75 Afghani gelegen, 2016 auf 672,73 Afghani gesunken und 2017 wieder auf 682,29 Afghani und im laufenden Jahr 2018 auf 718,06 Afghani gestiegen. Der durchschnittliche Tageslohn einer unausgebildeten, nicht im landwirtschaftlichen Bereich tätigen Arbeitskraft sei 2015 bei 283,33 Afghani, 2016 bei 327,27 Afghani, 2017 bei 337,50 Afghani gelegen und im laufenden Jahr 2018 auf 312,50 Afghani gesunken (WFP, 18. November 2018). Die folgende Grafik zeigt das Verhältnis zwischen dem Tageslohn einer unausgebildeten Arbeitskraft und Grundnahrungsmittel in Kabul. So habe beispielsweise die Höhe des Tageslohns 2017 dem Preis für 8,8 kg Brot (oder 5,8 kg Reis oder 13,8 kg Weizen) entsprochen,

während man 2018 für einen Tageslohn nur noch 8,1 kg Brot (oder 5,4 kg Reis oder 13 kg Weizen) kaufen könnte:



(Basierend auf Daten von WFP, 18. November 2018)

Laut den 2018 von der afghanischen Statistikbehörde (NSIA, früher CSO) veröffentlichten Provinz-Profilen sei die Armutsrate in der Provinz Kabul von 25,5 Prozent im Jahr 2011/12 auf 34,3 Prozent im Jahr 2016/17 angestiegen. (NSIA, 2018, S. 49-50)

EASO bezieht sich in seinem Bericht vom August 2017 auf den 2015 veröffentlichten Bericht zur Lage afghanischer Städte (State of Afghan Cities, SoAC) und führt an, dass etwas mehr als jeder fünfte Haushalt in Kabul oberhalb der Armutsgrenze lebe. Im Jänner 2017 habe Tolonews von einer hohen Anzahl an Bettlern in Kabul und in anderen Großstädten berichtet. Diese hätten keinen Zugang zu einer Unterkunft, zu Essen oder Winterkleidung. Unter Bezugnahme auf einen Beitrag des Institute for War and Peace Reporting (IWPR) vom Dezember 2016, wird im Bericht des EASO angeführt, dass laut UNICEF-Schätzungen allein in Kabul etwa 60.000 Kinder auf der Straße arbeiten würden. Die Afghanische Unabhängige Menschenrechtskommission (AIHRC) gehe diesbezüglich von mehr als 100.000 Kindern aus:

„Little over one in five households in Kabul live above the poverty line. In January 2017, Tolonews reported a high number of beggars in Kabul and the other big cities who have no access to shelter, food or winter clothes. While UNICEF estimated that about 60,000 children were working in the streets of Kabul alone, the Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC) estimates this to have exceeded 100,000.“ (EASO, August 2017, S. 40)

In einem 2014 von Samuel Hall, einem unabhängigen auf sozioökonomische Befragungen spezialisierten Think Tank, verfassten Bericht zur urbanen Armut in Afghanistan wird angeführt, dass 77,6 bzw. 76,6 Prozent der befragten Haushalte in Kabul und Kandahar unter die von der

Regierung festgelegte Armutsgrenze fallen würden, während dies in Jalalabad und Herat bei 83,6 bzw. 82,2 Prozent der Haushalte der Fall sei:

„At the city level, the survey found few differences between cities, although Kabul and Kandahar households fared slightly better with respectively 77.6% and 76.6% of households surveyed falling under the poverty line established by the government and Jalalabad and Herat at the bottom with respectively 83.6% and 82.2% of households surveyed below the poverty line.” (Samuel Hall, 2014, S. 36)

2.8 Ausbildungszugang für Kinder

EASO führt in seinem im Juni 2018 veröffentlichten Leitfaden zu Afghanistan („Country Guidance“) an, dass es in den Städten Herat, Mazar-e Sharif und Kabul Bildungseinrichtungen gebe. Der Zugang zu Bildung sei für die Kinder von Vertriebenen und Rückkehrenden besonders schwierig, da die Kapazitäten der Schulen überlastet seien und auch der Mangel an finanziellen Mitteln ein Problem darstelle:

„Basic education for children: Education facilities are present in these cities. Access to education is particularly difficult for displaced and returnee children because the school capacity is overstretched and the lack of funds also keeps children away from school.” (EASO, Juni 2018, S. 104)

Ein im Oktober 2018 veröffentlichter Bericht von Save the Children, einer internationalen NGO, die sich weltweit für die Rechte und den Schutz von Kindern einsetzt, befasst sich mit der Situation von aus Europa nach Afghanistan zurückgekehrten Kindern. Basierend auf Interviews mit 57 rückkehrenden Kindern im Alter von 10 bis 18 Jahren bzw. deren Eltern und weiteren Informanten wird angeführt, dass die meisten Kinder Dokumente besitzen würden. Nur fünf hätten angegeben, keine zu haben. Für diese stelle der Zugang zu Bildung und einem Arbeitsplatz eine große Herausforderung dar. Die Kinder würden dem Bericht zufolge in eine Umgebung zurückkehren, die es ihnen nicht ermöglicht, die in der UN-Kinderrechtskonvention festgesetzten Rechte, einschließlich des Rechts auf Schutz, Bildung und Gesundheitsversorgung, uneingeschränkt zu nutzen. Die bedeutsamste Barriere sei für die jungen RückkehrerInnen die Notwendigkeit, ihre Zeit und Energie in Arbeit zu stecken, um überleben zu können, sowie Lücken in der bisherigen Ausbildung, Probleme mit der Zertifizierung der bisherigen Ausbildung und die hohen Kosten für den Unterricht:

„Most children have some form of documentation – only five reported having none. For those missing it, this is a significant challenge to accessing both education and employment.” (Save The Children, 16. Oktober 2018, S. 10)

„Children are returning to an environment that does not enable them to fully access rights guaranteed in the UNCRC [United Nations Convention on the Rights of the Child], including the right to protection, education and healthcare.” (Save The Children, 16. Oktober 2018, S. 11)

„Other research confirms this challenge, noting that ‘[t]he most significant barrier faced by the young returnees has been the need to invest their time and energy into work to

survive. Gaps in previous education, issues with certification of prior learning and the cost of study have also been prohibitive.” (Save The Children, 16. Oktober 2018, S. 39)

In einem im November 2018 geführten Gespräch mit William Carter, dem Programmleiter für Afghanistan beim Norwegischen Flüchtlingsrat (Norwegian Refugee Council, NRC), gab dieser an, dass die primären Probleme hinsichtlich des Bildungszugangs von Kindern Binnenvertriebener die Armut, die die Vertreibung mit sich bringe, und der ökonomische Druck, unter dem der Haushalt dadurch stehe, seien. Aus diesem Grund seien Kinder häufig gezwungen Geld zu verdienen. Es gebe also eine direkte Verbindung zwischen der Notwendigkeit, dass Kinder arbeiten und Geld verdienen, und ihrem Bildungszugang. Wenn es Kindern ermöglicht würde zur Schule zu gehen, würden die Bildungskosten sowie die Kosten für Materialien und den Transport zur Schule weitere Herausforderungen darstellen. An einem gewissen Punkt würden die Kinder auch Zertifikate der bisherigen Schulbildung und einen Personalausweis benötigen. Würden sie diese nicht vorweisen, könnten sie die besuchten Kurse formell nicht abschließen. (Carter, 14. November 2018)

In einem im Mai 2016 von Amnesty International (AI) veröffentlichten Bericht, der auf Besuchen von Binnenvertriebenen-Siedlungen in Herat-Stadt, Kabul und Mazar-e Sharif basiert, wird angeführt, dass der verbesserte Zugang zur Bildung - insbesondere für Mädchen - häufig als eine der größten Errungenschaften seit dem Sturz der Taliban 2001 bezeichnet werde. Im Bildungssektor seien bemerkenswerte Verbesserungen erzielt worden, darunter ein deutlicher Anstieg des Schulbesuchs, insbesondere bei Mädchen, und die Schaffung von weiteren Bildungseinrichtungen auf allen Schulstufen. Dennoch bleibe der Zugang zur Schulbildung in ganz Afghanistan ein ernsthaftes Problem. UNICEF schätze, dass 40 Prozent der Kinder aufgrund des Konflikts oder des Nichtvorhandenseins von Schulen nicht in der Lage seien, die Grund- oder Sekundarschule zu besuchen. SIGAR (Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction), eine US-Behörde, die sich mit der Aufsicht über den Wiederaufbau in Afghanistan befasst, und Medien hätten zudem betont, dass es schwierig sei, zu überprüfen, wie die Auslandshilfe für den Bildungssektor verwendet worden sei. Eine aktuelle Studie habe ergeben, wie viele der von afghanischen Behörden und internationalen Spendern als voll funktionsfähig eingestuft Schulen tatsächlich leere „Geisterschulen“ ohne Schüler oder Lehrende seien. Obwohl der Erhalt einer qualitativ hochwertigen Schulbildung in ganz Afghanistan eine Herausforderung sei, würde dies für Vertriebene ein noch größeres Problem darstellen. Eine kürzlich von der Weltbank und den Vereinten Nationen durchgeführte Studie habe beispielsweise ergeben, dass die Alphabetisierungsraten und das formale Bildungsniveau von vertriebenen Familien deutlich niedriger sei als bei anderen städtischen Armen. Trotz der Strategie zur Binnenvertreibung, in der es ausdrücklich heiße, dass die Vertriebenen nicht von Bildung ausgeschlossen werden sollen, weil sie sich Materialien wie Bücher, Schuluniformen und Stifte nicht leisten könnten, hätten viele Familien angegeben, dass sie ihre Kinder genau aus diesem Grund nicht zur Schule schicken könnten. Oftmals würde auch zusätzlich finanzieller Druck die Kinder vom Schulbesuch abhalten, da sie ihre Familie durch Arbeit unterstützen oder sich zu Hause um ihre Geschwister kümmern müssten:

„Improved access to education – in particular for girls – is often pointed to as one of the major achievements since the 2001 fall of the Taliban. There have been noteworthy improvements in the education sector, including a significant rise in school attendance, in

particular among girls, and the establishment of more educational institutions at all levels. Yet access to schooling remains a serious problem across Afghanistan, with UNICEF estimating that 40% of children are unable to attend primary or secondary school due to the conflict or unavailability of schools. SIGAR [Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction] and media have also highlighted the difficulty of verifying how foreign aid to the education sector has been spent. A recent investigative study revealed how many of the schools claimed by Afghan authorities and international donors to be fully functional were in fact empty 'ghost schools' without any students or teachers.

While obtaining quality schooling is a challenge across Afghanistan, it was evident from Amnesty International's interviews that this is even more of an issue for those displaced. A recent study by the World Bank and the UN, for example, found markedly lower literacy rates and formal levels of education among displaced families than other urban poor because they face additional barriers to gain an education or do not have easy access to schools.

Despite the IDP Policy specifically stating the those displaced should not be barred from an education because they cannot afford material like books, school uniforms and pens, many families said they still could not send their children to school precisely because they did not have the funds for such material. There is often also financial pressure to keep children out of school to support the family financially by working, or a need to stay at home to look after younger siblings." (AI, 31. Mai 2016, S. 42)

Im Februar 2012 veröffentlichte Amnesty International (AI) einen Bericht basierend auf zwischen 2008 und 2011 durchgeführten Erhebungen zur Situation von zwölf in Slums lebenden Gemeinschaften rund um die Städte Kabul, Mazar-e Sharif und Herat-Stadt. Laut diesem Bericht würde jedes Kind, das eine staatliche Schule besuchen würde, einen nationalen Personalausweis, bekannt als Tazkera, benötigen. In der Praxis dürften viele Kinder an Kursen teilnehmen, obwohl sie keine Tazkera vorweisen könnten. Allerdings hätten Eltern in den von Amnesty International besuchten Gemeinden angeführt, dass ihren Kindern deshalb regelmäßig der Schulverweis angedroht werde. Informelle Schulen seien für viele afghanische Kinder die einzige Option, obwohl diese bekanntermaßen keine adäquaten Bildungseinrichtungen seien. Vertriebene Kinder hätten Glück, wenn sie zumindest informelle Schulen besuchen könnten. Derartige Schulen seien nicht in allen Gemeinden vorhanden, in denen vertriebene Familien Zuflucht suchen. In jeder Gemeinde, die Amnesty International besucht habe, seien die Kinder Vertriebener, die die Schule besuchten, von Mitschülern gemobbt worden. Die Kinder und ihre Eltern würden dies auf die Tatsache zurückführen, dass sie vertrieben wurden. Belästigung erfolge in der Regel auf verbaler Basis, es komme manchmal aber auch zu physischen Übergriffen. Die Situation sei so ernst, dass einige Eltern ihre Kinder nicht mehr zur Schule schicken würden:

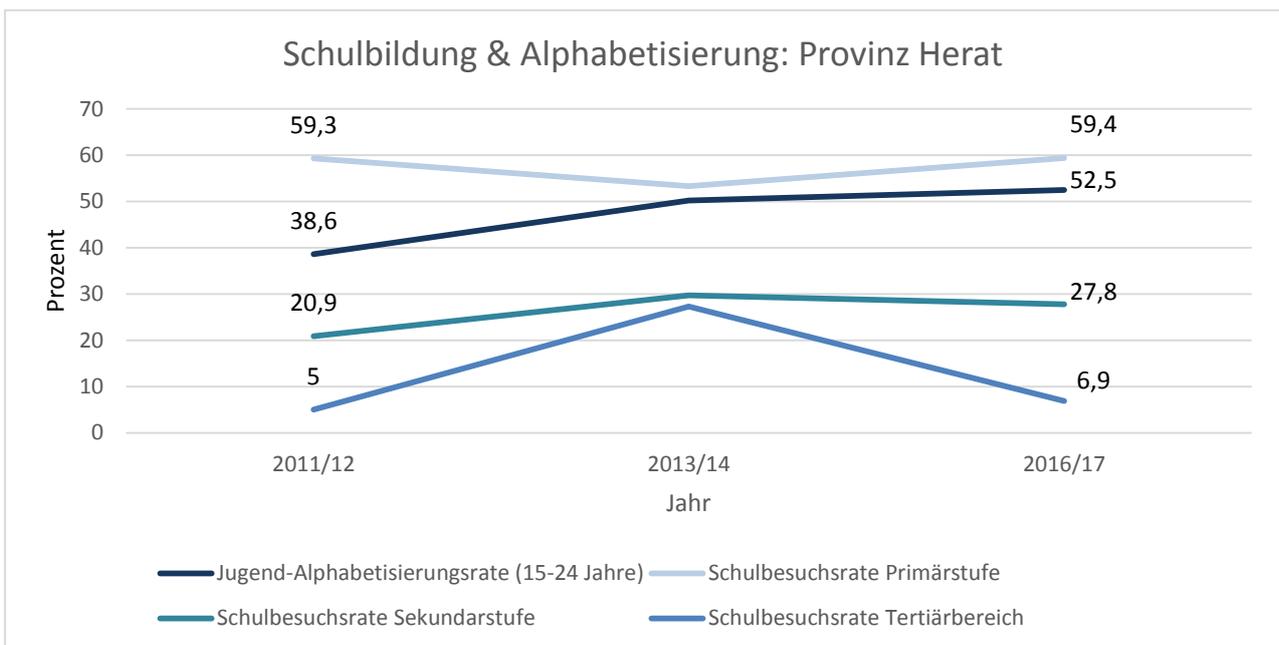
„The national identity card, known as a tazkera, is required for any child to attend a state-run school in any grade. In practice, many children are allowed to attend classes even though they cannot produce their tazkera, but parents from every community we visited report that their children are routinely threatened with expulsion if they do not obtain a Tazkera. [...]

Informal schools, albeit widely recognized as providing inadequate education, are the only option for many Afghan children even when they are not displaced; displaced children are lucky if they can attend even informal schools. Such schools are not available in every community where displaced families seek shelter. [...]

In every community we visited, those displaced children who attended school experienced harassment from other students, which they and their parents attributed to the fact that they are displaced. Harassment usually takes the form of verbal abuse and sometimes escalates to physical violence. It is serious enough that some parents have stopped sending their children to school.” (AI, 23. Februar 2012, S. 50-51)

2.8.1 Herat

Laut den 2018 von der afghanischen Statistikbehörde (NSIA, früher CSO) veröffentlichten Provinz-Profilen sei die Alphabetisierungsrate Jugendlicher zwischen 15 und 24 Jahren in der Provinz Herat 2016/17 bei 52,5 Prozent gelegen, die Schulbesuchsrates („net attendance rate“) sei für die Primärstufe bei 59,4 Prozent, für die Sekundärstufe bei 27,8 Prozent und für den Tertiärbereich bei 6,9 Prozent gelegen (NSIA, 2018, S. 71-72). Die folgende Grafik zeigt, wie sich diese Werte seit 2011/12 entwickelt haben:



(Basierend auf Daten von NSIA, 2018, S. 71-72)

Samuel Hall führt in seiner 2014 veröffentlichten Studie zur urbanen Armut an, dass mehr als 70 Prozent der befragten Eltern in Herat-Stadt alle ihre Kinder im Schulalter in die Schule schicken würden (Samuel Hall, 2014, S. 51). Bezogen auf das Bildungsniveau hätten rund 65 Prozent der Befragten in Herat-Stadt angegeben keine formelle Bildung zu haben (Samuel Hall, 2014, S. 71).

Die afghanische Statistikbehörde führt im Bericht zur soziodemographischen und ökonomischen Erhebung in der Provinz Herat im Jahr 2016 an, dass die Alphabetisierungsrate bei Individuen ab 10 Jahren für Herat-Stadt insgesamt 62,8 Prozent betrage (70,1 Prozent bei

Männern und 55,4 Prozent bei Frauen). Verglichen mit den anderen Distrikten verzeichne Herat-Stadt auch die höchste Schulbesuchsrates für die Schulstufen 1 bis 6 (78 Prozent), für die Schulstufen 7 bis 9 (42 Prozent), die Stufen 10 bis 12 (28,8 Prozent) und die höchste Rate bei höherer Bildung und Berufsausbildung (12,9 Prozent). (CSO, 2016b, S. 19, 27)

In einem vom Analysten Jolyon Leslie im März 2015 verfassten Bericht des United States Institute of Peace (USIP) wird in Hinblick auf den Zugang zu Bildung in der Provinz Herat angeführt, dass die Alphabetisierungs- und Schulbesuchsrates für Frauen in Herat über dem nationalen Durchschnitt liege. Das Verhältnis zwischen Schülern und Lehrenden sei laut einer Erhebung aus dem Jahr 2012/13 in der Provinz bei 43:1 gelegen, während es in Kabul beispielsweise bei 38:1 gelegen sei. Wie anderswo im Land gebe es jedoch Bedenken, die die Qualität des Unterrichts betreffen, da viele Lehrende angeblich nicht über die entsprechenden Qualifikationen verfügen würden. Diese Situation sei durch die zunehmende Anzahl an Schülern in den letzten zehn Jahren und ein gemeldetes Defizit von bis zu 40.000 bis 50.000 qualifizierten Lehrenden auf nationaler Ebene verschärft worden, trotz der Bemühungen, die Lehrerausbildung zu beschleunigen. Wie in anderen Sektoren sei die Günstlingswirtschaft eine weitere Herausforderung. Die Ernennung von Lehrenden erfolge (einige würden behaupten, sie werde erkaufte) durch Mitarbeiter des Ministeriums in Kabul, die auf Provinzebene eingestellten Lehrenden hätten nur befristete Verträge:

„Both literacy and school enrollment rates for females in Herat are higher than the national average, perhaps as a consequence of access to education for females in families who lived in Iran. The overall student-teacher ratio in the province is 43:1, according to the 2012–13 statistical yearbook, versus 38:1 in Kabul, 41:1 in Balkh, and 36:1 in Qandahar. As elsewhere in the country, however, local concerns are about the quality of instruction given that many teachers reportedly do not have the appropriate qualifications. This situation has been exacerbated by increased enrollment over the past decade and a reported shortfall of as many as forty to fifty thousand qualified teachers nationally, despite efforts to accelerate teacher training. As in other sectors, a further challenge is the prevalence of patronage; permanent teachers' appointments are made (some allege sold) by ministry staff in Kabul, and those recruited at the provincial level only have fixed-term contracts.“ (USIP, März 2015, S. 28)

Die afghanische Public Policy Research Organization (APPRO) veröffentlicht im April 2016 einen Bericht zu den zivilen, sozialen und ökonomischen Rechten in Afghanistan. Im Bericht wird angeführt, dass die Provinz Herat über 939 Grund-, Mittel- und Sekundarschulen, über eine Infrastruktur für höhere Bildung und acht Berufsschulen verfüge. Es gebe über 15.000 Lehrende, von denen über die Hälfte weiblich seien. In Herat-Stadt sei es weithin akzeptiert, dass auch Mädchen teilweise sogar bis zur 12. Klasse zur Schule gehen. Der Zugang zu Bildung sei in Herat-Stadt relativ gut. Es gebe allerdings Probleme mit der Qualität des Unterrichts und einen Mangel an professionellen Lehrenden und Lehrmaterialien:

„Herat province has 939 primary, middle and secondary schools, a higher education infrastructure, and eight vocational schools. There are over 15,000 teachers, over half of whom are female. 287 In Herat City, it is widely acceptable for girls to be educated, even up to grade 12. 288 Access to education in Herat City is relatively good. [...] There are issues

with education quality including the lack of professional teachers and teaching materials.”
(APPRO, April 2016, S. 51)

Zugang zu Bildungseinrichtungen für Binnenvertriebene und RückkehrerInnen in und um Herat-Stadt 2010-2018

Informationen zum Bildungszugang von Kindern Binnenvertriebener und RückkehrerInnen in und um Herat-Stadt finden sich in einem 2012 von Amnesty International veröffentlichten Bericht, einem Bericht von REACH aus dem Jahr 2015, einem 2016 veröffentlichten Bericht von UN Habitat und UNHCR und einem Bericht von NRC, IDMC und Samuel Hall vom Jänner 2018.

Im Februar 2012 veröffentlicht Amnesty International (AI) einen Bericht basierend auf zwischen 2008 und 2011 durchgeführten Erhebungen zur Situation von zwölf in Slums lebenden Gemeinschaften unter anderem rund um Herat-Stadt. Laut diesem Bericht habe ein Regierungsbeamter des Ministeriums für Flüchtlinge und Repatriierung Amnesty International mitgeteilt, dass Schüler nicht verpflichtet seien, eine Tazkera für den Schulbesuch vorzuweisen. Die Schulen seien offen und jeder könne in Herat überall hingehen, so der Beamte. Dass manche Kinder nicht die Schule besuchen würden, führe der Beamte auf die Entscheidung der Eltern zurück. Viele Menschen, die aus den Provinzen kommen, würden laut dem Beamten wollen, dass ihre Kinder arbeiten und nicht zur Schule gehen. Ein Bewohner der Binnenvertriebenen-Siedlung Minaret habe hingegen wie viele andere erzählt, dass seine Kinder zur Schule gehen würden. Es gebe zwei Schulen, eine staatliche und eine religiöse. In den staatlichen Schulen werde nach der Tazkera gefragt und die Kinder seien deshalb in Schwierigkeiten. Die Tazkera bereite viele Problem. Wenn man keine hätte, müsste man für drei oder vier Kinder 20.000 Afghani (umgerechnet rund 415 USD) bezahlen. Die Schule würde androhen, die Kinder ohne Tazkera der Schule zu verweisen:

„We heard from one government official with the Department of Refugees and Repatriation that there is no requirement for students to produce a tazkera to attend school. ‘The schools are open. Anyone can go anywhere in Herat,’ he said. He attributed nonattendance to parental decisions. ‘With these people that come from the provinces, they don’t like their children to attend school. They want their children to work.’

In an account typical of those we heard, Nasim, a Minarets resident, told us, ‘My children are going to school. We have two schools, one state and one religious. They are asking for the tazkera at the state school. The children are in trouble for this. They are going to school, but the school is always asking for the tazkera. We have too many problems with this tazkera. It is always a problem—the school is asking the children to produce identification cards. If we don’t have it, for three or four children we will have to spend 20,000 afghanis [\$415]. From where will we find this money? So it’s difficult for us. The school is always saying that if you don’t bring the tazkera, they will dismiss the student.’” (AI, 23. Februar 2012, S. 5.52-53)

REACH, eine Initiative der humanitären NGOs IMPACT und ACTED sowie des operativen UN-Satellitenanwendungsprogramm UNOSAT, veröffentlicht im April 2015 eine Schnellevaluierung („Rapid Assessment“) zur Binnenvertreibung und zum Zugang von Binnenvertriebenen zu

grundlegenden Dienstleistungen in Herat. Basierend auf Interviews mit neun Bewohnern informeller Siedlungen habe man festgestellt, dass der Bildungszugang von Jungen von der Vertreibung weniger betroffen zu sein scheint, wobei sich die aktuelle Zahl der Einschreibungen sehr ähnlich wie vor der Vertreibung darstelle, die Einschreibung von Mädchen in die Grundschulen sei jedoch mit der Binnenvertreibung zurückgegangen. Fünf der neun Befragten hätten berichtet, dass derzeit weniger als 25 Prozent der Mädchen im Grundschulalter die Möglichkeit hätten, die Schule zu besuchen:

„Based on KI [key informants] interviews, it seems that there are two different patterns in terms of the enrolment of IDP children in primary school. Access to education for boys appears to have been less affected by the displacement, with current levels of enrolment found to be very similar to that prior to displacement. However, half of the KIs reported that less than 25% of boys were enrolled in primary school prior to displacement, a rate which remained low at the time of assessment. On the contrary, the enrolment of girls in primary schools is reported to have decreased since displacement. The majority of KIs (5) report that currently less than 25% girls of primary school age are able to attend school. Only 2 key informants believed that more than one girl out of two in their community was able to access primary education.” (REACH, April 2015, S. 6)

In einem im Oktober 2016 veröffentlichten Bericht gehen UN Habitat und UNHCR auf die Situation in sechs Binnenvertriebenensiedlungen in der Provinz Herat ein, von denen vier in unmittelbarer Nähe zu Herat-Stadt liegen. Im Bericht wird angeführt, dass es in der Nähe der Siedlungen teils staatliche Schulen gebe. Die Kinder müssten für den Besuch dieser Schulen allerdings ab der dritten Klasse eine Tazkera vorweisen, was für viele ein deutliches Problem darstellt. Das Bildungsniveau in den Siedlungen sei teils sehr niedrig. Es gebe auch Schulen innerhalb der Siedlungen (community based schools, CBS), die Bedingungen in diesen seien allerdings teils sehr schlecht:

„Karizak: Educational Facilities: There are four community based school (CBS) within Karizak catering for a number of young children on site, one Accelerated Learning Centre (ALC), a number of children also attend the Government primary school in the vicinity and the government high school located in Shaidayee. A Tazkera is compulsory for attendance at government schools after class 3, representing a significant barrier for local children to enroll.” (UN Habitat/UNHCR, Oktober 2016, S. 29)

„Minaret: There is a Government primary/secondary school located less than 1 km from Minaret, however a significant number of children in the settlement are prevented from attending beyond class 3 due to lack of Tazkera, and in some cases issues of language and/or lack of familiarity with the local curriculum. Families with children who do attend local government schools report children being ostracized because of their status as IDPs and their appearance. In the majority of families (55%) no member has attended schooling. A community based school is in operation on site in tents. Teachers report that the lack of protection from the elements severely constrains operations however, particularly in the extreme heat of summer and cold of winter and during the rainy season. The land is purportedly owned by the Ministry of Defense, thus the Department of Education was not permitted to construct any permanent facilities on site, however a transfer of land to the

Department of Education is reportedly underway.” (UN Habitat/UNHCR, Oktober 2016, S. 41)

„Naw Abad: In general, the education level of the residents of Naw Abad is very low. 87% (N=76) of the residents reported to have no schooling/education, the remainder had attended some form of schooling. Three residents reported attending vocational training. The lack of education and related skills has forced majority of the IDPs to take low-paying, unskilled ‘hand to mouth’ day labour work in the informal sector such as loading and unloading goods in markets and working in construction sites. One government primary/secondary school is located 30 minutes away, however none of the IDP children attend this school. A Community Based School (CBS) is in operation on site with one teacher currently teaching 20 students. The community also received school kits, including two CBS tents however the tents were damaged and replacements had not been received at the time of the assessment.” (UN Habitat/UNHCR, Oktober 2016, S. 52)

„Shaidayee: Educational Facilities: Two schools exist in the vicinity of the site. During the survey, a number of university students were found to be living on site. There are 5 Community Based Schools (CBS) in Shaidayee, four of which are in IDPs’ homes whilst one is in a tent. “ (UN Habitat/UNHCR, Oktober 2016, S. 78)

In einem von NRC, IDMC und Samuel Hall im Jänner 2018 veröffentlichten Bericht über Binnenvertreibung in Afghanistan, der auf Daten aus den Provinzen Herat, Kabul, Kandahar, Kunduz und Nangarhar basiert und sich unter anderem auf die Distrikthauptstädte konzentriert, wird angeführt, dass Mütter in Naw Abad bei Herat angegeben, dass ihre Kinder ohne eine Tazkera nicht zur Schule gehen könnten, und dass sie, selbst wenn sie eine hätten, nicht in der Lage sein würden, sich das Schulgeld zu leisten. Andere seien über die Qualität des verfügbaren Unterrichts besorgt gewesen. In diesem Zusammenhang seien der Mangel an guten Lehrenden mit starkem Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Kindern, Sprachbarrieren und der Mangel an Ausrüstung und Materialien erwähnt worden:

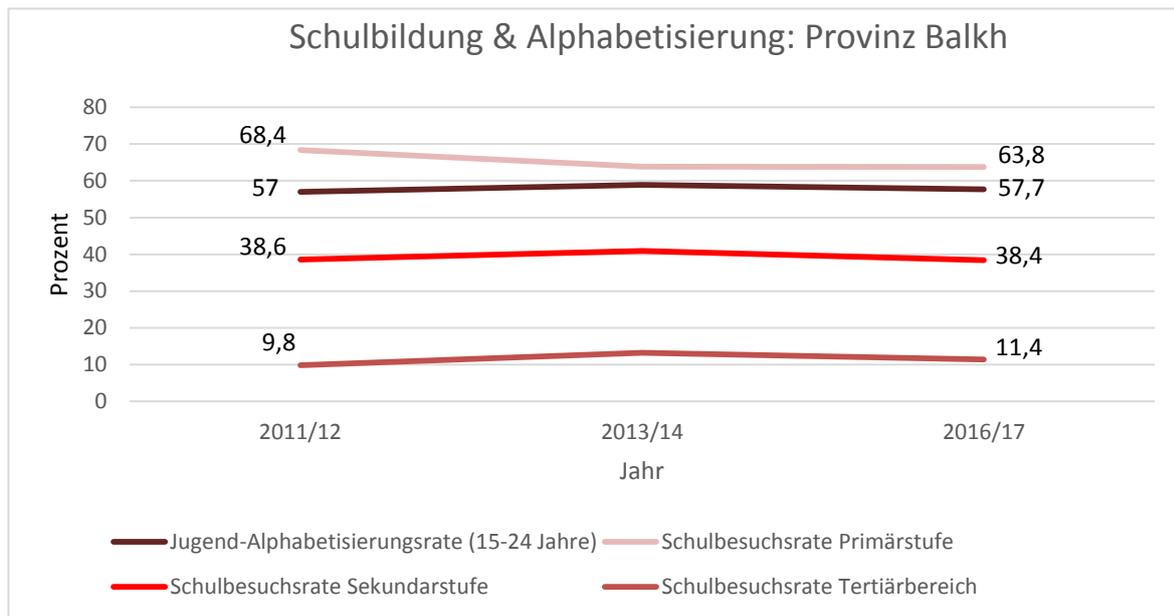
„Mothers in the Nawabad area of Herat all said their children were unable go to school without a tazkera, and that even if they had one they would be unable to afford the school fees. [...]

Others were concerned about the quality of education available. They cited a lack of good teachers with a strong sense of responsibility toward their children, language barriers and a shortage of equipment and materials. A returnee-IDP in Maslakh settlement in Herat said: ‘One book for eight children and in a different language, how are they supposed to learn?’” (NRC/IDMC/Samuel Hall, 24. Jänner 2018, S. 39)

2.8.2 Mazar-e Sharif

Laut den 2018 von der afghanischen Statistikbehörde (NSIA, früher CSO) veröffentlichten Provinz-Profilen sei die Alphabetisierungsrate Jugendlicher zwischen 15 und 24 Jahren in der Provinz Herat 2016/17 bei 57,7 Prozent gelegen, die Schulbesuchsrate („net attendance rate“) sei für die Primärstufe bei 63,8 Prozent, für die Sekundärstufe bei 38,4 Prozent und für den

Tertiärbereich bei 11,4 Prozent gelegen (NSIA, 2018, S. 49-50). Die folgende Grafik zeigt, wie sich diese Werte seit 2011/12 entwickelt haben:



(Basierend auf Daten von NSIA, 2018, S. 49-50)

Samuel Hall führt in seiner 2014 veröffentlichten Studie zur urbanen Armut an, dass rund 75 Prozent der befragten Eltern in Mazar-e Sharif alle ihre Kinder im Schulalter in die Schule schicken würden (Samuel Hall, 2014, S. 51). Bezogen auf das Bildungsniveau hätten über 70 Prozent der Befragten in Mazar-e Sharif angegeben keine formelle Bildung zu haben (Samuel Hall, 2014, S. 71).

Die afghanische Statistikbehörde führt im Bericht zur soziodemographischen und ökonomischen Erhebung in der Provinz Balkh im Jahr 2015 an, dass die Alphabetisierungsrate bei Individuen ab 10 Jahren für Mazar-e Sharif insgesamt 67,1 Prozent betrage (75,5 Prozent bei Männern und 58,4 Prozent bei Frauen). Verglichen mit den anderen Distrikten verzeichne Mazar-e Sharif zudem die höchste Schulbesuchsrate für die Schulstufen 1 bis 6 (76,7 Prozent), für die Schulstufen 7 bis 9 (54,4 Prozent), die Stufen 10 bis 12 (39,6 Prozent) und die höchste Rate bei höherer Bildung und Berufsausbildung (21 Prozent). (CSO, 2015, S. 17, S. 26)

Unter Bezugnahme auf Quellen aus den Jahren 2011 und 2013 berichtet EASO in seinem im August 2017 veröffentlichten Bericht zur sozioökonomischen Situation in den Städten Kabul, Mazar-e Sharif und Herat, dass der Zugang zu Bildung in der Provinz Balkh einfacher sei als in anderen Provinzen. Es gebe viele Bildungseinrichtungen und technische Trainingszentren. Im Jahr 2014 habe es eine öffentliche und sechs private Universitäten in der Provinz gegeben. UNHCR habe in einer E-Mail-Auskunft vom März 2017 darauf hingewiesen, dass es einen signifikanten Unterschied zwischen dem Bildungsniveau im Stadtzentrum von Mazar-e Sharif und in den anderen Bezirken der Provinz gebe. Im Stadtzentrum von Mazar-e Sharif sei die Schulbesuchsrate hoch und das Bildungsministerium würde die Verwaltungsvorschriften, die einen sofortigen Zugang zu vertriebenen und zurückgekehrten Kindern fordern würde, befolgen. In anderen Bezirken der Provinz sei die Einschulungsrate nach wie vor niedrig. Kinder

Binnenvertriebener, die am Rand von Mazar-e Sharif und in den Nachbarbezirken leben, würden vor zahlreichen Herausforderungen hinsichtlich der Einschulung stehen. Die finanzielle Lage der Familie sei ein großes Hindernis, doch auch andere Faktoren wie die Entfernung zur Schule, der Mangel an Verkehrsmitteln und der LehrerInnenmangel würden vertriebene Kinder am Schulbesuch hindern:

„Access to education was better in Balkh than in other provinces. There are many educational institutions and technical trainings centres. In 2014 there was one public university and six private universities. [...]

UNHCR added to this in 2017: 'It should be noted that there is a significant difference between the level of access to education in Mazar-e-Sharif urban center and in the other districts of the province. In Mazar-e-Sharif urban center, there is a high attendance rate and the Department of Education complies with administrative instructions requiring immediate access to displaced and returnee children. In other districts of the province, the level of enrolment remains low. Lack of female teachers, lack of transport and distance from school as well as presence of anti-government elements are among some of the main challenges thwarting the unimpeded access of children to school.'" (EASO, August 2017, S. 47-48)

„Displaced children living in the outskirts of Mazar-e Sharif and in neighbouring districts face numerous challenges to enrol in school. While the financial capacity of the family is a major obstacle, other factors such as distance from school, lack of transport and lack of female teachers are also hampering the enrolment of displaced children." (EASO, August 2017, S. 121)

Die afghanische Public Policy Research Organization (APPRO) veröffentlicht im April 2016 einen Bericht zu den zivilen, sozialen und ökonomischen Rechten in Afghanistan. Im Bericht wird angeführt, dass Kinder in der Provinz Balkh mit einer Reihe von Verletzungen ihrer Grundrechte konfrontiert seien. Kindern würde insbesondere der Zugang zu Bildung verweigert und sie müssten schwere Arbeiten übernehmen. Arbeitende Kinder seien anfällig für sexuellen Missbrauch, Sucht, Entwicklungsstörungen und Kriminalität. Kinder aus armen Familien, insbesondere Kinder von Binnenvertriebenen und Kinder von Getöteten oder Menschen mit Behinderungen würden am ehesten arbeiten. Viele seien der Ansicht, dass die Zahl der arbeitenden Kinder zugenommen habe. Als Reaktion darauf habe das Gouverneursbüro ein Kinderschutzprojekt initiiert, das armen Kindern Unterkunft und Verpflegung sowie Unterstützung für den Schulbesuch bieten würde. Das Recht auf Bildung würde im Zentrum eher erfüllt werden als in den Distrikten der Provinz Balkh. Diese Diskrepanz sei sowohl durch das Angebot als auch die Nachfrage bedingt. Es werde angenommen, dass die Schulbildung im Zentrum qualitativ besser sei. Bei Familien in den Distrikten sei es weniger wahrscheinlich, dass sie ihre Kinder zur Schule schicken würden. Dies gelte insbesondere für Mädchen ab der 6. Schulstufe. Der Bildungszugang von Mädchen werde durch Armut und die Notwendigkeit, dass Mädchen zum Familieneinkommen beitragen, sowie durch den wahrgenommenen Mangel an Lehrerinnen, die für Mädchen ab der 6. Schulstufe benötigt würden, eingeschränkt. Korruption würde weiters dazu beitragen, das Recht auf Bildung zu untergraben. Einige

Lehrende seien aufgrund von Kontakten zu ihrem Arbeitsplatz gekommen und seien für diesen nicht qualifiziert. Dies würde die Sorgen der Bevölkerung hinsichtlich der Qualität des verfügbaren Unterrichts bestätigen:

„Balkh:

[...] Children face an array of rights violations, most notably denial of access to education and being required to work difficult jobs. Working children are vulnerable to sexual abuse, addiction, developmental disorders, and criminality. Children from poor families, especially the internally displaced and children of martyrs or the disabled, are the most likely to take on laboring work. Many believe that the number of working children has been increasing. In response, the Governor’s Office has initiated a child protection project that will provide room and board and other support for impoverished children to attend school, rather than work.” (APPRO, April 2016, S. 22-25)

„Rights to education are considered more fulfilled in the center than in the districts in Balkh. Reasons for this disparity relate to both supply and demand side issues. Schooling is thought to be of higher quality in the center and families in the districts are less likely to send their children to school, especially girls beyond grade 6. Girls’ access to education is compromised by poverty and the need for girls to contribute to family income (through embroidery and other handicrafts) as well as the perceived paucity of female teachers, thought necessary for girls beyond grade 6. [...] Corruption further contributes to undermining rights to education. Some teachers are appointed through connections and are not qualified or even fully literate, thereby validating popular concerns about education quality.” (APPRO, April 2016, S. 28)

Zugang zu Bildungseinrichtungen für Binnenvertriebene und RückkehrerInnen in und um Mazar-e Sharif 2010-2018

Informationen zum Bildungszugang von Kindern Binnenvertriebener und RückkehrerInnen in und um Mazar-e Sharif finden sich in Berichten von Amnesty International aus den Jahren 2012 und 2016. Darüber hinaus konnten Informationen aus einem Gespräch im November 2018 mit MitarbeiterInnen des UNHCR-Büros in Mazar-e Sharif gewonnen werden.

Im Februar 2012 veröffentlicht Amnesty International (AI) einen Bericht basierend auf zwischen 2008 und 2011 durchgeführten Erhebungen zur Situation von zwölf in Slums lebenden Gemeinschaften unter anderem rund um Mazar-e Sharif. Laut dem Bericht sei die Schulinfrastruktur in weiten Teilen des Landes unzureichend, und einige der Slumgebiete, in denen vertriebene Familien leben würden, befänden sich weit entfernt von den Schulen. So sei beispielsweise eine Gemeinde in Mazar-e-Sharif zehn Kilometer von der nächsten Schule entfernt gewesen, ohne dass für Kinder Transportmittel zur Verfügung gestanden seien. Schüler aus einer anderen Gemeinde in Mazar-e-Sharif hätten einen etwa vier Kilometer langen Schulweg über eine stark befahrene Schnellstraße gehabt. Im Juni 2011 sei Amnesty International mitgeteilt worden, dass zwei Kinder beim Überqueren der Straße getötet worden seien. Amnesty International verweist außerdem auf einen Vertreter der unabhängigen afghanischen Menschenrechtskommission in Mazar-e Sharif, dem zufolge Schulen nach der

Tazkera fragen würden. Wenn die Tazkera nicht verfügbar sei, erteile die Schule die Erlaubnis einen Monat am Unterricht teilzunehmen, danach müsse der Schüler die Tazkera mitbringen:

„School infrastructure is inadequate in much of the country, and some of the slum areas where displaced families live are located far from schools. For instance, one community in Mazar-e-Sharif was 10 kilometres from the nearest school, with no transport available for children. Students from another community in Mazar-e-Sharif walked some four kilometres to school across a busy highway; in June 2011, we heard that two children had recently been killed while crossing the road.“ (AI, 23. Februar 2012, S. 50)

„In Mazar-e-Sharif, ‘schools will ask for the tazkera,’ a representative of the Afghan Independent Human Rights Commission in that city confirmed. ‘If the tazkera is not available, the school will give permission for that month to study. But then the student will need to bring the tazkera in.’“ (AI, 23. Februar 2012, S. 53)

In einem im Mai 2016 von Amnesty International (AI) veröffentlichten Bericht, der auf Besuchen von Binnenvertriebenen-Siedlungen unter anderem in Mazar-e Sharif basiert, wird angeführt, dass einige der vertriebenen Familien in Balkh ihre Kinder in nahe gelegene staatliche Schulen schicken könnten, wo die Qualität des Unterrichts als gut eingestuft werde. Andere hätten jedoch angegeben, dass es finanzielle Hindernisse beim Schulbesuch ihrer Kinder gebe. Eine 35-jährige Frau in Mazar-e-Sharif habe erzählt, dass ihre Kinder nicht zur Schule gehen würden, weil sie sich die Schulkosten nicht leisten könnten. Die Kinder würden zudem Tag und Nacht arbeiten und mit Autowaschen, Schuhputzen und dem Sammeln von Plastiktüten etwas Geld verdienen:

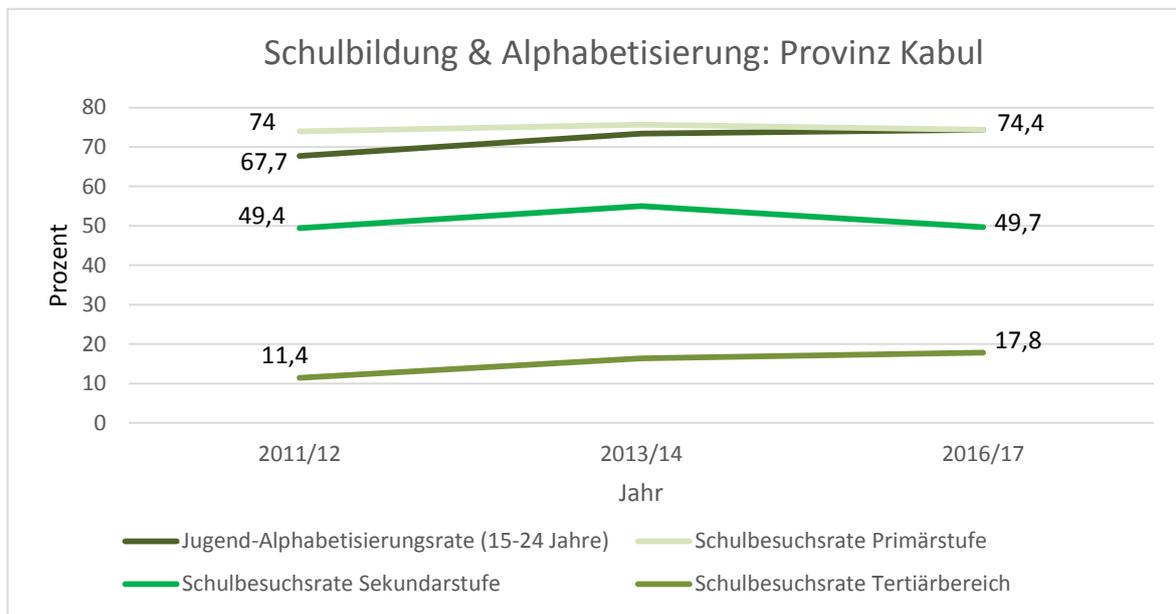
„In Balkh, some of the displaced families are able to send their children to nearby government-run schools where the quality of education is reported as good. Others, however, noted financial obstacles in seeking an education for their children. One 35-year-old woman in Mazar-e-Sharif said: ‘The reason our children do not go to school is that we cannot afford the school expenses. The children are also working day and night with washing cars, doing shoe polishing and collecting plastic bags to earn some money.’“ (AI, 31. Mai 2016, S. 42)

In einem Gespräch zur Lage in Mazar-e Sharif führt UNHCR im November 2018 an, dass die meisten Kinder von Binnenvertriebenen und Rückkehrenden in Mazar-e Sharif keinen Zugang zu Bildung hätten. Die Schulen seien häufig zu weit von ihren Ansiedlungen („sites“) entfernt, der Weg dorthin zu gefährlich oder den Familien würden die dafür notwendigen Ressourcen fehlen. Die Familien würden ihre Kinder zudem in den meisten Fällen als Arbeitskräfte benötigen. Die Kinder hätten leider oft einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt als ihre Eltern. (UNHCR, 26. November 2018a)

2.8.3 Kabul

Laut den 2018 von der afghanischen Statistikbehörde (NSIA, früher CSO) veröffentlichten Provinz-Profilen sei die Alphabetisierungsrate Jugendlicher zwischen 15 und 24 Jahren in der Provinz Kabul 2016/17 bei 74,4 Prozent gelegen, die Schulbesuchsrate („net attendance rate“) sei für die Primärstufe bei 74,4 Prozent, für die Sekundärstufe bei 49,7 Prozent und für den

Tertiärbereich bei 17,8 Prozent gelegen (NSIA, 2018, S. 9-10). Die folgende Grafik zeigt, wie sich diese Werte seit 2011/12 entwickelt haben:



(Basierend auf Daten von NSIA, 2018, S. 9-10)

Die afghanische Statistikbehörde führt im Bericht zur soziodemographischen und ökonomischen Erhebung in der Provinz Kabul im Jahr 2013 an, dass die Alphabetisierungsrate bei Individuen ab 10 Jahren für Kabul-Stadt insgesamt 64,8 Prozent betrage (77,9 Prozent bei Männern und 50,6 Prozent bei Frauen). Verglichen mit den anderen Distrikten der Provinz verzeichne Kabul-Stadt zudem die höchste Schulbesuchsrate für die Schulstufen 1 bis 6 (73,1 Prozent), für die Schulstufen 7 bis 9 (48,9 Prozent), die Stufen 10 bis 12 (39,1 Prozent) und die höchste Rate bei höherer Bildung (14,4 Prozent). (CSO, 2013, S. 29, S. 35)

Samuel Hall führt in seiner 2014 veröffentlichten Studie zur urbanen Armut an, dass über 80 Prozent der befragten Eltern in Kabul alle ihre Kinder im Schulalter in die Schule schicken würden (Samuel Hall, 2014, S. 51). Bezogen auf das Bildungsniveau hätten 59 Prozent der Befragten in der Stadt Kabul angegeben keine formelle Bildung zu haben. Im Vergleich zu den vier ebenfalls in der Studie untersuchten Städten sei der Anteil der Befragten mit weiterführender Schulbildung bzw. Hochschulbildung der höchste gewesen und bei rund 6 Prozent gelegen:

„Educational levels vary considerably by city and by gender. While 80% (± 4%) of Kandahar residents have no formal education, this is only the case for 59% (±5%) of Kabulis. At 6% (±2%), Kabul also has the highest proportion of respondents with high school education and the highest proportion of respondents with a college-plus level of education.“ (Samuel Hall, 2014, S. 71)

Die afghanische Public Policy Research Organization (APPRO) veröffentlicht im April 2016 einen Bericht zu den zivilen, sozialen und ökonomischen Rechten in Afghanistan. Im Bericht wird angeführt, dass (meist männliche) Jugendliche und Kinder in den drei untersuchten Distrikten, darunter Kabul-Stadt, Zugang zum Bildungsangebot hätten. Die Qualität des Unterrichts sei

jedoch schlecht. Es mangle allgemein an ausreichend Lehrbüchern, Lernmaterialien, Geräten und Lehrpersonal, insbesondere Lehrerinnen. Lehrende würden teilweise nicht regelmäßig zur Arbeit erscheinen oder nicht den gesamten Lehrplan abdecken. Einige Lehrende seien dafür bekannt, dass sie Kinder zwingen würden, bei der Ernte zu helfen oder Wasser oder Kraftstoff zu sammeln. Wenn die Kinder dies nicht tun würden, würden sie Gefahr laufen, schlechte Noten zu erhalten:

„In the three districts youth and children (mostly male) have access to education services though the quality of the education is poor. There is a general lack of sufficient textbooks, learning materials, equipment and teachers, particularly female teachers [...] There is also poor performance or absenteeism among teachers, who do not regularly show up for work or do not cover the whole curriculum. Some teachers have been known to compel children to work on harvesting crops and collecting water or fuel, with the threat of receiving poor grades if they do not comply.” (APPRO, April 2016, S. 61-62)

Zugang zu Bildungseinrichtungen für Binnenvertriebene und RückkehrerInnen in und um Kabul 2010-2018

Informationen zum Bildungszugang von Kindern Binnenvertriebener und RückkehrerInnen in Kabul-Stadt finden sich in Berichten von Amnesty International aus den Jahren 2012 und 2016, einem Bericht des NRC und TLO vom Jänner 2015, einem 2017 veröffentlichten Bericht von IOM und in einem Bericht von NRC, IDMC und Samuel Hall vom Jänner 2018.

Im Februar 2012 veröffentlicht Amnesty International (AI) einen Bericht basierend auf zwischen 2008 und 2011 durchgeführten Erhebungen zur Situation von zwölf in Slums lebenden Gemeinschaften unter anderem rund um Kabul-Stadt. Laut dem Bericht gebe es in Kart-e-Parwan (eine Nachbarschaft drei bis fünf Kilometer nordwestlich des Kabuler Stadtzentrums, Anm. ACCORD) eine informelle Schule, die von einer benachbarten Gemeinde genutzt wurde, jedoch nicht von jener Gemeinde, die Amnesty International besucht habe. Ein Gesprächspartner von Amnesty International habe erzählt, dass es in der Nähe keine Schule gebe. In einem anderen Camp würde nur die erste Klasse unterrichtet werden. Diese Schule liege aber weit entfernt. Es handle sich um eine Schulde, die von einer NGO betrieben werde, keine staatliche Schule:

„In Kart-e-Parwan, there was an informal school serving a neighbouring community but not the one we visited. Mirwas said, ‘There is no school available near here. In the second camp, they just teach first grade. There is a school there, but it is not near here. The school there is run by an NGO; it is not a government school.’” (AI, 23. Februar 2012, S. 50)

Im Jänner 2015 veröffentlicht NRC gemeinsam mit der afghanischen NGO The Liaison Office (TLO) einen Bericht über vertriebene Frauen und Mädchen in urbanen Gebieten Afghanistans. Laut dem Bericht, der auf Befragungen in Kabul, Jalalabad und Kandahar basiert, seien Binnenvertriebene im Vergleich zum Rest der Bevölkerung eher Analphabeten und hätten eine niedrigere Einschulungsrate. In der untersuchten Siedlung in Kabul hätte keines der befragten Mädchen die Schule besucht. Nur ein Drittel der Informanten habe angegeben, dass Mädchen Anspruch auf den Besuch einer Schule hätten. Dieses Vorurteil werde durch die Tatsache

verstärkt, dass es in den informellen Siedlungen insbesondere für Mädchen an ausreichend Schulmöglichkeiten mangle:

„Growing numbers of internally displaced people (IDPs) live in informal settlements in major Afghan urban centres. Compared with other Afghans they are more likely to be non-literate, to have lower rates of school enrolment, to live in larger households (but with lower household incomes), to be unemployed and to be highly food insecure.“ (NRC/TLO, Jänner 2015, S. 8)

„In the Kabul settlement not a single girl interviewed had attended school. Only a third of informants said girls were entitled to receive schooling. Compounding this prejudice is the fact that Informal settlement sites lack adequate school facilities, especially for girls.“ (NRC/TLO, Jänner 2015, S. 22)

Amnesty International (AI) veröffentlicht im Mai 2016 einen Bericht, der auf Besuchen von Binnenvertriebenen-Siedlungen unter anderem in Kabul basiert. Dem Bericht zufolge, hätten einige der Kinder und ihre Eltern erzählt, dass die Kinder von der Schule fernbleiben würden, weil sie von ihren Klassenkameraden gemobbt würden. Dies sei der Fall, weil sie arm seien und in einem Camp leben würden. Viele Kinder, insbesondere jene aus Charahi Qambar und Chaman-e Babrak in Kabul hätten angeführt, dass sie von Lehrenden und Schülern beschimpft würden und ihnen oft gesagt werde, dass sie schmutzig seien und stinken:

„Some of the children and their parents reported to Amnesty International that the children stay away from school because they are bullied by their classmates for being poor and coming from a camp. Many children, in particular those from Charahi Qambar and Chaman-e-babarak in Kabul, said that they are often being told that they are dirty, smelly and called names by both students and teachers.“ (AI, 31. Mai 2016, S. 42)

Im Rahmen ihrer Displacement Tracking Matrix veröffentlicht die Internationale Organisation für Migration (IOM) im Juni 2017 einen Bericht, in dem unter anderem die Lage von Binnenvertriebenen und Rückkehrenden in der Provinz Kabul untersucht wurde. Laut den befragten Informanten würden die geringe Qualität des Unterrichts an öffentlichen Schulen aufgrund des Mangels an qualifiziertem Personal, die finanziellen Schwierigkeiten von Familien beim Kauf von Schulbüchern und Schreibsachen und der Mangel an Schulgebäuden in den Stadtteilen die größten Herausforderungen im Bildungssektor in der Stadt Kabul darstellen. Lehrende würden sich häufig beklagen, dass die lokalen Bezirksverwaltungen sie nicht unterstützen würden:

„The Key Informants (KIs) in Kabul city define the main challenges within the educational sector as: low quality education at public schools due to the lack of qualified personnel, families cannot afford to buy textbooks and stationery and a lack of school buildings within the city districts. Often, teachers complain they are not supported by the local district administrations.“ (IOM, Juni 2017, S. 27)

In einem von NRC, IDMC und Samuel Hall im Jänner 2018 veröffentlichten Bericht über Binnenvertreibung in Afghanistan, der auf Daten aus den Provinzen Herat, Kabul, Kandahar, Kunduz und Nangarhar basiert und sich unter anderem auf die Distrikthauptstädte

konzentriert, wird angeführt, dass manche hinsichtlich der Qualität des verfügbaren Unterrichts besorgt seien. In diesem Zusammenhang seien der Mangel an guten Lehrenden mit starkem Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Kindern, Sprachbarrieren und der Mangel an Ausrüstung und Materialien erwähnt worden. Ein Elternteil in Chaman-e-Babrak habe angeführt, dass er seine Kinder zur Schule schicken möchte, aber die Lehrenden seine Kinder nicht mögen würden. Er hoffe, dass seine Kinder die Schule besuchen könnten, da er sich für sie ein besseres Leben wünsche:

„Others were concerned about the quality of education available. They cited a lack of good teachers with a strong sense of responsibility toward their children, language barriers and a shortage of equipment and materials. A returnee-IDP in Maslakh settlement in Herat said: ‘One book for eight children and in a different language, how are they supposed to learn?’ Another parent in Chaman-e-Babrak said: ‘I want to send my children to school, but the teachers don’t like them... I hope that they can go to school. Our lives are behind us, but I want better for my children.’” (NRC/IDMC/Samuel Hall, 24. Jänner 2018, S. 39)

2.9 Umweltbedingungen

Informationen zu den Auswirkungen der aktuellen Dürre auf die Städte Herat und Mazar-e Sharif finden sich in folgenden Anfragebeantwortungen der BFA Staatendokumentation vom September 2018 und von ACCORD vom Oktober 2018:

- BFA Staatendokumentation: Anfragebeantwortung der Staatendokumentation zu Afghanistan: Lage in Herat-Stadt und Mazar-e-Sharif aufgrund anhaltender Dürre, 13. September 2018
https://www.ecoi.net/en/file/local/1444030/5209_1537779874_afgh-rf-sol-duerre-herat-mazar-i-sharif-2018-09-13-ke.doc
- ACCORD – Austrian Centre for Country of Origin and Asylum Research and Documentation: Anfragebeantwortung zu Afghanistan: Folgen von Dürre in den Städten Herat und Mazar-e Sharif: Landflucht als Folge der Dürre; Auswirkungen der Dürre/Landflucht auf die Versorgung mit Wasser und Lebensmitteln, auf die Wohnraumbeschaffung und die Situation am Arbeitsmarkt für Neuansiedler (insbesondere von RückkehrerInnen) [a-10737], 12. Oktober 2018
<https://www.ecoi.net/de/dokument/1452468.html>

Über die Serviceplattform Humanitarian Response wurden Datensets des Amts für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (UN OCHA) und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) veröffentlicht, die Informationen über Naturkatastrophen in Afghanistan zwischen 1. Jänner 2012 und 25. Oktober 2018 enthalten. Die enthaltenen Daten lassen sich Distrikten zuordnen und enthalten Informationen über die Folgen des jeweiligen Umweltereignisses (UN OCHA, 11. Juni 2018; UN OCHA/IOM, 1. Juli 2018; UN OCHA/IOM, 11. Juni 2018; 11. Februar 2016; UN OCHA, 17. Juli 2017; UN OCHA/IOM, 11. April 2018; UN OCHA, 11. November 2018). In den folgenden Tabellen wurden die Auswirkungen der in den Datensätzen dokumentierten Naturkatastrophen pro Jahr und pro Distrikt zusammengefasst. Ereigneten sich im jeweiligen Jahr in einem der Distrikte keine Naturkatastrophen fehlt diese Zeile. Für Herat wurden wiederum die Distrikte Herat und der

umliegende Distrikt Injil, für Mazar-e Sharif zusätzlich auch der umliegende Distrikt Nahr-e Shahi in der Tabelle abgebildet:

2.9.1 Herat

Vorkommen und Auswirkungen von Naturkatastrophen in den Distrikten Herat und Injil (1. Jänner 2012 bis 25. Oktober 2018)

Jahr	Distrikt	Art des Ereignisses	Tote	Verletzte	Betroffene Individuen	Beschädigte Häuser	Zerstörte Häuser
2012	Keine Ereignisse in den Distrikten Herat & Injil						
2013	Herat-Stadt	Überflutungen, Starkregen	0	4	3885	487	63
	Injil	Überflutungen, Starkregen	0	0	2561	337	26
2014	Herat-Stadt	Überflutungen	0	0	155	0	20
2015	Injil	Überflutungen	0	0	58	11	2
2016	Injil	Überflutungen	1	0	404	23	31
2017	Herat-Stadt	Überflutungen	0	0	2552	309	55
	Injil	Überflutungen	0	0	1113	125	34
2018	Injil	Dürre	0	0	98693	0	0

(Basierend auf Daten von UN OCHA, 11. Juni 2018; UN OCHA/IOM, 1. Juli 2018; UN OCHA/IOM, 11. Juni 2018; 11. Februar 2016; UN OCHA, 17. Juli 2017; UN OCHA/IOM, 11. April 2018; UN OCHA, 11. November 2018)

2.9.2 Mazar-e Sharif

Vorkommen und Auswirkungen von Naturkatastrophen in den Distrikten Mazar-e Sharif und Nahr-e Shahi (1. Jänner 2012 bis 25. Oktober 2018)

Jahr	Distrikt	Art des Ereignisses	Tote	Verletzte	Betroffene Individuen	Beschädigte Häuser	Zerstörte Häuser
2012	Mazar-e Sharif	Überflutungen	0	0	10314	103	394
	Nahr-e Shahi	Überflutungen	0	0	2478	373	0
2013	Mazar-e Sharif	Überflutungen	1	0	3840	377	263
	Nahr-e Shahi	Überflutungen	1	0	19128	1002	920
2014	Mazar-e Sharif	Wetterextreme, Überflutungen	0	0	351	29	15
	Nahr-e Shahi	Überflutungen	0	0	12	0	0
2015	Mazar-e Sharif	Überflutungen	0	0	131	16	4
2016	Mazar-e Sharif	Überflutungen	0	0	250	33	18
	Nahr-e Shahi	Überflutungen	0	0	374	51	15
2017	Mazar-e Sharif	Überflutungen, starker Schneefall	0	0	357	83	0
	Nahr-e Shahi	Überflutungen	0	0	0	3	0
2018	Nahr-e Shahi	Überflutungen	0	0	133	19	0

(Basierend auf Daten von UN OCHA, 11. Juni 2018; UN OCHA/IOM, 1. Juli 2018; UN OCHA/IOM, 11. Juni 2018; 11. Februar 2016; UN OCHA, 17. Juli 2017; UN OCHA/IOM, 11. April 2018; UN OCHA, 11. November 2018)

2.9.3 Kabul

Vorkommen und Auswirkungen von Naturkatastrophen im Distrikt Kabul (1. Jänner 2012 bis 25. Oktober 2018)

Jahr	Distrikt	Art des Ereignisses	Tote	Verletzte	Betroffene Individuen	Beschädigte Häuser	Zerstörte Häuser
2012	Kabul	Überflutungen, extremer Winter	9	0	2688	321	34
2013	Kabul	Überflutungen, Starkregen, extremer Winter	7	2	2843	159	225
2014	Kabul	Überflutungen	4	7	5622	690	122
2015	Kabul	Überflutungen, Erdbeben	0	0	1311	154	67
2016	Kabul	Überflutungen	8	2	3269	1626	111
2017	Kabul	Starker Schneefall	1	0	567	73	8
2018		Keine Ereignisse im Distrikt Kabul					

(Basierend auf Daten von UN OCHA, 11. Juni 2018; UN OCHA/IOM, 1. Juli 2018; UN OCHA/IOM, 11. Juni 2018; 11. Februar 2016; UN OCHA, 17. Juli 2017; UN OCHA/IOM, 11. April 2018; UN OCHA, 11. November 2018)

2.10 Schattenwirtschaft und Drogenhandel

In einer Veröffentlichung zur Erwerbstätigkeit in Afghanistan vom Juni 2012 schreibt die International Arbeitsorganisation (International Labour Organization, ILO), dass sich die lokale Wirtschaft hauptsächlich auf den informellen Sektor, einschließlich illegaler Aktivitäten, stütze. Dieser Sektor mache 80 bis 90 Prozent der gesamten Wirtschaftstätigkeit aus und bestimme weitgehend das Realeinkommen der afghanischen Haushalte:

„The local economy mainly relies on the informal sector (including illicit activities), which accounts for 80 to 90% of the total economic activity and largely determines the real income of Afghan households.“ (ILO, 5. Juni 2012, S. 3)

In seinem „Humanitarian Needs Overview 2017“ zu Afghanistan führt UN OCHA im November 2016 an, dass Afghanistan in den Jahren vor 2012 ein Jahrzehnt mit einem nahezu zweistelligen Wirtschaftswachstum erlebt habe. Seit 2014 habe politische Unsicherheit in Verbindung mit dem Rückzug der internationalen Sicherheitskräfte zu einer deutlichen Verlangsamung des Wirtschaftswachstums geführt, das im Jahr 2015 auf 0,8 Prozent gesunken sei und 2016 voraussichtlich 1,2 Prozent erreichen werde. Berücksichtigt man die durchschnittliche jährliche Bevölkerungswachstumsrate von 3% und die geschätzten 400.000 Personen, die jedes Jahr in den Arbeitsmarkt eintreten würden, so würde dieses Wachstum im Wesentlichen auf Null sinken. Würde man den Beitrag der illegalen Wirtschaft (Opiumproduktion, Menschenhandel) wegrechnen, würde die formale Wirtschaft allein ein Negativwachstum aufweisen:

„In the years preceding 2012, Afghanistan experienced a decade of near double-digit economic growth. Since 2014, political uncertainties coupled with the withdrawal of international security forces have led to significant deceleration in economic growth which fell to 0.8% in 2015, and is expected to reach only 1.2% in 2016. When accounting for the

average annual population growth rate of 3% and an estimated 400,000 individuals entering the labour market each year, this growth essentially drops to zero. Further, if the contribution of the illicit economy (opium production, people trafficking) is omitted, the formal economy alone shows negative growth.” (UN OCHA, November 2016, S. 8)

Foreign Affairs, ein amerikanisches Magazin für internationale Beziehungen und US-Außenpolitik, das von einem gemeinnützigen, unparteiischen Think Tank herausgegeben wird, veröffentlicht im September 2016 einen Artikel zur Schattenwirtschaft in Afghanistan. Dem Bericht zufolge hätten die Gewinne der illegalen Wirtschaft in Afghanistan im Jahr 2015 mehr als eine Milliarde Dollar betragen. Drogenhandel, Schmuggel, unregulierter Handel und Betrug bei Beschaffungsverträgen würden die wirtschaftliche Entwicklung des Landes belasten und terroristische Gruppen, die die Stabilität untergraben, finanzieren. Geldwäsche spiele eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung dieser Kriminalität. In den letzten zehn Jahren sei die Regierung jedoch nicht in der Lage gewesen, dagegen vorzugehen. Von den vielen aufgetretenen Fällen seien nur wenige strafrechtlich verfolgt worden. Das Problem sei durch mehrere Faktoren bedingt, darunter lockere Finanz- und Zollkontrollen, unzureichende Fachkenntnisse der afghanischen Regierung, starker Widerstand gegen Veränderungen und schwache Durchsetzungsmechanismen. Einer der wichtigsten Faktoren sei jedoch die Art der Kapitalströme in Afghanistan. Der größte Teil der Wirtschaftstätigkeit des Landes sei informell, und nach Angaben des Finanzministeriums seien nur 35 Prozent der Finanzströme innerhalb des Landes legal. Unregulierte Bargeldtransaktionen und Überweisungen über das traditionelle Geldtransfersystem des Landes, ein Netzwerk von Brokern, bekannt als Hawala, seien die Regel:

„In 2015, the profits generated by Afghanistan's illicit economy were worth more than \$1 billion. Drug trafficking, smuggling, unregulated trade, and fraud in procurement contracts are encumbering the country's economic development and funding the terrorist groups that undermine its stability.

Money laundering plays a crucial role in supporting this criminality. Yet over the past decade, the government has not been able to do much to crack down on it: of the many clear cases of the practice that have appeared, only a few have been prosecuted. The problem is a product of several factors, including lax financial and customs controls, inadequate expertise in the Afghan government, high-level opposition to change, and weak enforcement mechanisms.

Chief among the roadblocks, however, is the nature of Afghanistan's capital flows. Most of the country's economic activity is informal, and data provided by the Ministry of Finance suggest that only 35 percent of the financial flows within the country are legal. Unregulated cash transactions and remittances through the country's traditional money transfer system, a network of brokers known as *hawala*, are the rule.” (Foreign Affairs, 7. September 2016)

Der afghanische Nachrichtensender Tolo News berichtet im August 2017, dass erste Zahlen aus einer neuen Bewertung der Zentralen Statistikorganisation (CSO) zeigen würden, dass illegale wirtschaftliche Aktivitäten das gleiche Niveau erreicht hätten wie die legale Wirtschaft des Landes. Laut diesen Statistiken würden Mohnanbau, Drogenhandel, illegaler Bergbau, illegale

Exporte, unbezahlte Steuern, das Geschäft der Landaneignung und Geldwäsche die Hauptteile der Schattenwirtschaft des Landes darstellen. Laut dem stellvertretenden Leiter der CSO habe eine erste Prüfung gezeigt, dass mindestens 50 Prozent der Wirtschaft des Landes illegal sein könnten. Laut der Afghanistan Handels- und Industriekammer (Chamber of Commerce and Industries, ACCI) seien einige hochrangige Regierungsbeamte und Parlamentsmitglieder die Hauptakteure der Schattenwirtschaft des Landes:

„Initial figures from a new assessment by the Central Statistics Organization (CSO) reveal that illegal economic activities have reached the same level as legal economy in the country.

According to the statistics, poppy cultivation, drug trafficking, illegal mining, illegal exports, unpaid taxes, the grabbed lands' business and money laundering make the main parts of the underground economy of the country. 'An initial review shows that at least 50 percent of the country's economy might be illegal,' the SCO deputy chief Hasibullah Moahid said. Moahid said he suggests further assessments into the issue to find the exact figure of illegal economy in the country.

According to Afghanistan Chamber of Commerce and Industries (ACCI), some government's high-ranking officials and parliament members are the main players of the country's underground economy. 'There are many problems. You know when we do business, we pay one million AFs (as taxes), but when they do trafficking, they pay only 300,000 AFs (as taxes). We have two options: to stop our business because we cannot compete with them, or to join them and establish relations with them,' the ACCI deputy chief Khan Jan Alokozay said." (Tolo News, 5. August 2017)

Das VIDC schreibt in seinem im November 2018 veröffentlichten Bericht, dass das Beschäftigungswachstum in Afghanistan weitgehend im informellen Sektor stattgefunden habe. Unregulierte Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen (KKMUs) sowie kriminelle Aktivitäten wie Opiumproduktion und Schmuggel würden nach wie vor den größten Teil der Wirtschaft bilden. Vier Jahrzehnte Krieg, ausufernde Korruption, zunehmender Drogenanbau und der Handel krimineller Netzwerke sowie die ethnisierte und instabile politische Situation hätten zu einem schwankenden Wirtschaftswachstum beigetragen. Zwischen 2003 und 2013 habe das Wirtschaftswachstum Afghanistans 9 Prozent betragen. Diese Zahl sei 2014 auf 2,7 Prozent und 2015 weiter auf 1,5 Prozent gesunken. Im Jahr 2016 sei es auf 2,3 Prozent gestiegen und 2017 habe das Wirtschaftswachstum Afghanistans 2,7 Prozent erreicht. Arbeitsplätze wie jene von Tagelöhner, Händler, Landwirte, Handwerker und jene, die unbezahlt innerhalb der Familie arbeiten, würden den informellen Sektor dominieren. Diese ArbeitnehmerInnen seien besonders vulnerabel, da sie aufgrund ihrer informellen Arbeitsvereinbarungen keinen Rechtsschutz hätten. Ihre Arbeitsplätze seien nicht gesichert, sie würden unzureichende und instabile Gehälter beziehen und häufig unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten leiden. Frauen seien überwiegend im informellen Sektor tätig:

„Afghanistan's employment growth has largely been in the informal sector. Unregulated micro-, small- and medium-enterprises (MSMEs), as well as criminal activities including opium production and smuggling, continue to form the bulk of the economy. Four decades of war, rampant corruption, increasing drug cultivation and trade by criminal networks and

an ethnicized and unstable political situation have all contributed to fluctuating economic growth. Between 2003-2013, Afghanistan's economic growth was 9%. This figure declined to 2.7% in 2014 and lower again to 1.5% in 2015. By 2016, there was a slight recovery (2.3%) and by 2017, Afghanistan's economic growth reached 2.7%. Low-skilled jobs including daily laborers, tradespeople, agricultural, craft and unpaid family workers dominate the informal sector. These workers are especially vulnerable as the informal nature of their arrangements means they have no legal protection. Their jobs are not secure, they earn inadequate and unstable salaries and frequently suffer economic hardship. Women are predominantly engaged in the informal sector. More than three-quarters (78%) of the female labor force is engaged in unpaid family work in households and the informal agriculture sector." (VIDC, November 2018, S. 29)

Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UN Office on Drugs and Crime, UNODC) veröffentlichte im November 2018 eine Erhebung zu Anbau und Produktion von Opium in Afghanistan. Dem Bericht zufolge sei im Jahr 2017 der Schlafmohnanbau stark angestiegen und habe mit 328.000 Hektar im Vergleich zu den 2016 geschätzten 201.000 Hektar ein beispielloses Rekordhoch erreicht. Zwischen 2016 und 2017 sei die Anbaufläche von Schlafmohn um 127.000 Hektar angewachsen - allein die Zunahme sei somit über dem Niveau der jährlichen Anbauflächen von 2009 und 2010 gelegen. Der Anbau von Schlafmohn habe in fast allen großen Anbaugeregionen stark zugenommen. Auch in der Provinz Balkh werde ein starker Zuwachs von 10.000 Hektar verzeichnet. Bezüglich des starken Anstiegs zwischen den Jahren 2016 und 2017 führt UNODC an, dass die unterschiedlichen Faktoren, die die Entscheidung der Bauern zum Anbau von Schlafmohn beeinflussen, komplex und geografisch vielfältig seien. Rechtsstaatliche Herausforderungen wie politische Instabilität, mangelnde staatliche Kontrolle und Sicherheit hätten sich als Hauptantriebskräfte für den illegalen Anbau erwiesen. Sozioökonomische Faktoren würden sich ebenfalls auf die Entscheidungen der Bauern auswirken, so beispielsweise die wenigen Beschäftigungsmöglichkeiten, mangelnde Bildung und eingeschränkter Zugang zu Märkten und Finanzdienstleistungen. Eine Kombination von Ereignissen könnte zudem einige dieser Aspekte verschärft haben und zum starken Anstieg im Jahr 2017 geführt haben. Der Strategiewechsel der afghanischen Regierung, die nun ihre Bemühungen gegen regierungsfeindliche Elemente (AGE) auf dicht besiedelte Gebiete konzentrierte, könnte die ländliche Bevölkerung anfälliger für den Einfluss der regierungsfeindlichen Elemente gemacht haben. Politische Instabilität und zunehmende Unsicherheit hätten vor allem die nördliche Region betroffen, wo der Schlafmohnanbau in den letzten Jahren stark zugenommen habe. Erhöhte Armut und Anfälligkeit für externe Belastungen in Verbindung mit dem wirtschaftlichen Abschwung nach dem Abzug der internationalen Truppen könnten viele Bauern veranlasst haben, auf den Schlafmohnanbau zurückzugreifen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern:

„In 2017, opium poppy cultivation increased sharply to an unprecedented record high of 328,000 hectares from an estimated 201,000 hectares in 2016. Between 2016 and 2017, the area under cultivation with opium poppy increased by 127,000 hectares – the increase alone exceeded the levels of annual cultivation of 2009 and 2010. Opium poppy cultivation increased strongly in almost all major poppy cultivating provinces. In Hilmand province alone, cultivation increased by 63,700 hectares (+79 per cent) which accounted for about half of the total national increase between 2016 and 2017. Strong increases were observed

also in Balkh (+10,000 hectares or almost five times more than in 2016), Kandahar (+7,500 hectares or +37 per cent), Nimroz (+6,200 hectares or +116 per cent), and Uruzgan (+6,000 hectares or +39 per cent). [...]

The multiple drivers are complex and geographically diverse, as many elements continue to influence farmer's decisions regarding opium poppy cultivation. Rule of law-related challenges, such as political instability, lack of government control and security have been found to be main drivers of illicit cultivation. Socio-economic factors also impact farmer's decisions, for example scarce employment opportunities, lack of quality education and limited access to markets and financial services continue to contribute to the vulnerability of farmers towards opium poppy cultivation. A combination of events may have exacerbated some of these elements and may have led to the large increase in 2017. The shift in strategy by the Afghan government - focusing its efforts against anti-government elements (AGE) in densely populated areas - may have made the rural population more vulnerable to the influence of AGE. Political instability and increased insecurity particularly affected the Northern region, where opium poppy cultivation expanded drastically over the last couple of years. Increased poverty and vulnerability towards external shocks, in combination with the economic down-turn after the withdrawal of the international troops, may have caused many farmers to resort to opium poppy cultivation to sustain their livelihoods." (UNODC, November 2018, S. 4)

UNODC schreibt im November 2018 weiters, dass das Rekordhoch der Opiumproduktion in Afghanistan 2017 zu einem raschen Wachstum der illegalen Opiatwirtschaft geführt habe. Mit einem Gesamtwert zwischen 4,1 und 6,6 Milliarden US-Dollar im Jahr 2017 war es verglichen mit der gesamten Wirtschaft Afghanistans von beachtlicher Größe und habe zwischen 20 und 32 Prozent des BIP betragen. Die Opiatwirtschaft habe etwa die Größe des gesamten Agrarsektors des Landes erreicht und 2016 bei weitem den Wert der legalen Warenexporte und Dienstleistungen (geschätzt auf 7 Prozent des BIP) übertroffen. Der Wert der Opiatwirtschaft setze sich aus dem Wert des Opiums in der Landwirtschaft mit den Einnahmen aus der Heroinproduktion und dem Handel mit Opiaten an der afghanischen Grenze zusammen:

„The record high of opium production in Afghanistan led to a rapid expansion of the illegal opiate economy in 2017. Being worth between US\$ 4.1 to 6.6 billion in 2017, it was of considerable size when compared to Afghanistan's overall economy, namely between 20 and 32 per cent of GDP. The opiate economy had about the size of the entire agricultural sector of the country and exceeded by far the value of Afghanistan's licit exports of goods and services in 2016 (estimated at 7 per cent of GDP). The value of the opiate economy is the farm-gate value of opium together with revenues from heroin production and trafficking of opiates to the Afghan border." (UNODC, November 2018, S. 5)

3 Entwicklung der Sicherheitslage

3.1 Sicherheitsrelevante Vorfälle, Anschläge und Opferzahlen

In den im August 2018 veröffentlichten Richtlinien zur Feststellung des internationalen Schutzbedarfs von Asylsuchenden aus Afghanistan hält das Flüchtlingshochkommissariat (UN High Commissioner for Refugees, UNHCR) unter Berufung auf verschiedene Quellen fest, dass die Sicherheitslage in Afghanistan nach wie vor volatil sei, wobei Zivilisten weiterhin die Hauptlast des Konfliktes zu tragen hätten. UNHCR führt weiter aus, dass in den Jahren nach dem Rückzug der internationalen Truppen im Jahr 2014 eine anhaltende Verschlechterung der Sicherheitslage sowie eine Intensivierung des bewaffneten Konfliktes in Afghanistan zu beobachten gewesen sei, und beruft sich dabei auf die von der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UN Assistance Mission in Afghanistan, UNAMA) angegebenen Opferzahlen für die Jahre 2009 bis 2017 (siehe Grafik weiter unten), sowie auf die folgende Stellungnahme des Afghanistanexperten Thomas Ruttig. (UNHCR, 30. August 2018, S. 17-18)

Ruttig schreibt in einem im Februar 2018 veröffentlichten Artikel des Afghanistan Analyst Network (AAN), einer unabhängigen, gemeinnützigen Forschungsorganisation mit Hauptsitz in Kabul, dass alle Parteien des Konfliktes in Afghanistan ihre Offensiven verstärkt hätten. Die Taliban hätten dies bereits mehrere Male getan, so beispielsweise während der US-Offensive in den Jahren 2009 bis 2012, sowie auch nach dem Rückzug des Großteils der westlichen Truppen im Jahr 2014. Obwohl die Taliban im Jahr 2017 etwas mehr Territorium dazugewonnen hätten, sei aus Sicht der Taliban ein spektakulärer Erfolg, etwa die Eroberung eines Provinzzentrums, wie es ihnen im Jahr 2015 mit Kunduz gelungen sei, ausgeblieben. Die afghanischen Regierungstruppen würden ihre eigenen gegen die Aufständischen gerichteten Militäroperationen durchführen, doch sei es ihnen bislang nicht gelungen, die Initiative an sich zu reißen. Sie hätten Schwierigkeiten, Gebiete zu halten, aus denen die Aufständischen vertrieben worden seien. Die USA würden zusätzliche Truppen entsenden und die Zahl der Luftangriffe erhöhen, um die von den Taliban eroberten Gebiete zurückzugewinnen und eine Trendumkehr einzuleiten:

„All parties to the conflict have been stepping up their campaigns. The Taleban have done so various times, during the US surge from 2009 to 2012, and again since 2014, when most of Western combat troops withdrew. Although the Taleban gained some more territory in 2017 [...], they lacked the spectacular success of catching a provincial centre, such as Kunduz in 2015. Afghan government troops are carrying out its own anti-insurgent operations [...], but were unable to gain the initiative so far. They have had difficulties in holding the territory from which insurgents were expelled. The US are sending in more troops and are increasing airstrikes to roll back Taleban gains and turn the general trend.“
(AAN, 5. Februar 2018, Frage 2)

Laut einer im Oktober 2018 erschienenen Analyse von BBC Monitoring, der für Medienbeobachtung zuständigen Abteilung der BBC, sei die Gruppe Islamischer Staat in der Provinz Khorasan (Islamic State Khorasan Province, ISKP) seit ihrer Gründung im Jahr 2015 zur weltweit stärksten aller Zweige des IS (Gruppe Islamischer Staat) geworden und habe die Mehrzahl der spektakuläreren in Afghanistan verübten Anschläge für sich beansprucht (BBC Monitoring, 17. Oktober 2018). Die UNAMA hält in ihrem Quartalsbericht vom Oktober 2018

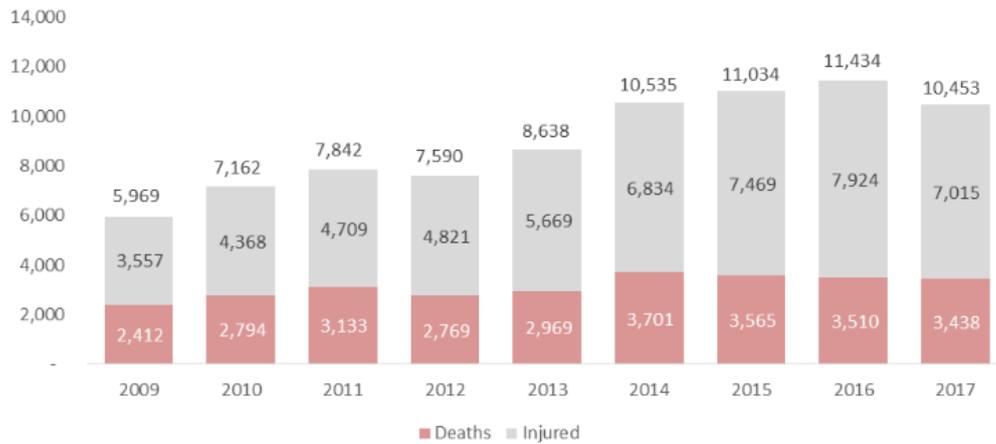
fest, dass mehr als die Hälfte der zivilen Opfer des Jahres 2018 (Beobachtungszeitraum Jänner bis September 2018), die bei Selbstmordanschlägen oder „komplexen Anschlägen“ getötet oder verletzt worden seien, auf das Konto der Gruppe ISKP gehen würde (UNAMA, 10. Oktober 2018, S. 2). Im selben Bericht führt die UNAMA für denselben Beobachtungszeitraum an, dass regierungsfeindliche Elemente insgesamt für 65 Prozent der zivilen Opfer in Afghanistan verantwortlich seien (Taliban: 35 Prozent; ISKP: 25 Prozent; andere: fünf Prozent). Kräfte, die mit der Regierung verbündet seien, seien für 22 Prozent aller zivilen Opfer verantwortlich, davon zu 16 Prozent die Afghanischen Nationalen Sicherheitskräfte, zu fünf Prozent internationale Truppen und zu einem Prozent mit der Regierung verbündete bewaffnete Gruppen:

„From 1 January to 30 September 2018, Anti-Government Elements caused 5,243 civilian casualties (1,743 deaths and 3,500 injured), accounting for 65 per cent of all civilian casualties, approximately the same as in the first nine months of 2017. Of the 65 per cent of civilian casualties attributed to Anti-Government Elements, 35 per cent were attributed to Taliban, 25 per cent to Daesh/ISKP [Islamic State Khorasan Province], and five per cent to unidentified Anti-Government Elements (including less than one per cent to self-proclaimed Daesh/ISKP). [...] Pro-Government Forces caused 22 per cent of all civilian casualties in the first nine months of 2018 (16 per cent by Afghan national security forces, five per cent by international military forces, and one per cent by pro-Government armed groups).“ (UNAMA, 10. Oktober 2018, S. 2-3)

Die UNAMA dokumentiert in ihren Berichten ausschließlich zivile Opfer, wobei Zivilisten nach Angaben der UNAMA als Personen definiert würden, die nicht Mitglied der Streitkräfte oder einer organisierten bewaffneten Gruppe seien. Für die Verifizierung jedes einzelnen sicherheitsrelevanten Vorfalls, von dem behauptet werde, dass zivile Opfer betroffen seien, seien nach der UNAMA-Methodologie mindestens drei unterschiedliche und unabhängige Quellentypen nötig. Falls die Unterstützungsmission mit der Quantität oder Qualität der Informationen über ein bestimmtes Ereignis nicht zufrieden sei, würde sie dieses nicht als verifiziert betrachten und nicht in die Statistik aufnehmen. (UNAMA, 15. Februar 2018, S. i)

Im Jahresbericht der UNAMA für das Jahr 2017 findet sich die folgende Grafik, die die zivilen Opferzahlen innerhalb des Zeitraums 2009 bis 2017 darstellt:

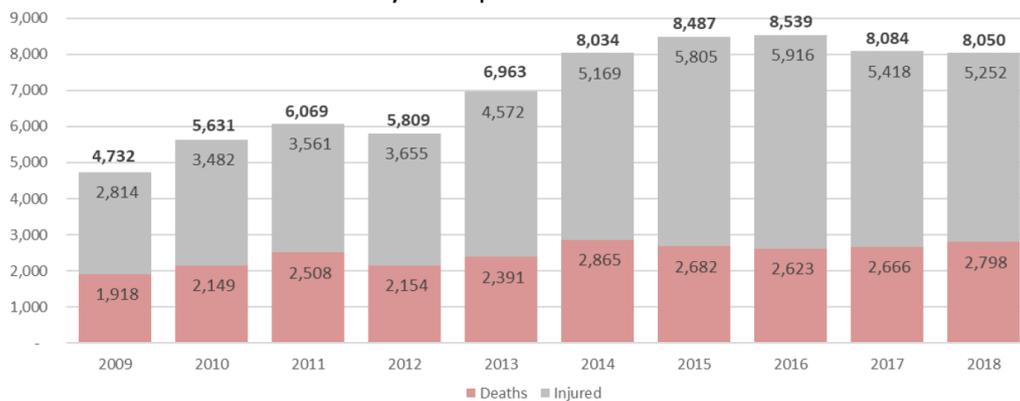
Civilian Deaths & Injured January to December 2009 - 2017



(UNAMA, 15. Februar 2018, S. 1)

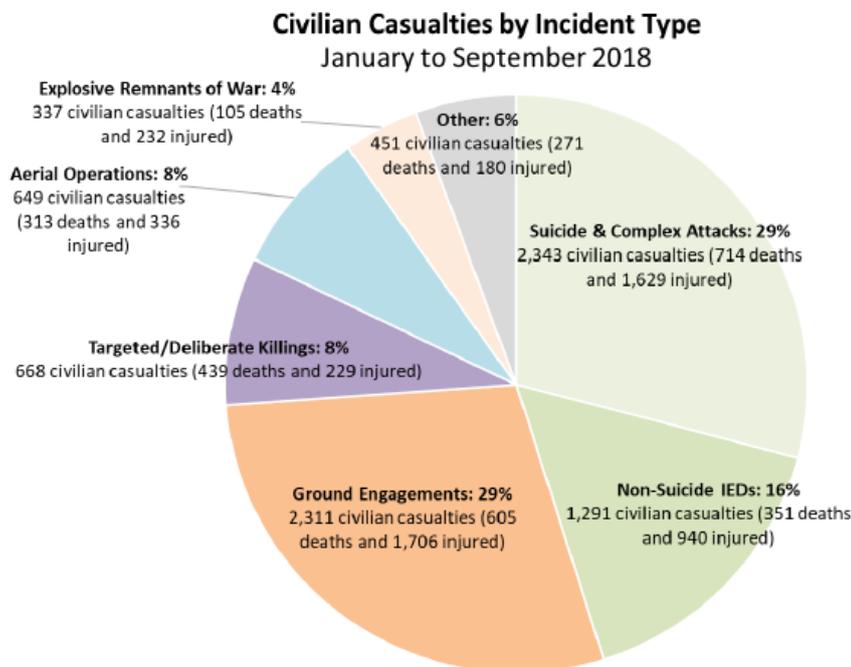
Zahlen zur weiteren Entwicklung im Jahr 2018 finden sich im Quartalsbericht der UNAMA vom Oktober 2018, in dem die Unterstüztungsmission angibt, dass 2.798 Zivilisten im Zeitraum 1. Jänner bis 30. September des Jahres 2018 getötet und 5.252 weitere verwundet worden seien (UNAMA, 10. Oktober 2018, S. 1). Die folgende Grafik der UNAMA stellt diese Zahlen gemeinsam mit den jeweiligen Vergleichsperioden der Jahre 2009 bis 2018 dar:

Civilian Deaths & Injured January to September 2009 - 2018



(UNAMA, 10. Oktober 2018, S. 1)

Im selben UNAMA-Bericht findet sich eine weitere Darstellung, aus der hervorgeht, welche Arten von Vorfällen im Zeitraum Jänner bis September 2018 zu den oben angeführten zivilen Opfern geführt haben:



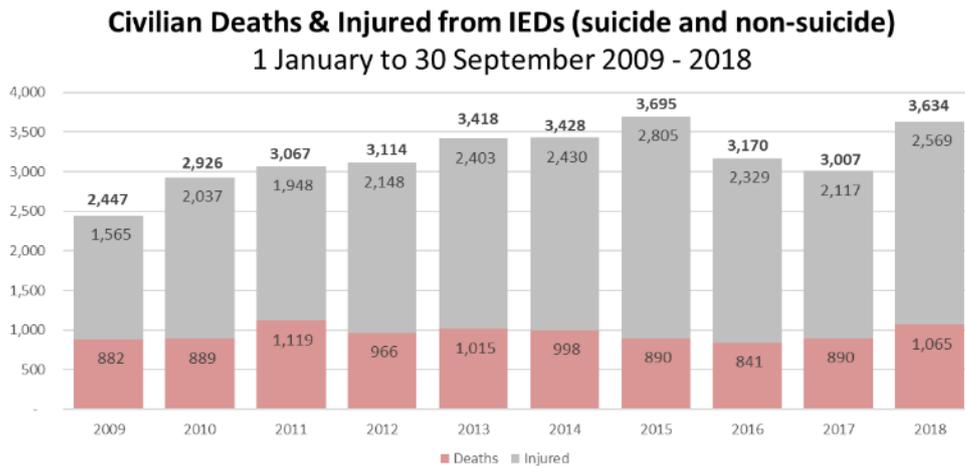
(UNAMA, 10. Oktober 2018, S. 2)

Die UNAMA hält fest, dass im Berichtszeitraum Jänner bis September 2018 die Hauptursache für zivile Todesfälle und Verletzungen durch den bewaffneten Konflikt weiterhin der kombinierte Einsatz von Selbstmord- und Nicht-Selbstmord-USBVs (USBV: Unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtung) durch regierungsfeindliche Elemente geblieben sei. Diese hätten in den ersten drei Quartalen des Jahres 2018 ein Rekordniveau erreicht. Die regierungsfeindlichen Elemente hätten solche Angriffe zunehmend gegen die Zivilbevölkerung gerichtet, darunter die Minderheit der schiitischen Muslime, von denen der Großteil ethnische Hazara seien. Für den Berichtszeitraum dokumentiert UNAMA 3.634 zivile Opfer, die durch den Einsatz von Selbstmord- und Nicht-Selbstmord-USBVs getötet (1.065 Zivilisten) oder verletzt (2.569 Zivilisten) worden seien. Im Laufe des Jahres 2018 hätten die regierungsfeindlichen Elemente ihre Anschläge auf zivile Gebiete bzw. auf die Zivilbevölkerung intensiviert, wobei sie zunehmend USBVs mit großen Sprengstoffmengen sowie multiple USBVs eingesetzt hätten, was zu einem Anstieg der Zahl an zivilen Opfern geführt habe:

„The leading cause of civilian deaths and injuries from the armed conflict remained the combined use of suicide and non-suicide IEDs [improvised explosive device] by Anti-Government Elements, reaching record high levels in the first three quarters of 2018, with Anti-Government Elements increasingly directing such attacks against the civilian population, including minority Shi'a Muslims, the majority of whom are ethnic Hazara. Between 1 January and 30 September 2018, UNAMA documented 3,634 civilian casualties (1,065 deaths and 2,569 injured) from suicide and non-suicide IED attacks. Throughout 2018, Anti-Government Elements intensified their attacks in civilian areas and against the civilian population, increasingly using IEDs containing large amounts of explosives as well

as using multiple devices, resulting in rising levels of civilian casualties.” (UNAMA, 10. Oktober 2018, S. 4)

Die folgende Darstellung der UNAMA aus demselben Bericht zeigt die Zahlen der in den Jahren 2009 bis 2018 (jeweils im Vergleichszeitraum 1. Jänner bis 30. September) durch USBVs getöteten bzw. verletzten Zivilisten:



(UNAMA, 10. Oktober 2018, S. 4)

Im Folgenden werden zwei weitere Quellen angeführt, die Opferzahlen in verschiedenen Ländern, darunter Afghanistan, dokumentieren. Darüber hinaus werden deren methodologische Unterschiede erläutert. Die Daten der beiden Quellen zu sicherheitsrelevanten Vorfällen und den damit verbundenen Opferzahlen werden anschließend grafisch dargestellt.

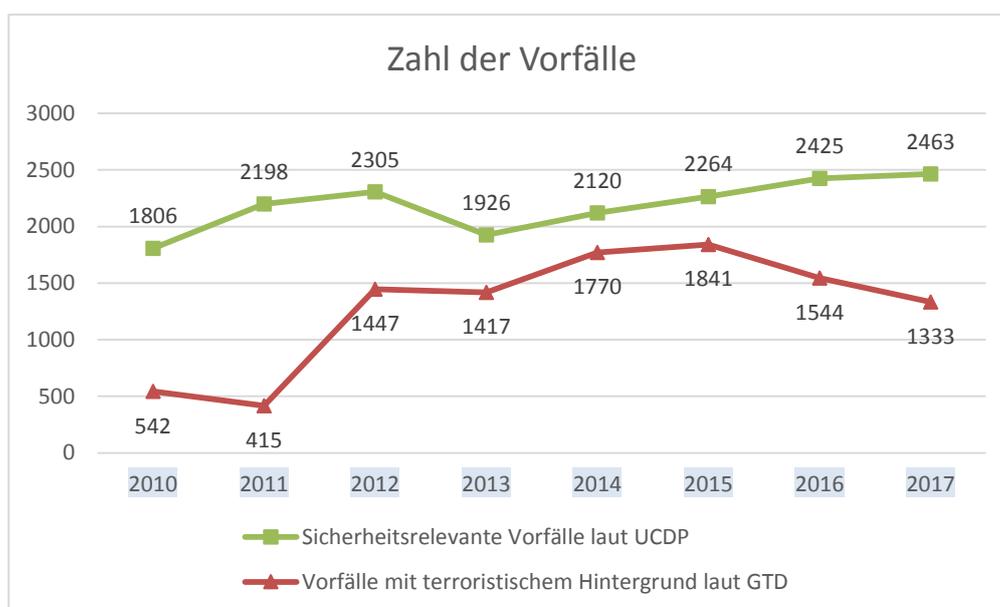
Das Uppsala Conflict Data Program (UCDP) der Uppsala Universität in Schweden dokumentiert und veröffentlicht sicherheitsrelevante Vorfälle u.a. in Afghanistan und gibt dazu jeweils auch die Zahlen der getöteten Personen (Zivilisten und Nicht-Zivilisten) an. Laut UCDP-Methodologie seien in die Zahlen drei Arten von organisierter Gewalt inkludiert: Gewalt zwischen zwei „organisierten Akteuren“, von denen zumindest einer die Regierung des Staates ist; Gewalt zwischen Akteuren, von denen keiner die Regierung des Staates ist; sowie von organisierten nicht-staatlichen Gruppen oder der Regierung verübte Gewalt gegen unbewaffnete Zivilisten. UCDP gibt für jeden Vorfall drei verschiedene Opferzahlen an, einen niedrigeren Schätzwert, einen höheren, sowie einen von UCDP als den „besten Schätzwert“ bezeichneten Wert. Dieser letztgenannte Wert sei nach Angaben von UCDP als Untergrenze zu verstehen und es sei durchaus wahrscheinlich, dass die tatsächlichen Opferzahlen höher seien, dagegen sei es sehr unwahrscheinlich, dass die tatsächlichen Zahlen niedriger als die von UCDP dokumentierten Angaben seien (UCDP, ohne Datum). ACCORD hat für die Erstellung der in diesem Dokument angeführten Grafiken jeweils den „besten Schätzwert“ herangezogen. Weiterführende Informationen zur Methodologie der Quelle finden sich im folgenden Dokument:

- UCDP - Uppsala Conflict Data Program: Methodology, ohne Datum
<https://www.pcr.uu.se/research/ucdp/methodology/>

Die zweite erwähnte Quelle ist die Global Terrorism Database (GTD), die vom National Consortium for the Study of Terrorism and Responses to Terrorism (START), einem Forschungs- und Ausbildungszentrum an der US-amerikanischen University of Maryland, betrieben wird. In dieser Datenbank finden sich ebenfalls Zahlen zu sicherheitsrelevanten Vorfällen sowie Opferzahlen zu Afghanistan. Laut GTD-Methodologie seien darin jedoch ausschließlich terroristische Anschläge oder Angriffe vonseiten nicht-staatlicher Akteure dokumentiert (GTD, Juli 2018, S. 10). Die Opferzahlen (Zivilisten und Nicht-Zivilisten) würden sowohl die Zahlen der bei den terroristischen Vorfällen getöteten Opfer als auch die Zahlen der dabei getöteten Täter bzw. Angreifer umfassen (GTD, Juli 2018, S. 49). Darüber hinaus weist GTD darauf hin, dass ab dem Jahr 2012 in den GTD-Daten ein deutlicher Anstieg der weltweiten Terroranschlagszahlen zu verzeichnen sei, der zum Teil auf eine Verbesserung des Datengewinnungsprozesses zurückzuführen sei. Weiters wird vermerkt, dass es durch Knappheit an verfügbaren hochqualitativen Quellen in bestimmten geografischen Gebieten zu einer „konservativen Dokumentation“ der Anschläge in den jeweiligen Gebieten kommen könne (GTD, Juli 2018, S. 9). Weiterführende Informationen zur Quelle finden sich in der Methodologie, abrufbar auf der GTD-Webseite:

- GTD – Global Terrorism Database: Codebook – Inclusion Criteria and Variables, Juli 2018
<https://www.start.umd.edu/gtd/downloads/Codebook.pdf>

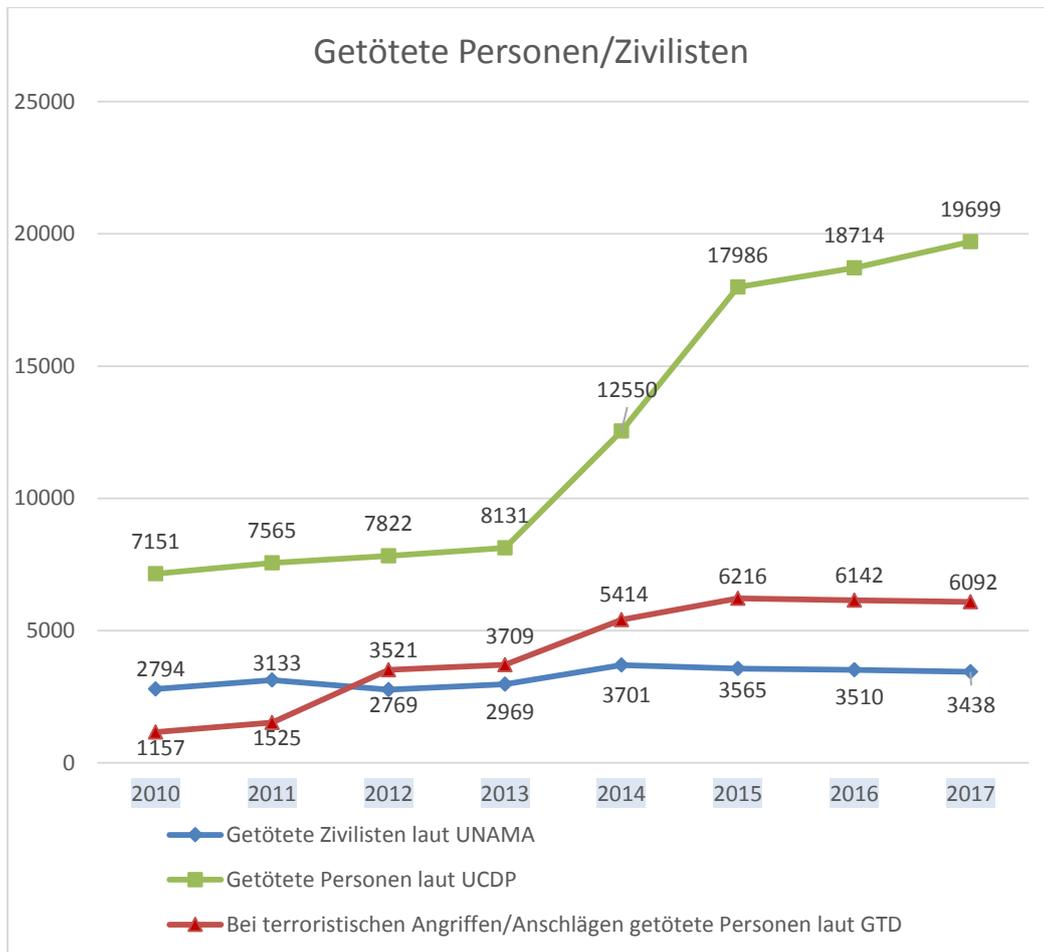
Die Zahlen der von den beiden Quellen UCDP und GTD für die Jahre 2010 bis 2017 dokumentierten Vorfälle werden zwecks Übersichtlichkeit und Vergleichbarkeit im Folgenden in einer gemeinsamen Grafik dargestellt. Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass hier unterschiedliche Kategorien von Vorfällen einander gegenübergestellt wurden (siehe Legende). (Zu den vergleichsweise niedrigen Zahlen der Quelle GTD in den Jahren 2010 und 2011 siehe oben):



(Basierend auf Daten von GTD, 13. November 2018; UCDP, 13. November 2018)

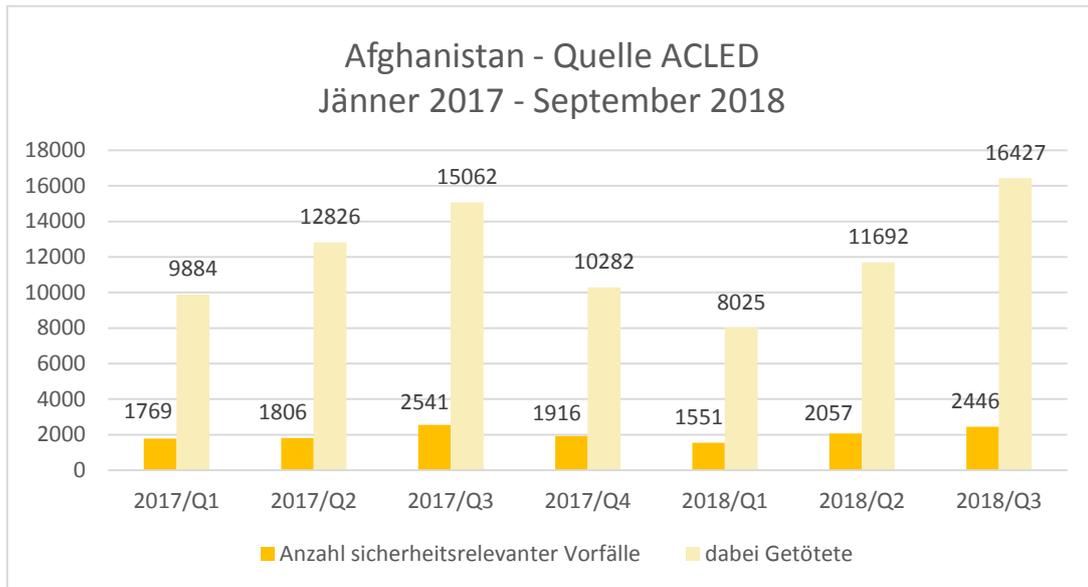
Die nächste Darstellung veranschaulicht die von den beiden Quellen UCDP und GTD dokumentierten Opferzahlen. Diese werden den oben bereits angeführten Zahlen der UNAMA

zu zivilen Opfern gegenübergestellt (siehe Legende). Auch hier sei darauf hingewiesen, dass hier unterschiedliche Kategorien einander gegenübergestellt wurden. (Zu den vergleichsweise niedrigen Zahlen der Quelle GTD in den Jahren 2010 und 2011 siehe oben):



(Basierend auf Daten von GTD, 13. November 2018; UCDP, 13. November 2018; UNAMA, 15. Februar 2018, S. 1)

Deutlich höhere Opferzahlen finden sich in einer weiteren Quelle, nämlich der Datenbank des Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED) der University of Sussex, das seit Beginn des Jahres 2017 politische Gewalt und Proteste in Afghanistan dokumentiert. Die ACLED-Zahlen werden im Folgenden quartalsmäßig für den Zeitraum Jänner 2017 bis September 2018 dargestellt:



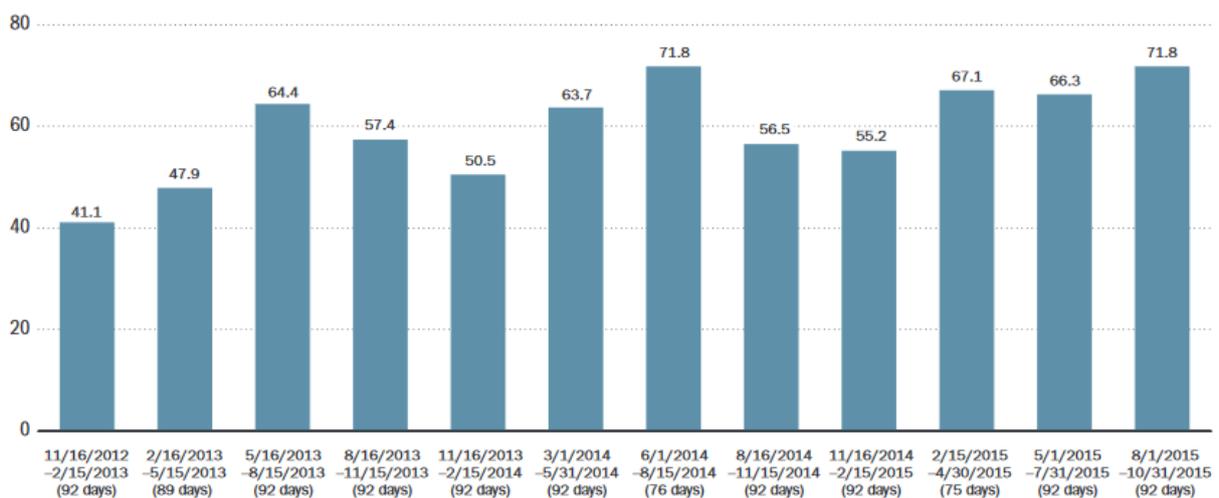
(Basierend auf Daten von ACLED, 12. November 2018)

Im ACLED-„Codebook“ vom Dezember 2017 findet sich die Information, dass ACLED beim Dokumentieren der Vorfälle auf eine Reihe von gewalttätigen und gewaltfreien Aktionen politischer Akteure fokussiere, nämlich auf Aktionen vonseiten der Regierung, von Rebellen, Milizen, kommunalen Gruppen, politischen Parteien, externen Akteuren, Randalierern, Demonstranten und Zivilisten (ACLED, 28. Dezember 2017a, S. 2). Laut einer im November 2018 von ACLED übermittelten Email-Auskunft würden Gefechte, die über mehrere Tage andauern würden, von ACLED als mehrere Vorfälle gewertet werden. ACLED würde darüber hinaus im Vergleich zu anderen Anbietern ähnlicher Produkte für seine Zahlen eine größere Bandbreite an internationalen und lokalen Quellen heranziehen (ACLED, 19. November 2018). Laut Codebook würde ACLED für Vorfälle, für die keine exakten Opferzahlen berichtet würden, Schätzungen vornehmen: „10“ würden für „mehrere“ Todesopfer veranschlagt, „100“ für „hunderte“; wird in Berichten der Begriff „Massaker“ verwendet, werde die Zahl ebenfalls auf „100“ geschätzt; werden keine Toten erwähnt, so werde die Zahl auf „0“ geschätzt (ACLED, 28. Dezember 2017a, S. 29). Bei der Einarbeitung der Opferzahlen in die Statistik werde laut eigenen Angaben „konservativ“ vorgegangen, d.h. es werde die niedrigste der zuverlässigen Zahl herangezogen. (ACLED, 28. Dezember 2017a, S. 29). In einem Arbeitspapier von ACLED aus dem Jahr 2015 findet sich der Hinweis, dass in Fällen, in denen ACLED besonders stark von einer bestimmten Quellentypen abhängig sei, die für bestimmte Arten von Vorfällen oder für Vorfälle in bestimmten Gebieten stark befangen seien, ACLED Gefahr laufe, die Zahl der Vorfälle zu niedrig anzusetzen (ACLED, April 2015, S. 3). ACLED weist in einem anderen Papier darauf hin, dass bei der Verwendung von Opferzahlen aufgrund der Befangenheit von Quellen und der Ungenauigkeit der Informationen grundsätzlich Vorsicht geboten sei (ACLED, 28. Dezember 2017b). Die in diesem Dokument angeführten oder grafisch dargestellten ACLED-Daten basieren auf dem am 12. November 2018 von der ACLED-Website heruntergeladenen Datensatz. Es ist daher möglich, dass diese Daten in künftigen Aktualisierungen des ACLED-Datensatzes korrigiert oder ergänzt werden. Unter anderem für Afghanistan hat ACLED in einer

Email-Auskunft an ACCORD noch weitere Ergänzungen oder Änderungen, auch für das Jahr 2017, angekündigt (ACLED, 28. November 2018).

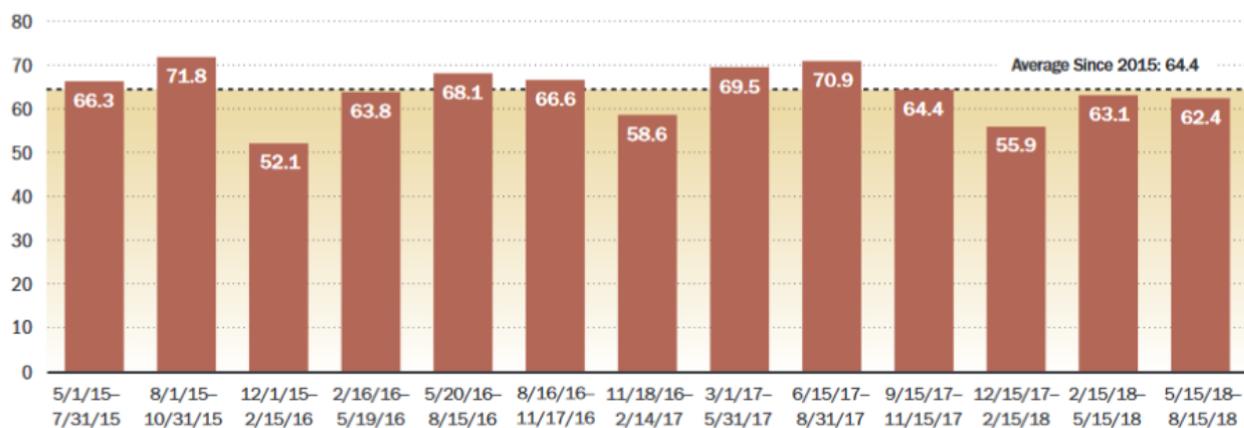
Das Amt des Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction (SIGAR), eine US-Behörde, die sich mit der Aufsicht über den Wiederaufbau in Afghanistan befasst, veröffentlicht in seinen Berichten jeweils Grafiken, die die durchschnittlichen Zahlen an sicherheitsrelevanten Vorfällen pro Tag darstellt. Sicherheitsrelevante Vorfälle würden laut SIGAR bewaffnete Zusammenstöße, USBV-Anschläge, gezielte Tötungen, Entführungen, Selbstmordanschläge, kriminelle Handlungen und Bedrohungen miteinschließen. Die auf den Berichten des UN-Generalsekretärs basierenden Zahlen seien nicht durchgehend konsistent und würden einige Lücken aufweisen (SIGAR, 30. Oktober 2018, S. 76). Im Folgenden wird zunächst ein aus dem SIGAR-Quartalsbericht vom Jänner 2016 entnommenes Diagramm angeführt, das den Zeitraum 16. November 2012 bis 31. Oktober 2015 zeigt. Danach findet sich ein Diagramm für den Zeitraum 1. Mai 2015 bis 15. August 2018, das aus dem SIGAR-Quartalsbericht vom 30. Oktober 2018 entnommen wurde:

AVERAGE NUMBER OF REPORTED SECURITY INCIDENTS PER DAY



(SIGAR, 30. Jänner 2016, S. 66)

AVERAGE DAILY SECURITY INCIDENTS BY UN REPORTING PERIOD SINCE 2015



(SIGAR, 30. Oktober 2018, S. 76)

SIGAR dokumentiert für den Zeitraum Jänner bis August 2018 unter Verweis auf Angaben der von der NATO geführten Beratungs- und Unterstützungsmission Resolute Support Mission die folgenden Zahlen an zivilen Opfern (Getötete und Verletzte) je Provinz. Zusätzlich wird jeweils die Zahl der zivilen Opfer pro tausend Einwohner angegeben:

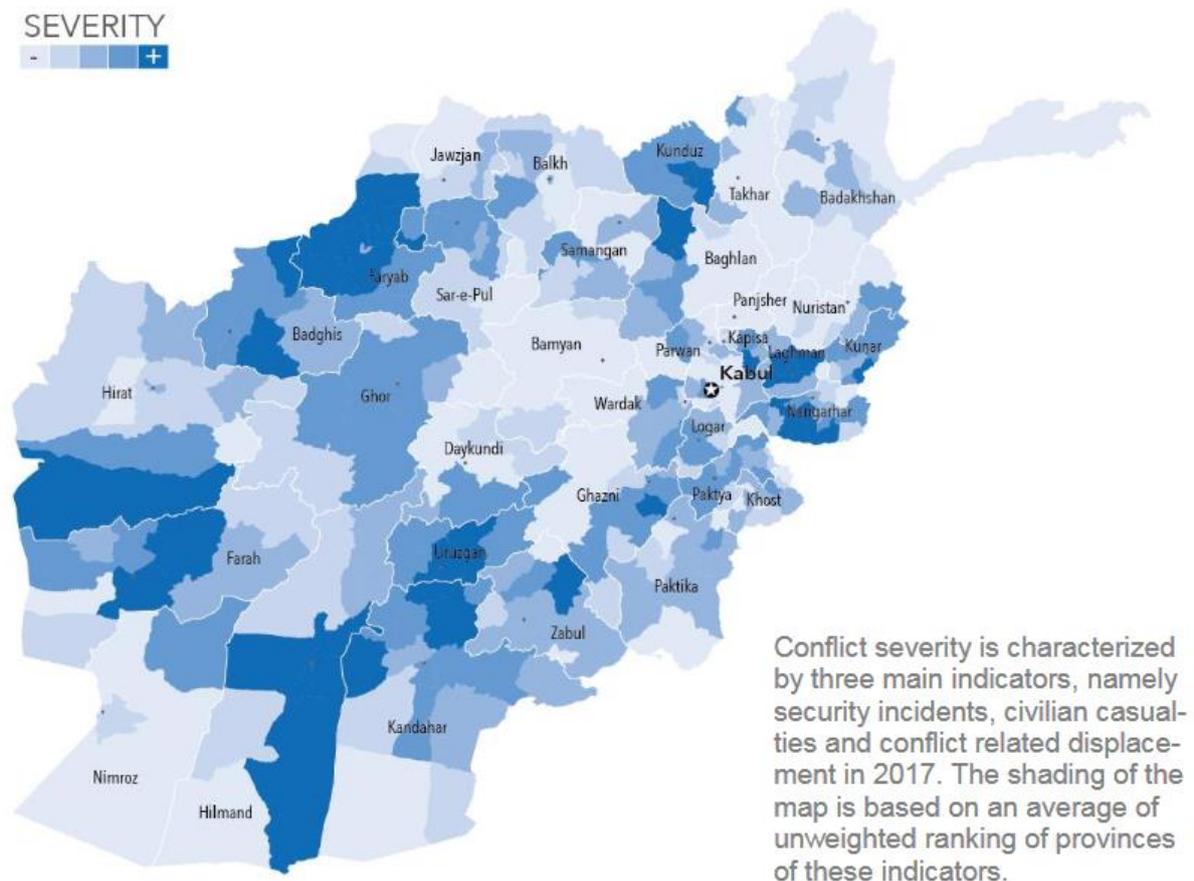
RS-REPORTED CIVILIAN CASUALTIES: JANUARY–AUGUST 15, 2018

Province	Population	Total Casualties	Casualties Per Thousand	Province	Population	Total Casualties	Casualties Per Thousand
Nangarhar	1,864,582	935	0.50	Ghazni	1,507,262	176	0.12
Kunar	551,469	214	0.39	Badghis	607,825	63	0.10
Paktiya	677,465	259	0.38	Nuristan	173,222	18	0.10
Logar	481,271	137	0.28	Herat	2,326,261	219	0.09
Helmand	1,112,152	290	0.26	Nimroz	202,488	17	0.08
Laghman	552,694	143	0.26	Balkh	1,633,048	111	0.07
Uruzgan	429,415	109	0.25	Ghor	845,018	48	0.06
Khost	704,149	169	0.24	Parwan	817,955	53	0.06
Farah	620,552	135	0.22	Jowzjan	656,187	36	0.05
Kabul	5,452,652	1,225	0.22	Samangan	475,655	26	0.05
Faryab	1,226,475	247	0.20	Takhar	1,208,745	55	0.05
Kapisa	540,051	92	0.17	Badakhshan	1,165,960	30	0.03
Zabul	374,440	57	0.15	Sar-e Pul	690,566	23	0.03
Kandahar	1,512,293	206	0.14	Panjshayr	187,856	4	0.02
Kunduz	1,237,001	169	0.14	Daykundi	561,651	6	0.01
Paktika	532,953	73	0.14	Bamyan	549,243	0	0.00
Baghlan	1,120,511	151	0.13	Grand Total	33,329,050	5,588	
Wardak	729,983	92	0.13				

Source: RS, response to SIGAR data call, 9/19/2018.

(SIGAR, 30. Oktober 2018, S. 81)

Das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, UN OCHA) veröffentlicht in seiner im Dezember 2017 erschienenen Übersicht zur humanitären Situation in Afghanistan eine Karte, die den Schweregrad des Konfliktes in den unterschiedlichen Regionen Afghanistans darstellt. Der Schweregrad sei laut dem Bericht durch die drei Indikatoren sicherheitsrelevante Vorfälle, Höhe der Anzahl ziviler Opfer, sowie das Ausmaß der durch den Konflikt verursachten Vertreibung innerhalb des Jahres 2017 bestimmt:



(UN OCHA, 31. Dezember 2017, S. 1)

3.1.1 Herat

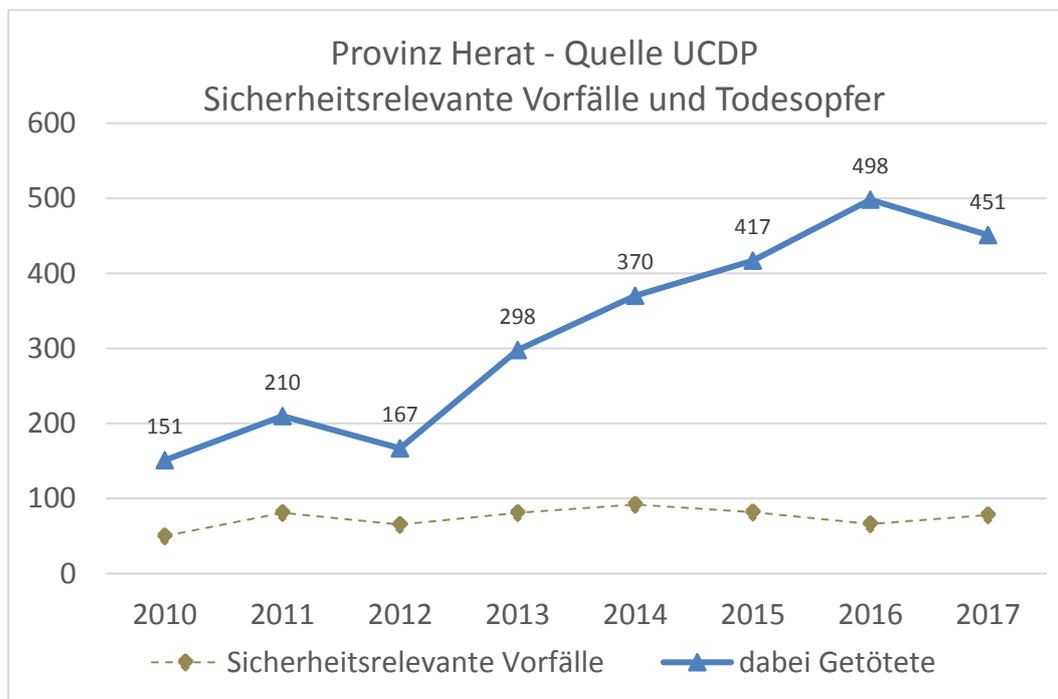
Provinz Herat

In einem Artikel vom November 2018 merkt die afghanische Online-Zeitung Khaama Press (KP) an, dass die Provinz Herat zu den vergleichsweise „ruhigen“ Provinzen im Westen Afghanistans gehöre, dass sich jedoch die Sicherheitslage in einigen entlegenen Distrikten der Provinz verschlechtert habe. Talibankämpfer seien in einigen entlegenen Distrikten aktiv und würden häufig versuchen, terroristische Aktionen durchzuführen:

“Herat is among the relatively calm provinces in West of Afghanistan but the security situation in some remote districts of Herat has deteriorated during the recent years. The Taliban militants are active in some remote districts of Herat and often attempt to carry out terrorist related activities.” (KP, 11. November 2018)

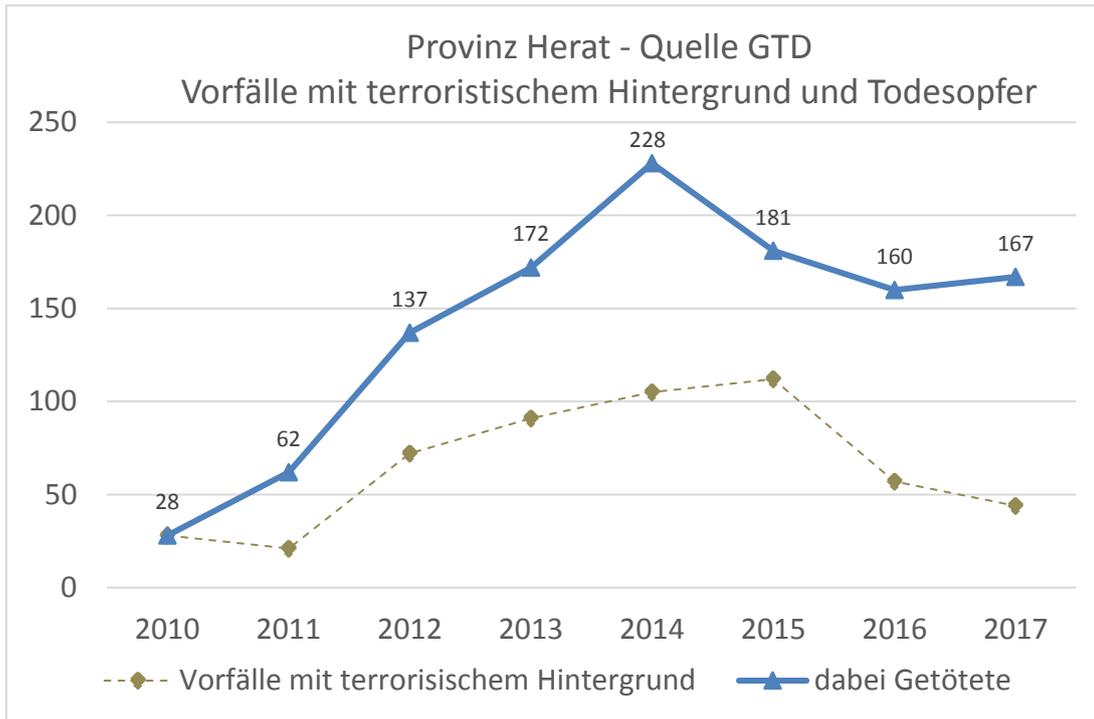
Die UNAMA dokumentiert in ihrem im Februar 2018 erschienenen Jahresbericht für das Jahr 2017 in der Provinz Herat 495 zivile Opfer (238 Getötete und 257 Verletzte). Dies entspricht einem Anstieg von 37 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. USBVs, Selbstmord- und komplexe Anschläge, sowie gezielte und vorsätzliche Tötungen seien in Bezug auf diese Opferzahlen für die Provinz Herat die häufigsten Arten von Vorfällen gewesen (UNAMA, 15. Februar 2018, S. 67). In dem im Februar 2017 erschienenen Jahresbericht der UNAMA werden für das Jahr 2016 in der Provinz Herat 207 zivile Opfer verzeichnet (72 Getötete und 135 Verletzte), 82 Prozent davon im Distrikt Shindand. Der Bericht erwähnt, dass im Jahr 2015 in der Provinz Herat 57 zivile Opfer (21 Getötete und 36 Verletzte) verzeichnet worden seien (UNAMA, 6. Februar 2017, S. 42).

In der folgenden Grafik werden die vom Uppsala Conflict Data Program (UCDP) für die Provinz Herat dokumentierten Zahlen sicherheitsrelevanter Vorfälle einschließlich der entsprechenden Zahlen an Todesopfern – jeweils für die Jahre 2010 bis 2017 – dargestellt. (Es gelten die in Abschnitt 3.1 zu dieser Quelle angeführten methodologischen Hinweise):



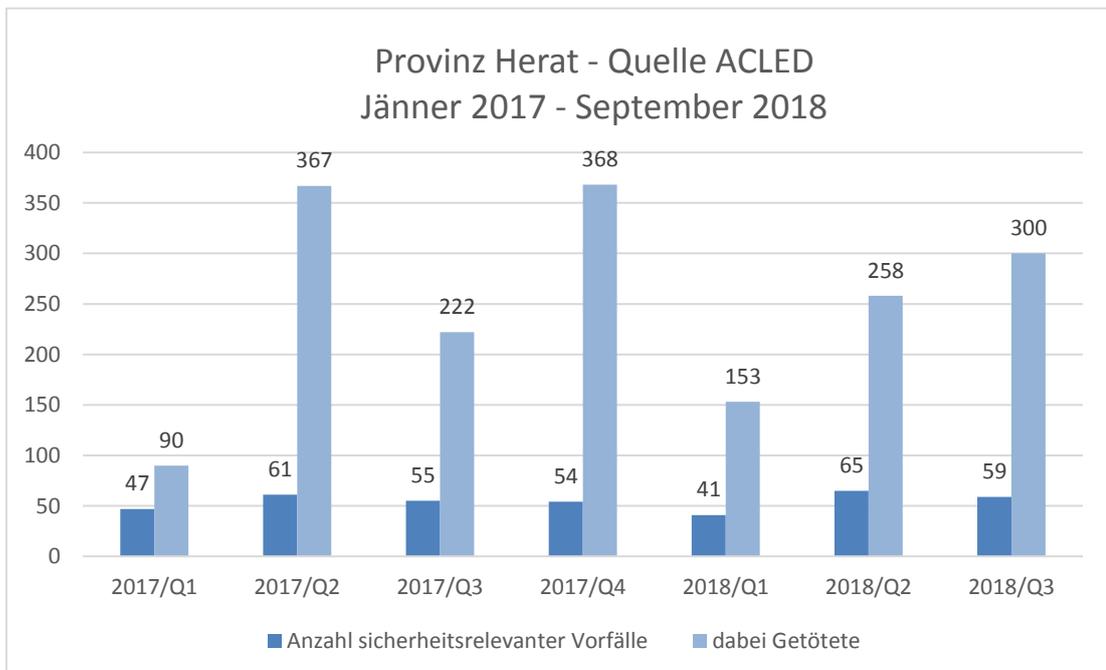
(Basierend auf Daten von UCDP, 13. November 2018)

Die nächste Darstellung zeigt die von der Global Terrorism Database (GTD) für die Provinz Herat dokumentierten Zahlen von Vorfällen mit terroristischem Hintergrund einschließlich der entsprechenden Zahlen an Todesopfern – jeweils für die Jahre 2010 bis 2017. (Es gelten die in Abschnitt 3.1 zu dieser Quelle angeführten methodologischen Hinweise):



(Basierend auf Daten von GTD, 13. November 2018)

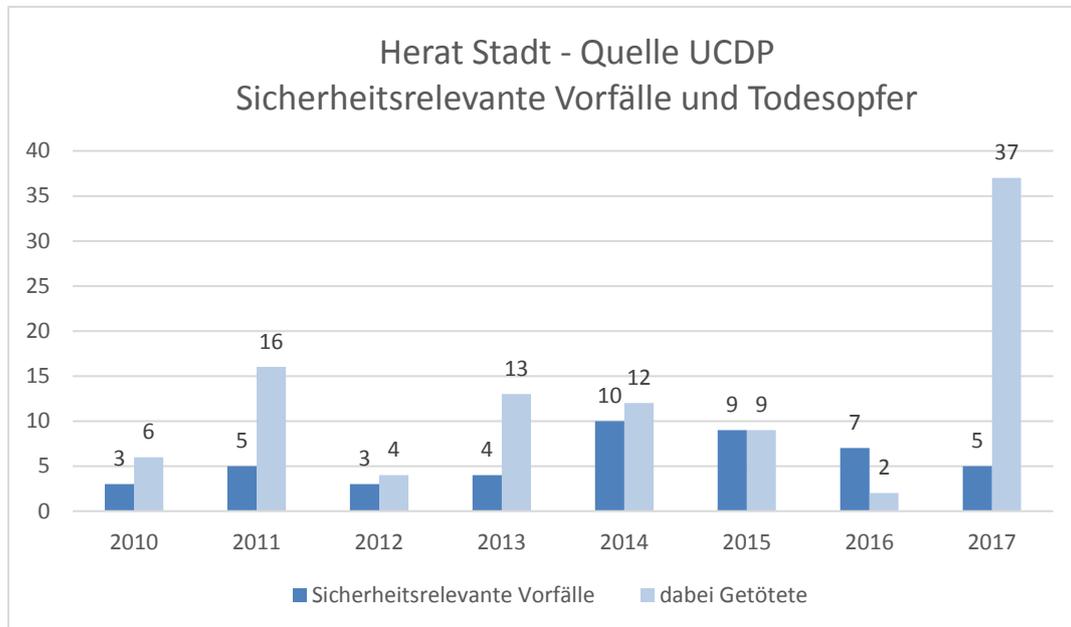
Deutlich höhere Zahlen finden sich in der Datenbank des Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED). Die ACLED-Zahlen werden im Folgenden quartalsmäßig für den Zeitraum Jänner 2017 bis September 2018 dargestellt (Es gelten die in Abschnitt 3.1 zu dieser Quelle angeführten methodologischen Hinweise):



(ACLED, 12. November 2018; Darstellung von ACCORD)

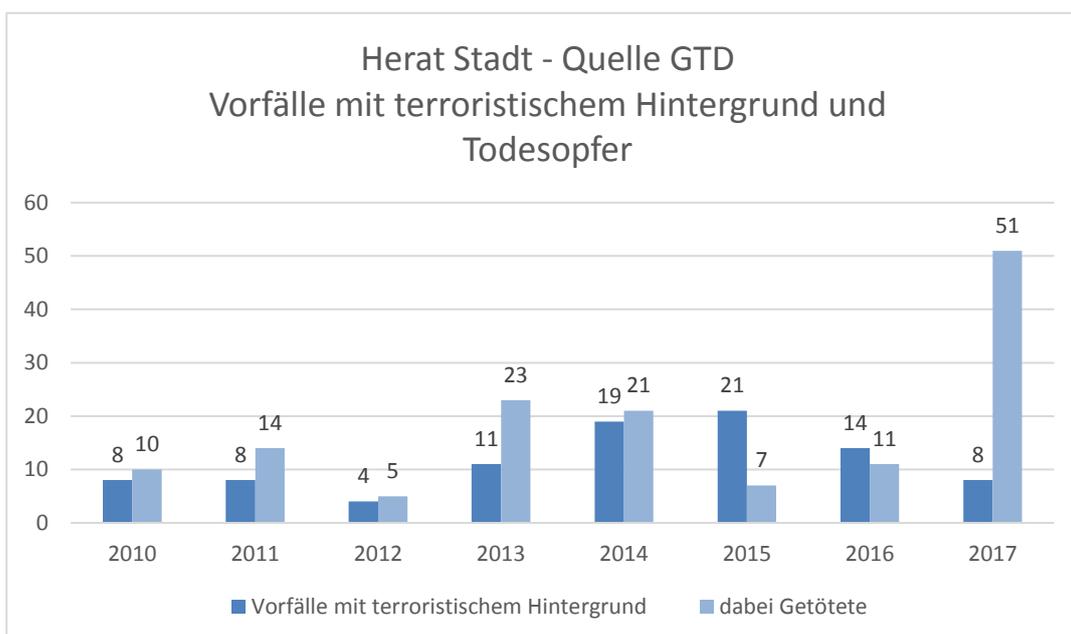
Stadt Herat

In der folgenden Grafik werden die vom Uppsala Conflict Data Program (UCDP) für die Stadt Herat dokumentierten Zahlen sicherheitsrelevanter Vorfälle einschließlich der entsprechenden Zahlen an Todesopfern – jeweils für die Jahre 2010 bis 2017 – dargestellt. (Es gelten die in Abschnitt 3.1 zu dieser Quelle angeführten methodologischen Hinweise):



(Basierend auf Daten von UCDP, 13. November 2018)

In der folgenden Grafik werden die von der Global Terrorism Database (GTD) für die Stadt Herat dokumentierten Vorfälle mit terroristischem Hintergrund einschließlich der entsprechenden Zahlen an Todesopfern – jeweils für die Jahre 2010 bis 2017 – dargestellt. (Es gelten die in Abschnitt 3.2 zu dieser Quelle angeführten methodologischen Hinweise):



(Basierend auf Daten von GTD, 13. November 2018)

Die beiden Quellen enthalten für das Jahr 2017 einen größeren Anschlag, der am 1. August 2017 stattgefunden habe und bei dem laut UCDP mindestens 33 (UCDP, 13. November 2018) und laut GTD 34 Personen (Zivilisten und Nicht-Zivilisten) getötet worden seien (GTD, 13. November 2018). Auch die britische Tageszeitung The Independent berichtet über den Vorfall und schreibt, dass es zu einer Explosion in der schiitischen Jawadia-Moschee in der Stadt Herat gekommen sei, bei der mindestens 29 Personen getötet und 64 weitere verletzt worden seien (The Independent, 1. August 2017). Die UNAMA berichtet von mindestens 31 getöteten und 60 verletzten Zivilisten bei dem Vorfall (UNAMA, 2. August 2017). Laut einem Artikel der in Indien stationierten englischsprachigen Nachrichtenagentur India Blooms News Service (IBNS) habe sich die Gruppe Islamischer Staat zu dem Anschlag bekannt (IBNS, 3. August 2017).

Für das Jahr 2018 wurden für die Stadt Herat bislang unter anderem folgende Vorfälle dokumentiert:

Die internationale Nachrichtenagentur Reuters berichtet von einem Selbstmordanschlag am 25. März 2018, bei dem mindestens eine Person getötet und acht weitere verletzt worden seien. Die Gruppe ISKP habe sich zu dem Anschlag bekannt (Reuters, 25. März 2018). ACLED dokumentiert für diesen Vorfall drei Todesopfer (ACLED, 12. November 2018). Für den 22. Juni 2018 dokumentiert ACLED einen weiteren Vorfall, bei dem unbekannte bewaffnete Männer einen religiösen Gelehrten erschossen hätten (ACLED, 12. November 2018).

Said Reza Kazemi vom Afghanistan Analysts Network (AAN), einer unabhängigen, gemeinnützigen Forschungsorganisation mit Hauptsitz in Kabul, schreibt in dem oben bereits angeführten Artikel vom Oktober 2018, dass sich die Sicherheitslage in der Stadt Herat im Vorfeld der Parlamentswahlen 2018 verschlechtern würde und fügt hinzu, dass die Unsicherheit größer werde, je weiter man sich von der Stadt und den naheliegenden Distriktszentren entferne. Er erwähnt auch, dass es im Vorfeld der Wahlen in der Stadt Herat zu einer Reihe von kleineren USBV-Anschlägen gekommen sei. So sei es am 9. August 2018 zu einem Sprengstoffanschlag in der unmittelbaren Nähe eines Fahrzeuges gekommen, in dem ein ehemaliger Polizeikommandant gesessen sei. Dabei seien mindestens vier Personen getötet und 12 weitere verletzt worden, darunter der ehemalige Kommandant. Am 5. September 2018 habe es im Gebiet Chawk-e Gulha in der Innenstadt von Herat zwei aufeinanderfolgende Explosionen gegeben, bei denen mindestens sechs Menschen verletzt worden seien, darunter zwei Verkehrspolizisten. Ende August 2018 seien an demselben Ort bei einer weiteren Explosion mindestens zwei Menschen ums Leben gekommen. Am 4. Oktober 2018 habe ein Sprengstoffanschlag auf ein geparktes Polizeifahrzeug im Stadtteil Darb-e Khush im Stadtzentrum abgezielt und etwa zehn Menschen, darunter ein Kind, verletzt. An dem gleichen Ort habe die Polizei von Herat danach USBVs in einem Hotel gefunden. Am 12. Oktober 2018 habe ein USBV-Angriff ein audiovisuelles Studio in Gawaliyan im Süden der Stadt Herat beschädigt, das einige öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen organisiert habe. Der Anschlag habe jedoch keine Opfer gefordert:

„There is a vibrant electoral atmosphere in Herat city and nearby district centres. [...] Moreover, the farther you go from the city and nearby district centres, the more insecurity grows and the election campaign diminishes. AAN researcher Said Reza Kazemi writes from

Herat city that deteriorating security poses serious questions about how many voters will be able to get to the polls on 20 October and therefore how representative the election can be. [...]

In the run-up to the election campaign period, from August 2018 onwards, Herat city witnessed a series of small-scale improvised electronic device (IED) attacks. On 9 August, explosives planted in a motorbike went off opposite a vehicle carrying a former Afghan Local Police (ALP) commander, Haji Amir Shindandi, in the Old Corps Road in Police District (PD) 1, killing at least four people and injuring 12 others including the ex-commander. On 5 September, there were two consecutive explosions in Chawk-e Gulha area in downtown Herat, injuring at least six people, including two traffic police officers. In late August, earlier in the same place (ie Chawk-e Gulha), an explosion killed at least two people. On 4 October, a blast targeted a parked police vehicle in Darb-e Khush area in the city centre, injuring about ten people, among them a child. In the same place, Herat police later on seized IED equipment in a hotel. On 12 October, there was an IED attack on an audio-video centre in Gawaliyan area in the south of Herat city which damaged the centre but left no casualties; the centre has been involved in the management of some high-profile events." (AAN, 15. Oktober 2018)

3.1.2 Mazar-e Sharif (Provinz Balkh)

Provinz Balkh

In einem Artikel vom November 2018 über die Ermordung eines lokalen Filmschauspielers in der Provinz Balkh schreibt die Khaama Press (KP), dass die Provinz Balkh zu den vergleichsweise „ruhigen“ Provinzen im Norden Afghanistans gehört habe, dass sich die Sicherheitslage jedoch in den letzten Jahren in einigen der Distrikte zu verschlechtern beginne. Sowohl die bewaffneten Kämpfer der regierungsfeindlichen Kräfte als auch bewaffnete Einzelpersonen seien in einigen abgelegenen Bezirken der Provinz aktiv, in denen es gelegentlich zu terroristischen und kriminellen Vorfällen komme:

„Balkh was among the relatively calm provinces in North of Afghanistan but the security situation in some of its districts has started to deteriorate during the recent years. Both the anti-government armed militants and irresponsible armed individuals are active in some remote districts of Balkh where occasionally terrorist and criminal related incidents take place." (KP, 17. November 2018)

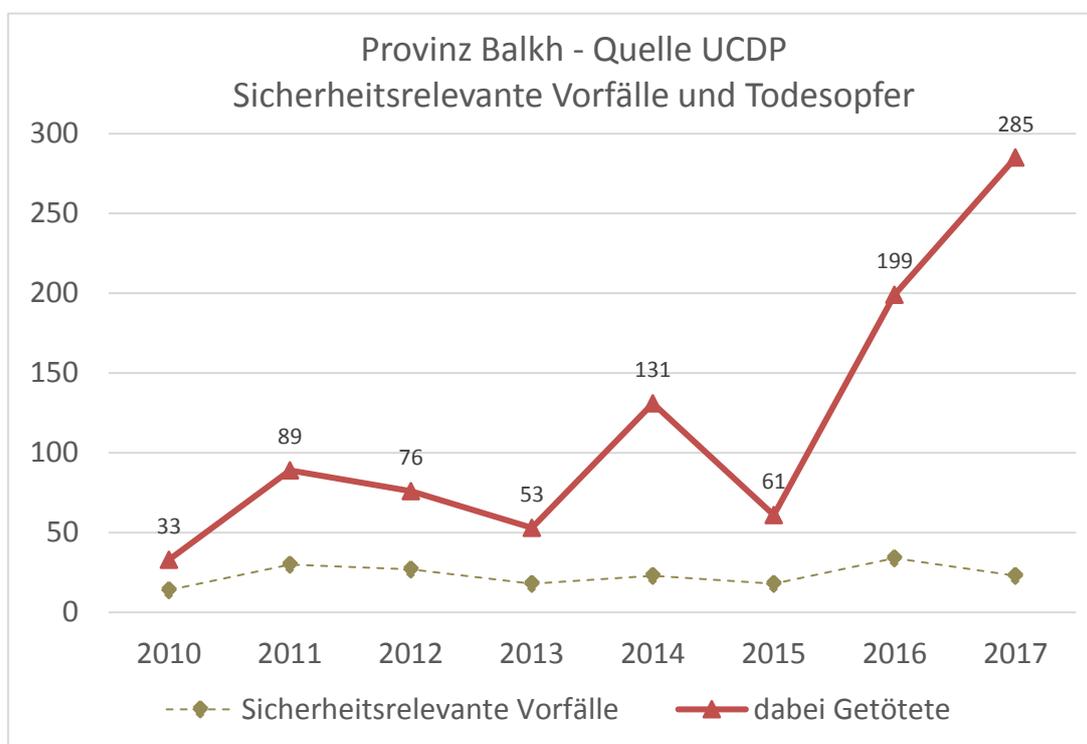
Laut einer Auskunft von UNHCR vom November 2018 könne Mazar-e Sharif in einigen Gebieten als sicher bezeichnet werden. Es gebe allerdings zahlreiche bewaffnete Konflikte auf den Straßen. Daher sei die Benützung der Straßen, um nach Mazar-e Sharif zu kommen, für die gesamte Bevölkerung ein großes Sicherheitsrisiko. Auf den Straßen komme es zu Zusammenstößen zwischen der Regierung und regierungsfeindlichen Elementen. In der Nähe Mazar-e Sharifs befänden sich Gebiete, insbesondere Charbolak und Chimal, in denen es andauernd Konflikte gebe:

„While Mazar-e Sharif can be termed as safe in some areas, there are lots of armed conflicts on the roads. So accessing the roads to come to Mazar is a big security issue for

the whole population. On the roads, there happen clashes between the government and anti-government elements. Close to Mazar-e Sharif there are areas of constant conflict notably Charbolak and Chintal districts.” (UNHCR, 26. November 2018a)

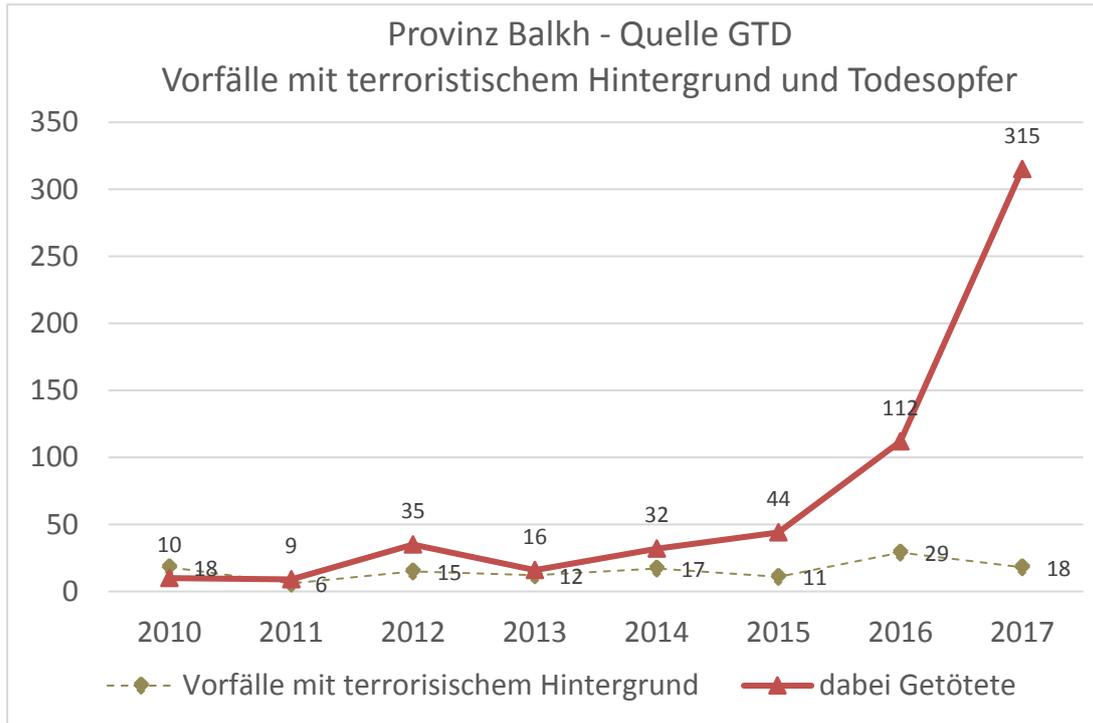
Die UNAMA dokumentiert in seinem im Februar 2018 erschienenen Jahresbericht für das Jahr 2017 in der Provinz Balkh 129 zivile Opfer (52 Getötete und 77 Verletzte). Dies komme einem Rückgang von 68 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gleich. USBVs, Bodeneinsätze und Blindgänger bzw. Landminen seien bezüglich dieser Opferzahlen für die Provinz Balkh die häufigsten Arten von Vorfällen (UNAMA, 15. Februar 2018, S. 67).

In der folgenden Grafik werden die vom Uppsala Conflict Data Program (UCDP) für die Provinz Balkh dokumentierten Zahlen sicherheitsrelevanter Vorfälle einschließlich der entsprechenden Zahlen an Todesopfern – jeweils für die Jahre 2010 bis 2017 – dargestellt. (Es gelten die in Abschnitt 3.1 zu dieser Quelle angeführten methodologischen Hinweise):



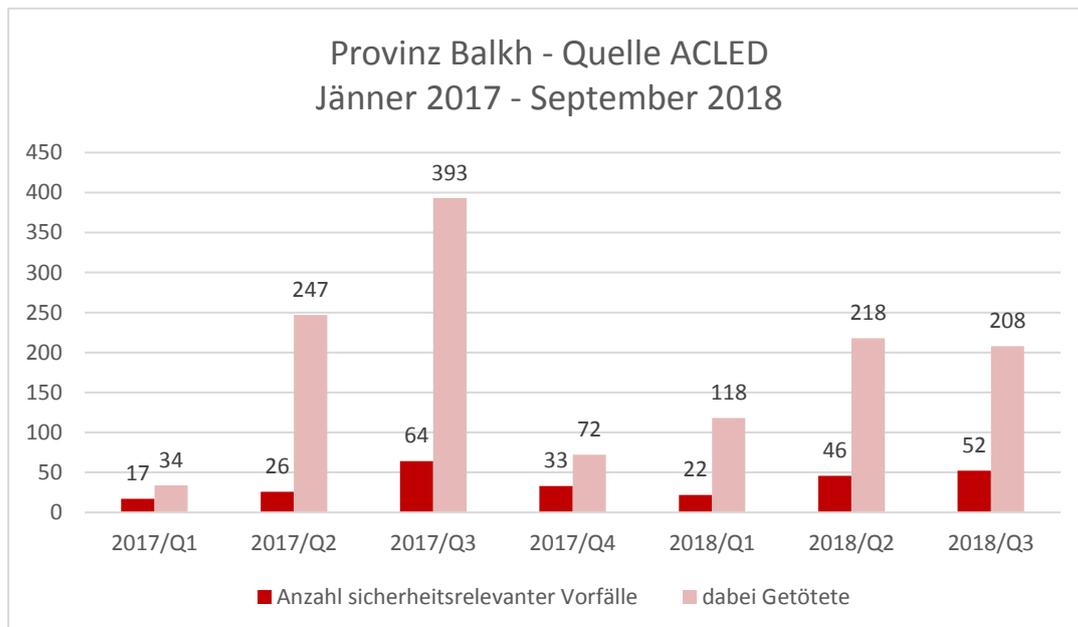
(Basierend auf Daten von UCDP, 13. November 2018)

Die nächste Darstellung zeigt die von der Global Terrorism Database (GTD) für die Provinz Herat dokumentierten Zahlen von Vorfällen mit terroristischem Hintergrund einschließlich der entsprechenden Zahlen an Todesopfern – jeweils für die Jahre 2010 bis 2017. (Es gelten die in Abschnitt 3.1 zu dieser Quelle angeführten methodologischen Hinweise):



(Basierend auf Daten von GTD, 13. November 2018)

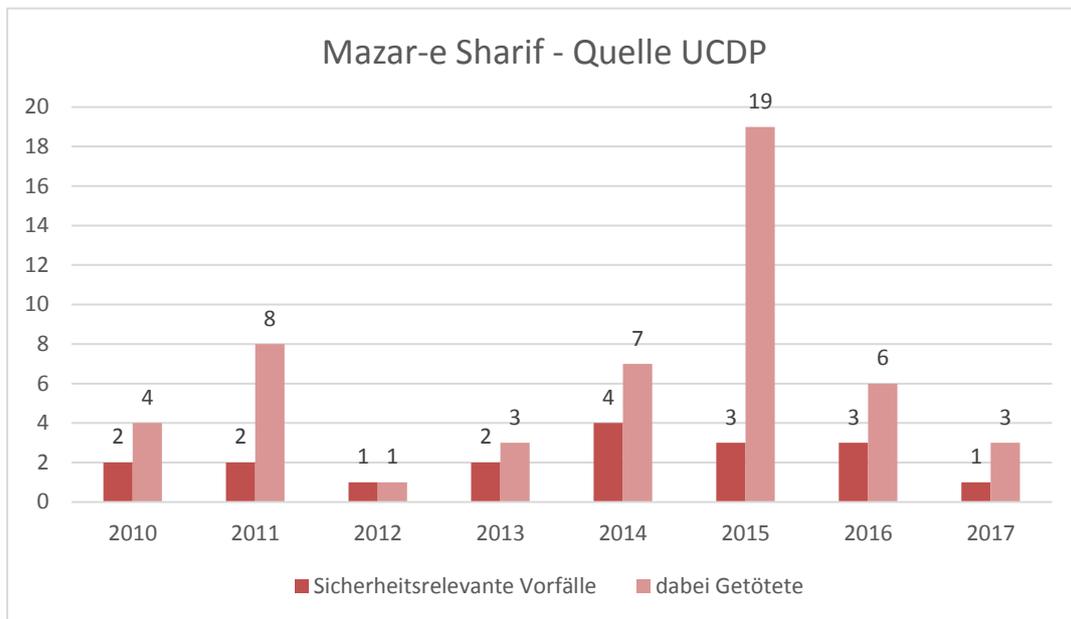
Deutlich höhere Zahlen finden sich wiederum in der Datenbank des Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED). Die ACLED-Zahlen werden im Folgenden quartalsmäßig für den Zeitraum Jänner 2017 bis September 2018 dargestellt. (Es gelten die in Abschnitt 3.1 zu dieser Quelle angeführten methodologischen Hinweise):



(Basierend auf Daten von ACLED, 12. November 2018)

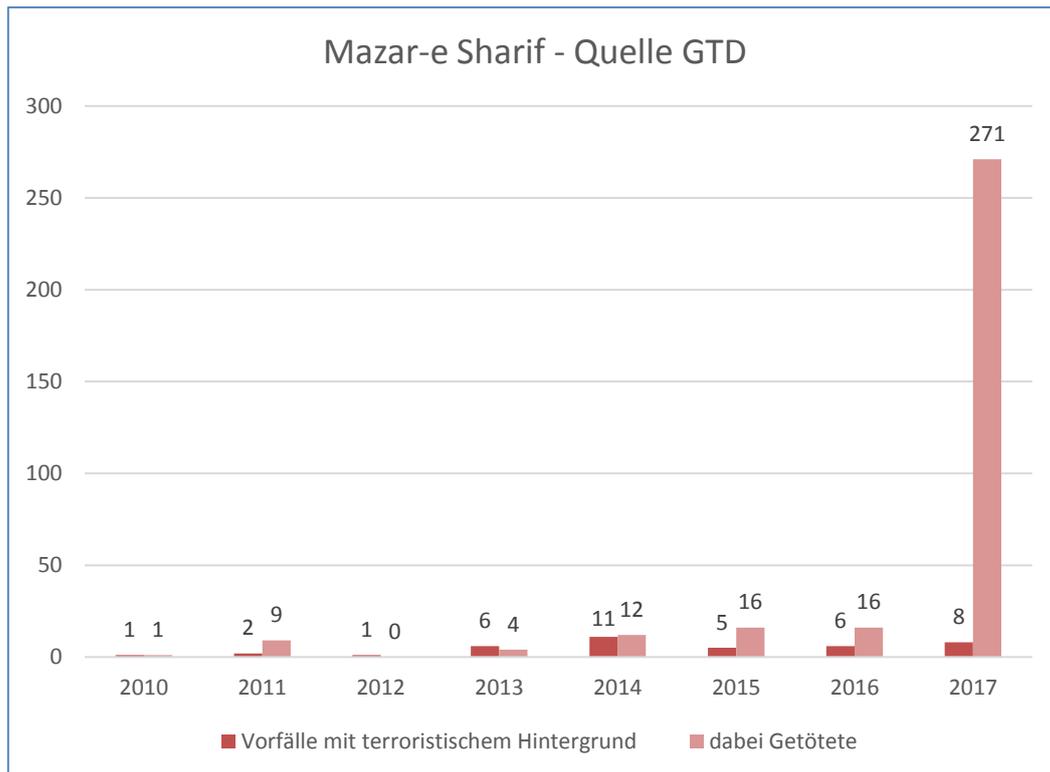
Mazar-e Sharif

In der folgenden Grafik werden die vom Uppsala Conflict Data Program (UCDP) für die Stadt Mazar-e Sharif dokumentierten Zahlen von sicherheitsrelevanten Vorfällen einschließlich der entsprechenden Zahlen an Todesopfern – jeweils für die Jahre 2010 bis 2017 – dargestellt. (Es gelten die in Abschnitt 3.1 zu dieser Quelle angeführten methodologischen Hinweise):



(Basierend auf Daten von UCDP, 13. November 2018)

In der folgenden Grafik werden die von der Global Terrorism Database (GTD) für die Stadt Mazar-e Sharif dokumentierten Zahlen von Vorfällen mit terroristischem Hintergrund einschließlich der entsprechenden Zahlen an Todsopfern – jeweils für die Jahre 2010 bis 2017 – dargestellt. (Es gelten die in Abschnitt 3.1 zu dieser Quelle angeführten methodologischen Hinweise):



(Basierend auf Daten von GTD, 13. November 2018)

Erläuterungen zur Diskrepanz der beiden Quellen UCDP und GTD für das Jahr 2017 finden sich weiter unten.

Ein größerer Vorfall habe sich laut GTD am 10. November 2016 ereignet. Dabei habe ein Selbstmordattentäter vor dem deutschen Konsulat in Mazar-e Sharif ein mit Sprengstoff beladenes Fahrzeug zur Explosion gebracht und Angreifer hätten das Feuer eröffnet, wobei neben dem Selbstmordattentäter vier Personen getötet und 128 weitere verletzt worden seien (GTD, 13. November 2018).

Am 21. April 2017 habe sich laut einem Artikel der BBC vom April 2018 ein größerer Taliban-Angriff auf einen Militärstützpunkt in der Nähe der Stadt Mazar-e Sharif ereignet, bei dem mehr als 100 afghanische Soldaten getötet oder verletzt worden seien (BBC, 22. April 2017). Dieser Vorfall findet sich sowohl in der auf Basis der GTD-Daten, als auch in der auf Basis der ACLED-Daten erstellten Grafik wieder (mit 266 Todesopfern bei GTD und 144 Todesopfern bei ACLED), nicht jedoch in der aus den UCDP-Daten erstellten Grafik, da der Ort des Vorfalles von dieser Quelle nicht zum Stadtgebiet gezählt wird (GTD, 13. November 2018, ACLED, 12. November 2018). UCDP dokumentiert diesen Vorfall mit 153 Getöteten und verortet ihn im (etwa zwölf Kilometer vom Stadtzentrum entfernt gelegenen) Militärcamp Shaheen (UCDP, 13. November 2017).

In Mazar-e Sharif wurden für das Jahr 2017 darüber hinaus folgende Vorfälle dokumentiert:

Khaama Press (KP) berichtet im Oktober 2017, dass bewaffnete Männer auf Motorrädern einen Angriff auf den Sprecher des Gouverneurs von Mazar-e Sharif ausgeübt und diesen dabei

verletzt hätten (KP, 11. Oktober 2017). Am 9. November 2017 habe laut Ariana News, einer vom privaten in Kabul ansässigen Fernsehsender Ariana Television Network betriebenen Nachrichtenwebsite, ein Selbstmordattentäter einen bekannten Stammesführer gezielt getötet und dabei zwei weitere Männer verwundet. Laut einem Sprecher der Taliban würden diese hinter dem Anschlag stecken (Ariana News, 9. November 2017). Am 22. November 2017 sei laut der unabhängigen afghanischen Nachrichtenagentur Pajhwok Afghan News (PAN) ein weiterer Mann bei einer Explosion in seinem Auto getötet worden (PAN, 22. November 2017). Laut einem Artikel von PAN sei am 17. Dezember 2017 ein Zivilist getötet und zwei weitere verletzt worden, als ihr Fahrzeug von einer Magnetbombe getroffen worden sei (PAN, 17. Dezember 2017). Laut einem weiteren Artikel von PAN seien am 30. Dezember 2017 neun Zivilisten und zwei Polizisten verletzt worden, als eine am Straßenrand platzierte Bombe ein Polizeiauto traf (PAN, 30. Dezember 2017).

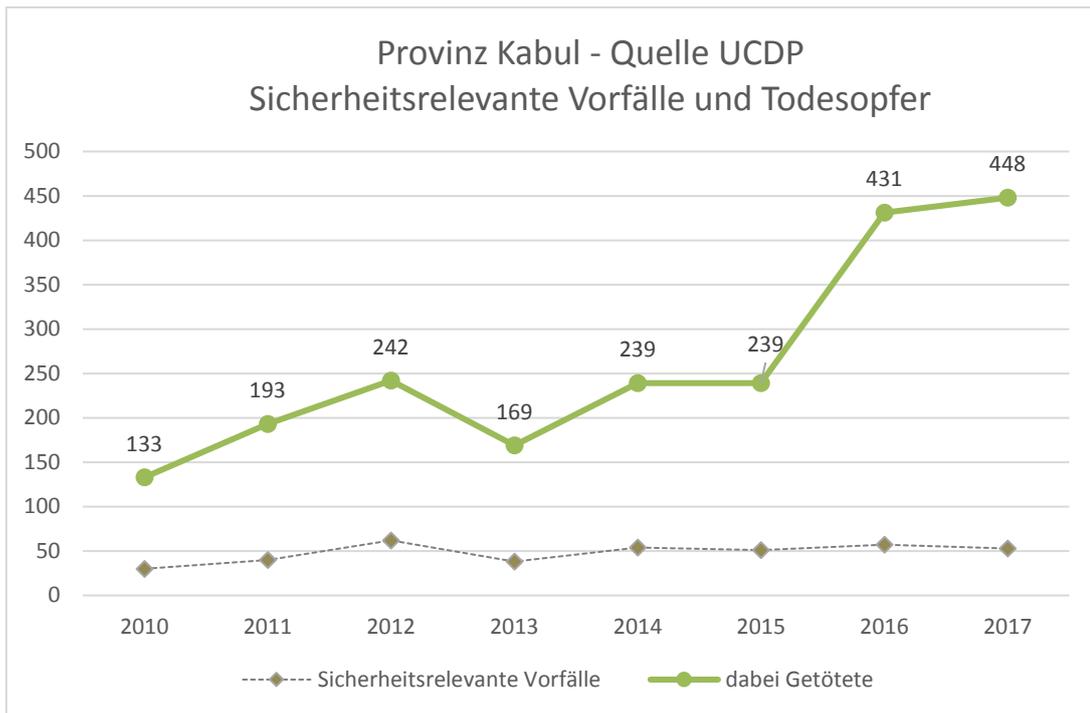
Für das Jahr 2018 wurden bislang unter anderem folgende Vorfälle dokumentiert: Laut einem Artikel der PAN seien am 24. Mai 2018 in Mazar-e Sharif bei einem Angriff bewaffneter Männer auf einen Polizeikonvoi zwei Personen (darunter ein Gefangener) getötet und sieben weitere Gefangene entführt worden (PAN, 25. Mai 2018); ACLED dokumentiert für diesen Vorfall nur eine getötete Person (ACLED, 12. November 2018). ACLED inkludiert einen weiteren Vorfall vom 22. Juli 2018 in seine Zahlen, bei dem Kämpfer der Taliban einen Polizei-Checkpoint in Mazar-e Sharif überrannt hätten. Dabei seien fünf Polizisten und ein Taliban-Mitglied getötet und neun weitere Polizisten verletzt worden (ACLED, 12. November 2018). PAN berichtet von einem Vorfall vom 1. September 2018, bei dem ein Imam in Mazar-e Sharif von bewaffneten Männern erschossen worden sei (PAN, 1. September 2018).

3.1.3 Kabul

Provinz Kabul

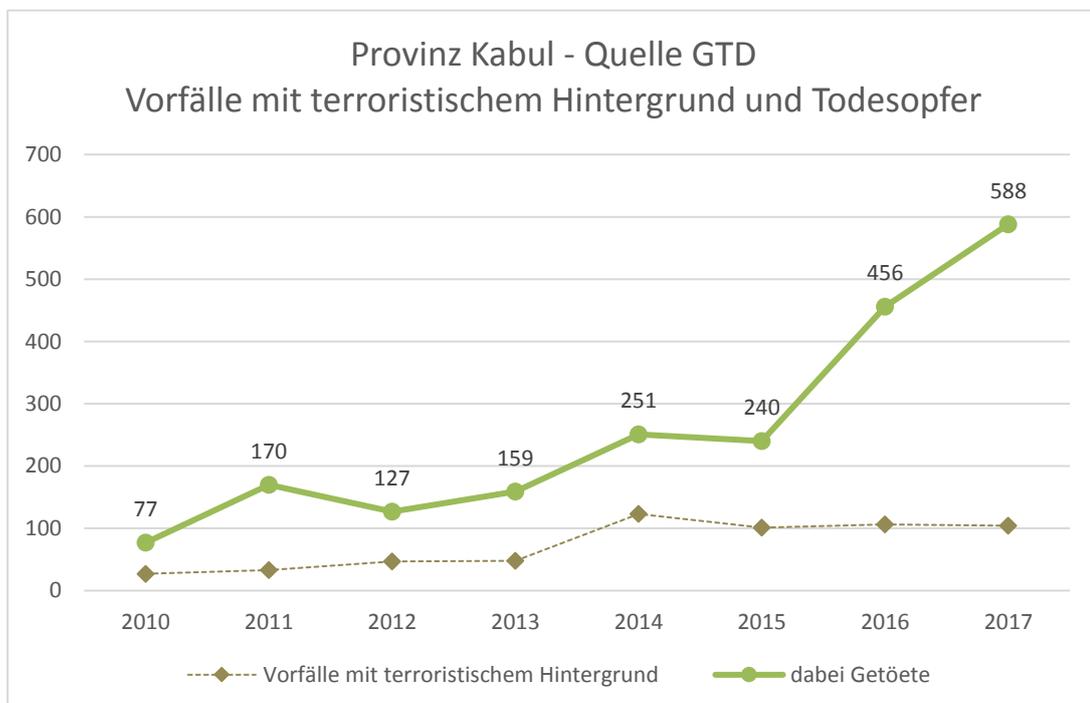
UNAMA dokumentiert in ihrem im Februar 2018 erschienenen Jahresbericht für das Jahr 2017 in der Provinz Kabul 1.831 zivile Opfer (479 Getötete und 1.352 Verletzte), mehr als für jede andere Provinz Afghanistans. Dies komme einem Anstieg von vier Prozent im Vergleich zum Vorjahr gleich. Selbstmord- und komplexe Anschläge, sowie USBVs und gezielte oder vorsätzliche Tötungen seien bezüglich dieser Opferzahlen für die Provinz Kabul die häufigsten Arten von Vorfällen (UNAMA, 15. Februar 2018, S. 67). Laut dem Jahresbericht vom Februar 2017 habe es im Jahr 2016 laut UNAMA 1.758 zivile Opfer (376 Getötete und 1.382 Verletzte) gegeben, somit auch im Jahr 2016 mehr als in jeder anderen Provinz Afghanistans (UNAMA, 6. Februar 2017, S. 4) Für das Jahr 2017 hält UNAMA fest, dass 88 Prozent der für Kabul dokumentierten 1.831 zivilen Opfer bei von regierungsfeindlichen Elementen durchgeführten Selbstmord- oder komplexen Anschlägen getötet oder verletzt worden seien (UNAMA, 15. Februar 2018, S. 4).

In der folgenden Grafik werden die vom Uppsala Conflict Data Program (UCDP) für die Provinz Kabul dokumentierten Zahlen sicherheitsrelevanter Vorfälle einschließlich der entsprechenden Zahlen an Todesopfern – jeweils für die Jahre 2010 bis 2017 – dargestellt (Es gelten die in Abschnitt 3.1 zu dieser Quelle angeführten methodologischen Hinweise):



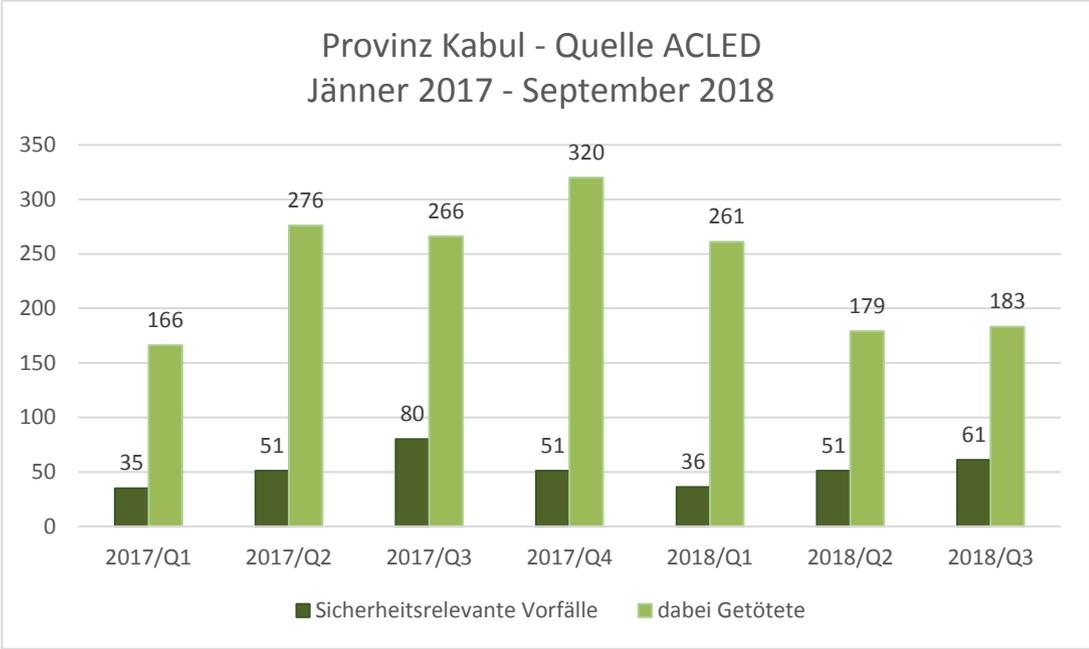
(Basierend auf Daten von UCDP, 13. November 2018)

Die nächste Darstellung zeigt die von der Global Terrorism Database (GTD) für die Provinz Kabul dokumentierten Zahlen von Vorfällen mit terroristischem Hintergrund einschließlich der entsprechenden Zahlen an Todesopfern – jeweils für die Jahre 2010 bis 2017. (Es gelten die in Abschnitt 3.1 zu dieser Quelle angeführten methodologischen Hinweise):



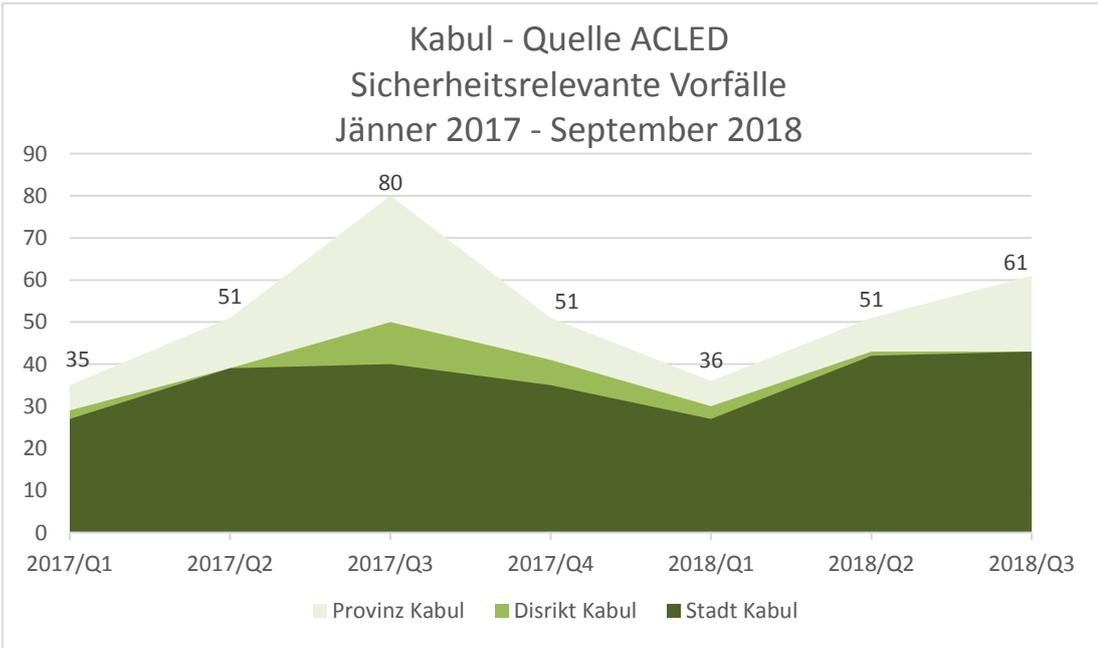
(Basierend auf Daten von GTD, 13. November 2018)

Deutlich höhere Zahlen finden sich in der Datenbank des Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED). Die ACLED-Zahlen werden im Folgenden quartalsmäßig für den Zeitraum Jänner 2017 bis September 2018 dargestellt. (Es gelten die in Abschnitt 3.1 zu dieser Quelle angeführten methodologischen Hinweise):



(Basierend auf Daten von ACLED, 12. November 2018)

Das folgende Flächendiagramm zeigt noch einmal die Zahlen der sicherheitsrelevanten Vorfälle in der Provinz Kabul und stellt zusätzlich die darin enthaltenen Zahlen für den Distrikt Kabul bzw. die Stadt Kabul dar:

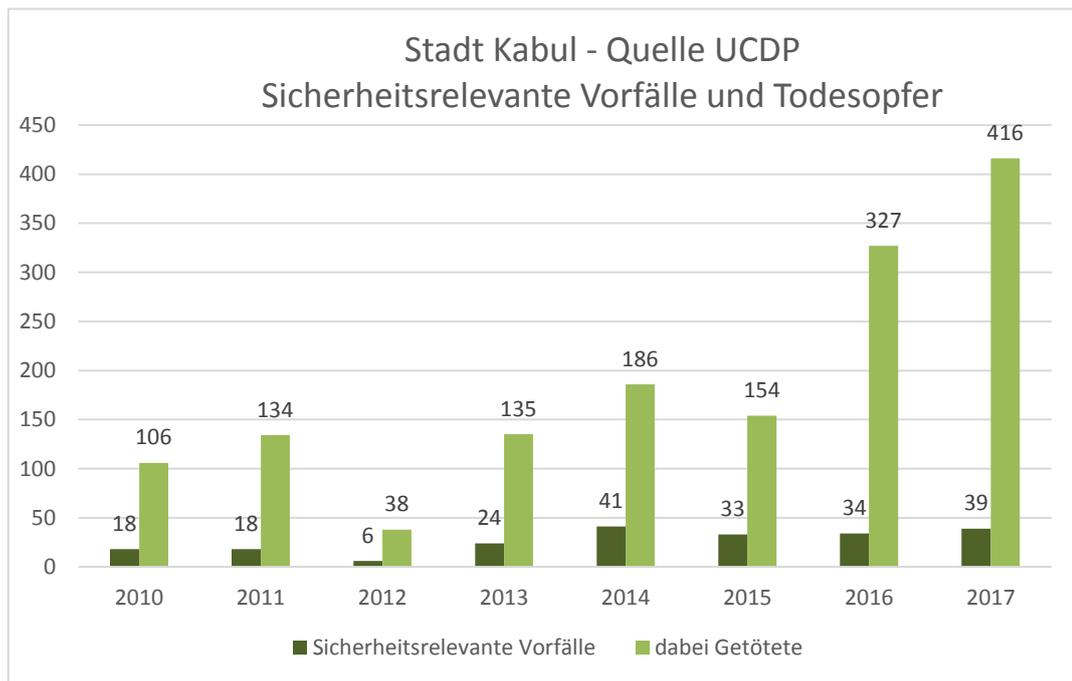


(Basierend auf Daten von ACLED, 12. November 2018)

Stadt Kabul

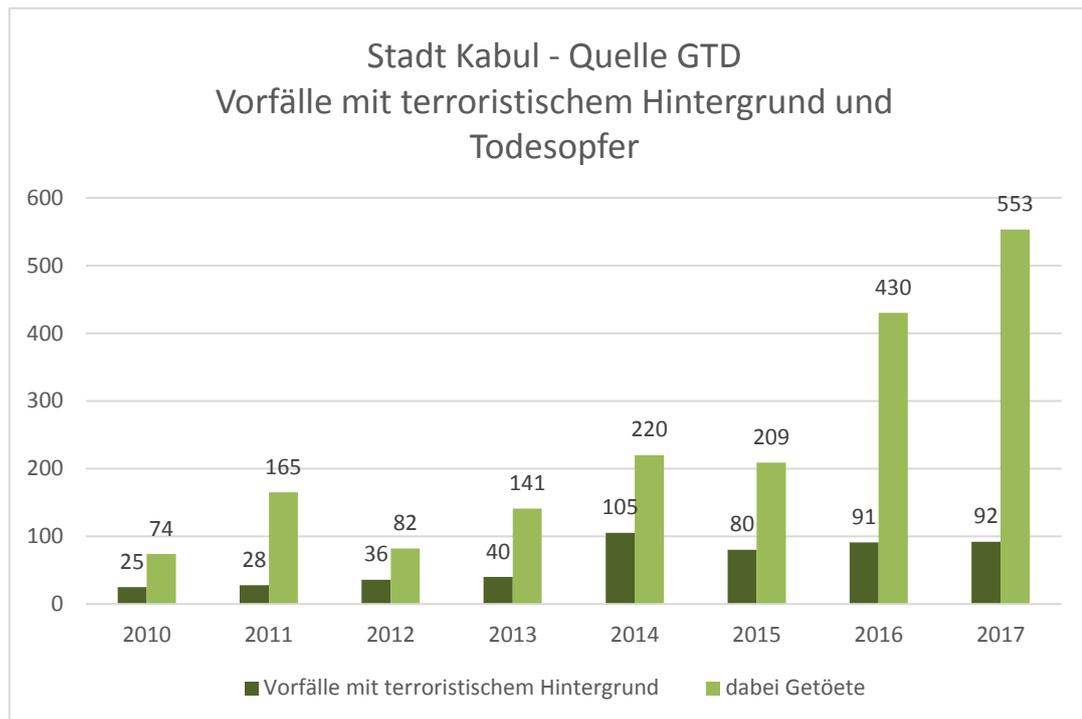
Für die Stadt Kabul dokumentiert UNAMA 1.612 zivile Opfer für das Jahr 2017, die bei Selbstmord- oder komplexen Anschlägen getötet (440) oder verletzt (1.172) worden seien (UNAMA, 15. Februar 2018, S. 4).

In der folgenden Grafik werden die vom Uppsala Conflict Data Program (UCDP) für die Stadt Kabul dokumentierten Zahlen sicherheitsrelevanter Vorfälle einschließlich der entsprechenden Zahlen an Todesopfern – jeweils für die Jahre 2010 bis 2017 – dargestellt. (Es gelten die in Abschnitt 3.1 zu dieser Quelle angeführten methodologischen Hinweise):



(Basierend auf Daten von UCDP, 13. November 2018)

In der folgenden Grafik werden die von der Global Terrorism Database (GTD) für die Stadt Kabul dokumentierten Vorfälle mit terroristischem Hintergrund einschließlich der entsprechenden Zahlen an Todesopfern – jeweils für die Jahre 2010 bis 2017 – dargestellt (Es gelten die in Abschnitt 3.2 zu dieser Quelle angeführten methodologischen Hinweise):



(Basierend auf Daten von GTD, 13. November 2018)

UNAMA zählt in ihrem Jahresbericht 2017 die folgenden in der Stadt Kabul verübten größeren Selbstmord- und komplexen Anschläge auf:

- Am 28. Dezember 2017 sei im Kulturzentrum Tabyan eine am Körper getragene USBV detoniert. 42 Zivilisten seien getötet und 77 verletzt worden. Die Gruppe ISKP habe die Verantwortung für den Anschlag übernommen.
- Am 20. Oktober 2017 sei eine am Körper getragene USBV bei einer Moschee im Dasht-e-Barchi-Viertel detoniert. Dabei seien 69 Zivilisten getötet und 60 verletzt worden. Die Gruppe ISKP habe die Verantwortung übernommen.
- Am 25. August 2017 sei bei einer Moschee im Viertel Khair Khana eine weitere am Körper getragene USBV detoniert, wobei 35 Zivilisten getötet und 65 verletzt worden seien. Die Gruppe ISKP habe die Verantwortung übernommen.
- Am 24. Juli 2017 sei vor einem Shuttle-Bus für Mitarbeiter der afghanischen Regierung eine auf einem Fahrzeug montierte USBV detoniert und habe 35 Zivilisten in den Tod gerissen und 57 weitere verletzt. Die Gruppe Taliban habe die Verantwortung übernommen.
- Am 31. Mai 2017 sei im Zentrum Kabuls während Hauptverkehrszeit eine in einem Lastwagen platzierte USBV detoniert, wobei 92 Zivilisten getötet und 491 verletzt worden seien. Dies sei der tödlichste von der UNAMA dokumentierte Anschlag seit dem Jahr 2001 gewesen. Niemand habe für den Anschlag die Verantwortung übernommen.
- Am 8. März 2017 sei es zu einem komplexen Anschlag auf ein Militärkrankenhaus in der Stadt Kabul gekommen. Dabei seien 26 Zivilisten getötet und 22 verletzt worden. Die Gruppe ISKP habe die Verantwortung für den Anschlag übernommen.
- Am 10. Jänner 2017 seien USBVs vor dem Parlamentsverwaltungsgebäude detoniert, wobei 34 Zivilisten getötet und 75 verletzt worden seien. Die Taliban hätten für den Anschlag die Verantwortung übernommen:

“28 December: Body - borne IED detonated inside Tabyan cultural centre: 119 civilian casualties (42 deaths and 77 injured). Daesh/ISIL-KP claimed responsibility.

20 October: Body - borne IED detonated against Imam Zaman Shi'a Mosque in Dasht-e-Barchi area: 129 civilian casualties (69 deaths and 60 injured). Daesh/IS IL - KP claimed responsibility.

25 August: Body - borne IED detonated against Imam Zaman Shi'a Mosque in Khair Khana area: 100 civilian casualties (35 deaths and 65 injured). Daesh/IS IL - KP claimed responsibility.

24 July: Vehicle - borne IED detonated against government employee shuttle - bus: 92 civilian casualties (35 deaths and 57 injured). Taliban claimed responsibility.

31 May : Vehicle - borne IED in a truck detonated in central Kabul city during rush - hour: 583 civilian casualties (92 deaths and 491 injured). Deadliest attack recorded by UNAMA since 2 001. No claim of responsibility.

8 March: Complex attack on a military hospital in Kabul city: 48 civilian casualties (26 deaths and 22 injured). Daesh/IS IL - KP claimed responsibility (see Midyear Report 2017 for more details on this attack).

10 January: Body and vehicle - borne IEDs detonated outside of the Parliament Administration building at the end of the work day: 109 civilian casualties (34 deaths and 75 injured). Taliban claimed responsibility.“ (UNAMA, 15. Februar 2018, S. 28)

In den von ACLED dokumentierten Zahlen sind für die Stadt Kabul unter anderem die folgenden größeren Vorfälle für das Jahr 2018 enthalten:

- Am 20. Oktober 2018 seien bei einem Selbstmordanschlag auf ein Wahllokal zehn Zivilisten und fünf Polizisten getötet und 25 weitere Personen verletzt worden.
- Am 26. Juli 2018 seien bei einem von den Taliban für sich reklamierten Selbstmordanschlag in der Nähe eines Konvois des afghanischen Geheimdienstes (National Directorate of Security, NDS) vier Beamte des NDS und ein bis zwei Zivilisten getötet worden. Fünf weitere Beamte der NDS und eine Zivilperson seien verletzt worden.
- Am 4. Juni 2018 seien bei einem vom IS für sich reklamierten Selbstmordanschlag in der Nähe einer Versammlung von hochrangigen muslimischen Klerikern neben dem Attentäter noch 13 Zivilisten und ein Polizist getötet und 18 Zivilisten und zwei Polizisten verletzt worden. Laut Angaben des IS seien 70 Menschen getötet oder verletzt worden.
- Am 30. April 2018 seien bei einem Selbstmordanschlag des IS in der Nähe eines NDS-Büros im Gebiet Shashdarak 29 Menschen getötet und 49 verletzt worden. Unter den 29 Toten seien neun Journalisten und drei Polizisten. (ACLED, 12. November 2018)

Die österreichische Tageszeitung Der Standard berichtet im November 2018 Folgendes über einen am 20. November 2018 verübten Selbstmordanschlag:

„Ein Selbstmordattentäter hat bei einem Anschlag auf eine religiöse Feier in der afghanischen Hauptstadt Kabul am Dienstag über 50 Menschen mit in den Tod gerissen.

Mehr als 80 weitere Menschen hätten Verletzungen erlitten, sagte ein Sprecher des Innenministeriums. Rund 40 von ihnen seien in einem kritischen Zustand. Der Attentäter sprengte sich nach Angaben der Polizei in einem Festsaal in die Luft, in dem sich hunderte Koranschüler und Gläubige versammelt hatten, um den Geburtstag des Propheten Mohammed mit Lesungen aus dem Koran zu feiern. Zu dem Attentat bekannt sich zunächst niemand. Der Gebäudekomplex, in dem sich mehrere große Festsäle für Hochzeitsfeiern befinden, liegt in der Nähe des Flughafens.“ (Der Standard, 20. November 2018)

Quellen (zusätzliche)

- Der Standard: Mindestens 50 Tote bei Anschlag in Kabul, 20. November 2018
<https://derstandard.at/2000091838307/Mindestens-40-Tote-bei-Anschlag-in-Kabul>

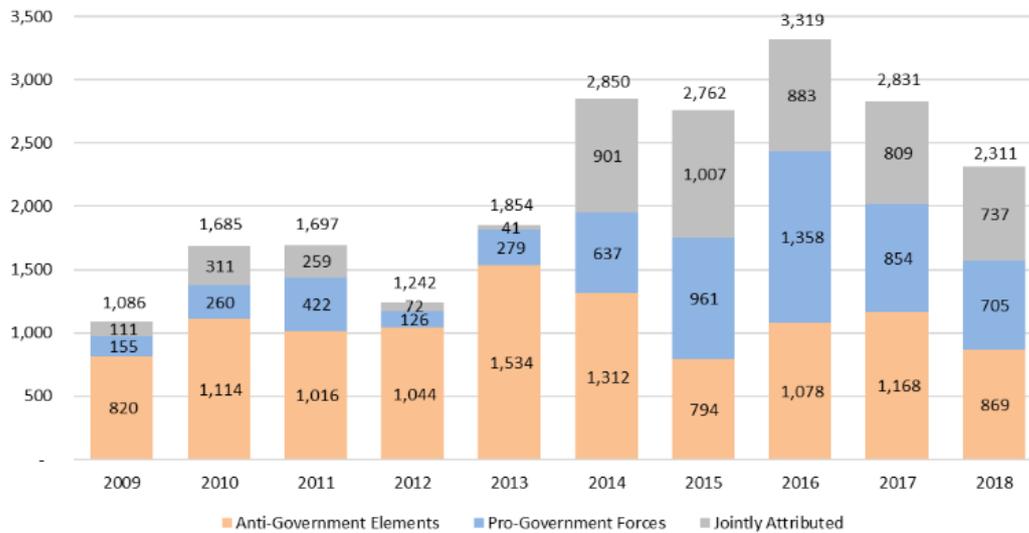
3.2 Militärische Operationen und Präsenz regierungsfeindlicher Gruppen

In ihrem Bericht für das dritte Quartal 2018 hält die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UN Assistance Mission in Afghanistan, UNAMA) fest, dass Bodenoperationen in Afghanistan weiterhin die zweithäufigste Ursache für zivile Opfer gewesen seien. 2.311 Zivilisten seien durch Bodenoperationen zu Opfern geworden (605 Tote und 1.706 Verletzte), was 29 Prozent aller zivilen Opfer entspreche. In den ersten neun Monaten des Jahres 2018 sei die Zahl der durch Bodenoperationen getöteten oder verletzten Zivilisten allerdings auf das niedrigste Niveau seit 2013 gesunken. Die fortdauernde Reduktion der Zahl an bei Bodeneinsätzen getöteten oder verletzten Zivilisten könnte laut UNAMA auf die anhaltende Verlagerung von regulären Bodenkämpfen hin zum verstärkten Einsatz von Selbstmord-USBVs durch regierungsfeindlichen Elementen und zu Luftangriffen und Suchaktionen durch mit der Regierung verbündete Kräfte zurückzuführen sein:

„Ground engagements remained the second leading cause of civilian casualties, causing 2,311 civilian casualties (605 deaths and 1,706 injured), accounting for 29 per cent of all civilian casualties. In the first nine months of 2018, civilian casualties from ground engagements decreased to the lowest levels since 2013, with a decrease in civilian casualties caused by Pro-Government Forces and Anti-Government Elements. The continued reductions in civilian casualties from ground engagements may have resulted from the continued shift from regular ground fighting toward the increased use of suicide IEDs [Improvised explosive device] by Anti-Government Elements, and airstrikes and search operations by Pro-Government Forces.“ (UNAMA, 10. Oktober 2018, S. 5)

Die folgende Darstellung aus demselben UNAMA-Bericht veranschaulicht die von der Unterstützungsmission dokumentierten Zahlen der bei Bodenoperationen in den Vergleichsperioden Jänner bis September der Jahre 2009 bis 2018 getöteten oder verletzten Zivilisten (je nach Verursacher):

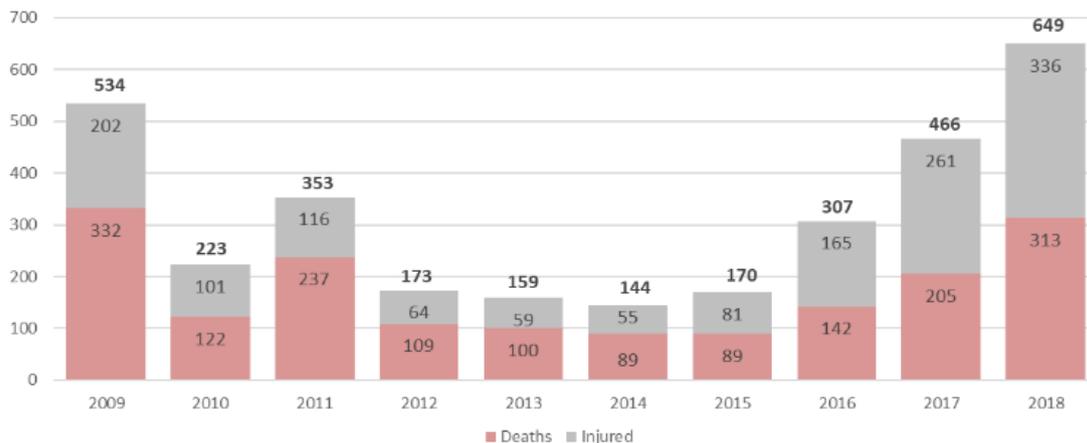
Ground Engagement Civilian Casualties by Perpetrator January to September 2009 - 2018



(UNAMA, 10 Oktober 2018, S. 5)

Der UNAMA-Bericht enthält darüber hinaus eine Darstellung, die die von der Unterstüzungsmision dokumentierten Zahlen der in den Vergleichsperioden Jänner bis September der Jahre 2009 bis 2018 bei Luftangriffen getöteten oder verletzten Zivilisten zeigt:

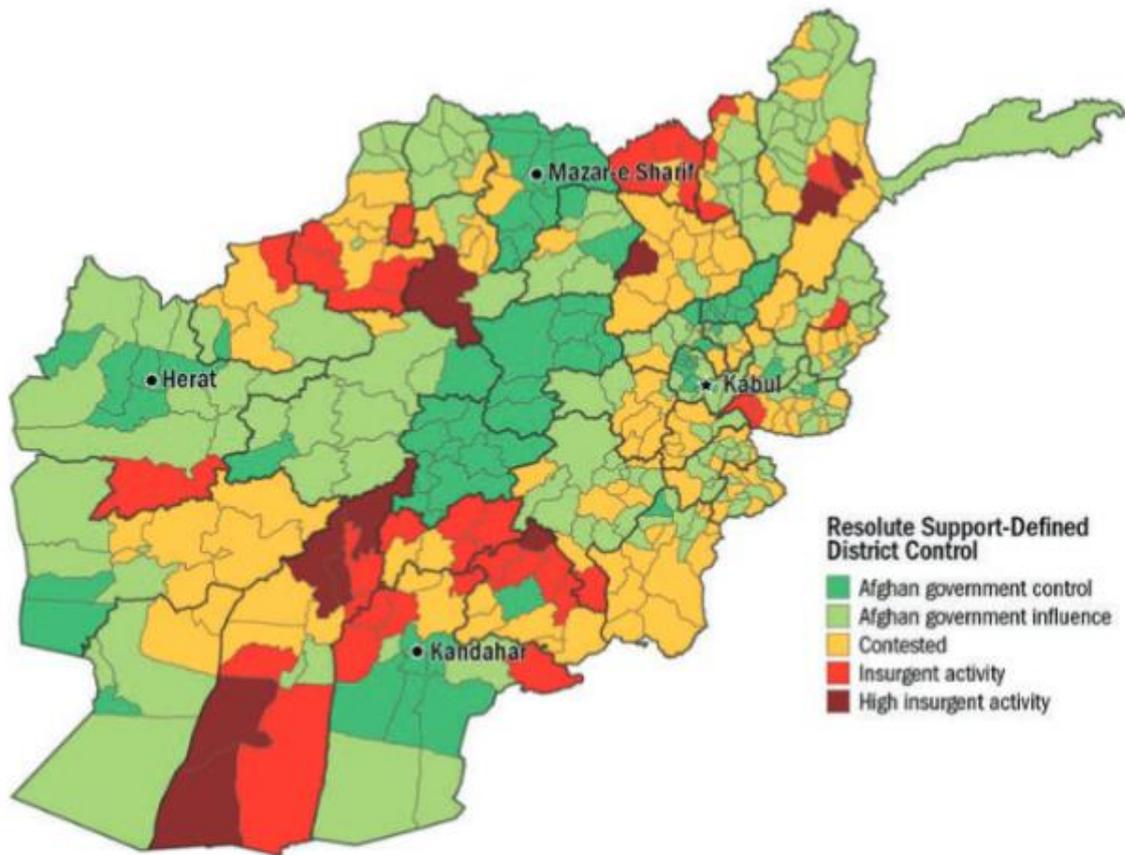
Civilian Deaths & Injured from Aerial Operations 1 January to 30 September 2009 - 2018



(UNAMA, 10 Oktober 2018, S. 6)

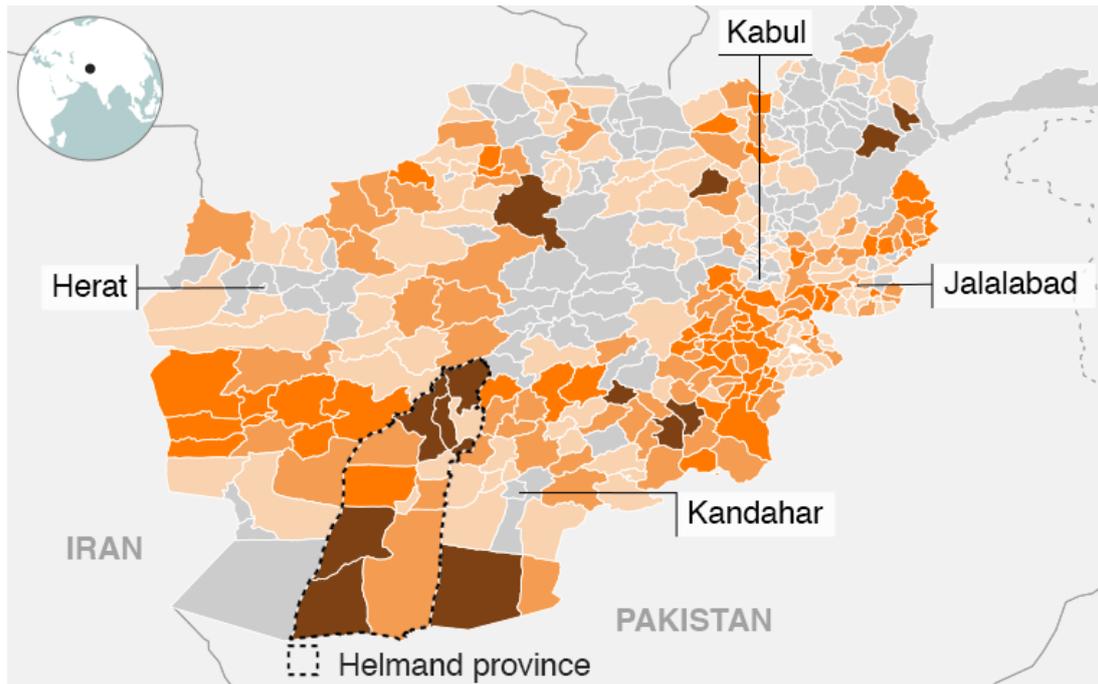
Das Amt des Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction (SIGAR), eine US-Behörde, die sich mit der Aufsicht über den Wiederaufbau in Afghanistan befasst, veröffentlicht in einem im Oktober 2018 erschienenen Quartalsbericht eine Karte Afghanistans, in der die Kontroll- und Einflussgebiete der afghanischen Regierung, sowie die Aktionsgebiete der Aufständischen dargestellt sind:

CONTROL OF AFGHANISTAN'S 407 DISTRICTS AS OF JULY 31, 2018



(SIGAR, 30. Oktober 2018, S. 71)

Eine von BBC im Jänner 2018 veröffentlichte Karte stellt die Präsenz der Taliban in den unterschiedlichen Distrikten Afghanistans dar. Laut Angaben von BBC basiere die Karte auf Recherchen, die zwischen 23. August und 21. November 2017 stattgefunden hätten:



- High - attacked at least twice a week, 15% of districts
- Medium - attacked at least three times a month, 20%
- Low - attacked once in three months, 31%
- Full government control, 30%
- Full Taliban control, 4%

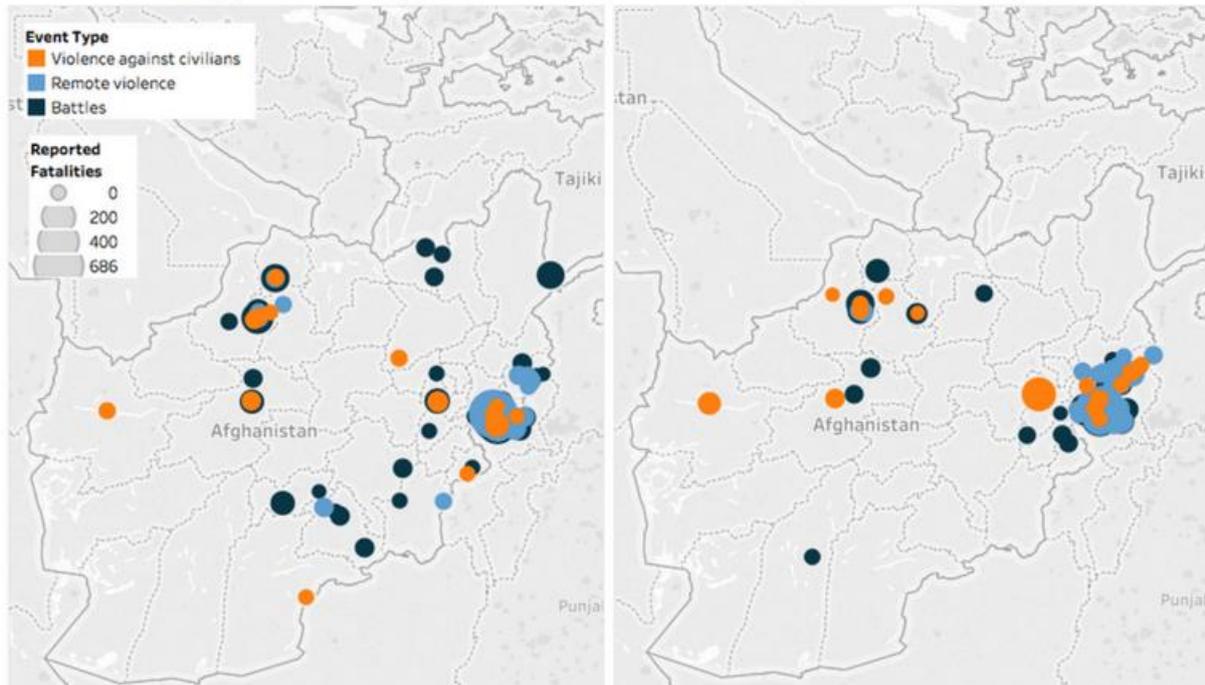
(BBC, 31. Jänner 2018).

Zwei im Februar 2018 von ACLED veröffentlichte Karten veranschaulichen die von ACLED dokumentierten Zahlen von bei Aktionen des IS getöteten Personen für die beiden Perioden 1. Jänner bis 15. Juli 2017 und 16. Juli 2017 bis 31. Jänner 2018:

Reported Fatalities Stemming from Islamic State Activity in Afghanistan, 2017-2018

1 January 2017 -- 15 July 2017

16 July 2017 -- 31 January 2018



(ACLED, 23. Februar 2018)

3.2.1 Provinz Herat

Said Reza Kazemi vom Afghanistan Analyst Network (AAN) schreibt in einem Artikel vom Oktober 2018 über die Provinz Herat, dass sich die Regierung und die Taliban einen gewalttätigen Konkurrenzkampf um Gebietskontrolle liefern würden. Die Straßen zwischen mehreren Distriktteilen, insbesondere jene Straßen, die die entlegenen Distrikte mit dem Provinzzentrum verbinden, seien zunehmend unsicher. Es gebe zahlreiche Taliban-Checkpoints, an denen der Personen- und Warenverkehr kontrolliert würde.

Der Distrikt Shindand, eine Taliban-Hochburg, sei der unsicherste Distrikt der Provinz. Es gebe dort ständige Zusammenstöße zwischen Taliban und Regierungskräften. Darüber hinaus hätten die beiden verfeindeten Taliban-Fraktionen – die eine loyal zur Hauptströmung der Taliban unter der Führung von Mullah Haibatullah und die andere loyal zu Mullah Rasul – in Shindand kürzlich ihren Kampf gegeneinander wiederaufgenommen. Es gebe auch Berichte über jüngste Taliban-Kämpfe im Distrikt Guzara, bei denen mindestens 17 ihrer Mitglieder getötet und acht weitere verletzt worden seien. Laut einer lokalen Nachrichtenagentur hätten die Taliban hierzu jedoch angegeben, dass es sich um Zusammenstöße der Taliban mit der afghanischen lokalen Polizei (ALP) gehandelt habe und dass sie 16 örtliche Polizisten getötet und ihren Posten eingenommen hätten. In anderen Bezirken hätten die Taliban laut Kazemi Checkpoints der Regierung angegriffen, Straßen zumindest vorübergehend gesperrt und die Regierung provoziert, um als Reaktion darauf Operationen einzuleiten. Auf beiden Seiten seien Verluste zu beklagen. Derartige Vorfälle hätten sich kürzlich in den Bezirken Adraskan, Paschtun Zarghun, Obe, Kushk-e Rubat Sangi, Kushk-e Kuhna, Ghoryan und Kohsan ereignet. Obwohl es bisher keine groß angelegten Angriffe der Taliban zur Übernahme der Bezirkszentren in Herat gegeben habe, seien einige dieser Zentren gefährdet:

„The government is right to be concerned about security. It has been deteriorating during the last couple of years in several districts of Herat province where the government and Taleban have been engaging in a violent contest for control. Roads between several districts, particularly the faraway ones, and the provincial centre are increasingly unsafe. There are frequent Taleban checkpoints on the way that control the movement of people and goods. Some of the posts are temporary, but others are more permanent. [...]

The Taleban provincial base, the southernmost district of Shindand, recently divided by the government into five smaller districts to improve its management and therefore, it was hoped, its security, is the most insecure in the province. There are continual clashes between the Taleban and government forces [...]. The two opposing Taleban factions – one loyal to the mainstream Taleban led by Mullah Haibatullah and the other to Mullah Rasul, who set up his own group after the death of Mullah Omar was announced in 2015 – also recently resumed fighting each other in Shindand [...]. There are also reports about recent Taleban infighting in Guzara district that left at least 17 of their members dead and eight others injured. However, according to local Kohandazh news agency, the Taleban version of events is that they clashed with the Afghan Local Police (ALP) killed 16 local policemen and captured their post. In other districts, the Taleban have attacked government checkpoints, closed roads at least temporarily and provoked the government to launch operations in response, leaving casualties on both sides. Such incidents have occurred recently in the southern district of Adraskan, the eastern districts of Pashtun Zarghun and Obe, the northern districts of Kushk-e Rubat Sangi and Kushk-e Kuhna, the eastern district of Ghoryan and the north-eastern district of Kohsan. Although there have been, so far, no large-scale attacks by the Taleban to take control of district centres in Herat, some are vulnerable.” (AAN, 15. Oktober 2018)

Die UNAMA dokumentiert laut ihrem Jahresbericht 2017 für die Provinz Herat 87 bei Bodenoperationen getötete (38) oder verletzte Zivilisten (49) im Jahr 2017. Im Vergleich zum Vorjahr 2016 stelle dies einen Rückgang von 58 Prozent dar (UNAMA, 15. Februar 2018, S. 21). Am 28. August 2017 hätten Geschosse, abgefeuert von der afghanischen Luftwaffe auf regierungsfeindliche Kräfte, 17 Zivilisten (neun Kinder und acht Frauen) getötet und drei weitere Frauen verletzt (UNAMA, 15. Februar, S. 46). Im Jahresbericht 2016 hält die UNAMA fest, dass im November 2016 im Distrikt Shindand Artilleriefeuer, abgefeuert vonseiten der afghanischen Armee auf regierungsfeindliche Kräfte, ein Wohngebiet getroffen habe. Dabei seien acht Zivilisten, darunter sieben Kinder, getötet und drei weitere, darunter zwei Mädchen, verletzt worden (UNAMA, 6. Februar 2017, S. 45).

In der im Jänner 2018 veröffentlichten Darstellung von BBC (siehe oben) werden die Distrikte der Provinz Herat bezüglich der Taliban-Präsenz folgendermaßen kategorisiert: Die Distrikte Shindand und Gulran werden zur mittleren Kategorie gezählt (mindestens drei Angriffe pro Monat), während die Distrikte Kushk, Kushki Kohna, Ghoryan, Guzara, Adraskan, und Chisht-i Sharif zur niedrigen Kategorie (mindestens ein Angriff in drei Monaten) gezählt werden. Die übrigen Distrikte der Provinz fallen in die Kategorie „Vollständige Kontrolle der Regierung“ (BBC, 31. Jänner 2018).

SIGAR schätzt laut Quartalsbericht vom Oktober 2018 die Stabilität der Distrikte der Provinz Herat mit Stand 31. Juli 2018 wie folgt ein: Für den Distrikt Shindand wird die Kategorie „Aufständische Aktivitäten“ angegeben, die Distrikte Guzara, Herat, Injil, Karukh, Kohsan und Zinda Jan befänden sich unter der „Kontrolle der afghanischen Regierung“, und alle übrigen Distrikte befänden sich unter „Einfluss der afghanischen Regierung“. (SIGAR, 30. Oktober 2018, S. 223)

Das Long War Journal der Foundation for Defense of Democracies ist eine US-amerikanische Nachrichtenwebsite, die nach eigenen Angaben über den „globalen Krieg gegen den Terrorismus“ berichtet. Die Webseite enthält eine interaktive Karte mit Einträgen zur Provinz Herat bis zum September 2018. Gemäß dieser Karte seien die Distrikte Adraskan, Kushk, Kushki Kohna, Ghoryan, Gulran, Obe und Shindand in der Provinz Herat umkämpft, während die übrigen Distrikte unter der Kontrolle der afghanischen Regierung stünden. (FFD's Long War Journal, ohne Datum)

In der folgenden Tabelle finden sich die Zahlen der von ACLED für die Provinz Herat für den Zeitraum Jänner 2017 bis September 2018 dokumentierten Kämpfe und der dabei Getöteten, aufgeschlüsselt nach den Distrikten der Provinz. Ein „Kampf“ wird dabei laut ACLED als gewaltsame Auseinandersetzung zwischen zwei politisch organisierten bewaffneten Gruppen definiert, die an einem bestimmten Ort zu einem bestimmten Zeitpunkt stattfindet (ACLED, 28. Dezember 2017a, S. 8). Kämpfe, die über mehrere Tage andauern, werden als mehrere Vorfälle gewertet (ACLED, 28. Dezember 2017a, S. 27):

Provinz Herat (Jänner 2017 bis September 2018) laut ACLED

Distrikt	Anzahl der Kämpfe	dabei Getötete
Adraskan	12	50
Chishti Sharif	17	94
Farsi	9	73
Ghoryan	2	9
Gulran	8	34
Guzara	6	11
Injil	3	4
Karukh	2	3
Kohsan	5	17
Kushk	16	64
Kushki Kuhna	4	25
Obe	23	99
Pashtun Zarghun	15	72
Shindand	81	689
Zinda Jan	2	4
Herat *)	53	165
Provinz Herat	258	1413

(Basierend auf Daten von ACLED, 12. November 2018)

*) Bei den 53 für den Distrikt Herat dokumentierten Kämpfen sind vorwiegend Vorfälle enthalten, die von ACLED keinem bestimmten Distrikt der Provinz Herat zugeordnet werden konnten und daher der Provinzhauptstadt zugeteilt wurden.

Für das dritte Quartal 2018 dokumentiert ACLED unter anderem die folgenden Vorfälle:

- Am 20. August sei es im Distrikt Pashtun Zarghun zu Zusammenstößen zwischen Taliban-Kämpfern und afghanischen Sicherheitskräften gekommen, elf Personen seien dabei getötet worden.
- Im selben Distrikt sei es am 12. September zu Zusammenstößen zwischen Taliban-Kämpfern und afghanischen Streitkräften gekommen, wobei 10 Personen getötet worden seien.
- Am 27. September hätten die afghanischen Streitkräfte in einem Gebiet nahe der Stadt Herat Luft- und Bodenoffensiven gegen mutmaßliche Taliban- und/oder IS-Kämpfer durchgeführt, es habe im Zuge dieser jedoch keine Todesopfer gegeben. (ACLED, 12. November 2018)

3.2.2 Provinz Balkh

UNHCR gibt in einem Gespräch vom November 2018 zur Lage in Mazar-e Sharif und der Provinz Balkh an, dass die afghanischen Sicherheitskräfte stark an sogenannten Räumungsoperationen beteiligt seien. Solche würden buchstäblich jeden Monat oder alle zwei Monate stattfinden. In der Provinz Balkh habe es von 2010 bis 2018 hunderte militärische Operationen mit unterschiedlichen Decknamen gegeben. Derzeit richte sich die laufende Räumungsaktion gegen die Präsenz der regierungsfeindlichen Elemente in den nahe der Hauptstraße von Mazar-e Sharif liegenden Dörfern, die die einzige Verbindung zwischen der Stadt und den anderen Provinzen sei. Es gebe einen sich ändernden Trend in der üblichen Vorgehensweise der regierungsfeindlichen Elemente. In den Jahren 2016 und 2017 hätten sie diese Gebiete im Frühjahr und Sommer kontrolliert, hätten sich jedoch in der Regel im Winter wieder aus dem Distrikt Chimtal zurückgezogen. Nun würden sie ihr Möglichstes tun, um ihre Präsenz im zuvor dazugewonnenen Gebiet in der Nähe Mazar-e Sharifs beizubehalten. Es werde erwartet, dass es in der nördlichen Region zu einer Zunahme an Militäroperationen von afghanischen Sicherheitskräften und der von der NATO geführten Beratungs- und Unterstützungsmission Resolute Support Mission kommen werde:

„AFS (Afghan Security Forces) are very much involved in so-called clearance operations. Clearance operations are taking place literally every month or every two months. In Balkh province from 2010 to 2018 there have been hundreds of military operations with different code names. At the moment, the ongoing ASF clearance operation is targeting the AGEs' presence [AGE: Anti-government elements] in the villages in the close proximity to the Mazar-e Sharif main road, which is the only connection between the city and the other provinces. There is a changing trend in the regular modus operandi of the AGEs. While in 2016 and 2017 they controlled these areas in the spring and summer period, but had usually withdrawn their presence in Chimtal district of Balkh province during the winter period. Now they are doing their best to sustain previously gained ground close to Mazar-e Sharif. It is expected that there is going to be an increase of military operations of the ASF and the resolute support mission in the northern region (international military).“ (UNHCR, 26. November 2018a)

In der im Jänner 2018 veröffentlichten Darstellung von BBC (siehe oben) werden die Distrikte der Provinz Balkh bezüglich der Taliban-Präsenz folgendermaßen kategorisiert: Die Distrikte Chahar Bolak and Chimtal werden zur mittleren Kategorie gezählt (mindestens drei Angriffe pro Monat), während die Distrikte Dawlatabad and Sholgara zur niedrigen Kategorie (mindestens ein Angriff in drei Monaten) gezählt werden. Die übrigen Distrikte der Provinz fallen in die Kategorie „Vollständige Kontrolle der Regierung“. (BBC, 31. Jänner 2018)

SIGAR schätzt laut Quartalsbericht vom Oktober 2018 die Stabilität der Distrikte der Provinz Balkh mit Stand 31. Juli 2018 wie folgt ein: Die beiden Distrikte Chahar Bolak und Chimtal seien „umkämpft“, alle übrigen befänden sich unter der „Kontrolle der afghanischen Regierung“. (SIGAR, 30. Oktober 2018, S. 220)

Gemäß einer interaktiven Karte auf der Webseite des Long War Journal, befinde sich der Distrikt Dawlatabad unter der Kontrolle der Taliban. Diese hätten das Distriktzentrum eingenommen, nachdem sich die afghanischen Sicherheitskräfte am 2. September 2018 von dort zurückgezogen hätten. Die Distrikte Chahar Bolak und Chimtal seien umkämpft, die übrigen befänden sich unter der Kontrolle der afghanischen Regierung (FFD's Long War Journal, ohne Datum). Zu dem Vorfall im Distrikt Dawlatabad finden sich weitere Informationen in dieser Quelle:

- PAN – Pajhwok Afghan News: Part of Balkh's Dawlatabad district falls to Taliban, 3. September 2018

<https://www.pajhwok.com/en/2018/09/03/part-balkh%E2%80%99s-dawlatabad-district-falls-taliban>

In der folgenden Tabelle finden sich die Zahlen der von ACLED für die Provinz Balkh für den Zeitraum Jänner 2017 bis September 2018 dokumentierten Kämpfe und der dabei Getöteten, aufgeschlüsselt nach den Distrikten der Provinz. Ein „Kampf“ wird dabei laut ACLED als gewaltsame Auseinandersetzung zwischen zwei politisch organisierten bewaffneten Gruppen definiert, die an einem bestimmten Ort zu einem bestimmten Zeitpunkt stattfindet (ACLED, 28. Dezember 2017a, S. 8). Kämpfe, die über mehrere Tage andauern, werden als mehrere Vorfälle gewertet (ACLED, 28. Dezember 2017a, S. 27):

Provinz Balkh (Jänner 2017 bis September 2018) laut ACLED

Distrikt	Anzahl der Kämpfe	Dabei Getötete
Balkh	42	93
Charbolak	32	188
Chimtal	64	466
Dawlat Abad	13	67
Kaldar	2	21
Nahri Shahi	3	12
Sholgara	5	35
Shortepa	5	39
Mazar-e Sharif *)	18	204
Provinz Balkh	184	1125

(Basierend auf Daten von ACLED, 12. November 2018)

*) Bei den 18 für den Distrikt Herat dokumentierten Kämpfen sind auch Vorfälle enthalten, die von ACLED keinem bestimmten Distrikt der Provinz Balkh zugeordnet werden konnten und daher der Provinzhauptstadt zugeteilt wurden.

Im Folgenden werden exemplarisch einige größere Vorfälle dargestellt:

Wie in Abschnitt 3.1.2 angeführt, sei es laut verschiedenen Quellen am 21. April 2017 zu einem Taliban-Angriff auf das etwa zwölf Kilometer vom Stadtzentrum Mazar-e Sharifs entfernte Militärcamp Shaheen gekommen, bei dem je nach Quelle 100 bis 266 Personen getötet worden seien (BBC, 22. April 2017; GTD, 13. November 2018; UCDP, 13. November 2017).

Pajhwok Afghan News (PAN) berichtet im September 2017, dass laut Einwohnern aufständische bewaffnete Kämpfer zurückgekehrt seien, die kürzlich im Zuge von „Räumungsaktionen“ aus dem Distrikt Chimtal vertrieben worden seien, wobei dutzende („tens of“) Rebellen getötet worden seien:

„Militants have staged a comeback in areas they were recently driven from during ‘clearing operations’ in the Chamtal district of northern Balkh province, residents said on Thursday. Security forces, spearheaded by Governor Atta Mohammad Noor, conducted clearing operations in areas where rebels had captured some security posts. Tens of rebels were killed in the last month’s operation, with security forces claiming to have recaptured the lost check-posts and purged the area of militants. But residents claimed the militants were back in some areas after Eidul Adha.” (PAN, 7. September 2017)

In einem Artikel vom Jänner 2018 berichtet die afghanische Online-Zeitung Khaama Press (KP), dass bei Zusammenstößen zwischen dem afghanischen Militär und aufständischen Taliban-Kämpfern rund um den Distrikt Chahar Bolak mindestens 22 bewaffnete Kämpfer getötet oder verletzt worden seien. Die afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte seien damit beschäftigt, in der Provinz Balkh und in anderen nördlichen Provinzen Operationen zur Terrorbekämpfung durchzuführen, um die aufständischen Gruppen zurückzuschlagen und sie daran zu hindern, ihre Präsenz im Norden des Landes auszubauen:

„At least twenty two militants were killed or wounded during the clashes in northern Balkh province of Afghanistan, the Afghan army officials said late on Monday. According to the officials of the 209th Shaheen Corps, the clash took place in the vicinity of Chahar Bolak district of Balkh province between the Afghan armed forces and the Taliban insurgents. [...] [T]he Afghan national defense and security forces are busy conducting counter-terrorism operations in northern Balkh and other key northern provinces to suppress the insurgent groups and prevent them from expanding foothold in the North of the country.” (KP, 16. Jänner 2018)

Die staatliche afghanische Nachrichtenagentur Bakhtar News Agency (BNA) berichtet im Februar 2018 unter Verweis auf die Nasratullah Jamshidi Press, dass am 24. Februar 2018 eine Militäroperation zur Räumung der unsicheren Gebieten in den Distrikten Chimtal (Provinz Balkh), Tala und Barfak (Provinz Baghlan) von Aufständischen gestartet worden sei:

„Two joined military operations started in Balkh and Baghlan provinces yesterday. Nasratullah Jamshidi press in charge of Shaheen 209 army corps told BNA [Bakhtar News Agency], joined military operations under the code name of ‘Alborz 23’ was begun for clearing of insecure regions in Chamtal District, Balkh province and Tala and Barfak

Districts, Baghlan province. He added, the operations continue in the mentioned regions till annihilation of insurgents.” (BNA, 25. Februar 2018)

Laut einem Artikel von Khaama Press (KP) habe am 7. Juli 2017 eine neuerliche Militäroperation zur Niederschlagung der regierungsfeindlichen bewaffneten Kämpfer in der Provinz Balkh gestartet. Die Operation würde im Distrikt Chamtal ihren Anfang nehmen, bereits zwei Aufständische seien getötet und vier weitere verletzt worden:

„The Afghan armed forces launched a new operation, Walid-9 operations, to suppress the anti-government armed militants in northern Balkh province of Afghanistan. The 209th Shaheen Corps of the Afghan Military in the North said the operations kicked off today at 6 am in Chamtal district. A statement by Shaheen Corps said the operations were launched from Yangi Qala, Shor Aba, and Jar Qala areas of the district and as a result at least two militants have been killed so far. The statement further added at least four militants also sustained injuries during the clashes with the Afghan forces.” (KP, 7. Juli 2018)

Der vom US-amerikanischen Kongress finanzierte Rundfunkveranstalter Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL) berichtet im September 2018, dass die afghanischen Sicherheitskräfte eine Offensive gegen Taliban-Kämpfer gestartet hätten. Diese hätten in den Monaten vor Veröffentlichung des Artikels eine Reihe von Operationen durchgeführt, um ihre Kontrolle über ländliche Gebiete im Norden Afghanistans zu erweitern. Am 2. September 2018 hätten sie eine Reihe von Dörfern westlich der Stadt Mazar-e Sharif erobert. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums habe gesagt, dass die Sicherheitskräfte der Regierung hoffen würden, das im Distrikt Dawlatabad liegende Gebiet Chari bald zurückerobern zu können:

„[In the] province of Balkh, Afghan security forces have launched an offensive against Taliban fighters who seized a series of villages to the west of Mazar-e Sharif on September 2. Defense Ministry spokesman Mohammad Radmanesh said late on September 3 that government security forces hoped to retake the Chari area of Balkh's Dawlatabad district 'soon.' The Taliban in recent months has carried out a series of operations to expand its control over rural areas in northern Afghanistan and has briefly taken control of some urban areas in Afghanistan, including parts of the city of Ghazni to the southwest of Kabul during August.” (RFE/RL, 4. September 2018)

3.2.3 Kabul

Unter Verweis auf verschiedene Quellen schreibt EASO in seinem Bericht zur Sicherheitslage vom Mai 2018, dass die Regierung in verschiedenen Teilen der Stadt Kabul regelmäßig Sicherheitsoperationen durchführe. Ein neuer Sicherheitsplan sehe auch Hausdurchsuchungen vor. Um die Sicherheitslage zu verbessern, seien gemäß dem im August 2018 verkündeten neuen Sicherheitsplan „Zarghun Belt“ (übersetzt: „der grüne Gürtel“) in zentralen Teilen der Stadt mindestens 90 Checkpoints errichtet worden. Die afghanische Regierung habe ein Gebiet der Stadt Kabul, in dem sich wichtige Regierungsinstitutionen und ausländische Botschaften sowie einige Unternehmen befinden würden, als „Grüne Zone“ deklariert. Obwohl es in Kabul nie eine offizielle „Grüne Zone“ gegeben habe, sei das Zentrum der afghanischen Hauptstadt im Laufe der Jahre zunehmend zu einer militarisierten Zone geworden, die durch bewaffnete Checkpoints und explosions sichere Mauern gekennzeichnet sei. Gemäß dem neuen Plan seien

Nebenstraßen, die die Vororte Kabuls mit dem Stadtzentrum verbinden würden, gesperrt. Darüber hinaus würden die Sicherheitskräfte ihre Präsenz in Bezug auf Identitätskontrollen und Erkundungs- und Geheimdienstmaßnahmen verstärken, um den Personenverkehr innerhalb der Sicherheitszone zu kontrollieren. Die Sicherheitsmaßnahmen würden auch eine Erhöhung der Zahl der Sicherheitskräfte und eine Verbesserung der Infrastruktur in Schlüsselgebieten der Stadt umfassen. Insgesamt umfasse der neue Sicherheitsplan 52 Maßnahmen, von denen die meisten nicht publik seien. Die Afghanische Nationalarmee (ANA) werde auch zumindest einen Teil der zuvor durchlässigen („porous“) Polizei-Checkpoints innerhalb der Stadt übernehmen und spezialisierte Soldaten für die Standwache ausbilden. Ziel sei es, sowohl einen inneren als auch einen äußeren Sicherheitsring zu etablieren um dann die dazwischenliegenden Gebiete zu „säubern“:

„The government is regularly conducting security operations in different parts of the capital. A new security plan also provides for house searches. In order to improve the security situation in Kabul City, at least 90 checkpoints were set up in central parts of the city under a new security plan called Zarghun Belt (the Green Belt), as announced in August 2017. The Afghan government declared a key area of the Afghan capital where important government institutions and foreign embassies along with some businesses are located as a ‘Green Zone’. Although Kabul never had a formal ‘Green Zone’, over the years the centre of the Afghan capital had increasingly become a militarised zone marked by armed checkpoints and blast walls. Under the new plan, side roads connecting the suburbs of Kabul to the city centre will be closed off and security forces will increase their presence, identity checks as well as reconnaissance and intelligence activities, all in a bid to control the movement of people inside the security zone. The network of security measures also includes an increase in the number of security forces and improvements to the infrastructure around key areas of the city. Overall, the new security plan features 52 measures, most of which remain undisclosed. The ANA [Afghan National Army] will also take over at least some of the once ‘porous’ police checkpoints inside the city and is training specialised soldiers to stand guard. The goal is to establish an inner as well as an outer security ring and clear everything in between.” (EASO, Mai 2018, S. 26)

EASO hält unter Verweis auf verschiedene Quellen weiters fest, dass sowohl die Taliban als auch der IS in der Stadt Kabul spektakuläre Anschläge durchführen würden. Insgesamt habe die Gruppe ISKP die Verantwortung für 14 der im Jahr 2017 in der Stadt Kabul verübten Selbstmord- oder komplexen Anschläge übernommen. Auch über das Haqqani-Netzwerk werde gesagt, dass von diesem in der Stadt Anschläge durchgeführt würden:

„Both the Taliban and IS carry out high-profile attacks in Kabul city, and the Haqqani network is also said to commit attacks in Kabul city. In total in 2017, ISKP [Islamic State Khorasan Province] claimed responsibility for 14 suicide and complex attacks in Kabul city.” (EASO, Mai 2018, S. 25)

Thomas Ruttig vom Afghanistan Analysts Network (AAN) schreibt in einem im Februar 2018 veröffentlichten Artikel zur Gewalt in der Stadt Kabul, dass es zunehmend schwierig sei, die Angaben jener Gruppen, die sich zu Anschlägen bekennen, einzuschätzen. Es gebe Indizien dafür, dass die diversen Pro-IS-Gruppen Anschläge für sich beanspruchen würden, die sie gar

nicht verübt hätten. Es gebe auch Hinweise darauf, dass die Taliban ihre Beteiligung an Anschlägen bestreiten würden, bei denen die Zahl ziviler Opfer besonders hoch gewesen sei. Für die Taliban oder das teilautonome Haqqani-Netzwerk sei es unter Umständen von Vorteil, wenn der IS Anschläge für sich reklamieren, die zu erheblichen Verlusten an Menschenleben geführt hätten. In Kabul seien Infrastruktur, Logistik und mögliches Personal („Terroristen zum anheuern“) vorhanden, die vom Haqqani-Netzwerk oder anderen Taliban-Gruppen genutzt werden können, etwa Splittergruppen, die nunmehr unter dem IS-Banner arbeiten würden, sowie gewalttätige pakistanische konfessionell motivierte anti-schiitische Gruppen:

„However, it is increasingly difficult to assess the claims and to attribute responsibility. There are indications that the diverse pro-IS [Islamic State] groups are claiming attacks that have not been carried out by them. There are also indications that the Taliban are denying their involvement in attacks when there are particularly high numbers of civilian casualties. [...] For the Taliban, or the semi-autonomous Haqqani network, it might be convenient that the IS claims attacks that have resulted in considerable loss of civilian lives. In Kabul, there also might be an infrastructure, logistics and possible personnel (‘terrorists to hire’) that can be utilised by the Haqqani network or other Taliban groups, splinter groups now sailing under an IS banner, and violent Pakistani sectarian (anti-Shia) groups.“ (AAN, 5. Februar 2018, Frage 1)

In der im Jänner 2018 veröffentlichten Darstellung von BBC (siehe oben) werden die Distrikte der Provinz Kabul bezüglich der Taliban-Präsenz folgendermaßen kategorisiert: Der Distrikt Surobi wird zur mittleren Kategorie gezählt (mindestens drei Angriffe pro Monat), die Distrikte Khaki Jabbar, Musayi, Paghman und Qarabagh werden zur niedrigen Kategorie (mindestens ein Angriff in drei Monaten) gezählt. Die übrigen Distrikte der Provinz fallen in die Kategorie „Vollständige Kontrolle der Regierung“ (BBC, 31. Jänner 2018).

SIGAR schätzt laut Quartalsbericht vom Oktober 2018 die Stabilität der Distrikte der Provinz Kabul mit Stand 31. Juli 2018 wie folgt ein: Für die Distrikte Chahar Asyab, Dih Sabz, Khaki Jabbar, Musayi, Paghman, Qarabagh und Surobi wird die Kategorie „unter Einfluss der afghanischen Regierung“ angegeben, die übrigen Distrikte befänden sich laut SIGAR unter der „Kontrolle der afghanischen Regierung“. (SIGAR, 30. Oktober 2018, S. 223)

Gemäß einer interaktiven Karte auf der Webseite des Long War Journal würden sich alle Distrikte der Provinz Kabul unter Regierungskontrolle befinden. (FFD’s Long War Journal, ohne Datum)

In der folgenden Tabelle finden sich die Zahlen der von ACLED für die Provinz Kabul für den Zeitraum Jänner 2017 bis September 2018 dokumentierten Kämpfe und der dabei Getöteten, aufgeschlüsselt nach den Distrikten der Provinz. Ein „Kampf“ wird dabei laut ACLED als gewaltsame Auseinandersetzung zwischen zwei politisch organisierten bewaffneten Gruppen definiert, die an einem bestimmten Ort zu einem bestimmten Zeitpunkt stattfindet (ACLED, 28. Dezember 2017a, S. 8). Kämpfe, die über mehrere Tage andauern, werden als mehrere Vorfälle gewertet (ACLED, 28. Dezember 2017a, S. 27):

Provinz Kabul (Jänner 2017 bis September 2018) laut ACLED

Distrikt	Anzahl der Kämpfe	dabei Getötete
Bagrami	1	1
Chahar Asyab	1	3
Istalif	1	5
Khaki Jabbar	5	21
Mussahi	9	22
Paghman	7	20
Qarabagh	2	7
Surobi	24	88
Kabul *)	70	648
Provinz Kabul	120	815

(Basierend auf den Daten von ACLED, 12. November 2018)

*) Bei den 70 für den Distrikt Kabul dokumentierten Kämpfen sind auch vereinzelt Vorfälle enthalten, die von ACLED keinem bestimmten Distrikt der Provinz Kabul zugeordnet werden konnten und daher der Provinzhauptstadt zugeteilt wurden.

3.3 Kriminalität und Polizeipräsenz in unterschiedlichen (insbesondere in von IDPs und RückkehrerInnen bewohnten) Stadtteilen

Das Overseas Security Advisory Council (OSAC), eine US-Einrichtung zur Förderung der Kooperation zwischen US-Außenministerium und Privatunternehmen in Sicherheitsfragen, hält in seinem Afghanistan-Bericht für das Jahr 2018 fest, dass kriminelle Aktivitäten in Afghanistan weit verbreitet seien und den Betrieb mehrerer lokaler, regionaler und internationaler terroristischer Organisationen und organisierter krimineller Syndikate umfassen würden. Die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität bleibe (im Zusammenhang mit dem Drogenhandel) ein ernsthaftes Problem. Kriminelle Aktivitäten würden bis hin zu Straßekriminalität auf niedrigerer Ebene (Diebstähle, Hauseinbrüche, Überfälle) reichen. Die Kriminellen würden in der Regel in Gruppen arbeiten und würden zur Anwendung tödlicher Gewalt neigen. Die Sicherheitslage bleibe volatil und unberechenbar und es sei schwierig, zwischen traditionellen illegalen Aktivitäten, politisch motiviertem kriminellen Verhalten und Terrorismus zu unterscheiden.

Die lokalen Strafverfolgungsbehörden seien im Allgemeinen nicht fähig, Kriminalität zu verhindern und auf Notrufe und Meldungen zu reagieren. Die Reaktionszeiten seien deutlich länger als die westlichen Normen, was dazu führe, dass viele Kriminelle in der Lage seien, ihre Verbrechen auszuführen. Bezüglich der Verhaftung von Verdächtigen gebe es eine mittelmäßige Bilanz. Darüber hinaus würden auf allen Ebenen der lokalen Strafverfolgung offen Bestechungsgelder eingefordert werden. In einigen Fällen würden Beamte selbst Verbrechen begehen, was in der Zivilbevölkerung zu einem Mangel an Vertrauen in die lokale Strafverfolgung führe:

„Criminal activity is widespread and includes the operation of several local, regional, and international terrorist organizations and organized criminal syndicates. Transnational organized crime (related to the drug trade) remains a serious problem. Criminal activity

extends into lower level street crimes (thefts, home invasions, assaults). Criminals typically work in groups. Criminals are prone to use deadly force against victims. The security situation remains volatile and unpredictable. Insurgents routinely plot high-profile attacks against official international and private sector institutions and personnel, making it difficult to differentiate between traditional illegal activity, politically-motivated criminal behavior, and terrorism. While narcotics trafficking accounts for a large portion of crime, Afghanistan is challenged by a myriad of criminal terrorist threats, many of which target foreigners. [...]

The local law enforcement authorities are generally ineffective in deterring crime and responding to distress calls and alarms. Response times are significantly longer than Western norms, resulting in many criminals being able to carry out their crimes and a mediocre record in apprehending suspects. Further, bribery is openly solicited at all levels of local law enforcement. In some cases, officers carry out crimes themselves, resulting in a lack of confidence of the civilian population in local law enforcement.” (OSAC, 16. Februar 2018)

Das Center for Strategic & Regional Studies (CSRS), eine nach eigenen Angaben unabhängige NGO mit Sitz in Kabul, schreibt in einem Artikel vom August 2017, dass es für Afghanistan keine präzisen Kriminalitätsstatistiken gebe und verweist dabei auf eine Umfrage der Asia Foundation, der zufolge 49 Prozent der im Land begangenen Verbrechen nicht von den Behörden erfasst würden. Die von der afghanischen Behörde für Statistik und Information präsentierten Zahlen würden laut CSRS weder exakt sein, noch seien sie von glaubwürdigen unabhängigen Organisationen bestätigt worden. In den letzten zehn Jahren (vor Veröffentlichung des Artikels) habe die Zahl der dokumentierten Straftaten zugenommen. Die Gesamtzahl der Verbrechen habe nach dem afghanischen Kalender im Sonnenjahr 1387 (20. März 2008 bis 20. März 2009, Anmerkung ACCORD) 6.786 betragen, während die Zahl für die ersten drei Quartale des Sonnenjahres 1395 (20. März 2016 bis 20. Dezember 2016, Anmerkung ACCORD) 16.046 betragen habe. In einigen Jahren der hier betrachteten zeitlichen Periode sei die Zahl der dokumentierten Verbrechen jedoch beispiellos höher gewesen, wie zum Beispiel im Sonnenjahr 1392 (2013/14), in dem die Gesamtzahl der Verbrechen bei 27.122 gelegen habe:

„There is no precise statistics about the criminal offenses in the country because according to a survey by Asia Foundation the reports of almost half (49%) of these offenses are not documented in the government organs. Moreover, the statistics that are presented do not seem to be exact nor are they affirmed by credible independent organizations. [...]

The statistics of the offenses was increasing in the past one decade in Afghanistan. The total number of crimes in 1387 (this and other years in this article are solar years) was 6786, but only in the first three-quarter of 1395, this number was 16046, which shows a remarkable increase compared to a year ago (1394). However, in some years, these crimes were unprecedentedly increased for instance only in 1392, the total number of crimes were 27122.” (CSRS, 5. August 2017)

Die afghanische Statistikbehörde (NSIA, früher CSO) präsentiert in ihrem im August 2018 veröffentlichten statistischen Jahrbuch die Zahlen der dokumentierten Verbrechen für die Jahre 2015/16 bis 2017/18:

No	Type of Crime	2017-18	2016-17	2015-16
	Total Crimes	20181	20886	28026
1	Murder	2515	2289	3367
2	Robbery	312	342	270
3	kidnapping	185	229	380
4	Theft	3593	4869	4071
5	Defalcation	10	18	44
6	Jailbreak	11	14	389
7	Smuggling :	1270	1195	1492
8	– Goods	202	166	207
9	– Narcotics	1068	979	1285
10	Bribe	19	44	59
11	Pick Pocketing	184	121	173
12	Injury	3334	3494	6217
13	Gambling	23	14	119
14	Adultery	405	376	792
15	Forgery	272	294	310
16	Other Crimes	8048	7587	10343

Source: Ministry of Interior Affairs

(NSIA, August 2018, S. 85)

Das statistische Jahrbuch derselben Quelle für das Jahr 2013/14 enthält die Kriminalitätsstatistik für die Jahre 2011/12 bis 2013/14: 6.929 für das Jahr 2011/12, 15.593 für das Jahr 2012/13 und 27.122 für das Jahr 2013/14. (CSO, ohne Datum (d), S. 1)

Die aus den beiden Jahrbüchern stammenden Daten werden zwecks Übersichtlichkeit in der folgenden Tabelle dargestellt:

Jahr	Dokumentierte Verbrechen lt. afghanischen Behörden
2011/12	6.929
2012/13	15.593
2013/14	27.122
2014/15	keine Angaben verfügbar
2015/16	28.026
2016/17	20.886
2017/18	20.181

(Basierend auf den Daten von CSO, ohne Datum (d), S. 1; NSIA, August 2018, S. 85)

Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (European Asylum Support Office, EASO) veröffentlicht im August 2017 einen Bericht zur sozioökonomischen Lage in den Städten Kabul, Mazar-e Sharif und Herat. In dem Bericht geht EASO unter Verweis auf Skype- bzw. Email-Interviews mit verschiedenen – zum Teil anonymen – Quellen auf die Polizeipräsenz in von Flüchtlingen oder Binnenvertriebenen bewohnten Gebieten ein. Laut einem „westlichen Beamten“ und einem Rechercheur würde die Polizei Gebiete, in denen Binnenvertriebene leben würden, üblicherweise nicht betreten und sei daher in solchen Gebieten weniger

präsent. Der westliche Beamte und ein ebenfalls für den Bericht befragter Direktor einer Rechercheorganisation hätten angegeben, dass die Polizei in manchen Fällen glaube, dass ihr Leben in Gefahr sei, wenn sie diese informellen Siedlungsgebiete betreten würden. Sie würde sie in der Regel nicht betreten, es sei denn, sie habe über lokale Vermittler eine Art Schutzvereinbarung getroffen. Laut Neamat Nojumi, einem politischen Analysten, sträube sich die Polizei, Fälle zu verfolgen, in denen ein Flüchtling oder Binnenvertriebener Opfer von Verbrechen oder Gewalt geworden sei. Nach Angaben des westlichen Beamten würden Binnenvertriebene die Polizei als räuberisch wahrnehmen und es sei unwahrscheinlich, dass sie diese um Unterstützung bitten würden. Mit einer ähnlichen Aussage habe der befragte Rechercheur angegeben, dass Binnenvertriebene und Rückkehrer Interaktionen mit der Polizei vermieden hätten, aus Angst, in Schwierigkeiten zu geraten oder Probleme dafür zu bekommen, dass sie in informellen Siedlungen leben würden. In Fokusgruppengesprächen, die UNHCR im Jahr 2016 mit Binnenvertriebenen und Rückkehrern durchgeführt habe, habe die Mehrheit der Befragten erklärt, dass sie eine informelle Konfliktlösung der Strafverfolgung vorziehen würden, da sie aufgrund der weit verbreiteten Korruption und Bürokratie wenig Vertrauen in den Polizei- und Justizapparat haben würden. Einer der Selbstschutzmechanismen, die von Rückkehrern, Binnenvertriebenen oder sogar von der lokalen Bevölkerung zur Anwendung kämen, sei das Zusammenleben in einer Gemeinschaft, mit dem Ziel sich gegenseitig zu beschützen und lokale Interessen zu verteidigen. Der befragte Rechercheur habe erklärt, dass es bei Streitigkeiten zwischen Binnenvertriebenen und der lokalen Gastbevölkerung zu Problemen kommen könne. Binnenvertriebene würden als Außenseiter wahrgenommen, und lokale Richter oder lokale Älteste würden bei Entscheidungen - insbesondere bei traditionellen Streitbeilegungsverfahren - tendenziell die alteingesessene Bevölkerung bevorzugen. Ein Binnenvertriebener würde nicht in der Lage sein, sich wegen eines Grundstücksstreits an einen Richter zu wenden, unter anderem aus dem Grund, dass er keine Dokumente zum Nachweis des Eigentums oder keine Ausweispapiere habe. Menschen aus ländlichen Gebieten, die Analphabeten seien oder die nicht der Landessprache mächtig seien und nicht mit den örtlichen Gegebenheiten vertraut seien, würden in einer für sie ungewohnten Umgebung auf größere Barrieren stoßen:

„Sources explained that in urban areas the police typically do not enter where IDPs are located and are not as visible in these areas. The Western official stated that the police in some instances believe their lives will be in danger if they enter these informal settlement areas. They usually will not go into them unless they have some form of protective arrangement made through local governance brokers. According to a senior political analyst, police are reluctant to pursue cases where a refugee or IDP has been a victim of crime or violence. [...]

According to the Western official interviewed for this report, IDPs perceive the police as predatory and are unlikely to approach them for assistance. Similarly, the researcher interviewed for this report explained that IDPs and returnees avoided interactions with the police for fear of getting into trouble, or having problems because of living in informal settlements. In focus group discussions, conducted by UNHCR in 2016 with IDPs and returnees, the majority of the respondents stated that they preferred informal conflict resolution than pursuing criminal cases because they have little trust in the police and justice sector due to the widespread corruption and bureaucracy. One of the self-

protection mechanism for returnees, IDPs and even the local population is living in one community together in order to protect each other and local interests. The researcher interviewed for this report explained that for disputes between IDPs and the local host population, this can become a problem: IDPs are perceived as outsiders, and local judges, or local elders – especially, in the case of traditional dispute resolution – are more likely to favour the local residents in decisions. An IDP will not be able to approach a judge over a land dispute, for example because they have no documents to show ownership, or no identity papers. People coming from rural areas, who are illiterate, or who do not speak the local language and are not familiar with the local systems will face bigger barriers in a new location.” (EASO, August 2017, S. 105-106)

3.3.1 Herat

In seinem Bericht zur sozio-ökonomischen Lage in Kabul, Herat und Mazar-e Sharif vom August 2017 geht das EASO unter Verweis auf mehrere Quellen auf das Thema Kriminalität in der Stadt Herat ein. Laut Neamat Nojumi und laut einem von EASO befragten Rechercheur sei die Polizeipräsenz in der Stadt Herat weitaus größer als in ländlichen Gebieten. Laut Nojumi werde die Polizei in den urbanen Distrikten - verglichen mit jener in ländlichen Gebieten - als besser ausgebildet und mit besserem Ruf beschrieben. Unter Verweis auf einen Bericht von Pajhwok Afghan News (PAN) vom Februar 2017 schreibt EASO jedoch, dass sich die Einwohner angesichts einer Zunahme an Morden im Jahr 2016/17 über die Schwäche der Sicherheits- und Justizbehörden in der Stadt Herat beschwert hätten. Unter Verweis auf verschiedene Quellen schreibt EASO, dass sich die Sicherheit in und um Herat-Stadt verschlechtere. Die Unsicherheit in der Stadt Herat sei zunehmend krimineller Natur geworden, es gebe Vorfälle von Entführungen, Morden und Raubüberfällen. In einem Bericht von April 2015 habe auch das United States Institute of Peace (USIP) über eine Zunahme von regierungsfeindlichen Aktivitäten und Morden an Sicherheitskräften sowie über eine Wiederbewaffnung von Milizen in und rund um die Stadt berichtet. Morde seien laut verschiedenen Quellen ein zunehmendes Problem; EASO verweist auf einen Artikel der Washington Post vom Mai 2016 und schreibt, dass besonders Regierungsbeamte davon betroffen seien. Der Vertreter einer zivilgesellschaftlichen Organisation, die einen Beitrag zu diesem Bericht geleistet habe und gebeten habe anonym zu bleiben, habe erklärt, dass eines der dringlichsten Themen in der Stadt Herat die Angst sei, entführt zu werden, sowie die Angst davor, dass die eigenen Kinder zwecks Erpressung von Lösegeld entführt würden. Laut derselben Quelle habe es im Jahr 2016 einen Anstieg bei Morden an Mitgliedern zivilgesellschaftlicher Organisationen, an religiösen Führern und Politikern gegeben. Unter Verweis auf einen Artikel von PAN vom Februar 2017 schreibt EASO weiters, dass während des Jahres 2016/17 in der Provinz Herat 174 Morde begangen worden seien, darunter 34 aus politischen Gründen. USIP habe im April 2015 berichtet, dass die Unsicherheit ein großes Problem für die Bewohner der Stadt Herat sei, wobei diejenigen, die es sich leisten könnten, in eingezäunte Enklaven ("Gated Enclaves") ziehen würden. Laut USIP stünde in der Stadt Herat – ebenso wie in anderen städtischen Zentren – die Sicherheit in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Vermögensstand. Ebenso habe auch der für den EASO-Bericht befragte Rechercheur darauf hingewiesen, dass es in der Stadt Herat viele wohlhabende Menschen gebe, die aufgrund der zunehmenden Kriminalität private Sicherheitskräfte engagieren würden:

„There is a far greater police presence in Herat City than in rural areas. Police in the city districts are described as being better trained and having a better reputation than police in rural areas. However, Pajhwok Afghan News reported in February 2017 that local residents complained of the weakness of security and justice institutions in Herat city in light of increases in assassinations in the solar year between March 2016 and March 2017. Security in and around Herat City is reportedly deteriorating. Insecurity inside Herat city has become increasingly criminal in nature, with incidents of kidnappings, killings, and robbery reported. USIP [United States Institute of Peace] also reported on increases in anti-government activity and killings of security forces, as well as the ‘rearming of militias in and around the city’. Assassinations and murders have been a growing problem, particularly of government officials. The representative of a civil-society organisation who provided input for this report stated that one of the most pressing issues in Herat City is the fear of being kidnapped, or having one’s children kidnapped for ransom. The same source said that there had been an upward trend in assassinations in the past year of civil society people, religious leaders, and politicians. Pajhwok news reported in February 2017 that during the solar year since March 2016, 174 murders occurred in Herat province, including 34 for ‘political reasons’. According to USIP, insecurity is a major concern for residents of Herat City with those who can afford to do so moving into ‘gated enclaves’. USIP states that, in Herat City, as with other urban centres, ‘urban security has become a direct function of urban wealth’. Similarly, the researcher interviewed for this report indicated that there were many wealthy people in Herat City who pay for their own private security forces due to rising criminality.” (EASO, August 2017, S. 86-87)

Laut einer im April 2016 in der Provinz Herat durchgeführten Umfrage der Afghanistan Public Policy Research Organization (APPRO) gebe es bis auf wenige Ausnahmen eine allgemeine Zufriedenheit mit der Leistung und dem Verhalten der Polizei. Es habe jedoch Berichte von Fokusgruppen gegeben, denen zufolge niedrige Alphabetisierungsraten und ein niedriges Bildungsniveau innerhalb der Polizei einen Einfluss auf die Qualität ihres Verhaltens gehabt hätten. Nojumi, der sich auf Sicherheitsfragen in Afghanistan spezialisiert habe und der in ganz Afghanistan regelmäßig - zuletzt im Jahr 2016 - Feldforschung betreibe, habe in einem für den EASO-Bericht durchgeführten Interview angegeben, dass die Polizei in den Stadtteilen von Herat aktiver und besser ausgebildet sei. Er stellte jedoch fest, dass Menschen mit niedrigerem sozioökonomischen Status, die arm oder Vertriebene seien, verglichen mit anderen Personen stärker dem Problem ausgesetzt seien, dass die Polizei ihre Rechte verletzen würde:

„According to APPRO’s [Afghanistan Public Policy Research Organization] April 2016 survey of respondents in Herat province, ‘with some exceptions, there is general satisfaction with the performance and behavior of the police.’ However, there were reports from focus groups that low literacy and low education levels of police impacted on the quality of their behavior. Neamat Nojumi, a senior policy analyst on Afghanistan who specialises in human security issues in Afghanistan, and who conducts regular field research across Afghanistan, most recently in 2016, explained in an interview for this report that within the city districts of Herat, police are more active and educated. However, he noted that people of low socio-economic status who are poor or displaced are more likely to have their rights violated by police. The police have a 119 telephone hotline active in Herat.” (EASO, August 2017, S. 87)

Das Institute for War and Peace Reporting (IWPR), ein in London ansässiges internationales Netzwerk zur Förderung freier Medien, hält in einem im Jänner 2015 veröffentlichten Artikel über ein Gemeindetreffen zum Thema Polizeiarbeit fest, dass die Polizei in Herat mit einer Notruf-Hotline ausgestattet sei. Laut dem Artikel hätten die Einwohner von Herat in einem Zeitraum von 18 Monaten unter Verwendung der Polizei-Hotline 700 verdächtige Vorfälle an die Polizei gemeldet. Die Polizei von Herat habe diese berücksichtigt und habe dadurch viele Vorfälle verhindert. Bei dem Gemeindetreffen sei jedoch auch angedeutet worden, dass die Polizei es versäumt habe, die in abgelegenen Gebieten lebende Bevölkerung auf die Existenz der Polizei-Hotline aufmerksam zu machen. Darüber hinaus habe auf der Sitzung ein Mitglied des Provinzrats von Herat gesagt, dass die Bewohner in einigen Bezirken noch nie von dem Dienst gehört hätten und dass es in einigen Gebieten keine Mobilfunkversorgung gebe. Es sei auch erwähnt worden, dass die Polizei manchmal nicht bereit gewesen sei, Notrufe entgegenzunehmen:

„By dialing 119 on a 24-hour, seven-days-a-week call service operating since 2009, members of the public can report anything from crimes and terrorist activity to human rights violations and police corruption. In Herat in western Afghanistan, police spokesman Nur Khan Nikzad said the service was a valuable resource. ‘Without spending any money or revealing their identity, members of the public can inform police of any kind of intelligence or security threat in their areas,’ he said. Over the last 18 months, residents of Herat had reported 700 suspicious incidents to the police, Nikzad said, adding that ‘such contacts made by the public resulted in dozens of security incidents being prevented in Herat’. Another speaker at the Herat debate said police were failing to publicise the 119 number in remote parts of the province. Jahantab Taheri, a member of Herat’s provincial council, said that in some districts the public had never even heard of the hotline service, and in particularly isolated places, there was no mobile phone coverage. He added that sometimes the police were unwilling to take calls.” (IWPR, 23. Jänner 2015)

William Carter, der für Programmleiter für Afghanistan beim Norwegischen Flüchtlingsrat (NRC) einer unabhängigen, humanitären, gemeinnützigen NGO, wurde im November 2018 von ACCORD gefragt, ob es in den von IDPs und Rückkehrern bewohnten Siedlungen in und um Herat Stadt ein erhöhtes Risiko gebe, Opfer von Verbrechen zu werden. Laut Carter würden der Organisation derzeit keine quantifizierbaren Informationen zu diesem Thema vorliegen. Die Art der Vertreibung sei in diesem Jahr eine ganz andere als in den Vorjahren, in denen viele Binnenvertriebene in der Stadt verteilt gewesen seien, anstatt sich in einigen Gebieten zusammenzuballen. Zu geschlechtsspezifischer Gewalt meinte Carter, dass dies - wie in anderen Gebieten des Landes - ein ziemlich tabuisiertes Thema sei. Nach dem Eindruck von NRC sei es so, dass es diesbezüglich hauptsächlich um Vorfälle gehe, die mit häuslicher Gewalt zu tun hätten.

Auf die Frage, ob die Polizei in den von IDPs und Rückkehrern bewohnten Siedlungen in und um die Stadt Herat präsent sei, antwortet Carter wie folgt: Die Siedlungen in der Stadt Herat würden sich entlang einiger der Hauptstraßen gruppieren, die bislang mit Polizei-Checkpoints versehen gewesen seien. Die Polizei sei daher in den Siedlungen in und um Herat Stadt (verglichen mit Mazar-e Sharif) etwas präsenter:

„Is there an increased risk of crimes in the IDP/returnee settlements in and around Herat-City?

Sadly, we don't have any quantifiable information. We are trying to address that now, because the nature of displacement is quite different this year than it has been in previous years, where many IDPs were dispersed around the city as opposed to in much larger concentrations. Like everywhere gender-based violence is quite taboo. Our understanding is, that there are incidents of primarily domestic violence. It seems to be quite contained within households. At the moment we cannot provide more realistic figures on gender-based violence, as this is still in process. [...]

Is the police present in IDP/returnee-settlements in and around Herat-City?

The settlements in Herat City cluster alongside some of the main roads which previously had police check points. So police is slightly more present there [compared to Mazar-e Sharif].” (Carter, 14. November 2018)

3.3.2 *Mazar-e Sharif*

UNHCR gibt in einem Gespräch vom November 2018 an, dass in Mazar-e Sharif Sicherheitskräfte der Regierung und Polizeikräfte präsent seien, dass dies jedoch nicht für alle Teile der Provinz gelte. Auch bedeute die grundsätzliche Präsenz von Polizei nicht zwangsläufig, dass diese die Schwächsten beschützen würde. Darüber hinaus sei laut einigen Berichten Mazar-e Sharif eine Stadt, in der politische Verbindungen eine wichtige Rolle spielen würden und es manchmal eine Frage des politischen Einflusses sei. Einige Binnenvertriebene würden unter dem Einfluss von Kriminellen stehen, was bedeuten würde, dass sie Gebühren zu zahlen oder deren Anweisungen zu befolgen hätten. Wenn IDPs ein Problem mit solchen sehr mächtigen Personen hätten, sei es nicht sehr wahrscheinlich, dass die Polizei gegen diese Kriminellen intervenieren würde. Die Siedlungen würden sich oft auch weit entfernt von der nächsten Polizeistation befinden und es mangle an polizeilichen Kapazitäten. Für Frauen, die mit geschlechtsspezifischer Gewalt konfrontiert seien, sei es schwierig von der Polizei Unterstützung zu erhalten. Es fehle auch an Vertrauen in die Polizei. Daher würden viele Menschen Hilfe durch informelle Streitbeilegungsmechanismen suchen. Es gebe auch Berichte über Korruption innerhalb der Polizei und über die Beteiligung der Polizei an verschiedenen Arten von Verbrechen. Darüber hinaus sei es wichtig zu beachten, dass Personen Verwandte haben können, die in den Konflikt verwickelt seien. So seien die regierungsfeindlichen Elemente, insbesondere die Taliban, nicht völlig von der übrigen Gesellschaft isoliert. Wenn es also Verbindungen zu solchen Elementen gebe, sei die Polizei nicht bereit, sich in diesen Fällen einzumischen. In Mazar-e Sharif hätten regierungsfeindliche Elemente zwar nicht die Kontrolle, aber Einfluss hätten sie dennoch.

Im vergangenen Jahr sei es zu einem enormen Anstieg der Kriminalitätsrate in Mazar-e Sharif gekommen. Spezifische Informationen zur Kriminalitätsrate in von IDPs bewohnten Gebieten gebe es jedoch keine. In der gesamten Stadt Mazar-e Sharif gebe es zahlreiche Fälle von Entführungen und kleinen Verbrechen wie Taschendiebstahl:

„In general, governmental forces and police is present in Mazar-e Sharif, but this does not apply for all parts of the province. Police presence does not necessarily mean that they

protect the most vulnerable ones. Moreover, some report that Mazar-e Sharif is a city where political linkages play an important role and it is sometimes a question of political influence. Some IDPs are under the influence of criminals, which means that they have to pay fees or follow their instructions. So if they have a problem with these very powerful persons it is not very likely that the police intervenes against these criminals. The settlements are also often located far away from any police station and there is a lack of police capacity. Women have problems to access police assistance when faced with gender-based violence. There is also a lack of trust towards the police. Therefore, many people seek help by informal dispute resolution mechanism. There are also reports on corruption within the police and the involvement of the police in some sort of crimes. Moreover, it is important to note that people have relatives that are involved in the conflict. So the AGEs [anti-government elements] (especially the Taliban) are not totally isolated from the community. So when there are links to such elements, the police is not willing to interfere in these cases. In Mazar-e Sharif AGEs do not have the control, but they still have influence. [...]

In general, we have seen that last year there has been a huge increase of the crime rate in Mazar, but there is no specific information for crime rates in IDP areas. All over Mazar-e Sharif there is a lot of kidnapping and also small crimes like pocket picking, etc.” (UNHCR, 26. November 2018a)

William Carter, der Programmleiter für Afghanistan beim Norwegischen Flüchtlingsrat (NRC), wurde im November 2018 von ACCORD nach der Kriminalität und der Polizeipräsenz in den von IDPs und Rückkehrern bewohnten Siedlungen in und um Mazar-e Sharif gefragt. Laut Carter gebe es derzeit kein formalisiertes System zur Kontrolle von Schutzeinrichtungen und Schutzmaßnahmen. Nach der Auffassung von NRC gebe es in den Camps und Siedlungen keine nennenswerte Polizeipräsenz. Gelegentlich komme es jedoch zu Razzien oder Verhaftungen innerhalb der Siedlungen:

„Is there an increased risk of crimes in the IDP/returnee settlements in and around Mazar-e Sharif? Is the police present in IDP/returnee settlements in and around Mazar-e Sharif?

So there isn't a protection monitoring system formalised just yet. As we understand, there is no prominent police presence in the camps or settlements. But occasionally there are police raids or arrests inside the settlements.” (Carter, 14. November 2018)

In seinem Bericht zur sozio-ökonomischen Lage in Kabul, Herat und Mazar-e Sharif vom August 2017 geht EASO unter Verweis auf mehrere (teilweise anonyme) Quellen auf das Thema Kriminalität in der Stadt Mazar-e Sharif ein. Laut einem Bericht der APPRO vom September 2016 würde Korruption bei der Polizei der Stadt Mazar-e Sharif weiterhin ein Problem darstellen. Der für den EASO-Bericht befragte politische Analyst habe erklärt, dass es in Mazar-e Sharif eine „gute“ Polizeipräsenz gebe und dass sich das polizeiliche Verhalten verglichen mit den östlichen oder südlichen Provinzen stark verbessert habe, dies vor allem aufgrund des Wachstums und der Präsenz von Organisationen der Zivilgesellschaft („presence of civil society“). Die gleiche Quelle habe jedoch erläutert, dass die Schutzfähigkeit der Polizei vom sozioökonomischen Status des Opfers abhängen. Wenn eine Person nicht in der Lage sei,

Bestechungsgelder zu zahlen, sei die Wahrscheinlichkeit geringer, dass diese Person Unterstützung erhalte. Andere Quellen hätten die Ansicht vertreten, dass vonseiten des [ehemaligen] Gouverneurs [Atta Mohammad Noor, siehe dazu weiter unten, Anmerkung ACCORD] in Polizeikreisen vorkommende Kleinkriminalität in Mazar-e Sharif aus Imagegründen weniger toleriert werde. Laut einer wissenschaftlichen Arbeit über die politische Dynamik Nordafghanistans von Antonio Giustozzi aus dem Jahr 2012 würde Atta ein großes Klientel-Netzwerk betreiben. Viele Posten bei Polizei und Staatsverwaltung seien an Angehörige dieses Netzwerks gegangen. Atta habe auch seine Einnahmen dazu verwendet, Rivalen und Unterstützer zu kooptieren. So seien zum Beispiel einige Polizeibezirke in Mazar-e Sharif mit ehemaligen Milizionären besetzt, die kooptiert worden seien. Laut Giustozzi würden diejenigen, die sich geweigert hätten, mit Atta Geschäfte zu machen, von der Polizei und der staatlichen Verwaltung entfernt werden („purged“). Laut Angaben eines für den Bericht befragten westlichen Beamten und eines befragten Rechercheurs sei es unwahrscheinlich, dass die Polizei in Mazar-e Sharif Atta widersprechen oder sich seinem Einfluss entgegenstellen würde. In einigen Gebieten würde laut Nojumi die Polizei nicht offen über die Regierung sprechen. In einem vertraulichen NATO-Bericht, im März 2015 zitiert von Human Rights Watch, stünde, dass Atta auf Distriktebene signifikante Kontrolle über die afghanische Nationalpolizei (Afghan National Police, ANP) ausübe und dass er seinen Einfluss im Westen von Mazar-e Sharif vor allem über Beamte der Balkh-Administration, insbesondere ANP-Kommandanten und verschiedene Milizen und Arbakis (in Stämmen organisierte Gemeindepolizei) ausübe. Laut Nojumi und Giustozzi werde die Polizei lokal rekrutiert und stünde daher unter dem politischen Einfluss lokaler Machthaber wie jenem Attas, dessen Einfluss allgegenwärtig sei. Giustozzis Recherchen würden zeigen, dass Vertreter der Zentralregierung in Kabul aufgrund dieser Tatsache Schwierigkeiten hätten, ihre Autorität über die Polizei im Norden geltend zu machen. Die Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC) habe gegenüber Medien angegeben, dass der Gouverneur alle Akteure von Mazar-e Sharif kenne, einschließlich der Kriminellen, und dass einige der Kriminellen Schutz genießen würden. Umgekehrt würde er in anderen Momenten an Popularität dazugewinnen, beispielsweise wenn er für die Rückgabe gestohlener Waren sorgen würde:

„Police corruption remained a problem in Mazar-e Sharif. The senior political analyst interviewed for this report explained that there was a good police presence in Mazar and that police behaviour has greatly improved when compared to eastern or southern provinces, mainly due to the growth and presence of civil society. However, the same source stated that the capacity of the police to protect depends on the socio-economic status of the victim; if a person is unable to pay bribes, that person is less likely to receive assistance. Other sources gave the view that petty police criminality was less tolerated in Mazar-e Sharif by the governor – for the sake of the city’s image. [...] According to a December 2012 paper by Antonio Giustozzi about the political dynamics of Northern Afghanistan, Atta maintained a large patronage network, many of whom have received positions in the police and state administration. He has also used his revenue to co-opt rivals and supporters. For example, some police districts in Mazar-e Sharif and the districts were manned by former militiamen who were co-opted. According to Giustozzi, those who have refused to make deals with Atta have been purged from the police and state administration. Sources explained that police in Mazar-e Sharif would be unlikely to

contradict or cross Atta's influence. In some areas, police will not speak openly about the government. Human Rights Watch cited a confidential NATO report that states Atta has 'significant control over the ANP [Afghan National Police] at the district level' and is said to 'canalize his influence in [the west of Mazar-e Sharif] primarily through ... officials of the Balkh administration, particularly ANP commanders and various militias' and arbakis (tribally organised community police). Police are recruited locally and are therefore under the political influence of local power holders such as the governor, whose influence is pervasive. Giustozzi's research indicates that because of this representatives of the central government in Kabul have difficulty in asserting their authority over police in the north. AIHRC [Afghanistan Independent Human Rights Commission] stated in the media that the governor knows all the players in Mazar-e Sharif, including the criminals, and that some are protected, while at other times he has gained popularity for returning stolen goods, for example." (EASO, August 2017, S. 90-91)

Laut einem Artikel der US-amerikanischen Tageszeitung Washington Post (WP) vom Mai 2018 sei Atta Mohammad Noor nach monatelanger Missachtung der Anordnungen von Präsident Ashraf Ghani offiziell im Dezember 2017 als Gouverneur von Balkh abgesetzt worden. Aber in der Provinzhauptstadt Mazar-e Sharif würden viele Leute sagen, dass er immer noch das Sagen habe. Ihm komme in der Provinz Balkh weiterhin eine bedeutsame Rolle zu. Im Zuge des Disputes um seinen Rücktritt sei es ihm Berichten zufolge gelungen, auszuverhandeln, dass er seinen Nachfolger selbst bestimmen dürfe, sowie auch unter anderem den Nachfolger für die Stelle des Polizeichefs der Provinz:

„Officially, Atta Mohammad Noor, the wealthy and controversial strongman who governed Balkh province for 14 years, was fired in December and left office in March, after months of defying President Ashraf Ghani's order. [...] The standoff became so tense that Vice President Pence intervened, calling for a peaceful hand-over of power. After Ghani made additional concessions, Noor finally agreed. According to Afghan media reports and documents provided to The Washington Post by aides to Noor, those concessions included allowing Noor to name his own successor as well as the provincial police chief, two federal cabinet ministers and two ambassadors. But here in the provincial capital, Noor's imposing image is everywhere, and many people say he is still in charge. Both his continued high-profile role in Balkh and his demands to choose senior government officials may be part of a strategy to launch a presidential bid." (WP, 13. Mai 2018)

Pajhwok Afghan News (PAN) berichtet am 23. Juni 2018, dass innerhalb der Woche vor Veröffentlichung des Artikels in Mazar-e Sharif sechs Personen ermordet worden seien. Der Artikel spricht von einer Zunahme gezielter Tötungen in der Stadt. Der Vorsitzende des Provinzrates von Balkh habe danach in einer Stellungnahme eine Verbindung zwischen den Morden und der laut ihm mangelhaften Aufstellung der Polizei hergestellt:

„Targeted killings on the increase in Mazar-i-Sharif

At least six people have been killed mysteriously over the past one week in the capital of northern Balkh province, residents complain. [...] Afzal Hadid, provincial council chief, confirmed people's remarks and linked the criminal cases with the lack of police formation in the city. 'Most of policemen engaged in election affairs and due to lack of police

formation they cannot prevent targeted killing in the city,' he explained." (PAN, 23. Juni 2018)

3.3.3 Kabul

Cedoca, die Herkunftsländerinformationsstelle des belgischen Generalkommissariats für Flüchtlinge und Staatenlose (Commissariat Général aux Réfugiés et aux Apatrides, CGRA) fasst in einem Bericht zur Sicherheitslage in Kabul vom April 2018 verschiedene Quellen wie folgt zusammen: Laut AAN sei es wichtig, anzuerkennen, dass es bei der Sicherheit in Kabul nicht nur um Anschläge von Aufständischen gehen würde, sondern auch um das Thema Kriminalität. Neben der mit dem bewaffneten Konflikt in Zusammenhang stehenden Gewalt gebe es in der Stadt Kabul eine steigende Kriminalitätsrate. Laut dem United States Institute of Peace (USIP) sei die Kriminalität zwischen 2013 und 2016 um 38 Prozent angestiegen. Banden würden vor den Toren der Stadt operieren, die es auf die aus der Stadt kommenden Menschen abgesehen hätten. Manchmal würden sie aus der Stadt ausreisende Personen berauben und töten. Andere Banden, die mit ehemaligen Dschihadistenführern oder Politikern in Verbindung stünden, seien eher in zentralen und peripheren Gebieten der Stadt Kabul aktiv, wo die Bevölkerung ethnisch homogener sei. Verbrechen, Entführungen und Raubüberfälle würden Berichten zufolge zunehmen, insbesondere in allen großen Städten Afghanistans, einschließlich Kabul. In Anbetracht der zunehmenden Entführungen und Erpressungen in Kabul habe AAN kommentiert, dass dieses Phänomen unterschätzt sei und zu wenig darüber berichtet werde, sowie dass es die Sicherheit der Bevölkerung Kabuls vermutlich ebenso untergraben würde wie der Terrorismus:

„In their September 2017 assessment of the new Kabul security plan, AAN analysts also stress the importance of recognizing that security is not about insurgent attacks alone and includes criminality. Apart from conflict - related violence, Kabul City has seen a rising crime rate: between 2013 and 2016, criminal activity increased by 38 %. Transport gangs operate at the gates of the city and target people coming out of the city, robbing and sometimes killing outbound travellers; while others gangs, linked to former jihadi chiefs or politicians, are active in central and peripheral areas of Kabul City that are more 'ethnically homogenous'. Crime, kidnapping and robberies are reportedly on the rise, specifically in all major cities, including Kabul. On the rise of kidnappings and extortion in Kabul, AAN commented that this phenomenon is 'underreported' and 'underrated' because it 'undermines the security of Kabulis probably as much as terrorism'." (Cedoca, 24. April 2018, S. 9)

In seinem Update zur Sicherheitslage in Afghanistan vom Mai 2018 merkt EASO unter Verweis auf verschiedene Quellen an, dass die Kriminalität in der Stadt Kabul in Form von Bandengewalt, Entführungen, Diebstählen und Morden zunehme, wobei einige Beobachter den Anstieg der letzten Monate als „deutlich“ bezeichnet hätten. Ende 2017 habe die Regierung einen Plan zur Verbrechensbekämpfung angekündigt, der die Beschlagnahme illegaler Waffen und Autos vorsehe, und sie habe im Februar 2018 erklärt, dass die Kriminalität im Vormonat aufgrund dieser Maßnahmen um 40 Prozent zurückgegangen sei. Jedoch würden die von Tolonews befragten Einwohner diese Behauptungen bestreiten und angeben, dass die staatlichen Maßnahmen wenig Einfluss auf die bewaffneten Gruppen innerhalb der Stadt hätten, und dass die Kriminalität weiter angestiegen sei:

„Criminality in the form of gang-related violence, abductions, thefts and murder is on the rise in the city of Kabul, with some observers calling the increase in the most recent months ‘sharp’. At the end on 2017, the government announced a plan to tackle crime by seizing illegal weapons and cars, and in February 2018 declared that crime had fallen by 40 % in the previous month because of their measures. However, residents interviewed by Tolonews disputed these claims and stated that the government measures had little effect on the armed groups inside the city, and crime continued to rise.” (EASO, Mai 2018, S. 32)

Auch in seinem Bericht zur sozio-ökonomischen Lage in Afghanistan vom August 2017 behandelt EASO unter Verweis auf verschiedene Quellen das Thema Kriminalität in der Stadt Kabul. Laut Aussagen des Direktors einer Rechercheorganisation würde die durch die zunehmende Kriminalität bedingte Verschlechterung der Sicherheit in Kabul ihre Ursache zum Teil in der Inaktivität der Regierung bezüglich Straflosigkeit und Korruption haben. Kriminelle Aktivitäten seien in einem von Arbeitslosigkeit geprägtem Umfeld für jene, die sich in einer hoffnungslosen Situation befinden, auch ein Mittel, um zusätzliches Einkommen zu generieren. Unter Verweis auf einen Bericht von Samuel Hall aus dem Jahr 2016 schreibt EASO weiters, dass Vertriebene Jugendliche in Kabul angegeben hätten, dass die wichtigsten Formen der von ihnen erlebten Gewalt Diebstahl, Banden, Terroranschläge, Bombenanschläge und polizeiliche Schikanen gewesen seien:

„Increasing problems of criminality in Kabul City since the security transition have exacerbated urban insecurity. One source explained that this is partly due to government inaction on impunity and corruption but also, for those who are desperate, criminal activity is a means of supplementing income in a high unemployment environment. Displaced youth in Kabul, surveyed by Samuel Hall, said that the main forms of urban violence that they experience involved theft, gangs, terrorist attacks, bombings, and police harassment.” (EASO, August 2017, S. 83)

Zur Polizeipräsenz in der Stadt Kabul hält EASO in seinem Bericht vom August 2017 unter Verweis auf Angaben des UNHCR fest, dass es 22 Polizeistationen in der Stadt gebe (EASO, August 2017, S. 82). Unter Verweis auf Angaben des Direktors einer Rechercheorganisation schreibt EASO weiters, dass Polizeianrufe in einem Call Center abgewickelt und an die Polizeistationen weitergeleitet würden. Der Direktor sowie ein westlicher Beamte würden jedoch darauf hinweisen, dass sich die Menschen nicht auf Reaktionen vonseiten der Polizei verlassen würden, und dass die Reaktionen inkonsistent seien:

„Police calls are handled in a call centre and sent out to police stations. However, sources indicate that people do not rely on police to respond and that the response is inconsistent.” (EASO, August 2017, S. 83)

APPRO merkt in einer Studie vom April 2016 an, dass sich die Mehrheit der Befragten in drei untersuchten Gebieten der Provinz Kabul mit der Leistung der afghanischen Nationalpolizei und deren Einstellung zur Bevölkerung zufrieden zeige. Einige hätten angegeben, dass das Verhalten der Polizei gegenüber der Öffentlichkeit manchmal gut und manchmal schlecht sei. Die Polizei reagiere zwar auf von Gemeindemitgliedern vorgebrachte Probleme, sie würde aber auch manchmal unschuldige Menschen verhaften und misshandeln. Außerdem würde sie

manchmal verabsäumen, ihre Pflicht zu erfüllen, und würde von verarmten Personen Geld für die Lösung ihrer Angelegenheiten verlangen.

Die Polizei sei zwar aufgerufen worden, das Eskalieren von Gewalt zu unterbinden, allerdings habe sie nicht die Kapazitäten (oder das Mandat), die dahinterliegenden Konflikte zu lösen, was langfristig zu einem höheren Gewaltpotential führe. Die Polizei in den Distrikten Kabuls außerhalb der Stadt würde dazu neigen, an sie herangetragene Fälle an Gemeindeälteste zu übertragen. Mehrere Befragte hätten angegeben, dass örtliche Polizeichefs enge Verbindungen zu lokalen Bandenführern („strongmen“) unterhalten würden:

„The majority of interviewees in the three target areas of Kabul province were content with the attitude toward the public and performance of the Afghan National Police (ANP). Some stated that police behaviour toward the public was sometimes good and sometimes bad. The police respond to issues brought to them by communities members but they also sometimes ‘arrest and abuse innocent people, fail to do their duties, and ask for money from poor individuals for solving their issues’. [...]

The police is called upon to prevent violence from escalating, but does not have the capacity (or mandate) to resolve underlying disputes, which propels risk of violence and injury over the long term. When referred cases, police in the districts tend to refer cases to elders. Several interviewees, however, stated that local district chiefs of police had close links with local strongmen.” (APPRO, April 2016, S. 55-56)

Laut einer APPRO-Studie vom Oktober 2012 zu Siedlungen von Neuzugezogenen in drei Distrikten der Stadt Kabul würden in diesen Siedlungen alle Dispute, einschließlich jener, bei denen es um Landbesitz ginge, zunächst an lokale Wakils (Gemeindeführer, Anmerkung ACCORD) weitergeleitet. Der nächste Schritt sei dann die Weiterleitung an die Gemeindeältesten. Sei der Disput danach noch immer nicht gelöst, würden Akteure der Regierung wie die Polizei oder das Personal der an den Außengrenzen der Stadt stationierten Nationalarmee informiert. Diese seien das letzte Mittel und würden so weit wie möglich vermieden, weil sie zur Annahme von Bestechungsgeldern neigen würden bzw. von allen beteiligten Parteien solche erwarten würden. Dies würde dazu führen, dass der Streit zugunsten jener Person entschieden würde, die es sich leisten könne, am meisten zu zahlen:

„All disputes, including those involving land titles, are referred in the first instance to local wakils. The next step is referral to the community elders. If still unresolved, government sources, such as the police or personnel of the Afghan National Army, which has posts set up around Kabul, are informed. The latter are the last resort and avoided as much as possible because of their proneness to and expectation of bribes from all parties with the net result being that the person who can afford to pay the most is the person in whose favour the dispute is resolved.” (APPRO, Oktober 2012, S. 14)

3.4 Gewalttägige Konflikte innerhalb und zwischen sozialen Gruppen; Übergriffe auf religiöse Minderheiten, IDPs und RückkehrerInnen

UNAMA hält in ihrem Jahresbericht 2017 fest, dass Anschläge gegen Stammesälteste weiterhin - in etwa auf vergleichbarem Niveau wie im Jahr 2016 - ein besorgniserregendes Thema darstellen würden. Im Jahr 2017 hätte es 59 derartige Vorfälle gegeben, bei denen 58 Zivilisten

getötet und 31 verletzt worden seien. UNAMA spricht darüber hinaus von einer alarmierend hohen Zahl an auf geistliche Gelehrte und religiöse Führer abzielende Tötungen. Für das Jahr 2017 seien 26 derartige Fälle dokumentiert worden, verglichen mit acht Vorfällen im Jahr 2016:

„Attacks against tribal elders also remained of concern, persisting at levels similar to 2016, with 59 incidents involving the death of 58 civilians and injuries to 31. UNAMA also took note of the alarming number of killings targeting religious scholars and leaders, with 26 documented incidents, compared with eight in 2016.” (UNAMA, 15. Februar 2018, S 34)

In demselben Bericht stellt die UNAMA ein deutlicher werdendes Muster von vorsätzlichen konfessionell motivierten Anschlägen gegen die religiöse Minderheit der Schiiten fest, von denen die meisten auch der ethnischen Minderheit der Hazara angehören würden. Fast alle dieser Anschläge würden der Gruppe ISKP zugeschrieben und von dieser für sich in Anspruch genommen werden. Das Zunehmen solcher Angriffe gebe weiterhin Anlass zu großer Sorge über das Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit und den Schutz von Minderheiten in Afghanistan. Für das Jahr 2017 dokumentierte UNAMA acht konfessionell motivierte Anschläge auf schiitische Gebetsstätten und/oder Gläubige, die 418 zivile Opfer gefordert hätten (161 Tote und 257 Verletzte). Dies mache 83 Prozent der Gesamtheit aller zivilen Opfer von Anschlägen auf Gebetsstätten, religiöse Führer oder Gläubige für das Jahr 2017 aus. ISKP habe für sechs dieser Vorfälle die Verantwortung übernommen, die 412 zivile Opfer forderten (160 Tote und 252 Verletzte). Vier der sechs von ISKP für sich beanspruchten Vorfälle hätten sich in der Stadt Kabul und die beiden anderen in der Stadt Herat ereignet. Die restlichen beiden Vorfälle, die den Taliban zugeschrieben würden, hätten sich in Herat ereignet und zum Tod von einem, sowie zu Verletzungen bei fünf Zivilisten geführt:

„Throughout 2017 UNAMA noted an increasing pattern of deliberate sectarian-motivated attacks against the Shi’a Muslim religious minority, most of whom also belong to the Hazara ethnic minority, nearly all attributed to and claimed by Daesh/ISIL-KP [Islamic State Khorasan Province]. The increase in such attacks continued to raise grave concerns regarding the right to freedom of religion or belief and the protection of minorities. In 2017, UNAMA documented eight sectarian - motivated attacks against Shi’a places of worship and/or worshippers, resulting in 418 civilian casualties (161 deaths and 257 injuries), comprising 83 per cent of all civilian casualties from attacks against places of worship, religious leaders and worshippers. Daesh/ISIL-KP claimed responsibility for six of these incidents resulting in 412 civilian casualties (160 deaths and 252 injured). Four of the six incidents claimed by the group took place in Kabul city, and the other two in Herat city. The remaining two incidents, attributed to Taliban, took place in Herat and resulted in the killing of one and injury of five civilians.” (UNAMA, 15. Februar 2018, S. 41)

Oxfam International, ein internationaler Verbund verschiedener Hilfs- und Entwicklungsorganisationen, beschreibt in einem im Jänner 2018 veröffentlichten Bericht zu den Zusammenhängen zwischen dem Konflikt in Afghanistan und den afghanischen IDPs und Rückkehrern die möglichen Gründe für Reibung, Dispute und Konflikte. Einer der Gründe sei eine mangelhafte Integration in die Gastgemeinden: Dies sei zum Beispiel besonders relevant für Rückkehrer aus Pakistan, die sich oft dafür entscheiden würden, unter sich zu bleiben und wenig Interaktion mit den Gastgemeinden zu unterhalten. Für diejenigen, die ursprünglich aus

anderen Teilen Afghanistans stammen würden, sei die Integration schwieriger. Gastgemeinden seien diesen gegenüber weniger positiv gesinnt. Über Rückkehrer aus dem Iran werde berichtet, dass ihre Kinder aufgrund des unterschiedlichen Bildungssystems und Lehrplans oft Schwierigkeiten bei der schulischen Integration hätten.

Ein weiterer potentieller Grund seien ethnische, stammesbezogene und kulturelle Spannungen. Obwohl dies nicht als allgemeiner Trend wahrgenommen werde, gebe es Fälle, in denen Rückkehrer, die der einen Ethnie oder dem einen Stamm angehören, nicht von der oder dem anderen willkommen geheißen würden oder sogar als Bedrohung wahrgenommen würden. Manchmal würden dabei kulturelle oder soziale Unterschiede mitspielen. Wenn Rückkehrer sich längere Zeit im Ausland aufgehalten hätten, könne es sein, dass sie und ihre Kinder sich anders verhalten als ihr Gegenüber in den Gastgemeinden.

Ein weiterer Grund könnten Herausforderungen und Reibungen bei der Anpassung an die städtische Lebensweise sein, insbesondere gelte dies für aus ländlichen Gebieten stammende Personen, die im Allgemeinen weniger gebildet oder an die städtische Kultur gewöhnt seien.

Als weiterer Grund wird der wirtschaftliche Druck und Wettbewerb um knappe Ressourcen genannt. Die steigende Nachfrage nach grundlegenden Dingen wie Nahrung und Wasser könne zu höheren Preisen und einer geringeren Verfügbarkeit derselben führen. Das erhöhte Arbeitskräfteangebot drücke die Löhne nach unten. Viele Rückkehrer würden möglicherweise keinen Arbeitsplatz finden, und Rückkehrer mit Qualifikationen würden möglicherweise weniger qualifizierte Arbeitsplätze annehmen müssen, was zu Frustration unter den Rückkehrern selbst und den mit ihnen konkurrierenden weniger qualifizierten Arbeitnehmern führe. Die Mietpreise würden aufgrund der zusätzlichen Nachfrage von Rückkehrern und Binnenvertriebenen ansteigen. Der Druck auf die knappen natürlichen Ressourcen könne sich auch negativ auf die Umwelt auswirken. Landdispute seien diesbezüglich ein besonders besorgniserregender Punkt, es gebe auch Vorwürfe von Landaneignungen („land grabbing“).

Der ungleiche Zugang zu humanitärer Hilfe für Rückkehrer oder Gastgemeinden, sowie Korruption im Zusammenhang mit Unterstützungsprogrammen könne ein weiterer Grund für Konflikte sein. Einige Rückkehrer würden Unterstützung erhalten, andere nicht, was zu Beschwerden oder Unzufriedenheit führen könne. Ähnliches könne in den Gastgemeinden passieren, wenn die Gemeinden der Rückkehrer Unterstützung erhalten würden, während die Gastgemeinde keine (Entwicklungs-)Hilfe erhalte. Darüber hinaus könne Korruption die gleichmäßige und wirksame Verteilung der Unterstützungsleistungen behindern oder verzerren.

Psychologischer Druck könne ein weiterer Grund sein. In den Interviews und Fokusgruppendifkussionen seien mehrfach psychische Probleme erwähnt worden, die daher rühren würden, dass Rückkehrer frustriert oder enttäuscht seien, in welchen Verhältnissen sie in der Gastgemeinde leben müssten. In einigen Fällen scheine dies zu häuslicher Gewalt zu führen.

Zuletzt wird in dem Bericht noch auf die spezielle Vulnerabilität von Frauen und Kindern hingewiesen. Spannungen zwischen Neuvertriebenen, Rückkehrern und Gastgemeinden würden zu sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, darunter häuslicher Gewalt und Vergewaltigung, führen. Sie könne auch zu Zwangsverheiratungen, darunter von Kindern, sowie zu Zwangsarbeit führen, wobei die Ursachen dafür unter anderem ein Mangel an finanziellen Mitteln, die fehlende Existenzgrundlage, mangelnde Privatsphäre, sowie die allgemeine Verunsicherung seien:

„Potential causes of friction, disputes and conflict

Based on the findings of this research, the causes include:

- Lack of integration with host communities: Especially returnees from Pakistan, who often choose to remain in their own groups, with little interaction with host communities. If they originally came from elsewhere in Afghanistan, integration is more difficult and the perception of host communities is less positive. For returnees from Iran, it is reported that their children often face difficulties in integrating in schools because of the different system and curriculum.

- Ethnic, tribal and cultural tensions: Although not perceived as a general trend, there are instances when returnees belonging to one ethnicity or tribe may not be welcomed by another group or even considered to constitute a threat. Sometimes cultural or social differences are involved: if returnees have stayed abroad for a long time, they and their children may behave differently from peers in host communities.

- Urban–rural adaptation challenges: Sometimes the process of rural returnees adapting to cities can lead to friction, although this is reported more for internally displaced people from rural areas, who are generally less educated or accustomed to urban culture.

- Economic pressure and competition for scarce resources: Increasing demand for basic items such as food and water can lead to higher prices and less availability. The increased supply of labour is driving down wages. Many returnees may not find a job, and returnees with skills may have to accept lower-skilled jobs, leading to frustration among the returnees themselves and lower-skilled workers competing with them. Rental prices are going up because of the extra demand from returnees and internally displaced people. Pressure on scarce natural resources may also have a negative impact on the environment: land disputes are particularly a concern, with reports of contentious claims to specific land entitlements and allegations of land grabbing.

- Unequal access to humanitarian assistance for returnees or host communities and corruption linked to support programmes: Some returnees receive support, while others do not, which can lead to grievances or dissatisfaction. The same can occur in host communities if returnee populations receive support while the host community does not benefit from any type of (development) assistance. Corruption can further hamper or distort the equal and effective distribution of aid.

- Psychological pressure: In the interviews and focus group discussions, psychological problems were mentioned several times as a result of returnees being frustrated or disappointed with their conditions. In some cases, this seems to translate into domestic violence.

- Specific vulnerabilities of women and children: Tensions among newly displaced people, returnees and host communities can lead to sexual and gender-based violence (SGBV), such as domestic violence and rape. It can also result in forced (child) marriages and forced

labour, with contributory causes including depletion of assets, lack of livelihood opportunities, lack of privacy and general uncertainty.” (Oxfam, Jänner 2018, S. 19)

In seinem Bericht zur sozio-ökonomischen Lage in Kabul, Herat und Mazar-e Sharif vom August 2017 geht EASO unter Verweis auf anonyme Quellen auf das Thema schützende Netzwerke für IDPs und Rückkehrer ein. Nach Ansicht des für den EASO-Bericht im Jänner 2017 befragten Rechercheurs würden jene Menschen auf Schwierigkeiten stoßen, die kürzlich zurückgekehrt seien oder sich längere Zeit außerhalb Afghanistans aufgehalten hätten. Dasselbe gelte auch für diejenigen, die über keine etablierten Netzwerke verfügen würden, die ihnen Schutz und Unterstützung beim Ansiedeln bieten könnten und für sie bürgen könnten. Um mit der Situation als Vertriebener zurechtzukommen, sei es erforderlich, dass IDPs und Rückkehrer sich auf Familien- oder Stammesnetzwerke verlassen können, welche Informationen bereitstellen und die Migration für sie erleichtern würden. In Abwesenheit von behördlichem Schutz in IDP- oder informellen Siedlungen könne es beispielsweise sein, dass Menschen mit den örtlich vorherrschenden Drahtziehern in Kontakt kommen würden, bzw. in die Situation kommen würden, sich vor diesen schützen zu müssen. Auch würden Personen, die keine örtlichen Netzwerke aufgebaut hätten, mit größerer Wahrscheinlichkeit von der lokalen Bevölkerung ausgenutzt oder kritisch betrachtet werden.

Der für den EASO-Bericht im Februar 2017 befragte politische Analyst Neamat Nojumi, habe erklärt, dass Menschen ohne etablierte Netzwerke, die diesen dabei helfen könnten, sich lokal zurechtzufinden, erhebliche Schwierigkeiten bei der Wiedereingliederung in die Gesellschaft haben würden. Menschen, die außerhalb des Landes gewesen seien, im Iran, in Europa oder in den USA aufgewachsen seien, wären aufgrund ihrer Unkenntnis der örtlichen Gegebenheiten in einer besonders schwierigen Lage. Solche Personen würden möglicherweise nicht wissen, wie sie in bestimmten Situationen reagieren sollten und was sie in eine Lage bringen könnte, in der sie bedroht oder in der ihre Rechte verletzt würden:

„According to the researcher interviewed for this report, an issue of concern for IDPs and returnees is that for people who are newly returned, or people who have been outside of Afghanistan for an extended period, those who have no established networks that would help to protect and settle them in these cities, and who can vouch for them, face difficulties. Coping with displacement requires that IDPs/returnees rely on family or tribal networks as they provide information and facilitate moving. In the absence of protection from authorities in IDP or informal settlements, for example, people can get caught up with, or must seek protection from, local powerbrokers. Also, individuals who have no established networks locally are more likely to be taken advantage of, or seen critically by the local population. [...]

The senior political analyst on Afghanistan interviewed for this report explained that people without established networks to help a person navigate locally would experience significant difficulty resettling. People who have been outside the country, growing up in Iran, Europe or the US would be in a particularly difficult position due to their unfamiliarity with local systems. He explained that the person may not know how to react in local situations, which could put them in a position where they are threatened or have their rights violated.” (EASO, August 2017, S. 103)

Amnesty International (AI) habe für seinen Bericht vom Mai 2016 Interviews mit mehr als 100 in IDP-Camps und -Siedlungen in Herat, Kabul und Mazar-e Sharif lebenden IDPs durchgeführt. Die Interviews seien im Rahmen von zwei Recherchemissionen im November 2015 und im Februar 2016 durchgeführt worden. Laut dem Bericht würde es den meisten Vertriebenen in Afghanistan an bezahlbaren Unterkünften mangeln. Daher würden sie ohne Erlaubnis privates oder öffentliches Land besetzen und seien somit ständig von Zwangsräumungen bedroht. Eines ihrer Hauptprobleme sei, dass sie belästigt und bedroht würden, um sie dazu zu bringen, ihre Häuser und Grundstücke zu verlassen. Viele der von AI befragten Menschen in den Gemeinden in Kabul und Mazar-e-Sharif hätten gemeint, dass der von Regierungsbeamten, von einflussreichen Männern vor Ort ("local strongmen") oder von der sogenannten "Landmafia" ausgehende Druck, ihre Besitztümer zu verlassen, Teil ihres täglichen Lebens sei. Versuche, Vertriebene gewaltsam zu vertreiben, würden häufig zu Gewalt führen, da sich die Camp-Bewohner gegen ungesetzliche Versuche, sie von ihrem Land zu vertreiben, wehren würden:

„Most displaced people in Afghanistan lack affordable housing options and occupy private or public land without permission, leaving them at constant risk of forced evictions. [...]

One of the key issues is harassment and threats to leave properties. Many of the people in the communities in Kabul and Mazar-e-Sharif that we interviewed said that this pressure to leave their properties, from government officials, local strongmen or the so-called 'land mafia', were part of daily life. [...]

Attempts to forcibly evict displaced people often lead to violence as camp residents refuse illegal attempts to drive them off their lands.“ (AI, 31. Mai 2016, S. 31-32)

Friederike Stahlmann vom Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung erwähnt in einer E-Mail-Auskunft vom November 2018 eine von ihr im Rahmen eines Gutachtenauftrags des VGH Baden-Württembergs (Beweisbeschluss vom 12.09.2018, AZ: A 11 S 316/17 und A 11 S 2642/17) durchgeführte Erhebung zum Verbleib und den Erfahrungen aus Deutschland abgeschobener Afghanen. Von den 366 im Zeitraum zwischen Dezember 2016 und September 2018 aus Deutschland Abgeschobenen konnten 125 identifiziert und Informationen zum Verbleib von 33 Individuen erhoben werden. Einer dieser 33 habe kurz nach Ankunft Suizid begangen, drei weitere seien innerhalb weniger Wochen wieder ausgewandert. Da die Erhebung erneut dokumentiert habe, dass der Rückkehrer-Status hohe Risiken gezielter Übergriffe mit sich bringe und man diese aus forschungsethischen Gründen nicht noch weiter erhöhen dürfte, würden sich die erhobenen Informationen auf Auskünfte von Kontaktpersonen Abgeschobener beschränken. Zum Einfluss der Erhebungsmethode auf diese Ergebnisse schreibt Stahlmann:

„Wie bei anderen Rückkehrermonitorings sind die Ergebnisse nur eingeschränkt repräsentativ. So können Schadenseintritte nur in extremen Ausnahmesituationen dokumentiert werden. Nicht repräsentativ dokumentierbar sind hierbei Übergriffe mit Todesfolge, kriminelle Übergriffe, Verelendung und Verhaftungen, da sie regelhaft zu Kontaktabbrüchen führen. Die Erfahrungen der Verbliebenen haben dennoch die bisherige Dokumentation der spezifischen Bedrohung von Rückkehrern bestätigt.“ (Stahlmann, 26. November 2018)

Stahlmann führt zwei Fälle an, in denen es nach der Rückkehr zu einer Fortsetzung der Verfolgung gekommen sei:

„Fall 1: Ein Abgeschobener, der von einem Freund vor seinem Schwager (Talib) versteckt wurde, vor dessen Rekrutierungsversuch er geflohen war. Der Freund wurde daraufhin von Polizisten – offensichtlich im Auftrag der Taliban - festgenommen und nach dem Aufenthaltsort der Abgeschobenen befragt. Dass der Bruder des Freundes kurz darauf niedergestochen wurde, erweckt zumindest den Verdacht, dass es im Zusammenhang mit der verweigerten Aussage stand, kann aber nicht belegt werden.

Fall 2: Ein Betroffener war vor Verfolgung durch die Taliban geflohen. Er hatte in Deutschland bei einem Frühjahrsputz in einer Kirche mitgeholfen. Dies wurde durch die Verlinkung auf einen regionalen Zeitungsartikel auf Facebook in Afghanistan bekannt und die Familie von den Taliban daraufhin schikaniert. Als die Abschiebung vor Ort bekannt wurde, wurde die Familie unter Morddrohung aufgefordert ihn ‚herauszugeben‘ – auch unter Verweis auf die (aufgrund des Facebook-Links unterstellte) Konversion des Abgeschobenen. Die Familie musste fliehen.“ (Stahlmann, 26. November 2018)

Zu Fällen, in denen RückkehrerInnen auf Grund ihrer Flucht, ihrer “Desertion“ oder Apostasie Konsequenzen ausgesetzt gewesen seien, schreibt Stahlmann, dass es bereits ausreichen könne, für Ausländer tätig zu sein, beispielsweise als Fahrer, um von den Taliban verfolgt zu werden, zum Ungläubigen gestempelt und mit Mord bedroht zu werden. Dies gelte zumindest dann, wenn man die Option ausschlage, sich ihnen doch noch anzuschließen. Wer aber mehrfach sein Leben riskiere, um dann bei den „ungläubigen Besatzern“ um Schutz zu bitten, der sei offensichtlich auf die andere Seite übergelaufen. Dabei käme nicht nur der Vorwurf der Ungläubigkeit vor, sondern auch der Spionage.

Mit dieser Gefahr zusammenhängend nennt Stahlmann drei weitere Fälle:

„Fall 3: Gewaltandrohung/Drohbrief gegen Abgeschobenen als ‚Ungläubiger‘ aufgrund des Aufenthalts in Europa (wobei die Taliban die europ. Länder kannten, in denen er sich aufgehalten hatte)

Fall 4: Drohbrief mit Aufforderung an Rückkehrer sich dem Kampf der Taliban anzuschließen, um sich für die Flucht zu rehabilitieren.

Fall 5: Schutzgelderpressung von Nachbarn unter Androhung den Abgeschobenen an die Taliban zu verraten.“ (Stahlmann, 26. November 2018)

Zum Thema Verfolgung, Gewalt und Diskriminierung durch Taliban, das soziale Umfeld und staatliche Akteure aufgrund angenommener oder tatsächlicher Verwestlichung oder Apostasie hält Stahlmann Folgendes fest:

„Für den Vorwurf vom Glauben abgefallen, also Apostat zu sein müssen in Afghanistan nicht die in der klassischen Sharia vorgegebenen Bedingungen erfüllt sein. Es reicht oft auch die Verletzung von den jeweils geltenden religiösen und sozialen Erwartungen, denn auch soziale Umgangsformen werden in Afghanistan in der Regel religiös legitimiert. Diese

Umgangsformen, alltägliches Verhalten und Habitus verändern sich jedoch häufig durch die sehr andere soziale und kulturelle Prägung während des Aufenthalts in Europa.

Typische Unterstellungen gegenüber Exilafghanen (besonders junge Männer außerhalb der Kontrolle ihrer Familien) sind außerdem Konsum von Schweinefleisch, außereheliche Beziehungen und Missachtung von rituellen Vorschriften. Mitunter basiert das auf extremen Zerrbildern des Lebens in Europa. Die Konsequenzen reichen, wie das in qualitativen Studien schon ausführlich dokumentiert ist, von sozialem Ausschluss aufgrund der Stigmatisierung bis hin zu Mord. Anzeichen von Verwestlichung erregen jedoch auch das Misstrauen der Taliban.“ (Stahlmann, 26. November 2018)

Hierzu nennt Stahlmann die folgenden Fälle:

„Fall 6: Ein Abgeschobener wurde von seinem Vater und Dorfbewohnern wegen unangepassten Auftretens und ‚weil sie gemerkt haben, dass ich anders bin‘ verprügelt und verletzt.

Fall 7: Ein Abgeschobener hat in Kabul versucht, die Toilette einer Moschee zu nutzen. Er wurde dabei als Europa-Rückkehrer identifiziert und daraufhin als Ungläubiger und Verräter bedroht und musste fliehen.

Fälle 8-12: Vier haben erlebt, dass sie in Kabul auf der Straße von Fremden als Europa-Rückkehrer erkannt und dann als Ungläubige und Verräter beschimpft, bedroht und zwei auch gejagt wurden.

Fall 13: Ein Abgeschobener wurde von dem Vermieter seines Versteckes verprügelt und rausgeschmissen, nachdem bekannt geworden ist, dass er Kontakt mit Ausländern hat (war im dt. Fernsehen portraitiert worden).

Fall 14: Betroffenen wurde medizinische Versorgung mit dem Argument verweigert, dass er doch nach Dtl zurückgehen und sich da versorgen lassen sollte. Anlass war die Weiterbehandlung einer Wunde, die er schon hatte, als er ankam.

Fall 15&16: Beleidigungen als Verräter und Ungläubige inkl. Übergriffe aufgrund ihres Status als Europa-Rückkehrer durch staatliche Sicherheitskräfte

Fall 17-20: 3 Berichte, dass die Ausstellung der Tazkira mit dem Argument verweigert wird, dass sie abgeschoben worden seien.

Fall 21: Gefangenschaft und 2-tägige Folter durch die Taliban von einem Abgeschobenen, der auf einer Überlandreise aufgrund des verdächtig-westlichen Merkmals, dass sein Bart noch nicht lang genug war, in einem Checkpoint aufgefallen war.

Ein Bericht, dass das Handy eines Abgeschobenen an einem Taliban-Checkpoints auf verdächtige Inhalte (Photos, Kontakte, Musik etc.) durchsucht wurde. Der Betroffene war allerdings Afghanistan-erfahren und nicht nur mit Taliban-Checkpoints vertraut, sondern hatte mit Hilfe einer App auf seinem Handy verdächtige Daten verborgen.“ (Stahlmann, 26. November 2018)

Darüber hinaus hält Stahlmann Folgendes fest:

„Manche Berichte ließen sich nicht ausreichend zuordnen: So wurde z.B. der Vater eines Abgeschobenen, der seinen Sohn in dem Versteck in Kabul besucht hatte, auf der Heimreise ermordet. Auch wenn die Strecke wahrscheinlich macht, dass die Taliban involviert waren, und die Familie das annimmt, ist nicht dokumentierbar, wer verantwortlich war und ob der Mord in Zusammenhang mit der Rückkehr und Besuch stand.

Zudem gab es Berichte von Gewalterfahrungen, die willkürlicher Gewalt zuzurechnen sind, wie etwa Verwundungen in zwei Terrorattentaten.

*) Die einzige Gefahr für die es in der Erhebung kein identifiziertes Bsp. aus der Reihe der aus Deutschland Abgeschobenen gab, ist die Verfolgung von vermeintlichen Gefährdern und Straftätern. Bei Letzteren hat das afghan. Innenministerium zwar bestätigt, dass Abgeschobene festgenommen wurden (bei Mord und schwerer Körperverletzung) – aber es hat sich nicht eruieren lassen, was aus ihnen geworden ist. [...]

*) Dazu kommt die ohnehin große aber bei Europa-Rückkehren gesteigerte Gefahr Opfer alltäglicher oder organisierter Kriminalität zu werden

In besonderem Maß von Kriminalität betroffen sind generell jene, von denen bekannt ist, dass sie keinen potenten politischen oder militärischen Schutz genießen. Dazu gehören insbesondere ethnische, religiöse oder politische Minderheiten, hierarchisch Untergebene, diejenige ohne unterstützungswilliges und -fähiges erweitertes soziales Netzwerk. So betonen bisherige Studien etwa das besondere Risiko Binnenvertriebener, Opfer von physischen Übergriffen und Entführungen zu werden. Zum anderen all jene, bei denen davon ausgegangen wird, dass sie über relevante Ressourcen verfügen.

Beides trifft in besonderem Maß auf Europa-Rückkehrer zu: Zum einen haben sie durch die Gefahren, die sie für Unterstützer darstellen und die Stigmata, die mit der Abschiebung einhergehen und das mangelnde öffentliche Interesse bekanntermaßen keine potente Rückendeckung. Zum anderen bestehen teils absurd falsche Grundannahmen bezüglich des Vermögens von Europarückkehrern oder der Bereitschaft von Unterstützern in Europa die Betroffenen auszulösen, was bei Entführungen zu unrealistischen Forderungen führt und damit Risiko erhöht, dass Entführungen mit den vorhandenen Ressourcen nicht glimpflich beendet werden können. Die große Zahl der durch den Rückkehrer-Status begründeten Risiken schränken jedoch die Erhebungsoptionen zusätzlich methodisch ein, da aktive Nachforschungen, beispielsweise in sozialen Medien, die Gefahr für die Abgeschobenen und ihre Angehörigen und Unterstützer in Afghanistan potenziell erhöhen. Da dies forschungsethisch nicht vertretbar ist, musste die Erhebung auf Auskünfte von Kontaktpersonen Abgeschobener beschränkt bleiben. [...]

Da diese Kontaktpersonen in der Regel jedoch auch als finanzielle Unterstützer fungieren, führt dies zu einer Verzerrung der Ergebnisse. So gewährleistet die Finanzierung durch private Unterstützer in Deutschland nicht nur weitgehende humanitäre Absicherung, sondern ermöglicht auch, dass die ganz überwiegende Mehrheit der Abgeschobenen in

bezahlten Verstecken untergekommen sind, was wiederum die Wahrscheinlichkeit von gezielten Übergriffen reduziert.

Als solche Verstecke fungieren zum einen Hotels, die die Betroffenen nach Möglichkeit nicht verlassen, zum anderen private Unterkünfte. Eine weitere Variante des Versuchs eine Identifizierung als Abgeschobene zu vermeiden oder hinauszuzögern, ist sich in ständig wechselnden Herbergen wie Teehäusern als Reisende auszugeben. Da diese Unterkunftsvarianten oft zeitlich befristet ist, kam es hier zu Mehrfachnennungen: 39x in Verstecken und regelmäßig wechselnden Herbergen, 2x zeitlich befristet öffentlich bei Familie (wobei einer davon von seiner Familie und Nachbarn misshandelt wurde), 1x Studentenwohnheim, 1x bei einem Freund (vermeidet aus dem Haus zu gehen) und 1x reguläre Ansiedlung.“ (Stahlmann, 26. November 2018)

3.4.1 Herat

In seinem Bericht zur sozio-ökonomischen Lage in Kabul, Herat und Mazar-e Sharif vom August 2017 geht EASO unter Verweis auf verschiedene Quellen auf die Situation von IDPs in Herat ein. Laut dem im Februar 2017 für den Bericht befragten politischen Analysten Neamat Nojumi würden nach Herat kommende Vertriebene nicht positiv wahrgenommen werden. Die Einwohner von Herat hätten aus historischen Gründen eine negative Meinung gegenüber aus dem Süden Afghanistans stammenden IDPs, da sie paschtunische Flüchtlinge mit den Taliban assoziieren würden. Diese hätten Berichten zufolge in der Zeit ihrer Herrschaft einige vertriebene paschtunische Kader mit Waffen ausgestattet. Laut Nojumi sei die Stimmung in Herat sehr Taliban-feindlich. Unter Verweis auf eine Email-Auskunft des UNHCR schreibt EASO, dass in Herat die Meinung geherrscht habe, dass die paschtunischen IDPs mit den Taliban in Verbindung stünden und dass ihr Lebensstil und die sprachlichen Unterschiede negative Auswirkungen auf die Gastgemeinden haben würden. Nujomi habe angegeben, dass junge Männer ohne lokalem gesellschaftlichem Netzwerk von der Polizei als verdächtig angesehen werden könnten. Laut UNHCR würden die Einwohner Herats die IDPs als Belastung für den lokalen Arbeitsmarkt empfinden:

„The senior political analyst explained that displaced people who move into Herat are not perceived well. He stated that Herat has a historically negative view of IDPs from the southern region of Afghanistan because Heratis associate Pashtun refugees with the Taliban, who reportedly used to arm some displaced Pashtun cadres in the Taliban period. The same source explained that there was a strong anti-Taliban sentiment in Herat. Similarly, the UNHCR explained that there were perceptions in Herat that the Pashtun IDPs were affiliated with the Taliban and that their lifestyle and linguistic differences would have a negative impact on the host communities. The senior political analysts said that young men without a local network connection may be seen as suspect by police. According to UNHCR, IDPs are seen to be putting a strain on the local labour market by local Heratis.“
(EASO, August 2017, S. 103-104)

Said Reza Kazemi vom Afghanistan Analyst Network (AAN) schreibt in einem im Oktober 2018 veröffentlichten Artikel, dass eine zunehmende Zahl lokaler Regierungsbeamter und Bewohner zwischen der Vertreibung und dem Anstieg sicherheitsrelevanter Vorfälle einen direkten Zusammenhang herstellen würde. Sie würden den IDPs die Schuld an den jüngsten kriminellen

und sicherheitsrelevanten Vorfällen geben. Laut der Killid-Gruppe, einer in Herat tätigen Medienorganisation, hätten lokale Sicherheits- und Justizbehörden gesagt, dass die IDPs in 30 Prozent der in Herat stattfindenden Sicherheitsvorfälle verwickelt seien. Die Beamten hätten behauptet, dass die Taliban und andere aufständische und kriminelle Gruppen Verbindungen zu einigen der IDPs hergestellt hätten, um die Stadt und die übrige Provinz zu destabilisieren. Alarmiert über das Ausmaß der Vertreibung, die in einem solchen Ausmaß nicht mehr seit der Dürre in den Jahren 2000 bis 2001 beobachtet worden sei, hätten viele Einwohner Herats und viele lokale Regierungsbeamte zunehmend die Rückkehr der IDPs in ihre Herkunftsprovinzen gefordert:

„A growing number of local government officials and residents have drawn a direct connection between the displacement and the rise in security-related incidents. They have attributed responsibility to IDPs for the recent security and crime incidents. The Killid Group, a media organisation that is also active in Herat, said in a research paper that local security and justice authorities had said the IDPs were implicated in ‘30 per cent of security incidents in Herat’ [...]. These officials claimed that the Taleban and other insurgent and criminal groups had established links with some of the IDPs with a view to destabilising the city and the wider province. Many local Heratis and government officials, alarmed by the scale of the displacement – not seen since the drought of 2000/2001 – have increasingly called for the return of the IDPs to their original provinces.” (AAN, 15. Oktober 2018)

Die Washington Post (WP) berichtet in einem Artikel vom Mai 2016 über Landaneignungen vonseiten lokal einflussreicher Männer, korrupter Beamten und anderer Opportunisten. Der Artikel behandelt vorwiegend das Gebiet in und um Herat-Stadt. Lokale Führer seien den ethnischen Paschtunen und Hazaras, die aus Kriegsgebieten zugezogen seien und vor Ort neue Gemeinden gegründet hätten, mit Geringschätzung begegnet. In einem Gebiet entlang eines neuen in Arbeit befindlichen Stadtboulevards würden etwa 1.900 überwiegend paschtunische ursprünglich aus dem Süden stammende Familien leben. Sie würden dort in einem inoffiziellen Lehmhüttendorf wohnen, das als Shayidayee-Camp bekannt sei und auf Regierungseigentum gebaut worden sei. An diesem Standort sei nun der Bau von 6.500 neuen Wohnungen für Mitarbeiter der lokalen Regierung vorgesehen. Lokale Beamte von Herat würden daran arbeiten, die vertriebenen Paschtunen in ein fünf Meilen entferntes Dorf zu verlegen, jedoch stünden dort nur 1.500 für die Paschtunen errichtete Häuser bereit, sodass etwa 400 Familien ohne Aussichten dastünden. Darüber hinaus werde das Land, das die Regierung für diese Häuser zur Verfügung stelle, auch von anderen Dorfbewohnern beansprucht:

„The practice — in which acres of private and government land are illegally seized by local strongmen, corrupt officials and other opportunists — contributes to thousands of land disputes in Afghanistan. They in turn undermine President Ashraf Ghani’s efforts to convince Afghans that their country is crawling toward civil stability. [...] [T]he local leaders were disdainful of the ethnic Pashtuns and Hazara who have been arriving from war zones and creating new communities here. Along the path of a new city boulevard being dug, about 1,900 mostly Pashtun families originally from the south live in an illegal mud-hut village known as the Shayidayee encampment. Built on government property, the site is now targeted for 6,500 new homes for local government employees. Herat officials are working to relocate the displaced Pashtuns to a village created in the dusty mountain

foothills about five miles away. But there are just 1,500 homes built for the Pashtuns there, leaving about 400 families without an option. Moreover, the land the government set aside for those homes is also claimed by villagers who have been in the foothills for decades.” (WP, 31. Mai 2016)

Die UN-Organisation UN-Habitat, die sich für adäquate Unterkünfte und nachhaltigen Siedlungsbau einsetzt, UNHCR und anderen Organisationen erstellten eine im Oktober 2016 veröffentlichte Analyse zu IDP-Siedlungen in Herat. Laut der Analyse würden Grundstücks- und Besitzverhältnisse dort ein wichtiges Thema darstellen. Die Mehrheit der Familien habe keine formalen Besitzvereinbarungen und würde sich hauptsächlich auf mündliche Vereinbarungen stützen. Der Besitzverhältnisse seien bei den meisten Grundstücken unklar und die Mehrheit der Grundstücke würde von Einwohnern Herats für sich beansprucht werden. Familien in den Siedlungen Minaret, Naw Abad, Police Station und Shaidayee hätten mehrere Räumungsdrohungen erhalten. Darüber hinaus habe die Regierung ihnen verboten, neue Unterkünfte zu bauen oder bestehende Unterkünfte zu reparieren, was sie daran gehindert habe, in ihre Wohn- und Lebenssituation zu investieren und diese zu verbessern:

„Land and security of tenure were a significant issue. Majority of the families have no formal tenure arrangements, relying mostly on verbal agreements. The status of land ownership for most land is unclear with majority contested by local Herati residents. Families in Minaret, Naw Abad, Police Station and Shaidayee have received multiple eviction threats. Additionally, government has prohibited them to construct new shelters or repair existing shelters which has prevented them from investing and improving their housing/living situation.” (UN Habitat/UNHCR, Oktober 2016, S. 6)

Eine Studie des Norwegian Refugee Council (NRC) und des Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC) dokumentiert zwischen November 2010 und Juni 2013 Fälle von Vertreibung von IDPs und Rückkehrern in Afghanistan. Für die im urbanen Zentrum Herat liegenden informellen Siedlungen Maslach, Shaidayee und Minaret dokumentiert die Studie 4.990 von Vertreibung bedrohte Familien. (IDMC/NRC, Februar 2014, S. 9)

3.4.2 Mazar-e Sharif

Zu sicherheitsrelevanten Vorfällen in Zusammenhang mit ethnischen oder religiösen Spannungen siehe Abschnitt 3.1.2.

In einem Bericht vom Mai 2016 behandelt Amnesty International (AI) unter anderem das Thema Vertreibung aus informellen Siedlungen. Viele der Menschen in Kabul und Mazar-e Sharif, die von AI befragt worden seien, hätten angegeben, dass der Druck, ihr Land zu verlassen, Teil ihres täglichen Lebens sei:

„Many of the people in the communities in Kabul and Mazar-e-Sharif that we interviewed said that this pressure to leave their properties, from government officials, local strongmen or the so-called ‘land mafia’, were part of daily life.” (AI, 31. Mai 2016, S. 32)

Die oben bereits angeführte Studie von NRC und IDMC dokumentiert für den Zeitraum November 2010 bis Juni 2013 Fälle von Vertreibung von IDPs und RückkehrerInnen in Afghanistan. Für die im urbanen Zentrum Mazar-e Sharif liegende informelle Siedlung Ferdawsi

Intersection dokumentiert die Studie 27 zwangsvertriebene Familien. (IDMC/NRC, Februar 2014, S. 9)

Aktuellere Studien zum Thema Vertreibungen oder Übergriffen auf IDPs und RückkehrerInnen in Mazar-e Sharif konnten nicht gefunden werden. Allgemeine Informationen zum Thema Vertreibung aus IDP-Siedlungen finden sich in Abschnitt 3.4.

3.4.3 Kabul

In einem Bericht vom November 2017 hält UNAMA fest, dass es in Afghanistan zu einem besorgniserregenden Anstieg an Anschlägen auf Gebetshäuser, religiöse Führer und Gläubige gekommen sei, wovon insbesondere schiitische Kongregationen betroffen seien. UNAMA nehme zur Kenntnis, dass es bezüglich der Glaubwürdigkeit der Bekennerschreiben der Gruppe ISKP gemischte Meinungen gebe, insbesondere in Bezug auf Anschläge in der Stadt Kabul. Einige Analysten hätten gemeint, dass die ISKP Unterstützung vonseiten krimineller Netzwerke und lose mit anderen Aufständischen verbundenen Gruppen erhalten habe, wodurch es für sie möglich geworden sei, großangelegte Anschläge in der Stadt durchzuführen:

„This Protection of Civilians in Armed Conflict special report Attacks against Places of Worship, Religious Leaders and Worshipers documents a disturbing increase in attacks against places of worship, religious leaders and worshippers, particularly attacks targeting Shi’a Muslim congregations. [...] UNAMA acknowledges mixed opinions concerning the credibility of ISKP claims of responsibility, especially for attacks in Kabul city. Some analysts have suggested that ISKP received support from ‘criminal networks and groups loosely connected with other insurgency actors’ which enabled their capacity to conduct large-scale attacks in Kabul city.” (UNAMA, 7. November 2017, S. 1-2)

In ihrem Jahresbericht 2017 merkt UNAMA an, dass konfessionell motivierte Selbstmord- und komplexe Anschläge gegen Zivilisten, einschließlich Gebetshäuser enormen Schaden anrichten würden, insbesondere in Kabul (UNAMA, 15. Februar 2018, S. 29).

Laut einer Studie der APPRO vom April 2016 sei Gewalt innerhalb der Gesellschaft in allen drei im Zuge der Studie untersuchten informellen Siedlungen (eine in der Stadt Kabul, zwei weitere in anderen Distrikten der Provinz Kabul) ein weitreichendes Problem. Bei den zahlreichen Konflikten würde es üblicherweise um Landbesitz und Wasser gehen, in geringerem Maße auch um erbrechtliche Angelegenheiten. Die Konflikte würden selten entlang ethnischer Linien stattfinden, meistens würde es sich um individuelle Dispute - häufig innerhalb von Großfamilien - handeln. Bei den meisten der beobachteten Konflikte seien ausschließlich Männer involviert gewesen, außer bei Fällen, in denen es um Erbschaft oder „Mahr“ (Brautgeld für die Ehefrau in Todesfällen oder im Fall einer Scheidung) gegangen sei:

„Community violence is reportedly widespread in all three target districts. There are said to be numerous disputes, with the majority of these concerning rights to land and water, and a smaller number concerning inheritance rights. Disputes are seldom along ethnic lines, and mostly tend to be individual disputes, often within extended families. Most disputes involve only men, but inheritance and mahr rights cases also involve women.” (APPRO, April 2016, S. 55)

In einem Bericht vom Mai 2016 behandelt Amnesty International (AI) unter anderem das Thema Vertreibung aus informellen Siedlungen. Viele der Menschen in Kabul und Mazar-e Sharif, die von AI befragt worden seien, hätten angegeben, dass der Druck, ihr Land zu verlassen, Teil ihres täglichen Lebens sei. So hätten die Bewohner der informellen Siedlung Charahi Qambar in der Stadt Kabul angegeben, dass sie Land bewohnen würden, das sich im Besitz des Verteidigungsministeriums befände. Sie seien jedoch in den letzten drei Jahren immer wieder von Mitgliedern der „Landmafia“ aufgefordert worden, das Land zu verlassen. Diese Belästigungen hätten in den Monaten zwischen den beiden Recherchemissionen von AI (November 2015 und Februar 2016) zugenommen. Die Bewohner würden behaupten, dass sie sich bezüglich der Zuweisung von Land mehrmals an die Regierung gewandt hätten, dass sie jedoch von dieser keine Unterstützung erhalten hätten:

„Many of the people in the communities in Kabul and Mazar-e-Sharif that we interviewed said that this pressure to leave their properties, from government officials, local strongmen or the so-called ‘land mafia’ , were part of daily life. Residents of Charahi Qambar in Kabul claim that they occupy land owned by the Ministry of Defense, but that over the past three years members of the ‘land mafia’ have asked them to leave the land. This harassment had increased over the past months when we visited in November 2015. The community claims they have approached the government several times about land allocation but that they have not received any help.“ (AI, 31. Mai 2016, S. 32)

Amnesty International beschreibt weiters einen Fall versuchter Zwangsvertreibung im IDP-Camp Chaman-e Babrak, bei dem im Juni 2015 uniformierte Polizeioffiziere und Männer in militärisch anmutenden Uniformen (die Polizei- und Militäruniformen konnten nicht identifiziert werden) mit Bulldozern zu der Siedlung gekommen seien und begonnen hätten dort Häuser zu zerstören. Die Männer hätten auch auf die gegen die Zwangsvertreibung demonstrierenden EinwohnerInnen geschossen. Insgesamt seien zehn EinwohnerInnen, einschließlich eines 12-Jährigen, verletzt worden, zwei weitere seien später im Krankenhaus gestorben. Die betroffene Gemeinde habe den Vorfall gemeldet, es sei jedoch mit Stand Mai 2016 zu keiner Untersuchung gekommen, von der AI Kenntnis genommen hätte. Seit dem Vorfall seien die EinwohnerInnen von Chaman-e Babrak weiterhin von unterschiedlichen bewaffneten Männern bedroht worden. Diese hätten angekündigt, dass sie jeden töten würden, der Widerstand leiste und das Gebiet nicht verlasse:

„On the first day of Ramadan in 2015 - 18 June - an attempted forced eviction in Chaman-e-Babrak turned violent and left two of the camp residents dead and 10 others injured. No one has yet to be held account for the killings. Residents told Amnesty International researchers that on the day in question, police officers belonging to Police Station District Four of Kabul city and men in military-style uniforms (but not identifiable police or army uniforms) turned up at the settlement with bulldozers and started to destroy some of the makeshift shelters in Chaman-e-Babrak settlement. In an attempt to halt the destruction of their homes, a camp elder tried to negotiate with the men to stop the eviction and to let them stay on during the month of Ramadan. But as soon as the elder approached the armed men they started to beat him. Shortly after, a group of camp residents gathered in a protest against the elder’s treatment and the destruction of their homes. They told Amnesty International that while they were demonstrating, the armed men and police

started shooting at the demonstrators. In total 10 residents, including a 12-year-old boy, were injured in the shooting and a further two men died later in a nearby hospital run by Emergency, a medical NGO focused on trauma surgery. In the following months, the community approached various officials from the Ministry of Interior, Parliament, the President's Office, the MoRR [Ministry of Refugees and Repatriation], and the Kabul Police Chief to demand an official investigation into the incident and justice for those injured and killed. At the time of writing, no investigation had taken place as far as Amnesty International is aware. The community is still none the wiser as who authorised the attempted forced eviction. Amnesty International sought a meeting with the Kabul Police to discuss the incident but we were unable to secure the meeting. [...] Since the incident on 18 June 2015, residents at Chaman-e-Babarak displacement settlement continue to be threatened by different armed men, warning them to leave the area otherwise 'they will come after them and kill anyone who resists'. They believe that the lack of accountability in this case has emboldened the suspected perpetrators to continue harassing and intimidating them, without fear of arrest or prosecution." (AI, 31. Mai 2016, S. 32-33)

Eine Studie von NRC und IDMC dokumentierte zwischen November 2010 und Juni 2013 Fälle von Vertreibung von IDPs und Rückkehrern in Afghanistan. Für fünf im urbanen Zentrum Kabul liegende informelle Siedlungen dokumentiert die Studie 1.760 von Vertreibung bedrohte Familien, für eine weitere informelle Siedlung 26 zwangsvertriebene Familien. (IDMC/NRC, Februar 2014, S. 9)

Quellen (Zugriff auf alle Quellen am 7. Dezember 2018)

- AAN – Afghanistan Analyst Network: Five Questions to Make Sense of the New Peak in Urban Attacks and a Violent Week in Kabul (Autor: Thomas Ruttig), 5. Februar 2018
<https://www.afghanistan-analysts.org/five-questions-to-make-sense-of-the-new-peak-in-urban-attacks-and-a-violent-week-in-kabul/>
- AAN – Afghanistan Analysts Network: Blue Gold: The quest for household water in Kabul city (Autor: Said Reza Kazemi), 30. August 2018
<https://www.afghanistan-analysts.org/blue-gold-the-quest-for-household-water-in-kabul-city/>
- AAN – Afghanistan Analyst Network: Afghanistan Elections Conundrum (18): A lively election campaign amid growing insecurity in Herat (Autor: Said Reza Kazemi), 15. Oktober 2018
<https://www.afghanistan-analysts.org/afghanistan-elections-conundrum-18-a-lively-election-campaign-amid-growing-insecurity-in-herat/>
- ABADE – Assistance in Bildung Afghanistan by Developing Enterprises: ABADE is closing on June 30 2017, 26. Juni 2017 (verfügbar im Google-Cache)
<http://www.abade.org/abade-is-closing-on-june-30-2017/>
- Abbas, Qaswar: E-Mail-Auskunft, 4. Oktober 2018
- ACCI – Afghanistan Chamber of Commerce & Industries: Business Monitor 2018, 3rd Quarter 2018, Oktober 2018
<http://www.acci.org.af/media/ACCI%20Business%20Tendency%20Survey%20Report%20%202018%203rd%20quarter%20English.pdf>
- ACCORD – Austrian Centre for Country of Origin and Asylum Research and Documentation: Anfragebeantwortung zu Afghanistan: Folgen von Dürre in den Städten Herat und Mazar-e Sharif: Landflucht als Folge der Dürre; Auswirkungen der Dürre/Landflucht auf die Versorgung mit Wasser und Lebensmitteln, auf die Wohnraumbeschaffung und die Situation am Arbeitsmarkt für Neuansiedler (insbesondere von RückkehrerInnen) [a-10737], 12. Oktober 2018
<https://www.ecoi.net/de/dokument/1452468.html>
- ACLED – Armed Conflict Location & Event Data Project: Islamic State in Afghanistan, ohne Datum
<https://www.acleddata.com/2018/02/23/islamic-state-in-afghanistan/>
- ACLED – Armed Conflict Location & Event Data Project: ACLED Working Paper No. 5 Reporting Sources, April 2015
https://www.acleddata.com/wp-content/uploads/2015/04/ACLED_Reporting-Sources-Working-Paper-No.-5_2015.pdf
- ACLED – Armed Conflict Location & Event Data Project: Codebook Version 8 (2017), 28. Dezember 2017a
https://www.acleddata.com/wp-content/uploads/2017/12/ACLED_Codebook_2017FINAL.pdf

- ACLED – Armed Conflict Location & Event Data Project: Fatalities, 28. Dezember 2017b
https://www.acleddata.com/wp-content/uploads/2017/12/Fatalities_FINAL.pdf
- ACLED – Armed Conflict Location & Event Data Project: Email-Auskunft, 19. November 2018
- ACLED – Armed Conflict Location & Event Data Project: Email-Auskunft, 28. November 2018
- ACLED – Armed Conflict Location & Event Data Project: ACLED-Datensatz, Stand vom 12. November 2018
<https://www.acleddata.com/>
- AI – Amnesty International: Fleeing war, finding misery: The plight of the internally displaced in Afghanistan, 23. Februar 2012
<http://www.amnesty.org/en/library/asset/ASA11/001/2012/en/16509ae3-8407-4f1a-95e8-029f1e08397d/asa110012012en.pdf>
- AI – Amnesty International: “My children will die this winter” Afghanistan’s broken promise to the displaced [ASA 11/4017/2016], 31. Mai 2016
https://www.ecoi.net/en/file/local/1313725/1226_1470635033_asa1140172016english.pdf
- APPRO – Afghanistan Public Policy Research Organization: Migration and Urban Development in Kabul, Oktober 2012
<https://de.scribd.com/document/131206631/Migration-and-Urban-Development-in-Kabul-Classification-or-Accommodation>
- APPRO – Afghanistan Public Policy Research Organization: Afghanistan Rights Monitor – Baseline Report, April 2016
<http://appro.org.af/wp-content/uploads/2017/03/312474752-2016-04-30-ARM-Baseline-Assessment.pdf>
- AREU – Afghanistan Research and Evaluation Unit: Balkh’s Economy in Transition,) August 2013 (Autoren: Paul Fishstein, Islamuddin Amaki, Mohammed Qaasim)
<https://areu.org.af/wp-content/uploads/2016/02/1306-IP-Balkh-Economy-Aug-2013.pdf>
- Ariana News: Suicide Attack Kills a Businessman in Mazar-e-Sharif City, 9. November 2017,
<https://ariananews.af/suicide-attack-kills-a-businessman-in-mazar-e-sharif-city/>
- Asia Foundation: Afghanistan in 2014: A Survey of the Afghan People, 18. November 2014
<https://asiafoundation.org/resources/pdfs/Afghanistanin2014final.pdf>
- Asia Foundation: Afghanistan in 2015: A Survey of the Afghan People, 17. November 2015
<https://asiafoundation.org/resources/pdfs/Afghanistanin2015.pdf>
- Asia Foundation: Afghanistan in 2016: A Survey of the Afghan People, 7. Dezember 2016
https://asiafoundation.org/wp-content/uploads/2016/12/2016_Survey-of-the-Afghan-People_full-survey.Apr2017.pdf
- Asia Foundation: Afghanistan in 2017: A Survey of the Afghan People, 14. November 2017
https://asiafoundation.org/wp-content/uploads/2017/11/2017_AfghanSurvey_report.pdf
- BBC: Afghan casualties in Taliban Mazar-e Sharif attack pass 100, 22. April 2017
<https://www.bbc.com/news/world-asia-39672357>
- BBC: Taliban threaten 70% of Afghanistan, BBC finds, 31. Jänner 2018
<https://www.bbc.com/news/world-asia-42863116>
- BBC Monitoring: Analysis: Mapping the rise and stall of Islamic State in Afghanistan, 17. Oktober 2018
<https://monitoring.bbc.co.uk/product/c200bbpg>

- BFA Staatendokumentation: Fact Finding Mission Report Afghanistan, April 2018
https://www.ecoi.net/en/file/local/1430912/5818_1524829439_03-onlineversion.pdf
- BFA Staatendokumentation: Anfragebeantwortung der Staatendokumentation zu Afghanistan: Lage in Herat-Stadt und Mazar-e-Sharif aufgrund anhaltender Dürre, 13. September 2018
https://www.ecoi.net/en/file/local/1444030/5209_1537779874_afgh-rf-sol-duerre-herat-mazar-i-sharif-2018-09-13-ke.doc
- BNA – Bakhtar News Agency: Joined Military Operation Begin In Balkh, Baghlan Provinces, 25. Februar 2018
<http://www.bakhtarnews.com.af/eng/security/item/32161-joined-military-operation-begin-in-balkh-baghlan-provinces.html>
- Carter, William: E-Mail-Auskunft, 4. Oktober 2018
- Carter, William: Skype-Gespräch, 14. November 2018
- Cedoca: Afghanistan Security situation in Kabul city, 24. April 2018
https://www.cgra.be/sites/default/files/rapporten/coi_focus_afghanistan_security_situation_in_kabul_city.pdf
- CSO – Central Statistics Organization: Afghanistan Statistical Yearbook 2011-12, Health Development, ohne Datum (a)
[http://cso.gov.af/Content/files/Health%20Development\(1\).pdf](http://cso.gov.af/Content/files/Health%20Development(1).pdf)
- CSO – Central Statistics Organization: Afghanistan Statistical Yearbook 2013-14, Health Development, ohne Datum (b)
[http://cso.gov.af/Content/files/Health%20Development\(2\).pdf](http://cso.gov.af/Content/files/Health%20Development(2).pdf)
- CSO – Central Statistics Organization: Afghanistan Statistical Yearbook 2014-15, Health Sector, ohne Datum (c)
<http://cso.gov.af/Content/files/%D8%B3%D8%A7%D9%84%D9%86%D8%A7%D9%85%D9%87%20%D8%A7%D8%AD%D8%B5%D8%A7%D8%A6%DB%8C%D9%88%DB%8C%20%D8%B3%D8%A7%D9%84%201393/Health%20Sector.pdf>
- CSO – Central Statistics Organization: Afghanistan Statistical Yearbook 2013-2014 – Crimes Statistics by Type, ohne Datum (d)
<http://cso.gov.af/Content/files/Crimes%20Statistics%20by%20type.pdf>
- CSO – Central Statistics Organization: Settled Population by Civil Division, Urban, Rural and Sex-2010-11
<http://cso.gov.af/Content/files/%D8%AA%D8%AE%D9%85%DB%8C%D9%86%201389.xlsx>
- CSO – Central Statistics Organization: Settled Population by Civil Division, Urban, Rural and Sex-2011-12
<http://cso.gov.af/Content/files/%D8%AA%D8%AE%D9%85%DB%8C%D9%86%20%D9%86%D9%81%D9%88%D8%B31390.xlsx>
- CSO – Central Statistics Organization: Settled Population by Civil Division, Urban, Rural and Sex-2012-13
[http://cso.gov.af/Content/files/%D8%AA%D8%AE%D9%85%DB%8C%D9%86%20%D9%86%D9%81%D9%88%D8%B3%201391\(1\).xlsx](http://cso.gov.af/Content/files/%D8%AA%D8%AE%D9%85%DB%8C%D9%86%20%D9%86%D9%81%D9%88%D8%B3%201391(1).xlsx)
- CSO – Central Statistics Organization: Socio-Demographic and Economic Survey – Kabul, 2013
http://cso.gov.af/Content/files/English_Kabul_Web_Quality.pdf

- CSO – Central Statistics Organization: Settled Population by Civil Division, Urban, Rural and Sex-2013-14
<http://cso.gov.af/Content/files/%D8%AA%D8%AE%D9%85%DB%8C%D9%86%20%D9%86%D9%81%D9%88%D8%B31392.xlsx>
- CSO - Central Statistics Organization: National Risk and Vulnerability Assessment 2011-12 (Afghanistan Living Conditions Survey), 2014
<http://cso.gov.af/Content/files/ALCS/Final%20NRVA%202011-12%20Report%20English.pdf>
- CSO – Central Statistics Organization: Settled Population by Civil Division, Urban, Rural and Sex-2014-15
<http://cso.gov.af/Content/files/%D8%AA%D8%AE%D9%85%DB%8C%D9%86%20%D9%86%D9%81%D9%88%D8%B3%20%D8%B3%D8%A7%D9%84%201393.xlsx>
- CSO - Central Statistics Organization: Socio-Demographic & Economic Survey – Balkh, 2015
<http://cso.gov.af/Content/files/SDES/Balkh%20FR%20Final2.pdf>
- CSO – Central Statistics Organization: Estimated Settled Population by Civil Division, Urban, Rural and Sex-2015-16
<http://cso.gov.af/Content/files/%D8%AA%D8%AE%D9%85%DB%8C%D9%86%20%D9%86%D9%81%D9%88%D8%B3/%D8%AA%D8%AE%D9%85%DB%8C%D9%86%20%D9%86%D9%81%D9%88%D8%B3%20%D8%B3%D8%A7%D9%84%20%20%D8%A8%D9%87%20%D8%AA%D9%81%DA%A9%DB%8C%DA%A9%20%D9%88%D9%84%D8%A7%DB%8C%D8%A7%D8%AA%20%20%D8%A8%D9%87%20%D8%B3%D9%87%20%D9%84%D8%B3%D8%A7%D9%86%20%201394.xlsx>
- CSO - Central Statistics Organization: Afghanistan Living Conditions Survey 2013-14 (National Risk and Vulnerability Assessment), 2016a
<http://cso.gov.af/Content/files/ALCS/HOUSING%20AND%20HOUSEHOLD%20AMENITIES.pdf>
- CSO – Central Statistics Organization: Socio-Demographic and Economic Survey – Herat, 2016b
<http://cso.gov.af/Content/files/SDES/Highlight%20Herat%20Fr%204%20March.pdf>
- CSO – Central Statistics Organization: Estimated Settled Population by Civil Division, Urban, Rural and Sex-2016-17
<http://cso.gov.af/Content/files/%D8%AA%D8%AE%D9%85%DB%8C%D9%86%20%D9%86%D9%81%D9%88%D8%B3/%D8%AA%D8%AE%D9%85%DB%8C%D9%86%20%D9%86%D9%81%D9%88%D8%B3%20%D8%B3%D8%A7%D9%84%20%201395.xlsx>
- CSO – Central Statistics Organization: Estimated Settled Population by Civil Division, Urban, Rural and Sex-2017-18
<http://cso.gov.af/Content/files/%D8%B1%DB%8C%D8%A7%D8%B3%D8%AA%20%D8%AF%DB%8C%D9%85%D9%88%DA%AF%D8%B1%D8%A7%D9%81%DB%8C/population/%D8%A8%D8%B1%D8%A2%D9%88%D8%B1%D8%AF%20%D9%86%D9%81%D9%88%D8%B3%20%D8%B3%D8%A7%D9%84%201396.xlsx>
- CSO - Central Statistics Organization: Afghanistan Living Conditions Survey 2016-17, Mai 2018
<http://cso.gov.af/Content/files/ALCS/ALCS%202016-17%20Analysis%20report%20-%20Full%20report23%2009%202018-ilovepdf-compressed.pdf>

- CSRS – Center for Strategic & Regional Studies: Criminal Offenses: A Rampant Challenge in the Major Urban Centers, 5. August 2017
<http://www.taand.com/en/?p=2185>
- Der Standard: Mindestens 50 Tote bei Anschlag in Kabul, 20. November 2018
<https://derstandard.at/2000091838307/Mindestens-40-Tote-bei-Anschlag-in-Kabul>
- Devdiscourse: Afghan drought: Without urgent help 10.6 mln people could be "food insecure" by 2019, 9. November 2018
<https://www.devdiscourse.com/Article/science-environment/247289-afghan-drought-without-urgent-help-106-mln-people-could-be-food-insecure-by-2019>
- EASO – European Asylum Support Office: EASO Country of Origin Information Report Afghanistan; Key socio-economic indicators, state protection, and mobility in Kabul City, Mazar-e Sharif, and Herat City, August 2017
https://www.ecoi.net/en/file/local/1405774/1226_1503567243_easo-coi-afghanistan-ipa-august2017.pdf
- EASO – European Asylum Support Office: Afghanistan Security Situation - Update, Mai 2018
https://www.ecoi.net/en/file/local/1434285/5351_1528612374_afghanistan-security-situation-2018.pdf
- EASO – European Asylum Support Office: Country Guidance: Afghanistan; Guidance note and common analysis, Juni 2018
<https://www.easo.europa.eu/sites/default/files/easo-country-guidance-afghanistan-2018.pdf>
- FDD's Long War Journal: Mapping Taliban Control in Afghanistan, ohne Datum
<https://www.longwarjournal.org/mapping-taliban-control-in-afghanistan>
- FEWS NET - Famine Early Warning System Network: FEWS NET Data Center, ohne Datum (a)
<http://fews.net/fews-data/333>
- FEWS NET - Famine Early Warning System Network: Integrated Phase Classification, ohne Datum (b)
<http://fews.net/IPC>
<http://samuelhall.org/REPORTS/DRC%20PIN%20Urban%20Poverty%20Report.pdf>
- FEWS NET – Famine Early Warning System Network: Due to drought, high levels of food assistance needs will persist through the start of the lean season, September 2018
<http://fews.net/central-asia/afghanistan>
- FEWS NET: Afghanistan Price Bulletin, Oktober 2018
https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Afghanistan_2018_10_PB.pdf
- FEWS NET: Afghanistan, Food Security Outlook, October 2018 to May 2019, 16. November 2018
<https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/AFGHANISTAN%20Food%20Security%20Outlook%20Oct.%202018%20-%20May%202019.pdf>
- FMR - Forced Migration Review: enhancing security of land tenure of IDPPs, Mai 2014
<https://www.fmreview.org/sites/fmr/files/FMRdownloads/en/afghanistan/rao-turkstra.pdf>
- Foreign Affairs: Dirty Money in Afghanistan, 7. September 2016
<https://www.foreignaffairs.com/articles/afghanistan/2016-09-07/dirty-money-afghanistan>
- Government of the Islamic Republic of Afghanistan: State of Afghan Cities (SoAC): Report 2015, Volume 1, 2015 (verfügbar über ReliefWeb)
<https://reliefweb.int/report/afghanistan/state-afghan-cities-2015-volumes-one-two>

- GTD – Global Terrorism Database: Codebook – Inclusion Criteria and Variables, Juli 2018
<https://www.start.umd.edu/gtd/downloads/Codebook.pdf>
- GTD – Global Terrorism Database: GTD-Datensatz, Stand vom 13. November 2018
<https://www.start.umd.edu/gtd/>
- Humanitarian Response: Internal Displacement due to Conflict, 22. November 2018
<https://www.humanitarianresponse.info/en/operations/afghanistan/idps>
- IBNS – India Blooms News Service: Herat mosque bombing: ISIS claims responsibility, identifies suicide bombers, 3. August 2017
<https://www.indiablooms.com/world-details/SA/12299/herat-mosque-bombing-isis-claims-responsibility-identifies-suicide-bombers.html>
- IKRK – Internationales Komitee vom Roten Kreuz: Afghanistan: ICRC reduces its presence in the country, 9. Oktober 2017
<https://www.icrc.org/en/document/afghanistan-icrc-reduces-its-presence-country>
- IDMC – Internal Displacement Monitoring Centre: Patterns of Displacement, ohne Datum
<http://www.internal-displacement.org/countries/afghanistan>
- IDMC - Internal Displacement Monitoring Centre /NRC – Norweign Refugee Council: Still at risk. Security of tenure and the forced eviction of IDPs and refugee returnees in urban Afghanistan, Februar 2014
<http://mb.cision.com/Public/4290/9534422/8033f17cf2de376f.pdf>
- IESC - International Executive Service Corps: ABADE Program Opens Regional Offices in Mazar-i-Sharif and Herat, ohne Datum
<https://iesc.org/iesc-news/abade-program-opens-regional-offices-in-mazar-i-sharif-and-herat/>
- IFRC – International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies: Emergency Plan of Action (EPoA) – Afghanistan: Drought 2018, 1. November 2018
https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/MDRAF004do_0.pdf
- ILO – International Labour Organization: Afghanistan: Time to move to Sustainable Jobs, 5. Juni 2012
https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---asia/---ro-bangkok/documents/publication/wcms_182252.pdf
- IOM – Internationale Organisation für Migration: Länderinformationsblatt Afghanistan, 2010
[https://milo.bamf.de/milop/livelink.exe/fetch/2000/702450/698578/704870/698612/17126306/13563841/14051654/Afghanistan %2D Country Fact Sheet 2010%2C deutsch% 2Epdf?nodeid=14051315&vernum=-2](https://milo.bamf.de/milop/livelink.exe/fetch/2000/702450/698578/704870/698612/17126306/13563841/14051654/Afghanistan%20Country%20Fact%20Sheet%202010%2C%20deutsch%20Epdf?nodeid=14051315&vernum=-2)
- IOM – Internationale Organisation für Migration: Länderinformationsblatt Afghanistan, 2011
[https://milo.bamf.de/milop/livelink.exe/fetch/2000/702450/698578/704870/698612/17126306/14093620/14093325/Afghanistan %2D Country Fact Sheet%2C deutsch%2Epdf? nodeid=15072403&vernum=-2](https://milo.bamf.de/milop/livelink.exe/fetch/2000/702450/698578/704870/698612/17126306/14093620/14093325/Afghanistan%20Country%20Fact%20Sheet%202011%2C%20deutsch%20Epdf?nodeid=15072403&vernum=-2)
- IOM – Internationale Organisation für Migration: Länderinformationsblatt Afghanistan, 2012
[https://milo.bamf.de/milop/livelink.exe/fetch/2000/702450/698578/704870/698612/17126306/15408707/16104146/Afghanistan %2D Country Fact Sheet 2012%2C deutsch% 2Epdf?nodeid=16104147&vernum=-2](https://milo.bamf.de/milop/livelink.exe/fetch/2000/702450/698578/704870/698612/17126306/15408707/16104146/Afghanistan%20Country%20Fact%20Sheet%202012%2C%20deutsch%20Epdf?nodeid=16104147&vernum=-2)
- IOM – Internationale Organisation für Migration: Länderinformationsblatt Afghanistan, 2013
<https://milo.bamf.de/milop/livelink.exe/fetch/2000/702450/698578/704870/698612/171>

- KP – Khaama Press: Clashes in Balkh province leaves over 20 militants dead, wounded, 16. Jänner 2018
<https://www.khaama.com/clashes-in-balkh-province-leaves-over-20-militants-dead-wounded-04273/>
- KP – Khaama Press: Afghan army launches Walid-9 military operations in Balkh province, 7. Juli 2018
<https://www.khaama.com/afghan-army-launches-walid-9-military-operations-in-balkh-province-05522/>
- KP – Khaama Press: Mullah Imam among 7 detained on charges of training terrorists in Herat, 11. November 2018
<https://www.khaama.com/mullah-imam-among-7-detained-on-charges-of-training-terrorists-in-herat-02720/>
- KP – Khaama Press: Local film actor Qudos Farahmand shot dead in Balkh province, 17. November 2018
<https://www.khaama.com/local-film-actor-quodos-farahmand-shot-dead-in-balkh-province-02756/>
- MSF – Medecins Sans Frontieres: Between Rhetoric and reality. The Ongoing Struggle to Access Healthcare in Afghanistan, Februar 2014
https://www.msf.org/sites/msf.org/files/msf_afghanistan_report_final.pdf
- NSIA - National Statistics and Information Authority: Afghanistan Provincial Profile 2018, 2018
<http://cso.gov.af/Content/files/Publications/Women%20in%20men/Afghanistan%20Provincial%20Profile%20final.pdf>
- NSIA – National Statistics and Information Authority: Afghanistan Statistical Yearbook 2017-18, August 2018
[http://cso.gov.af/Content/files/%D8%B3%D8%A7%D9%84%D9%86%D8%A7%D9%85%D9%87%20%D8%A7%D8%AD%D8%B5%D8%A7%D8%A6%DB%8C%D9%88%DB%8C/%D8%B3%D8%A7%D9%84%2096/English%20Yearbook%201396-min%20\(1\).pdf](http://cso.gov.af/Content/files/%D8%B3%D8%A7%D9%84%D9%86%D8%A7%D9%85%D9%87%20%D8%A7%D8%AD%D8%B5%D8%A7%D8%A6%DB%8C%D9%88%DB%8C/%D8%B3%D8%A7%D9%84%2096/English%20Yearbook%201396-min%20(1).pdf)
- NRC – Norwegian Refugee Council/ TLO – The Liaison Office: Listening to Women and Girls Displaced to Urban Afghanistan, Jänner 2015
<https://www.nrc.no/globalassets/pdf/reports/listening-to-women-and-girls-displaced-to-urban-afghanistan.pdf>
- NRC - Norwegian Refugee Council / IDMC - Internal Displacement Monitoring Centre/Samuel Hall: Council: Escaping War: Where to next? A research study on the challenges of IDP protection in Afghanistan, 24. Jänner 2018
https://www.nrc.no/globalassets/pdf/reports/escaping-war---where-to-next/nrc_idp_escaping-war_where-to-next.pdf
- NRC – Norwegian Refugee Council/ WFP – World Food Programme: mVAM Afghanistan – Market assessment and Food Supply Routes – Bulletin #9, Juli 2018
<https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/WFP-0000073567.pdf>
- NRC – Norwegian Refugee Council: Millions of Afghans face risks of drought related displacement, 7. September 2018
<https://www.nrc.no/news/2018/september/millions-of-afghans-face-risks-of-drought-related-displacement/>

- OSAC – United States Department of State Bureau of Diplomatic Security: Afghanistan 2018 Crime & Safety Report, 16. Februar 2018
<https://www.osac.gov/Pages/ContentReportDetails.aspx?cid=23545>
- Oxfam Research Report: Returning to Fragility – Exploring the link between conflict and returnees in Afghanistan, Jänner 2018
<https://oxfamilibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/620399/rr-returning-fragility-afghanistan-310118-en.pdf;jsessionid=11E22356B3DAA0C20D14658BD8382713?sequence=4>
- PAN – Pajhwok Afghan News: Growing unemployment: Herat youth hit out at govt, 9. Mai 2016
<https://www.pajhwok.com/en/2016/05/09/growing-unemployment-herat-youth-hit-out-govt>
- PAN – Pajhwok Afghan News: USAID celebrates goals through ABADE program in 5 years, 23. Juli 2017
<https://www.pajhwok.com/en/2017/07/23/usaid-celebrates-goals-through-abade-program-5-years>
- PAN – Pajhwok Afghan News: Militants back in recently cleared Chamtal areas , 7 September 2017
<https://www.pajhwok.com/en/2017/09/07/militants-back-recently-cleared-chamtal-areas>
- PAN – Pajhwok Afghan News: Man killed as blast rips through car in Mazar-i-Sharif, 22. November 2017
<https://www.pajhwok.com/en/2017/11/22/man-killed-blast-rips-through-car-mazar-i-sharif>
- PAN – Pajhwok Afghan News: 1 person killed, 2 injured in Balkh blast, 17. Dezember 2017
<https://www.pajhwok.com/en/2017/12/17/1-person-killed-2-injured-balkh-blast>
- PAN – Pajhwok Afghan News: Police among 11 injured in Mazar-i-Sharif roadside bombing, 30. Dezember 2017
<https://www.pajhwok.com/en/2017/12/30/police-among-11-injured-mazar-i-sharif-roadside-bombing>
- PAN - Pajhwok Aghan News: 1 inmate killed, 7 abducted in Balkh attack on police convoy, 25. Mai 2018
<https://www.pajhwok.com/en/2018/05/25/1-inmate-killed-7-abducted-balkh-attack-police-convoy>
- PAN – Pajhwok Afghan News: Targeted killings on the increase in Mazar-i-Sharif, 23. Juni 2018
<https://www.pajhwok.com/en/2018/06/23/targeted-killings-increase-mazar-i-sharif>
- PAN – Pajhwok Afghan News: Prayer leader gunned down in Balkh; assailants flee, 1. September 2018
<https://www.pajhwok.com/en/2018/09/01/prayer-leader-gunned-down-balkh-assailants-flee>
- PAN – Pajhwok Afghan News: Some Balkh districts struggling with water shortages, 5. September 2018
<https://www.pajhwok.com/en/2018/09/05/some-balkh-districts-struggling-water-shortages>

- REACH: Rapid Assessment of Internally Displaced Persons in Herat, Afghanistan, April 2015
http://www.reachresourcecentre.info/system/files/resource-documents/afg_profile_herat_displacement_profile_april_2015.pdf
- RFE/RL – Radio Free Europe/Radio Liberty: Afghan Security Forces Retake Northern District From Taliban, 4. September 2018
<https://www.ecoi.net/de/dokument/1442748.html>
- Reuters: At least one dead in blast near mosque in Afghan city of Herat, 25. März 2018
<https://www.reuters.com/article/us-afghanistan-blast/blast-near-mosque-in-western-afghan-city-of-herat-police-idUSKBN1H10BR?il=0>
- Salaam Times: Recession, mass unemployment loom in Herat as Iran continues power disruption, 30. Juli 2018
http://afghanistan.asia-news.com/en_GB/articles/cnmi_st/features/2018/07/30/feature-01
- Samuel Hall/NRC - Norwegian Refugee Council/JIPS - Joint IDP Profiling Service: Challenges of IDP Protection: Research study on the protection of internally displaced persons in Afghanistan, (veröffentlicht von: IDMC – Internal Displacement Monitoring Centre November), 2012
<https://www.nrc.no/globalassets/pdf/reports/challenges-of-idp-protection.pdf>
- Samuel Hall: Urban Poverty Report. A Study of Poverty, Food Insecurity and Resilience in Afghan Cities, 2014
<http://samuelhall.org/REPORTS/DRC%20PIN%20Urban%20Poverty%20Report.pdf>
- Samuel Hall: Urban Displaced Youth in Kabul Part One: Mental Health Matters, 2016 (veröffentlicht von ReliefWeb)
<http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/UDY-Chapter-1-Mental-Health.pdf>
- Save The Children: From Europe to Afghanistan; Experiences of Child Returnees, 16. Oktober 2018
https://www.savethechildren.de/fileadmin/user_upload/Downloads_Dokumente/Berichte_Studien/2018/Report_Afghanistan_original_20181000.pdf
- SIGAR – Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction: Quarterly Report to the United States Congress, 30. Jänner 2016
https://www.ecoi.net/en/file/local/1407659/1226_1493717279_2016-01-30qr.pdf
- SIGAR – Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction: Quarterly Report to the United States Congress, 30. Oktober 2018
https://ecoi2.ecoi.net/file_upload/1788_1542722828_3010.pdf
- Stahlmann, Friederike: Gutachten Afghanistan, Geschäftszeichen: 7 K 1757/16.WI.A, 28. März 2018
https://www.ecoi.net/en/file/local/1431611/90_1527075858_gutachten-afghanistan-stahlmann-28-03-2018.pdf
- Stahlmann, Friederike: E-Mail-Auskunft, 26. November 2018
- Stahlmann, Friederike: E-Mail-Auskunft, 27. November 2018
- The Express Tribune: Farmers in war-torn Afghanistan hit by worst drought in decades, 12. August 2018
<https://tribune.com.pk/story/1779124/3-farmers-war-torn-afghanistan-hit-worst-drought-decades/>

- The Express Tribune: Afghan farmers fleeing drought face more hardship in camps, 11. Oktober 2018
<https://tribune.com.pk/story/1823228/3-afghan-farmers-fleeing-drought-face-hardship-camps/>
- The Independent: At least 29 dead in suicide attack on Shia mosque in western Afghanistan, 1. August 2017
<https://www.independent.co.uk/news/world/asia/afghanistan-terror-attack-jawadia-mosque-herat-shia-isis-suicide-bomb-a7871751.html>
- The World Bank/UNHCR - UN High Commissioner for Refugees: Research Study on IDPs in urban settings – Afghanistan, Mai 2011
http://siteresources.worldbank.org/EXTSOCIALDEVELOPMENT/Resources/244362-1265299949041/6766328-1265299960363/WB-UNHCR-IDP_Full-Report.pdf
- The World Bank: Community Health Care Increases Access to Medical Services in Herat Province, 1. November 2016
<http://www.worldbank.org/en/news/feature/2016/11/01/community-health-care-increases-access-to-medical-services-in-herat-province>
- The World Bank: Kabul's Renovated Hospital Improves Quality of Healthcare for Thousands, 30. September 2018
<http://www.worldbank.org/en/news/feature/2018/09/30/hospital-renovation-improves-quality-of-health-services-for-thousands-in-kabul-city>
- Tolo News: Herat Residents Criticize 'Lack Of Treatment Facilities', 7. April 2017
<https://www.tolonews.com/afghanistan/provincial/herat-residents-criticize-lack-treatment-facilities>
- Tolo News: Afghanistan's Underground Economy Thriving: CSO, 5. August 2017
<https://www.tolonews.com/index.php/business/afghanistan%E2%80%99s-underground-economy-thriving-cso>
- Tolo News: Make Overdue IDP Policy A National Priority, 10. März 2018
<https://www.tolonews.com/opinion/make-overdue-idp-policy-national-priority>
- UCDP – Uppsala Conflict Data Program: Methodology , ohne Datum
<https://www.pcr.uu.se/research/ucdp/methodology/>
- UCDP – Uppsala Conflict Data Program: UCDP-Datensatz, Stand vom 13. November 2018
<http://ucdp.uu.se/>
- UN Habitat/UNHCR - UN High Commissioner for Refugees: Profile and Response Plan of Protracted IDP Settlements in Herat, Oktober 2016
http://www.globalprotectioncluster.org/assets/files/field_protection_clusters/Afghanistan/files/HLP%20AoR/inter_agency_durable_solutions_report_herat_october_2016_en.pdf
- UN Habitat: Afghanistan Housing Profile, Mai 2017
<http://www.acbar.org/upload/1494238797113.pdf>
- UN OCHA – UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs/IOM - Internationale Organisation für Migration: Natural disaster incidents from 1 January to 31 December 2015, 11. Februar 2016 (verfügbar auf Humanitarian Response)
<https://data.humdata.org/dataset/7aac14c2-012c-409a-a0b3-b6d74976b9a5>

- UN OCHA – UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs/IOM - Internationale Organisation für Migration: Natural disaster incidents in 2017, 11. April 2018 (verfügbar auf Humanitarian Response)
<https://data.humdata.org/dataset/78ab5218-ba2c-43c8-b086-1750d8d3c7f0>
- UN OCHA – UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs/IOM - Internationale Organisation für Migration: Natural disaster incidents from 1 January to 31 December 2014, 11. Juni 2018 (verfügbar auf Humanitarian Response)
<https://data.humdata.org/dataset/85001b26-5007-49e1-bfae-0450a31b834d>
- UN OCHA – UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs/IOM - Internationale Organisation für Migration: Natural disaster incidents from 1 January to 31 December 2013, 1. Juli 2018 (verfügbar auf Humanitarian Response)
<https://data.humdata.org/dataset/49d674f6-5c1f-4c07-a0c5-2aea3dc300f3>
- UN OCHA – UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs: Afghanistan - Conflict Induced Displacements in 2016, 4. Juni 2017
<https://data.humdata.org/dataset/ace9787d-1a4e-4ea5-a6c0-512c6e23a14e>
- UN OCHA – UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs: Natural disaster incidents in 2016, 17. Juli 2017 (verfügbar auf Humanitarian Response)
<https://data.humdata.org/dataset/dd05bb07-576a-40fe-a673-b3efeea78652>
- UN OCHA – UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs: Afghanistan - Conflict Induced Displacements in 2017, 19. Februar 2018
<https://data.humdata.org/dataset/76583b88-b732-4ed4-bd42-bf1d5d9e03e9>
- UN OCHA – UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs: Natural disaster incidents from 1 January to 31 December 2012, 11. Juni 2018 (verfügbar auf Humanitarian Response)
<https://data.humdata.org/dataset/0b9f8bb0-a78e-4b49-b127-39c0f71a45d1>
- UN OCHA – UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs: Afghanistan: Drought Response – Situation Report No. 2 (as of 16 September 2018), 16. September 2018
https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/20180920_afghanistan_drought_sitrep_no_2.pdf
- UN OCHA – UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs: Humanitarian Needs Overview 2017, November 2016
https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/afg_2017_hno_english.pdf
- UN OCHA – UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs: Natural disaster incidents in 2018. Jan 01, 2018 – Oct 08, 2018, 11. November 2018 (verfügbar auf Humanitarian Response)
<https://data.humdata.org/dataset/001d5cac-9f29-4ad0-af6b-9b359ac12bd9>
- UN OCHA – UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs: Afghanistan Humanitarian Bulletin Issue 71 | 1 – 31 December 2017, 31. Dezember 2017
https://www.ecoi.net/en/file/local/1423022/1788_1517238098_3112.pdf
- UNAMA – UN Assistance Mission in Afghanistan: Afghanistan Protection of Civilians in Armed Conflict; Annual Report 2016, 6. Februar 2017
https://www.ecoi.net/en/file/local/1215144/1226_1486385735_protection-of-civilians-in-armed-conflict-annual-report-2016-feb2017.pdf

- UNAMA – UN Assistance Mission in Afghanistan: UNAMA condemns killing of civilians in Herat mosque attack, 2. August 2017
<https://unama.unmissions.org/unama-condemns-killing-civilians-herat-mosque-attack>
- UNAMA – UN Assistance Mission in Afghanistan: Protection of civilians in armed conflict: attacks against places of worship, religious leaders and worshippers, 7. November 2017
https://www.ecoi.net/en/file/local/1417322/1788_1510150827_0711.pdf
- UNAMA – UN Assistance Mission in Afghanistan: Afghanistan Protection of Civilians in Armed Conflict; Annual Report 2017, 15. Februar 2018
https://www.ecoi.net/en/file/local/1424542/1226_1518689545_afghanistan-protection-of-civilians-annual-report-2017-final-140218.pdf
- UNAMA – UN Assistance Mission in Afghanistan: Quarterly Report on the Protection of Civilians in Armed Conflict - 1 January to 30 September, 10. Oktober 2018
https://unama.unmissions.org/sites/default/files/unama_protection_of_civilians_in_armed_conflict_3rd_quarter_report_2018_10_oct.pdf
- UNDP – United Nations Development Programme: Support Afghanistan Livelihoods and Mobility (SALAM) Project Initiation Phase, 2017 3rd Quarterly Project Progress Report, 2017
<https://info.undp.org/docs/pdc/Documents/AFG/SALAM%203rd%20Quarterly%20Report%20%202017.pdf>
- UNHCR - UN High Commissioner for Refugees: Afghan Voluntary Repatriation 2016, 8. November 2017 (veröffentlicht von Humanitarian Response)
<https://data.humdata.org/dataset/7a169c75-73ee-46f0-a4f1-8d656255dd26>
- UNHCR - UN High Commissioner for Refugees: Afghan Voluntary Repatriation 2013, 2. Jänner 2018a (veröffentlicht von Humanitarian Response)
<https://data.humdata.org/dataset/04c576e7-b46d-426b-a791-06f951bedc2d>
- UNHCR - UN High Commissioner for Refugees: Afghan Voluntary Repatriation 2014, 2. Jänner 2018b (veröffentlicht von Humanitarian Response)
<https://data.humdata.org/dataset/7f917e2c-c676-4a1b-8d2e-96bf950bc9b2>
- UNHCR - UN High Commissioner for Refugees: Afghan Voluntary Repatriation 2015, 2. Jänner 2018c (veröffentlicht von Humanitarian Response)
<https://data.humdata.org/dataset/8c0728be-50f5-4c98-86e1-40bd5067be82>
- UNHCR – UN High Commissioner for Refugees: Afghanistan. Protection Cluster Factsheet, April 2017
http://www.globalprotectioncluster.org/assets/files/field_protection_clusters/Afghanistan/files/factsheets/201704-protection-cluster-factsheet_en.pdf
- UNHCR - UN High Commissioner for Refugees: Afghanistan - Voluntary Repatriation Update, Juli 2018
<https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/65330.pdf>
- UNHCR – UN High Commissioner for Refugees: UNHCR Eligibility Guidelines for Assessing the International Protection Needs of Asylum-Seekers from Afghanistan, 30. August 2018
https://www.ecoi.net/en/file/local/1449845/90_1542006632_unhcr-2018-08-30-afg-richtlinien.pdf
- UNHCR - UN High Commissioner for Refugees: Afghan Voluntary Repatriation 2017, 12. September 2018 (veröffentlicht von Humanitarian Response)
<https://data.humdata.org/dataset/283503e7-13de-4528-9e57-a804196eb57a>

- UNHCR - UN High Commissioner for Refugees: Afghan Voluntary Repatriation 2018, 29. Oktober 2018 (veröffentlicht von Humanitarian Response)
<https://data.humdata.org/dataset/8aefb53d-5c18-4719-8730-19188ae8c1e7>
- UNHCR - UN High Commissioner for Refugees: Skype-Gespräch mit MitarbeiterInnen des regionalen UNHCR-Büros in Mazar-e Sharif, 26. November 2018a
- UNHCR - UN High Commissioner for Refugees: Skype-Gespräch mit MitarbeiterInnen des regionalen UNHCR-Büros in Herat-Stadt, 26. November 2018b
- UNODC – UN Office on Drugs and Crime: Afghanistan Opium Survey 2018; Cultivation and Production, November 2018
<https://www.ecoi.net/de/dokument/1451279.html>
- USAID – US Agency for International Development: Assistance in Building Afghanistan by Developing Enterprises (ABADE), 31. Oktober 2016
<https://www.usaid.gov/news-information/fact-sheets/assistance-building-afghanistan-developing-enterprises-abade>
- USDOS – US Department of State: Country Report on Human Rights Practices 2010, 8. April 2011
<https://www.ecoi.net/de/dokument/1340751.html>
- USDOS – US Department of State: Country Report on Human Rights Practices for 2011 - Afghanistan, 24. Mai 2012
<https://www.ecoi.net/de/dokument/1302468.html>
- USDOS – US Department of State: Country Report on Human Rights Practices 2012 - Afghanistan, 19. April 2013
<https://www.ecoi.net/de/dokument/1071153.html>
- USDOS – US Department of State: Country Report on Human Rights Practices 2013 - Afghanistan, 27. Februar 2014
<https://www.ecoi.net/de/dokument/1001955.html>
- USDOS – US Department of State: Country Report on Human Rights Practices 2014 - Afghanistan, 25. Juni 2015
<https://www.ecoi.net/de/dokument/1297615.html>
- USDOS – US Department of State: Country Report on Human Rights Practices 2015 - Afghanistan, 13. April 2016
<https://www.ecoi.net/de/dokument/1306098.html>
- USDOS – US Department of State: Country Report on Human Rights Practices 2016 - Afghanistan, 3. März 2017
<https://www.ecoi.net/de/dokument/1395012.html>
- USDOS – US Department of State: Country Report on Human Rights Practices 2017 - Afghanistan, 20. April 2018
<https://www.ecoi.net/de/dokument/1430103.html>
- USIP - United States Institute of Peace: Political and Economic dynamics in Herat, März 2015 (Autor: Jolyon Leslie)
<https://www.usip.org/sites/default/files/PW107-Political-and-Economic-Dynamics-of-Herat.pdf>

- USIP - United States Institute of Peace: Kabul and the Challenge of Dwindling Foreign Aid, 2017 (Autor: Fabrizio Foschini)
https://www.usip.org/sites/default/files/2017-04/pw126_kabul-and-the-challenge-of-dwindling-foreign-aid.pdf
- VIDC – Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation: Refugees Return to Poverty, Unemployment and despair, November 2018
http://www.vidc.org/fileadmin/Bibliothek/DP/Foto_Veranst/Fanizadeh/Afghanistan_5.11.18/Afghanistan_s_labor_market_and_the_status_of_women.pdf
- WFP – World Food Programme: Afghanistan – Food Prices. Jan 15, 2000 – Sep 15, 2018, 18. November 2018 (verfügbar auf Humanitarian Response)
<https://data.humdata.org/dataset/a246cbac-42d5-47b2-ba75-ac66f69e83de>
- WP – Washington Post: In Afghanistan, the Taliban isn't the only group battling for land, 31. Mai 2016
https://www.washingtonpost.com/world/asia_pacific/in-afghanistan-the-taliban-isnt-the-only-group-battling-for-land/2016/05/30/ae931813-109c-43d4-adca-f5bae69cd061_story.html?utm_term=.f95c656fde41
- WP – Washington Post: Ousted but not out: Afghan strongman still calls the shots, residents say, 13. Mai 2018
https://www.washingtonpost.com/world/asia_pacific/ousted-but-not-out-afghan-strongman-still-calls-the-shots-residents-say/2018/05/11/e384e598-52f0-11e8-a6d4-ca1d035642ce_story.html?utm_term=.79eeef2926ff